Protokoll der 29. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ von Montag, dem 3. März 1997, Beginn: 9.00 Uhr, bis Mittwoch, dem 5. März 1997; Dresden, Plenarsaal des Sächsischen Landtages; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann/Abg. Siegfried Vergin

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost. Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR – Die Gesellschaft in den neuen Bundesländern im Umbruch

Inhalt

Eröffnung
Rainer Eppelmann 113

Grußwort
Erich Iltgen, Präsident des Sächsischen Landtages 117

Vorträge
Funktionen/Dysfunktionen und systembedingte Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und Gründe für das Scheitern systemimmanenter Reformansätze
Werner Klein 121
Reinhard Schmidt 131

Diskussion 138

Zeitzeugen
Karl Döring 150
Werner Schmutzler 156
Gerhard Schürer 162

Diskussion 169

Podium
Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost
Doris Cornelsen 185
Armin Volze 190
Jürgen Schneider 196
Walter Romberg 200
Matthias Artzt 204
Hannsjörg Buck 211

Diskussion 219

Vortrag
Das wirtschaftliche, insbesondere industrielle Entwicklungspotential in den neuen Bundesländern – eine Zwischenbilanz des Transformationsprozesses
Horst Claßen 237

Podium
Ulrike Staake 248
Günter Hielscher 254
Udo Ludwig 257

Diskussion 262

Vorträge
Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR
Uwe Vollmer 276
Rainer Lubk 281
Horst Kube 290

Diskussion 297

Vortrag
Die Umgestaltung der Arbeits- und Sozialordnung und deren Wirkungen in den neuen Bundesländern
Hans Geisler 320

Diskussion 337

Kurzvorträge
Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Frauen
Monika Schlegelmilch 351
Sabine Schenk 356
Heidemarie Beyer 362

Kurzvorträge
Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Jugendliche

Harald Bretschneider 368
Kai Schnabel 374

Diskussion 379

Kurzvortrag
Zu Auswirkungen der Geburtenentwicklungen auf die Gesellschaft
Jürgen Dorbritz 391

Kurzvortrag
Zur Lebenssituation alter Menschen
Klaus-Peter Schwitzer 396

Kurzvortrag
Zur Lebenssituation Behinderter
Karl Habermann 401

Kurzvortrag
Wanderungsbewegungen
Volker Ronge 406

Vortrag
Klaus Schroeder 410

Diskussion 417

Grußwort
Bernd Ihme, 2. Bürgermeister der Landeshauptstadt Dresden 436

Podium
Erfolge und Probleme im Transformationsprozeß in Wirtschafts- und Sozialpolitik – Ausblick
Rosemarie Keller 440
Jörg Maier 444
Rolf Schmachtenberg 448
Rainer Lubk 452
Reinhard Schmidt 457

Diskussion 460

Schlußwort
Siegfried Vergin 482

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu dieser öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission in der wunderschönen Stadt Dresden. Ich hoffe, wir lassen uns nicht zu sehr ablenken von diesem Raum mit dem schönen Blick hinaus. Wir sitzen ja fast draußen,

dem Architekten und dem Baumeister dieses Hauses an dieser Stelle herzlichen Glückwunsch für das, was sie hier geleistet haben.

Wir wollen uns heute mit den wichtigen Themen „Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost“ beschäftigen.

Im Mittelpunkt der Anhörung stehen aktuelle wirtschaftliche und soziale Probleme, die vor dem Hintergrund von vierzig Jahren SED-Diktatur und deutscher Teilung konkretes politisches Handeln besonders erfordern. Ich möchte allen sachkundigen Referentinnen und Referenten, die unserer Einladung gefolgt sind, die uns informieren wollen und bereit sind, mit der Kommission zu diskutieren, herzlich danken. Mit Ihrem fachlichen Wissen werden Sie gewiß zum Gelingen dieser Anhörung beitragen.

In der heutigen Diskussion kommen Wissenschaftler, Politiker und Praktiker gleichermaßen zu Wort. Die wissenschaftlich-historische Analyse soll Farbe und Anschaulichkeit durch die Berichte derer gewinnen, die in der DDR-Wirtschaft Verantwortung getragen, in ihr gelebt und in ihr gearbeitet haben.

Nach langem Siechtum brach 1989 innerhalb von nur wenigen Wochen die administrative Kommandowirtschaft der DDR wie ein Kartenhaus zusammen. Der Bankrott der Zentralplanwirtschaft der DDR war die konsequente Quittung für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die SED- Führung hauptsächlich zu verantworten hatte.

Was waren die Ursachen für den Niedergang der DDR-Wirtschaft und den Zusammenbruch der Befehlswirtschaft? War es nur die ökonomische Inkompetenz einer handvoll politischer Machthaber oder war es vielmehr die Reformunfähigkeit des sozialistischen Systems überhaupt?

Die über die DDR-Wirtschaft eröffnete Konkursbilanz förderte fatale Ergebnisse zutage, die die SED-Führung bis dahin versucht hatte, strikt geheimzuhalten.

Das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft lag weit hinter dem westdeutschen Niveau zurück; der Kapitalstock war in weiten Teilen veraltet und unbrauchbar, die Infrastruktur unzureichend und mangelhaft. Ein Großteil der Produkte war am Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig, die Produktion einseitig auf die Staaten des früheren RGW zugeschnitten. Produktionsanlagen der Industrie waren zu 50 % verschlissen, in der Bauwirtschaft rund 70 % der maschinellen Ausrüstungen schrottreif.

Die sich seit Anfang der 80er Jahre zuspitzende Verschuldung der DDR, die außenwirtschaftlichen Belastungen und die ineffizienten planwirtschaftlichen Strukturen führten auch zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung.

Auch die Staatsfinanzen liefen der SED durch ausufernde Rüstungs- und Machtsicherungsmaßnahmen und durch eine auf Dauer unfinanzierbare Sozial- und Subventionspolitik aus dem Ruder. Im Zeitraum von 1981-1988 wurden

beispielsweise die Ausgaben für die „Streitkräfte“ von 9,4 Mrd. auf 15,7 Mrd. hochgetrieben. Die Kosten für das Imperium von Herrn Mielke und für die „Sicherung der Staatsgrenze“ stiegen im gleichen Zeitraum von 3,7 Mrd. auf 6,2 Mrd. Mark.

Im ersten Jahrzehnt der Honecker-Ära wurden in der DDR 210,5 Mrd. Mark Nationaleinkommen mehr verbraucht als durch die eigene Wirtschaft erzeugt wurde. Infolgedessen mußte ein erheblicher Teil der Sozialmaßnahmen entweder durch eine Verschuldung gegenüber Westdeutschland und den westlichen Industriestaaten finanziert oder durch Geldbeschaffung bei der Staatsbank bezahlt werden.

Die Verschuldung gegenüber den westlichen Industriestaaten erreichte so 1988 die Höhe von 49 Mrd. Valutamark.

Im Oktober 1989 leisteten Autoren der Staatlichen Plankommission unter Gerhard Schürer den Offenbarungseid mit den Worten und ich zitiere: „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards von 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen“.

Gelegentlich ist es notwendig, auch daran zu erinnern, wie der Wert des „volkseigenen Vermögens der DDR“ 1990 im Westen taxiert wurde. In der falschen Annahme, die DDR sei die zehntgrößte Industrienation der Erde, ging man von einem Industrievermögen von 1.200 Mrd. DM aus. So glaubten viele Fachleute im Westen z. B. bei den Verhandlungen zum Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, mit dem Verkauf der „volkseigenen Betriebe“ durch die Treuhand die Schulden der DDR finanzieren zu können. Und ich kann mich noch an eine Kabinettssitzung im Kabinett Modrow erinnern, wo wir ernsthaft überlegt haben, das war also keine Kabarettveranstaltung, was wir mit dem vielen Geld machen werden, das dann übrig bleibt. Wir haben überlegt, wie möglichst gerecht jeder einzelne DDR-Bürger davon seinen Teil bekommen soll. Da saßen übrigens auch altbundesrepublikanische Berater mit dabei, die also von Wirtschaft Ahnung hatten, damit man nicht bloß denkt, meine Güte, müssen die alle doof gewesen sein.

Auch der erste, später ermordete Präsident der Treuhandanstalt, Detlef Carsten Rohwedder, ging zu Beginn seiner Amtszeit 1990 noch von einem Netto-Industrievermögen der DDR in Höhe von 600 Mrd. DM aus. Tatsächlich aber beendete die Treuhand ihre Arbeit 1994 mit einem Defizit von etwa 250 Mrd. DM.

Im nachhinein habe ich mich oft gefragt, wie es zu dieser Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Leistungskraft der DDR kommen konnte. Lag es nicht schlicht und einfach daran, daß die Wirtschaftsfachleute im Westen zu wenig wußten? Ist nicht auch die westliche DDR-Forschung auf Propaganda und Desinformation der SED hereingefallen?

Was im Westen häufig wahrgenommen wurde, war letztendlich die Propaganda, die von Desinformationsspezialisten des Staatssicherheitsdienstes und der

SED überaus geschickt verbreitet wurden. Alles in allem ist dem DDR-Regime so sicherlich eines der größten Täuschungsmanöver aller Zeiten gelungen.

Sieben Jahre nach Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft in den neuen Ländern sind die Fortschritte beim Aufbau Ost – trotz vieler bestehender Schwierigkeiten – unübersehbar. Die Einheit und der danach eingeleitete Aufbau Ost sind ein Gewinn für Ost- und Westdeutschland – politisch, kulturell und wirtschaftlich. Die Bevölkerung in den alten und den neuen Ländern hat bisher eine beispiellose Solidarität bewiesen. Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern haben einen Strukturwandel im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und persönlichen Bereich ertragen und durchgestanden, der häufig ihre gesamten Lebensumstände von Grund auf geändert hat. Westdeutschland hat diese Aufbauleistung nicht nur mit beträchtlichen finanziellen Ressourcen, sondern auch mit dem persönlichen Engagement vieler Unternehmer und dem Einsatz von westdeutschen Bürgern in vielen anderen Bereichen unterstützt. Die überwältigende Mehrheit der Bürger akzeptiert, daß die aufgewendeten finanziellen Mittel im Rahmen des Wiederaufbaus der neuen Länder Investitionen in die Zukunft sind, die langfristig erhöhte Wettbewerbs- und Einkommenschancen Gesamtdeutschlands bedeuten.

Tatsächlich sind allein aus dem Bundeshaushalt zwischen 1990 und Ende 1996 720 Mrd. DM in die neuen Bundesländer geflossen. Die Gesamtsumme der Transferleistungen beträgt über eine Billion DM, eine für mich unvorstellbare Summe.

Wer mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer geht, sieht, welche gewaltigen Fortschritte schon erreicht worden sind, auch hier in dieser Stadt braucht man sich ja nur umzuschauen. Allerdings dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß der Aufbau Ost bei weitem noch nicht bewältigt ist.

Unser gemeinsames Ziel ist eine moderne, sich aus eigener Kraft im Wettbewerb behauptende Wirtschaft in den neuen Bundesländern, die in der Lage ist, viele neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die zweite Hälfte des Weges liegt noch vor uns. Sie wird nicht weniger schwierig sein als die bisher zurückgelegte Wegstrecke.

Niemand, so meine ich, kann heute eine verläßliche Prognose abgeben, in welchem Zeitraum die Wirtschaft der neuen Länder die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in den alten Bundesländern erreichen wird. Gegenwärtig liegt die Leistungsfähigkeit (Wertschöpfung je Erwerbstätigen) durchschnittlich bei 55 Prozent.

Entscheidend wird weiterhin die solidarische Anstrengung aller Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft sein.

In schweren Zeiten bietet sich gleichzeitig eine unglaubliche Chance. Die Chance, unser gesamtes System auf Sinn und Effizienz zu durchforsten, zu

entrümpeln und vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Eines muß klar sein: Nicht die deutsche Einheit hat unsere jetzige Gesellschaftskrise verursacht!

Die Folgen der vierzigjährigen Existenz der SED-Diktatur lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Die Probleme, die zu bewältigen waren und sind, wurden schlicht unterschätzt. Die Flexibilität, die Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft, die Mobilität, die von uns Ostdeutschen abverlangt wurde, das ist eine ungeheure Lebenserfahrung. Improvisation, Phantasie und Ideenreichtum können den Menschen in den neuen Bundesländern nicht abgesprochen werden, waren sie doch – anders als mancher das in Westdeutschland meinen mag – im Alltag der DDR eher gefordert als in der Überflußgesellschaft der alten Bundesrepublik. Sich auf diese Tugenden und Traditionen zu besinnen, bietet beste Voraussetzungen auch für ökonomische Erfolge. Bis zur wirklichen inneren Einheit liegt noch ein beträchtliches Stück Weges vor uns – und der – dazu gibt es keine Alternative – muß gemeinsam gegangen werden.

Was mich zuversichtlich stimmt, ist die Tatsache, daß es eine große Zahl entschlossener Menschen in den neuen Bundesländern gibt, die nicht nur hoch begabt und einsatzwillig sind, sondern auch begeistert oder begeisterungsfähig. Und auf die, die jetzt spüren, daß sich für sie hier eine große Chance auftut, müssen wir in Zukunft setzen.

Vieles deutet darauf hin, daß gerade hier eine Generation heranwächst, die tatkräftig das Leben in die Hand nehmen will – und die Bewährungsprobe bestehen wird.

Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche Veranstaltung, die uns mehr Verständnis für die gegenwärtigen Schwierigkeiten und ihre Ursachen vermittelt und uns auf dem gemeinsamen wichtigen Weg der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gestaltung weiterbringen möge.

Ich gebe nun dem das Wort, dem ich in besonderer Weise ein Wort des Dankes von uns allen sagen möchte und zwar deswegen, daß er unserer Bitte entsprochen hat, für heute und morgen den Plenarsaal des Sächsischen Landtages uns zur Verfügung zu stellen. Wir sind sehr froh darüber, daß wir in diesem schönen und würdigen Rahmen unsere Anhörung durchführen können. Vielen Dank Herr Präsident, ich bitte Sie jetzt ums Wort.

Präsident des Sächsischen Landtages Erich Iltgen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kommissionsmitglieder und Sachverständige, liebe und verehrte Gäste. Natürlich habe ich gern der Bitte von Herrn Eppelmann entsprochen, der vom Deutschen Bundestag in seiner 13. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ den Plenarsaal des Sächsischen Landtages für eine öffentliche Anhörung zur Verfügung zu stellen. Ich möchte Sie alle ganz herzlich zu dieser Arbeitssitzung begrüßen, mit der Sie zugleich die bereits mehrfach praktizierte Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Sächsischen Landtag fortsetzen. Von besonderem Interesse ist der Gegenstand Ihrer Anhörung, mit der die Kommission den noch heute spür- und

sichtbaren Auswirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR nachgehen will.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolge ich die Arbeit Ihrer Kommission, vor allen Dingen auch deshalb, weil sie sich in besonderer Weise mit den Problemen des Zusammenwachsens der Deutschen in Ost und West auseinandersetzt. In der Tat ist der Vollzug der inneren Einheit die eigentliche Herausforderung der Wiedervereinigung. Die Wirkungen, die vom politischen und wirtschaftlichen Prozeß des Zusammengehens ausgehen, finden ihren Niederschlag und Ausfluß in den Gefühlen der Menschen gerade im Osten, in den neuen Bundesländern, aber auch in zunehmendem Maße bei den Bürgerinnen und Bürgern der alten Bundesländer. Herr Eppelmann hat es schon angedeutet, so steht den gewaltigen Milliardentransfers von West nach Ost der nicht minder gewaltige Umstellungsprozeß der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer gegenüber. Der totale Wandel der Lebenswirklichkeit beanspruchte und beansprucht noch auf Jahre die Kräfte vieler, besonders der Älteren, im Osten Deutschlands. Diese Tatsache soll nun meinerseits nicht der Ausgangspunkt der Aufzählung etwa von Befindlichkeiten sein, sondern sie soll vielmehr darauf verweisen, daß der Prozeß der Angleichung der Lebensverhältnisse vor allem ein Generationsprozeß ist, der auf lange Sicht gemeinsamer Anstrengungen auch weiterhin bedarf und am Ende durch die nachfolgende Generation erfolgreich, das ist meine Einschätzung, abgeschlossen sein wird.

Meine Damen und Herren, die Teilung Deutschlands hat zu lange gedauert, als daß es von heute auf morgen gelänge, ohne Rückkopplung auf eigene Erfahrungen mit seiner Vergangenheit auszukommen. Das hat m.E. nichts mit Nostalgie zu tun; zu stürmisch verlief der Prozeß der Wiedervereinigung, so daß kaum Zeit blieb, neue eigene Erfahrungen aus den geänderten Lebensumständen in das augenblickliche Handeln einfließen zu lassen. Auch ist festzustellen, daß die Sorgen des Alltags die Menschen in einem Maße beschäftigen, die ihnen kaum Zeit lassen, sich mit unserer jüngsten Vergangenheit tiefgründig zu beschäftigen. Für viele Menschen ist z. B. die Arbeitslosigkeit eine ganz neue tiefgreifende Erfahrung, die sie in existentieller Weise beschäftigt. Frauen und Männer, die maßgeblich die Wiedervereinigung durch ihr persönliches Engagement vor und während des gesellschaftlichen Umbruchs herbeigesehnt und befördert haben, sind plötzlich, wie man so sagt, draußen. Die Erfahrung, nicht mehr gebraucht zu werden, nicht mehr teilzuhaben und teilzunehmen am Neuaufbau freiheitlich demokratischer Strukturen und einer effizienten Wirtschaft, wurde für so manchen auch zur Enttäuschung. Dieser Sorgen sich anzunehmen und zum Gegenstand gemeinsamer Diskussion der politischen demokratischen Parteien und gesellschaftlich relevanter Kräfte mit dem Ziel zu machen, praktikable Vorschläge und Lösungen anzubieten, die den Betroffenen neue Perspektiven zum eigenen Wohl und zum Wohl der Gesellschaft eröffnen, ist wichtig. Geschieht dies nicht, werden jene Kräfte immer stärker das gesellschaftliche Klima beeinflussen, die schon vor der Wende propagandistisch die Spaltung Deutschlands betrieben haben und die heute in eifernder Weise von Vereinnahmung, Plattmachen, Zerschlagung des Sozialstaates re-

den und die Menschen an ihrer verwundbaren Stelle treffen wollen. Dabei ignorieren sie ihre eigene Verantwortung für den nationalen Konsens bzw. für die Ursachen dieses Zustandes aus der Vergangenheit. Es ist kein Zufall, daß es vielfach dieselben sind, die der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie ambivalent und oft auch feindlich gegenüber eingestellt sind, die heute die Freiheit einfordern, die sie Jahrzehnte ihren Bürgern vorenthielten – eine Freiheit, für die sie nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – denen es daran gelegen ist, die Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich demokratischen Rechtsstaat zu überfordern. Um das zu verhindern, sind tatsächlich die Lehren aus der Geschichte zu ziehen, die Uneinigkeit der Parteien der Weimarer Republik ebenso wie die daraus erwachsenen zwei Diktaturen von 1933 bis 1989. Die Aufarbeitung dieser unserer jüngsten deutschen Geschichte ist kein Rachefeldzug rückwärts gewandt, wie einige gezielt diesen notwendigen Prozeß verunglimpfen wollen, sondern Aufgabe und Verpflichtung, daß totalitären Systemen der Zugriff zur Macht zukünftig verwehrt wird, daß der Zusammenhang von Ursache und Wirkung, von Schuld und Verantwortung, von Tätern und Opfern im Blickfeld der politischen Auseinandersetzung bleibt. Aus diesen Gründen verbietet es sich, einen Schlußstrich zu ziehen.

In vorbildlicher Weise hat die erste Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages von 1992 bis 1994 diese Arbeit geleistet und die Tiefendimension dieser Problematik herausgearbeitet. In 18 Bänden und 16.000 Druckseiten wird eine erste historische Bilanz „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gezogen. Doch es wurde sehr schnell deutlich, daß die Strukturen totalitärer Systeme ihren Einfluß in unserem politischen und gesellschaftlichen System nicht verloren haben.

Die neue Enquete-Kommission, die durch den Bundestag in seiner Sitzung vor der Sommerpause 1996 eingesetzt wurde, trägt genau dieser Erkenntnis Rechnung, indem sie nun unter dem Titel „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ die Arbeit fortsetzt und ihre vordringlichste Aufgabe darin sieht, bei der Vollendung der deutschen Einheit mitzuwirken. Was die Arbeit der Enquete-Kommission in dieser Phase des Wandels für die Öffentlichkeit so wichtig macht, wird in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages fast verschlüsselt mit der Vorbereitung von „Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“ umschrieben.

Diese Aufgabe unterscheidet sich von der der Fachausschüsse dadurch, daß auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und politischer Schlußfolgerungen daraus in gleichberechtigter Zusammenarbeit von Abgeordneten und Sachverständigen Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber oder sonstige politische Maßnahmen zu erarbeiten sind. Der Einsetzungsbeschluß des Bundestages weist ihnen außer dem hier zu behandelnden Themenbereich noch acht weitere Themenfelder zu, die, jeweils durch ausführliche und detaillierte Arbeitsprogramme untersetzt, insgesamt der Aufarbeitung von Folgen sozialistischer Machtausübung ein zukunftsgerichtetes Ziel geben.

Hierin sehe ich auch einen entscheidenden Unterschied zu der vom Bundestag in der 12. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommission. Die Orientierung ihrer Arbeit an den in Freiheit zusammenwachsenden Gemeinsamkeiten ist der konsequente Schritt von Politikern, Geschichtsaufarbeitung zukunftsorientiert zu gestalten, und ist aus meiner Sicht der Schritt in die richtige Richtung. Konsequent ist auch, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Kommission, anknüpfend an die Arbeitsweise der ersten Kommission, viele Anhörungen in den neuen Bundesländern durchführen, um sich vor Ort mit den aktuellen Problemen vertraut zu machen. Sie waren schon in Magdeburg und Halle und werden nach der Sitzung hier in Dresden noch in Eisenhüttenstadt, Schwerin, Leipzig und Chemnitz tagen.

Meine Damen und Herren, wer sehen will, wird sehen, daß in diesen wenigen Jahren nach der Wiedervereinigung vieles auf den Weg gebracht wurde. Fragt man die Bürgerinnen und Bürger nach ihrem persönlichen Befinden und Wohlergehen nach der Wende, so sind 75 % aller Befragten zufrieden mit ihren Lebensumständen.

Auch die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit macht Fortschritte, nicht zuletzt Dank Ihrer Arbeit und der Tatsache, daß der Leidensdruck vieler Opfer durch konkrete Maßnahmen der Rehabilitation und Entschädigung gemildert werden konnte. Die Arbeit der Gauck-Behörde und der Beauftragten in den neuen Ländern tragen viel zu dieser Einschätzung bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Vorsitzender, ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit und für den schwierigen Weg, den Sie dabei zurücklegen müssen, auch im Namen der Abgeordneten des Sächsischen Landtages, viel Erfolg und in der heutigen Tagung und in den folgenden alles Gute. Dankeschön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank verehrter Herr Präsident. Wir danken Ihnen für Ihre Worte, für Ihre guten Wünsche und für den Grad, in dem Sie über die Arbeit unserer Enquete-Kommission informiert sind. Wenn die große Masse unserer deutschen Mitbürger nur die Hälfte von dem über unsere Arbeit wüßte, was Sie hier durch das, was Sie eben gesagt haben, auch zum Ausdruck gebracht haben, auch an Information gegeben haben, wäre ich sehr sehr froh.

Ein Blick, liebe Kolleginnen und Kollegen in das Programm zeigt uns, daß wir jetzt zwei grundsätzliche einführende Referate zu hören haben und dann die Möglichkeit haben, darüber miteinander zu reden. Die Leitung dieser Einheit übernimmt der Kollege Spiller. Bitteschön.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Meine Damen und Herren, der heutige Tag ist dem Thema „Zwischenbilanz Aufbau Ost und Bilanz der DDR-Wirtschaft“ gewidmet. Wir blicken nicht nur zurück in die Vergangenheit. Wir schauen auch nach vorn. Aufgabe dieser Enquete-Kommission ist es ja auch, Empfehlungen für die politische Arbeit zu erarbeiten. Zunächst einmal müssen wir uns mit der wirtschaftlichen Ausgangssituation 1989 beschäftigen.

Ich mache jetzt keine wertenden einleitenden Bemerkungen, wir wollen zuhören. Wir haben zwei Referenten zum Thema: „Funktionen, Dysfunktionen und systembedingte Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und Gründe für das Scheitern systemimmanenter Reformansätze“. Dazu werden Herr Dr. Werner Klein von der Universität Köln und Herr Professor Reinhard Schmidt von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida referieren. Herr Dr. Klein, ich bitte Sie, als erster das Wort zu nehmen.

Dr. Werner Klein: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Das Thema meines Referats wurde schon angekündigt. „Funktion, Dysfunktion und systembedingte Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und Gründe für das Scheitern systemimmanenter Reformansätze“. Mein Referat gliedert sich in vier Hauptteile.

Der erste Hauptteil befaßt sich mit zwei wesentlichen Grundproblemen eines jeden Wirtschaftssystems: erstens dem Problem effizienter Lenkung der volkswirtschaftlichen Ressourcen, zweitens dem Problem der Gewinnung und Nutzung jenen Wissens, das für eine effiziente Ressourcenlenkung notwendig ist. Der zweite Hauptteil ist den Funktionen einer Zentralverwaltungswirtschaft gewidmet, die diese bei der Lösung der genannten Probleme hat. Teil drei des Referats beschäftigt sich mit vier zentralen Aspekten von Dysfunktionalitäten, die Zentralverwaltungswirtschaften systemimmanent sind. Im vierten Teil ist schließlich auf zwei Beispiele bedeutsamer systemimmanenter Wirtschaftsreformen und die Gründe für deren Scheitern einzugehen.

Aus Gründen der Zeitökonomie müssen meine Ausführungen größtenteils etwas holzschnittartig ausfallen. Die Diskussion im Anschluß an die Einführungsreferate gibt aber sicherlich die Gelegenheit, etwas ausführlicher auf das eine oder andere Detail einzugehen.

Erlauben Sie mir nun zu Beginn einige wenige Vorbemerkungen. Wenn es hier meine Aufgabe ist, über Funktion und Dysfunktion von Zentralverwaltungswirtschaften zu sprechen, so könnte leicht der Eindruck entstehen, nur für diesen Typus einer Wirtschaftsordnung gäbe es Funktionsprobleme. Dies ist natürlich nicht der Fall. Auch Marktwirtschaften leiden vielfach unter Dysfunktionen. Unter makroökonomischem Aspekt denke man nur an Situationen von Unterbeschäftigung, an Instabilitäten des Geldwertes, an außenwirtschaftliche Ungleichgewichte oder an Innovations- und Wachstumsschwächen, wodurch auch immer diese Dysfunktionen ausgelöst werden. Mikroökonomisch gesehen kann man an viele Fälle denken, in denen ganze Unternehmungen – oft durch Fehlverhalten des Managements – in Existenzkrisen geraten. Firmennamen wie Balsam, Bremer Vulkan, Daimler Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz, Metallgesellschaft und Südmilch sind besonders eklatante Beispiele dafür. Dennoch kann man heute aufs Ganze gesehen sagen, daß sich Marktwirtschaft in Verbindung mit politischer Demokratie den Systemen mit politischer Diktatur und Zentralverwaltungswirtschaft auch ökonomisch als leistungsüberlegen erwiesen hat. Es ist eben wohl so, daß dem letzteren Typus von Wirtschaftsordnung bestimmte Dysfunktionen inhärent sind, die sich auch durch

systemerhaltende, systemimmanente Reformen nicht beseitigen lassen und letztlich zum Untergang dieses ökonomischen Gesamtsystems beigetragen haben.

Zu den erwähnten zwei Grundproblemen: Das erste Grundproblem betrifft die möglichst effiziente Lenkung der volkswirtschaftlichen Ressourcen in Form des Bestandes an verfügbarer Arbeit, Boden und Rohstoffen sowie an Sachkapital. Im Gegensatz zum Verständnis des Effizienzbegriffs unter den Strukturbedingungen einer Marktwirtschaft, gekoppelt mit politischer Demokratie, ist der Terminus Effizienz in einer Zentralverwaltungswirtschaft in Verbindung mit politischer Diktatur doppeldeutig. Effizient wäre eine Ressourcennutzung dann, wenn dies den Vorstellungen der herrschenden Parteieliten (Nomenklatura) entspricht. Eine effiziente Verwendung der volkswirtschaftlichen Ressourcen kann aber auch daraus abgeleitet werden, daß damit den Präferenzvorstellungen der übrigen Mitglieder der Gesellschaft gedient wird. Eine Übereinstimmung der durch die herrschenden Parteieliten repräsentierten „gesellschaftlichen" Interessen mit den „individuellen" der sonstigen Bürger wäre rein zufälliger Natur. Die Realität von Zentralverwaltungswirtschaften war eher durch massive Interessenkonflikte dieser Art gekennzeichnet.

Effiziente Lenkung und Nutzung der volkswirtschaftlichen Ressourcen erfordert in allen Wirtschaftssystemen eine in dieser Hinsicht wirksame Planung. Planung setzt Kenntnisse über planungsrelevante Tatbestände voraus. Das Wissen hierüber**,** und dies ist das zweite Grundproblem, ist aber bei gesellschaftlicher Wirtschaftsweise in den Köpfen von möglicherweise Millionen von Menschen verteilt und prinzipiell auch nicht vollständig zentralisierbar. In jedem Wirtschaftssystem bedarf es daher eines funktionsfähigen Kommunikationsnetzwerks, das der Informationsgewinnung und -weiterleitung über jene planrelevanten Fakten dient, die die Entscheidungsgrundlage für eine effiziente Ressourcenlenkung und -nutzung darstellen.

In den beiden ganz verschiedenen Grundtypen von Wirtschaftsordnungen, die sich in der Zwischenkriegszeit in der einen Form in der Sowjetunion und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa in zweierlei Form herausgebildet hatten, dem marktwirtschaftlichen System im Westen und dem der zentralverwaltungswirtschaftlichen Struktur im Osten, um es so plakativ zu sagen, sind ganz verschiedene Wege zur Bewältigung der genannten beiden Grundprobleme angelegt.

Auf der Grundlage der als „Volkseigentum" apostrophierten Form des staatlichen Eigentums vor allem in der Industrie und des Eigentums sogenannter sozialistischer Genossenschaften u. a. in der Landwirtschaft und im Handwerk – Privateigentum spielte außer in der polnischen Landwirtschaft und im Handwerk und in der Wohnungswirtschaft der DDR eher eine marginale Rolle –, geschah in den Zentralverwaltungswirtschaften die Ressourcenlenkung vermittels eines komplexen Gefüges administrativ-zentraler Pläne materieller und finanzieller Art. Es handelte sich dabei um den Versuch, auf verwaltungsmä-

ßigem Wege Art, Umfang, Zusammensetzung und Verwendung der Gütererzeugung für jeweils eine bestimmte Zeitperiode festzulegen.

Wie verschafften sich nun die am Planungsprozeß beteiligten Instanzen jenes Wissen, das unverzichtbare Grundlage für sinnvolle ökonomische Entscheidungen ist? Grundsätzlich kann man sagen, daß einer Zentralverwaltungswirtschaft, in der es offiziell keine Märkte mit selbständig handelnden Anbietern und Nachfragern gibt, ein System der Informationsvermittlung nicht zur Verfügung stehen konnte, wie es Marktwirtschaften eigen und dadurch charakterisiert ist, daß ein großer Teil des Wissensaustauschs in vielfach indirekter und anonymer Form vermittels laufender Veränderungen von Marktsignalen preislicher und mengenmäßiger Art geschieht. In den Zentralverwaltungswirtschaften wurden Wissen vermittelnde Informationen bei der Planung im Rahmen verwaltungsmäßiger Kommunikationswege gewonnen. Die Informationsvermittlung vollzog sich sowohl in vertikaler wie auch in horizontaler Richtung innerhalb des Netzes der Planungs- und Leitungsorgane.

Dabei spielten eine große Anzahl von Richtlinien, von Mengen- und Wertkennziffern oder Normativen über Produktion und Absatz, Außenhandel, die Verwendung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, den Einsatz von Arbeitskräften, die Investitionen, die Kostengestaltung, den zu erzielenden Gewinn und anderes eine entscheidende Rolle.

Wegen des möglichen sogar wahrscheinlichen Auseinanderfallens der durch die Partei in den entsprechenden Direktiven der Parteitage definierten gesellschaftlichen Interessen und den individuellen Interessen derjenigen, die die aus den Parteitagsbeschlüssen abzuleitenden Planziele zu verwirklichen hatten, bedurfte es in der Zentralverwaltungswirtschaft teilweise besonderer Formen der Leistungsanreize, aber auch eines umfassenden Systems der Leistungskontrollen. Im Gegensatz zu bestimmten theoretischen Modellen einer Zentralverwaltungswirtschaft, in denen zumindest implizit mit der Annahme gearbeitet wird, die Gesamtheit der am Prozeß der Planung und der Planverwirklichung beteiligten Menschen bildete ein Team im organisationstheoretischen Sinne, würden sich also freiwillig und vollständig in den Dienst an der Realisierung der von der Zentrale festgelegten Ziele des Wirtschaftens stellen, ohne konkurrierende eigene Zwecke zu verfolgen, war dies in der Realität von Zentralverwaltungswirtschaften keineswegs der Fall.

Es waren sehr wohl vielfältige Interessenkollisionen beobachtbar. Es gab daher ein massives Leitungsproblem, das in der Frage bestand, durch welche Mechanismen oder Vorkehrungen man die einzelnen Beschäftigten, ganze Arbeitsgruppen (Brigaden) und das Management (leitende Kader) dazu motivieren oder zwingen könnte, auf das Verfolgen von Zwecken zu verzichten, die aus der Sicht der politischen Elite kontraproduktiv waren, und statt dessen ein hohes Maß an Leistung im Interesse der zentral festgelegten Ziele zu erbringen.

Um dies zu erreichen, versuchten die politischen Entscheidungsinstanzen, die in den Betrieben arbeitenden Menschen sowohl durch sozialpsychologisch

wirkende Formen der Leistungsstimulierung als auch durch Formen der materiellen Stimulierung zu einem entsprechenden Leistungsverhalten zu motivieren und ihre Tätigkeit durch eine beträchtliche Anzahl von Kontrollinstanzen und -mechanismen zu überwachen. Trotz oder gerade wegen der systemspezifischen Mechanik, die Leistungsbewertungen aller Art und aller planverantwortlichen Ebenen an die Erfüllung bzw. Übererfüllung von Planaufgaben bzw. -auflagen zu binden, kam es zu jenen gravierenden Dysfunktionalitäten, auf die nun im folgenden eingegangen werden soll.

Die administrativ-zentrale Planung und Lenkung des Ressourceneinsatzes und der Produktion begründet in Verbindung mit dem kollektiven Eigentum an den sachlichen Produktionsmitteln und den erwähnten Formen der Informationsvermittlung und Leistungsstimulierung aus Sicht der politischen Entscheidungsträger höchster Ebene und im Hinblick auf eine effiziente Ressourcennutzung entscheidende Defekte im ökonomischen Verhalten von Individuen, Betriebskollektiven, ganzen Betrieben und selbst von Planungsinstanzen übergeordneter Verantwortlichkeit. Anders ausgedrückt: Die zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung und die durch sie geprägten Entscheidungs-, Informations- und Motivationsstrukturen ermöglichten nur eine sehr unbefriedigende und sich mit der Zeit verschlechternde Lösung des Problems einer hinreichend sinnvollen und effizienten Ressourcenlenkung. Infolgedessen konnte diese Ordnung allmählich ihre eigentliche Grundfunktion nicht mehr zureichend erfüllen, nämlich den Wirtschaftsablauf so zu gestalten, daß die Macht der Führungselite gewährleistet blieb. Dieses System erwies sich in diesem Sinne als immer weniger effizient. Gleichzeitig erbrachte es auch und im Verlauf der Zeit, abgesehen von relativ kurzen Erholungsperioden, immer bescheidener werdende Ergebnisse hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern der verschiedensten Art, so daß sich die Zentralverwaltungswirtschaft auch in diesem Sinne als wenig effizient erwies.

Was waren die entscheidenden Ursachen hierfür, und welches waren die wirtschaftlich negativen Folgen dieser Entwicklung, die letztlich zum Scheitern des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft beigetragen haben? Mit dem polnischen Wirtschaftswissenschaftler Jan Winiecki sei auf vier zentrale Aspekte dieser Fragestellung näher eingegangen.

Es sind dies erstens die makroökonomischen Dysfunktionalitäten zentraler Planung, zweitens die durch das System der zentralen Planung generierten verzerrten Sektoral- und Produktionsstrukturen, drittens das systembedingte weitgehende Versagen des Systems hinsichtlich seiner Fähigkeit, die außenwirtschaftlichen Beziehungen als wohlstandsmehrenden Faktor nutzen zu können und viertens die systemspezifischen Innovations- und Investitionsbarrieren.

Zu den makroökonomischen Dysfunktionalitäten: Zu den Spezifika makroökonomischer Dysfunktionalitäten und den damit einhergehenden negativen ökonomischen Effekten zentraler Planung gehörte die zu beobachtende permanent exzessive Nachfrage nach Produkten und Faktoren einerseits und eine daraus hervorgehende generelle systemspezifische Knappheitssituation

andererseits. Dies erklärt sich aus dem in den Anreizstrukturen des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft begründeten Verhalten der Betriebe, den Produktionsausstoß, gemessen an quantitativen oder Wertkennziffern, wegen des Zwangs zur Planerfüllung und der damit verknüpften Prämienzahlungen de facto ohne Rücksicht auf die Kosten von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Die daraus hervorgehende exzessive Nachfrage nach Produktionsfaktoren aller Art, also nach Rohstoffen, Materialien, Investitionsmitteln, Zwischenprodukten und nicht zuletzt auch Arbeitskräften, erzeugte so ein Klima allgemeiner Ressourcenknappheit.

Die zentralen Planträger reagierten wegen ihres Hangs zur Autarkie – außenwirtschaftliche Abhängigkeiten wurden nämlich als ein Gefährdungsmoment für die Durchführbarkeit des Volkswirtschaftsplans angesehen – auf diese Entwicklung in der Weise, daß versucht wurde, die Produktion als besonders knapp empfundener Güter zu erhöhen. So kam es generell zur Ausarbeitung makroökonomischer Pläne, die wegen der im System angelegten spezifischen Ressourcenknappheit nicht oder nicht im geplanten Maße erfüllt werden konnten.

Zum zweiten Aspekt der sektoralen Dysfunktionalitäten: Der zweite Komplex von Dysfunktionalitäten bezieht sich auf die durch das System hervorgerufenen sektoralen Strukturverzerrungen und den unter dynamischen Aspekten offensichtlich damit einhergehenden nicht leistbaren Strukturwandel. Die Entwicklung von der Dominanz der Land- und Forstwirtschaft hin zu der des industriellen Sektors ist offensichtlich in den realen Zentralverwaltungswirtschaften bei der Herausbildung der wirtschaftlichen Primärbedeutung der Industrie stehen geblieben.

Im Vergleich zu Marktwirtschaften etwa gleichen Entwicklungsstandes wiesen Zentralverwaltungswirtschaften einen überdimensionierten industriellen Bereich aus, was spiegelbildlich eine Vernachlässigung der Entwicklung hin zu einer wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors impliziert. Zu den systemspezifischen Faktoren, die zur Überdimensionierung des industriellen Sektors und zur Verfestigung dieses Erscheinungsbildes führten, zählen die zwecks Minimierung des Planrisikos generelle binnenwirtschaftliche Orientierung der Ressourcenplanung und deswegen auch die prinzipiell auf Importsubstitution ausgerichtete Außenhandelspolitik. Importsubstitutionspolitik meint so viel Importe, wie gerade notwendig. Diese semiautarke Strategie wirtschaftlicher Entwicklung führt wegen der dadurch nicht wahrgenommenen Vorteile aus der internationalen Spezialisierung zu einer vergleichsweise übergroßen Ausdehnung der Vor- und Zwischenprodukte herstellenden Bereiche: Eisen und Stahl, Chemie, Zement, Papier usw. Dies läßt sich auch als eine systemspezifische Form der Unterspezialisierung beschreiben, weil hierdurch bedingt in Zentralverwaltungswirtschaften ein vergleichsweise zu großes Sortiment an Gütern und Faktoren in zu geringen Losgrößen produziert wird, deren Herstellung zudem dann einen zu hohen Material- und Faktoraufwand erfordert. Es erweisen sich dann die Herstellungskosten damit als vergleichswei-

se zu hoch und die Produkte teilweise als technisch veraltet, weil auch die notwendigen Ressourcen für die Modernisierung einer zu großen Zahl von Produktlinien fehlen.

Auf der Ebene mikroökonomischer Betrachtung läßt sich all dies aus der Tatsache ableiten, daß Herstellerbetriebe aus Gründen der Planerfüllung und Prämienerzielung nur ein (moderates) Mehr an Finalprodukten zu erzeugen versuchen. In einem Klima allgemeiner Ressourcenknappheit, unzuverlässiger Zulieferungen und von Unsicherheiten sonstiger Art tendieren die Herstellerbetriebe zwecks Minimierung des Planrisikos dazu, den Anteil selbsterzeugter Zwischenprodukte möglichst auszuweiten. Auch Ersatzteile für und Komponenten der in den Betrieben vorhandenen Ausrüstungen werden aus diesem Grund möglichst selbst hergestellt. Auf diese Weise betreiben die Herstellerbetriebe eine binnenwirtschaftlich ausgerichtete systembedingte Art von „Importsubstitutionspolitik", indem sie versuchen, so wenige wie möglich der benötigten Vorprodukte von Zulieferbetrieben zu beziehen. Diese systemspezifische Do-it-yourself-Strategie hat allerdings ganz erhebliche negative gesamtwirtschaftliche Konsequenzen in Form von gravierenden Verzerrungen der Produktionsstrukturen. Die oftmals sogar auf ein Produkt bezogenen geringen Losgrößen von Zwischenprodukten, selbsterstellten Ersatzteilen, Werkzeugen und sonstigen Komponenten erfordern einen weit höheren Material- und Arbeitseinsatz als dies bei entsprechend spezialisierten Vorlieferanten der Fall wäre.

Die in der historischen Entwicklung konkreter Zentralverwaltungswirtschaften anfänglich beobachtbare rapide Zunahme der wirtschaftlichen Bedeutung des industriellen Sektors mag auf die Strategie der beschleunigten Industrialisierung zurückzuführen sein, erklärt allerdings nicht das Verharren und die Verfestigung der Produktionsstrukturen mit einem dann in dynamischer Sicht als Überdimensionierung dieses Sektors zu bezeichnenden Zustand. Letztere Erscheinung läßt sich allerdings auf jene systemspezifischen dysfunktionalen Faktoren zurückführen, die nach Erreichung einer dominanten Position des industriellen Sektors die Dauerhaftigkeit dieser Sektoralstruktur festigen und perpetuieren.

Wie bereits gezeigt, werden Endprodukte aller Art, und damit auch jene des industriellen Sektors, aus systemspezifischen Gründen mit einem exzessiv hohen Faktoreinsatz erzeugt. Das Klima allgemeiner Ressourcenknappheit schlägt dann in der Weise auch auf die vorgelagerten Produktionsstufen durch, daß der Mangel an Vorprodukten und Rohstoffen von den Planverantwortlichen auf der zentralen Ebene diesen letzteren Bereichen zugeordnet und angelastet wird. Der wahre Grund für die genannten Mangelerscheinungen findet sich aber darin, daß innerhalb des industriellen Sektors diese Branchen selbst als überdimensioniert identifiziert werden können. Infolge des Wahrnehmungsmangels der zentralen Planträger für die tatsächlichen Gründe der allgemeinen Ressourcenknappheit werden große Teile der Investitionen dann im Bereich der Rohstoffe erzeugenden Sektoren und jenen der ersten industriellen

Verarbeitungsstufen, z. B. in der Stahlindustrie und der Basisprodukte erzeugenden chemischen Industrie, in der Zementindustrie usw. verwendet. Auf diese Weise verharrt der industrielle Sektor auf dem einmal erreichten Entwicklungsniveau und zementiert, wörtlich gesprochen, die damit verknüpften Strukturverzerrungen.

Die geschilderte ökonomische Mechanik hatte nicht zuletzt auch entsprechend negative Auswirkungen auf die Produktion von Konsumgütern. Wie gezeigt, wird ein überproportional hoher Anteil der volkswirtschaftlichen Ressourcen innerhalb des überdimensionierten industriellen Sektors verbraucht, von dem der Löwenanteil auf die Herstellung von Investitionsgütern und Zwischenprodukten entfällt, die ihrerseits wiederum selbst Einsatzfaktoren für die Investitionsgüterindustrie sind. Das unter diesen systemspezifischen Umständen erzeugte Wachstum schlägt sich somit primär im Wachstum dieser Erzeugnisse des industriellen Sektors selbst und in einem eher bescheidenen Wachstum der Konsumgütererzeugung nieder. Das Wachstum dieser Art läßt sich kurz gesagt als ein Wachstum ohne Fortschritt charakterisieren.

Zum dritten Aspekt von Dysfunktionalitäten: Außenwirtschaftliche Implikationen.

Der dritte Aspekt systembedingter Dysfunktionalitäten bezieht sich auf das weitgehende Versagen der Nutzung außenwirtschaftlicher Beziehungen als wohlstandsmehrenden Faktor. Die institutionelle Ausgestaltung des Außenwirtschaftsregimes als Außenhandels- und Devisenmonopol folgt aus der systemimmanenten Notwendigkeit, auch diesen volkswirtschaftlichen Bereich mit Blick auf die zu tätigenden Importe und Exporte aus Gründen der Planungssicherheit beherrschen zu müssen. In den Importplänen spiegeln sich bei prinzipieller Binnenorientierungen die trotzdem bestehenden Notwendigkeiten zum Import bestimmter Produkte.

Die aus den oben dargelegten systemspezifischen Gründen hervorgehende exzessive Nachfrage nach Produktionsfaktoren und Materialien aller Art erzeugt ihrerseits einen erhöhten Importdruck meist in Richtung der Importe aus Marktwirtschaften. Dies deshalb, weil die Handelsbeziehungen zu den dominanten Partnerländern gleicher oder ähnlicher Ordnungsstruktur durch die abgeschlossenen Handelsabkommen relativ zementiert waren und diese Handelspartner sich ebenfalls dem gleichen Phänomen exzessiver Faktornachfrage gegenüber sahen. Dieses Faktum berührt nun seinerseits die Exportmöglichkeiten einer Zentralverwaltungswirtschaft in der Weise, daß der überdimensionierte industrielle Sektor ein Übermaß an auch exportierbaren Produkten, Rohstoffen, Energieträgern und Zwischenprodukten selbst verbraucht.

In einer Volkswirtschaft, die aus systemspezifischen Gründen primär auf die Strategie der Importsubstitutionspolitik ausgerichtet ist, führen alle Versuche, den Druck auf höhere Importe zu reduzieren, zu erheblichen binnenwirtschaftlichen und damit auch die Exportchancen berührenden Problemen. Auf Grund der Spezifik der Warenstruktur bei importsubstitutionsstrategischer Planung

erscheinen alle Güter dieser Art für die Sicherung der Produktionsziele der eigenen Volkswirtschaft als „lebensnotwendig“.

Viertens: Barrieren strukturellen Wandels. Aus dem bisher Gesagten dürfte deutlich geworden sein, daß die systembedingten Dysfunktionen von Zentralverwaltungswirtschaften – auch und insbesondere im historischen Rückblick – den notwendigen und durch technischen Fortschritt zu bewirkenden strukturellen Wandel kaum vollziehen und das als notwendig erachtete Wirtschaftswachstum nicht mehr hervorbringen konnten. Letzteres auch deshalb, weil sich die Quellen extensiven Wachstums irgendwann einmal erschöpfen mußten. Die zentralen Planträger sahen sich in diesem Kontext zwei nicht überwindbar erscheinenden Barrieren gegenüber.

Als erstes ist eine massive systembedingte Innovationsbarriere zu nennen. Unter den Bedingungen noch vorhandener Quellen extensiven Wirtschaftswachstums war es für die Betriebe einfach risikoloser, die erwarteten Planergebnisse mit den bewährten Methoden, d. h. den hergebrachten, vielleicht eben nur wenig modernisierten Technologien zu erreichen. Risikoaversion, wohlbegründet durch das betriebliche Eigeninteresse an Planungssicherheit, wurde damit zur Ursache der genannten Innovationsbarriere, die aus den bereits genannten Gründen, und wie noch zu zeigen sein wird, auch im Rahmen von Wirtschaftsreformen nicht überwunden werden konnte, selbst nachdem die Quellen extensiven Wirtschaftswachstums erschöpft waren.

Die zweite Barriere strukturellen Wandels betrifft die Investitionen selbst. Dies meint, daß aus Sicht der zentralen Planträger lediglich ein Mangel an entsprechenden Ressourcen die Komplettierung und Erweiterung der volkswirtschaftlichen Kapazitäten und das damit verbundene angestrebte Wirtschaftswachstum behinderte.

Im historischen Rückblick gesehen, glaubten die Planverantwortlichen Anfang der 70er Jahre, die beiden erwähnten Barrieren durch den Import westlicher Technologien und deren Finanzierung durch westliche Kredite überwinden zu können. Dies erschien als der Königsweg zur Überwindung der erkennbar gewordenen Wachstumsschwächen, Ineffizienzen und strukturellen Verkrustungen. Daß diese Strategie aus systemspezifischen Gründen zum Scheitern verurteilt war, ist auf die folgenden Faktoren zurückzuführen.

Die in den importierten Investitionsgütern gebundenen Technologien wurden schwergewichtig im Investitionsgütersektor implementiert. Die hiermit notwendig verbundenen, selbst zu erbringenden und diese Strategie begleitenden Investitionen, verursachten letztlich eher eine Verstärkung der geschilderten Verzerrungen in den Sektoralstrukturen und damit ein zusätzliches Zurückbleiben des Konsumgütersektors in dynamischer Sicht. Die Erwartungen, daß der Zufluß investiver Ressourcen aus dem Westen die Effizienz des Systems auch im Hinblick auf die Konsumgüterversorgung verbessern und sich insgesamt ein produktiverer Faktoreinsatz zeigen würde, erfüllten sich nicht. Ungelöst blieb in diesem Zusammenhang das Problem, in welcher Weise die ver-

gleichsweise komplexeren importierten Technologien mit den in den eigenen Anlagen und Maschinen gebundenen, weniger anspruchsvollen technischen Standards verknüpft werden sollten.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu den erwähnten systemimmanenten Reformversuchen.

Die geschilderten Dysfunktionalitäten und Barrieren wirtschaftlichen Wandels blieben den zentralen Planträgern in Partei und Staat selbstverständlich nicht verborgen. Schon relativ früh nach dem Zweiten Weltkrieg wurden insbesondere auch durch das ZK der KPdSU Listen vorgelegt, in denen diese Dysfunktionalitäten im einzelnen aufgeführt wurden. Eine solche Liste von Dysfunktionalitäten hätte de facto mit wenigen Akzentverschiebungen in allen Zentralverwaltungswirtschaften permanent publiziert werden können. Die Versuche waren zahlreich, durch systemimmanente Reformen den geschilderten Dysfunktionalitäten zu begegnen. Auf zwei solcher Versuche in der DDR sei hier verwiesen, weil diese für die internen Ordnungsstrukturen des zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems doch mit erheblichen Änderungen verbunden waren und in der einen oder anderen Form in allen Staaten des Ordnungstyps der Zentralverwaltungswirtschaft unter dem Stichwort „grundlegende Wirtschaftsreformen“ angekündigt und verwirklicht wurden. In der DDR wurden die entsprechenden Reformversuche, auf die hier näher einzugehen ist, unter den Leitbegriffen des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖS) bzw. der „Kombinatsreform“ durchgeführt.

Anlaß für die Entwicklung und Implementierung des systemimmanenten Reformversuchs „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“ war die Tatsache, daß auch das Wirtschaftssystem der DDR zu Beginn der 60er Jahre in eine ernste Krise geraten war, wodurch die Gefahr heraufbeschworen wurde, daß die Wirtschaft nicht mehr hinreichend in der Lage war, ihre eigentliche Grundfunktion zu erfüllen, nämlich die politisch-gesellschaftliche Macht der herrschenden politischen Führung zu stabilisieren. Diese Krise zeigte sich darin, daß die Wachstumsraten des „produzierten Nationaleinkommens“ drastisch zurückgingen. Mit dem Rückgang der Wachstumsraten wurden erhebliche Disproportionen im Gefüge der Produktions- und Austauschprozesse sichtbar, die es mit sich brachten, daß der Siebenjahrplan (1959-1965) nach drei Jahren seiner Laufzeit als nicht mehr erfüllbar angesehen und daher aufgegeben werden mußte.

Man zog aus diesem Desaster den Schluß, daß die bisherige Phase des extensiven Wachstums der Wirtschaft deswegen zu Ende gehen müsse, weil die vorhandenen Ressourcen inzwischen weitgehend ausgelastet waren, so daß es notwendig wurde, intensives Wachstum hervorzubringen. Man entschloß sich im Jahr 1963 zu einer groß angelegten Wirtschaftsreform, die in ihrer ersten Phase (1963-1967) als „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS) und in ihrer zweiten Phase (1968-1970) dann „Ökonomisches System des Sozialismus“ (ÖSS) bezeichnet wurde. Diese Reform brachte einen gewissen Abbau der Zentralisierung in der Wirtschaftspla-

nung, ohne jedoch von dieser grundsätzlich abzugehen. Man entschloß sich dazu, nur noch eine ausgewählte Anzahl quantitativer und qualitativer Planauflagen an die Betriebe verbindlich vorzugeben. Diese Planauflagen erstreckten sich vor allem auf (die) Produktion und (die) Investitionen in den Wachstumsbranchen Petrochemie, Elektronik, Elektrotechnik, Datenverarbeitung usw. Man versuchte, die Tätigkeit der Betriebe vermittels „indirekt" wirkender Instrumente, den sogenannten „ökonomischen Hebeln", in eine von der politischen Führung gewünschte Richtung zu lenken. Hierzu gehörten die „Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung" – das waren staatlich festgesetzte Preise, Steuersätze, Abschreibung, der Gewinn, Normative für die Gewinnverwendung usw. – und die „Hebel der persönlichen materiellen Interessiertheit" in Form von Leistungsprämien und dergleichen.

Dem Betriebsgewinn als Maßstab der Betriebsleistung und die Bindung des Prämiensystems und sonstiger betriebseigener Fonds an dessen Erfüllung fiel im NÖS eine wichtige Rolle zu. Diese Zentralfunktion konnte der Betriebsgewinn, trotz zweier in den Jahren 1964 und 1967 durchgeführten Preisreformen, aber bei im Kern nicht geänderten Methoden zentraler materieller und finanzieller Planung sowie administrativer Preisplanung nicht erfüllen. Dies wird daran deutlich, daß infolge des erweiterten Handlungsspielraums der Betriebe die von diesen getroffenen Entscheidungen besonders in strukturpolitischer Hinsicht nicht mit den von der Partei- und Staatsführung gesetzten Zielen übereinstimmten. Die daraus erwachsenen Disproportionalitäten führten letztendlich zum Abbruch dieses Experiments. Die Rezentralisierung, die mit der Übernahme von Partei und Staatsführung durch Erich Honecker 1971 einsetzte, führte zu einer Rezentralisierung der Anwendung der altbekannten Methoden im Kern.

Ein letzter Reformversuch war die Kombinatsreform. Wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, noch drei Minuten dazu.

Die sogenannte Kombinatsreform zielte primär darauf ab, die mit dem bis dato nicht überwundenen Typus extensiven Wirtschaftswachstums verbundenen Ineffizienzen aller Art, schwergewichtig im industriellen Sektor, zu überwinden. Methodisch sollte damit der Wachstumstypus der intensiv erweiterten Reproduktion durch Bildung der Großwirtschaftseinheiten „Kombinate" in der Industrie, dem Bauwesen und der Verkehrswirtschaft sowie durch Übertragung von Planungs- und Leitungskompetenzen auf diese durchgesetzt werden. Wiederum sollte aber damit das Kernstück einer Zentralverwaltungswirtschaft, die zentrale staatliche Planung und Leitung, nicht außer Kraft gesetzt, sondern deren Effizienz verbessert werden.

Von der Kombinatsreform wurde eine Beschleunigung der innerzweiglichen Koordinations- und Bilanzierungsprozesse, der Einigungs- und Beschlußfassungsprozeduren sowie von Chancen zur Initiierung innerkombinatlicher Neuerungsprozesse erwartet.

Auch durch die Kombinatsreform konnten die oben geschilderten systemtypischen Dysfunktionalitäten nicht durchbrochen werden. Durch die mit der Kombinatsreform den Kombinaten übertragenen erweiterten Planungs- und Bilanzierungskompetenzen wurden im Gegensatz zu den erhofften Effekten die Tendenzen zu kombinatsautarkem Verhalten noch verstärkt. Die Folge davon war, daß z. B. die sogenannte Fertigungstiefe, ein anderer Begriff für Unterspezialisierung, eher noch zunahm, die exzessive Nachfrage nach Produktionsfaktoren einschl. Investitionsmitteln und Arbeitskräften sich nicht zurückbildete. Technischer Fortschritt konnte unter den weiterhin obwaltenden grundsätzlichen Ordnungsbedingungen der Zentralverwaltungswirtschaft, wenn überhaupt, nur in bescheidenem Maße durchgesetzt werden. Die erhofften gesamtwirtschaftlich positiven Effekte, ablesbar an Material- und Energieeinsparungen sowie einer wesentlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität, ließen sich durch diesen Reformversuch ebenfalls nicht realisieren. Letztlich ist auch die Kombinatsreform an den inneren Widersprüchen des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft gescheitert.

Welche Folgerungen wären für die Politik, ich meine innerhalb der DDR, daraus zu ziehen gewesen? Man hätte das System in einer Weise systemüberwindender Formen ändern müssen, was aber letztendlich bedeutet hätte, ein marktwirtschaftliches System mit allen Konsequenzen zu implementieren, denn die Politik der Zentralverwaltungswirtschaft hatte sich sozusagen, ich will es etwas kraß formulieren, ad absurdum geführt. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Klein. Wir treten jetzt nicht in die Diskussion ein, sondern ich möchte Herrn Professor Schmidt bitten, seinen Vortrag zum selben Thema zu halten.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Präsident des Sächsischen Landtages, sehr geehrte Damen und Herren, die kritische Analyse der DDR-Zentralwirtschaft bedingt die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus. Ich habe mich bereits gewundert, daß jetzt hier über eine Stunde lang dieser Ahnenherr dieses untergegangenen Kommunismus nicht erwähnt wurde. Die Geschichte kennt viele Diktaturen. Es werden noch einige entstehen und einige untergehen. Die untergegangenen Diktaturen des Ostblockes waren aber letztendlich auf den Fundamenten marxistischer Theorien gegründet. Das ist ein wesentlicher Unterschied. So hatte z. B. Hitlers Drittes Reich einen anderen Umgang mit den Produktionsmitteln als die in jüngster Zeit untergegangenen linken Diktaturen. Das muß man allen Totalitarismusforschern sagen, die Politik und Wirtschaft getrennt betrachten. Als ich 1991, von Naivität getragen, an die größeren Verlage der Bundesrepublik herangegangen bin, ein Buch zu der Marxismusauseinandersetzung zu veröffentlichen, hatte ich keinen Erfolg. Ich gebe hier auszugsweise einen Brief von Herrn Ulrich Frank-Planitz von der Deutschen Verlagsanstalt wieder: „Ich fürchte, daß das Interesse an einem solchen Projekt im Augenblick nicht sonderlich groß ist, auch nicht bei den jungen Leuten. Zudem nehme ich an, daß es bei der politischen Auseinandersetzung mit der DDR-Nostalgie gar

nicht auf die Auseinandersetzung mit dem Marxismus ankommt.“ Vier Jahre später hat der Universitätsverlag Köln das Buch mit dem Titel „Der sanfte Menschheitsuntergang oder Der Trieb, der Karl Marx stürzte“ veröffentlicht. Die Wahlergebnisse in postkommunistischen Ländern und die Umfrageergebnisse in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg zeigten zu diesem Zeitpunkt bereits die nicht für möglich gehaltene Rückbesinnung. Heutzutage ergeben Meinungsumfragen über 20 % Rückbesinnung und Nostalgie in den sogenannten neuen Bundesländern. Ich warne davor, diese Erscheinung nur als Nostalgie und Protest abzutun. Es sind Nachhalle politischer Prägungen. Hatte nicht jeder Hochschulstudent 300 Stunden, in denen er mit der politischen Ökonomie des Marxismus-Leninismus vertraut gemacht wurde? Wer zählt die unzähligen Parteilehrjahre und Gewerkschaftsschulungen auf? Das hat alles unter dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ Wirkungen hinterlassen. Manches klang ja auch so einfach. Knüpften diese Theorien nicht an das alte Lied „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann...?“ Jetzt gibt es durchaus Menschen, die angesichts der Vergangenheitsbewältigung, wie sie in der Presse geführt wird, sagen, der Marxismus war gar nicht so schlecht. Es waren ja nur einzelne Menschengruppen, die an den Schalthebeln der Macht saßen und alles verdorben haben. Mit anderen Menschen an führender Stelle könnte man es vielleicht noch einmal probieren. Ich möchte daran erinnern, wie lange noch die hölzerne Schlange trotz Christianisierung an die Giebel der Lausitzer Bauernhöfe genagelt wurde. Deshalb halte ich es für ganz wichtig, daß wir uns doch den grundsätzlichen Dingen zuwenden. Ich möchte dazu an marxistische Postulate erinnern wie „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“. Dieses besagt, man muß nur sozialistische Produktionsverhältnisse schaffen, man muß enteignen auf Teufel komm raus. Man muß möglichst zu 100 % die private Wirtschaft beseitigen, dann entsteht der sozialistische Mensch, der sich mit dem Eigentum identifiziert, und alles wird gut. Oder nehmen wir ein zweites Postulat: Nur menschliche Arbeit ist wertbildend, der Boden hat keinen Wert. War das nicht die philosophische Grundlage aller Enteignungen? Die Antikriegsgewinnler-Agitation nach 1945 war eben nicht nur Agitation. Die Enteignung war in der Lehre des Marxismus-Leninismus festgeschrieben. Wer sich heute hier in Dresden die ehemalige Thälmann- jetzt wieder Wilsdruffer Straße in Dresden betrachtet, muß erkennen, ohne die Lehre des Marxismus wäre die gnadenlose Überbauung alter Stadtstrukturen nicht möglich geworden und gewesen. Der Marxismus-Leninismus war die Theorie dafür. Hatte nicht Lenin gesagt: „Eine Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift“? Dazu haben die kommunistischen und Arbeiterparteiführungen nachgeholfen. Ich möchte in meinem Referat darauf eingehen, daß es die ideale Arbeiterklasse, von der das System geträumt hatte, nicht gegeben hatte und daß hierin auch eine Dysfunktion des Systems zu suchen ist. Ich kann nicht anders, als ein wenig in die Naturwissenschaften abzuschweifen. Ich erinnere hier an Wilhelm Ostwald (Physiko-Chemiker und Nobelpreisträger), der unter allen Tier-Mensch-Unterschieden einen sehr wesentlichen begründet hat. Nach Ostwald unterscheidet sich der Mensch dadurch vom Tier, daß er erstens außerhalb seines Körpers Energie in Arbeit umwandeln

kann und daß er zweitens mehr Energie verbrauchen kann, als zur Aufrechterhaltung der Grundfunktion seines Lebens notwendig hat. Ich bitte Sie darum, sich im Geist einen ganz einfachen Bruch aus Zahlen vorzustellen. Über dem Bruchstrich im Zähler sollen aber keine Zahlen, sondern Gegenstände und Bedürfnisse und unter dem Bruchstrich, im Nenner, sollen die Aufwände an Muskel- und Hirnarbeit stehen. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß über dem Bruchstrich der Privatbesitz an Produktionsmitteln, das eigene Haus, das Auto, das Boot, die eigenen Pferde und die Pferdepflegerinnen als zählbares Ergebnis der Anstrengungen stehen. Sie dürften diese Aufzählung aus einer Fernsehwerbung der Sparkassen kennen. Unter dem Bruchstrich, im Nenner, sollen die vom Menschen getätigten Anstrengungen stehen. Für die Maximierung des Quotienten bestehen zwei Möglichkeiten. Die eine folgt aus der Vergrößerung des Zählers, die andere aus der Verringerung des Nenners. Nur die Marktwirtschaft ermöglicht dem Individuum, in der Gesellschaft den Zähler schneller zu vergrößern als den Nenner. Das heißt, in der Marktwirtschaft ist es möglich, für mehr Aufwand im Nenner ein größeres zählbares Ergebnis zu bekommen. Die zentrale Verteilungswirtschaft schreibt aber den Zähler – das zählbare Ergebnis – fest. Jetzt stellen Sie sich bitte ein fiktives Haus vor, so wie wir es hier aus den Fenstern heraus erblicken und wie sie überall in der DDR zu finden waren. Hinter einem Hauseingang wohnen gemeinsam der Chirurg, die Krankenschwester, der Fußballspitzenstar, der Musiker und der Schlosser. Unten vor dem Hauseingang stehen drei nur wenig voneinander differenzierte Autotypen. Es kann sogar passieren, daß der Arzt und der Straßenkehrer, die in dem gleichen Haus wohnen, an einem Tag eine Postkarte bekommen, wo ihnen mitgeteilt wird, daß sie nach 6jähriger Wartezeit ein neues Auto abholen können. Wie kann ich jetzt versuchen, daß unter diesen Bedingungen der Quotient trotzdem einen sehr großen Wert bekommt? Da der erste Weg die Vergrößerung des zählbaren Ergebnisses in der zentralen Verteilungswirtschaft verbaut ist, muß ich versuchen, mit wenigem Aufwand die Zuteilung zu erhalten. Ich habe mich etwas amüsiert, daß Herr Pfeifer, dessen Buch allen Teilnehmern der Anhörung hier zugänglich ist, in einem sicherlich von ihm im Auftrag des Verlages selbst verfaßten Nachwort schreibt: „Die hier beschriebenen desolaten systembedingten Betriebsstrukturen in den VEB`s zeigen auch, daß jeder Fleiß vergeblich war und es nicht an den Menschen lag, wenn die DDR-Wirtschaft in den Ruin steuerte.“ Hat er nie die Worte gehört: „Nach um eins macht jeder seins“ oder „Privat geht vor Katastrophe“? Diese Worte haben Werktätige volkseigener Betriebe im Munde geführt. Ich werde noch einmal darauf zurückkommen. Es wäre leicht, diese Menschen wegen dieser Haltung oder, besser gesagt, dieser Verhaltensumkehr zu verurteilen. Eine derartige Haltung hat das System mit seiner Diktatur bewirkt. Wir müssen, um das zu erfassen, zunächst auf die Verfassung der DDR zurückkommen. Diese Verfassung schrieb das zählbare Ergebnis für den Bürger fest. Der Artikel 4 der Verfassung lautete: „Alle Macht dient dem Wohle des Volkes, sie sichert sein friedliches Leben und die sozialistische Gesellschaft und gewährleistet die sozialistische Lebensweise der Bürger.“

Die Staatsmacht aber legte fest, was sozialistische Lebensweise ist. Gewinn aus Arbeit zu ziehen und damit privates Eigentum an Produktionsmitteln zu schaffen, war niemand vergönnt. Denn schließlich stand im Artikel 9 dieser Verfassung, daß die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik auf dem sozialistischen Eigentum an Produktionsmitteln beruht. Im Sinne des Marxismus-Leninismus hatte der DDR-Bürger nicht nach Kapitalanteilen zu trachten. Hierzu ein Beispiel. Da aus der Vermietung von Häusern kein Gewinn gezogen werden konnte, war es oft schlimm und belastend, in der DDR ein Haus zu erben. So trat das Gegenteil ein. Die Häuser wurden oft verschenkt, da es schwer war, die Handwerksleistungen für die Unterhaltung des Gebäudes zu bekommen, und der Mietertrag viel zu gering war. Diese Umkehr der Verhaltensweisen erfolgte nicht spontan, sondern entwickelte sich schleichend über einen Zeitraum von 40 Jahren. Es gäbe noch weitere Beispiele. Ich möchte hier wegen der Zeit etwas abkürzen und bei der Feststellung verbleiben, daß in der DDR das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht erwünscht war und daß die Verteilungswirtschaft bestimmte, wie der Bürger leben sollte.

Wie erfolgte die Anpassung an dieses System. Es ist immer schwierig, über Menschen determiniert zu reden. Zum Zwecke der Analyse sollten wir aber die Menschen, die in der DDR im berufsfähigen Alter lebten, in drei Gruppen einteilen: In die Gruppe der 20- bis 35jährigen, die in den beruflichen Wettbewerb hineindrängen, in die Gruppe der 35- bis 50jährigen, die im beruflichen Wettbewerb dominieren, und die Gruppe der 50- bis 65jährigen, die beginnt, im beruflichen Wettbewerb zurückzuweichen. Ich möchte niemand hier im Saal zu nahe treten, gehöre ich doch selbst zu der letzten Gruppe. Dann möchte ich auch die DDR-Geschichte in drei Etappen einteilen, in die erste Etappe von 1949-1961, von der Gründung bis zum Bau der Mauer, in die Etappe von 1961-1980, als die Etappe einer scheinbaren wirtschaftlichen Konsolidierung, und in die dritte Etappe von 1980-1999, als Zerfallsperiode. Wir kommen bei diesen Betrachtungen nicht an Stalin vorbei. Ich muß mich an die Auswirkungen seiner Diktatur erinnern. Es verwundert mich, daß immer nur von der Mauer gesprochen wird. Ist keiner mehr unter uns, der zwischen 1950 und 1961 an der Neiße oder auf dem Kamm des Erzgebirges entlang gewandert ist? Hat niemand gesehen, daß dort die Wachtürme in 1000 m Abstand standen, daß Stacheldraht gezogen und Todesstreifen gepflügt waren? Bei Schmilka war der Stacheldraht bis in die Elbe hinein gebracht. Stalin hatte die sowjetische Besatzungszone als Pfahlbürger behalten in der Hoffnung, daß er mit den hier lebenden Kommunisten noch ganz Deutschland in die Hände bekommt. Die DDR, das war in der ersten Etappe eine Pfahlbürgerschaft des sogenannten sozialistischen Lagers. Ich erinnere an den Theoretiker Stalin. Seine Theorie rechtfertigte die Massendeportation, die er auch betrieben hat. Wer die These vertritt, daß der Boden keinen Wert hat und die Nation im Kommunismus historisch und damit vergänglich ist, zeigt sich imstande, Millionen Bürger umzusiedeln oder zu vertreiben. Es mag paradox klingen, aber die Anwesenheit deutscher Kommunisten hat ihn getäuscht und in der Hoffnung gelassen, ganz

Deutschland seinem Regime unterzuordnen. Welche Menschen lebten aber in dieser Zeit? Wer an den sogenannten FDJ-Initiativen Trinkwassertalsperre Sosa oder „Max braucht Wasser“ mitgearbeitet hatte, war noch in der Weimarer Republik oder gar in der Kaiserzeit geboren. Der Vierzigjährige von 1945 war 1905 geboren wurden. Das heißt, die DDR wurde in den ersten Jahren mit Menschen aufgebaut, denen es noch vertraut war, für mehr Leistung mehr zu bekommen. Doch bereits 1953 begriffen diese Menschen und besonders der dynamische Teil unter diesen, daß diese Hoffnungen in einem kommunistischen System nicht aufgehen. Das war der Anlaß für die Ereignisse des 17. Juni 1953. Diese Bewegung wurde niedergeschlagen, und danach bestand bis 1961 der Ausweg in der Flucht über die Westgrenze der DDR. Das Politbüro der SED wußte, daß es nur mit diesen Menschen die DDR aufbauen konnte. Deshalb legte es ja der Weberin Frieda Hockauf aus Zittau die folgenden Worte in den Mund: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“ Das wäre ja eigentlich das normale Prinzip zur Vergrößerung des Quotienten, das eben nur in der Marktwirtschaft vonstatten geht, gewesen.

Jetzt zur zweiten Periode: 1961 wird mit dem Mauerbau aus dem Pfahlbürger der DDR der Bürger des sozialistischen Lagers. Die Mauer wurde nicht neu errichtet. Ich sage das hier, weil es vollkommen der Wahrheit entspricht und nachvollziehbar ist. Sie wurde lediglich um 400 km nach dem Westen vorverlegt. Damit war die in der Flucht bestehende Alternative verwehrt. Jetzt galt es zu unterscheiden zwischen Opposition oder Anpassung. Betrachten wir jetzt die Menschen, wie sie sich in der zweiten Periode verhielten. Nicht alle haben sich angepaßt, doch sehr viele. Stellen wir uns die folgende Frage: Wann waren die geboren, die damals in den Wettbewerb hineindrängten? Sie kannten die Marktwirtschaft nicht mehr aus eigenem Erleben. Die 20- bis 35jährigen waren vielfach schon vollkommene DDR-Bürger und pflegten den Umgang mit dem System auf ihre Weise. Für sie kam es darauf an, die Zuteilung mit einem Minimum eigenen Aufwandes zu erhalten. Eine andere Verhaltensweise war nicht mehr möglich. Ich erinnere nur an die Landwirtschaft. Wir wissen, daß in die Zeit von 1960 bis 1961, also in die Zeit zu Beginn der zweiten Periode, auch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft fiel. Es waren nur die Eltern und Großeltern als Besitzer der Bauernhöfe, die sich zunächst damit nicht abfinden konnten. Die junge Generation stellte alsbald fest, daß sie jetzt Urlaub wie die Industriearbeiter und einen geregelten Arbeitstag hatte. Sie fand sich deshalb sehr wohl bald mit den neuen Verhältnissen einer sozialistischen Landwirtschaft ab, in der nicht alles von der eigenen Leistung abhängig war.

Wenige Jahre nach 1961 blieb die Wirtschaftskraft nicht zuletzt als Folge des Anpassungsverhaltens hinter den Erwartungen des Politbüros zurück. Es gab daraufhin zwei Versuche, die Mißstände zu überwinden. Das „neue ökonomische System“ als der eine Versuch wurde schon von meinen Vorrednern erwähnt. Es wurde bald bekannt, daß das noch unter Stalinscher Wirtschaftsführung kreierte Festpreissystem nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Deshalb wurde von den unveränderlichen Planpreisen abgegangen. Da ich aber weiß,

daß Herr Dr. Schürer heute noch das Wort ergreift und damit dann ein größerer Insider zu Wort kommt, möchte ich mich dem zweiten Versuch zuwenden. Das ist die Frage der Frauenarbeit. Wenn in einer Volkswirtschaft halb so viele doppelt so produktiv arbeiten, ist es genau so, als wenn doppelt so viele halb so produktiv arbeiten. Die Frauenarbeit diente zur Substitution der ausbleibenden Ergebnisse in einer zurückfallenden Wirtschaft. Sehr bald erreichte die Frauenarbeit in der DDR über 80 %. Dennoch fand in der zweiten Periode eine Zäsur statt. Zum ersten Mal mußte ein Parteikonzept aufgegeben werden. Es war das Konzept Walter Ulbrichts, mit Förderung der Wissenschaft um jeden Preis den Anschluß wieder herzustellen. Im Grunde genommen benahm sich dabei das Politbüro fast so wie der Kaiser auf der Prager Burg, welcher in der Hoffnung auf Gold die Alchimisten im Goldmachergäßchen angesiedelt haben soll. Man hoffte, allein mit Wissenschaft den Rückstand aufzuholen. So möchte ich daran erinnern, daß die Hochschulen in den technischen Disziplinen ausgebaut wurden. Es wird immer gesagt, daß vielen jungen Menschen in der DDR die Studienplätze verwehrt wurden. Das mag für das Medizin- und Kunststudium zutreffen. In der DDR gab es aber zu dieser Zeit eine Welle, wo man am liebsten hätte jeden zu einem Ingenieur gemacht in der Hoffnung, viele Studierte bringen viel Gewinn.

Wie weit die Anpassung in der zweiten Periode fortgeschritten war, zeigt noch ein anderes Ereignis – der Prager Frühling. Es hat bis zum Prager Frühling der DDR in der Tat noch relativ große privatwirtschaftliche Betriebe gegeben. Das waren Betriebe mit 100 bis 200 Beschäftigten. Wer noch heut abend über die Prager Straße spaziert, sollte wissen, daß die Fundamente und die Geschosse bis zum ersten Stock der Hotels und des damals längsten Wohnhauses Europas von einer bis 1970 privaten Firma gebaut wurden.

Nebenbei möchte ich hier alle Teilnehmer der Anhörung daran erinnern, daß wir am Mittwoch in einem sehr denkwürdigen Saal sitzen werden, wo wichtige Befehle zur Vorbereitung des Einmarsches für die Niederschlagung des Prager Frühlings vorbereitet wurden. Dort trafen sich Breschnew und andere Potentaten um das Nötige zu veranlassen. Wir werden uns an historischer Stätte befinden.

Nach dem Ende des Prager Frühlings forderten die sogenannten Bruderländer, daß auch die DDR die Deprivatisierung 100 %ig zu vollenden hätte. Erst dann wurden die letzten privaten Firmen, die in dem Wirtschaftsgefüge bis dahin eine ganz wichtige Rolle gespielt hatten, enteignet. Ob es jetzt viele wahrhaben wollen oder nicht, die Bevölkerung hat das begrüßt oder zumindest ohne Gegenwehr zur Kenntnis genommen. Es kursierten vorher eine Menge Witze in der Bevölkerung, weil die Handwerker und Privatgewerbe-Betreibenden ihre Swimmingpools und ihre über sozialistische Lebensverhältnisse hinausgehenden Häuser zu nahe an der Straße gebaut hatten. Solches entsprach in der Menge nicht mehr der bereits tiefer wurzelnden Auffassung von Gleichheit. Auch daran erkennt man die zu diesem Zeitpunkt bereits stattgefundene Anpassung.

1980 begann die dritte und letzte Periode der DDR. Jetzt waren nur noch die über 50jährigen vor 1949 in das Berufsleben eingetreten und kannten die Regeln zur Optimierung des Quotienten unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Die Frauenarbeit war als Reserve aufgebraucht. Die Überschuldung – auf dieses Kapitel würde ich jetzt hier nicht eingehen, weil das mein Vorredner sehr wohl richtig dargestellt hat – war sehr groß geworden, so daß die DDR ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit verloren hatte. Zur Darstellung der Situation möchte ich wieder zwei DDR-Witze zitieren, die den Zerfall verdeutlichen. Der eine zeigt, wie die Mauer virtuell zerbrochen war. Dazu eine Vorgeschichte. Durch das Satellitenfernsehen bekam jetzt der Bürger eine Vorstellung davon, wie das zählbare Ergebnis über dem Bruchstrich aussehen könnte. Zuvor war ja auch der Informationsaustausch bis 1980 relativ behindert. Als der DDR die Devisen ausgingen und die westdeutschen Städte der Nostalgie verfielen, wurde in der DDR damit begonnen, das noch vorhandene Kopfsteinpflaster herauszureißen, zu waschen und in die Bundesrepublik zu verkaufen. Als Folge davon tauchte in der DDR der Spruch auf: „Ach wär ich nur ein Pflasterstein, ich könnte morgen drüben sein!“ Das war der erste kleine Witz und Gassenhauer. Es gab einen anderen Witz und der widerlegt das bereits erwähnte von Herrn Pfeifer geschriebene Nachwort: Eine hochrangige Delegation japanischer Geschäftsleute besucht DDR-Betriebe und wundert sich, daß so viele Menschen in den Hallen nichtstuenderweise herumstehen. Sie befragen den Werkdirektor, was das doch für einen Sinn hätte. Seine Antwort lautet: „Ja, das ist wie bei Ihnen, die herrschende Klasse arbeitet bei uns auch nicht.“ Die Entwicklung der Produktivität hielt in der dritten Periode mit den Anforderungen nicht mehr Schritt. Das Volk identifizierte sich nicht mehr mit diesem Land und damit kam das Land in eine Situation, in welcher die Verteilungswünsche, d. h. die Wünsche an das zählbare Ergebnis, nicht mehr erfüllbar waren. Die Verhaltensumkehr, d. h., mit einem Minimum an nennenswerten Aufwand die Zuteilung zu erhalten, war eine der Hauptursachen für den Zerfall der DDR und anderer Ostblockstaaten, in denen zwar der Verlauf anders, die Ursachen jedoch Gemeinsamkeiten aufweisen.

Das zu begreifen, ist natürlich eine bittere Pille für so manche Bürgerrechtsbewegung. Ich möchte so sagen: Hut ab und alle Achtung vor diesen. Sie waren es, die den Stein von der Mauer gestoßen haben. Sie waren es aber nicht, die die Mauer gelockert haben. Das System war in den 80er Jahren nicht mehr getragen worden von denen, die es erbauen sollten. Das Politbüro der SED spekulierte verkehrt, indem es noch immer auf die Initiative der Werktätigen, auf die Initiative der für es „heiligen“ Arbeiterklasse setzte, die es so nicht gab. 1989 war eine Theorie zerbrochen, die besagte, wenn man nur volkseigene Produktionsverhältnisse schafft, so wird sich jeder damit identifizieren und nach seinem besten Willen arbeiten. Schließlich ist er der Inhaber der Betriebe.

Dennoch möchte ich jetzt vor einem warnen; ich halte die Zeit für die endgültige Aufbereitung der SED-Diktatur und ihrer Vergangenheit noch nicht reif. Ich erinnere hier an Alexis de Tocqueville. 65 Jahre nach der Französischen Revolution erschien sein Buch „Der alte Staat und die Revolution“. In diesem

Buch ist ihm der Sturm auf die Bastille nicht eine halbe Seite wert, und der Schusterjunge mit der roten Fahne auf der Barrikade taucht gar nicht erst auf. In seiner Schrift wird hart abgerechnet mit Ernteergebnissen, Klimaerscheinung, Lebensgewohnheiten u. dgl. Ich denke, die Zeit muß noch kommen, wo die nötige Nüchternheit zur Bewältigung des Vergangenen einzieht.

Für einen neuen Tocqueville könnte die deutsche Teilung und ihre glückhafte Überwindung eine einmalige Analysemöglichkeit über das Wesen des Menschen und seiner Geschichte darstellen. Ist es nicht so, als wären 1949 zwei genetisch gleiche und gleichzeitig existierende Pflanzen unter den Händen verschiedener Züchter in zwei unterschiedlich beheizten Gewächshäusern mit unterschiedlicher Nährstoffzufuhr aufgezogen worden? 1989 wurden die Gewächshäuser geöffnet und die Pflanzen nebeneinander gestellt. Recht für Betroffene schaffen ist notwendig. Das kann aber nur die eine Seite der Beschäftigung mit Vergangenheiten sein. Schlußfolgerungen und Lehren daraus zu ziehen, um neues Unrecht und neue Betroffenheit zu verhindern, ist die andere Seite. Wer das Richtschwert zieht, sollte zuvor an das Vaterunser denken. Heißt es da nicht „Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern“? Da steht nicht, wie wir zuvor mit unseren Schuldigern zu verfahren haben, zumal jene kaum noch leben, die mit marxistisch-leninistischen Vorstellungen die DDR 1949 auf den Weg gebracht hatten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich schlage vor, wir machen jetzt fünf Minuten Pause und sollten dann mit der Diskussion beginnen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Nachdem die Referenten Platz genommen haben, sollten wir mit der Diskussion beginnen. Herr Professor Schmidt hatte gegen Ende seines Referates noch darauf hingewiesen, daß Alexis de Tocqueville sein Buch über das „Ancien régime et la révolution“ erst 50 Jahre nach der Revolution geschrieben hat. Ganz so lange sollten wir nicht warten. Wir sollten doch versuchen, ein Stück mehr Präzision zu bringen, und die Diskussion kann ja vielleicht nach beiden Vorträgen dazu beitragen. Als erstes hat sich Herr Dr. Jork gemeldet.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön, ich möchte meine erste Frage an Herrn Professor Schmidt richten. Er hat gesagt, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein prägt als eine der Grundmaxime und Erkenntnisse des Marxismus. Wir haben das hier früher erlebt, und für mich steht folgende Frage im Zusammenhang mit dem Vortrag: Wie wirkt die Erkenntnis heute in dem Verhalten der Menschen und auch in den Erwartungen und Enttäuschungen – die sind ja in den 40 Jahren geprägt worden – fort?

Eine zweite Frage richtet sich auch an Herrn Professor Schmidt. Wir haben vom Zugriff gesprochen, der durch die Zentralwirtschaft möglich war. Dieser Zugriff betraf auch die Forschung und die Möglichkeit, Aufgaben im Zusammenhang mit technischer Entwicklung z. B. an die Akademie der Wissenschaften, an die Hochschulen zu geben und koordinierend zu wirken. Wie

funktionierte diese Koordinierung, auch angesichts der Schwierigkeiten, die wir bei der Innovation, bei der Forschungspolitik in den neuen Bundesländern jetzt haben? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich würde vorschlagen, daß wir vielleicht gleich Herrn Professor Schmidt antworten lassen.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Die marxistische These, daß der Mensch als tabula rasa, als vollkommenes Neutrum geboren wird und erst durch die Erziehung zu dem wird, was er später darstellt, ist nicht haltbar. Darüber besteht in der Psychologie Einigkeit. Der Marxismus geht dagegen davon aus, daß man die Umstände für das Sein notfalls mit Gewalt diktieren kann, um den Menschen nach sozialistischem Idealbild zu erhalten. Die Marxisten waren wie Musiklehrer die behaupten, jeder Mensch kann bei entsprechender Ausbildung singen, um dann nach 20 Jahren feststellen zu müssen, daß dem nicht so ist. Die These „Das Sein bestimmt das Bewußtsein" gehörte zu den Rechtfertigungen der Enteignung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden. Jene sollten, brutal durchgesetzt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nach marxistischen Vorstellungen aus der Welt schaffen.

Zweitens zur Frage nach den Beziehungen zwischen Forschung und Planwirtschaft: Technischer Fortschritt besteht sehr wesentlich darin, daß die zunächst mit Muskel und Hirn verrichtete körpergebundene Arbeit den Maschinen und Automaten übertragen wird. Wenn aber eine Planwirtschaft den Zähler – also das zählbare Ergebnis – festlegt, stellt jedes, unerwartet eintretende Forschungsergebnis einen Eingriff in die Planung dar. Eine Folge des Festhaltens an der Planung ist somit zwangsläufig eine verzögernde Anwendung der Ergebnisse.

Darüber hinaus war die DDR-Führung von einem Eigenwertverlust gekennzeichnet. Sie wartete Entscheidungen ab, bis im Ausland ähnliche durch das Forschungsergebnis vorgezeigte Wege beschritten wurden. Oft führte erst der Hinweis auf ein im Ausland existierendes Ergebnis – zum Beispiel unter dem Motto „Texas Instruments" arbeitet ähnlich – dann zu einer positiven Ergebnisakzeptanz und im negativen Sinne zu einer Akzeptanz einer bis zu vierjähriger Phasenverschiebung der Einführung des Forschungsergebnisses. Aus eigenem Erleben kenne ich derartige Vorfälle im Zusammenhang mit der Si-Kristallproduktion, als eine der technologischen Voraussetzungen der Elektronikindustrie der 60er Jahre.

Nicht zuletzt entstand auf diese Weise eine beträchtliche Forschung für den Papierkorb. Wie viele Forschungsergebnisse sind darin verschwunden? Aus Sicht der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist es schon erstaunlich, wie hoch der Erkenntnisstand in den Naturwissenschaften dennoch war. Er fand nur keine Verwertung. Wenn wir jetzt auf die Kollegen der ehemals anderen Seite treffen, stellen wir oft etwas brüskiert fest, daß deren Erkenntnisstand nicht höher war, trotz besseren Bedingungen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Vergin bitte.

Zwischenruf Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Spiller, die erste Frage war nicht richtig beantwortet, darf ich?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ja bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Meine Frage lautete: Wenn diese These – das Sein bestimmt das Bewußtsein – stimmt, wie wirkt das heute fort in der Erwartung an die Umwelt und an das Sein?

Prof. Dr. Rainer Schmidt: Die spezielle marxistisch-leninistische These wirkt nicht fort. Was fortwirkt, ist ein diffuses marxistisch-leninistisches Weltbild, das in dem Empfinden gipfelt: Der Marxismus war ja gar nicht so schlecht. Marx hatte ja Recht. Es waren nur die Menschen, die nicht fähig waren, seine Lehre anzuwenden.

Es ist nicht so, daß zur Zeit in der Bevölkerung marxistische Lehrsätze konkret diskutiert werden. Es sind nur die Erinnerungen an den gesicherten Arbeitsplatz und ein verlorengegangen geglaubtes Sozialgefühl, bei denen die aus ihren einstigen Strukturen herausgerissen wurden. Ich behaupte, daß noch viele der 4,8 Millionen Arbeitslosen sich in den Chor der an eine scheinbare doch nicht so schlechte Zeit Erinnernden einbringen werden.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Schmidt und zwei Fragen an beide Referenten. Herr Professor Schmidt, Sie haben zum Schluß gesagt, daß Sie die Zeit für die Aufarbeitung noch nicht für gekommen halten, und haben das mit einem Beispiel aus der Geschichte begründet, das ich nun nicht heranziehen würde. Ich würde die Frage stellen, ob die Zeit der Aufarbeitung gerade aus der nicht rechtzeitig eingesetzten Aufarbeitung über den Nationalsozialismus für gekommen ist, für den Themenkomplex, den wir heute hier bearbeiten bzw. von der Kommission her bearbeiten.

Ich glaube schon, nachdem ich mich also mit der Zeit sehr intensiv befaßt habe und befasse, daß viele Schwierigkeiten, die wir haben, eben in der nicht rechtzeitigen Aufarbeitung des Nationalsozialismus begründet sind. Insofern möchte ich also Ihrer These völlig widersprechen.

Eine zweite Frage richtet sich an Sie beide in etwas differenzierter Form. Herr Professor Schmidt hat die Haltung der Menschen beschrieben und hat ein Bild gezeichnet.

Mich würde interessieren, haben Sie dieses Bild, das Sie hier über die Haltung der Menschen vorgetragen haben, auf Grund von empirischen Untersuchungen dargestellt, oder haben Sie diese Auffassungen aufgrund eigener Beobachtungen so formuliert?

Herrn Dr. Klein frage ich, ob er dieses beschriebene Bild so teilen würde. Sie haben ja beide zum selben Thema gesprochen.

Eine dritte Frage richtet sich an Sie beide. Ist die These oder die Feststellung von Herrn Professor Schmidt, daß die Rolle der Opposition, egal wie man sie beschreibt, keinen entscheidenden Beitrag zum Zusammenbruch gebracht hat, sondern, daß einzig und allein der Zusammenbruch der Wirtschaft dazu geführt hat, daß ein neues System entstand, richtig? Kann man mit einer solchen einfachen Feststellung der Rolle der Opposition überhaupt gerecht werden, wenn wir uns darauf einlassen würden? Das frage ich Sie beide, denn das bewegt mich wirklich sehr, ob wir solche Schlußfolgerungen in die Welt setzen können. Wenn das zu begründen wäre, wäre das etwas anderes, aber so wie Sie es dargestellt haben, hat mich das nicht überzeugen können.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Zunächst zu Ihrer Frage: Die Zeit für eine emotionsfreie Analyse ist noch nicht gekommen. Wirtschaftswachstum basiert heute weitgehend nicht mehr auf dem Wachstum des Wertes aus menschlicher Arbeit, sondern auf verstärkter Ausbeutung der fossilen Energiequellen. Ich möchte hier noch einmal einen Satz von W. Ostwald zitieren: „Es wird die Zeit kommen, da eine Wirtschaft ausschließlich auf der jährlich eingestrahlten Sonnenenergie aufbauen muß." Zur Begründung dieses Satzes wäre hierzu ein längerer geologischer Vortrag erforderlich. Ich kann hier nur warnen und sagen, daß die Ostwaldschen Bedenken Verteilungswirtschaft bedeuten, wenn nur noch ein konstantes Energiequantum für die Wirtschaft zur Verfügung steht. Dann wäre das DDR-Modell und -Schicksal als Beispiel einer notwendig werdenden Verteilungswirtschaft unter ganz anderen Gesichtspunkten zu analysieren, nämlich so, wie man eine Verteilungswirtschaft nicht gestalten darf. Deshalb könnten die Lehren aus diesem Experiment DDR für die Zukunft der Menschheit einmal sehr sehr wertvoll sein. Ich erinnere daran, daß Deutschland eben gerade eines nicht hat, eine noch lange ausreichende energetische Basis. Wir wissen doch, wie Demonstranten in diesem Lande noch gegen den Rest derselben kämpfen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Professor Schmidt, das war keine direkte Beantwortung der gestellten Frage.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Ich würde sagen, wenn uns nur noch ein beschränktes Energiequantum zur Verfügung steht, kann ich für den Aufbau einer Gesellschaft nicht mehr die Lehren aus der Bundesrepublik ziehen, sondern dann muß ich sogar das mißglückte Experiment noch einmal betrachten. Diese Zeit ist in meinen Augen noch nicht gekommen. Die Ärzte haben mehr Erkenntnisse am kranken Körper als am gesunden gewonnen. Das muß ich betonen. Dann möchte ich sagen: Ich habe hier gelebt, ich kenne die Witze, ich kenne auch die Haltung der Menschen. Ich habe wirklich in der Produktion von unten, von der Werkbank aus alle Stufen durchschritten bis zum Studium. Das als Antwort. Und jetzt zur Opposition. Es ist doch keine Beleidigung der Opposition zu sagen, daß sie den Mut besessen hatte, endlich Schluß zu machen mit der DDR und den Stein von der Mauer zu stoßen. Aber wäre die DDR intakt gewesen, hätte sie die Bedürfnisse der Bevölkerung weit über das in der Verfassung festgeschriebene Maß hinaus und so wie auf der anderen

Seite der Grenze befriedigen können, dann hätte es ja vielleicht keine Opposition gegeben. Dann hätte niemand eine Mauer gebraucht. Wir müssen es doch einmal sagen, es bleibt der Opposition unbestreitbar die Heldentat zugesprochen, daß sie die Mauer zum Einsturz gebracht hat. Zur Lockerung der Mauer, bis daß der Mörtel zwischen den Steinen fehlte, das hat sie nicht allein bewirkt. Das waren die vielen Bürger, die in der Niedergangsphase mit ihrer Passivität und dem Einsehen der Zwecklosigkeit dazu beigetragen haben. Ich hatte nie ein Gespräch mit dem Maler Wolfgang Mattheuer. Er hatte doch das Bild gemalt vom Sisyphus. Dieses zeigt Menschen, die den Stein nicht mehr den Berg hinaufrollen, sondern ihn in einen menschlichen Kopf ummeißeln, um ihn anschließend den Berg herunter rollen zu lassen. War das eine Vorahnung des DDR-Endes? Das sollte man anerkennen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Dr. Klein bitte.

Dr. Werner Klein: Zu Ihrer Frage hinsichtlich des Menschenbildes, das auch meinem Vortrag zugrunde lag. Wir Ökonomen gehen davon aus, daß Menschen individuell präferenzgeleitet sind. Wie immer diese Präferenzen auch aussehen. Für den Ökonomen stellt sich nur die Frage, in welcher Weise wirken sich solche Präferenzen in ökonomischen Aktivitäten aus, schaffen sie sich Bahn? Wir haben zu akzeptieren, daß Volkswirtschaften gesellschaftliche Organisationen sind, in denen möglicherweise Millionen von Menschen zusammenarbeiten und leben. Das Problem, von dem ich ausgegangen war, war jenes, den gegebenen Ressourcenbestand und auch dessen Entwicklung so zu lenken, daß, und das ist die entscheidende Frage, den Präferenzen der Menschen gedient wird. Nun gibt es aber prinzipiell zwei Arten und Weisen, wie man Präferenzen in den Dienst der Ressourcenlenkung stellen kann. Das eine war, ich habe es nicht näher ideologisch begründet, die Struktur der Zentralverwaltungswirtschaft, die prinzipiell, gekoppelt mit einem System politischer Diktatur, die Präferenzen der politisch Herrschenden als das Leitmotiv für den Umgang mit Ressourcen ansieht, und dann gibt es noch den Rest der Gesellschaft. Im übrigen kann es noch so sein, daß sich die Organisation dieser politischen Herrschaft in Herrschaftseliten, einer Nomenklatura niederschlägt. Dann gehört diese Organisation der Nomenklatura natürlich zu den Repräsentanten derjenigen, die die Präferenzen dieser herrschenden Elite repräsentieren. Und es gibt die Präferenzen der übrigen Mitglieder der Gesellschaft.

Ich müßte jetzt weiter ausholen, um die Verknüpfung zwischen politischem System und ökonomischem System in der Kontrastierung Marktwirtschaft, gekoppelt mit politischer Demokratie, und Zentralverwaltungswirtschaft, gekoppelt mit politischer Diktatur, auszuführen. Vielleicht nur folgendes: Ich hatte ja, von meinem Menschenbild ausgehend, gesagt, Präferenzen sind handlungsleitende Momente, auch ökonomisch handlungsleitende Momente. Und es ist eben nicht damit zu rechnen, daß in Zentralverwaltungswirtschaften die Präferenzen der politisch Herrschenden identisch sind mit den Präferenzen der politisch Beherrschten. Insofern gibt es dieses erhebliche Leitungsproblem, das daraus folgt, daß die Formulierung der Ziele des Umgangs mit den Ressourcen

einer Volkswirtschaft durch die Partei und die entsprechenden Prozeduren festgelegt werden und diese nicht mit den Präferenzen der übrigen Mitglieder der Gesellschaft übereinstimmen. Insofern ergibt sich das erhebliche Problem für eine Zentralverwaltungswirtschaft, diese Haltung der Menschen, die zur politischen Herrschaftsklasse gehören, mit den Präferenzen der übrigen Gesellschaft kompatibel zu machen oder umgekehrt, die Präferenzen der Bevölkerung mit den Präferenzen und Haltungen der politisch Herrschenden kompatibel zu machen. Das ist das eigentliche Problem.

Das bedeutet nicht, daß die Haltungen der Menschen etwa so zu verstehen wären, daß in einem System der Zentralverwaltungswirtschaft nicht gearbeitet worden wäre, ganz im Gegenteil, das ist bekannt, aber die Arbeit wurde, wenn Sie so wollen, benutzt für Zwecke, die die Mehrheit der Bevölkerung so nicht sehen wollte.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Professor Wilke, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie sich zu Wort gemeldet haben? Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe Ihren ersten Satz, Herr Kollege Schmidt, daß man über den Marxismus-Leninismus reden muß, um die Wirklichkeit der Ökonomie der Deutschen Demokratischen Republik zu verstehen, mit großer Zustimmung gehört. Ich habe dann, um an die nicht ganz beantwortete Frage von den Folgewirkungen der Ökonomie für das Heute vom Kollegen Jork anzuknüpfen, von Ihnen die Illustration über die Verbindung zwischen der marxistisch-leninistischen Ideologie und den Folgen, die uns vielleicht noch ins Haus stehen, gehört.

Die marxistisch-leninistische Ideologie ist aus meiner Sicht keine ökonomische Theorie, es ist eine Theorie der Macht, und die politische Macht ist die Schlüsselkategorie in dieser Ideologie oder dieser säkularisierten Religion, wie man sie wohl besser bezeichnet. Und in dieser Beziehung haben Sie in Ihrem schönen Bild von dem Nenner und dem Zähler im Grunde die Frage der Ziele, die mit dem Marxismus-Leninismus definiert werden, sozusagen von der Utopie hergeleitet, nämlich das allgemeine Völkerglück.

Der Vorsitzende hat in seinem Einleitungsstatement darauf hingewiesen, daß in der Realität auf dem Zähler Panzer, Sicherheitsanlagen etc. standen. Das also hat die Sicherheitsdoktrin der Nomenklatura bestimmt, was diese Ökonomie real produziert. Und dann haben Sie in der Beantwortung der Frage des Kollegen Vergin darauf hingewiesen, wir sind ja noch nicht soweit. De Tocqueville sagte 50 Jahre und wenn wir dann mal die Energie auf Sonnenenergie umstellen, dann könnte das Experiment der Verwaltungswirtschaft noch einmal in Betracht gezogen werden.

Ich habe das Buch von Wolfgang Harich mit einigem Erschaudern gelesen, in dem er seine kommunistische Utopie der ökologisch begründeten Weltherrschaft ausbreitete und bemerkte, daß wir eine Diktatur brauchen um sie durchzusetzen.

Ich wollte Sie eigentlich nur fragen, weil das mich wirklich beschäftigt, ob denn die Utopieverheißung, mit der all das gerechtfertigt worden ist, was die Realität der DDR-Ökonomie ausgemacht hat, ob diese Utopieverheißung auch schon wieder in ihrem Sonnenstaat enthalten ist, ob diese Heilserwartung, mit der dann politische Macht totalitärer Natur gerechtfertigt wird, darin eingeschlossen ist und wir sozusagen auf einmal wieder bei der marxistisch-leninistischen Utopie sind? Ich hätte nicht erwartet, daß wir diese Frage hier jetzt unter dem Aspekt der Folgewirkungen diskutieren müssen.

Ich würde zum Zweiten Herrn Klein gerne eine Frage stellen, weil neben dem Marxismus-Leninismus in Ihrem Beitrag der zweite Aspekt auftaucht, daß die Realität dieser DDR-Ökonomie durch eine fundamentale sowjetische Abhängigkeit geprägt war. Der amerikanische Historiker Naimark ist der erste, der versucht hat, die Geschichte der sowjetischen Besatzungsherrschaft zu schreiben. Er konstatiert, daß die Russen in der SBZ in der Manier einer Kolonialmacht aufgetreten sind, und sie haben gewissermaßen die durch Hitler verursachten Kriegsschäden – dieser Rassenkrieg, der die SED überhaupt erst zur Herrschaft gebracht hat – damit beantwortet, daß sie ihre Besatzungszone stellvertretend für Deutschland ausplünderten. Ist dieser ökonomische Grundschaden an Menschen, Material usw. irgendwann einmal bilanziert worden, und inwieweit wirkt diese durch die Interessen der Sowjetunion bewirkte Verformung dieses mitteldeutschen Industriegebietes, das waren immerhin 45 Jahre, bis heute nach? Das war meine Frage an Sie.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Beides waren sehr umfangreiche Fragestellungen, ich bitte beide Referenten um eine möglichst kurze Antwort. Herr Schmidt bitte.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Noch einmal zu der Frage, die hier wiederkommt und die ich zuvor nicht beantwortet habe. Das Dritte Reich war fünf Jahre noch wettbewerblich geführte Wirtschaft und sieben Jahre Kriegs- oder Kommandowirtschaft. D. h., durch die sieben Jahre Kriegswirtschaft wurde die Kommandowirtschaft der DDR sehr wesentlich vorbereitet. Ich bitte aber nochmals um die Berücksichtigung der Unterschiede. Das ist ganz wichtig. Rechts greift nach der Macht, links greift nach der Macht und der Wirtschaft. Wirtschaft und Politik werden als Einheit betrachtet. Das würde ich einmal hier in den Raum stellen. Wie es damit lang geht, hatte Marx und am prägnantesten Lenin gesagt: „Eine Ideologie wird zur materiellen Macht, wenn sie die Massen ergreift." Ist das nicht der Fall, wird nachgeholfen. Ich hatte den Satz bereits im Referat gebraucht. Bis 1970 wurde in der DDR offen von der Diktatur der Arbeiterklasse gesprochen.

Jetzt zur Frage von Herrn Eppelmann. Es stimmt, daß auf der Welt die DDR nach Frankreich den höchsten Anteil des Bruttoproduktes für die Sicherheit eingesetzt hat. Es stimmt auch, daß die DDR einen Jürgen Kuczynski hatte, der aller drei Jahre dem Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretär der SED auf die Schulter klopfte und sagte: „Im nächsten Jahr wird folgerichtig die Krise des westlichen Wirtschaftssystems, also des Kapitalismus, kommen und dann

erübrigt sich der Stacheldraht.“ Die zyklischen Krisen des Kapitalismus gehörten zur Theorie des Marxismus-Leninismus. Bis zuletzt hat man sich an den Wunderglauben von den zyklischen Krisen der Marktwirtschaft geklammert. Ich sage, man hat sie fetischisiert.

Noch ein Wort zur Rückbesinnung. Wer heute genau in die Bevölkerung hineinhört müßte merken, welchen Beigeschmack das hier umlaufende Wort Demokratur hat. Wer es noch nicht gehört haben sollte, dem sei gesagt, das Wort läuft schon von Mund zu Mund auf der Straße. Jetzt habe ich es sogar schon einmal in einem Sketch im Fernsehen gehört. Da ist sie wieder, die diffuse Rückbesinnung, die der Diktatur neue Wege öffnen könnte.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Klein bitte.

Dr. Werner Klein: Herr Professor Wilke, ich möchte Ihnen insofern zustimmen, daß die DDR, was die Reparationsleistungen gegenüber der UdSSR anbelangt, den Hauptteil dieser Lasten getragen hatte. Und zwar ist ja bekannt, daß die Sowjetunion kurz nach dem Kriege eine große Zahl von Industriebetrieben in sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt hat. Diese Aktiengesellschaften mußten dann de facto nur für die Sowjetunion produzieren. Dabei kamen heimische Arbeitskräfte und heimische Rohstoffe zum Einsatz. Eine Zahl jetzt zu nennen wäre etwas vermessen, weil diese Zahlen im einzelnen so noch nicht bekannt sind.

Auf die Dauer gesehen ist dies allerdings etwas anderes und etwas differenzierter zu betrachten, nämlich wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen der DDR und der übrigen RGW-Staaten zur Sowjetunion entwickelt haben. Dies hängt damit zusammen, daß die Außenwirtschaftsbeziehungen wegen der schon genannten Planrisiken, die eigentlich mit Außenwirtschaft zu tun haben, für Zentralverwaltungswirtschaften insofern zu mindern versucht wurden, daß in Handelsabkommen innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) versucht wurde, den internationalen Austausch von Gütern planmäßig zu organisieren. Diese planmäßige Organisation konnte natürlich nicht auf die Medien zurückgreifen, die Marktwirtschaften zur Verfügung stehen, nämlich die Effizienz von Außenwirtschaftsbeziehungen an Marktergebnissen zu messen, das waren Regierungsabkommen, die ausgehandelt wurden.

Die Abhängigkeit von der Sowjetunion erklärt sich deswegen auch aus dieser handelspolitischen Blockbildung. Das gilt allerdings nicht nur für die DDR, sondern auch für die anderen Staaten, allein schon aus der Tatsache heraus, daß die Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion einen wesentlichen Teil der Importe der DDR ausmachten. Öl ist ein bekanntes Beispiel dafür. Andererseits mußten im Gegenzug Fertigprodukte geliefert werden. Daraus sich ergebende Zahlungsbilanzfolgen, vor allem die Klärung der Frage, welches Land von welchem anderen in welcher Weise profitierte, sind sehr schwierig abzuschätzen. Das ist außerordentlich schwierig zu berechnen, weil es eben marktbestimmte Preise und Preisrelationen in dieser Beziehung nicht gab.

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß durch diese Blockbildung die Staaten all dieser Regionen zu 60 % bis 70 % mit der Sowjetunion verknüpft waren, und innerhalb dieser Verknüpfungen machten die Beziehungen zur Sowjetunion meistens 50 % der Importe und Exporte aus. Der große Wirtschaftsraum Sowjetunion mit seiner entsprechenden Rohstoffbasis war dann auch wegen der exzessiven Faktornachfrage, von der ich berichtet habe, der Grund dafür, daß diese enge Bindung zur Sowjetunion bestand, weil anders als mit westlichen Marktwirtschaften ein solcher Handelsverkehr de facto nicht möglich war.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich stehe jetzt selbst auf der Redeliste. Ich habe zwei Fragen an Herrn Dr. Klein.

Sie haben in Ihrem Vortrag und auch in Ihrem ersten Diskussionsbeitrag sehr stark auf das Problem auseinanderfallender Interessen von Funktionärselite und übriger Bevölkerung abgehoben. Dazu die erste Frage: Glauben Sie denn, daß das System der DDR-Wirtschaft besser funktioniert hätte, wenn es ein höheres Maß an Übereinstimmung dieser Interessen gegeben hätte?

Zweite Frage: Mir fiel auf, das ist für einen westlichen Ökonomen ungewöhnlich, daß Sie in Ihrem Vortrag das Wort Preisbildung nicht erwähnt haben. In einer Wettbewerbswirtschaft klassischen westlichen Typs ist der Preismechanismus der Hauptregelmechanismus beispielsweise auch für die Zuteilung von Ressourcen. Warum haben Sie den nicht erwähnt?

Dr. Werner Klein: Um mit der letzten Frage zu beginnen. Der Preismechanismus spielt natürlich eine Rolle, wenn ich Kennziffern in Wertgrößen definiere. Aber wie diese Preise zustande gekommen sind, läßt sich für die DDR-Wirtschaft nur so erklären, daß sie auf der Basis von Kalkulationsrichtlinien zustande kamen, und durch Preisbildungsbehörden zu bestätigen waren. Diese Preise hatten mit Marktpreisen nur den Namen gemein. Sie hatten nicht die Funktion, über Marktprozesse die Koordination von Angebot und Nachfrage, von Gütern und Produkten, von Produktionsfaktoren zu regeln. Insofern spielten Preise nur auf der Ebene der Konsumgüterverteilung eine Rolle, weil diese Zentralverwaltungswirtschaft so organisiert war, daß das Verteilungsproblem hinsichtlich der Konsumgüter natürlich Preise auf der einen Seite und Geldeinkommen auf der anderen Seite benötigte. Eine allokative Funktion kam den Preisen nur in diesem indirekten Wege über die entsprechend preislich bestimmten Kennziffern zu. Das heißt mit anderen Worten: Die Planung der ökonomischen Hergänge beruhte im wesentlichen und zentral auf der Bilanzierungsmethode, und diese Bilanzierungsmethode bedeutete, Aufkommen und Verwendung in einem Prozeß der Planabstimmung von Gütern aller Art festzulegen, nicht über Preisbildungsprozesse auf Märkten.

Zu Ihrer ersten Frage: Ein höheres Maß an Übereinstimmung von gesellschaftlichen Interessen, formuliert durch die Partei und von Interessen der Bevölkerung, mag im Ansatz einmal bestanden haben. Ich erinnere mich an die Aufbruchstimmung nach 1948/49 als die DDR souverän wurde, d. h. man hatte das Gefühl, jetzt müssen wir anpacken, alles neu machen. Aber mit den wach-

senden Ansprüchen der Partei an die Ökonomieziele, die sie definiert hatte und die sie durchzusetzen gedachte, erhöhten sich die Differenzen zwischen dem Anspruch der Partei einerseits und dem Anspruch der Bevölkerung auf akzeptable Konsumgüter andererseits. Ich hatte ja berichtet, daß sich die Ressourcenverwendung in der DDR schwergewichtig auf den industriellen Sektor und auch noch auf die Schwerindustrie bezog. Die ideologische Begründung, die dahinter stand, folgte dem Motto „was wir heute investieren, wird morgen zur Produktion besserer und größerer Mengen an Konsumgütern beitragen". Dies erwies sich unter den dann obwaltenden Systembedingungen als eine Illusion, denn dieser interne Defekt wurde eben nicht durchbrochen, sondern eher noch in den letzten Jahren dieses Systems verstärkt.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Wir haben das Problem, daß die Zeit schon sehr knapp ist. Wir haben noch zwei Wortmeldungen, Herr Kuhn und Herr Burrichter. Und dann meine ich, sollten wir die Diskussion aus Zeitgründen beenden. Ich würde jetzt bitten, daß beide Herren zunächst einmal ihre Frage stellen, und daß beide Referenten dann zusammenfassend antworten.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Ich will noch einmal kurz auf den Vortrag von Herrn Professor Schmidt eingehen. Er gab ja so eine chronologische Abfolge der Entwicklung der DDR-Wirtschaft und kam dann auf die große Konferenz der Bruderstaaten im Jahre 1968 zu sprechen, die mit der Frage konfrontiert war: „Warum sind bei Euch die Produktionsverhältnisse noch nicht so angeglichen, wie sich das eigentlich entsprechend auch für den Sozialismus gebührt?" Dann kam die große Enteignungswelle, die alle mittelständischen Betriebe, die noch in Privathand waren und zwischen 100 und 200 Beschäftigte aufwiesen, enteignete. Sie haben dann eine interessante Aussage gemacht und gesagt, daß diese Enteignungswelle nicht auf eine öffentliche Protestwelle der in der DDR lebenden Bürger stieß, sondern es betraf ja sozusagen auch die Millionärsschicht in der DDR. Davon betroffen waren Handwerksbetriebe und mittelständische Betriebe, die sich auch aufgrund ihrer Existenz ein materiell etwas besser gestelltes Leben leisten konnten. Diese mentale Situation, jetzt verglichen, weil wir immer Schlüsse auch auf aktuelle Situationen ziehen wollen, mit der uns bevorstehenden durchgreifenden Steuerreform – wenn ich z. B. lese, daß führende Oppositionspolitiker die These aufstellen und sagen, nur wenn wir all unsere Millionäre mit 3 % speziell noch einmal besteuern würden, könnten wir Probleme lösen – inwieweit würden Sie dort eine Analogie feststellen? Inwieweit meinen Sie, ist daraus herzuleiten, wie stark man Wirtschaft eigentlich belasten kann, ohne daß damit die Gesamtvolkswirtschaft Schaden erleidet?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich gestatte mir schon eine Anmerkung, daß das eine etwas merkwürdige Frage im Zusammenhang mit der Enquete-Kommission ist. Herr Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Magnifizenz, Herr Schmidt, ich möchte zwei Fragen an Sie richten. Sie haben Jürgen Kuczynski zitiert, der ja nun in-

zwischen auf dem besten Wege ist, zur Legende zu werden. Ich möchte aber einer gewissen Legendenbildung entgegenwirken. Jürgen Kuczynski hat mit Sicherheit dem Herrn Generalsekretär dies, wie Sie es zitiert haben, nicht gesagt, denn ich weiß, daß er z. B. auf alle Publikationen und Analysen bzg. der Krisen des Kapitalismus mit folgender Interpretation reagiert hat: Daß die sozialistischen Staaten aufpassen müssen, daß dieser perfide Kapitalismus noch in der Tat in der Lage sei, den drohenden Untergang, wie er der historische Materialismus vorgezeichnet hat, zu widersprechen oder ihm entgegenzuwirken, ihn aufzuhalten und sich über die Probleme hinwegzusetzen. Also insofern würde ich schon meinen, Jürgen Kuczynski ist da schon als Marxist etwas differenzierter gewesen.

Meine zweite Frage richtet sich an Sie, als Sozialwissenschaftler: Sie haben eben gesagt, wenn man das Ohr an der Bevölkerung hat, dann registrieren Sie das Wort Demokratur. Ich halte das auch für ein problematisches Symptom, ich würde allerdings glauben, daß es differenzierter anzugehen ist. Allein das darauf zurückzuführen, daß hier noch Restbestände vom Marxismus im Bewußtsein dieser Menschen vorhanden sind und massiv wirken, ist die eine Interpretationsmöglichkeit. Die andere ist doch wohl die, daß man Demokratie nicht von heute auf morgen lernen kann, und daß Demokratie nicht schon allein dadurch praktiziert wird, wenn demokratische Regelwerke entstanden sind, in die die Menschen nun einfach hineingestellt werden. Demokratie heißt erleben von Demokratie, und da müssen wir uns fragen, ob nicht die ersten Erfahrungen im Umgang mit Demokratie für jemanden, der erst hineinwachsen muß, mit Komplikationen verbunden waren, gegen die wir jetzt ankämpfen müssen, so daß also Demokratur nicht nur ein Indikator für marxistische Bewußtseinsinhalte, sondern für verunsicherte und noch nicht auf den Weg in die Demokratie angekommenen Personen ist. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Professor Schmidt bitte.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Also zunächst erst einmal zur Frage der Enteignung und der mentalen Situation. Es wurde nicht ab 100 bis 200 Beschäftigten enteignet, sondern bereits Handwerksbetriebe durften nicht mehr wie 10 Beschäftigte haben und alles was darüber war, wurde bereits dann in dieser zweiten Periode der DDR privatisiert.

Zwischenruf: Nicht privatisiert, sondern sozialisiert.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Ja, sozialisiert. Im Grunde genommen besteht die mentale Situation heute fort. Wenn es möglich ist, allein an den zehn Fingern die Treuhandskandale aufzuzählen, dann weiß man, woher der Rückgriff auf eine untergegangene Periode kommt. Die Namen der Skandale müssen wir hier nicht nennen.

Jetzt zu Kuczynski. Hier muß ich eine Korrektur anbringen. Ich habe das „Neue Deutschland“, jene Zeitung der SED, zu Hause, die das Referat von Erich Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitung enthält. Unmittelbar schob Herr Kuczynski in einer der nächsten Zeitungen einen Aufsatz nach.

Dort stand dann drin, wie der Generalsekretär alles richtig gesagt hat. Herr Kuczynski war sich da nicht zu fein. Solches hat er getan. Ich habe da eine ganz schöne Zeitungssammlung.

Ich muß natürlich noch etwas sagen: Sozialwissenschaftler bin ich nicht. Wir könnten eher miteinander diskutieren über die bipolaren und unipolaren Schaltkreise der Elektronik. Ich komme also aus einer ganz anderen Ecke. Aber ich frage mich immer, wenn die Herren Wirtschaftswissenschaftler, Techniker und Sozialwissenschaftler endlich das Überdeckungsproblem begreifen lernen. Wenn ich drei runde Bierfilze nehme und eine Tischdecke damit bedecken will, bleibt zwischen diesen Deckeln immer ein Zwickel übrig. Man muß einen vierten Bierfilz darauf legen, um das verbliebene freie Feld zu bedecken. Ich kann es mir heut nicht mehr vorstellen – Wirtschaftswissenschaften ohne Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften ohne Wirtschaftswissenschaften. Ich möchte hier zugeben, daß ich mich bemühe, mit großer Naivität und vielleicht auch Stümperei über die Felder zu verknüpfen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Meine Damen und Herren, die Diskussionen über Funktionen, Dysfunktionen, Mängel, mangelnde Reformmöglichkeit der DDR-Wirtschaft sind mit Sicherheit nicht abgeschlossen, aber für heute ist das Thema für uns beendet, und ich darf den Referenten und allen Teilnehmern der Diskussion noch einmal danken.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir gehen ohne Pause gleich weiter. Ich darf jetzt den Kollegen Jork bitten, die nächste Kurzvortrags- und Diskussionsrunde zu leiten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich also gebeten werde, die Runde zu leiten, dann brauche ich natürlich noch jemanden dazu, und ich wünsche mir die Partner, die Sie auf der Tagesordnung aus dem Ablauf entnehmen können und möchte herzlich bitten, daß Herr Dr. Karl Döring, Herr Werner Schmutzler und Herr Dr. Gerhard Schürer aufs Podium kommen.

Vielleicht darf ich, während die Herren Platz nehmen, mir einführend ein paar Bemerkungen erlauben. Wir haben in der Überschrift für unsere Enquete-Kommission stehen: „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Wenn es um die Überwindung geht, geht es für uns, auch das ist das Selbstverständnis unserer Enquete-Kommission, um die Darstellung, auch um die Gestaltung und um Vorschläge im Transformationsprozeß. Aus technischer Sicht, Herr Dr. Schmidt hat das angesprochen, ist der Transformationsprozeß für mich ein Übergangsvorgang. Also ein Vorgang, der geprägt ist durch das Verhältnis von Ausgang zu Eingang. Das ist sehr einfach beschreibbar, wenn Ausgang und Eingang eindeutig sind. Beides scheint mir jedoch hier nicht eindeutig zu sein.

Die Ausgangssituation zu beschreiben, ist die Aufgabe in dieser Runde, und wir waren der Meinung, daß es ganz wichtig ist, dabei Menschen zu hören, die das erlebt haben und wissen, wovon sie sprechen. Ich sehe eine besondere

Chance in unserer Diskussion, daß wir Bereitschaft bei den genannten Herren finden, uns darüber zu informieren, wie das damals war, so können wir mit ihnen zurückblicken. Auf diese Weise erhalten wir einen guten Einblick in die damaligen Ereignisse, so daß wir nicht von außen betrachten müssen, sondern für uns die Erfahrungsberichte möglichst nacherlebbar werden. Das ist aus meiner Sicht die wesentliche Basisrückkopplung, die den Transformationsprozeß begleiten sollte.

Ich freue mich also, daß die genannten Herren Platz genommen haben, ich danke für die Bereitschaft, etwas zu diesem Themenkomplex beizutragen und ich denke, wir freuen uns alle auf die Erfahrungsberichte, die sicher auch Anregung zu Fragen seien werden. Ich schlage in dem Sinne vor, daß wir einfach so vorgehen, wie es in der Tagesordnung steht, daß also zuerst Herr Dr. Karl Döring, EKO-Stahl-GmbH Eisenhüttenstadt seinen Bericht vorträgt.

Dr. Karl Döring: Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Einladung an der Teilnahme der Arbeit der Enquete-Kommission. Ich habe die Einladung besonders deshalb angenommen, weil ja in den heutigen und beiden folgenden Tagen der Versuch unternommen werden soll, von der Vergangenheit die Brücke in die Gegenwart zu schlagen, also von der Bilanz der DDR-Wirtschaft zur Zwischenbilanz Aufbau Ost. Aus meiner Sicht eine sehr notwendige Arbeit, vor allen Dingen auch, wenn man bedenkt, was in dieser Woche noch an Wirtschaftsdaten politisch verarbeitet werden muß.

Mir sind acht Fragen vorgegeben worden. Da ich glaube, daß sie den Arbeitsfortschritt in der Arbeit der Enquete-Kommission unterstützen, möchte ich mich auch exakt an diese Fragen halten, sie kurz verlesen und dann meine Antworten dazu geben. Es sind alles Sachfragen, keine Wertungsfragen, und ich will auch versuchen, sie mit konkreten Fakten zu beantworten.

Die erste Frage lautet: Inwieweit wurde der Mechanismus zur Erstellung der Volkswirtschaftspläne dem Anspruch gerecht, ein System von in sich stimmigen und zueinanderpassenden Einzelplänen hervorzubringen, und in welchem Ausmaß blieben Koordinierungsprobleme schon auf der Planungsebene ungelöst?

Vielleicht darf man davon ausgehen, daß die Basis aller Planungsarbeit Aufkommens- und Verbraucherbilanzen waren. Mit diesem Ausgangsdatenmaterial, das natürlich in der Regel unzureichend stimmig war, entstand eine staatliche Planaufgabe. Es schloß sich ein umfassender Prozeß der Plandiskussionen über alle Hierarchieebenen mit dem Ziel an, aus dieser Diskussion heraus mehr Übereinstimmung zwischen Möglichkeiten und den Erfordernissen zu finden. Es gab als nächstes dann die Planauflage, die als Versuch gewertet werden muß, das noch weiter zueinander zu bringen. Der Plandurchführungsprozeß beinhaltete natürlich ebenfalls das Anliegen Diskrepanzen zu verringern, sowohl durch die Tatsache des Wettbewerbes – mit dem heutigen Begriff Benchmarking sicherlich am ehesten charakterisiert – aber selbst durch einen sogenannten Gegenplan, der neue Initiativen auslösen sollte. Dies ist auch in der

Marktwirtschaft nichts Unübliches. Zu dem Budget, das wir heute planen, wird auch ein Ergebnisverbesserungsprogramm definiert, das die Jahresziele besser absichern soll.

Es ist klar, daß es zwischen Anspruch und Möglichkeit immer eine gewisse Differenz gegeben hat. Ich glaube aber nicht, daß das ein ausschließliches Charakteristikum der zentralplanwirtschaftlichen Prozesse ist, sondern daß ist ein Charakteristikum jeder Planungen. Meines Erachtens ist es auch im Bundestag nicht ganz einfach, die Erwartungen und Ansprüche mit den Möglichkeiten übereinzubringen. Die Stimmigkeit ist also aus meiner Sicht immer ein iterativer Prozeß.

Die zweite Frage lautet: War die Planerfüllung der wichtigste Erfolgsmaßstab für die Betriebe und die Kombinate, und lag darin ein wirksamer Leistungsanreiz oder eher ein Anreiz, tatsächliche Leistungsmöglichkeiten nicht auszuschöpfen?

Die Planerfüllung war wichtigster Erfolgsmaßstab und Leistungsanreiz, weil mit der Planerfüllung Fondsbildungen möglich waren, die im eigenen Unternehmen Bewegungsfreiheit z. B. für soziale Fragen aber auch für Entwicklungsfragen schaffen konnten. In den Unternehmungen, Kombinaten und Betrieben wurden nach der Planerfüllung der Leistungsfonds, der Prämienfonds und der Kultur- und Sozialfonds gespeist, und wenn ein Unternehmen im Export in das sogenannte nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) tätig war, war es damit möglich, auch eigene Mittel zur Eigenverwendung zu erwirtschaften.

Es war somit ein wirksamer Anreiz, sowohl für das Individuum als auch für das Betriebskollektiv den Plan zu erfüllen.

Die Frage, ob es einen Anreiz gegeben hat, einen anspruchsvollen Plan zu definieren oder eher einen zurückhaltenden Plan, also Planungssicherheit zu haben, der hing natürlich sehr viel von den individuellen Herangehensweisen einzelner Personen ab. Es ist natürlich unstrittig, daß das Streben nach einer Planungssicherheit schon eine große Rolle spielte. Aber auch hier glaube ich, daß das in jedem Planungsprozeß, gleich in welchem System er existiert, so sein wird.

Drittens: Wie schlüssig und wirksam waren die administrativen Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen?

Das System der Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen war umfassend ausgestaltet. Ein detailliertes Berichtswesen, eine Finanzrevision, unterschiedliche Inspektionen und Rechenschaftslegungen in der jeweils nächsthöheren Hierarchieebene umrissen dieses System. In diesem Zusammenhang wird immer die Frage gestellt, ob es denn ausreichende Korrektheit in der Berichterstattung gab. Ich sage, für die materiellen und finanziellen Kennziffern trifft dies zu, denn eine Tonne war damals wie heute unbestreitbar eine Tonne, und eine Mark der DDR mußte auch im Buchwerk nachgewiesen werden. Bei den so-

genannten synthetischen Kennziffern kann man das sicherlich ein bißchen anders sehen.

Die Frage, ob mit diesen Kontrollsystemen denn auch Wirksamkeit in Lenkungsmaßnahmen möglich waren, muß ich eher verneinen. Das in erster Linie deshalb, weil es keine Spielräume im System gab. Nur die industrielle Warenproduktion z. B., die also nicht nur das Endprodukt darstellte, sondern die auch den Innenumsatz eines Unternehmens mitrechnete, bot einen gewissen Spielraum. Hier gab es schon die Möglichkeit, mit einem größeren Innenumsatz die Kennziffer gut zu gestalten, jedoch ohne daß zuletzt ein zusätzliches verteilbares Endprodukt in der Volkswirtschaft vorhanden war. Also noch einmal die Frage, ob die Wirksamkeit der Kontrolle und der Lenkungsmaßnahme möglich war, verneine ich eher, eben weil es keine Spielräume gab, auf exakt festgestellte Tatbestände sich neu definieren zu können.

Die vierte Frage lautet: Welchen Spielraum hatten Betriebe und Kombinate für eigene Entscheidungen über Umfang und Zusammensetzung der Produktion, über Investitionen, Beschäftigungen, Absatzwege und den Bezug von Zulieferungen?

Ich möchte zu jedem einzelnen Stichwort kurz sprechen.

Zunächst einmal will ich darauf hinweisen, daß der Planungsprozeß sowohl für den Jahresplan als auch für den Fünfjahrplan natürlich nicht unabhängig von den produzierenden Einheiten verlief, sondern in einem weitem Maße in den produzierenden Einheiten stattfand. Insofern war eine Einflußmöglichkeit auf das, was gestaltet werden sollte in der Produktionsentwicklung, in der Forschung, im Investbedarf durchaus gegeben. Natürlich immer nur in jenen Grenzen, die zuletzt im Rahmen der staatlichen Pläne auch endgültig entschieden wurden.

Zu der konkreten Frage: Umfang und Zusammensetzung der Produktion. Die Produktion war in Nomenklaturen definiert. Die Erfüllung dieser Nomenklaturen war verbindliche Vorgabe. Im Rahmen der Nomenklaturen wurde allerdings der Kunde bedient. Ein Beispiel: Ich komme aus der Stahlbranche, Feinblech war ein Produkt, das eine Dickenabmessung zwischen 0,5 und 2 mm hatte. Diese Nomenklaturposition war zu erfüllen, aber natürlich zählte im Rahmen dieser Nomenklatur das, was der Kunde dann benötigte.

Bezug von Zulieferungen: Versorgungsbilanzen waren ebenfalls Nomenklaturen, insofern konnte also nicht frei gewählt werden, was man bezog. Auch hier wieder ein Beispiel: Eine Bezugsbilanz Ausrüstungen für Schwermaschinenbau oder Krane konnte dann als Maschine definiert werden. Aber man konnte für Schwermaschinenbaufonds nicht eine Werkzeugmaschine kaufen.

Absatzwege im Sinne der Marktwirtschaft existierten in der DDR nicht. Es war ja gerade durch die Verteilung der Bilanzen definiert, wer welche Waren bekommen sollte. Das eigene Produkt war damit voll und ganz in den Versorgungsbilanzen aufgeteilt, und der Fondsinhaber hatte einen Anspruch darauf,

im Rahmen seiner Bilanz versorgt zu werden. Das war übrigens eines der allerschwierigsten Probleme im Transformationsprozeß der ostdeutschen Industrie nach der Wiedervereinigung, daß Marktarbeit, also Absatzwege und Kunden erschließen, für uns alle, die wir in diesem Transformationsprozeß arbeiteten, völliges Neuland war.

Zur Beschäftigung: Die Anzahl der Arbeitskräfte war mit dem Plan strikt vorgeschrieben. Es war eine knappe Ressource, es gab sehr viel Streit darum, wieviel Arbeitskräfte man vom Plan her in seiner eigenen Produktion einsetzen konnte. Die Bemühungen in der Arbeitsproduktivität, auch quantitative Sprünge zu erreichen, um mit weniger Ressourcen der menschlichen Arbeit auszukommen, sind leider nicht erfolgreich gewesen.

Investitionen: Die Vorschläge kamen in der Regel aus den Betriebseinheiten, insofern hatte man mit seinem Vorschlagsrecht natürlich vollen Spielraum. Wie die Realität der Einordnung dann in den Plan erfolgte, war in den seltensten Fällen zu beeinflussen. Natürlich war das Bemühen, seine eigenen Ideen darzustellen und die wirtschaftliche Sinnvolligkeit zu beweisen, ein wichtiger Punkt, ob man Erfolg mit dem eigenen Vorschlag hatte oder auch nicht. Es gab neben dem Plan, das ist ja allgemein bekannt, durchaus Initiativen, manche auch am Rande der Planlegalität; es gab manche Kreativität, um bei den Investitionen voranzukommen.

Die fünfte Frage lautet: Welche Rolle spielten Preise und Kosten?

Die Kosten spielten die gleiche Rolle wie in der Marktwirtschaft. Sie dienten der Aufwandserfassung. Die innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung war Pflicht. Die Kosten hatten vor allen Dingen die entscheidende Bedeutung, daß damit eine beeinflußbare Kategorie existierte, um eine größere Gewinnerwirtschaftung zu erreichen. Was man an Kosten sparen konnte, kam dem Gewinn zugute. Wurden die Gewinnzahlen im Plan gut erfüllt, so wurden die Fonds der Unternehmen in höherem Maße gespeist. Selbstkostensenkungsprogramme waren die Regel, die über das Jahr geführt wurden. Kosteninformationen wurden in ganz breitem Maße den Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, und es gab unterschiedlichste Instrumentarien wie Kostenkonferenzen u. a., um das Bewußtsein dafür zu schärfen. Die Aussage im ersten Teil, den wir gehört haben, daß die Kosten ständig gestiegen sind, kann ich für das Kombinat, das ich geleitet habe, ab 1985 nicht bestätigen. Im Gegenteil, da gab es bis 1989 durchaus eine erfolgreiche Arbeit, die Kosten zu senken.

Zu den Preisen: Hierzu ist hier schon mehrfach etwas gesagt worden. Aus dem Material von Herrn Schürer weiß ich auch, daß er dazu noch umfangreicher sprechen wird, deshalb würde ich auf eigene Ausführungen gern verzichten.

Die sechste Frage lautet: Welche Anreize gab es für Innovationen? Ich habe mit Interesse die Ausführungen von heute früh verfolgt, wonach im System Innovationen gar nicht umgesetzt werden konnten.

Ich will eine andere Erfahrungswelt schildern: Ein neues Produkt gab Möglichkeiten einer neuen Preisbildung. Natürlich hat man den Preis nicht allein bestimmt, aber man hatte einen deutlichen Einfluß darauf. Das war also eine Chance, das Betriebsergebnis zu verbessern. Ein neues Verfahren oder auch nur ein neuer Verfahrensschritt war eine Kostensenkungsmöglichkeit und damit auch ein Anreiz, weil das Betriebsergebnis verbessert werden konnte.

Ich möchte das Neuererwesen hierbei ansprechen, wenn es auch dabei sehr überzogene Züge gegeben hat, vor allen Dingen auch in formalen Abrechnungsprozessen. Das Neuererwesen sah die Ergebnisbeteiligungen der Kollegen, die den Neuerervorschlag unterbreitet hatten, vor. Patenterlöse kamen dem Patentinhaber zugute. Alles natürlich nicht in den Maßstäben, die man in der Bundesrepublik gewöhnt war. Es gab auch einen Anreiz, die Zertifizierungen der Produkte zu realisieren. In der DDR war es das Gütezeichen Q, die Qualitätsauszeichnung, denn im internationalen Handel war das Gütezeichen Q durchaus gefragt.

Die siebte Frage lautet: Inwieweit gab es innerhalb der DDR-Wirtschaft Konkurrenz? Es gab keine Konkurrenz. Die Konzentration gleichartiger Produktionen erfolgte in der Regel in einem Kombinat. Dieselben waren teilweise stark spezialisiert. Für das Kombinat in Eisenhüttenstadt war es die Flachstahlproduktion der DDR, die dort konzentriert war. In insgesamt fünf Betrieben, einem Stammbetrieb und vier Tochterbetrieben, gab es eine Spezialisierung der Produkte. Die Produzenten waren dadurch im hohen Maße, zumindest was das Inlandsaufkommen betraf, autark, d. h. sie waren Monopolisten.

Es gab auf der anderen Seite auch zugeordnete Kunden und Lieferantenbeziehungen. An einem Beispiel will ich es demonstrieren: Wenn in unserem Kombinat eine Baukennziffer für Investitionen existierte, dann gab es einen ständigen regionalen Leistungspartner, das Bau- und Montagekombinat Ost. Es war eben nicht möglich, einen Leistungspartner vielleicht aus Schwerin zu binden, der unter Umständen besser oder vielleicht auch effektiver gearbeitet hätte. Der Leistungsvergleich hat eine gewisse Rolle gespielt. Ich würde noch einmal den Begriff Benchmarking gebrauchen wollen, also der Vergleich materieller Kennziffern, sowohl in der eigenen Branche als auch international im Rahmen des RGW, spielte keine zu unterschätzende Rolle. Dennoch waren die Kennziffern natürlich nicht ausreichend, um die fehlende Konkurrenz zu ersetzen. Dies war aus meiner Sicht ein außerordentlich großes Manko im System der zentralen Planwirtschaft.

Die achte Frage lautete: Welche Bedeutung hatten westliche Märkte?

Diese Bedeutung war unterschiedlich in Abhängigkeit von Produkten, die in den Unternehmen hergestellt wurden. Ein Exportbetrieb, besonders der, der in das westliche Ausland exportierte, war natürlich mit der Bedeutung dieser westlichen Märkte außerordentlich konfrontiert, da bei der Übererfüllung dieser Exporte auch Fonds gebildet werden konnten. Auf diese Weise war man in den Unternehmen sehr daran interessiert, dies zu leisten. Das war auch typisch

für Stahlkombinate. Wir haben ja heute früh gehört, daß in der Einschätzung der Wissenschaftler eine überindustrialisierte Struktur existierte, hierbei wurde auch Stahl erwähnt, nur entstand der nicht aus ideologischen Gründen, das will ich hier einmal einwerfen, sondern die Stahlwirtschaft mußte in der DDR in den Jahren 1949 und 1950 aufgebaut werden, weil das Stahlembargo der Westzonen an die Ostzone keine Versorgung mehr gewährleistete. Und bekanntermaßen zeichnete sich die Wirtschaftsstruktur nach dem Krieg dadurch aus, daß 23 % der stahlverarbeitenden Industrie in der Ostzone lagen und nur 9 % der stahlschaffenden Industrie und die Bezüge aus dem Ruhrgebiet dann nicht mehr greifbar waren. Ob der Aufbau einer DDR-Schwerindustrie eine gute oder eine weniger gute wirtschaftliche Entscheidung war, darüber kann man sehr viel diskutieren. Der Ausgangspunkt war eindeutig ein wirtschaftspolitischer.

Ich möchte auch sagen, daß die Beziehung zu den Westmärkten natürlich auch einen sehr negativen Aspekt für die Arbeit in den Unternehmen hatte. Derjenige, der nun schon einmal Exporteur war und auch Kunden-Lieferanten-Beziehungen zu westdeutschen Märkten oder auch westeuropäischen Märkten unterhielt, der stieß natürlich bei Importwünschen überall auf die Embargobestimmungen. Selbst wenn man überzeugt war, daß die eine oder die andere Technologie für die Entwicklung des eigenen Unternehmens hätte sehr viel bringen können, gab es aus diesen Gründen häufig keine wirtschaftliche Chance, dieselben zu beziehen.

Ich würde zum Abschluß gern noch ein paar Punkte kurz erwähnen, die in den einleitenden Worten des Vorsitzenden eine Rolle spielten. Es ist die Frage nach den Ursachen und Wirkungen beim Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und die Frage, warum hat denn dann die Treuhand bitte schön nichts eingenommen, sondern ein Minus gemacht, wenn die DDR-Industrie durchaus leistungsfähig war?

Ich glaube, wir sollten uns in diesem Zusammenhang schon daran erinnern, daß sich der Preis für eine Ware am Markt nach Angebot und Nachfrage bildet. Wenn ich innerhalb von zweieinhalb Jahren eine Volkswirtschaft verkaufen muß, dann habe ich ein großes Angebot und eine geringe Nachfrage und somit einen geringen Preis. Die geringe Nachfrage entstand ja auch deshalb, weil die Wirtschaft der Bundesrepublik natürlich potent genug war, den Markt der DDR zu versorgen und aus Marktgesichtspunkten heraus nicht daran interessiert war, ein Unternehmen der DDR zu kaufen und dort zu produzieren. Das heißt, die Nachfrage war ganz gering, das Angebot hingegen war groß, und als logische Konsequenz war der Preis für die Unternehmen dann im Verkauf ganz klein.

Es kommt ein zweiter Aspekt hinzu: Die Mehrzahl der Verkäufe spielten sich ja nicht nach dem Substanzwert ab, sondern nach dem erwarteten Ertragswert. Und auch hier lag wieder auf der Hand, daß der Ertragswert eines Unternehmens, das im gesamtdeutschen Produktivitätsgefälle, aufgrund der sozialen Pflichten, die noch in den Unternehmen steckten, sehr viel schlechter dastand.

In der Regel ergab sich so eine negative Ertragswerteinschätzung. Daraus entstanden viele Verkäufe für eine Mark oder, das war ja ein neuer Terminus der Treuhandanstalt, für einen negativen Kaufpreis. Insofern glaube ich, daß der Erlös der erzielt wurde, nicht ausschließlich ein Ausdruck der vorhandenen Substanz sein kann.

Ich will auch noch einen Punkt aufgreifen, nämlich die Fragestellung: Warum brach die DDR denn wie ein Kartenhaus zusammen? Es wird in diesem Zusammenhang häufig gesagt, man hätte ja den Zusammenbruch der Ostmärkte nicht voraussehen können. Diese Aussage ist für jemanden, der in der Wirtschaft tätig war, absolut unverständlich. Natürlich wußte man ganz genau, daß ab dem 2. Juli 1990 nicht ein einziges Produkt aus dem Gebiet der DDR in den RGW-Raum transferiert werden konnte, weil die RGW-Partner keine DM, d. h. keine Valuta zum Bezahlen hatten. Und außerdem war klar, daß der Handel der DDR mit den RGW-Partnern in der Regel Warenaustausch war, der ja dann verrechnet wurde. Man hätte auch kaufen müssen, um weiter verkaufen zu können. Da das nicht stattfand, war klar, daß es die Stütze durch den Ostexport nicht mehr geben konnte. Nur zu sagen, man hätte es nicht wissen können, das ist einfach falsch. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Herrn Dr. Döring für seinen Bericht aus der Sicht der Stahlindustrie sehr herzlich. Wir kommen zu einem anderen Industriezweig, dem Elektroapparatewerk aus der Elektroindustrie. Herr Werner Schmutzler wird uns von seinen Erfahrungen berichten.

Werner Schmutzler: Sehr geehrte Damen und Herren.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Entschuldigung, ich wollte noch sagen, daß Herr Schmutzler Direktor für Absatz und Außenwirtschaft in dem VEB EAW war. Aus diesem Blickwinkel vermittelt er seine Erfahrungen. Bitte Herr Schmutzler.

Werner Schmutzler: Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin beauftragt, Ihnen darzustellen, wie sich die Arbeit im VEB Kombinat EAW aber auch im VEB EAW auf dem Gebiet des Absatzes und der Außenwirtschaft gestaltet oder entwickelt hat.

Zunächst einmal bin ich auch dankbar, daß ich die Gelegenheit habe, hier aus der Sicht eines Betriebes bestimmte Probleme darzustellen, die zu bestimmten Schlußfolgerungen führen können und ich denke, Irrtümer aufklären zu können. Herr Döring hat schon eingangs auf verschiedene Dinge hingewiesen, wie sich das wirtschaftlich gestaltet hat. Ich möchte das nicht alles wiederholen, ich muß aber der Vollständigkeit halber doch auf einige Dinge eingehen, wie sie sich aus der Sicht des Absatzes gezeigt haben.

Der Absatzbereich hat selbstverständlich im Rahmen der Planvorgaben eine Reihe von Kennziffern erhalten, und ich kann mich hier der Meinung von Herrn Dr. Klein, daß es eine Erleichterung hinsichtlich der Verringerung der

Kennziffern gegeben hat, nicht ganz anschließen, auch durch das sogenannte Neue Ökonomische System nicht. Denn wir hatten uns auseinanderzusetzen mit den Kennziffern der industriellen Warenproduktion, der abgesetzten Warenproduktion, des Ex- und Imports. Beim Ex- und Import waren eine Vielzahl Auflagen, die zu beachten waren, weil für die einzelnen Länder unterschiedliche Kennziffern vorgegeben worden sind.

Also es gab einen Plan Sowjetunion, es gab einen Plan Jugoslawien, es gab einen Plan China, Korea oder Kuba, je nachdem, welches Land in dem betreffenden Kombinat eine Rolle spielte. Herr Döring hat über Stahl gesprochen. Wir haben eine Vielzahl von Kleingeräten hergestellt. Zwei unserer Betriebe hatten ihren Sitz in Dresden, einmal war das das Reglerwerk und einmal war das das Elektroschaltgerätewerk Dresden. Diese Planvorgaben waren Grundlage für die weitere Arbeit im Absatzbereich. Außerdem erhielten wir logischerweise eine Vorgabe für die Produktion für die Nationale Volksarmee.

Selbstverständlich waren auch bei uns sogenannte Plandiskussionen angesagt. Aus der heutigen Sicht muß ich sagen, und das betrachteten wir damals nicht anders, daß diese Plandiskussionen, die sich bis in die kleinste Einheit abspielten, also bis in die Brigaden, eigentlich mehr einen formalen Charakter aufwiesen. Das heißt, über diese Plandiskussion wurde der demokratische Zentralismus zum Ausdruck gebracht. Deutlich muß man betonen, daß bestimmte Mißstände, die Grundsätze der Arbeit des Betriebes oder des Kombinates betrafen, zwar in der Plandiskussion vorgetragen wurden, jedoch auch durch sie nicht beseitigt werden konnten. Der Grund lag in bestimmten Disproportionen, die im Zuge der gesamten zentralen Planung nicht immer lösbar waren.

Zum Problem der Bilanzierung: Herr Döring wies darauf hin, es gab Aufkommens- und Verteilungsbilanzen. Wir hatten eine Aufkommens- und Bedarfsbilanz und es konnte nachgelesen werden, wie der angemeldete Bedarf der einzelnen Bedarfsträger gedeckt wurde. Unter diesem Gesichtspunkt hatten wir mit diesen Bilanzen eine zentrale Übersicht über das Gesamtaufkommen und die Verteilung einschl. Import und Export.

Einschränkend sei bemerkt, beim Import war klar, daß eingeordnet wurde, was sich aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet ergab, und es war klar, daß eingeordnet wurde, wenn der Betrieb eine Orientierungsziffer für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet erhielt. Eine eigene Idee, Importe aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet einzuordnen, wäre ein aussichtsloses Unterfangen gewesen.

Anders war die Tatsache einzuordnen, es gibt solche Fälle, ich könnte x Beispiele nennen, wenn in der Planverteidigung bewiesen wurde, daß ein volkswirtschaftlich nachgewiesener Bedarf nicht mit DDR-Erzeugnissen und auch nicht mit Erzeugnissen aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet gedeckt werden konnte, dann wurde über Fachministerium, Plankommission zweckgebunden eine bestimmte Mittelgröße zum Import eines Erzeugnisses für einen be-

stimmten Kunden bereitgestellt. Insofern hatten die Planverteidigungen und die Bilanzverteidigungen schon einen ganz bestimmten Sinn. Ich würde auch sagen, daß das, was in der Bilanz erarbeitet worden ist, verbindlich war, und jede Änderung, die sich dann im Laufe der Plandurchführung ergab, beantragt und neu vorgetragen werden mußte.

Es gab Ausnahmen, das waren die sogenannten operativen Bilanzentscheidungen, die gemeinsam zwischen Bedarfsträger, Vertragsgericht und Lieferer getroffen wurden, wo also niemand gefragt werden mußte.

Für volkswirtschaftlich wichtige Erzeugnisse, und dazu gehört sicher das, was Herr Döring vorgetragen hat, gab es die sogenannten S-Bilanzen, also Staatsplanpositionen. Hier gab es eine besonders strenge Handhabung, und hier hatte jeder, der dort eingeordnet war, auch das Recht diese Position zu erhalten. Soviel zunächst einmal zum Problem Bedarfsverteidigung und Bilanzen.

Noch eine Bemerkung zu der ganzen Frage der Inlandsarbeit: Um die Arbeit der Betriebe effektiver zu gestalten, wurden im Inland sogenannte Erzeugnisgruppen geschaffen, sprich Erzeugnisgruppenleitbetriebe. Um ein allgemein verständliches Beispiel zu nennen: Rundfunkgeräte haben wir zwar nicht produziert, aber wir haben Koffergeräte produziert. Ein Betrieb, der die meiste Produktion und das größte Volumen hatte, wurde zum Erzeugnisgruppenleitbetrieb ernannt. Dieser Betrieb war für die Zusammenarbeit mit allen Betrieben innerhalb der DDR sowie mit allen örtlich geleiteten Betrieben verantwortlich. Der VEB EAW war verantwortlich für die Position Starkstromrelais**,** ein Kombinat im Bezirk Dresden war verantwortlich für die Position Niederspannung Schaltgeräte. Schwerwiegend für die örtlich geleiteten Betriebe, oder sagen wir auch für die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, war nun das folgende Problem: Jede Idee einer Neuentwicklung oder jede Neuentwicklung mußte bei den Erzeugnisgruppenleitbetrieb beantragt werden. Dies basierte auf dem vernünftigen Hintergrund, daß Doppelentwicklungen vermieden werden sollten. Negativ wirkten sich hierbei egoistische Bestrebungen z. B. in der Weise aus, daß der Erzeugnisgruppenleitbetrieb nicht daran interessiert war, eine scheinbar gute Entwicklung in einem örtlichen Betrieb zu belassen, und dann hat eben der Erzeugnisgruppenleitbetrieb anders geschaltet und mitgeteilt, diese Entwicklung haben wir bereits geplant, und der Erzeugnisgruppenbetrieb örtlicher Ebene vergeudete somit seine Entwicklung und seine ganze Kraft. Es gibt dabei noch einen weiteren Minuspunkt. So gut, wie das gedacht war, innerhalb der Erzeugnisgruppe mehr Effektivität zu schaffen, so nachteilig wirkte sich aus, daß eigentlich die Ingenieure und Techniker im eigenen Saft schmorten. Also haben sie sich nur mit ihren ureigenen Problemen beschäftigt. Sicherlich hat man über den Tellerrand etwas hinausgesehen, aber im wesentlichen war eben die Erzeugnisgruppe in sich geschlossen, und hat sich mit den Problemen dieser Erzeugnisse beschäftigt.

Zur Frage der Außenwirtschaftstätigkeit: Ich kann nicht sagen, daß sich der Export in die sozialistischen Länder für das Kombinat EAW oder auch für die

Betriebe des Kombinates EAW als unrentabel erwies. Ich kann jetzt nicht garantieren, daß nun, was vorhin zur Sprache kam, daß die Preisentwicklung oder die Festlegung der Industrieabgabepreise (IAP) nun auf Heller und Pfennig genau gestimmt haben, aber nach der Kostenanalyse muß ich sagen, hat IAP in der Regel eigentlich einen normalen Gewinnsatz zugesichert. Wir haben beim Export in das sozialistische Wirtschaftsgebiet keinen Verlust gemacht. Beauflagt wurde, das hatte ich vorhin bereits erwähnt, der Industrieabgabepreis und der Valutagegenwert. Der Handel mit den sozialistischen Ländern wurde eigentlich dadurch erleichtert, daß der Rubel als Verrechnungswährung innerhalb der sozialistischen Länder über den RGW anerkannt war. Es gab also hinsichtlich der Preise wenig Probleme, und es gab auch auf der anderen Seite, sagen wir einmal Finanzierung oder Finanzüberhänge, keine Probleme.

Ein wesentliches Problem in der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern war die Spezialisierung und Kooperation. Anfang der 60er Jahre wurden sogenannte bilaterale Arbeitsgruppen geschaffen, die sich mit der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit beschäftigten. Dieser Zustand hielt nicht lange an, weil man festgestellt hat, daß die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit analog der Erzeugnisgruppe im Inland keine wesentlichen Fortschritte im Handel brachte. Aus diesem Grunde wurde dann diese Zusammensetzung der Arbeitsgruppen auf dem Gebiet Spezialisierung und Kooperation erweitert.

Die Arbeitsgruppen wurden bilateral immer von einem Generaldirektor oder seinem Stellvertreter geleitet, die vom Ministerium berufen worden. Die wichtigste Aufgabe in diesen Arbeitsgruppen war die Herstellung von Spezialisierungs- oder Kooperationsverträgen. Und ich darf hier sagen, daß das Kombinat EAW und dessen Betriebe sehr viele solcher Verträge abgeschlossen hatten. Dies waren langfristige Verträge, die den Betrieben große Möglichkeiten gaben, langfristig zu planen und zu disponieren. Es gab z. B. einen langfristigen Vertrag mit der VR Polen. In dessen Vollzug stellten wir die gesamte Zählerproduktion in der ehemaligen DDR ein und spezialisierten uns auf die Stromzähler der VR Polen. Im Gegenzug dafür nahm die VR Polen die sogenannten Anlaß- und Motorschutzrelais für Kühlschränke und die gesamte gasanalytische Produktion nicht auf und spezialisierte sich auf die DDR, sprich auf Betriebe der DDR. Ich könnte jetzt noch viele weitere Verträge nennen. Das würde aber zu weit führen. Es gab mit allen Ländern Verträge, ausgenommen mit der Sowjetunion, die sich diesen Verträgen nicht anschließen konnte, weil in diesen Verträgen folgender Passus entscheidend war: Das produzierende Land mußte sich verpflichten, seinen Bedarf nur in dem Land zu decken, welches für diese Erzeugnisse spezialisiert war. Also wir hatten uns auf Polen spezialisiert, und somit konnten wir nur noch in Polen kaufen. Die Wiederaufnahme der Produktion oder der Import aus anderen Ländern war nur möglich, wenn das spezialisierte Land seinen Verpflichtungen zur Bedarfsdeckung nicht mehr nachkam bzw. technische Forderungen nicht erfüllte oder Preise forderte, die keinen Weltstandspreisvergleichen mehr standhielten.

Also daraus wird eigentlich ersichtlich, daß die Sowjetunion sich auf einen solchen Vertrag nie einlassen konnte, weil sie ja ganz bestimmte Aufgaben, ich rede jetzt von der damaligen Zeit im Rahmen des RGW, Verteidigungsaufgaben übernommen hatte. Sie hätte sich nie auf eine solche Formulierung eingelassen. Mit allen anderen Ländern haben wir solche Verträge abgeschlossen, und ich kann sagen, die Rentabilität bei solchen Verträgen sowohl ex- als auch importseitig lag generell über eins. Also wir haben die Zähler importiert mit einer Rentabilität von 1,25 und haben die Relais und die Gasanalysen exportiert, bei Gasanalysen mit einer Rentabilität von über 2 und die Relais von 1,1. Also insofern waren diese Verträge durchaus rentabel und hatten eine gute Auslastung der Betriebe zur Folge. Ich habe nicht so viel Zeit, um das weiter auszuführen.

Ich muß aber auf folgendes in diesem Zusammenhang hinweisen: Auch diese Zusammenarbeit im RGW und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit hatten natürlich einen großen Nachteil. Der RGW hatte die Idee, das ist ja kein Geheimnis, einen sogenannten eigenen sozialistischen Weltmarkt zu schaffen. Dem diente die Arbeit der Arbeitsgruppen. Aber mit diesem Ziel haben sich die ganzen Länder völlig vom kapitalistischen Markt abgekapselt, d. h. vom existierenden Weltmarkt. Das hat sich nicht nur in diesen Arbeitsgruppen, sondern es hat sich eigentlich auf der ganzen Linie der Arbeit abgespielt.

Nehmen wir die Beschickung der Messen. Es gab die illusorische Vorstellung in der DDR, die Leipziger Messe würde sich zur gesamtdeutschen Messe entwickeln. Unter diesem Gesichtspunkt wurde alles geordert und alles gemacht. Das deklarierte Ziel bestand darin, Hannover abzulösen. Daß das nicht möglich war und nicht erfolgt ist, haben wir ja festgestellt, daraus resultiert die viel zu späte Beteiligung der DDR an ausländischen Messen, insbesondere an der Hannovermesse. Aber daraus resultiert natürlich auch die Tatsache, daß unsere Ingenieure und Techniker zum Teil etwas „NSW-blind“ geworden sind, weil sie gar keine Möglichkeiten hatten, sich voll zu informieren. Sie waren in ihrer Reisetätigkeit größtenteils eingeschränkt, Informationen konnten sie relativ wenig bekommen.

Es sah so aus: Wenn ein guter Freund ihnen Druckschriften mitbrachte, die nicht technischer Art waren, sondern etwas mehr beschrieben waren, dann war das Literatur, die nicht gestattet war. Diese Literatur wurde dann eingezogen, und der, der sie mitgebracht hatte, war das letzte Mal im Ausland. Also ich will das nur einmal kurz einflechten, damit man einmal sieht, daß eigentlich die Arbeit unserer Ingenieure und Techniker sehr behindert war. Es gibt ein weiteres Problem hinsichtlich der Arbeit auf den „NSW“-Märkten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Entschuldigung, das weiß vielleicht nicht jeder, das ist das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet, „NSW“.

Werner Schmutzler: Es ist Fakt, daß wir mit unseren Erzeugnissen, überall wo wir erschienen sind, zu spät gekommen sind. Erst in den 60er Jahren wurde die DDR im NSW-Export tätig. Bis Anfang der 60er Jahre war der Export eigentlich mehr oder weniger ein Zufallsgeschäft, rührte aus alten Beziehungen, hatte aber keine sehr straffe Lenkung und Leitung. Und wo wir auftauchten, waren natürlich AEG und Siemens und andere Unternehmungen tätig.

Der zweite Fakt war, daß wir auch keine wirksame Absatzorganisation hatten. Die mußten wir mühsam aufbauen. Dadurch, daß wir uns eben sehr spät mit den Märkten im NSW beschäftigt haben, war es außerordentlich kompliziert, dort Fuß zu fassen.

Ein weiteres Problem, das ist heute schon erwähnt worden, war natürlich die Frage der Technik unserer Erzeugnisse. Das hängt damit zusammen, daß wir auf der ganzen Strecke zusammengenommen nicht konkurrenzfähig waren. Alles ging über den Außenhandel. Der Betrieb war nicht berechtigt und nicht befugt, im „NSW“ eigenständig wirksam zu werden. Er war nicht befugt**,** Schriftverkehr zu führen, er war nicht befugt, ein Protokoll anzufertigen, er war nicht befugt, ein Telefongespräch zu führen etc. Mit anderen Worten: Der Betrieb war völlig auf seinem Gebiet eingeengt und mußte jede Aktion über den Außenhandel durchführen. Ich gebe dem Außenhandel keine Schuld, es war so festgelegt. Es gab Außenhändler, mit denen konnte man sich auch in bestimmten Fragen verständigen, aber von der Sache her, war diese Linie so gegeben und nicht zu verändern. Es fehlte den Betrieben völlig die Beweglichkeit, die Flexibilität. Stellte ein ausländischer Partner irgendeine bestimmte Forderung, mußten wir uns in vielen Fragen damit auseinandersetzen und sagen, wir können es nicht, weil bestimmte Grundmaterialien oder bestimmte Bausteine fehlten. Bei uns ging es insbesondere damals um Widerstände, in der letzten Zeit ging es dann um die Chemie, um bestimmte hochwertige Plaste, die nicht zur Verfügung standen. Insofern war das eine außerordentlich schwierige Situation.

Ich muß noch auf eine Sache hinweisen: Es gab im Interesse der sogenannten „NSW“-Importablösung oder anders ausgedrückt, der „Störfreimachung der Wirtschaft“, bei uns eine sogenannte NSW-Importablösekommission. Die mußte der Generaldirektor persönlich leiten. Tagen mußte die Kommission monatlich. Bis zur Plankommission waren Mitglieder in dieser Kommission. Heute sage ich, diese Kommission war eigentlich beauftragt, alles, was es schon gab, noch einmal zu erfinden. Auf diese Weise mußte improvisiert werden. Unsere Ingenieure und Techniker, die keinesfalls dümmer waren als die Ingenieure und Techniker in den alten Bundesländern, mußten sich dann mit Fragen auseinandersetzen, die sie davon eigentlich abhielten, sich nach vorn zu orientieren. Insofern möchte ich herausstellen, daß diese Arbeit außerordentlich kompliziert war, und diese Arbeit der Ingenieure und Techniker auch nicht mit Erfolg gekrönt wurden.

Ein wesentlicher Grund war auch die Embargoliste, die vorschrieb, was an die DDR geliefert werden durfte und was nicht. Und hier muß ich sagen, haben

uns die Leute, die die Embargoliste erfunden haben, natürlich keinen guten Dienst erwiesen.

Ich möchte abschließend noch eine Bemerkung zu dem, was Herr Döring hier gesagt hat, machen. Unser Handel mit den sozialistischen Ländern ist am 2. Juli 1990 kaputt gegangen, und jeder der Lesen und Schreiben gelernt hat, hat das gewußt. Wenn sich heute jemand hinstellt oder hingestellt hat und gesagt hat, es war nicht vorherzusehen, daß dies geschehen ist, dann muß ich sagen, dieser Mensch lügt. Man kann nicht von Ländern erwarten, die überhaupt nicht in der Lage waren Devisen zu erwirtschaften, daß die ab morgen früh in harter Währung bezahlen können, also insofern ist das unmöglich.

Abschließende Bemerkung: Wir hatten in der DDR einen demokratischen Zentralismus. Ich muß jedoch konstatieren: Wir hatten ihn nicht, wir hatten einen dogmatischen Zentralismus. Dieser Dogmatismus in der Wirtschaft ist vom Politbüro ausgegangen und hat eigentlich dazu geführt, daß das Politbüro selbst dazu beigetragen hat, daß die Wirtschaft der DDR sich auflösen mußte, denn auf diese Art und Weise war die Wirtschaft nicht weiterzuführen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Schmutzler. Ich glaube, es war für uns alle wichtig, die Zusammenhänge vor allem in der Außenwirtschaft von denen zu hören, die das miterlebt haben und von jenen, die es aus der Entfernung betrachtet haben. An ganz zentraler Stelle war Herr Dr. Schürer mit der Planung befaßt. Wir sind ihm dankbar, daß er sich Zeit und Gelegenheit nimmt, uns aus seiner Sicht zu informieren. Bitte Herr Dr. Schürer.

Dr. Gerhard Schürer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Zunächst einige Vorbemerkungen: Ich bin schon das zweite Mal in der Enquete-Kommission, aber beim ersten Mal wurde ich ausschließlich zu Fragen der Machthierarchie der SED befragt, so daß ich jetzt dankbar bin, etwas einmal im Zusammenhang mit der Wirtschaft darlegen zu können.

Zweitens möchte ich betonen, daß ich ein Thesenpapier vorgelegt habe. Ich verzichte jetzt auf eine Reihe Namen, Fakten, Positionen usw., um etwas Zeit zu sparen.

Und drittens möchte ich betonen, daß ich hier nicht als Betrachter oder Experte zu Ihnen spreche, sondern als Hochverantwortlicher dieser Zeit, der immer zu seiner Vergangenheit gestanden hat und es auch in Zukunft tun wird. Ich kann nicht bei jeder Gelegenheit sagen, da war ich mit verantwortlich, ich sage das insgesamt für meine Darlegungen.

Das System der zentralen Planung und Wirtschaftslenkung der DDR ist in Anlehnung an das sowjetische Modell noch in der sowjetischen Besatzungszeit entstanden. Offiziere der Besatzungsmacht und später leitende Mitarbeiter der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland haben gemeinsam mit deutschen Antifaschisten sowie Menschen, die aus dem Exil zurückgekehrt waren, das System ausgearbeitet. Das System wurde an einem Halbjahrplan

erprobt. Es orientierte sich am Reproduktionsschema von Karl Marx und war sehr stark von den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes der UdSSR geprägt. Wir haben damals Befehle entgegen nehmen müssen. Ich selbst arbeitete damals seit 1947 unter Leiter von Kurt Gregor in der Landesregierung Sachsen in der Wirtschaftsplanung, und wir unterstanden zugleich der Sowjetischen Militäradministration in Dresden. Durch Erteilung von „Produktionsbefehlen" und später „staatlichen Planauflagen" wurden die wichtigsten Aufgaben dieser Zeit abgesichert, wobei die materiellen Ziele sehr detailliert vorgegeben wurden, während die finanzielle Planung noch unterentwikkelt war. Durch die von sowjetischer Seite angeordnete Anwendung der Stopp-Preise des Jahres 1944 sollte zunächst gewährleistet werden, daß für 1 Mark möglichst viele Produkte in den Reparationsfonds flossen. Sie waren also damals an niedrigen Preisen für ihre Entnahmen interessiert. Der Kurs des Rubels zur Mark war damals etwa 1 Rubel/20 Mark.

Die volkswirtschaftlichen Bilanzen und Schemata der Planung und ihrer Verflechtung waren der sowjetischen Methodik sehr ähnlich, aber im Unterschied zur Sowjetunion, die im Bereich des Staatlichen Plankomitees (Gosplan) ständig ca. 3.000 Positionen bilanzierte und in der Staatlichen Materialversorgung (Gosnab) weitere 20.000 bis 30.000 Positionen, arbeiteten die Länder und später auch die DDR in der zentralen Planung alle Jahre mit ca. 500 bis 700 Positionen in der Staatlichen Plankommission und ca. 1.000 Positionen in der Materialversorgung. Später bilanzierten diese Materialpositionen, die für die Produktion zuständigen Ministerien der DDR, damit der Inhalt der Bilanz vom Produzenten und nicht vom Verteiler gestaltet wird. Auch das war noch ein sehr hoher Grad der Zentralisierung, aber die Planung war in dieser Zeit durchaus geeignet, die Ziele der Nachkriegsperiode zu gewährleisten, die darin bestanden, massenhaft Menschen zur Überwindung der Kriegsfolgen zu mobilisieren, die gegenüber der Bundesrepublik um das 25-fach höheren Reparationen der DDR an die UdSSR sowie die Demontagen zu gewährleisten, den Menschen, auf der Basis strenger Rationierung das Überleben auf einer relativ niedrigen Stufe der Versorgung zu ermöglichen, und die ökonomische Kraft in wachsendem Maße auf den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie – damals entstand das Eisenhüttenkombinat Ost – zu konzentrieren. Die Ereignisse des 17. Juni 1953 zeigten dann auf dramatische Weise die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen in diesem System und die Notwendigkeit politischer Veränderungen, die dann, wenn auch halbherzig, in Angriff genommen wurden. Wenn man das Jahr 1950 als Index gleich 100 nimmt, stieg die Produktion bis 1955 auf 190 und bis 1960 auf 294, wurde also in 10 Jahren fast verdreifacht.

Herr Professor Schneider legte heute ein Papier vor, indem er alle von mir verwendeten Zahlen, fiktive Zahlen, nennt. Ich kann heute keine anderen Zahlen nennen, aber ich werde das Papier aufmerksam studieren. Ich beziehe mich in all meinen Zahlen auf das Jahrbuch 1990, weil alle vorhergehenden Jahrbücher durch die Statistik selbst kurz vor der Vereinigung insofern korrigiert worden sind, daß die politischen Einflüsse, die dort vorher hineingekommen waren, herausgerechnet worden.

Eine Zwischenbemerkung noch zu dem, was Herr Wilke anmerkte. Ich würde dennoch, obwohl die DDR von der Sowjetunion bei den Reparationen und vor allen Dingen auch bei den Demontagen stark belastet wurde, das nicht als eine „eingreifende Kolonialmacht" bezeichnen, denn die UdSSR hatte einen Krieg verloren. Die Faschisten hatten ungeheuer viel zerstört, und alle Werte, die wir als Verpflichtung liefern mußten, waren entsprechend dem Potsdamer Abkommen ein Teil der Wiedergutmachung. Und nach dem Potsdamer Abkommen hatte jede Besatzungsmacht das Recht, seine Reparationen dort zu entnehmen, wo es das Land besetzt hielt, also mußte die DDR allein für alles aufkommen, was für die Sowjetunion als Reparation Pflicht war.

Zweitens: Spätestens Anfang der 60er Jahre wurde immer deutlicher, daß die DDR zu neuen Methoden der Planung und Wirtschaftslenkung übergehen mußte, wenn sie im Ringen um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht hoffnungslos zurückbleiben wollte. Politisch hatte der Kalte Krieg damals seinen Höhepunkt erreicht und drohte zu einem heißen Krieg zu eskalieren. Die auf einer Tagung des Warschauer Paktes beschlossene Schließung der Staatsgrenze zur Bundesrepublik und nach Westberlin, brachte Tragik und Leid für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Ökonomisch ermöglichte dieser Beschluß, daß die DDR besser vorausschauen und solider planen konnte. Über das System der Planung und Leitung wurde damals erstmalig kritisch nachgedacht.

Mein Vorgänger als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, Dr. Erich Apel, hatte mit Wissenschaftlern und Praktikern das Neue Ökonomische System (NÖS) ausgearbeitet. Die wissenschaftlich fundierte Wirtschaftsführung wurde nun an die Spitze des ökonomischen Systems gestellt, die Planung auf die Perspektive orientiert und beides mit einem umfassenden System ökonomischer Hebel verbunden. Die Zahl der zentral geplanten Positionen wurde von rd. 1.500 – Plankommission und Ministerium zusammen – auf 120 reduziert. Wenn die Betriebe dennoch in dieser Zeit viele weitere Zahlen erhielten, dann bekamen sie die nicht mehr als Planauflagen, sondern als Berechnungskennziffern. Sie sollten auf diesem Wege überblicken, welche Aufgaben sie auch mit Handelsabkommen usw. gewährleisten mußten. Es wurde also tatsächlich zentrale Macht an die Basis verlagert.

Ziel des NÖS war, das vorher vorwiegend administrative System in ein vorwiegend ökonomisches, markt- und rentabilitätsorientiertes System mit leistungsbegründeter materieller Interessiertheit umzuwandeln. Zunächst gab es auch viel Lob und Erfolge für das NÖS, aber der Reformansatz hatte von Anfang an auch starke Gegner. Die zum NÖS gehörenden Vorschläge für ein „Preisregelsystem", mit dem ein Druck auf die Senkung der Selbstkosten in Richtung der Annäherung auf die Weltmarktkosten erzeugt werden sollte, wurde vom Politbüro nicht beschlossen. Auch alle weiteren Versuche, das System der Preisbildung zu dezentralisieren, die Subventionen zu reduzieren, die Einzelhandelsverkaufspreise zu korrigieren, schlugen fehl. Nur die Reform der Industriepreise in drei Etappen wurde genehmigt, das ermöglichte wenigstens,

die vorher umfangreichen Subventionen innerhalb der Industrie zu beseitigen. Aus diesem Grunde ist es richtig, daß sie auch rentabel exportieren konnten und die Kosten dort erfassen konnten, wo sie entstanden sind. Aber der Gewinn konnte so objektiv nicht zur entscheidenden Kennziffer der Leistungsbewertung des NÖS werden, weil diese Preisregulierungen fehlten. Traditionell dachten die orthodoxen Kräfte in der politischen Führung etwa so: „Der Gewinn der volkseigenen Betriebe gehört dem Volke und muß deshalb im Staatshaushalt konzentriert und von dort aus neu verteilt oder umverteilt werden". Dieses Denken hemmte die Entwicklung eines betriebswirtschaftlichen Systems der Reproduktion. Dr. Apel, den man damals auch noch für die ungenügenden Zusagen von Rohstofflieferungen der Sowjetunion an die DDR für den bevorstehenden Fünfjahresplan 1966-1970 verantwortlich machte, wurde scharf angegriffen. Am 3. Dezember 1965 erschoß er sich in seinem Arbeitszimmer. Ich wurde sein Nachfolger.

Ulbricht setzte sich dafür ein, daß am NÖS festgehalten wurde. Dem Gewinn wurden jedoch weitere Kennziffern als entscheidend hinzugefügt, wie die industrielle Warenproduktion, die immer ihre Probleme hatte. Wir haben dann später auch einmal mit der Nettoproduktion geplant und den Export. Die Zahl der zentral geplanten Positionen wurde schon von diesem Zeitpunkt an wieder erhöht. Dies geschah nicht erst nach der Übernahme der Macht durch Honekker im Jahre 1971.

Drittens: Mitte der 60er Jahre beschloß die Parteiführung unter Walter Ulbricht die „bedingungslose Einstellung des Landes auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution". Ulbricht forderte, eine moderne Produktionsstruktur zu entwickeln. Er verlangte, für entscheidende Gebiete Prognosen bis zum Jahr 1990 auszuarbeiten, um auf dieser Basis dann die Investitionsmittel auf die sogenannten „Lokomotiven der wissenschaftlich-technischen Revolution" zu konzentrieren. Dem technischen Fortschritt der kapitalistischen Länder sollte man nicht länger hinterherlaufen, sondern völlig neue Erzeugnisse, Technologien, Wirkprinzipien mit höherer Arbeitsproduktivität erfinden, um die Weltspitze mitbestimmen zu können. Der Staatsplan Wissenschaft und Technik und die objektgebundene Planung wichtiger Investvorhaben erhielten in dieser Zeit eine große Bedeutung. Die DDR förderte die Produktion solcher Zweige wie der Elektronik, später der Mikroelektronik, der Petrolchemie, der Veredelungsmetallurgie, der Automatisierungs- und Steuertechnik und andere und erreichte auch tatsächlich größere Fortschritte in der Arbeitsproduktivität.

Zugleich wurde in dieser Zeit durch Walter Ulbricht, besonders seit 1967 vieles überzogen. Alle wurden aufgefordert kybernetisch zu denken, Heuristik zu studieren, „den Westen zu überholen ohne ihn einzuholen" und die Wachstumsraten der Pläne nicht mehr aus dem Erreichten abzuleiten, sondern aus den Prognosen rückrechnend mit Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität bis zu 12 % jährlich zu bestimmen. Am gefährlichsten war damals die These, daß man „die Bilanzen brechen muß", d. h. sie sollten rechnerisch in Aufkommen und Verteilung nicht mehr in sich stimmig sein, sondern Raum für neue Ideen

und Initiativen lassen. Das öffnete Tür und Tor für Subjektivismus und Illusionen. Es ist nicht erst heute meine feste Überzeugung, daß unreale Pläne der staatlichen Planwirtschaft mehr als alles andere geschadet haben, und sie hatten ihre Ursache in der Geschichte der DDR stets im Primat der Politik über die Wirtschaft. Daß es Mängel in der Planung selbst sowie im Wahrheitsgehalt der Meldung über die Planerfüllung gab, möchte ich nicht bestreiten, aber die politischen Aufschläge auf die bilanzierten Pläne haben das Ansehen der Planwirtschaft eindeutig am meisten diskreditiert.

Das NÖS wurde 1967 in ein allgemeines „Ökonomisches System des Sozialismus“ vereinnahmt und ein Lehrbuch mit dem Titel „Politische Ökonomie des Sozialismus“ verpackte unter dem Eindruck der Ereignisse von 1968 in Prag alle Reformgedanken sorgsam in politische Thesen der zentralen sozialistischen Planwirtschaft. Die Tragik dieser Periode besteht m.E. darin, daß die Partei nach vielen Fehlern und Experimenten endlich zu einer modernen Wirtschaftspolitik mit dem Ziel gefunden hatte, die Arbeitsproduktivität durch wissenschaftlich-technische und arbeitsorganisatorische Maßnahmen zu erhöhen, und kühne Reformen in der Planung und Wirtschaftsleitung anzupacken – wobei das Wort Reformen damals auch nicht vorgekommen ist, es wurde damals einfach Entwicklung des System für Leitung und Planung genannt – aber sich durch Halbwissen, Inkonsequenz, Übertreibungen und Schaumschlägerei hausgemachte Probleme schuf, die zum Hemmnis wurden und Ulbricht als Generalsekretär scheitern ließen. Moskau ließ ihn fallen. Von seinem Nachfolger, Erich Honecker, der nie ein Anhänger der Reformen oder der Veränderungen im System war, wurde das NÖS sofort ad acta gelegt. Aus heutiger Sicht stimme ich Herrn Professor Rainer Lepsius von der Universität Heidelberg zu, der feststellte: „Ein Erfolg des NÖS hätte nicht nur die Wirtschaftsverfassung der DDR grundlegend verändern müssen, auch das politische Herrschaftssystem und die ideologischen Legitimationsideen wären davon getroffen worden“. Ich glaube, Herr Dr. Klein hat es heute so ähnlich gesagt mit seinem Begriff „es hätten systemüberwindende Reformen stattfinden müssen“. Es war also nicht möglich, mit Hilfe der Reform das System zu ändern.

Viertens: Die wirtschaftliche Struktur der DDR wurde besonders in der zweiten Hälfte der 60er und in den 70er Jahren davon bestimmt, welche Waren die Sowjetunion zur Bezahlung ihrer umfangreichen Rohstofflieferungen verlangte. Im Thesenpapier habe ich diese Lieferungen zumindest in einigen Positionen aufgeführt. Als Gegenleistung mußte die DDR ihr Produktionsprofil auf den massenhaften Export von Chemieanlagen, Hochsee- und Binnenschiffen, Fischfangschiffen, Reisezug- und Kühlwaggons, Landmaschinen, Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinen, Erzeugnisse der Elektrotechnik/Elektronik und auch auf bedeutende Lieferungen von Konsumgütern aller Art einstellen. Wir waren also in der Strukturpolitik nicht frei von diesen Einflüssen, was der große Kunde, an den wir 70 % des Importes mit diesen Erzeugnissen bezahlen mußten, von uns verlangte. Diese, sich nicht selten auch qualitativ verändernden Exporte ständig zu gewährleisten, kostete die DDR den Einsatz bedeutender Investitionsmittel, während wir uns zur Aufrechterhaltung der Rohstoffim-

porte im wachsenden Maße an der Erschließung neuer Vorkommen in Sibirien und Ostasien mit Investvorleistungen, die sehr niedrig verzinst waren, beteiligen mußten. Ihren Außenhandel hat die DDR über viele Jahre mit 60 % bis 65 % mit den sozialistischen Ländern, 25 % bis 30 % mit den kapitalistischen Ländern und mit 5 % bis 8 % mit den Entwicklungsländern abgewickelt. Die tiefgehende Verflechtung der DDR mit der UdSSR und den anderen Ländern des RGW prägte primär die Grundstruktur unserer Wirtschaft und auch das System der Planung und Leitung dieser Zeit, da es vor allem darum ging, mit den Plänen und Bilanzen die vereinbarten gegenseitigen Lieferungen zu gewährleisten.

Fünftens: Nachdem im Jahre 1971 Erich Honecker 1. Sekretär der Partei geworden war, wehte zunächst ein frischer Wind, der Mut machte. Auch ich hatte wieder irgendwie Land gesehen, während ich vorher sehr scharf kritisiert worden war. Reale Wachstumsraten von 4 % jährlich galten als hohe Zielstellung, und wenn auch für den Warenfonds und die Geldeinnahmen der Bevölkerung 4 % Wachstum vorgesehen war, galten die Pläne als solide. Honecker sah darin ein klares Zeichen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, obwohl das natürlich ganz unterschiedliche ökonomische Kategorien sind, also das muß nicht unbedingt ein Zeichen für Proportionalität sein. Die vorherige einseitige Konzentration der Investitionen auf die sogenannten „führenden Zweige“ wurde korrigiert, und der Entwicklung der Produktion von Konsumgütern wurde grünes Licht gegeben.

Die größte Dummheit war damals die Verstaatlichung der halbstaatlichen Betriebe, da die Vielseitigkeit des Konsumbedarfs, die über diese Form gedeckt worden war, noch erschwert worden ist. Alle Arbeitsgruppen, die den VIII. Parteitag vorbereiteten, erhielten als wichtigste Arbeitsthese: „Im Mittelpunkt hat der Mensch mit seinen Bedürfnissen zu stehen“. Das klang doch erst einmal gut. Der vom 15. bis 19. Juni 1971 stattfindende VIII. Parteitag beschloß die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und gab uns eigentlich neue Hoffnung. Doch bereits 1972, als dem Politbüro das „Große sozialpolitische Programm“ vorgelegt wurde, war sichtbar, daß sich am Primat der Politik über die Ökonomie nichts geändert hatte, nur mit dem Unterschied, daß unter Honecker bei realer Planung des Wachstums der Produktion die Parteiführung nun mehr verteilen wollte, als objektiv erwirtschaftet werden konnte. Als ich im Politbüro, dem ich damals nicht angehörte, bat, diesem Programm so nicht zuzustimmen, da es aus den eigenen Leistungen nicht zu finanzieren war und unvermeidlich zur Verschuldung oder zur Vernachlässigung der Investitionen führen wird, wurde mir neben scharfen Worten des Generalsekretärs vorgeworfen, daß ich den Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sabotieren wolle, noch eine große Initiative des Volkes in Aussicht gestellt ist, mit der diese fehlenden Mittel im Verlauf der Plandurchführung beschafft werden sollten.

Die weitere Entwicklung schien auch den Beschluß zu rechtfertigen, denn die Leistung stieg. Zunächst wurden für alle nur die angenehmen Seiten der wach-

senden Schulden sichtbar. Wir importierten jährlich für mehrere Milliarden Valutamark modernste Technik aus den westlichen Industrieländern und bauten zahlreiche Betriebe neu auf oder rekonstruierten sie. Die Produktion und das Warenangebot wurden vielseitiger, soziale Maßnahmen wurden beschlossen. Aber im Zeitraum 1972-1978 importierte die DDR rd. 20 Milliarden Valutamark mehr aus den westlichen Ländern, als sie dorthin exportierte und hatte dabei nur 40 % ihrer Kredite investitionswirksam angelegt. Damit fehlte für 60 % die Basis der Refinanzierung, und das zwang uns Ende der 70er Jahre verstärkt, Exporte aus den Konsumgüterzweigen zu ziehen, die dem Binnenmarkt fehlten und darüber hinaus nur mit ungenügender Rentabilität exportiert werden konnten.

Ich will jetzt verzichten, darauf einzugehen, welche Veränderungen wir dort durchgeführt haben. Ich möchte aber sagen, daß es in den 80er Jahren insgesamt immer deutlicher wurde, daß die DDR mit der ungenügenden Effektivität ihres Systems und der einseitigen Bindung an den Ostmarkt sowie durch das Embargo der westlichen Allianz nicht die Produktivität der High-Technologien erreichen konnte. Die Sowjetunion hatte sich zwar eine leistungsfähige Forschungsbasis geschaffen, verbrauchte jedoch ihre Kräfte im Rüstungswettlauf mit den USA und der NATO. Solange die Bedingungen existierten, in die unser Land eingebunden war, der Warschauer Pakt, der RGW, das sozialistische Lager, die Sowjetunion, der innere Markt, konnte sich die DDR entwickeln. Als diese Bedingungen wegbrachen, konnte sie als selbständiger Staat nicht weiter existieren.

Um die Erkenntnis, daß eine überzentralisierte oder gar totale Planung die ungeheure Vielfalt der Bedürfnisse einer Volkswirtschaft und der Bevölkerung auch bei bester Computertechnik weder sinnvoll noch planerisch und verwaltungstechnisch beherrschbar machen konnte, möchte ich mich als langjähriger Planungschef der DDR nicht herumdrücken. Die soziale Marktwirtschaft hat sich geschichtlich in ihrer Innovationskraft der von uns praktizierten Art der zentralen Planwirtschaft überlegen erwiesen. Durch das Gewinnstreben ist ihr a priori gegeben, was die Planwirtschaft trotz gesellschaftlicher Aktivitäten im sozialistischen Wettbewerb, in der Aktivisten-Bestarbeiter- und Neuererbewegungen nicht ausgleichen konnte. Die für die Menschen anonym bleibenden Formen des staatlichen Eigentums und die ungenügende demokratische Legitimation der Machtorgane, gaben nicht die günstigsten Voraussetzungen für die Entfaltung aller innovativen Kräfte und der Gedanke, daß alle in einen großen Topf wirtschaften, aus dem dann neu verteilt wird, überzeugte nicht, täglich das Beste zu geben und materieller Anreiz ersetzte auch nicht das massenhaft kreative Streben nach höchstem Gewinn.

Wahr ist aber auch, daß die Marktwirtschaft, selbst wenn sie weiterhin anstrebt, eine soziale zu sein, alle Dinge immer und ausschließlich unter dem Blickwinkel des Profites sehen wird, und es ist zu befürchten, daß die anstehenden globalen Probleme in Deutschland und in der Welt mit marktwirtschaftlichen Instrumenten allein nicht gelöst werden können, daß sie sogar

größer werden können. So sehen es auch viele Wissenschaftler der Bundesrepublik und in der ganzen Welt, die darauf hinweisen. Wenn man z. Zt. beobachtet, wie die wohlhabende Bundesrepublik kurzfristig von einem Haushaltsloch in das andere fällt und das eine Ressort zu sparen glaubt, indem es dem anderen die Lasten aufbürdet, sollte etwas vorausschauendere Planung gar nicht so abwegig sein. Bei Würdigung all der großen Erfolge der Marktwirtschaft und demokratischer Strukturen der Gesellschaft, der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik wird die Polarisierung von Reichtum und Armut weiter fortschreiten, die Abwanderung von Kapital in die Billiglohnländer wird sich auch fortsetzen, und es besteht die Gefahr, daß uns hohe Arbeitslosigkeit und soziale Verschlechterung begleiten werden. Unbestritten muß dem Gewinn durch ständigen Druck auf die Kostensenkung auch in Zukunft die entscheidende Stelle in jeder wirtschaftlichen Tätigkeit eingeräumt werden, denn aus dieser Quelle fließen nicht nur die Steuern für den Staat und die Kommunen, sondern letztlich alle Mittel für den gesellschaftlichen Fortschritt. Aber die Kostensenkungen durch Sozialabbau zu bewirken, sind natürlich ein zweischneidiges Schwert, da sie die Konflikte mit den Menschen verschärfen, deren Arbeit alles trägt und dem inneren Markt Kaufkraft entziehen, wovon erneut Arbeitsplätze bedroht werden.

Ich komme zum Schluß. Vieles mußte ich nach der Wende neu lernen. Ich versuche, es zu begreifen. Ich halte die auf friedlichem Wege erreichte Einheit Deutschlands für eine großartige Errungenschaft und glaube, daß die Chancen des Zusammenwachsens der Menschen in Ost und West besser genutzt werden sollten.

Ich gehe deshalb auch auf jede dieser Konferenzen, die hier stattfinden, um etwas zur Aufarbeitung der Geschichte beizutragen. Ich habe auch in dem Prozeß am Landgericht in Berlin die Aussage nicht verweigert, wie andere vor mir, sondern ich habe die Fakten beigetragen, die ich dazu beitragen kann. Ich danke Ihnen sehr, daß sie mir so geduldig zugehört haben.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Dr. Schürer, auch für die am Ende gezeigte konstruktive Grundhaltung. Ich bin mir sicher, daß es sehr viele Diskussionen geben wird, sehr viele Fragen. Als erster hat sich der Kollege Poppe gemeldet.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Die Tatsache, daß alle drei Vortragenden keinen unerheblichen Einfluß auf die Wirtschaft in der DDR hatten, veranlaßt mich zunächst zu der Frage, wann sich denn diese Erkenntnisse, die Sie heute hier vorgetragen haben, zu entwickeln begannen? Wann setzte sich dies in Ihren Köpfen fest? Ist das nun alles ein Ergebnis des offenen Umgangs mit dem Thema nach 1989/90? Aus ihren Vorträgen meine ich entnehmen zu können, daß Sie sich auch vorher schon diese Gedanken gemacht haben.

Welche Freiräume gab es für Leute, die so hoch angebunden waren in der DDR-Wirtschaft, wie eben Kombinatsleiter, Absatzdirektoren oder sogar für

jemanden, der in der Nähe der politischen Führung seinen Platz hatte, wie Sie Herr Schürer? Welche Freiräume gab es überhaupt, über diese Probleme in den Dialog mit der politischen Herrschaft zu treten? Wenn ich mich aus eigenem Erleben erinnere, was diese Plandiskussion, die vorhin genannt wurde, bedeutete, so war es doch etwas, was von unten nach oben gefälscht und erlogen war. Im Grunde genommen waren doch nur Erfolgsmeldungen auf jeder dieser Ebenen erwünscht. Wenn Sie es also damals schon mindestens teilweise gewußt haben, warum gab es, abgesehen von Herrn Apel und einigen anderen Beispielen, so wenig Versuche, dieses System der Erfolgsmeldungen zu durchbrechen?

Meine zweite Frage muß in einem ähnlichem Zusammenhang gesehen werden. Die zunehmende Paranoia der Führung äußerte sich dann in den 70er Jahren in einem nahezu pervertierten System von sogenannter Ordnung und Sicherheit, also in einem Geheimhaltungssystem, das letzten Endes jegliche Effektivität und Innovationsfähigkeit, die mit diesen Kombinatsbildungen ja ursprünglich mal beabsichtigt war, zunichte machte. Dies aus diesem Grunde, weil in diesen Kombinaten, auch das sage ich aus eigener Erfahrung, die Fachwissenschaftler nicht einmal zwischen einem Betrieb des Kombinats mit einem anderen Betrieb des Kombinats miteinander kommunizieren konnten. Nicht einmal zwischen einer Abteilung und einer anderen Abteilung eines Betriebes wurde kommuniziert. Im Gegenteil, ein Geheimhaltungssystem herrschte vor, das letzten Endes auch jeglichen Zugang zu einem wissenschaftlichen Fortschritt, der eine Annäherung an den Westen hätte erreichen können, verhinderte. Hierdurch wurde der Rückstand permanent erhöht.

Auch hier meine Frage: Was war von der Wirtschaft aus zu unternehmen, um den Rückstand aufzuholen und was haben Sie versäumt? Das Ergebnis war ja spätestens in den 70er und dann erst recht in den 80er Jahren ein Rückstand auf dem Weltmarkt, der natürlich auch dann nicht wiedergutzumachen gewesen wäre, wenn Sie nicht so einseitig an den sowjetischen oder RGW-Absatzmarkt gebunden gewesen wären. Was wäre denn passiert, wenn die Sowjetunion als Ihr Hauptabnehmer verschwunden wäre? Meinen Sie im Ernst, Sie hätten in den 80er Jahren dann noch die Spur einer Chance gehabt, in den westlichen Markt mit dieser Art von Produktpalette hineinzukommen?

In diesem Zusammenhang meine letzte Frage: Es wurde von Ihnen, glaube ich, Herr Döring, eingangs gesagt, es wäre im Sinne einer Autarkie gegenüber der Bundesrepublik gewesen, daß sich die Stahlindustrie entwickeln sollte. War es nicht eher so, daß das Vorgaben von Stalin waren? Daß ein wesentlicher Teil der Stalinschen Theorie ja in dieser Priorität von Schwerindustrie usw. stand, so daß sich alles andere ziemlich zwangsläufig so entwickelte? In diesem Fall wäre die Frage höchstens so zu stellen: Ab wann gab es denn eine Abkopplungsmöglichkeit? Veränderten sich die Möglichkeiten von den 60er oder 50er Jahren zu den 80er Jahren dahingehend auch gegenüber den sowjetischen Interessen, eine gewisse Eigenständigkeit der Wirtschaft zu erreichen? Das würde ich gerne von Ihnen, auch im Hinblick gerade auf die 80er Jahre, erfahren.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke. Herr Kollege Poppe, habe ich Sie richtig verstanden, daß die erste Frage an Herrn Schürer gerichtet war und die andere an Herrn Döring?

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die ersten beiden Fragen betreffen eigentlich alle Referenten, da sie in verschiedenen Bereichen in diesen Spitzenfunktionen tätig waren.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Gut, dann wissen alle, daß sie in dieser Runde antworten müssen. Ich hätte noch einen Vorschlag zur Verfahrensweise, denn wir haben noch acht Fragestellungen. Darf ich mit Ihrem Verständnis rechnen, daß wir die Fragen ein bißchen bündeln. Meine Bitte also, die Fragen gezielt zu formulieren und natürlich dann auch gezielte prägnante Antworten zu geben. Ich würde vorschlagen, daß Herr Schürer anfängt.

Dr. Gerhard Schürer: Es gab gewisse Freiräume, die natürlich ihre Grenzen hatten. Ich kann auch für mich in Anspruch nehmen, daß ich an verschiedenen Ecken der politischen Entwicklung meine Stimme erhoben habe und mutig gesagt habe, was nicht praktikabel war, und wie ich das anders sah. Im Jahr 1972 trat ich gegen das sozialpolitische Programm auf, weil es in die Verschuldung führte. Im Jahr 1977 erhob ich meine Stimme, weil die Zahlungsbilanz nur noch ganz schwer zu gewährleisten war. 1988 verfaßte ich ein Reformpapier, das nannte sich „Überlegungen“, das ist auch dokumentiert und beinhaltete eine Differenz zwischen Mittag und Schürer in der Wirtschaftspolitik. Dieses Papier enthielt eine ganze Reihe von Reformvorschlägen. Zu diesem Zweck bat ich Honecker um ein Gespräch unter vier Augen, weil das Reformpapier vorsah, Beschlüsse des Parteitages zu ändern, und das kann man nicht, indem man eine Gruppe bildet, sondern hierfür ist ein vertrauliches Gespräch unter vier Augen notwendig. Ich scheiterte schließlich. Die logische daran anschließende Frage: Warum ich nicht gegangen bin, ist eine Frage, die ich mir heute selber oft stelle.

Natürlich stammt ein Teil meiner Erkenntnisse aus der Zeit nach der Wende. Die Erkenntnis, daß die Marktwirtschaft der Planwirtschaft überlegen ist, daß ist eine Erfahrung, die ich mir vorher nicht nur nicht getraut habe zu sagen, sondern ich habe es auch nicht gedacht. Das ist eine Schlußfolgerung, zu der ich nach einer längeren Entwicklungszeit gekommen bin. Und ich muß ehrlich betonen, daß ich aus diesem Grunde auch diesen kurzen Absatz über die Marktwirtschaft kritisch eingefügt habe. Im Hinblick auf die nächsten Jahre kann man im Moment auch daran zweifeln, daß immer alles so gut in der Marktwirtschaft funktionieren wird. Ich glaube, daß eine gewisse Verbindung von zumindestens Planifikation, in der Art, wie sie in Frankreich einmal betrieben worden ist, und einem alleinigen Wirken des Marktes vielleicht doch eine bessere Lösung wäre? Ich bin nun schon zu alt, um diese Möglichkeit voraussagen oder helfen zu können.

Werner Schmutzler: Ja, vielleicht zur ersten Frage: Seit wann haben wir das gemerkt? Das ist sicher unterschiedlich. Ich würde sagen, Herr Poppe, das ist bei unseren Absatzdirektoren oder stellvertretenden Generaldirektoren, jedenfalls in der Elektrotechnik seit Mitte der 70er Jahre diskutiert worden. Es gab immer die Diskussion, wir überleben noch einen Fünfjahrplan und dann ist Feierabend. Es war offensichtlich, Herr Schürer hat das vorhin schon einmal konstatiert, daß man nicht ununterbrochen Pläne vorgeben kann, die das Ist des vergangenen Jahres vernachlässigen und Steigerungsraten festlegen, die auf den nicht erfüllten Plänen des Vorjahres aufbauen.

Das ist die eine Seite. Die zweite Seite: Viele Menschen haben auch in den Betrieben begriffen, daß wir zwar Valuten brauchen, aber um die Valuten zu bekommen, muß man die erforderliche Ware bereitstellen können. Und letztendlich wurden unsere Waren für einen Erlös von 0,2 bis 0,25 verkauft. Hieraus wird ersichtlich, daß es für jeden, der damit zu tun hatte, ersichtlich war, daß das nicht lange gut gehen konnte.

Was konnte man dagegen tun? Man konnte vieles tun, man konnte in jeder Parteiversammlung aufstehen und alles offen ansprechen, das war möglich. Ob hierdurch eine Änderung eingetreten wäre, steht auf einem anderen Blatt. Sie konnten auch, und ich habe persönlich drei Briefe an Herrn Dr. Mittag geschrieben, mit konkreten Vorschlägen aufwarten. Dann hat mir jemand aus der Plankommission mitgeteilt, „daß, was Du da machst, ist alles großer Quatsch, die Briefe wandern sowieso in den Papierkorb, das interessiert niemanden, was Mittag sagt, ist das Gesetz“. Da sich in absehbarer Zeit auf diese Weise sowieso nichts änderte, gab ich dann nach 20 Jahren, 1983, wie man so schön sagt, aus gesundheitlichen Gründen meine Funktion ab. Ich sah keinen Weg mehr, eine Lösung zu finden.

Sie sagten, noch Anfang der 80er Jahre hat man geglaubt, mit den Waren, die Sie hatten, in das Geschäft zu kommen. Ich muß vielleicht dazu folgendes sagen: Wir haben diese Möglichkeit Anfang der 80er Jahre versucht, und es hat auch gute Ansätze gegeben, es hat auch einzelne Positionen gegeben, wo man sich mit bestimmten Firmen aus den alten Bundesländern liieren konnte. Aber es wurden eben bestimmte Ansätze, die sich zeigten, von vornherein aus sicherheitspolitischen Gründen nicht genehmigt.

Ein Beispiel: Es gab eine konkrete Idee, daß der von AEG entwickelte Motorschutzschalter hier in Dresden im Schaltgerätewerk produziert werden sollte. Logisch, daß die AEG, das Wissenschaftliche Technische Zentrum (WTZ) in Dresden kennenlernen wollte. Dies wurde jedoch nicht gestattet, so daß das Geschäft nicht zustande kam und scheiterte. Also wir hätten schon dies und jenes erreichen können, aber es bestanden eben bestimmte gesetzliche Bestimmungen oder bestimmte Sicherheitsbestimmungen, die das nicht zuließen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön! Herr Döring bitte.

Dr. Karl Döring: Herr Poppe, ich glaube, wir müssen bei dieser Beurteilung oder auch Aufarbeitung versuchen, uns vor Schwarzweißrastern zu hüten. Ich kenne den Industriezweig, in dem ich gearbeitet habe, und heute bin ich ja noch in der Stahlindustrie tätig. Mir ist kein Kombinat bekannt, in dem die Fachwissenschaftler nicht miteinander kommunizieren durften. Wenn wir das Problem so sehen, es hätte immer alles der Sowjetunion angedient werden, dann müssen wir aber auf der anderen Seite eingestehen, daß die DDR ja keine Chance hatte, von irgendwo anders ihr Rohstoffaufkommen zu beziehen. Es bestanden somit Wechselbeziehungen und nicht etwa nur ein Ausbeutungsverhältnis. Im Gegenteil, mit der Bezugsmöglichkeit von Erdöl hatte die DDR ja auch gewisse wirtschaftliche Erfolge und Ergebnisse erreichen können.

Zur Frage: Warum habt Ihr die Erfolgsmeldungen nicht durchbrochen? In Vorbereitung auf diese Diskussion habe ich mir die Geschäftsberichte des Kombinates von 1986 erneut aufmerksam durchgesehen. Ich muß zu meiner Schande sogar gestehen, daß ich sie jetzt vielleicht viel aufmerksamer las, als damals, als ich sie unterschrieb. Daß der Mensch natürlich ganz gern eine Erfolgsmeldung abgibt, ist jedem von uns aus seinem persönlichen Leben bekannt. Dennoch gibt es natürlich eine Unzahl von Beispielen, die belegen, daß über die wirklich reale Lage ansatzweise oder auch sehr konsequent informiert worden ist.

Die Frage, ob es überhaupt noch Spielräume in der politischen Führung gab, darauf zu reagieren, muß man wahrscheinlich eindeutig mit nein beantworten. Dies ist vielleicht ein Erklärungsversuch, warum trotzdem nichts passierte. Und veraltete Produktpaletten, die keine Chance hatten, in den 80er Jahren umgesetzt zu werden, erschwerten die Lage.

Ich erwähnte es bereits, daß eine fehlende Konkurrenz und im hohen Maße die Schaffung eines eigenen Beurteilungsmaßstabes, natürlich dazu führten, daß viele Produkte der DDR-Wirtschaft sowohl in der Effektivität in der Produktion als auch in den Produkteigenschaften nicht konkurrenzfähig waren. Diese Situation zu überspringen, ist ja häufig noch nicht einmal in sieben Jahren Marktwirtschaft gelungen. Hier gibt es also eine große Diskrepanz, die außerordentlich viel Kraft verlangt, das zu lösen.

Ich denke, es war eine sehr differenzierte Situation, von Unternehmen zu Unternehmen, von Problem zu Problem unterschiedlich, und das müßte in der Aufarbeitung sicherlich auch seine Berücksichtigung finden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön! Ich bitte noch einmal, daß wir versuchen, die Zeit einzuhalten. Herr Meckel, ich denke, ich mache jetzt doch nur zwei Runden. In der ersten Runde bitte ich Herrn Kollegen Spiller, Herrn Kollegen Hiller, Herrn Professor Burrichter und Herrn Kowalczuk in dieser Reihenfolge. Es kommen dann noch vier weitere Beiträge von Herrn Dr. Fricke, Herrn Dr. Pohler, Herrn Professor Wilke und Herrn Meckel. Das ist die zweite Runde. Dann bitte ich, die Fragen zu sammeln und es notiert sich jeder. Bitte Herr Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Schürer und eine Frage an Herrn Schmutzler.

Herr Dr. Schürer, war es wirklich so, daß es nie innerhalb des Politbüros oder innerhalb anderer Kreise der SED-Führung eine ernsthafte Debatte über das Wirtschaftssystem der DDR gegeben hat?

Meine Frage an Herrn Schmutzler: Sie haben darauf hingewiesen, daß die Betriebe sehr weit weg von den Kunden in den westlichen Ländern waren, und daß es da immer dieses Außenhandelsmonopol dazwischen gab. Es gab aber ein sehr breites Warenangebot aus ostdeutscher Produktion in Westdeutschland. Versandhäuser haben sich sehr umfangreich damit bestückt. Hat es Ihnen nie Kummer bereitet, daß die Herkunft dieser Güter immer versteckt wurde, daß so gut wie nie dargelegt wurde, aus welchem Betrieb die Güter stammten? Legten Sie keinen Wert auf ihre Marke? Kann man nicht sagen, daß das bis heute nachwirkt? Muß nicht in der Kundenferne, die bewußt über Jahrzehnte in den ostdeutschen Betrieben organisiert worden ist, ein wesentliches Hemmnis auch für den überregionalen Absatz der noch bestehenden DDR-Industrie, oder sagen wir der noch bestehenden aus der DDR übernommenen Industriebetriebe in Ostdeutschland gesehen werden?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich will auch noch einmal auf die Preispolitik eingehen. Es gab viele Produkte aus der DDR in Westdeutschland, die zu Dumpingpreisen veräußert wurden, wo ich mir überhaupt nicht erklären kann, wie man das innerhalb der DDR finanzieren konnte. Ich könnte Ihnen Beispiele nennen, das will ich jetzt aus Zeitgründen lassen. Die zweite Frage.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Bitte, an wen ist die erste Frage gerichtet?

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Also, es kommt ja eine umfassende Antwort, wer dazu etwas sagen will, den fordere ich auf, seine Antwort zu geben, das kann ich nicht genau spezifizieren.

Zu den Ostmärkten: Sie haben gesagt, jemand hätte gelogen, wenn er nicht zur Kenntnis nehmen konnte, daß die Ostmärkte mit der Einheit verschwinden. Welche Strategie wäre möglich gewesen, um hier zu besseren Ergebnissen zu kommen?

Und die dritte Frage: Es gab ja den berühmten Milliardenkredit für die DDR. Welche ökonomische Bedeutung hatte dieser für die Betriebe in der DDR?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Professor Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Schürer, bei allem Respekt vor Ihrem persönlich gehaltenen Statement, möchte ich Sie doch auf eine Passage Ihres Referats noch einmal hin befragen. Sie stellen auch in Ihrem Referat fest,

„daß sich die Marktwirtschaft geschichtlich in ihrer Innovationskraft der von uns praktizierten Art der zentralen Planwirtschaft überlegen erwiesen hat“. Mit Verlaub, dies ist trivial und wir haben selbst auch in der alten Bundesrepublik mit dieser, sagen wir einmal hochdifferenzierten Dichotomie schon gearbeitet. Wir haben auch schon früh viele Leute gehabt, die in dieser Weise klassifizierten: Marktwirtschaft ist gut und Planwirtschaft ist böse. Ich denke aber, wenn wir die Situation aufarbeiten wollen, und wir sind jetzt gerade dabei, soziale Marktwirtschaft, dann gehört es mit dazu, mehr dazu auszuführen, was denn nun Planwirtschaft eigentlich gewesen ist, und woran es denn nun eigentlich gekrankt hat. Und ich würde Sie bitten, mir darauf Antwort zu geben, ob nicht dahinter ein Menschenbild stand, das einerseits einfach nicht nur zynisch, sondern auch unrealistisch war und dahinter andererseits auch gleichzeitig ein Selbstverständnis von Politik stand, das in hohem Maße totalitär agierte. Wenn man dies weiter aufarbeitet, dann kommt man auch ein Stückchen weiter, als nur zu der platten Feststellung, die Planwirtschaft war einfach nur schlecht.

Eine Frage an Herrn Döring: In der von unserem Vorsitzenden heute morgen schon so löblich erwähnten alten DDR-Forschung haben wir in den 70er Jahren bereits in der DDR Diskussionen nachvollzogen, die unter der Rubrik Forschung, Entwicklung, Produktion liefen. Dabei ging es um die Überleitungszeiten von Innovationen aus dem Forschungsbereich in die Praxis. Ein Kollege, der sich sehr intensiv damit am Kölner Bundesinstitut beschäftigt hat, Arnold Buchholz, hat mit einer Metapher festgestellt: „Im Sozialismus müssen die Innovationen in die Industrie gepumpt werden, in der Marktwirtschaft werden sie von der Industrie sozusagen, wenn sie denn vorhanden sind, aufgesogen“. Mir scheint diese Metapher immer noch sehr trefflich zu sein, insofern bin ich etwas erstaunt, daß Sie für Ihren Sektor festgestellt haben, da sei dies sozusagen reibungslos verlaufen, vielleicht war es untypisch für die DDR, vielleicht können Sie das noch etwas spezifizieren? Dankeschön.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Frage richtet sich an Herrn Döring. Wenn ich recht informiert bin, dann waren Sie ja nicht nur Generaldirektor eines großen Kombinates in der DDR, sondern auch einige Jahre stellv. Minister eines Industrieministeriums. Deshalb meine Frage an Sie: Herr Schürer hat vorhin m.E. ganz richtig gesagt und es war auch wichtig, daß er das noch einmal betont hat, daß in der DDR der Grundsatz des Primats der Politik über die Wirtschaft herrschte. Vielleicht könnte man da noch deutlicher sagen, das Primat der Ideologie herrschte über die Wirtschaft. Mich würde nun aus Ihrer Sicht interessieren, Sie haben ja sowohl praktisch in der Administration als auch an der Basis, sofern man in einem Kombinat und bei einem Generaldirektor von der Basis sprechen kann, dieses Spannungsfeld erleben und aushalten müssen. Inwiefern gab es da Unterschiede zwischen dieser ministerialen Ebene und der Ebene des Kombinats?

Die zweite Frage richtet sich dann an alle drei Herren, da gebe ich nur ein Stichwort: Cocomliste. Mich würde interessieren, wie damit praktisch in Ihren Bereichen umgegangen wurde und ganz speziell, welche Rolle spielte dabei die Wirtschaftsspionage? Ich würde auch gern erfahren, inwiefern Sie auf die Zusammenarbeit mit dem KoKo- Bereich angewiesen waren?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Dr. Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine Frage an Herrn Döring und zwei Fragen an Herrn Schürer. Herr Döring, Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen die Kontrollmechanismen dargelegt, mit denen die Wirtschaft und wirtschaftliche Entscheidungen administrativ und ökonomisch überwacht wurden. Mich würde einmal interessieren, ob Sie auf Ihrer Entscheidungsebene auch Kontrollmechanismen zu spüren bekommen haben, die von der Staatssicherheit ausgingen? Es ist ja so, daß die Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit und die entsprechenden Linien in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen speziell auf wirtschaftliche Fragen angesetzt waren. Können Sie Aussagen darüber machen, inwieweit Erkenntnisse aus dem Betrieb auf dieser inoffiziellen Ebene erarbeitet worden sind?

Damit bin ich schon bei den Fragen für Herrn Dr. Schürer.

Erstens: Haben diese möglichen Erkenntnisse der Staatssicherheit die Parteiführung, also das Politbüro, erreicht? Es gab ja zentrale Analysen auch über die wirtschaftliche Situation, die die Staatssicherheit erarbeitete, also vor allen Dingen die Analysen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS. Haben diese Analysen die Parteiführung erreicht, wurden sie überhaupt zur Kenntnis genommen? Wie war das in der Staatlichen Plankommission?

Und die zweite Frage in diesem Zusammenhang: Wir haben sowohl von Herrn Döring als auch von Herrn Schmutzler gehört, welchen formalen Charakter die Plandiskussionen gehabt haben. Hat eigentlich die Plankommission die Ergebnisse solcher Plandiskussionen überhaupt zur Kenntnis genommen? Hat sie Einflüsse auf Entscheidungen der Staatlichen Plankommission gehabt, oder war das von vornherein eine Art Phantomdiskussion, die nur zum politischen Ritual gehörte, die aber keinerlei Einfluß auf die Erstellung der Staatspläne hatte?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Dr. Pohler bitte.

Abg. Dr. Hermann Pohler (CDU/CSU): Zuerst eine Frage an Herrn Döring. Sie sprachen vom Wert der Planung, der straffen Planung, daß das doch eine wichtige Angelegenheit oder eine echte Abrechnungsbilanz gewesen wäre. Aber es ist ja bekannt, daß wir in jedem Jahr mindestens zwei bis drei Plankorrekturen hatten, oder wie wir dann gesagt haben, Planpräzisierungen, so daß am Jahresende der Plan immer gestimmt hat. Ist das nicht insgesamt für die Frage der Produktion, auch als Anreiz für die Werktätigen, schädlich gewesen?

Wie wir gesagt haben, im Prinzip haben wir uns ja die Jahresendprämie immer errechnet.

Sie sprachen auch von konkreten Kennziffern und synthetischen Kennziffern – die Erläuterung dieser beiden Begriffe wäre sicherlich nicht ganz uninteressant – und in dem Zusammenhang betonten sie auch die Bilanzkorrektur. Hier ist mir etwas schleierhaft, wie man eine Bilanz, die ja objektiv sein sollte, korrigieren kann. Geht das nicht gleichzeitig mit einer Verschleierung der echten Ergebnisse einher? Was war der Sinn dieser Bilanzkorrektur?

Herr Schmutzler, Sie waren ja im Export tätig, auch in dieser Richtung die Frage, wir haben ja Richtung Ost sicherlich negativ verkauft, aber es ist ja kein Geheimnis. Sie sagten selbst schon einmal eine Zahl zwischendurch, daß wir in das „NSW“ ja immer mit Negativfaktor arbeiteten. Wenn wir bei einer Rentabilitätskennziffer von 0,8 oder 0,9 lagen, war das ja schon ein Riesenerfolg, soweit sind wir aber nie gekommen. Wir lagen in der Regel unter 0,5. Wie hat sich dann dieses Ergebnis, wenn es nicht nur politisch begründet war, für den Betrieb gerechnet? Im Prinzip war dies eigentlich die Talfahrt für unsere Wirtschaft, obwohl wir uns schon immer als 7. Industrienation hochgerechnet haben. Dies war eigentlich der Nachweis, daß wir nicht konkurrenzfähig waren.

Eine abschließende letzte Frage noch an Herrn Schürer. Herr Schürer, Sie haben 1989 eine bemerkenswerte Analyse über die ökonomische Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vorgelegt, in der auch über die Arbeitsproduktivität bestätigt wurde, daß sie etwa bei 30 % oder niedriger liegen würde, und Sie haben Aussagen über die Substanz unserer Betriebe gemacht. Sie sprachen außerdem über die Verschuldung der DDR. Stehen Sie nach wie vor zu diesen Aussagen, die in dieser Analyse festgelegt sind?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Als nächster Herr Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich will noch einmal auf den Aspekt Embargolisten eingehen, die ja eine gewisse Rolle in Ihrer Argumentation gespielt haben, um zu erklären, warum der technische Fortschritt aus dem Westen für die DDR nicht greifbar war. Nun muß man ja einmal festhalten, daß diese Embargolisten entstanden, als die Amerikaner 1948/49 zur Kenntnis nehmen mußten, welchen hohen Rang die Werkspionage und auch die Atomspionage der Sowjetunion für die Weiterentwicklung des sowjetischen Atomprogramms hatte.

Das wäre meine erste Frage an Herrn Schürer: Welchen Anteil hatte eigentlich die Ökonomie der DDR für die Rüstung in den verschiedenen Perioden ihrer Existenz aufbringen müssen? Der Westen hatte doch allen Grund, gewissermaßen zum eigenen Schutz vor sowjetischer militärischer Überlegenheit, sie von all den Technologien fernzuhalten, die einen Angriffskrieg auf die Dauer gesehen, überhaupt führbar machten. Wenn wir diesen Zusammenhang diskutieren, müssen wir auch über den Anteil von Sicherheit, Aufrüstung und mili-

tärisch industriellen Komplex in der Sowjetunion für die Ökonomie in der Auswirkung auf die DDR sprechen. Vor allen Dingen müssen wir über diesen Zusammenhang diskutieren, so daß wir das bitte nicht nur als fachökonomische Debatte verstehen wollen.

Herr Schmutzler, Sie haben vorhin den wichtigen Satz gesagt: „Wir wußten, noch einen Fünfjahrplan, dann sind wir am Ende“. Sie nannten dann ein Beispiel, wie sozusagen durch sowjetische Sicherheitsinteressen – vielleicht kann man das ein bißchen in dieser Begrifflichkeit schon sagen –, hier doch Kolonialstrukturen sichtbar wurden, daß der Ausweg der Elektroindustrie, in Kooperation mit den Firmen der Bundesrepublik Deutschland, Erzeugnisse wettbewerbsfähig weiterzuentwickeln, um damit überhaupt konkurrenzfähig zu werden, verboten wurde.

Es kam der Begriff der Sicherheitspolitik. Sie sagten: „Wir wußten, noch einen Fünfjahrplan geben wir uns“. Welche Vorstellung hatten Sie denn davon, wie das nach fünf Jahren weitergehen sollte, wenn diese Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik „vor den Baum gefahren war“, wenn sie bankrott war? Was war die Perspektive?

Das führt mich zu einer abschließenden Frage an Herrn Döring und an Sie, Herr Schmutzler. Die hochgelobte westdeutsche DDR-Forschung – mein Vorredner, der Kollege Burrichter hat sich darauf eben so positiv bezogen, mir wird dagegen immer ein bißchen schlecht dabei – hat ja an der Fälschung des DDR-Bildes über die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft mitgewirkt. In dieser DDR-Forschung wurde im Zusammenhang mit der sogenannten Realismuswende, als man den Totalitarismus verabschiedete und sich darauf beschränkte, daß die DDR ein eigener Staat sei und eine eigene vielleicht sozialistische Nation im Rahmen des sozialistischen Lagers werden würde, betont, daß es doch Kräfte der inneren Reform gäbe. Und die Hoffnungsträger der DDR-Forschung, der systemimmanenten in der Bundesrepublik sitzen hier in ihrer Person vor uns. Warum sind die Kombinatsdirektoren, warum sind die hohen Wissenschaftler, warum sind die Nomenklaturkader, die zur technisch-wissenschaftlichen Intelligenz gehörten, nie aufgestanden? Warum gibt es nicht, wie es sie in Polen und woanders gegeben hat, Papiere von Ihnen, in denen Sie gesagt haben, es muß Schluß sein mit der Herrschaft der Politoffiziere, der ersten Sekretäre der Bezirksleitungen und Kreisleitungen? Warum hat es das nicht gegeben, und wo war dann Ihre Perspektive für den letzten Plan, der danach kam?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke Herr Professor Wilke. Als letzter in der Liste Herr Meckel bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Zuallererst möchte ich mich dafür bedanken, daß Sie sich für dieses Gespräch zur Verfügung gestellt haben. Insbesondere möchte ich mich für die Worte von Herrn Schürer bedanken, der auch noch einmal klar gestellt hat, daß er sowohl die eigene Verantwortung nicht leugnet,

sich auch sehr kritisch mit dieser Vergangenheit auseinandersetzt, und ich denke, das gilt für Sie alle.

Eine Bemerkung und eine Frage. Die Bemerkung zur Rede von der Marktwirtschaft. Mir ist das alles zu pauschal, weil uns ja wohl allen deutlich ist, jedenfalls sein müßte, daß es nicht die Marktwirtschaft gibt. Ich meine, wer nach Amerika schaut, sieht ein ganz anderes Wirtschaftsgefüge als es etwa in der Bundesrepublik seit Ludwig Erhard besteht. Fragen über die Tarifautonomie und andere Dinge spielen für dieses Gesamtsystem eine zentrale Rolle, deshalb will ich das nur anmerken. Es müßte aber klar sein, daß es für die Gestalt der Marktwirtschaft und im Funktionieren von zentraler Bedeutung ist, daß ihr durch die Politik Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen, um die sozialen und ökologischen Folgen in das System einzubeziehen. Wenn ich mir andererseits z. B. den Agrarmarkt der Europäischen Union ansehe, frage ich mich schon, was das mit Marktwirtschaft zu tun hat. Aber das ist nicht unser heutiges Thema.

Meine Frage bezieht sich auf die Bedeutung von Umweltfragen in der DDR-Wirtschaft. Seit wann spielte das in Ihrem Denken und auch in Planvorgaben eine Rolle? Wir wissen von westlichen Entwicklungsabläufen, daß dies auch nicht von Anfang an wichtig war, sondern insbesondere durch die Grüne Partei stärker ins öffentliche Bewußtsein gebracht worden ist. Ab wann spielte das in den Planvorgaben der DDR eine Rolle, und welchen Einfluß hatte das auf die Vorgaben, die Sie an die Betriebe gaben? Welche Rolle spielte es für die Art der Produktion, insbesondere in den Betrieben und den Wirtschaftsbereichen, die Sie repräsentierten? Welche Rolle spielte, und welche Wirkung hatte die Geheimhaltung, die diesen Bereich ja doch weitgehend betraf, für den Umgang mit ökologischen Fragestellungen, sowohl wirtschaftlich als auch für Ihre eigene Möglichkeit, die Produktion zu gestalten?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, wir haben 20 Fragen. Ich hoffe, daß wir in einer akzeptablen Zeit und in guter Qualität mit den Antworten rechnen können. Bitte Herr Döring.

Dr. Karl Döring: Die Formulierung, die Forschung hätte in unserem Kombinat „reibungslos geklappt", habe ich so nicht gebraucht. Natürlich wäre dies auch keine korrekte Aussage. Dennoch will ich daran erinnern, daß die Kombinate große eigene Forschungsbereiche hatten, die integraler Bestandteil im Unternehmensverbund waren, und die Führung des Unternehmens war schon daran interessiert, daß 150 Leute nicht nur Kostgänger waren, sondern auch Ergebnisse hervorbrachten.

Zum Grundsatz des Primats der Politik über die Wirtschaft, zur Spannung Verwaltung-Basis: Durch Spannungen in der Verwaltung bin ich aus der Verwaltung nach Eisenhüttenstadt „gegangen" worden. Daraus resultiert, daß also in den Zeiträumen, wo ich in Eisenhüttenstadt gearbeitet habe, die Spannungen natürlich auch weiter existierten. Sie nahmen ganz einfach deshalb zu, weil man natürlich vor Ort, und als Generaldirektor war man schon vor Ort, die

Schwierigkeiten der Wirtschaftsrealisierung hautnaher und härter, sowie auch im konsequenten Dialog mit den Mitarbeitern miterlebte, als vielleicht in der Verwaltung. Insofern gab es dieses Spannungsfeld, und es wurde auch nie aufgelöst.

Zur Frage der Kontrollmechanismen – Staatssicherheit, Erkenntnisse aus dem Betrieb: Zunächst einmal war die Staatssicherheit in jedem Falle an Untersuchungen beteiligt, wenn außergewöhnliche Vorkommnisse existierten. Tödliche Unfälle, Brände usw. Die Untersuchungsberichte standen dabei nicht zur Verfügung, in der Regel allerdings die Informationen über die Untersuchungsergebnisse. Es ist so, daß die für die Wirtschaft zuständigen Bearbeiter in den Kreis- und Bezirksdienststellen auch eigene Analysen anfertigten. Selbst, wenn das hier in dieser Runde kurios klingt, waren sie mitunter für die Lösung wirtschaftlicher Probleme hilfreich, weil eben da wirklich auch sehr zugespitzt das aufgenommen wurde, was sie aus Gesprächen mit bestimmten Leuten bekamen. Die Möglichkeit, dies dann über die administrativen Wege zu lösen, war jedoch in der Regel stark eingeschränkt, oder es fand überhaupt nicht statt.

Zur Frage der Abrechnungsbilanz, Planpräzisierung, Jahresendprämie: Ich habe es auch immer für einen Mangel gehalten, daß die Arbeiterklasse sozusagen das Ideal sein mußte. Zuletzt galt also die Losung: „Die Arbeiterklasse kann es ja nicht verschuldet haben, deswegen muß sie ihre Prämie kriegen“. Das war kontraproduktiv. Das ist meine Auffassung zu diesem Thema.

Zur Bedeutung von Umweltdaten in der Planung: Ich muß korrekterweise zugeben, daß ich diesen Aspekt sträflich spät so ernst genommen habe, wie ich ihn heute ernst nehme. Vielleicht lag das auch zunächst daran, daß in unserer gesamten politischen Betrachtung der Umweltaspekt eine zu geringe Rolle spielte. Des weiteren waren die Daten auch nicht ausreichend vorhanden und Kräfte, die das ins Bewußtsein rückten, waren in der DDR kaum vertreten. Erkenntnisse Mitte der 80er Jahre stießen dann auf große Schwierigkeiten, investiv etwas zu realisieren, vor allen Dingen was die Abluftprobleme im Stahlprozeß betrafen, aber auch natürlich die Abwasserzusammenhänge. Da ist nicht entsprechend der Notwendigkeiten gearbeitet worden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Herrn Dr. Döring und bitte Herrn Schmutzler, seinen Teil zu beantworten.

Werner Schmutzler: Zur ersten Frage: Tat es nicht weh, wenn die Produkte nicht unter unseren Namen verkauft worden sind? Vielleicht zwei Bemerkungen hierzu. Es gab Produkte, die in die Nomenklatur desjenigen paßten, der sie gekauft hat. Der Kunde stellte insofern die Forderung, ich trete als Verkäufer dieses Produktes auf, weil es dazugehört. Das hat uns nicht gestört. Zweitens, war es eine halbe Erpressung. Entweder wir stimmten zu, daß der Name nicht erscheint, oder wir konnten nicht verkaufen, und das war bei vielen Konsumgütern der Fall. Aus diesem Grunde vertraten wir die Meinung: Also bitte schön, bezeichnet das wie Ihr wollt, die Hauptsache ist, wir können erst einmal verkaufen.

Im Zusammenhang mit Dumpingpreisen muß ich eindeutig beteuern, daß das Kombinat EAW und dessen Betriebe keine Dumpingpreise anwendeten. Wir haben auch nie ein Verfahren wegen Dumpingpreisen gehabt. Der Preis, der in den alten Bundesländern veranschlagt wurde, war ein Preis, der zwischen den Partnern verhandelt worden ist und der entsprechend den handelsüblichen Preisen in den alten Bundesländern nicht anders vereinbart hätte werden können.

Zur zweiten Frage: Wie wurde das finanziert? Der Betrieb bekam einen Valutawert als Plan vorgegeben und zu diesem Valutawert einen sogenannten Industrieabgabepreis. Demonstriert man es an einem Beispiel: Der Valutawert betrug 20 Mio. und der Industrieabgabepreis betrug 80 Mio. Daß das für die DDR-Wirtschaft keine günstige Situation war, liegt auf der Hand. Auf diese Weise wurde jedoch der Betrieb gestützt. Er bekam eine Stütze von so und soviel Millionen, um das überhaupt durchführen zu können, und durfte diese nicht überschreiten.

Zum Ostmarkt: Da gibt es eigentlich nur eine Antwort. Man hätte sich vor der Einführung der Währungsunion überlegen müssen, wie machen wir denn das mit dem Ostmarkt? Können wir eine Lösung finden, um die alten Verrechnungsbasen zu erhalten, oder können wir sie nicht finden? Ich bin kein Finanzspezialist, aber man hätte zumindest einmal darüber nachdenken müssen, daß am 2. Juli 1990 nicht Polen und Tschechen und Ungarn plötzlich in DM bezahlen konnten. Da hätte man sich überlegen müssen, finden wir hier noch eine alte Verrechnungslösung oder nicht. Das ist offensichtlich versäumt worden, und eine andere Lösung hätte es gar nicht geben können.

Zur dritten Frage: „Wenn in fünf Jahren Schluß ist, was passiert dann?“ Also wir haben nicht gedacht, Herr Professor Wilke, daß wir eine Revolution bekommen. Wir gingen davon aus, daß es uns mit dauernden Hinweisen und mit ständiger Kritik gelingen würde, eine Veränderung in der politischen Führung bei uns zu erreichen. Das ist naiv, wie wir heute sicher sagen, aber daran haben wir eigentlich geglaubt. Auch ich war fest davon überzeugt, daß jeder normale Mensch einsehen mußte, daß man auf diese Art und Weise nicht weiterwirtschaften konnte, und daß man eine Veränderung herbeiführen mußte. Wir waren eigentlich, Sie können viele Wirtschaftler fragen, fest davon überzeugt, daß es irgendwann eine Lösung innerhalb der DDR dahingehend geben würde, daß es eine andere Politik geben würde, und zwar eine Politik mit Tendenzen der Marktwirtschaft. Wobei ich mich hier zur Marktwirtschaft, wie sie zur Zeit betrieben wird, nicht äußern will. Das haben andere schon getan, aber ich habe auch meine Meinung hierzu. Auf jeden Fall haben wir uns das so vorgestellt.

Zur Frage: Warum sind die Wissenschaftler in der DDR nicht aufgestanden? Warum haben die Wissenschaftler bzw. die Ökonomen das geduldet? Also ich muß sagen, ich habe keinen revolutionären Anhang hinter mir gehabt. Ich hatte viele Mitarbeiter mit denen ich versuchte, die Probleme aufzuarbeiten. Wir bemühten uns ehrlich, mit kritischen Hinweisen darzulegen, was zu verändern sei, aber wir griffen keinesfalls die Politik an. Statt dessen griffen wir die Öko-

nomie an und betonten, daß das so und so nicht funktioniert. Wie das bei den Wissenschaftlern an den Hochschulen aussah, weiß ich nicht, aber in der Industrie war das auf alle Fälle so, daß keiner an irgendwelche umsturzlerische oder revolutionäre Maßnahmen dachte. Es herrschte vielmehr die Meinung vor, daß es ökonomisch zu Veränderungen kommen mußte.

Zur letzten Frage: Umweltprobleme haben wir, da gebe ich Herrn Döring recht, sicher viel zu spät beachtet. Ich weiß nur, daß sie bei uns aufgetreten sind und anschließend sofort harte Maßnahmen ergriffen worden, um sie zu bereinigen. Konkretes Beispiel: In Thüringen hat ein Betrieb von uns seine Galvanik-Abwasser ins Wasser abgeleitet. Als Konsequenz starben alle Fische. Innerhalb einer Woche konnte das Problem dann geklärt werden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Dr. Schürer, bitte beenden Sie die Runde der Antworten.

Dr. Gerhard Schürer: Ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Erstens, gab es Diskussionen über das Wirtschaftssystem im Politbüro, zum Teil sogar sehr heftige mit negativem Ausgang. Es gab sehr heftige Debatten auch beim Neuen Ökonomischen System. Hier gab es absolute Gegner im Politbüro, jedoch wurde das NÖS dennoch beschlossen. Und es gab später dann noch so kleinere Plänkeleien. Unter Ulbricht wurde im Politbüro viel mehr gestritten und diskutiert als hinterher in der Ära Honecker.

Zu den Dumpingpreisen: Sie wurden volkswirtschaftlich durch einen Richtungskoeffizienten finanziert. Wer eine Mark Export in die Bundesrepublik erlöste, bekam als Richtungskoeffizienten noch 3,40 DDR-Mark als Ausgleich für die ungenügende Rentabilität. Das war der Durchschnitt der Volkswirtschaft, davon gab es jedoch auch Abweichungen, und hin und wieder kam es auch zu Dumpingpreisen insbesondere auf dem Konsumgütersektor. Das betraf vor allen Dingen die Ware, die in die Kataloge der Bundesrepublik Eingang fanden.

Zum Milliardenkredit von Strauß: Dieser Milliardenkredit war für die DDR wichtig und sehr wertvoll, weil die DDR zu dieser Zeit nur kurzfristige Kredite und zwar mit Warenbindung erhielt. Wir benötigten jedoch langfristige und freie Kredite. Des weiteren waren auch damals die Zinssätze sehr hoch. Dieser Milliardenkredit half uns, unsere Stabilität zu gewährleisten. Ich muß allerdings konstatieren, daß dies eigentlich ein stinknormaler Kredit war, denn wir mußten sieben Milliarden-Kredite im Jahr aufnehmen und nicht nur eine Milliarde. Wir nahmen daher auch andere Milliardenkredite auf, die nicht ins Gespräch gekommen sind. Die Tatsache, daß uns dieser Kredit vor der Pleite gerettet hätte, ist einfach unwahr, denn die DDR war gerade in dieser Zeit durch die Exportoffensive, die vorher stattgefunden hat, in die Lage gekommen, daß sie auf der Bank für internationalen Zahlungsausgleich ein Pluskonto von 1,5 Milliarden Dollar verzeichnen konnte. Ich betone Dollar, währenddessen der Milliardenkredit damals in Dollar ausgedrückt 360 Millionen Dollar ausmachte.

Zum Problem Planwirtschaft, Marktwirtschaft und der ungenügenden Klärung und Diskussion: Ich halte das, was darüber gesagt worden ist, für richtig. Das ist völlig ungenügend, auch meine Zusammenfassung ist ungenügend, und es lohnt sich offensichtlich, über dieses Problem weiter nachzudenken. Auf jeden Fall haben wir in der Planwirtschaft geglaubt, mit einem „neuen Menschen" arbeiten zu können. Ich denke, das ist jedoch eine Illusion, denn der Mensch ist wie er ist, und er wird immer in dieser Hinsicht der Mensch bleiben, nicht wie wir ihn uns wünschen, sondern wie er eben ist.

Zu den Fragen von Herrn Wilke und Herrn Fricke über die Cocomliste: Für uns war diese Embargoliste, die der Westen gemacht hat, erst einmal politisch verständlich. Natürlich mußte sich Amerika vor dem Verkauf der militärischen Technologien schützen und fertigte aus diesem Grunde solche Listen an. Uns schienen sie aber sehr überzogen zu sein, da sie Gebiete umfaßten, die gar nichts mehr mit diesen technologischen Dingen zu tun hatten. Das hat uns mächtig gestört und gehemmt, und das offenbart ja auch die Tatsache, daß dann über den Bereich Kommerzielle Koordinierung von Schalk-Golodkowski Ware ge- und verkauft worden ist, die auf den Embargolisten stand.

Ich will mich dazu nicht weiter äußern, da noch Ermittlungsverfahren laufen. Diese Ware ist in die DDR gekommen, wobei ich denke, daß die Embargoliste für uns selbst gar nicht galt. Sie galt erst einmal für den, der verkaufen wollte und deswegen glaube ich auch, daß das hier im Moment ein bißchen auf dem Kopf steht, wenn das so diskutiert wird.

Zum Anteil der Verteidigung und Sicherheit am Staatshaushalt: Dieser betrug etwa 8 %. Ich bitte dabei zu beachten, daß Sie den Staatshaushalt nicht mit dem der BRD vergleichen, weil der Staatshaushalt in der DDR sehr hoch war. Die ganzen Gewinne der volkseigenen Wirtschaft wurden über den Staatshaushalt zentralisiert und wieder verteilt, so daß der Staatshaushalt sehr hoch war. Also die 8 % zeigen, daß sich die DDR sehr stark auf diesem Gebiet engagieren mußte.

Zu den Erkenntnissen der Staatssicherheit, die über die wirtschaftliche Lage informierten: Diese Informationen erhielt die Plankommission nicht in ihrer Institution als Plankommission, sondern ich habe diese Informationen als Kandidat des Politbüros erhalten. Diese Informationen waren den Politbüromitgliedern als Information von Mielke an die einzelnen Personen des Politbüros bekannt. Ich muß auch sagen, daß manche dieser Dinge, die ich hierdurch erfahren habe, natürlich auch so waren, daß die Staatssicherheit diese Informationen aus unserem Apparat herausholte. Um ein Beispiel zu geben: Das Schürer-Papier, was Herr Eppelmann am Anfang erwähnte, d. h. die Einschätzung der ökonomischen Lage von 1989, diese Aufstellung gibt es auch als Information der Staatssicherheit. Die Staatssicherheit verstand es, das Material von uns vorher „abzukaufen" oder abzuholen. Es ist aber ein- und dasselbe Material. Die Verschuldung wurde in diesem Material mit 49 Milliarden angegeben, wie auch Herr Eppelmann vorhin erwähnte.

49 Milliarden und sie fragten mich, ob ich heute noch dazu stehe?

Die Zahl war schon damals insofern falsch, als die Geheimkonten, die existierten, von mir nicht genannt werden durften. Natürlich kannte ich diese als Chef der Zahlungsbilanzgruppe, aber ich durfte sie aufgrund der Geheimhaltungsbestimmung nicht nennen. Die Schulden beliefen sich damals auf 38 Milliarden und wurden auch im Bericht der Volkskammer mit 20,6 Milliarden Dollar, das ist die Umrechnung der 38 Milliarden, angegeben.

Ich muß übrigens darauf aufmerksam machen, daß es inzwischen ein ausgezeichnetes Material gibt, von einem exzellenten Kenner dieser ganzen Materie, von Herrn Dr. Arnim Volze, der als Ministerialrat a.D. in der Bundesregierung gearbeitet hat und in seinen zusammenfassenden Rechnungen auf eine Verschuldung der DDR von 13 bis 14 Milliarden Dollar im Jahr 1990 kommt. Es existierten auch zu diesem Zeitpunkt noch Teile des Schalck-Vermögens, das von uns als Devisenausländer behandelt werden mußte. Wir durften das nicht in unsere Bilanzen aufnehmen und was so inzwischen realisiert worden ist und in die Berechnung eingegangen ist.

Zum Thema Umweltschutz: Ich bin relativ früh aufgrund meiner Tätigkeit als Planungschef mit diesen ganzen Fragen in Berührung gekommen. Es gab ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, das dann auch gewisse Pläne in dieser Richtung ausarbeitete. Die Hauptbelastung der DDR und der Umwelt resultierte aus der hohen Braunkohleproduktion, aus der Weiterführung der Kohlekarbidchemie, aus der Wismut, aus der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und aus der Großproduktion der Landwirtschaft in bezug auf die Nitratbelastung des Bodens. Die Maßnahmen, die wir dagegen unternahmen, waren ungenügend und die Zahlen, die heute bekannt sind, sind Fakt.

Die Tatsache, daß heute die Zahlen in einem positiveren Licht stehen, liegt aber nun nicht nur an den besseren Ergebnissen, die man durch Investitionen erzielte, sondern vor allen Dingen an der Deindustrialisierung, durch die eine ganze Reihe der Betriebe geschlossen worden und die somit die Umwelt nicht mehr belasten können. Daß die Umwelt nicht mehr belastet wird, empfinde ich als äußerst lobenswert und wichtig, hingegen kann ich es nicht gut heißen, daß die Produktion nicht mehr vorhanden ist.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Dr. Schürer. Ich will mit kurzen Bemerkungen diese Runde abschließen. Wir hörten überaus interessante Erfahrungsberichte und klärende Antworten. Es ist mir schwer gefallen, nicht selbst noch einige Fragen zu stellen. Ich meine, daß wir alle noch Informationsbedarf zu den verschiedenen Bereichen wie Preisbildung, Planung und Organisation empfinden.

Ich freue mich, daß der Bedeutung der Wirtschaft in dieser Runde endlich einmal so Rechnung getragen worden ist und wird, wie wir das als die, die wir hier gewohnt haben, tatsächlich auch empfunden haben, auch deshalb, weil die Wirtschaftsfragen im Prozeß der Deutschen Einheit überaus relevant sind. Was

Arbeitslosigkeit bedeutet, haben wir in dieser Konsequenz früher nicht gewußt. Ich danke denen, die hier im Podium gesprochen haben, die dazu beigetragen haben, daß die Diskussion so interessant war. Herr Dr. Schürer hat, vielleicht unbewußt, den Bogen schon zum Nachmittag gezogen, als er Herrn Volze ansprach, den wir heute Nachmittag hören. In dem Sinne herzlichen Dank.

Abg. Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank Herr Dr. Jork. Wir müssen jetzt in irgendeiner Form noch einen Kompromiß schließen und uns einigen, wann wir wieder beginnen. Mein Vorschlag wäre, keine 60 Minuten, sondern nur 45 Minuten Mittagspause und treffen uns hier um 14.45 Uhr zur Fortsetzung.

[Mittagspause]

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich begrüße Frau Dr. Doris Cornelsen, Herrn Armin Volze, Herrn Professor Jürgen Schneider, Herrn Walter Romberg, Herrn Dr. Matthias Artzt und Herrn Dr. Hannsjörg Buck.

Ich bin natürlich auch in der unangenehmen Pflicht, bei einer solchen Leitung immer auf die Zeit aufmerksam zu machen. Wenn ich es überschlage, kommt auf jeden Redner etwa 15 Minuten Vortragszeit. Aus Erfahrungen meiner bisherigen Moderation, möchte ich bitten, in Anbetracht des erwartenden Fragenvolumens, die Vorträge möglichst kurz zu halten.

Ich bin kein Wirtschaftsexperte, deswegen kann ich zum Thema „Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“ fachlich wenig beitragen. Ich kann höchstens als ehemaliger Bürger der DDR mein Statement hierzu abgeben. In diesem Fall würde ich bemerken, daß wir viel darüber gescherzt haben, was die Wirtschaft West und die Wirtschaft Ost anging. Wir gingen davon aus, daß die menschliche Gesellschaft, beginnend von der Urgesellschaft, eigentlich drei wichtige Erfindungen hervorgebracht hat: nämlich die Arbeitsteilung, das Geld und das Rad. Die Arbeitsteilung wurde im Sozialismus relativ rasch rückgängig gemacht, d. h. jeder tapezierte seine Wohnung selber; das Geld wurde durch Nebenwährung wie Forumchecks und letztlich die DM unterlaufen, und ehe das Rad abgeschafft wurde, war das Jahr 1989 herangereift und das Staatswesen DDR endete.

Wir sagten damals gern: „Im Westen gibt es nichts, was man nicht bekommen könnte. Es gibt nur das Problem, daß man es gegebenenfalls nicht bezahlen kann“. Im Osten stellte sich die Situation so dar, daß man es hätte bezahlen können, aber man hat es halt nicht bekommen. Mit solchen einfachen Dingen kann recht anschaulich verdeutlicht werden, wie man aus der Sicht eines Normalverbrauchers die Wirtschaft beurteilte. Ich würde aber gern den Fachleuten das Wort überlassen. Ich erteile Frau Dr. Doris Cornelsen das Wort.

Dr. Doris Cornelsen: Ja, schönen Dank. Herr Eppelmann machte gleich zu Anfang in seinen einführenden Worten ein paar Äußerungen über die DDR-Forschung und über die Kenntnis der DDR in der Bundesrepublik.

Ich will gleich zwei Ihrer Fragen beantworten, Herr Eppelmann. Wie Sie wissen, gab es in der Bundesrepublik eine ganze Menge Informationen über die DDR, und es gab in der Bundesrepublik auch eine breitgefächerte DDR-Forschung. Auf dem Gebiet der Wirtschaft gab es u. a. das DIW, mit regelmäßigen Analysen. Dort habe ich bis 1993 als Leiterin der Abteilung „DDR und Osteuropa“ gearbeitet. Über die Quellen, Methoden und Ergebnisse dieser Forschung sind einige Merkwürdigkeiten im Umlauf, so daß ich mich sehr freue, daß ich heute hier darüber referieren darf.

Zunächst einmal zu zwei Anmerkungen, die Herr Eppelmann vorhin in seiner Einleitung machte. Er stellte die Frage: „Ist nicht auch die westliche DDR-Forschung auf Propagandalügen und Desinformationen der SED hereingefallen?“ Herr Eppelmann, diese Frage kann ich kurz und knapp beantworten. Sie ist nicht darauf hereingefallen. Auch die tägliche Lektüre des „Neuen Deutschland“ hat uns schließlich nicht zu Dummköpfen gemacht, ganz im Gegenteil, je öfter man das lesen mußte, desto kritischer wurde man als Wissenschaftler.

Zweitens betonten Sie, daß die DDR fälschlicherweise als zehntgrößte Industrienation der Welt allgemein bezeichnet worden ist. Diese Feststellung wurde nicht von der westdeutschen DDR-Forschung herausgebracht, sondern ist ein Produkt der Weltbank. Die Weltbank stellte in ihrem bekannten Weltbankatlas bis Ende der 70er Jahre eine Rangfolge sämtlicher Länder auf, bei der die DDR einen der vordersten Plätze einnahm. Die Weltbank gab dann, weil es einige Diskussionen über das Problem dieser Eingliederung der Ostblockländer mit nichtkonvertierbaren Währungen gegeben hatte, eine große Untersuchung in Auftrag. Wissenschaftler sollten die einzelnen Länder, die im Weltbankatlas aufgeführt waren, genau analysieren. Diese Untersuchung brachte eine derartige Menge von methodischen Problemen zutage, daß die Weltbank schon Anfang der 80er Jahre damit aufhörte, diese Rang- und Reihenfolge in der Weise weiterzuführen und u. a. nahm sie auch die DDR als zehntgrößte Industrienation nicht mehr auf. Es erfolgte nur die Anmerkung, daß sie aus methodischen Gründen nun ausgeklammert wurde. Allerdings hielt sich diese sehr knackige Formulierung. „Zehntes Industrieland“ klingt ja sehr viel besser, als wenn man ganz ausführliche methodische Vorbemerkungen, Nachbemerkungen oder Erläuterungen dazu gibt.

Die DDR-Forschung ist meiner Meinung nach eine sehr solide Wissenschaft gewesen, die vernünftige Ergebnisse hier im Westen publiziert hat. Zunächst will ich mich erst einmal kurz zu den Quellen äußern. Beim veröffentlichten statistischen Material der DDR stellte sich immer die Frage nach der Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Daten. Jeder, der dort einmal reinschaute, weiß, daß der Umfang der veröffentlichten Statistik in der DDR außerordentlich dürftig war. Dürftig nicht nur im direkten Vergleich mit der Bundesrepublik, sondern fast im Weltmaßstab. Die einzige Quelle war das Statistische Jahrbuch (und seine Kurzfassung, das Statistische Taschenbuch). Die Lücken waren groß. Es fehlten beispielsweise viele Daten über die Indu-

strie, über die Außenwirtschaft, über den Staatshaushalt, es fehlten außerdem Reihen über die Preisentwicklung.

Zweiter Punkt: Zur Frage nach der Zuverlässigkeit der Statistiken. Diese Frage ist generell heikel, und es gibt Leute, die der Auffassung sind, Statistik sei eine Steigerungsform von grober Lüge. In der DDR hatten die Betriebe, die Belegschaft und manchmal auch die Ministerien ein unmittelbares Interesse an einer bestimmten Einschätzung ihrer Tätigkeit. Trotz der Kontrollmöglichkeiten der Zentralverwaltung für Statistik mußte damit gerechnet werden, daß schon von der Auskunftsfreudigkeit der Betriebe oder der berichtenden Einheiten ein spezifischer Fehler in das Primärmaterial einging, von dem man übrigens nicht wußte, ob er die Zahlen überzeichnete oder unterzeichnete. Man konnte eigentlich beides begründen.

Ein weiterer Fehler entstand bei der Problematik neuer Produkte – das ist ein allgemeines statistisches Phänomen, das aber im Fall der DDR eine besondere Qualität bekam. Die vorgegebene Plankennziffer „Erneuerungsrate der Produktion“ hat die Betriebe sicherlich veranlaßt, auch geringe Veränderungen als Neuerung zu deklarieren und mit höheren Preisen abzurechnen. Damit war die reale Entwicklung in unbekanntem Umfang überhöht, denn es ist ziemlich unmöglich, bei höheren Preisen auseinanderzurechnen, was ist nun bessere Technik und bessere Qualität und was ist eine reine Preissteigerung. Außerdem hatte die Statistik in der DDR ganz offiziell die politisch – ideologische Grundfunktion der Agitation und Propaganda. Das war augenfällig bei der Auswahl der Daten und ihrer Kommentierung in den Planerfüllungsberichten. Diese Rolle der Statistik, also Propaganda und Agitation, ist sicherlich auch Anlaß dafür gewesen, Daten nicht oder nicht mehr zu veröffentlichen, absolute Zahlen auf Anteile oder Indexreihen zu reduzieren und Umgruppierungen ohne Erläuterungen vorzunehmen.

Die DDR-Forscher in der Bundesrepublik waren sich aber weitgehend darüber einig, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlichten Zahlen von dieser nicht bewußt verfälscht worden sind. Dieser Satz stammt aus den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland von 1987. Er steht zwar in dem Teil, den das DIW zu verantworten hatte, er ist aber von der Kommission, die diese ganze Arbeit begleitete und diskutierte, mit unterschrieben worden. Die Kommission wurde geleitet von Herrn Professor Thalheim, es waren außerdem Herr Professor Engels, Herr Professor Förster, Herr Professor Gutmann, Herr Professor Helmstädter, Herr Professor Krupp, Herr Professor Neumann und Herr Professor Schüller aus den unterschiedlichsten Universitäten und auch aus den unterschiedlichsten Ansätzen der DDR-Forschung in der Bundesrepublik daran beteiligt. Dieser Satz, „nicht verfälscht und nicht bewußt verfälscht oder verändert worden“, bewirkte, daß die Daten auch allgemein in der Bundesrepublik verwendet wurden, wobei man sich selbstverständlich der Schwierigkeiten des Materials bewußt war.

Zur Frage der Vergleichbarkeit: Diese Vergleichbarkeit wurde durch unterschiedliche Begriffe und Abgrenzungen sowie durch die unterschiedliche Bewertung (DM/Mark der DDR) beeinträchtigt. Die begriffliche Einheitlichkeit war – wenn auch mühsam – herzustellen, das Problem der Bewertung jedoch war ganz gravierend. Es war nicht ohne weiteres möglich, die in den jeweiligen Währungseinheiten ausgedrückten Wertgrößen der beiden deutschen Staaten zu vergleichen. Ein Vergleich stand aber im Westen gerade im Mittelpunkt des Interesses.

Im DIW hatten wir ein umfangreiches Archiv aufgebaut, um Lücken zu füllen und Aussagen zu fundieren, auch haben wir immer versucht, die Konsistenz der Ergebnisse zu überprüfen. Diese Arbeitsweise zeigte sich in den zahlreichen und z.T. sehr ausführlichen Anmerkungen einmal zu den Quellen, dann zu den Methoden und dann außerdem in den Fußnoten. Das Problem der Vergleichbarkeit konnte allerdings nur teilweise gelöst werden. Relativ einfach war es, wo für den Vergleich auch Mengenangaben zur Verfügung standen. Dies galt z. B. für die Produktion der Landwirtschaft und die einiger produzierender Zweige. In anderen Fällen konnte ein „Austauschverhältnis“ zwischen der DM und der Mark der DDR ermittelt werden. Ausführlich geschah dies bei unseren Vergleichen der Kaufkraft, wo die Mitarbeiter der DDR-Gruppe im DIW durch Läden in Ost und West gingen und Preise für vergleichbare Produkte sammelten. Ich war damals Spezialist für Leder und Kosmetik. Für die Industrieproduktion war es sehr schwierig. Wir haben da z.T. Mengenangaben verwendet oder – auf der Grundlage von Einzelmeldungen – Erzeugerpreisparitäten geschätzt. Keine Lösung für die Vergleichbarkeit gab es jedoch z. B. für die Daten des Anlagevermögens. Ein sehr wichtiger Punkt.

Zu den Ergebnissen: Im DIW wurden regelmäßig kurze Berichte, längere Aufsätze und ausführliche Untersuchungen über die DDR publiziert. Größere Verbreitung fanden die „Handbücher DDR-Wirtschaft“, die außerhalb der eigentlichen DIW-Publikationen – 1971, 1974, 1977 und 1984 – erschienen sind. Wichtige Sachverhalte über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im geteilten Deutschland wurden in den Materialien (1971, 1972, 1974 und 1987) vorgelegt. Was ich jetzt an Ergebnissen vorstellen werde, ist überwiegend aus den Materialien von 1987 entnommen. Diese sind leider nicht so gelesen worden, wie wir eigentlich gehofft hätten. Professor von der Lippe, der in der vorhergegangenen Enquete-Kommission einen Bericht über die Statistik machte und hierbei auch das DIW angriff, hat offenbar erst in der Druckfassung seiner Untersuchung gemerkt, daß wir 1987 eine Neuberechnung vorgelegt hatten. Herr Schneider, der nachher noch hier referieren wird, zitiert für unsere Fehleinschätzung der Produktivität eine Quelle von 1978, aber 1987 haben wir es dann neu berechnet.

Also zur Frage der Produktivität und Leistungsfähigkeit der DDR: Das ist für diese Materialien bei uns in einer aufwendigen Arbeit neu durchgerechnet worden. Wir haben die Rahmendaten der offiziellen amtlichen Statistik durch Sekundärmaterial aus unserem Archiv ergänzt. Ein wichtiger Baustein für die

Vergleichbarkeit war dabei die Ermittlung von disaggregierten Bewertungsfaktoren. Das Ergebnis dieser differenzierten Untersuchung zeigt, daß der Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik schon 1970 erheblich größer war, als angenommen. Schon 1970 waren belief sich der Rückstand nicht auf 30 %, sondern auf 50 %. Für 1983 ergab sich eine Leistung je Beschäftigten in der Industrie der DDR von rund 50 % des Niveaus in der Bundesrepublik.

Auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität wurde in einer Modellrechnung neu berechnet. Für die Landwirtschaft ist in den Materialien eine Arbeitsproduktivität von 41 % des Niveaus der Bundesrepublik ermittelt worden. Zusammen mit der Neuberechnung für die Industrie und einer differenzierten Schätzung für die anderen Bereiche ergab sich auch eine gesamtwirtschaftliche Leistung je Beschäftigten in der DDR im Jahre 1983 von 49 % des Niveaus der Bundesrepublik. Die Ergebnisse insgesamt und im einzelnen sowie ihre statistischen und methodischen Probleme sind damals in den Materialien ausführlich dokumentiert worden. Eine spätere Neuberechnung ist nicht mehr gemacht worden, denn eine derartige Art der Berechnung ist umfangreich und zeitraubend.

Für den Vergleich des Lebensstandards sind wir wirklich durch die Geschäfte gegangen und haben die Preise für halbwegs vergleichbare Waren – insgesamt etwa 700 Stück – zusammengesammelt. Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der DDR betrug 1983 rund 46 % des Haushalts von Arbeitnehmern der Bundesrepublik Deutschland. Der um Kaufkraftunterschiede bereinigte Einkommensrückstand von Arbeitnehmerhaushalten in der DDR gegenüber denen in der Bundesrepublik Deutschland belief sich auf 50 %.

Zum Punkt Anlagevermögen: Das war methodisch einfach nicht machbar. Vorhin sagte Herr Eppelmann, daß es eine Schätzung von Herrn Rohwedder von 600 Milliarden DM gegeben habe. Dies war aber keine richtige Kalkulation und auch keine fundierte Schätzung. Ich erinnere mich noch ganz genau daran, daß Herr Rohwedder diese Feststellung mit der Bemerkung einleitete „da wüßte man doch gern, was der ganze Salat so wert ist“. Er hat wirklich „Salat“ gesagt und die Rechnung wie folgt beschrieben: Also 1.200 Milliarden stehen in der Statistik, rechnen wir einmal 1: 4, dann sind wir bei 300 Milliarden. Das sind nur Gebäude und Ausrüstungen, da fehlen noch die Grundstükke. Also: noch einmal 300 Milliarden dazu, dann sind wir bei 600 Milliarden. Herr Rohwedder hat niemals behauptet, daß er da irgend etwas fundiert geschätzt oder kalkuliert hätte. Zum Thema Anlagevermögen haben wir im DIW keinen Niveauvergleich gemacht, wir haben allerdings bei unseren Recherchen festgestellt, daß sich die Produktionsanlagen in außerordentlich schlechtem Zustand befanden.

Nur eine Bemerkung: In Leuna gab es offiziell 12.000 Instandhalter der Anlagen, das waren 40 % der Beschäftigten. Diese Tatsache haben wir auch in den Materialien genannt. Wir haben überall, wo wir über das Alter der Anlagen

etwas in Erfahrung bringen konnten, das festgehalten. Auf diese Weise hätte eine sorgfältige Lektüre dann schon einen Eindruck davon vermitteln können, daß Anlagen und Technik veraltet waren, Verkehrsnetz und Fernmeldenetz ungenügend und ganze Stadtzentren sanierungsbedürftig waren.

Fazit: Es war schwierig mit den Daten und Fakten aus der DDR. Man konnte sich aber – auch hier im Westen – über wichtige ökonomische Grundtatbestände informieren.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich erfülle hier den Auftrag, über die Wahrnehmung der DDR-Wirtschaft im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in der Zeit von 1970 bis 1989 zu berichten. Ich muß dazu einige kurze persönliche Vorbemerkungen machen. Ich bin im April 1970 aus dem Bundeswirtschaftsministerium in das gerade umbenannte Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) gewechselt. Dieser Wechsel hatte mehrere Gründe. Ich interessierte mich für die DDR, hatte eine spezielle Vorliebe für bilaterale Verhandlungen und war überzeugt, daß sich auf dem Gebiet der innerdeutschen Beziehungen in Zukunft einiges bewegen würde. Diese Erwartung ist nicht enttäuscht worden, wenn auch das Gewicht des BMB in diesem Prozeß aus vielfachen Gründen immer stärker abnahm.

Ich übernahm 1970 im BMB die Leitung des Referates für Wirtschaft, Finanzen, Verkehr und Post mit drei Mitarbeitern. Schon nach einem Jahr begann eine höchst intensive Arbeitsphase, ausgelöst durch das Viermächteabkommen über Berlin als Startschuß für die vertragliche Ausgestaltung der innerdeutschen Beziehungen. Ich selber wurde durch diese operativen Aufgaben bis in die späten 70er Jahre fast vollständig in Anspruch genommen. Zunächst waren es die Verhandlungen über das Transitabkommen, danach kamen Verkehrsabkommen, Postabkommen und vieles andere mehr. Während dieser Zeit hat jeweils einer meiner Mitarbeiter im Referat die Aufgabe Wirtschaftsbeobachtung DDR selbständig wahrgenommen. Ich selbst konnte mich der Wirtschaftsbeobachtung erst gegen Ende der 70er Jahre und vor allem dann in den 80er Jahren zuwenden.

Ich habe heute zwei Schwierigkeiten, wenn ich gefragt werde, wie ich die wirtschaftliche Situation der DDR eingeschätzt habe. Einmal habe ich die Entwicklung in den 70er Jahren – die, wie ich heute glaube, ganz entscheidend war – mehr oder weniger nur aus der Entfernung und aus zweiter Hand wahrgenommen. Das zweite Problem ist, daß ich heute auf mein zweifelhaftes Gedächtnis und einige Zufallsunterlagen angewiesen bin, denn ich habe seinerzeit (fast) nichts publiziert und habe keinen Zugang mehr zu den Akten. Man ist dann leicht in der Versuchung, sich ex post als prophetisch zu empfinden. Ich benutze deshalb jede sich bietende Gelegenheit, im Gespräch mit sachkundigen Kollegen und Freunden mich meiner früheren Einschätzung zu vergewissern. Das Ergebnis ist so befriedigend, wie es sein kann. Man versichert mir,

ich sei immer äußerst skeptisch gewesen und hätte in den 80er Jahren sogar das wirtschaftliche Ende der DDR vorausgeahnt. Das letztere lassen wir einmal dahingestellt, aber die Tatsache, daß ich skeptisch gewesen bin, glaube ich unbesehen, weil Skeptizismus zu meinem Wesen gehört.

Ein Ministerium ist kein Forschungsinstitut. Wir konsumierten im Wirtschaftsreferat des BMB die Erkenntnisse und Forschungsergebnisse anderer und werteten sie unter politischen Aspekten aus. Dabei interessierten uns weniger wissenschaftliche Methodenfragen, die internen wirtschaftlichen Abläufe in der DDR und das Funktionieren der Planwirtschaft im Detail, sondern es interessierten die konkreten, politisch relevanten Ergebnisse. Dazu gehörte die generelle Frage: Wie stark oder schwach ist die DDR ökonomisch, und wie wird sie sich weiterentwickeln? Speziell interessierten die Punkte:

1. Wie ist die Versorgungslage und wie reagiert die Bevölkerung darauf?

2. Wie steht es mit der Außenhandelsabhängigkeit und mit der Westverschuldung?

Aus der Einschätzung dieser Fragen konnten sich operative Ansätze für humanitäre Maßnahmen oder für Verhandlungen mit der DDR über Verbesserungen im Berlinverkehr oder im Reiseverkehr ergeben. Es ging letztlich also um die Frage, ob die Zeit günstig war, um für wirtschaftliche Konzessionen politische und humanitäre Zugeständnisse zu erhalten. Es ging nicht mehr – um das hier ganz deutlich zu sagen – um die Frage: Wann bricht die DDR endlich wirtschaftlich zusammen und wie kann man das noch beschleunigen? Das war die Perspektive der 50er und 60er Jahre, nicht mehr die nach 1970 unter allen Regierungen, die in dieser Zeit regiert haben.

Unsere Informationen über die Wirtschaftslage der DDR stammten aus nachrichtendienstlichen und diplomatischen Erkenntnissen, aus Berichten unserer Ständigen Vertretung in Ostberlin, des Bundeswirtschaftsministeriums und der Deutschen Bundesbank und aus den Analysen wissenschaftlicher Institute. Ich erwähne von den Instituten das dem Ministerium nachgeordnete Gesamtdeutsche Institut, über das Herr Buck nachher noch sprechen wird, und die Forschungsstelle – ein Residuum des früheren Forschungsbeirats unter der Leitung Professor Thalheims, auf deren verdienstvollen jährlichen Symposien im Berliner Reichstag sich alles traf, was sich im Westen mit der DDR-Wirtschaft beschäftigte. Eine besondere Bedeutung in der empirischen DDR-Forschung hatten die Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, über die Frau Cornelsen eben schon berichtet hat.

Es wird einmal, wenn alle Archive und Akten geöffnet sind und nicht nur die veröffentlichten Forschungsergebnisse zur Verfügung stehen, eine interessante Aufgabe sein, die westlichen Erkenntnisse darauf abzuklopfen, inwieweit sie von den Realitäten der DDR-Wirtschaft entfernt waren. Das sollte ohne billige Überheblichkeit geschehen, denn die Aufgabe war schon sehr schwierig. Der Informationsnebel, den die DDR verbreitete, machte die veröffentlichten Angaben und Statistiken zu einer zweifelhaften Arbeitsgrundlage für gesamtwirt-

schaftliche Analysen, und viel anderes gab es nicht. Nach meiner Erinnerung waren die veröffentlichen Wirtschaftsanalysen in den 80er Jahren mehr oder weniger auf Moll gestimmt, sie unterschieden sich nur durch die Intensität ihrer Molltöne. Dabei muß man auch einen gewissen Gewöhnungsprozeß in Rechnung stellen: Die schlechten Nachrichten wurden zur Regel, DDR-Verlautbarungen wurden immer zweifelhafter, aber trotzdem passierte nichts Dramatisches. Man kann sich auch an das Siechtum eines Kranken gewöhnen, nimmt die graduellen Verschlechterungen kaum noch wahr und rechnet nicht mehr mit dem Exitus. So ging es auch der westdeutschen Wirtschaft und den Banken in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – etwa beim Honeckerbesuch 1987, wenn ich daran noch erinnern darf.

Meine persönliche Einschätzung der DDR-Wirtschaftslage in dieser Zeit war wohl etwas düsterer als der Durchschnitt. Sie speiste sich hauptsächlich aus drei Quellen. Mein Kollege Rösch aus dem Bundeswirtschaftsministerium hatte als Leiter der Treuhandstelle für Interzonenhandel (TSI) durch seinen ständigen Umgang mit DDR-Wirtschaftlern und Kombinatsdirektoren einen guten Einblick in die DDR-Wirklichkeit und wurde immer pessimistischer, besonders was die Leistungsfähigkeit der DDR-Exportindustrie anging. Seine Informationen wurden ergänzt durch Berichte eines führenden Vertreters des Diakonischen Werkes, der die sog. „Kirchengeschäfte“ abwickelte und gute Kontakte zu Koko-Funktionären, auch zu Schalck persönlich hatte. Er besuchte mich gelegentlich und gab die dort herrschende Stimmung wieder. Und schließlich hatte ich noch einen Kollegen im Gesamtdeutschen Institut, der häufig und regelmäßig Mutter und Schwester in Nordhausen besuchte und sich mit Schulkameraden traf. Das waren dann Berichte über den Verfall der Städte, zunehmende Versorgungsschwierigkeiten und eine miserable Stimmung in der Bevölkerung.

Diese drei Quellen haben, ergänzt durch Berichte von gelegentlichen Besuchern im Ministerium oder auch durch eigene Eindrücke bei Verhandlungsterminen in der DDR, mein DDR-Bild in den späten 80er Jahren wesentlich geprägt. Ich verfüge glücklicherweise noch über ein Manuskript aus dem Mai 1989, dem ich meine damalige Einschätzung entnehmen kann. Es handelte sich um einen Vortrag in Hamburg über die Wirtschaftslage der DDR vor Landesbeamten, die für den innerdeutschen Handel zuständig waren und meine Skepsis nicht durchgängig mit Zustimmung aufnahmen. Nach einer Analyse der Planerfüllung 1988 heißt es in dem Manuskript zur Ursache der beobachteten Wachstumshemmungen und der Stagnation:

„Das Arbeitskräftepotential ist erschöpft, die Arbeitsmoral sinkt. (Diese Feststellung galt natürlich nur unter den besonderen Bedingungen der DDR, denn es gab ja viele Arbeitskräfte, die nicht richtig beschäftigt waren).

– Die Bodenschätze der DDR nähern sich der Grenze der Abbauwürdigkeit.

– Die Produktionsanlagen sind weithin veraltet, die Investitionen reichen nicht aus für eine umfassende Modernisierung. Die Infrastruktur ist verrottet.

– Das System arbeitet mit großen Effizienzdefiziten. Die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung werden nicht schnell genug umgesetzt.

– Die Außenwirtschaft ist kein Wachstrumsfaktor. Das industrielle Niveau der DDR reicht nicht aus, um angesichts der schnellen Entwicklung der Weltmärkte und der wachsenden Konkurrenz im Westhandel bei anspruchsvollen Industrieprodukten mithalten zu können. Die Entwicklung im RGW könnte eine bisher verläßliche Säule des Außenhandels gefährden. Die Absatzmärkte in der Sowjetunion sind nicht mehr sicher. Auch sowjetische Rohstofflieferungen zu günstigen Preisen sind keine Selbstverständlichkeit mehr.

Wie könnten diese Defizite aus der Welt geschafft werden? Sicher nicht mit einem Schlag und auch nicht mit Patentrezepten. Auf zwei Dinge dürfte es entscheidend ankommen:

1. Die DDR braucht in der Sache eine Kapitalzufuhr erheblichen Ausmaßes. Es wird zu wenig investiert, zu punktuell und nicht in der Breite und viele Investitionen sind nicht hochproduktiv wie z. B. die in die Braunkohle. Die Kapitalzufuhr kann nach Lage der Dinge nur aus dem Westen kommen. Sie ist aber kaum denkbar ohne politische Zugeständnisse in Richtung Menschenrechte und ohne durchgreifende Wirtschaftsreform. Auf die Dauer wird westliches Kapital nur in die DDR gehen, wenn die Kredit- oder Kapitalgeber davon überzeugt sind, daß ihr Geld produktiv verwendet wird und Zinsen und Rückzahlungen erwirtschaftet werden können. Noch weitergehende Voraussetzungen würden gefordert werden, wenn jemals daran gedacht werden sollte, Osteuropa und der DDR mit einer Art Neuauflage des Marshallplans auf die Beine zu helfen.

2. Wie in anderen RGW-Staaten gibt es auch in der DDR eine Systemkrise. Sie ist aus historischen Gründen und wohl auch dank der Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland nicht so ausgeprägt und augenfällig und wegen des Fehlens von Glasnost auch nicht in der offenen Diskussion. Aber wahrscheinlich ist es nur die alte Garde, die noch daran glaubt oder es sich einredet, daß das Zentralplanungssystem der DDR und das Kombinatssystem, also die Kommandowirtschaft, die optimale Lösung darstellen und es keiner neuen Elemente bedürfte wie autonome Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte, Marktprozesse, joint ventures und schließlich auch Konvertibilität. Eine Bereitschaft zur Reformen ist in der DDR nicht zu erkennen. Die gegenwärtige Führungsriege setzt auf Weitermachen und Abwarten, in der Hoffnung, daß das dicke Ende dünner wird, wenn es später kommt. Sie wartet darauf, daß die sowjetischen Reformen sich totlaufen und das RGW zu den alten Prozeduren zurückkehrt. Auch die Führungsmannschaft nach Honecker wird das Ruder nicht so herumwerfen und herumwerfen können, wie das in anderen osteuropäischen Staaten geschieht.

   Diese Zurückhaltung hat ihre guten Gründe. Die DDR ist in einer besonderen Situation, sie hat keine zweifelsfreie nationale Identität. Wirtschaftsreformen führen zunächst mit Regelmäßigkeit zu wirtschaftlichen Rückschlä-

gen, wie man das jetzt in der Sowjetunion sieht. Jede DDR-Führung muß befürchten, daß krisenhafte Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Anfangsphase von Reformen die Existenz der DDR aufs Spiel setzt. Das ist der tiefere Grund für die besondere Reformunwilligkeit, den Konservativismus und die Risikoscheu der DDR-Verantwortlichen. Es sind nur ganz langsame Reformprozesse zu erwarten. Die Alternative wären sonst jähe, bruchartige Entwicklungen mit kaum kalkulierbaren politischen Folgen."

Soweit das Zitat. Das kann man heute noch vorlesen, ohne rot zu werden. Aber es war natürlich auch nicht die ganze Wahrheit. Auch diese pessimistische Analyse deutet die Endlichkeit der DDR allenfalls an, sie hat keinerlei Wiedervereinigungsaspekt und schon gar kein Wiedervereinigungskonzept, höchstens die Vorahnung einer Konföderation.

Sie geht auch nicht von einem unmittelbar bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR aus. Meine Zurückhaltung in diesem Punkt hatte zwei Gründe. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, daß die Sowjetunion die DDR als ihre wichtigste Kriegsbeute aufgeben würde, und ich hielt die Sowjetunion, trotz der im Text gemachten Einschränkungen, immer noch für leistungsfähig genug, im schlimmsten Krisenfall wirtschaftliche Hilfe fürs Überleben zu gewähren. Das war eine eindeutige Fehleinschätzung.

Der zweite Grund war, daß die DDR 1989 so unmittelbar vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch auch gar nicht stand. Produktion und Versorgung liefen noch und wären ceteris paribus auch noch weitergelaufen. Es ist eine interessante, aber natürlich müßige Frage, ob es unter Wiedervereinigungsaspekten nicht besser gewesen wäre, wenn dem politischen Zusammenbruch der wirtschaftliche vorausgegangen oder wenigstens synchron mit ihm abgelaufen wäre. Das hätte mancher DDR-Nostalgie von heute vorgebeugt.

Aber, wird man mir entgegenhalten, war die DDR nicht doch 1989 wirtschaftlich am Ende, wenn auch vielleicht nicht generell, so doch wegen der Devisenverschuldung?

Das Thema ist heute schon einmal angesprochen worden. Die Devisenverschuldung hat uns in den ganzen 80er Jahren außerordentlich interessiert, weil sie von unmittelbarer politischer Bedeutung war. Wir hatten einen guten Überblick über die DM-Zuflüsse, die die DDR aus den innerdeutschen Beziehungen hatte (Pauschalen, Einnahmen aus dem Reiseverkehr u. a.) und die für die Bedienung ihrer Westverschuldung von großer Bedeutung waren. Das BMB mußte bis zur ersten Wende 1982 dazu alljährlich eine Parlamentarische Anfrage federführend beantworten, wir haben dieses Zahlenwerk anschließend intern fortgeschrieben.

Auf der anderen Seite lieferten die Veröffentlichungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) seit Mitte der 70er Jahre ein Bild der Verschuldung der DDR in konvertiblen Devisen, das wir mit einigen Hinzuschätzungen für repräsentativ hielten. Nachdem die DDR 1981/82 in eine echte Li-

quiditätskrise hineingerutscht war, haben wir in einer inoffiziellen Arbeitsgruppe im BMB mit Vertretern anderer Ressorts, der Deutschen Bundesbank und der Institute die drohende Illiquidität der DDR und das Krisenmanagement sehr aufmerksam verfolgt, bis sich die Lage zu beruhigen schien. Wir haben damals wohl zutreffend analysiert, wie sich die DDR zusätzliche Devisenliquidität durch Einfrieren der Westimporte, durch eine (verzweifelte) Exportoffensive und durch sog. Drehgeschäfte auf dem Mineralölmarkt beschafft und daß sie mit diesen Mitteln einen beachtlichen Guthabenbestand zur Verbesserung ihrer Kreditwürdigkeit aufgebaut hat. Wir haben im Kern auch die Mittagsche Philosophie nachvollzogen, die Guthaben noch aufzustocken und nicht zur Tilgung der Bruttoverschuldung zu benutzen. Ich muß einräumen, daß wir von den Straußschen Milliardenkrediten überrascht wurden. Diese Milliardenkredite waren aber nicht mehr unmittelbar aus Liquiditätsgründen notwendig. Ich verweise auf Herrn Dr. Schürer, der diese Tatsache bereits erwähnte. Die schleichenden und verheerenden Folgen des Mittagschen Krisenmanagement haben wir zwar gesehen, aber vielleicht unterschätzt. Von den Zahlen her schien die Devisenverschuldung der DDR bis zuletzt, also auch 1989 nicht als exorbitant, so sahen das auch die Banken, und geradezu irritierend war, daß die DDR im innerdeutschen Handel ihre Kreditmöglichkeiten einschließlich des Swings immer weniger ausnutzte.

Um so größer war die Überraschung, als nach der Wende im Dezember 1989 vor der Volkskammer die Nettoverschuldung der DDR mit 20,6 Milliarden Dollar beziffert wurde. Das wäre fast das Doppelte gegenüber den gängigen Berechnungen auf der Grundlage der BIZ-Zahlen gewesen. Die Frage, ob die DDR in der Verschuldungsfrage die BIZ und damit auch uns tatsächlich in einem solchen Ausmaß in die Irre führen konnte, hat mich nicht losgelassen, auch nachdem ich Anfang 1990 in den Ruhestand gegangen war. Ich bin der Frage über Jahre nachgegangen, abgelenkt durch zahlreiche Nebenthemen, und konnte erst im letzten Herbst einen Aufsatz zum Thema der Westverschuldung Ende 1989 im Deutschland Archiv veröffentlichen, auf den Dr. Schürer schon hingewiesen hat. Ich glaube, herausgefunden zu haben, daß in erster Linie die ungenügende Berücksichtigung des Koko-Bereichs die Zahlen von Ende 1989 aufgebläht hat und daß im Ergebnis die westlichen Schätzungen nicht wesentlich unter der realen Westverschuldung der DDR lagen. Damit bestand auch Ende 1989 für die DDR keine akute Gefahr der Illiquidität. Zugleich ist aber auch deutlich geworden, daß diese niedrigere Verschuldung – auch wenn die Verhältnisse sich 1990 nicht so dramatisch verändert hätten – nicht mehr lange hätte fortgeführt werden können, jedenfalls nicht ohne tätige Hilfe der Bundesrepublik Deutschland. Ich versuche, auch dieser interessanten Frage nachzugehen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank Herr Dr. Volze. Ich bitte nun Herrn Professor Schneider von der Universität Bamberg, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, für meinen Beitrag zur „wechselseitigen Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“, habe ich hier als Maßstab die Arbeitsproduktivität gewählt. Wenn man die Produktivität in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR untersucht, hat man einen Maßstab für die Effizienz des gesamten Produktionsprozesses. Ich bitte Sie, die Produktivitätsvergleiche der beiden deutschen Staaten den Abb. 2 und 3 (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 1) aus meinem Referat zu entnehmen.

Die Abbildungen zeigen einmal die fiktive Produktivität der DDR aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland (Schätzungen des DIW) und dann die fiktive Produktivität der DDR aus DDR-Sicht. Des weiteren wird die reale Produktivitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in DM-Preise von 1985 (je Einwohner) angegeben. Die Produktivitätsvergleiche der beiden deutschen Staaten zeigen, daß die vor 1989 geschätzte (fiktive) Produktivität der DDR aus der Sicht der Bundesrepublik (DIW-Sicht) und diejenige aus eigener Sicht der DDR nahe beisammen stehen. Das heißt, die DDR schätzte den Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik in etwa so hoch ein, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. In Begründungsunterlagen der Staatlichen Plankommission für das Politbüro im Herbst 1988 wurde die Arbeitsproduktivität der DDR (sogenannte „produktive Bereiche“) im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland für 1980 mit 70 % und 1988 mit 72 % angegeben, das heißt die DDR hätte in dieser Zeit höhere Wachstumsraten als die Bundesrepublik gehabt. In einem DIW-Bericht von 1978 wurde festgestellt: „Das Wachstum des Sozialprodukts in der Bundesrepublik und der DDR war von 1960 bis 1976 annähernd gleich schnell. [...] Umgerechnet auf DM-Mark (West) ergibt sich ein Rückstand der DDR im pro-Kopf-Sozialprodukt von etwa einem Fünftel gegenüber der Bundesrepublik. Dieser Rückstand wurde in anderen internationalen Untersuchungen bisher erheblich höher angesetzt. [...] Deutlich wird, daß die vorliegende Rechnung die Hypothese von der sich weiter öffnenden Schere im west- und ostdeutschen Leistungsvergleich widerlegt: Zumindest seit 1967 hat sich die relative Position der DDR nicht verschlechtert. [...] Die heute weithin üblichen Vorstellungen scheinen systematisch die Position der DDR zu unterschätzen [...]“.

Warum überschätzte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Produktivität der DDR?

Ein Teil der Gründe wurden hier von Frau Dr. Cornelsen vorgebracht. Ein Grund liegt insbesondere im Bruttoprinzip. Durch das verwendete Bruttoprinzip kommt es grundsätzlich zur Überschätzung der physischen Volumina. Wegen der Qualitätsmängel etc., die sich normalerweise in Preisabschlägen niederschlagen, kommt es zu weiteren Luftblasen. Der folgende Grund ist bisher noch nicht erwähnt worden: Durch den Übergang der westlichen Währungen zur Konvertibilität nach 1958 und durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte, kommt es zur dynamischen Bewertung der Währungen durch die Märkte, ab 1968 verliert das Geld sein Odium der Stabilität endgültig und nach 1971 (Zu-

sammenbruch des Systems der festen Wechselkurse [Bretton Woods-System] und 1973 Übergang zu flexiblen Wechselkursen) verändert sich das Paritätengitter der Währungen in der Weltwirtschaft erheblich. Dies bereitet der DDR-Wirtschaft unglaubliche Schwierigkeiten, weil damit das Rechnen, sagen wir einmal in festen Größen, unmöglich wird. Dadurch geht den sozialistischen Ländern auch der zweite Fixpunkt einer stabilen Planungsgrundlage verloren.

Zur Einschätzung des DIW: Soweit sich das DIW mit dem Lebensstandard beschäftigte, waren die Ergebnisse sehr brauchbar, bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität verfing sich das Institut in den gleichen Fallstricken, wie die DDR-Behörden. Verstärkt wurde die Überschätzung von Jahr zu Jahr auch deshalb, weil man sich partiell auf bestehende Schätzungen stützte, die ebenfalls bereits von Anfang an überhöht waren. So wurden die Folgefehler immer größer. Die Wahrnehmung der DDR-Verhältnisse stimmte nämlich schon während der 50er Jahre nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein.

1958 beabsichtigte die Sowjetunion, die kapitalistische Welt zu überholen. Die DDR sollte mit dem Siebenjahrplan Westdeutschland überholen. Ich zitiere jetzt Bruno Gleitze, der zeigt, wie es damals zu dieser Überhöhung kam:

„Der Startschuß war gegeben, und der sowjetzonale Planapparat setzte sich in Bewegung. Die Zonenpolitiker gerieten in einen Rauschzustand, der nur in Diktaturen möglich ist, da die orientierende Kontrolle fehlt. In der Sowjetzone war das Klima für die bakteriologische Züchtung des Größenwahns zu dieser Zeit günstig, der Bazillus mehrte sich kräftig. Er befiel auch sonst nüchterne Planrechner. Das hatte mehrere Gründe.“ Und weiter: „Die Heimtücke der Bruttorechnung in der Plandisposition war den Verantwortlichen für die sowjetzonale Planung offenbar noch nicht aufgegangen. Bis dahin nahmen sie die Übersteigerungen aus der verzerrten Bruttorechnung als eine für das politische Selbstbewußtsein durchaus begrüßenswerte Nebenerscheinung hin. Jetzt wurden sie ihr Opfer. Im Rausch der von Moskau ausgegebenen Direktive wären sie auch gar nicht in der Lage gewesen, die Weiche von der nominellen Rechnung mit aufgeblähten Größenordnungen zur realen Rechnung der Wirtschaftsstatistik umzustellen, wie das in der aufkommenden Konjunkturforschung der Marktwirtschaft schon ein halbes Jahrhundert früher geschah.

Drittens: Noch herrschte die Illusion vor, über bedeutende Reserven für die Produktionssteigerungen zu verfügen“.

Zum Thema Illusion von Gerhard Schürer und Günter Mittag von der DDR-Wirtschaft bitte ich Sie, die Abbildung 1 aufzuschlagen.

Die Abbildung zeigt phantastische Vorstellungen über die DDR-Wirtschaft. Unter der Überschrift „Fiktion der Planer in der DDR“ wird die Produktivität der DDR nach Einschätzung von Schürer, die reale Produktivität der DDR und die reale Produktivität der BRD veranschaulicht. Graphisch umgesetzt kann man der Darstellung für das Jahr 1936 einen Gleichstand entnehmen. Im Jahr 1950 wurden dann die Zahlen gleichgezogen. Die DDR erreichte im Jahr 1950 maximal 60 % der Produktivität der Bundesrepublik, d. h. dieser Fehler, der in

der Statistik beruhte, den gab es von Anfang an. Wenn man hier in die Bereiche, sagen wir einmal der Betriebe noch hineingeht, in die Reparationen (Herr Privatdozent Dr. Schwarzer hat geschätzt, daß damals etwa 30 % zur Machtsicherung allein ausgegeben worden sind), wenn man das hinzunimmt, kann man feststellen, daß in der Bundesrepublik Anfang der 50er Jahre doppelt so viel investiert worden ist. Wenn man hier das hinzunimmt, was Herr Schenk berichtet, nämlich was nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 von der Schwerindustrie in die Leichtindustrie umgeschaufelt wurde, wo eigentlich auf Zufrage Investitionen von einem Sektor innerhalb von zwei Tagen von einer Milliarde Mark umgeschaufelt wurden, dann ist es unglaublich, daß die Produktivität der BRD und die der DDR einfach mit 100 gleichgesetzt wurden.

Aus der Sicht von Herrn Schürer betrug die Produktivität der DDR im Jahre 1989 70 % bis 80 % real. Nach den Berechnungen, die Herr Privatdozent Dr. Schwarzer unternommen hat, waren es maximal 20 %. Ähnlich der von Schürer war die Berechnung von Mittag, die er publizierte, das finden wir aber auch in der Staatlichen Plankommission und zwar in dem Buch „Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000“ von Koziolek und Otto Reinhold. Sie sehen dort, daß die Produktivitätsentwicklung der DDR von 1970 bis 1990 der Produktivitätsentwicklung der Bundesrepublik davon eilt. Der schwach schattierte Bereich zeigt die reale Entwicklung der Bundesrepublik. Der andere Bereich offenbart die Fälschung von Statistiken zur Produktivitätsentwicklung in der DDR. Ich habe lange überlegt, ist es Fiktion, ist es Fälschung, ist es Betrug. Ich gehe heute davon aus, daß ein Teil Fiktion war.

Die Wirtschaft in der SBZ/DDR startete schlecht und blieb in den Startlöchern quasi kleben. Die Währungs- und Wirtschaftsreform 1948 in den Westzonen war in Verbindung mit der Marshallplanhilfe die Initialzündung für hohe Investitionen, um den hohen Kapitalstock auszuweiten und zu modernisieren. Die Klasse der Unternehmer, die Träger des technischen Fortschritts (Schumpeter), wurden von der SED liquidiert und floh zum großen Teil nach Westdeutschland. Dies war die „Marshallplanhilfe“ von Ulbricht und Pieck für die Bundesrepublik: mindestens 7.000 aus der DDR geflohene Unternehmer gründeten in der Bundesrepublik neue Unternehmen, die für den Wiederaufbau einen wichtigen Beitrag leisteten. In einem Forschungsbeitrag in Bayern wird die Zahl auf 700 geschätzt, aber das ist eine Mindestzahl, es waren sehr wahrscheinlich wesentlich mehr.

1956 stellte der Leiter des Staatlichen Zentralamtes für Statistik, Fritz Behrens, fest, daß Investitionen in Westdeutschland 1950 bis 1955 „je Kopf der Bevölkerung um mehr als das Doppelte höher“ als in der DDR waren. Zu gleicher Zeit wurde festgestellt, daß die Investitionen im Bereich der Infrastruktur in der DDR etwa 20 % ausmachten; in der Bundesrepublik waren sie doppelt so hoch. 1967 berichtete der Journalist Nawrocki von der Wirtschaftsredaktion der FAZ, daß es in Ostberlin nicht möglich war, innerhalb von drei Stunden ein Gespräch 50 km weiter vermittelt zu bekommen.

Ich komme jetzt ganz kurz zu dem, was heute morgen auch angesprochen worden ist, den Marxismus-Leninismus. Eine Analyse der Zeitschriften „Einheit“ (1946-1990) und „Wirtschaftswissenschaften“ (1953-1990) und von mehr als 50 marxistisch-leninistischen zum Teil stalinistischen Lehrbüchern zur sozialistischen Betriebswirtschaftslehre und zur politischen Ökonomie zeigt, daß alle Politökonomen nur eine Aufgabe hatten: Legitimation der Parteitagsbeschlüsse und Propaganda für die SED (Abb. 4).

In der Zeit des Nationalsozialismus haben die Wirtschaftswissenschaftler, wenn man von sehr wenigen Ausnahmen absieht, nicht die Reichsparteitage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei als „wissenschaftlich“ legitimiert und die Generallinie der NSDAP propagiert.

Die Politökonomen arbeiten im Auftrag der SED, wie es Günter Mittag ausdrückte. Bis zuletzt, zumindest in den Lehrbüchern, hielt der Glaube an die von Stalin 1952 verkündeten objektiven Grundgesetze des Sozialismus an. Die bezeichneten objektiven ökonomischen Gesetze, proportionale Entwicklung usw. haben keinen Bezug zur realen Welt. Voslensky bezeichnete das ökonomische Grundgesetz des Realsozialismus als „phantastischste Behauptung in der offiziellen Politökonomie des Sozialismus“. Die sogenannten marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaften in der DDR waren keine Wissenschaften. Die Beschränkung der politischen Ökonomie des realen Sozialismus in der DDR auf Legitimation und Propaganda für die Parteitage der SED hatte zur Konsequenz, daß der ökonomisch reale Sozialismus in der DDR theorielos war. Das heißt, die Ökonomen haben nicht versucht, die Staatliche Zentralplanung zu verwissenschaftlichen, wie es Herr Schürer gemacht hat. Sie hatten ausschließlich die Aufgabe der Propaganda der Parteitage der SED.

Von der Fiktion zur Realität nach 1990: Im Februar/März 1990 absolvierte ein Student der Universität Bonn ein Praktikum am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Der Student zitierte die DIW-Schätzung, die für die DDR 1983 eine Arbeitsproduktivität von rund 50 % der bundesdeutschen angab und bemerkte, daß „die DIW-Schätzung für die Zeit vor 1989 als unkontrovers galt.“

Der Student kam in seinem Praktikumsbericht zu dem Ergebnis, daß die Produktivität der Industrie der DDR schon 1986 bei nur 33 % der bundesdeutschen oder darunter lag.

Am 4. April 1990, das ist meine früheste Information, reduzierte Cord Schwartau vom DIW im Tagesspiegel das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft auf 40 % der bundesdeutschen. In der folgenden Zeit reduzierte das DIW das Niveau stufenweise. Im April 1991 publizierten Wilma Merkel und Stefanie Wahl ihre Neuberechnung eines Bruttoinlandprodukts der DDR und kamen zu dem Ergebnis, daß bei einem Pro-Kopf-Vergleich (d. h. je Einwohner) das Produktivitätsniveau der DDR 1989 bei einem Drittel des bundesdeutschen lag.

Fazit: Bis Ende 1989 wurde die DDR-Wirtschaft in Ost- und Westdeutschland weit überschätzt. Die SED war außerstande, eine realitätsbezogene wirt-

schaftswissenschaftliche Analyse durchzuführen, wie das Dokument vom 27. Oktober 1989 über die Lage der DDR-Wirtschaft zeigte.

An diesem Dokument ist interessant, daß die DDR-Wirtschaftsführung auf eine Finanzierung zurückgegriffen hatte, die die Nationalsozialisten bei der Kriegsführung benutzt hatten. Als der Schleier der Fiktionen und Illusionen von der DDR-Wirtschaft 1989 zurückgezogen wurde, zeigte sich die ungeheure Dimension des Ruins der DDR-Wirtschaft: sie besaß maximal 20 % der Produktivität der bundesdeutschen. Es gibt einen Forscher an der TU in Dresden, Herr Kollege Blum, der konstatierte, daß die DDR 1990 das Niveau gehabt hat, wie 1943/44. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank Herr Professor Schneider, bitte Herr Dr. Romberg, Finanzminister der Regierung de Maizière.

Dr. Walter Romberg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht ein paar Worte zu meiner Person. Ich bin eigentlich Mathematiker und kein Ökonom und habe mich 1990, wenn ich mich politisch beschäftigt habe, mit kirchlichem Hintergrund um politische und militärische Sicherheitspolitik gekümmert. Aus diesem Grunde erwarten Sie von mir bitte keine kompetenten Aussagen über die DDR-Ökonomie. In Absprache mit dem Veranstalter möchte ich etwas vortragen, was sozusagen zwischen dem Programm von jetzt –Zwischenbilanz der Transformation – steht. Ich möchte sozusagen eine Fallgeschichte berichten, die auch zum Problembereich der Wahrnehmung gehört, Wahrnehmung der Fähigkeiten, der Wirtschaftsorganisierung und Wahrnehmung der Fähigkeiten von Wirtschaftspolitik.

Ich möchte einige historische Bemerkungen zu einem Aspekt der Transformation der DDR-Wirtschaft machen, der den heutigen Zustand der ostdeutschen Wirtschaft entscheidend mitbestimmt hat. Der Aspekt, der für mich der Hauptpunkt des politischen Versagens im deutschen Einigungsprozeß ist: Ich meine das Fehlen 1990 (und später) eines angemessenen wirtschaftspolitischen Strukturanpassungskonzepts für die DDR-Wirtschaft, insbesondere für die Industrie, oder, wenn Sie so wollen, das Fehlen einer der Aufgabe angemessenen Wirtschaftspolitik schlechthin.

Dabei betrachte ich den Zeitraum Februar bis September 1990 aus dem Blickwinkel meiner Erfahrungen als Leiter der DDR-Gruppe in der gemeinsamen Experten-Kommission von Bundesrepublik Deutschland und DDR für die Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft (Februar bis April 1990) und als Mitglied der Regierung de Maizière (April bis August 1990).

Ich unterscheide drei Phasen:

1. Februar bis Anfang April (Regierung Modrow)
2. Mitte April (Beginn der Regierung de Maizière) bis zur Währungsunion (1. Juli 1990)

3. Juli bis September 1990.

Zur ersten Phase:

Nach dem Angebot der Bundesregierung an die Regierung der DDR Anfang Februar 1990 für die Herstellung einer Währungsunion begannen am 20. Februar die Gespräche der gemeinsamen BRD-DDR-Experten-Kommission.

Von der DDR-Seite wurde von Anfang an nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer längeren Strukturanpassungsphase und eines entsprechenden Anpassungsprogramms für die ostdeutsche Wirtschaft hingewiesen. Daß es dabei zu einem solchen Anpassungsprogramm für die DDR-Wirtschaft kommen würde, schien aufgrund der früheren wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Teile Westeuropas – Saarland, Griechenland, Portugal, Spanien – fast selbstverständlich. In einem Papier der DDR-Seite vom 2. März 1990, in dem zunächst darauf verwiesen wird, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR um 40-50 % niedriger liegt als in der BRD und etwa 70 % der Unternehmen dort bei einem „Wurf in das kalte Wasser" ohne Förderung in eine Konkurslage kommen, und daß dies mehrere Jahre mit einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,5-2 Millionen verbunden wäre, wird festgestellt:

„Wir müssen [...] mit allem Ernst die Frage einer Strukturanpassungsphase für den Übergang zur internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe und Unternehmen für einen Zeitraum von mindestens 3-4 Jahren stellen. Wir halten das für ein Kernstück der Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft".

Vorgeschlagen wird deshalb die Erarbeitung von Grundsätzen und Modalitäten einer solchen Strukturanpassungsphase in der gemeinsamen Arbeitsgruppe.

Hintergrund für die DDR-Position ist die Expertise des damaligen DDR-Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung vom 22. Februar. Sie enthält die grobe „Konzeption zur Strukturanpassung der Wirtschaft der DDR bei der Herstellung der Währungsunion". Darin wird geschätzt, daß ca. 80 % der Betriebe und Unternehmen der DDR aller Bereiche nicht konkurrenzfähig und deshalb existenzgefährdet sind. In der Expertise wird ein klares allgemeines industriepolitisches Konzept für die Strukturanpassung vorgelegt mit allgemeinen Kriterien dafür, welche Industrie-Zweige zu fördern bzw. nicht zu fördern sind. Dazu gehört auch das Kriterium, ob im jeweiligen Industriezweig die Kapazitäten der analogen Branche in der Bundesrepublik weitgehend ausgelastet sind oder nicht – d. h. das Konzept ist auf einen mit BRD-Interessen abgestimmten Industrieaufbau ausgerichtet. Dabei spielen das Kriterium „Langfristige Lieferverpflichtung in die Sowjetunion" und das Kriterium „Absatzmöglichkeit in Osteuropa" eine Rolle. (Diese beiden letzten Kriterien treten zu dieser Zeit auch in westdeutschen Analysen auf.)

Anhand dieser Kriterien benennt das Strukturanpassungskonzept, welche DDR-Wirtschaftsbereiche unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Förderbe-

reiche sein sollten (z. B. Petrolchemie, wissenschaftlicher Gerätebau, Nachrichtenelektronik u. a.). In einer Grobschätzung werden die erforderlichen Investitionsaufwendungen 1990 bis 1995 mit 700 bis 720 Mrd. DM angegeben.

Fünf Wochen später, im Abschlußbericht der DDR-Experten der gemeinsamen Experten-Kommission vom 11. April, wird wiederum festgestellt:

„Die für eine Übergangsperiode erforderlichen Strukturanpassungsmaßnahmen müssen ein wichtiger Bestandteil der Vereinbarungen zur Schaffung der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft [...] sein [...]“ und „Bisher ist es nicht gelungen mit der BRD-Seite diese Fragen zu erörtern“.

Zur zweiten Phase:

Am 12. April 1990 nimmt die Regierung de Maizière ihre Arbeit auf.

Am 13. April wendet sich der westdeutsche „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ scharf gegen eine ostdeutsche Wirtschaftsreform durch Struktur- und Industriepolitik. Der Sachverständigenrat erklärt:

„An der Frage, ob die Anpassung der Unternehmen im wesentlichen dem Markt überlassen bleibt oder politisch gesteuert wird, entscheidet sich, ob die deutsche Integration wirtschaftlich ein Erfolg werden wird“.

Am 19. April erklärt Ministerpräsident de Maizière in seiner Regierungserklärung, daß mehrjährige Schutzregelungen für die ostdeutsche Wirtschaft mit der Bundesregierung vereinbart werden müssen. Kurz zuvor hatte das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in einem weiteren Papier Vorschläge zur Förderung entwicklungsfähiger DDR-Unternehmen gemacht und darin befristete Schutzmaßnahmen für DDR-Unternehmen gefordert, darunter:

- Importkontingentierungen für landwirtschaftliche und ausgewählte industrielle Erzeugnisse zur Unterstützung der Strukturanpassung
- Auftragsvergabe und Beschaffungskäufe durch die öffentliche Hand
- Marktzugangsbeschränkungen z. B. für Transportunternehmen von außerhalb der DDR
- Zulassung von Strukturkrisenkartellen
- Erhebung einer Einfuhrumsatzsteuer für Lieferungen und Leistungen aus der BRD.

Zu diesem Zeitpunkt, also in der zweiten April-Hälfte 1990, besteht der Eindruck: Es fehlt eine klare Vorstellung von einer für den Sektor der DDR-Staatsunternehmen anzusteuernden Wirtschaftsstruktur, die vom DDR-Wirtschaftsministerium zu entwickeln ist.

Die von der DDR-Seite schon früher in der gemeinsamen Experten-Kommission geforderte Finanzierung für die Anpassung der DDR-Unternehmen an die

Bedingungen der Marktwirtschaft (geschätzt mit 20-30 Mrd. DM) wird von der BRD-Seite abgewiesen, da eine solche Subventionierung nicht zu den gewünschten ökonomischen Ergebnissen führe.

Tatsächlich verzichtet die DDR-Seite in den Schlußverhandlungen zum Staatsvertrag auf die Festlegung von Strukturanpassungsmaßnahmen für die DDR-Wirtschaft, ein verhängnisvoller Fehler. „Eine derart stark auf die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft vertrauende Einschätzung gehört meiner Auffassung nach zu den Irrtümern, die wir heute eingestehen müssen“ – so der damals beteiligte Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Dr. Peter Klemm später im Rückblick auf die Verhandlungen zur Währungsunion und zum Einigungsvertrag.

Noch in der zweiten Mai-Hälfte werden vom DDR-Finanzministerium „Vorschläge für die Anwendung differenzierter Fördermaßnahmen zur Strukturanpassung umgewandelter Unternehmen“ erarbeitet, auch jetzt weiter in der Erwartung, daß es aus Gründen gesamtwirtschaftlicher Vernunft zu einem angemessenen Strukturanpassungskonzept für die DDR-Wirtschaft kommen wird.

Zur dritten Phase:

Diese Erwartung existiert auch noch, als Detlev Rohwedder am 20. August die Präsidentschaft der Treuhandanstalt übernimmt. Er selbst ist überzeugt (im persönlichen Gespräch), daß es angesichts des Umfanges der Aufgabe der Treuhandanstalt und gemäß den Erfahrungen in der alten Bundesrepublik auch nach 10 Jahren in Ostdeutschland noch einen größeren Sektor von Staatsbetrieben geben wird. Bereits wenige Tage später erklärt er auf einer Treuhand-Direktorenversammlung den Verzicht auf die in der Treuhand-Satzung verankerten sektoral bestimmten Treuhand-Aktiengesellschaften, damit den Verzicht auf einen erhofften Ausgangspunkt für sektorale Strukturanpassung der ostdeutschen Industrie. In den Vordergrund treten nun – in einem Konzept der Dezentralisierung der Treuhandanstalt – starke Außenstellen, die „Niederlassungen“, mit nur noch eingeschränkten strukturpolitischen Aufgaben: Erhalten bleiben soll die Mitwirkung der Treuhandanstalt bei „der Konzipierung und Initiierung von lokalen und regionalen Wirtschaftsförderungsprogrammen“ und bei „Industrieansiedlungskonzepten“. So Rohwedder am 13. September 1990 vor der Volkskammer.

Eine im Interesse der Ostdeutschen notwendige gemeinsame Strukturanpassungspolitik der neuen Bundesländer für die ostdeutsche Wirtschaft ist damit blockiert.

Zu diskutieren ist heute die Frage nach den Ursachen für diese Entwicklung. Als Antworten bieten sich an:

1. Politik hat die notwendige Handlungsfähigkeit in der Wirtschaft verloren oder bewußt weggegeben („Wirtschaft macht Wirtschaft“ – Deregulierung als generelles Problem)

2. Fähigkeiten zur Wahrnehmung des jeweils anderen Systems existieren nur eingeschränkt (der ostdeutsche Irrtum: die Erwartung gesamtwirtschaftlicher Vernunft – der westdeutsche Irrtum: die Erwartung der wirtschaftlichen Selbstregulierung)

3. Wahrnehmungs- oder Handlungsfähigkeit sind durch Interessenverflechtung eingeschränkt.

Dankeschön.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank. Das Wort hat Herr Dr. Matthias Artzt, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

Dr. Matthias Artzt: Meine Damen und Herren, Herr Eppelmann, recht vielen Dank für die Einladung, heute hier vortragen zu können. Meine Wahrnehmungen gehen aus jenseits von den Entscheidungszirkeln der DDR-Wirtschaft, und es ist ja sicher, daß unsere Wahrnehmungen nicht wahr sind, sondern von unseren persönlichen Situationen ausgehen, von den Wünschen und Ängsten, wir haben das ja heute gemerkt.

Nun zu den Wahrnehmungen: Die Opposition war nicht nur gekennzeichnet durch ein Grollen im Bauch, sondern es gab auch konzeptionelle Vorschläge von den verschiedensten Gruppen, die sich nicht erst 1989 konstituierten, sondern teilweise unbekannt untereinander vor der Zeit existierten. Noch vor dem 4. November 1989 legten wir, eine freie Forschungsgemeinschaft, die sich schon seit 1987 regelmäßig traf, ein Analysepapier der DDR-Wirtschaft vor, das an verschiedene Persönlichkeiten und Gruppen verteilt wurde. Zu dieser Gruppe gehörten u. a. Wolfgang Ullmann, Gerd Gebhardt, der Direktor der DDR-Volksbanken, ein Abteilungsleiter eines Unternehmens, ein Kunsthistoriker u. a. Das Konzept trug den wenig werbewirksamen Titel: „Aus der Erstarrung verwalteter Objekte im Subjektmonopolismus zur Selbstorganisation im Subjektpluralismus“. Mit fadenscheinigen Begründungen wurde eine Veröffentlichung in der „Zeitschrift für Philosophie“ erst im Mai 1990 möglich.

Ich möchte auf zehn Charakteristika der DDR-Wirtschaft und Gesellschaft aus diesem Papier eingehen.

1. Das Prinzip der Problemignoranz

Der abrechnungspflichtige Akteur im Wirtschaftsprozeß war oft gleichzeitig Verantwortungsträger für die Erfolgsdurchsetzung. Aufgrund dieser strukturellen Interessenkonflikte eskalierten so in einem nichtkontrollierten Führungssystem Mißerfolge zu Flächenschäden.

Auf diese Weise entstand bei Strafe der Absetzung ein psychologisch vermittelter Zwang zur systematischen Schönfärberei. Die im Detail beginnenden Fehler und Mängel wurden auf der Entscheidungsebene nicht erkannt und konnten auf der Verursacherebene erst nach Eintritt der Katastrophe bewiesen werden.

2. Das Prinzip der „organisierten Verantwortungslosigkeit“

Verantwortung für eigenes Handeln wurde unter Berufung auf eine übergeordnete Instanz nicht mehr existentiell wahrgenommen. Verantwortung wurde nach ganz oben akkumuliert und verflüchtigte sich dort in einem Kollektiv.

Auf diese Weise verlor sich die Menge der Realverantwortung durch eine unpersönliche Hierarchisierung ins Abstrakte. Nötige Kurskorrekturen wurden erst sichtbar, als es bereits zu spät war. Niemand sah sich direkt in der Verantwortung, Korrekturen vorzunehmen, weil die sich stets als Ausführende begreifenden Akteure weigerten, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Die ganze Stasi-Diskussion um Opfer und Täter spiegelt diese verhängnisvolle Konstellation der Verdeckung und Verschleierung von Verantwortung bis heute wider.

3. Das Prinzip der Geheimhaltung

Die bisher genannte fatale Tendenz wurde durch systematische Geheimhaltung oder Unterbindung aller zur Kritik Anlaß gebenden Analysen des Realzustandes in der Wirtschaft, im Sozialen und beim Umgang mit der natürlichen Umwelt verstärkt. Tatsächlich hätte eine Offenlegung kein Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft, sondern lediglich für die Subjekte des Machtmonopols bedeutet. Die fehlende Offenlegung der Negativwirkungen führte so zu einer Fehleinschätzung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und auch der Regierung, wie ich vorhin feststellte, über die tatsächliche wirtschaftliche Lage. Auf diese Weise wurde das Ausmaß der Staatskrise der DDR erst nach Offenlegung aller Verschlußinformationen, also erst retrospektiv, sichtbar.

Hinter diesem Prinzip der Geheimhaltung steckte auch der Wunsch der SED-Führung – er ist wohl in Erfüllung gegangen –, daß sich niemand ein Gesamtbild verschaffen sollte, um so alle Mängel nur als individuelle Einzelfälle interpretieren zu können.

Herr Schürer teilt sicher meine Erkenntnis, denn er äußerte vorhin, daß er auch erst nach der Wende gesehen hat, was eigentlich los war.

4. Das Gefügigkeitsprinzip

Entscheidungsträger wurden nicht nach dem Kompetenzprinzip, sondern nach dem Gefügigkeitsprinzip ausgewählt. Auf diese Weise war Sachkompetenz nach oben systematisch verdünnt. Fehlende Sachkompetenz wurde meist durch nicht hinterfragbare Verfügungsgewalt verdeckt. Dies führte zu einer negativen Auslese.

5. Innovation als Störfaktor

Verhalten, wie Engagement und Kreativität, das sich nicht aus dem Gefügigkeitsprinzip ableiten ließ, wie es Herr Döring beschrieben hat, mit MMM usw. also „Meister der Messe von Morgen“, und die vorgegebenen Normen beachtete, wurde als Störfaktor behindert und sogar bekämpft. Dies geschah aus dem

Grunde, weil Innovationen, dort wo wirkliche Innovation gefragt waren, das Regime in Frage gestellt hätten.

6. Das Nivellierungsprinzip

Überdurchschnittliche, auf hervorragenden Fähigkeiten beruhende individuelle Leistungen ließen keine vom Durchschnitt abweichende Bedürfnisbefriedigung erwarten. Im Gegenteil, bei unter dem Durchschnitt liegenden Leistungen wurde immer noch eine fast durchschnittliche Bedürfnisbefriedigung des unterdurchschnittlich Handelnden erreicht. Dies galt für alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. So wurde statt einer maximalen Leistungsstimulation ein gerade noch erzwingbares Leistungsminimum erreicht. Sprüche wie: „Jeder liefert jedem Qualität“ sollten die fehlenden Marktkräfte durch Bewußtseinsbildung ersetzen, was nie und nirgends gelang.

7. Das Prinzip der Stagnation

Vergleichbar zur Nivellierung der persönlichen Fähigkeiten wurden auch die wirtschaftlichen Erfolge und Mißerfolge der Unternehmen nivelliert. Überschüsse aus effektiv wirtschaftenden Betrieben wurden in Verlustbetriebe umverteilt. Dadurch wurde das mittlere Effizienzniveau nicht durch die Spitzenleistungen nach oben gezwungen (bei Strafe der Eliminierung der Schlußlichter), sondern von den Defizitbereichen mit einem Buchhaltersystem statt einem echten Kreditsystem nach unten gedrückt. Die Folge war im günstigsten Fall – Stagnation.

8. Das Raubbauprinzip

Die Zukunftsicherung wurde de facto von einem Raubbauprinzip überwuchert. Kurzsichtige ökonomische Interessen haben zum Zweck der rasch wirksamen populistischen Ablenkung von Widersprüchen Entscheidungsvorrang gehabt. Infolgedessen wurde der Wertegrundstock der Gesellschaft, der über Jahrhunderte sich entwickelt hatte, systematisch aufgezehrt. Noch heute sind die Umweltschäden bei Wismut, Chemie und Braunkohle unübersehbar. Dies ist auch für Kulturgüter wie selbstverantwortliches Handeln sichtbar. Uns braucht es heute nicht zu wundern, wenn eben gerade dieses selbstverantwortliche Handeln in dieser Zeit verloren gegangen ist. Herr Professor Schmidt konnte in diesem Werteverlust heute früh in abenteuerlicherweise ein „revolutionäres Prinzip“ erkennen, so daß er darin sogar eine Oppositionshaltung wahrnahm.

9. Das Prinzip der Festpreise

Für Grundbedarfsleistungen wurde ein verschwendungs- und verschleißförderndes Festpreissystem ohne Verbrauchsobergrenzen und ohne Aufwandsorientierung eingeführt. Es hatte keine entwicklungsstimulierende Wirkung. So führten zum Beispiel die langfristig niedrigen Mieten zum Ausbleiben der Sorge für die Substanzerhaltung. Im Ergebnis war nach einer Generation die Bausubstanz zerfallen. Es gab auch kein materielles Interesse, unterbelegte subventionierte Wohnungen bei fehlendem Bedarf aufzugeben.

10. Das Weihnachtsmannprinzip

Massenhafte illegale Privatisierung gesellschaftlicher Fonds (Material, Arbeitszeit, Nutzung von Produktionsmitteln und Grundstücken) waren verbunden mit dem Mißbrauch von Verfügungsgewalt und Korruption. Dies führte zu einer Schattenwirtschaft mit entsprechenden Gütern, begleitet von erpressungsfähigen Machtstrukturen und Spekulationen. Hier entfalteten sich die zu Objekten degradierten Akteure, hier entwickelten sie Kreativität und Innovation bei der Durchsetzung individueller Interessen.

Soweit die damalige Analyse. Diagnose- und Therapieüberlegungen setzten bei diesen Gegebenheiten an.

Im Herbst 1989 herrschte in der gesamten Opposition Übereinstimmung darin, daß die Wirtschaft des real existierenden Sozialismus versagt hatte und marktwirtschaftliche Elemente eingeführt werden mußten. Man zauderte zugegebenermaßen zwar vielerorts noch mit dem Begriff Marktwirtschaft, aber man betrachtete den Markt als unerläßlichen Regulator.

Auf der Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums am 25./26. November 1989 wurde über die Einführung der Marktwirtschaft rege diskutiert, manche nannten es auch Marktwirtschaft im Sozialismus, so in einem Papier von „Demokratie Jetzt“.

Fazit: Bereits im Herbst 1989 plädierten alle Gruppen und Parteien für die Eigenständigkeit der Betriebe und Genossenschaften. Diese sollten nun ihre Mittel allein bewirtschaften und ihre Produkte selber vermarkten, so daß ein Leistungsdruck entstehen konnte. Die politischen Kräfte des Herbstes 1989 setzten sich für eine Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen der restriktiven Steuerpolitik ein, die eine freie Entfaltung von privaten und genossenschaftlichen Gewerbebetrieben behinderten.

Einstimmig gefordert wurde auch die Entflechtung der Kombinate. Das galt ebenso für den Handel mit dem Ausland: Dem staatlichen Außenhandelsmonopol sollte eine Ende gesetzt und der Außenhandel dem Unternehmen selbst überlassen werden. Herr Schmutzler hat heute früh die Probleme des Außenhandels ja sehr treffend dargelegt. Die Betriebe sollten sich an der inländischen Bedarfsstruktur und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren und damit die DDR-Wirtschaft schrittweise in die internationale Arbeitsteilung führen. Die Opposition war sich auch darüber einig, daß eine neue Preis- und Subventionspolitik notwendig war. Diese Reform wurde nach der Maueröffnung am 9. November 1989 verstärkt gefordert, da der Wirtschaft der DDR ein Ausverkauf drohte.

Das subventionierte Angebot (Brötchen, Bockwurst, Mieten usw.) stand nun EG-weit zur Verfügung, obwohl die Subventionen, so hieß es damals, von den DDR-Bürgern erarbeitet wurden.

Befürwortet wurde echte Ware-Geldbeziehung: Die Güter seien zu kostendekkenden Preisen zu verkaufen. Es wurde auch darüber diskutiert, daß ein Ar-

beitsmarkt entstehen solle. Die Existenz eines festen Arbeitsplatzes wurde zum großen Teil verworfen, selbst wenn dies nicht ausdrücklich in den programmatischen Texten vorkommt. Die Ausmaße möglicher Arbeitslosigkeit wurden meines Wissens im November 1989 noch nicht gesehen.

Eine größere Mobilität der Arbeitskräfte sei nötig, und die Löhne sollten nach dem westlichen Modell durch Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und unabhängigen Gewerkschaften ausgehandelt werden. Es war auch immer davon die Rede, daß die DDR-Mark so schnell wie möglich schrittweise (nach Erfahrungen des Saarlandes oder der EU) konvertibel gemacht werden sollte. Über einen Kurs zwischen 1:2 und 1:3 wurde diskutiert.

Hieraus wird ersichtlich, die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente stellte innerhalb der Opposition keinen Streitpunkt dar. Unterschiedlich war die Diskussion um die Beibehaltung sozialistischer Prinzipien, so z. B. der Rolle von Eigentum an Grund und Boden.

Die Idee einer Vergesellschaftung des Eigentums versus Privatisierung war ein Kernpunkt der Diskussion. Auf der bereits erwähnten Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums forderte das Neue Forum: „Das Staatseigentum muß in eigenverantwortlich und ökonomisch selbständig arbeitendes gesellschaftliches Eigentum der Betriebe überführt werden.“ Das war im November.

Rückblick:

Aus heutiger Sicht stellten die Diskussionen um eine sozialistische Marktwirtschaft und die Fortführung der Vergesellschaftung von Grund und Boden keine realen Optionen dar. Sie liefen an der wirklichen Entwicklung, an den Machtkonstellationen in der Bundesrepublik vorbei.

Während einer Veranstaltung der Berliner Sparkasse im Januar 1990 berichtete Rüdiger Pohl, daß die Wirtschaftsweisen mit dem Kanzler über alle wirtschaftlichen Risiken gesprochen haben, die mit diesem schnellen Anschluß der DDR-Wirtschaft durch die Währungsunion verbunden sind.

Stichworte waren: Kreditwürdigkeit der Betriebe, Absatzchancen, Arbeitslosigkeit, Zahlungsfähigkeit und Schulden. Hinzuzufügen war lediglich, daß auch wir erkannt hatten, daß eine vierfache Aufwertung der Ostwährung 70 % der Produkte vom Markt blasen würde und eine eigenständige Entwicklung oder Erholung sofort, ja über Nacht erstickt werden würde.

Die Entscheidung war politisch motiviert. Dies wurde von allen Seiten offen ausgesprochen. Ein historisches Fenster war für kurze Zeit für eine Deutsche Einheit geöffnet. Es gibt nur sehr wenige Kritiker, die heute noch die prinzipielle Richtigkeit dieser Entscheidung bezweifeln. Doch wurde das außenpolitische Fenster m.E. unzulässig mit der Notwendigkeit einer Währungsunion verbunden.

Spätestens als Modrow mit seinen Oppositions-Ministern am 7. Februar 1990 unverrichteter Dinge aus Bonn zurückkehrte, waren die Entscheidungen in

Richtung Deutscher Einheit für alle sichtbar gefallen. Es war nun klar: ein rascher Anschluß der DDR an die Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes steht bevor, der keine alternativen Handlungsspielräume mehr zuließ.

Die zu diskutierenden Themen waren schlagartig andere: Wirtschaftlich wurde nun stärker die neoliberale Variante (Schocktherapie) diskutiert, und politisch ging es um eine rasche Einführung des Grundgesetzes und gesamtdeutsche Wahlen.

Ich kann hier und heute nicht über die breite Palette der sich damals ergebenden Fragen sprechen. Deshalb möchte ich zwei herausgreifen, die nun als wichtig angesehen wurden. Es waren zunächst die Eigentumsfrage und später die Fragen nach den Altschulden und der Arbeitslosigkeit.

Am 7. Februar kam Modrow also mit seinen Ministern ohne Geschäftsbereich aus Bonn zurück. Am darauffolgenden Montag, dem 12. Februar, reichte Wolfgang Ullmann für Demokratie Jetzt am Runden Tisch einen Vorschlag des bereits erwähnten freien Forschungskollegiums zur Bildung einer Treuhandgesellschaft ein.

Ich zitiere aus dieser Vorlage:

„Offenbar ist statt einer deutschen Fusionslösung eine baldige Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich geworden. [...]

Durch die sofortige Schaffung einer Kapital-Holding-Treuhandgesellschaft als neues Rechtssubjekt würde dafür Sorge getragen werden, daß das in Volksbesitz befindliche Eigentum – soweit es sich als demokratisch-legitimiert bzw. durch Kriegsergebnisse zustande gekommen erweisen wird – in der DDR nicht herrenlos wird und einfach verloren geht (an wen mit welcher Berechtigung?).

Ich zitiere weiter:

„Die Verlustgefahr resultiert daraus, weil die Rechtskonstruktion Volkseigentum nicht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, dessen Geltungsbereich ja vermutlich auf das Territorium der DDR ausgedehnt werden wird, enthalten ist. Deshalb muß umgehend das Volkseigentum in eine Form transformiert werden, die den Rechts- und Eigentumsformen der Bundesrepublik entspricht“.

Dies war der Kerngedanke für die Bildung der Treuhandanstalt. In der Folgezeit wird die Eigentumsfrage, also das Grundanliegen, ausgeklammert, sowohl von der Modrow-Regierung als auch durch das zweite Treuhandgesetz der de Maizière-Regierung vom 17. Mai 1990.

Verdrängt wurde auch die nötige Vermögensbildungspolitik, die für die Einführung der Marktwirtschaft von großer Bedeutung war und immer noch ist.

Im Gegenteil: Im Mai 1990 schreibt Stefan Baron im Leitartikel der Wirtschaftswoche über den 1. Staatsvertrag:

„Des Pudels Kern allerdings besteht aus ganzen vier Zeilen. „Das volkseigene Vermögen“, heißt es in Artikel 26, Abs. 4, Satz 2 lapidar, „ist vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushaltes in der DDR zu nutzen.“

Der in der Öffentlichkeit weithin unbeachtet gebliebene Passus ist der weitaus wichtigste des ganzen Vertrages – viel wichtiger noch als selbst der viel diskutierte Umtauschkurs: Artikel 26, Abs. 4 legt fest, wer die Kosten der Einheit trägt.

Die Bundesbürger können erleichtert aufatmen. Höhere Zinsen, Steuern und Inflationsraten sind nun nicht mehr zu befürchten. Die DDR bezahlt die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland weitgehend (selbst), wenn nicht völlig aus der eigenen Tasche.

Und weiter heißt es, ich wollte es eigentlich jetzt nicht zitieren, aber auf Grund Ihrer Bemerkung würde ich das als Diskussionsbeitrag hier noch hinzufügen: „ Der Wert des volkseigenen Vermögens, also vor allem der Betriebe des Landes, wird auf 500 Milliarden DM geschätzt. Mindestens noch einmal soviel sollen die zu den Betrieben gehörigen Grundstücke wert sein.

Dieses Riesen-Vermögen, das sich natürlich nicht von heute auf morgen realisieren läßt, muß die DDR nun in die Finanzierung der Deutschen Einheit einbringen.

Obwohl es theoretisch dem Volk gehört und pro Kopf rund 60.000 DM ausmacht, soll das Vermögen nicht verteilt, sondern vornehmlich an Investoren aus der Bundesrepublik verkauft werden“.

Meine Damen und Herren, aus heutiger Sicht erübrigt sich jeder Kommentar. Hier wird unabhängig von der Richtigkeit der Baronschen Hypothese, die eine breite Diskussion widerspiegelt, das Versagen in der Vermögensbildungspolitik deutlich, denn die Vermögensbildungspolitik muß mitgedacht werden, wenn es um die Transformation von einer Plan- in eine Marktwirtschaft geht.

Betrachten wir z. B. die Vermögensverteilung in Baden-Württemberg, die in vielen Generationen entstanden ist und wodurch breitgefächerte unternehmerische Initiativen in der Bevölkerung möglich sind, diese Voraussetzungen waren in der damaligen DDR nicht gegeben.

Insofern hat die Eigentumspolitik die Startpositionen für die Menschen in Ostdeutschland nicht erleichtert. Das heißt aber nicht, daß dadurch die Grundzüge des Einigungsprozesses gefährdet gewesen wären.

Weitere Themen, ich will jetzt ein bißchen kürzen, die frühzeitig diskutiert wurden, sind die Altschulden und die Arbeitslosigkeit. Zum Schluß bleibt nur noch die Frage: Gab es reale Alternativen?

Die realen Bedürfnisse der Ostdeutschen zu Weihnachten 1989 lassen sich m.E. – wenn auch etwas lax – in drei oder vier Wünschen zusammenfassen:

1. Einmal in die Alpen oder nach Mallorca,

2. statt Trabi und Wartburg einen guterhaltenen Opel oder VW fahren,

3. einen CD-Player und Videorecorder sein eigen nennen und

4. eine gefegte Fabrik, bunte Reklame in den Straßen und gestrichene Häuser.

Dies waren die wichtigsten materiellen Träume der DDR-Bürger 1989 zu Weihnachten.

Das Pöhl-Modell wollte auf eine Währungsunion 1:1 verzichten, die ja einer Aufwertung der Ostmark auf 440 % bedeutete. Die diskutierte Alternative war eine konvertible DDR-Mark mit einer allmählichen Kursangleichung, so hätte der Binnenmarkt und ein Großteil der Wirtschaft weiter existieren können.

Mit einem Startumtausch hätten die vier Wünsche vielleicht erfüllt werden können. Und die Anhebung des Lebensstandards wäre danach durch eine allmähliche Währungsangleichung vollzogen worden.

Ich kann nicht beurteilen, ob es wirklich eine reale Alternative gegeben hat. Ich bin mir soweit sicher, daß für einige Fragen, wie Eigentum, Altschulden, aber auch den Verwaltungsaufbau andere Lösungen bestanden haben, die zu einer schnelleren selbsttragenden Entwicklung beigetragen hätten.

Ich bin mir in einem jedoch ziemlich sicher: Was wir an Wandel in Ostdeutschland erlebt haben und erleben, ist wie ein kleiner Laborversuch zu dem, was uns angesichts der Globalisierungserfordernisse weltweit an Transformation in Ost und West, Nord und Süd noch bevorsteht. Auch hier werden wieder die gleichen Fragen gestellt: nach Eigentumsrechten, Schulden, Innovationen, Regionalisierungen der Wertschöpfung und Solidarität.

Auch hier besteht die Gefahr, daß viele Menschen noch stärker in eine „Schattengesellschaft“ abgedrängt werden, wenn entsprechende Antworten ausbleiben. Dies gebe ich zu bedenken, wenn die heutige Anhörung zukunftsweisend sein soll. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich danke Ihnen. Herr Dr. Buck bitte.

Dr. Hannsjörg F. Buck: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich kehre als letzter Referent dieser Runde zu dem von Frau Dr. Cornelsen eingeleiteten Thema zurück und zwar zur Wahrnehmung der DDR-Wirtschaft in der westdeutschen DDR-Wirtschaftsforschung. Doch zunächst möchte ich eine Bemerkungen zu meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit und meinem wissenschaftlichen Werdegang machen.

Ich bin 1978 in das Gesamtdeutsche Institut als wissenschaftlicher Referent eingetreten und habe 1982 die Leitung des in der Abt. 2 befindlichen Referates für Wirtschaft, Sozialwesen, Finanzen und Umwelt übernommen. In den 70er Jahren habe ich Forschungsaufträge der Deutschen Forschungsgemeinschaft

und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen bearbeitet, die sich im wesentlichen mit Themen des Vergleichs alternativer Wirtschaftssysteme befaßten. Zuvor war ich von 1963 bis 1973 wissenschaftlicher Referent im damaligen wissenschaftlichen Beirat des innerdeutschen Ministeriums, der damals noch Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands hieß. Dies war ein Planungsstab, der einzige in der Geschichte der Bundesrepublik bestehende Planungsstab, der sich im Auftrag der Bundesregierung seit 1952 damit beschäftigen sollte, die Vorbereitungen für eine irgendwann einmal mögliche Wiedervereinigung zu treffen. Er wurde 1973 bis 1975 aufgelöst.

So, jetzt komme ich zu meinem heutigen Statement.

Ein gutes halbes Jahr nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gab Mitte Mai 1991 der damalige Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger, ein Zeitungsinterview. In diesem wurde er befragt, welche Ursachen der dramatische Zusammenbruch der Wirtschaft der ehemaligen DDR nach der Errichtung der Währungs- und Wirtschaftsunion (1. Juli 1990) habe und ob die Bundesbank auf dieses Desaster vorbereitet gewesen sei?

Seine Antwort lautete:

„Wir sind von falschen, zu positiven Vorstellungen über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft ausgegangen“. Und sinngemäß sagte er weiter: In der Zeit vor der Währungsunion habe die Bundesbank „zu wenig“ über die Schwächen der DDR-Wirtschaft und über deren unzulängliches Selbstbehauptungsvermögen unter den Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes „gewußt“. Und abschließend sagte er: „Und was wir wußten, war nicht richtig“.

Zwei Fragen stellen sich mir nach diesem Eingeständnis noch heute. Ich habe darauf noch keine Antwort bekommen:

1. Weshalb hat die Leitung der Bundesbank (Präsidium, Zentralbankrat) so wenig über die wahre Lage der DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren gewußt?

2. Woher stammten diejenigen Informationen über den Zustand der DDR-Wirtschaft, welche nach Schlesingers Eingeständnis nachweislich falsch – d. h. konkret betrachtet – offenkundig geschönt waren?

Ich werde im folgenden nachweisen, daß diese unzureichenden Kenntnisse der Leitung der Deutschen Bundesbank und der von Führungspersönlichkeiten anderer politischer Kommandohöhen der früheren Bundesrepublik nicht dadurch hervorgerufen wurden, daß die ernstzunehmende westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung versagt hat und ihrer Politikberatungsaufgabe nicht nachgekommen ist.

Ich möchte auch die These nachdrücklich aufstellen, daß die wissenschaftlich qualifizierten und als Fachexperten ausgewiesenen Wirtschaftsforscher in der Bundesrepublik, die sich der Analyse des Forschungsobjekts „DDR-Wirtschaft" widmeten, sich an einer Schönfärberei der sowjet-sozialistischen Kommandowirtschaft nicht beteiligt haben, selbst wenn ihre Ergebnisse, wie Herr Professor Schneider hier eben vorgetragen hat, in einigen Punkten heute der Korrektur bedürfen. Sie sind auch nicht für in den 70er und 80er Jahren vorgekommenen Fehleinschätzungen der DDR-Wirtschaft durch einzelne westdeutsche Journalisten und Politiker verantwortlich.

Ich möchte dies jetzt belegen. Ich gehe nicht auf die Arbeitsbedingungen der DDR-Wirtschaftsforschung ein, weil Frau Dr. Cornelsen darauf schon eingegangen ist.

Ich möchte jetzt an drei Beispielen, die sich auf meine ehemaligen Forschungsergebnisse beziehen, nachweisen, daß diese von mir eben aufgestellten Thesen berechtigt sind. Im Jahre 1983 legte im Auftrag des Forschungsseminars Radein Professor Gutmann ein Sammelwerk von 18 Autoren über die „Wirtschaftspolitischen Gestaltungs- und Funktionsprobleme des Wirtschaftssystems der DDR" vor. Für dieses Buch schrieb ich einen Beitrag über die „Forschungs- und Technologiepolitik der DDR", in dem ich auf empirischer Grundlage auch eine eingehende Bewertung der Innovationsergiebigkeit der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der DDR-Staatsunternehmen und der ostdeutschen Erfinder vornahm.

Diese Analyse erbrachte folgende Ergebnisse:

1. Patentausbeute der DDR-Wissenschaft und -Wirtschaft und internationale Neuheitsqualität und Exportwert von DDR-Erfindungen:

   Von den rund 42.470 Patenten, die vom Patentamt in Ost-Berlin im Zeitraum von 1970 bis 1980 inländischen Antragstellern erteilt wurden, hatte die Wirtschaftsführung der DDR selbst nur 15 % ausgewählt, um sie dem Münchener Patentamt zur Prüfung und Anerkennung einzureichen. 85 % der von ihr gewährten Patent-Zertifikate billigte sie selbst international keine Erfolgschance zu.

   Von diesen 15 % Auslese-Erfindungen erhoffte Ost-Berlin, daß ihre Vermarktung im Westen möglicherweise höhere Devisenerträge einbringen könnten als zunächst an Gebühren aufgewendet werden mußten, um in München die begehrten Patent-Schutzrechte gewährt zu bekommen.

   Von diesen rund 6.000 angemeldeten Erfindungen hat jedoch wiederum das Münchner Amt während der Jahre 1971 bis 1980 nur 18 % mit einem Patent belohnt und den DDR-Antragstellern die begehrten Schutz-, Nutzungs- und Ausschließungsrechte im Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik und der EU gewährt.

   Gemessen an der Zahl der DDR-Antragstellern im Inland im Zeitraum von 1974 bis 1980 erteilten Patente betrug die Ausbeute von DDR-Erfindern

beim Britischen Patentamt in London nur 3 % der von Ost-Berlin anerkannten Inlandsproduktion an Patenten.

Hieraus folgte bereits zu Beginn der 80er Jahre:

Erstens: Die internationale Neuheitsqualität und der Exportwert von DDR-Patenten im ersten Jahrzehnt der Honecker-Mittag-Ära wurde selbst von der DDR-Wirtschaftsführung als sehr gering eingeschätzt.

Zweitens: Von dieser DDR-Auslese an Patenten wiederum sprach das Deutsche Patentamt in München 82 % aller im Zeitraum von 1971 bis 1980 angemeldeten DDR-Erfindungen einen internationalen Neuheitswert ab und verweigerte demgemäß diesen die Zuerkennung von Patentrechten.

Die Untersuchung bewies somit, daß die DDR nur in sehr geringem Maße neues Wissen auf Weltniveau produzierte, welches devisenträchtig an westliche Industriewirtschaften verkauft werden konnte.

2. Zur Breitennutzung von punktuellen Vorbild-Innovationen in der DDR:

Die Ausbreitungs- oder Diffusionsgeschwindigkeit von technischen Neuerungen ist für alle Industriewirtschaften eine wichtige Triebkraft zur Modernisierung der Produktionsanlagen und für die Erschließung neuer Wachstumsreserven.

Meine Untersuchungen ergaben damals jedoch, daß in der DDR von dem insgesamt pro Jahr erwirtschafteten Nutzen aus Neuerer- und Erfinderleistungen lediglich 4-5 % durch die Nachnutzung von Vorbild-Innovationen erzielt wurden. Die Diffusionserträge durch mehrmalige Nutzung von Neuererleistungen waren somit verschwindend gering.

Daraus folgte, daß damals z. B. Verfahrensverbesserungen in der Produktion zumeist nur zu isolierten Rationalisierungserfolgen führten. Diese Tatsache ist übrigens heute morgen auch durch die Kombinatsdirektoren hier bestätigt worden. Ihr Vorbild hatte in der Regel keine Breitenwirkung auf das Ansteigen der Produktivität der Wirtschaft der DDR insgesamt.

3. Zur Effizienz der F&E-Aufwendungen in der DDR:

Ein Kosten-Nutzen-Vergleich zwischen den Ausgaben des Staates und der Wirtschaft der DDR für Forschung und Entwicklung (F&E) einerseits und den Gelderträgen aus der Nutzung von patentfähigen Erfindungen andererseits ergab folgendes katastrophale Ergebnis.

In den neun Jahren von 1972 bis 1980 mußten Staat und Wirtschaft in der DDR jeweils eine Mark (Ost) aufwenden, um im Durchschnitt einen Nutzen aus der Verwertung von Erfindungen in Höhe von 7 Pfennig zu erreichen. Der erzielte Erfindernutzen durch die Verwertung von neuen Patenten in der Produktion der DDR-Wirtschaft betrug in den 70er Jahren nicht einmal ein halbes Prozent des jährlich produzierten Nationaleinkommens.

Resümee:

Es kann also keine Rede davon sein, daß die westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung nicht genügend fundierte Analysen über die unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wissenschaft und DDR-Wirtschaft im Wettstreit der Systeme um die effizienteste Produktion neuer Technologien vorgelegt hat. Dabei war meine Analyse nur eine von zahlreichen weiteren Untersuchungen westdeutscher Wirtschaftsforscher in den 70er und 80er Jahren. Über die unausrottbare, systembedingte Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, ihre Ursachen und Folgen sind in den 70er und 80er Jahren eine beachtliche Zahl von wissenschaftlichen Studien in Westdeutschland vorgelegt worden.

Es wäre ja auch geradezu absurd gewesen, und da knüpfe ich an Herrn Professor Burrichter an, wenn die westdeutsche DDR-Forschung nicht akribisch den Produktionsumfang und die Qualität der Wirtschafts-, Natur- und Technikwissenschaften der DDR untersucht hätte, nachdem die Partei- und Staatsführung der DDR in den 60er Jahren die „Wissenschaft zur wichtigsten Produktivkraft“ erhoben hatte.

Ich gehe auf ein weiteres Beispiel ein: Wie mußte man die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Außenwirtschaft auf dem westlichen Weltmarkt und dem innerdeutschen Markt einschätzen?

In einem 1987 verfaßten Buchbeitrag über den „Innerdeutschen Handel“ habe ich über die Exportleistungsfähigkeit der DDR-Industrie folgendes Resümee gezogen:

„In der westlichen Welt ist der zwischenstaatliche Handel zwischen hochindustrialisierten Volkswirtschaften dadurch gekennzeichnet, daß zwischen ihnen überwiegend stark veredelte technische Erzeugnisse mit einem günstigen Masse-Leistungs-Verhältnis ausgetauscht werden (= intelligenzintensive industrielle Verbrauchs- und Investitionsgüter mit einem hohem Gebrauchswert). Diese Strukturkomponente ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen internationalen Konkurrenzkampfes. Das Ringen um die Erhaltung alter und die Eroberung neuer Absatzmärkte [...] ist seit langem schon in erster Linie ein Wettbewerb um die besseren wissenschaftlich-technischen Leistungen. [...]

Die Struktur der im Innerdeutschen Handel jeweils bezogenen oder gelieferten Erzeugnisse entspricht nicht dem in der Bundesrepublik und dem in der DDR erreichten industriell-technischen Entwicklungsstand der beiden Volkswirtschaften. Gemessen an der Struktur der Handelsströme aufgeteilt nach Erzeugnisgruppen und Handelsgütern ähnelt der innerdeutsche Handel weitgehend dem Außenhandel zwischen zwei Entwicklungsländern. [...]

1985 machte der Wert der von der Bundesrepublik bezogenen Investitionsgüter nur einen Anteil von 11,6 % des Gesamtvolumens der DDR-Lieferungen aus. Unter diesen Lieferungen erreichten im gleichen Jahr die Erzeugnisse der Maschinenbauindustrie nicht einmal einen Anteil von 3 %. [...]

Der Absatz von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen lag im gesamten Untersuchungszeitraum unter 1 % des Wertes aller Bezüge. An Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten aus der DDR fanden westdeutsche Kunden ebenfalls keinen Gefallen. Die minimalen Umsätze bei diesen Produkten erreichten in den letzten sechs Jahren von 1981 bis 1986 nicht einmal ein halbes Prozent des Wertes der ins Bundesgebiet und nach Berlin West verfrachteten DDR-Waren.

Im Gegensatz zu dieser deutlichen Lieferschwäche bei Maschinen, Geräten und bei Produkten der Elektrotechnik und Elektronik war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges das Wirtschaftsgebiet der heutigen DDR eine Hochburg der deutschen Maschinenbau-, Büromaschinen- und Elektroindustrie. Die hochwertigen Erzeugnisse dieser Region waren im gesamten Reich und im Ausland sehr gefragt. [...]".

Die hier vorgetragenen abgesicherten Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Sie ließen keinen Raum für rosarot gefärbte Einschätzungen des technologisch-ökonomischen Leistungsniveaus der DDR-Industrie. Sie belegten eindeutig die bis dahin, und zwar in der ersten Hälfte der 80er Jahre, bereits eingetretene gigantische „technologische Lücke" zum Westen. Zugleich waren sie ein unzweideutiger Maßstab für die geschwundene Exportleistungskraft der DDR-Wirtschaft im Vergleich zu der der führenden Industriewirtschaften der westlichen Welt. Darüber hinaus beweisen sie auch, daß ein rechtzeitiges Zur-Kenntnisnehmen dieser Fakten vor 1990 ein „verwundertes Augenreiben" über den schnellen Zusammenbruch der DDR-Industrieunternehmen hätte ersparen können.

Ich komme zu einem letzten Beispiel und dann zum Schluß.

Damit knüpfe ich an, an das, was Herr Dr. Volze bereits über unsere Recherchen zur Devisenverschuldung der DDR bei den westlichen Industriestaaten, also bei den OECD-Ländern, und ihren Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft gesagt hat.

Ich habe 1979/80 einen Artikel veröffentlicht in dem ausgeführt wird:

„Die ungenügende Absorptionsfähigkeit vor allem der kleinen RGW-Länder zur Verkraftung von Preissprüngen auf den internationalen Rohstoffmärkten und die bisher nicht überwindbare Schwäche bei dem Bemühen, die Westexporte zu steigern, haben zusammengenommen z. B. der DDR in wenigen Jahren eine drückende Schuldenlast aufgebürdet. So hat sich die Nettoverschuldung gegenüber dem Westen in den Jahren von 1974 bis 1978 von 3,6 Mrd. US-Dollar auf rd. 7,3 Mrd. US-Dollar erhöht. Geht man von einer Verzinsung von durchschnittlich 7 % aus, so muß die DDR heute für ihre Auslandsschulden von netto rd. 7 Mrd. US-Dollar ihren Gläubigern im Westen jährlich rund 900 Mio. DM (West) an Zinsen bezahlen. Diese Verdoppelung des Schuldenberges in nur vier Jahren hat dazu geführt, daß die DDR-Regierung bereits 1977 mehr als 50 % ihrer Ausfuhrerlöse in konvertierbaren Währungen aus

Warenexporten und der Vergabe von Lizenzen für den Schuldendienst (Verzinsung und Tilgung) aufbringen mußte."

Und abschließend heißt es dann:

„Legt man die Bonitäts-Kriterien des Internationalen Währungsfonds (IWF), der eine Schuldendienstquote von 25 % bereits als 'kritische Marke' für ein Land in roten Zahlen wertet, der Beurteilung der Schuldnerposition der DDR gegenüber dem Westen zugrunde, so hat sie bereits 1977 diese Negativposition mit 100 % übererfüllt".

In der Arbeitsgruppe, die von Herrn Dr. Volze geleitet wurde, Arbeitskreis DDR-Verschuldung, wir nannten das unser „Verschuldungskränzchen", habe ich die Aufgabe zugewiesen bekommen, möglichst exakt die Schuldenlast, den Schuldendienst, also Tilgung und Verzinsung der Hartwährungskredite, die Schuldendienstquote und die vorhandene oder verlorengegangene Kreditwürdigkeit der DDR annähernd zutreffend zu ermitteln. Und dafür benötigte man folgende Informationen:

1. die möglichst exakte Höhe der Nettoverschuldung der DDR bei den Banken der OECD-Länder (= Berichtsgebiet der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel/BIZ);

2. den „Währungskorb" der aufgenommenen Bankkredite; d. h. in welcher prozentualen Zusammensetzung hat die DDR Kredite in Dollar, DM, Schweizer Franken und in sonstigen Währungen aufgenommen. Diese Kenntnis war unumgänglich, um möglichst exakt die Zinsbelastung der DDR zu ermitteln;

3. die Struktur der Laufzeit der insgesamt aufgenommenen Kredite (dabei waren Fristigkeiten von 3 Monaten bis zu 5 Jahren zu beachten). Die Ermittlung der Fristigkeit der DDR-Kredite war dabei nicht nur entscheidend für die Ermittlung der Zinslasten, sondern auch für die Feststellung der fälligen Tilgungen; und letztlich

4. die Höhe der zu zahlenden Zinsen in Abhängigkeit von der Kreditvertrags-Währung, der Laufzeit der Kredite und den zeitlichen Schwankungen der Zinshöhe auf den westlichen Geld- und Kapitalmärkten.

Über die Deutsche Bundesbank erhielt ich Zugang zu den internen Informationssammlungen der BIZ in Basel. Sie hatte tatsächlich Anfang der 80er Jahre erstmals einen „Währungskorb" zusammengestellt, dem man die Struktur der Kreditaufnahme der europäischen RGW-Staaten getrennt nach den von ihnen bevorzugten Kreditaufnahmewährungen entnehmen konnte. Außerdem hatte sie brauchbare Tabellen über die Laufzeiten der von den RGW-Staaten aufgenommenen Kredite erstellt. Daraus ergab sich z. B., daß die DDR im Westen Anfang der 80er Jahre in über 40 % der Fälle nur Kredite mit einer Laufzeit von 6 Monaten und darunter aufgenommen oder eingeräumt erhalten hatte.

Unseren Recherchen kam ferner zugute, daß die Baseler Bank Anfang der 80er Jahre ihr weltweites Meldenetz über die Kreditvergabe der Banken der OECD-Staaten beträchtlich komplettiert hatte, so daß es nur noch wenige Erfassungslücken gab.

Damit waren alle Informations-Voraussetzungen vorhanden, um die Bonität oder den noch vorhandenen Grad der Zahlungsfähigkeit der DDR zu ermitteln.

Das Ergebnis war erschreckend. Der SED-Staat stand am Abgrund der Zahlungsunfähigkeit.

Die „Schuldendienstquote“ der DDR lag 1977 nicht, wie von mir noch 1979 aufgrund unzulänglicher Bankstatistiken ermittelt, zwischen 50-60 %, sondern bereits in diesem Jahr bei 144 %. Bis 1980 kletterte diese Quote auf 168 % und erreichte 1981 und 1982 Spitzenwerte von 190 % und 183 %.

Daraus folgte, daß 1981/82 die konkreten Zins- und Tilgungsverpflichtungen der DDR gegenüber dem Westen fast doppelt so hoch waren wie die gesamten Devisenerlöse aus dem Westhandel.

Die DDR konnte streng genommen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre keine Westimporte mehr aus eigener Kraft bezahlen, und zwar weder Investitionsgütereinfuhren zur Modernisierung ihrer weitgehend verschlissenen Produktionsanlagen noch Konsumgüter zum Stopfen von Versorgungslücken.

Diese Lage des SED-Staates am Abgrund der Zahlungsunfähigkeit in Verbindung mit den gewaltig angestiegenen außenwirtschaftlichen Belastungen im Ost- oder RGW-Handel erklärte maßgebend auch alle bis dahin von der SED-Wirtschaftsführung ergriffenen und dann von ihr in den Folgejahren unternommenen verzweifelten wirtschaftspolitischen Rettungsversuche. Damit komme ich zum Schluß.

In den elf Jahren von 1980 bis 1991 hat das Wirtschaftsreferat des Gesamtdeutschen Instituts 73 Analysen zur Wirtschafts-, Außenhandels,- Verkehrs- und Sozialpolitik der DDR, zur Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands, zur Energiewirtschaft und zur Umweltpolitik der DDR-Regierung sowie zur Umweltverwüstung jenseits der Elbe vorgelegt. Diese Analysen wurden als „Manuskriptdrucke“ in einer Auflage zwischen 50 bis 200 Exemplaren hergestellt. Alle Aufklärungs- und Politikberatungsstudien wurden umgehend nach ihrer Fertigstellung entsprechend einem mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Frau Dr. Marlies Jansen sitzt da oben, mit ihr wurden die Verteiler nämlich damals abgestimmt), abgestimmten Verteiler an das Kanzleramt, an interessierte Bundesministerien (je nach fachlicher Zuständigkeit), an den Deutschen Bundestag und seinen wissenschaftlichen Dienst, an einzelne Bundestagsabgeordnete (auf Anfrage), an Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und an befreundete DDR-Forschungsinstitute versandt.

Die Deutsche Bundesbank, und damit komme ich zum Schluß, wurde bei dieser Informationsversorgung besonders gut beliefert, denn sie erhielt jede brandneue Studie in zwei bis vier Exemplaren auf dem Direktwege zugesandt.

Auch die „Forschungsstelle für gesamtdeutsche, wirtschaftliche und soziale Fragen“ in Berlin, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg haben alle Forschungsergebnisse von größerem Gewicht und sämtliche bedeutsamen Gutachten und Veröffentlichungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR der Leitung der Deutschen Bundesbank zugeleitet.

Die Deutsche Bundesbank hätte also bei einer sorgfältigen Verarbeitung der angebotenen Forschungsergebnisse nicht so ahnungslos sein müssen, wie sie sich dann Mitte 1991 dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, einige von Ihnen werden die zeitlose Erkenntnis Goethes kennen, die er einst seinem Sekretär und Vertrauten Eckermann in einem seiner posthum berühmt gewordenen „Gespräche“ mitgeteilt hat: „Man sagt, daß Zahlen nicht die Welt regieren, aber eines weiß ich mit Sicherheit, daß Zahlen zeigen, wie die Welt regiert wird“.

Die ernstzunehmende westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung hat nach meiner Überzeugung jahrzehntelang trotz aller Informationssperren und trotz aller Täuschungsmanöver bewiesen, wie die SED die DDR regiert hat. Ich danke für's Zuhören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Als Statthalter der Zeit muß ich darauf hinweisen, wenn ich jetzt die Überziehungen jeweils von der Diskussionszeit abziehen würde, hätten wir nur noch gut 20 Minuten. Ich bitte aus diesem Grund, wenn wir die Überziehung nicht eskalieren lassen wollen, daß wir das durch Straffung der Fragen vielleicht versuchen auszugleichen. Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Cornelsen hat uns mitgeteilt, daß man auf die Statistik nicht hereingefallen ist. Diese Feststellung erscheint erst recht nach den anderen Vorträgen schillernd. Mich hätte von ihr interessiert (vielleicht kann uns das auch Herr Buck beantworten): An welcher Stelle würden Sie denn den Stand der DDR-Volkswirtschaft einschätzen, wenn wir davon ausgehen, daß man ja doch geglaubt hat, daß die DDR den 10. Platz in der Weltliste einnahm?

Eine zweite Frage: Es ist gesagt worden, daß Schutzmaßnahmen den Niedergang der DDR-Wirtschaft hätten verhindern können. In dem Sinne habe ich das jedenfalls verstanden. Meine Frage in dem Zusammenhang an Herrn Dr. Artzt und Herrn Professor Schneider: Hat der Gedanke unter dem Blickwinkel noch Sinn, daß am 1. Juli 1990 ziemlich abrupt die Währungsunion kam, und daß wir dann spätestens im September gemerkt haben, daß der Ostmarkt völlig abgebrochen war? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr Dr. Jork, vielleicht ganz kurz in einem Stichwort, damit Frau Dr. Cornelsen gegenüber den drei anderen Angesprochenen eine gleichwertige Chance hat, die Frage noch einmal wiederholen.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Cornelsen, Sie haben gesagt, daß Sie nicht auf die Statistik hereingefallen sind. Meine Frage daher: Welchen Platz würden Sie denn der DDR-Wirtschaft in der Rangliste zubilligen? Ist Platz 10 richtig?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde vorschlagen, die Frage gleich zu beantworten, weil sie an sehr viele gerichtet war. Bitte Frau Dr. Cornelsen.

Dr. Doris Cornelsen: Ich weiß nicht, ob ich mich da mißverständlich ausgedrückt habe, jedoch würde ich der DDR-Wirtschaft unter gar keinen Umständen den 10. Platz zuweisen. Ich habe niemals irgendeine Rangfolge aufgestellt und bin auch heute nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten. Ich halte das für statistisch und methodisch für so kompliziert, daß man es nicht beantworten kann. Die Tatsache, daß der 10. Platz unter den Industrienationen falsch und weitaus überschätzt ist, liegt auf der Hand.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Artzt bitte.

Dr. Matthias Artzt: Ich glaube es ging nicht um Schutzmaßnahmen der DDR, das würde wirklich die Betonung falsch akzentuieren, sondern das, was von den Wirtschaftsweisen auch im Januar 1990 vorgelegt worden ist – ich habe dies kurz zitiert und wir haben es auch mit Rüdiger Pohl im Januar diskutiert – sah vor, zunächst allmählich die DDR-Wirtschaft, sowie es auch in anderen EG-Staaten und im Saarland geschehen ist, an die Wirtschaft der Bundesrepublik heranzuführen. Die Konvertierung der DDR sollte dabei nicht 1:1, sondern sukzessive vorgenommen werden. Dies ist aber von der Politik in der Form, wie es die Wirtschaftsinstitute vorgeschlagen haben, abgelehnt worden. Diese Tatsache stand schon im Januar fest. Ich weiß nicht, ob es danach noch andere Möglichkeiten gegeben hätte. Vielleicht kann Herr Romberg da noch etwas aus den internen Zirkeln sehen. Die Menschen, für die ich spreche, haben keine Möglichkeit mehr gesehen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Professor Schneider bitte.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Ich bin selbst Saarländer. Die DDR ist in keinster Weise mit dem Saarland vergleichbar. Es ist ein vollkommener Irrtum, wenn jemand glaubt, wir haben die Konvertibilität Ende 1957 in der Bundesrepublik durch die europäische Zahlungsunion bekommen. Das lief noch damals über die BIZ also über die Basler Bank. Ab 1958 waren dann alle diese westeuropäischen Währungen konvertibel, d. h. sie waren umtauschbar zum Dollar. Die DDR-Währung war dagegen – wie alle sozialistischen Währungen – dadurch gekennzeichnet, daß sie eine reine Binnenwährung darstellte, d. h. sie war nach außen hin nichts wert. Der Begriff Binnenwährung erscheint zum ersten Mal im Nationalsozialismus. Da trennte man den Außenmarkt vom Binnenmarkt. Nach außen hin war dies keine Konvertibilität. Diese ist zwar damals im RGW angestrebt worden, da gab es den Goldrubel usw., das waren aber alles Phantastereien. Es ist überhaupt kein Vergleich, wenn jemand sagt,

die DDR soll so rangeführt werden wie Spanien oder das Saarland. Ich muß das ablehnen. Die DDR war etwas ganz anderes: Die Kriegswirtschaft, der Nationalsozialismus ist fortgeführt worden und es ist die Devisenzwangswirtschaft zum Valutamonopol ausgebaut worden. Es erfolgte eine Absperrung der Binnenwährung mit der Außenwährung und die Außenhandelszwangswirtschaft wurde zum Außenhandelsmonopol ausgebaut. Diese Situation hat es im Saarland wie auch in Spanien nie gegeben.

Wenn ich vielleicht noch einen Satz beitragen darf, ich selbst, als Historiker, bin der Ansicht, daß nur radikale Reformen helfen. Alle Reformen, die verzögert werden versickern hier. Das heißt, es muß auf Dauer irgend etwas subventioniert werden und die Reformen gelingen nicht, d. h. auf Dauer herrscht ein Subventionsbedarf. Hier ist viel zu wenig darüber gesprochen worden, wer das ganze bezahlen soll. Es geht ja schließlich um Steuermittel. Natürlich sagt man im Nachhinein, das war determiniert.

Ich bin der Ansicht, wir hatten gar keine Optionen. Es wurde ganz kurz diskutiert über Konkurrenz, Sozialismus u. a., dann hat man die Bedeutung des Eigentums erkannt. Ich bin der Ansicht, daß die DDR einen anderen Weg gegangen ist als den, den man bisher in der deutschen Geschichte kannte. Er ist vorgegeben worden seit den 20er Jahren, und die DDR ist jetzt zurückgekehrt, jedoch gab es keine langsame Anpassung. Ich habe auch die Diskussionen am Runden Tisch verfolgt, und mir erschien das manchmal sehr abgehoben. Niemand dachte an die Finanzierung. Man hatte also fast geglaubt, daß man irgendwo lebt, wo alles von selbst finanziert wird und alles andere danach kommt. Das ist ein subjektiver Eindruck. Ich sehe die Sache anders.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich möchte bitte zur Verfahrensweise einer Anhörung etwas erklären. Die Anhörung liegt in der Hand der Kommission. D.h. Fragen stellen die Abgeordneten oder Sachverständigen. Wenn also beispielsweise der Abg. Dr. Jork wünscht, daß seine Frage auch auf die Antwort von Herrn Romberg ausgedehnt wird, dann kann er das tun, nur das Podium selbst meldet sich nur auf Anfragen eines Abgeordneten zu Wort. Wenn das anders gewünscht werden sollte, müßte das die Kommission anders beschließen. So sind nun einmal die Regeln. Das Wort hat der Abgeordnete Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): In diesem Sinne habe ich eine Bitte und zwar, daß der Vorsitzende ermöglicht, daß Frau Dr. Cornelsen, Herr Dr. Volze und, obwohl er jetzt nicht mehr im Podium sitzt, Herr Dr. Schürer kurz auf den Beitrag von Herrn Professor Schneider reagieren können. Ich denke, daß Herr Professor Schneider so befragt wurde, daß eine Reaktionsmöglichkeit bestehen sollte.

Zum Zweiten hätte ich zwei konkrete Fragen. Eine Frage möchte ich auch an Herrn Professor Schneider richten. Mir ist es in der Art der Darstellung sehr wichtig gewesen, wie Dr. Volze den Erkenntnisweg beschrieben hat, den er selber gegangen ist. Das heißt, daß er sehr genau und kritisch gefragt hat, wann

was denn eigentlich bekannt sein konnte, aufgrund von welchen Quellen. Jeder, der sich einmal mit eigenen Haltungen in der Vergangenheit beschäftigt hat, weiß, wie schwierig es ist, genau zu rekonstruieren, wann welche Erkenntnis da war. Meine Frage an Sie ist, ob Sie sich vor 1989 mit der DDR-Forschung beschäftigt haben, ob Sie da zu anderen Ergebnissen gekommen sind als diejenigen, die sie angefragt haben, und ob dieser Streit schon damals lief?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Romberg. Ich erinnere an einige Beiträge vorher, als es in der Runde heute Vormittag um die Frage der Märkte im Osten ging und die Rede davon war, daß manche glaubten, es wäre nicht vorhersehbar gewesen, daß diese Märkte zusammenbrechen. Heute Vormittag wurde schon deutlich herausgestellt, daß diese Tatsache natürlich klar vorhersehbar war. Ich konstatiere einmal, auch wir in der DDR-Regierung haben das damals schon vor dem 2. Juli 1990 gewußt. Ich habe damals z. B. als Außenminister eine Tagung mit Vertretern verschiedener Länder Ende Juni 1990 organisiert, bei der wir über solche Fragen, und wie der Handel weiter zu stützen wäre und dann gestaltet werden könnte, diskutiert haben. Ich möchte Herrn Dr. Romberg bitten, vielleicht kurz darzustellen, welche Rolle diese Fragestellungen in den Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister gespielt haben. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Auch das ist wieder sehr komplex gewesen. So, lieber Herr Markus Meckel, ist die Verfahrensweise in Ordnung. Es haben also nacheinander die Genannten das Wort. Frau Cornelsen bitte.

Dr. Doris Cornelsen: Ich hatte ja schon vorhin, lieber Herr Schneider, darüber etwas Klage geführt, daß Sie in Ihrem Bericht, den ich gedruckt vorliegen habe, so taten, als hätten wir irgendwelche alten Zahlen falsch fortgeschrieben. In den Materialien 1987 haben wir eine ganz grundlegende neue Art der Berechnung durchgeführt, mit Ausnutzung aller Quellen. Das Ergebnis war erheblich niedriger als vorher. Sie haben dann noch andere Rechnungen zitiert. Ich habe das in den Materialien übrigens auch gemacht. Verglichen mit internationalen Veröffentlichungen über das Leistungsniveau der DDR. Da lagen wir mit unseren 50 % irgendwo in der Mitte. Das Ganze ist wegen der Quellenlage und Methode relativ schwer, und man muß auch immer wissen, wie so etwas gemacht worden ist.

Ich möchte noch einmal anmerken, daß wir bloß die Güterproduktion einbezogen haben und nicht die Dienstleistungen, also so eine Art Sozialproduktkonzept, was an den östlichen „material product system“ anschließt. Methodisch noch schwieriger wäre es gewesen, die Dienstleistungen miteinzubeziehen. Hätte man die Dienstleistungen mithineingenommen – die in der DDR sowohl im Staatsbereich als auch in der privaten Wirtschaft nicht sehr hoch entwickelt gewesen waren – wäre das Ergebnis sicher niedriger als 50 % gewesen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich bedaure, ich kann zu diesem Thema der Arbeitsproduktivität wirklich nichts aus eigner Kenntnis beitragen. Ich habe mich mit diesen Fragen wissenschaftlich nicht beschäftigt.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Auch wenn es ein Grenzfall der Geschäftsordnung ist, Herr Dr. Schürer bitte.

Dr. Gerhard Schürer: Ich habe in meinen Darlegungen schon ausgeführt, daß ich mich mit diesen neuen Berechnungen von Herrn Professor Dr. Schneider beschäftigen werde. Es betrifft die Statistik jedoch nicht die Planung. Die Statistik unterstand mir ja nie. Bei uns ging es um das Prinzip: die Statistik darf nie dem Vorsitzenden der Plankommission unterstellt werden. Insofern war das günstig. Daß die Unterstellung unter Mittag noch schlechter war, daran hat vielleicht damals keiner gedacht, aber auf jeden Fall ist das Fakt.

Ich glaube aber, Herr Professor Schneider, bei allen ernsthaften Überlegungen müßte man einmal die Leute der Statistik mit einbeziehen, insbesondere die, die das Jahrbuch 1990 erstellt haben**.** Durch diese wurden ja Fakten korrigiert, die politisch hineingetragen wurden. Nach den von Ihnen vorgestellten Produktivitätsvergleichen der beiden Staaten sowie der Fälschung zur Produktionsentwicklung in der DDR, klaffte der Abstand zwischen der DDR und der Bundesrepublik in der Produktivität immer weiter auseinander. Sie waren im vorletzten Satz bei 20 % angelangt und im letzten Satz, den habe ich nicht genau verstanden, da war überhaupt nichts mehr an Produktivitätssteigerung in der DDR vorhanden. Und ich muß Ihnen sagen, diese Darstellung liegt so weit ab von der Realität, daß ich zunächst einmal meine Bedenken dahingehend äußern muß, daß man diese unrealistischen Statements nicht zu Unterlagen in der Kommission machen darf. Noch nicht einmal bei den 8 Milliarden Ausrüstungsimporten – von den 20 Milliarden Importüberschuß waren 8 Milliarden Ausrüstungsimporte, aus der Bundesrepublik, aus Japan, aus westlichen industriellen Ländern – weisen Sie eine Steigerung der Arbeitsproduktivität nach. Sie werden uns doch nicht solche Ausrüstungen verkauft haben, die keine Produktivität gebracht hätten? Diese Art der Darstellung ist – meiner Ansicht nach – überzogen, das ist nicht die Wahrheit. Ich wäre dafür, daß man diese Tatsachen mit den dafür zuständigen Leuten diskutiert. Die gibt es alle noch, zu nennen wäre z. B. Professor Donda, der das Staatliche Amt für Statistik geleitet hat. Man könnte weiterhin Kontakt zu den Menschen aufnehmen, die ins Statistische Bundesamt übernommen worden sind, die dort auch gearbeitet haben, und die Statistik gemacht haben. Diesen Komplex muß man näher untersuchen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Danke. Herr Professor Schneider bitte.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Die Erkenntnisse hatte ich vor 1989 nicht. Ich beschäftige mich jetzt etwa seit 10 Jahren mit der DDR und habe jetzt einfach

diese Zahlen, die ich vorgefunden habe, addiert. Ich hatte ein ganz starkes Gefühl der Irritation, weil ich gesehen habe, daß, was hier an Zahlen angegeben wird, nicht mit dem übereinstimmt, was ich in Archiven gefunden hatte. Es ist kein Vorwurf gegen Frau Dr. Cornelsen, sondern ich bin der Ansicht, daß diese Ausgangswerte, die damals, als Bruno Gleitze gearbeitet hat, viel zu hoch angesetzt waren, fortgeschrieben worden sind. Ende dieses Jahres wird das Buch von Herrn Dr. Schwarzer erscheinen. Herr Dr. Schürer, Sie können das empirisch nachprüfen und bis ins letzte Detail nachprüfen.

Wenn Sie betonen, Herr Dr. Schürer, daß Technologie importiert worden ist, muß ich dagegen halten, daß dies in sehr begrenztem Maße geschehen ist. Die Importe haben auch zu Fehlinvestitionen in unglaublichem Maße geführt, das ist ja heute hier auch angesprochen worden. Wenn Technologie importiert wurde, hat ja alles andere nebenbei gefehlt. Sie wissen selbst, daß, was der Herr Mittag geschrieben hat, eine Fehlinvestition in Höhe von 12 Milliarden Mark, wo alles andere nicht stimmte. Es gab keine ausgewogene Entwicklung in der DDR, weil der technische Fortschritt von außen aufgepfropft werden mußte. Ein Großteil der Kredite ist andererseits in der DDR konsumtiv untergegangen.

Dr. Gerhard Schürer: Ich will wenigstens noch einen Fakt beitragen. Es ist ja Tatsache, daß die DDR 1989 oder 1988 gegen Valutamark 12 Milliarden Erzeugnisse in die westlichen Industrieländer exportiert hat und daß die jährlich gestiegen sind. Nicht nur die Billigexporte, die Sie zu Recht kritisieren –Dumpingpreise hat vorhin jemand gesagt –, sondern auch richtige Industrieware aus der DDR: Offsetmaschinen und alle Arten von Maschinen. Auf dem Gebiet der Elektronik haben wir dagegen kaum exportieren können, weil wir da einfach nicht an der Weltspitze lagen. Man nahm uns noch nicht einmal die Werkzeugmaschinen mit unserer Steuerung ab. Die Steuerung mußten wir in westlichen Ländern zukaufen.

Aber Fakt ist doch, daß es diese Wachstumsraten im realen Export, im Export in die UdSSR gab, das war doch Ware, das war doch nicht nur irgendeine fiktive Kennziffer. Die DDR mußte ja ihre Leistungen in der Produktivitätssteigerung gehabt haben. Ich finde es nicht richtig, bei ihrer Abbildung des Produktivitätsvergleichs der beiden deutschen Staaten ein Bild zu zeichnen, wo die Produktivität sogar in den Jahren 1972-1978, wo wir eigentlich am meisten Technik importiert haben, in den Keller geht. Ich kann das nicht glauben, es tut mir leid.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich muß wieder eine Zwischenbemerkung machen. Ich werde ab jetzt die Geschäftsordnung gnadenlos durchsetzen. Denn es ist so, daß die Kommission am Ende befinden muß, ob eine Anhörung noch Fragen offen gelassen hat, und dann können wir als Kommission entscheiden, ob wir ggf. noch eine Anhörung und mit welcher Richtung machen. Aber eine Anhörung darf nicht aus dem Ruder laufen, darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Bisher war ich charmant, ich werde ab jetzt uncharmant sein. Es hat das Wort Herr Dr. Romberg.

Dr. Walter Romberg: Danke sehr. Ein entscheidender Schub für Veränderungen des osteuropäischen Wirtschaftsgefüges, und damit also auch der Außenhandelsbeziehungen, war die Entscheidung im Januar 1990, daß man zu Welthandelspreisen übergehen wollte und auch auf dieser Basis den Austausch organisieren wollte. Man kann darüber streiten, wie weit das vernünftig war. Aber die Folgen dieser Entscheidung waren am Horizont und das heißt, es war klar, daß auch für die DDR und dann später für die neuen Bundesländer neue Verhältnisse entstehen würden. Ich bin heute früh nicht dabei gewesen, ich weiß also nicht, was im einzelnen gesagt worden ist. Die Regierung de Maizière hat sich jedenfalls sehr bemüht, die Wirtschaftsbeziehungen in die Sowjetunion, soweit es im Rahmen von Regierungsabkommen lag, fortzuführen. Weiterhin wurde versucht, finanzielle Unterstützung zu bekommen, soweit das von der westdeutschen Seite notwendig war. Ich kann im einzelnen nicht angeben in welchem Maße hier Dinge erfüllt wurden oder noch mehr hätten erfüllt werden können. Sicher ist aber, daß das Abbrechen der Märkte im Osten auch in diesem Umfang eine Reaktion darauf war, so nehme ich es jedenfalls wahr, daß sich die westdeutsche Wirtschaft vornehmlich dann in Ostdeutschland engagiert hat und ihre Strategien für die Eroberung neuer Märkte durch Exporte erst einmal auf die DDR konzentriert hat. Dadurch sind sicher auch Chancen verloren gegangen. Allerdings ist in den letzten zwei Jahren eine Umkehrung entstanden, d. h. die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Nachbarstaaten insbesondere in Mittel- Osteuropa haben gewaltig zugenommen, allerdings in einer Struktur, die vor allen Dingen den westdeutschen Bundesländern zugute gekommen ist und erst langsam auch eine Erholung für die neuen Bundesländer mit sich bringt.

Ein anderer Punkt, den man für 1990 sicher auch noch hervorheben muß, ist der, daß sich die deutsche Wirtschaft sehr schwer getan hat, auch ungewöhnliche Austauschmethoden, z. B. den Barter-Handel in Richtung Osten weiter auszubauen, und die Exportstützung ist auch erst 1992 in Richtung der russischen Föderation und den GUS-Staaten stärker zum Zuge gekommen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Wir haben jetzt noch sieben Wortmeldungen. Wenn ich mich einer Hochrechnung befleißigen würde und zwei bisher getätigte Wortmeldungen zugrunde legen würde, käme ich auf 95 Minuten, die uns noch bevorstehen. Das ist schlicht und ergreifend nicht machbar. Ich hatte ja schon uncharmante Züge versprochen. Deswegen meine erste Frage. Kann es bei diesen sieben Wortmeldungen bleiben? Ich sehe keinen Widerspruch, also ist es das Ende der Liste der Wortmeldungen. Zweitens bitte ich aus dem selben Grunde, daß sich die Fragesteller bemühen, nicht alle Mitglieder des Podiums mit einer Frage anzusprechen, und ich bitte ebenso die Mitglieder des Podiums, daraus keine Koreferate zu machen. Ich danke Ihnen, jetzt hat Herr Dr. Elm das Wort .

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich beschränke mich auf eine Frage, die ich an Herrn Dr. Buck und Frau Dr. Cornelsen richte. Ich setze voraus, daß ich von einer gewissen Kommunikation im Rahmen der Ostforschung im weiten Sinn

ausgehe. Meine Frage geht dahin, ob die kritischen Feststellungen zur DDR-Forschung der 70er und 80er Jahre, ob die vergleichsweise auch anzuwenden sind, z. B. für die Ostforschung bezogen auf die UdSSR oder auf andere realsozialistische Staaten, Herrschaftssysteme, wie Polen, Tschechoslowakei. Kann man auch sagen, daß sich die DDR- und UdSSR-Forschung in anderen Ländern, beispielsweise in den Vereinigten Staaten, vor der ähnlichen selbstkritischen Bilanz ihrer Arbeiten sieht, wie das hier teilweise für die DDR-Forschung festgestellt wird?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Im Sinne einer von mir angedrohten Straffung würde ich jetzt bitten, daß zwei weitere Kollegen, Herr Spiller und Herr Prof. Burrichter ihre Fragen stellen.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Zunächst eine Frage an Herrn Dr. Volze. Sind Sie, als langgedienter Beamter und Kenner Bonner Ministerialbürokratie, der Auffassung, daß im Jahre 1989 wirklich in den einschlägigen Ministerien eine illusionäre Vorstellung über die Wirtschaftskraft der DDR vorhanden war? Oder würden Sie meine Einschätzung teilen, daß bei denen, die sich mit diesen Fragen beschäftigten, eine relativ realistische Einschätzung vorherrschte, und die auch an die politische Führung weitergegeben wurde, aber aus nachvollziehbaren Gründen, wie ich finde, kein Entscheidungskriterium für die Frage der Wiedervereinigung sein konnte?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Schneider. Sie sagten, Sie beschäftigen sich seit etwa 10 Jahren mit der DDR. Wie war denn im Jahr 1989 Ihre Einschätzung über die Wirtschaftskraft der DDR? Hatten Sie etwa die Vorstellung, Sie müßten vor der Wiedervereinigung oder der Form der Wiedervereinigung warnen? Oder erhoben Sie etwa den Vorwurf gegenüber der Bundesregierung, daß sie die finanziellen Folgen verniedlichen würde?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Professor Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Meine Frage an Sie, Frau Dr. Cornelsen: Sie haben das Szenario der Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der DDR beschäftigten, eben sehr vielfältig skizziert. Sie zeigten auf, daß es neben dem DIW noch Herrn Thalheim gab, Herrn Förster, Herrn Gutmann und früher Herrn Hänsel. Stimmen Sie mit mir darin überein, daß wir innerhalb dieser Disziplin, wie es sich für eine Wissenschaft im demokratischen Staat gehört, eine plurale Situation hatten? Und stimmen Sie weiter mit mir darin überein, daß dies nicht nur für die Wirtschaftswissenschaftler innerhalb der DDR-Forschung galt, sondern insgesamt für die DDR-Forschung der alten Bundesrepublik? Wenn dies der Fall ist, dann halte ich die pauschale Rede von der DDR-Forschung schlechterdings für hinterfragbar, wenn man sich nicht dem Vorwurf der Polemik aussetzen will.

Von dieser Position eine Frage an Sie, Herr Schneider. Wir haben als Thema heute, „Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“.

Da Sie nun seit geraumer Zeit auf dem Sektor arbeiten, würde ich Sie doch bitten, noch nachzureichen, nachdem Sie Ihr Statement wesentlich auf das DIW konzentriert haben, wie denn andere Wirtschaftswissenschaftler innerhalb der DDR-Forschung ihre Wahrnehmung publiziert und ihre Analysen vorgestellt haben.

Und noch eine dritte Frage an Herrn Buck. Herr Buck, Sie haben für mich in überzeugender Weise diese schizophrene Situation in der DDR – auf der einen Seite Innovationsfeindlichkeit, auf der anderen Seite aber eine frappierende Wissenschaftsgläubigkeit – dargestellt. Um den Dingen wirklich tiefer auf den Grund zu kommen, wäre zu fragen, wie hält ein System einen solchen offensichtlichen Grundwiderspruch eigentlich aus?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Ich erteile jedem der Angesprochen genau einmal das Wort. Also müßten alle Fragen beantwortet werden, die an den jeweiligen gerichtet wurden. Zunächst hat Herr Dr. Buck das Wort.

Dr. Hansjörg Buck: Ich bin gefragt worden, wie denn die Ostforschung oder die Forschung, die sich mit den Zentralplanwirtschaften sowjetischen Typs im RGW beschäftigte, die wirtschaftliche Situation anderer Staaten neben der DDR beurteilt hat, und ob es dort auch Kontroversen über die Leistungsfähigkeit dieser Volkswirtschaften unter den Forschern gab, die sich mit dem Thema beschäftigten. Ich bin kein Experte für die Wirtschaft der UdSSR. Ich weiß nur, daß z. B. über die Effizienz der Instrumente der Wirtschaftspolitik oder die Möglichkeit, ob mit bestimmten Reformen des Wirtschaftssystems eine höhere Rationalität der Wirtschaftslenkung in diesen Staaten UdSSR oder Ungarn und woanders erreicht werden kann, daß es dort unter den jeweiligen Forschern Kontroversen gegeben hat. Allerdings muß ich betonen, daß es diese Kontroversen nur innerhalb einer bestimmten Breite gab. Es hat niemals Extrempositionen gegeben, daß irgendein Wissenschaftler z. B. das Wirtschaftssystem sowjetischen Typs in der UdSSR oder in der DDR unter den obwaltenden politischen Verhältnissen für tatsächlich reformfähig gehalten hat.

Und noch eine Bemerkung. Ein Wirtschaftswissenschaftler, wie jeder Wissenschaftler auch, versucht seine Forschungen danach auszurichten, die Wahrheit herauszufinden, und das bedingt von vornherein eine Pluralität. Mit dem DIW und mit Frau Dr. Cornelsen habe ich ausgehend von meinen Anschauungen und meinen Forschungsergebnissen gut 15 Jahre die Klingen gekreuzt. Ich fand das eine recht produktive Konkurrenz unter DDR-Forschern.

Herr Dr. Burrichter hat gefragt, wie ein System diesen Grundwiderspruch zwischen einer propagierten Wissenschaftsgläubigkeit und gleichzeitig einer enormen Innovationsfeindlichkeit durch Aufbau einer gewaltigen Menge von Hemmnissen für Neuerungen aushält. Es ist eine sehr schwierige Frage. Ich würde sagen, die Wissenschaftsgläubigkeit äußerte sich im Grunde nur noch in verbalen Bekundungen. Aber eine Wissenschaftspolitik, die sozusagen die Schleusen öffnete, um eine höhere Innovationsergiebigkeit in der DDR durch-

zusetzen, diese praktisch notwendige Politik der Innovationsförderung durch Freigabe von Spielräumen und Freiheitsräumen, die hat es nicht gegeben. Insbesondere nicht dadurch, daß sich die DDR der internationalen Wissenschaftskonkurrenz geöffnet hat, denn Sie blieb ein „closed shop“ bis zu ihrem Untergang.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Das Wort hat Frau Dr. Cornelsen.

Dr. Doris Cornelsen: Ich kann zum Teil an das anschließen, was Herr Buck eben gesagt hat. Zunächst einmal zur Frage von Herrn Dr. Elm über die Ostforschung. Es wäre natürlich besser, wenn man da jemanden aus einem Institut hätte, das sich nur mit Ostforschung beschäftigt hat. Bei uns ging es ja immer um die DDR. Ich erinnere mich aber sehr gut daran, daß allgemein die Meinung vorherrschte, daß diese RGW-Länder eigentlich in zwei Teile zu teilen waren: Eine obere Gruppe bildete die DDR, Ungarn, CSSR und Polen und eine nachgeordnete Gruppe bildete die Sowjetunion, Bulgarien und Rumänien. Die Forschungsinstitute waren sich einigermaßen einig, daß die DDR zur Spitzengruppe gehörte. Diese Tatsache war für die DDR positiv und negativ. Positiv, weil sie eben besser war. Negativ, weil die DDR in einen großen Wirtschaftsraum eingebunden war, der keine Anforderungen an sie stellte. Sie konnte in die Sowjetunion also praktisch alles verkaufen, d. h. Produkte von mittlerer Art und Güte, die im Westen nicht abzusetzen waren.

Zur zweiten Frage von Herrn Burrichter: Sie haben das so interpretiert, wie ich es auch gemeint habe. Ich empfand die DDR-Forschung in der Bundesrepublik, trotz einem deutlichen Pluralismus in den Auffassungen, als eine sehr anregende Forschergruppe. Die Tagungen der Forschungsstelle in Berlin, die Jahrestagungen gaben eine Fülle von Anregungen. Das war eine sehr gute Sache. Wir haben da zwar auch Differenzen gehabt, aber im Grunde waren das Differenzen, aus denen man nur lernen konnte.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich würde Ihre Frage, Herr Spiller, mit einem uneingeschränkten Ja beantworten. Unter den Beamten in Bonn, die sich vor 1989 oder bis 1989 mit der DDR intensiver beschäftigt hatten – die waren ja in allen Ministerien – wußten viele eigentlich ganz gut Bescheid. Sie waren in keiner Weise sehr optimistisch, was die Wirtschaftskraft, den Zustand der DDR anging. Aber es trat dann natürlich im Jahre 1990 ein gewisser Verdrängungsvorgang ein, denn je mehr sich die Vereinigung abzeichnete, drängten die „frischen Leute“ aus den Fachabteilungen nach. Diese hatten von der DDR wenig Ahnung, und der Sachverstand der alten DDR-Fahrensleute, die dann auch so ein bißchen in Kollaborationsverdacht gerieten, kam nicht mehr zum Zuge. Es gab auch Ausnahmen, z. B. im Wirtschaftsministerium. Aber in vielen anderen Bereichen, auch bei der Bundesbank, ist das so gewesen. Und deswegen ist die Aussage schon richtig, daß die Leitungen im weiteren Prozeß vielleicht nicht

mehr so ganz richtig unterrichtet und zu optimistisch waren oder die wirtschaftlichen Kriterien nicht ernst nahmen. Ich stimme Ihnen zu, daß der Zustand der DDR-Wirtschaft sicher kein Entscheidungskriterium war. Das war die Wahrnehmung einer politischen Chance, und an die wirtschaftlichen Prozesse hat man dann nicht gedacht.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Professor Schneider bitte.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Herr Burrichter, es sind m.E. zwei Probleme. Es heißt „Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in Ost und West". Kenntnisstand, das ist eine Sache der Forschungsinstitute und bei der gegenseitigen Wahrnehmung geht es um die Beantwortung, wer hat was wahrgenommen. Ich habe mir bei diesem Thema überlegt, wie greife ich das überhaupt an. Dann bin ich darauf gekommen: Ich untersuche die Bundesbank, das Institut für Weltwirtschaft und die Forschungsinstitute. Ich muß konstatieren, daß ungefähr ein gewisser Konsens in dieser gesamten Forschung vorhanden war.

Sie haben gefragt, wie war die Wirtschaftskraft 1989. Da habe ich die Wirtschaftskraft genauso eingeschätzt wie die Forschungsinstitute es taten. Danach war mein persönlicher Eindruck, daß mit einem etwas zu optimistischen Bild gehandelt worden ist, und da bin ich dieser Fragestellung nachgegangen. Mein allererster Eindruck war, daß die Bundesregierung ein bißchen der Auffassung war, das sei so eine Sache wie in der Weltwirtschaftskrise, wenn man Kapital reinpumpt, dann läuft die Sache. Was alles zerstört war, ist uns allmählich erst bewußt geworden. Und das war m.E. niemand anderem bewußt.

Selbst wenn ich, Herr Burrichter, auch weiter die anderen Forschungsinstitute erwähne, entscheidend ist das, was auch Herr Dr. Buck gesagt hat, nämlich die Frage: Über welche Kenntnisse verfügte die Bundesbank?

Die Bundesbank hat sich sehr wahrscheinlich mit der DDR sehr wenig beschäftigt. Statt dessen hatte sie in der EU Probleme mit dem Europäischen Währungssystem etc. Seit dieser Zeit stand die DDR im Mittelpunkt, und die Bundesregierung mußte rasch handeln, und meine Ansicht war im Nachhinein, daß auch diese Erkenntnisse aus den Forschungsinstituten nicht mehr den Wert hatten, sondern man hat andere Leute aus den Abteilungen herangezogen, die den Vorteil hatten, daß sie unbeleckt waren, also keine Hypotheken aus der Vergangenheit auf sich luden, sondern sie haben die Sache sehr nüchtern gesehen. Lernprozesse haben dann stattgefunden. Das ist mein persönlicher Eindruck.

Wenn ich mich über das DIW äußerte, habe ich auch nie Frau Dr. Cornelsen herausgestellt, sondern ich habe das quellenbezogen geäußert und ich darf es nochmals betonen, m.E. liegt der Fehler hier nicht in den Forschungsinstituten, sondern es wurde damals 1952 im Forschungsbeirat ein Fehler gemacht. Bei mir läuft im Augenblick eine Dissertation über Gleitze. Es ist ganz seltsam: Das, was Gleitze damals herausgearbeitet hat, stimmt eigentlich nicht mit dem

überein, wo er die Schlüsse gezogen hat. Und da haben wir neue Berechnungen angestellt, die auf 20 % führen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Die letzten drei Fragesteller. Herr Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich denke, die Anhörung in den letzten zwei Stunden hat sehr deutlich gemacht, daß wir uns des Paradigmawechsels unserer Diskussion sehr bewußt sein müssen. Der Paradigmawechsel heißt: Warum hat die westdeutsche DDR-Forschung keine realen Einschätzungen der Lage der DDR gehabt und warum hatte sie keine realistischen Konzepte für die Transformation? Das ist sozusagen so eine Achse unserer Diskussion, und so wie unsere Anhörung angelegt ist, kann es auch gar nicht anders sein, und da muß ich einfach sagen, da hat Herr Volze uns noch einmal einen wirklich wichtigen Fingerzeig gegeben, daß vor dem Fall der Mauer diese Fragestellung für die wissenschaftlichen Forschungsinstitute überhaupt nicht bestand. Wirtschaftswissenschaftler denken ja immer mit der ceteris paribus Formel: Das sind die im Blick auf die politischen Rahmenbedingungen, „das muß uns nicht so sonderlich interessieren".

Ich finde das Beispiel von Herrn Buck über die Frage des Kenntnisstandes der Bundesbank sehr schlagend.

Meine erste Frage geht an den Wirtschaftshistoriker Herrn Schneider. Wie weit hat sich aus Ihrer Sicht die Entwicklung in der DDR oder SBZ/DDR und die westdeutsche Entwicklung in der Wahrnehmung der Wirtschaft auseinanderentwickelt? Ich habe die Vermutung, daß innerhalb der beteiligten Zünfte der Kreis der Wissenschaftler, die sich mit der DDR beschäftigten, den Exotenstatus am Ende der Bundesrepublik angenommen hatten und das führt mich noch einmal zu einer Frage an Herrn Volze, die er teilweise schon beantwortet hat, also ich möchte es noch einmal ganz präzise haben.

Sie haben im Grunde sehr plastisch beschrieben, wie Sie mit Wirtschaftsinformationen aus der DDR umgegangen sind. Wo haben wir Ansatzpunkte, um menschliche Erleichterungen mit der DDR durchzuverhandeln? Wo gibt es Probleme, auf die wir uns einstellen müssen? Von Wiedervereinigung war das alles meilenweit entfernt. Wir hatten ja die Ostverträge gemacht, und bis zu den 10 Punkten des Bundeskanzlers 1989 hat sich jede Bundesregierung, so haben Sie es auch ausgeführt, der Einmischung enthalten. Und dieses Problem, denke ich mir, müssen wir auch noch einmal in den Blick nehmen, um dieser Aussage von Herrn Buck über die Bundesbank Ausdruck zu verleihen. Herr Schneider hat es schon halb beantwortet. Waren die DDR-Probleme, die DDR-Interna für die Bundesbank überhaupt vor dem 9. November 1989 relevant?. Das war doch eine abseitige Frage!

Jetzt komme ich zu meiner Frage an Frau Cornelsen. Ich finde es relativ müßig, nach 1989 die Schlachten von gestern zu schlagen in dem Sinne, wo haben wir uns geirrt. Ich denke da einfach nur, Herr Buck hat seine Beispiele genannt, und ich will zusätzlich Frau Haendcke-Hoppe hier noch einmal durch

ein Beispiel zu Wort kommen lassen. Sie hat 1981 die Folgen der sowjetischen Erdölverknappung für die DDR im Westen präzise beschrieben. Auch hier die Frage, hätte vielleicht die westdeutsche Nahostpolitik interessiert, denn anschließend hat die DDR an Iran, Irak mehr Waffen verkauft, um Öl für die DDR heranzuschaffen, aber für die wirtschafts-wissenschaftliche DDR-Betrachtung war das nicht so wichtig.

Frau Cornelsen, ich habe zwei Punkte, die für mich eine Rolle spielen. Der eine ist, ich gehörte zu den DDR-Forschern, die sich den Luxus erlaubt haben, weiterhin stur darauf zu pochen, daß die DDR zu verschwinden hat. Ich wollte dies auch, und intentional habe ich das auch mit meiner Unterstützung der DDR-Opposition bewiesen. Das hat zur Folge gehabt, daß ich ein wohlbegründetes Einreiseverbot bekam. Sie haben uns gerade beschrieben, wie Sie sozusagen für Warengruppen in der DDR Preise ermittelt haben. Hat das Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik für Sie keine Bedeutung gehabt, insbesondere der Abschnitt, in dem vermerkt ist, daß die Sammlung von Nachrichten, die nicht der Geheimhaltung in der DDR unterliegen, untersagt ist, wenn sie zum Schaden der DDR verwendet wird?

Zweiter Problemkreis: Inwieweit wurde in der westdeutschen DDR-Forschung Rücksicht darauf genommen, daß man einreisen konnte. Das ist ein richtiges Problem gewesen und gehörte zu den Rahmenbedingungen.

Sie haben das eben im Grunde auch noch einmal dargestellt, und haben gesagt, na gut, die Deutschen haben es ja trotzdem ganz gut gehabt. Sie waren in ihrem Westsystem und im Ostsystem jeweils die Besten; ergo unter den gegebenen Umständen sollen wir uns abfinden – nach Auschwitz. In dieser Konstellation und Zuspitzung gehörten Sie im Sommer 1989, wenn ich das richtig erinnere, zu denjenigen Wissenschaftlern, die ausdrücklich auf die Zweistaatlichkeit noch einmal Wert legten, und ich erinnere mich an ein Interview in der IG-Metallzeitung Metall, in dem Sie meinten, der DDR fehlt nicht Kapital, sondern Demokratie. Demokratie war vollkommen richtig, aber die Position, warum der DDR kein Kapital fehlt, diese Feststellung habe ich damals nicht begriffen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Also, ich hätte auch große Lust, mich in die Debatte um die DDR-Forschung einzumischen. Mir scheint es auch so, daß das Urteil, was hier im Laufe der letzten zwei, drei Stunden herüberkam, doch einseitig zu positiv ist. Wenn ich höre, daß Sie praktisch aus der wirtschafts-wissenschaftlichen Sicht betonen, daß Sie eh alles im Blick und im Griff gehabt haben, dann gebe ich die folgende Frage zurück: Was haben wir denn eigentlich heute noch zu erforschen über die DDR-Wirtschaft? Also, ich glaube das nicht, und wir haben ja nicht nur in der DDR-Forschung, bei den Wirtschaftswissenschaftlern, sondern auch bei den Politologen, bei den Sozialwissen-

schaftlern, bei den Historikern ähnliche und wahrscheinlich viel erhitztere Debatten.

Ein Hauptvorwurf, der m.E. vollkommen zu Recht gemacht wird, geht ja nicht in die Richtung, daß man sagt, Ihr habt da eine Zahl nicht richtig gehabt, oder Ihr habt uns eine Information nicht richtig mitgeteilt, sondern es geht darum, daß ganz bestimmte Fragestellungen und ganz bestimmte Gebiete von vornherein völlig ausgeklammert worden sind. Darin liegt doch das Versagen der DDR-Forschung! Staatssicherheit, Opposition und Widerstand und andere Stichworte wurden nicht mehr thematisiert. Zugegebenermaßen mag das bei Ihrer Beschäftigung mit dem Thema nicht so eine Rolle gespielt haben, aber natürlich haben die gesellschaftlichen Randbedingungen eine Rolle gespielt, und in den 80er und in den 70er Jahren galt die DDR in der westdeutschen DDR-Forschung im main stream nicht mehr als Diktatur. Dies ist doch eine Tatsache, die man unbedingt herausstellen muß.

Der zweite Punkt richtet sich an Herrn Artzt. Ich habe Ihren Vortrag mit großer innerer Spannung und auch Vergnügen gehört, möchte jedoch in einem Punkt widersprechen. Ich stimme nicht ganz mit Ihnen darüber überein, daß diese drei oder vier Wünsche, die die Ostdeutschen zu Weihnachten 1989 hatten, daß das tatsächlich diese Wünsche waren, aber ich verstehe einerseits, daß Sie damit sozusagen ein Bild vorgeben wollten.

Meine Frage lautet: Inwieweit spielten Wirtschaftsfragen zur DDR eine Rolle oder welchen Stellenwert hatte die DDR-Wirtschaft in der Opposition vor 1989? Gab es da Diskussionen, oder gab es auch Arbeitskreise?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Kowalczuk könnten Sie bitte noch präzisieren, welchen Podiumsfachmann Sie als Ihre erste Frage betreffend angesprochen haben.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich hatte eigentlich Herrn Buck und Frau Cornelsen angesprochen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Das wäre gut zu wissen. Dankeschön. Der letzte Fragesteller bin ich. Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Artzt, sie ist sehr kurz, Sie haben in Ihren Ausführungen den Begriff neoliberal verwendet. Könnten Sie dafür eine kurze wissenschaftliche Definition geben? Das Wort hat Herr Professor Schneider.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Herrn Wilke darf ich antworten, daß m.E. die DDR-Forschung eine Diagnose betrieben hatte. Wenn man die ganzen Unterlagen, auch die der gesamtdeutschen Ministerien hier verfolgt, und was herausgegeben worden ist, dann stellt man fest, daß seit Beginn der 60er Jahre eigentlich ein Verfall der DDR-Forschung stattfand, der eigentlich 1970 abgeschlossen wurde. Anfang der 70er Jahre trat ein absoluter Verfall der DDR-Forschung ein: Mit dem Handbuch der DDR-Forschung von Peter Christian Lutz war ein Buch auf dem Markt, das beispielsweise im Bereich der politischen Ökonomie ausschließlich Bücher aus der DDR heranzog. Das wäre das

beste Buch für die DDR selbst gewesen. Das war für mich ein absoluter Verfall der DDR-Forschung.

Das zweite, was Sie ansprechen, ist, daß die Forschung über die DDR retrospektiv eigentlich immer eine Diagnose gegeben hat, auch viele Sachen sehr scharf gesehen hat, daß sie aber keine Theorie des Transformationsprozesses aus einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft hervorgebracht hat. Das war von Anfang an nicht der Fall. Warum nicht? Sehr wahrscheinlich war man in der Generation, der Gleitze, Eucken usw. angehörten, der Ansicht, das wäre so etwas wie die Kriegswirtschaft im Nationalsozialismus und zwar war ja da die Marktwirtschaft eingefroren. Wir haben eine marktlose gelenkte Wirtschaft eingefroren. Die ist wieder liquidiert worden, also eine eingefrorene Wirtschaft nach 1948 mit der Währungs- und Wirtschaftsreform in Richtung Marktwirtschaft und das ist ja gut gegangen. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, daß die Institutionen im Nationalsozialismus nicht zerstört wurden. Es gab Finanzämter etc. und genau das hat man m.E. in der DDR alles übersehen. In der DDR waren die Institutionen zerstört, es gab keine Finanzämter usw. Die Bundesregierung hat dann sehr schnell gehandelt, hat Partnerschaften usw. gebildet und das war m.E. eine große Sache. Dieser Aspekt wurde in der Forschung nicht gesehen. Für eine Theorie des Transformationsprozesses hätte die Forschung auch dauernd parat stehen müssen, und das kann man eigentlich von einer Forschung nicht erwarten. Die Wiedervereinigung ist ja auch unerwartet gekommen. Also man muß das vielleicht in größerem Zusammenhang sehen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich kann nur bestätigen, daß Sie mich richtig zitiert haben. Das Thema in den 70er und 80er Jahren war: Wie ist die Wirtschaftslage der DDR als Hintergrund für operative Möglichkeiten in Verhandlungen mit der DDR zu beurteilen? Es stand nicht mehr der Zusammenbruch des Systems auf der Tagesordnung. Deshalb ist auch, wenn ich da noch gleich anknüpfen darf, niemand nach 1982, als die CDU wieder an die Regierung kam, auf die Idee gekommen, den Forschungsbeirat neu zu etablieren. Ich habe immer darauf gewartet, aber das ist nicht geschehen. Das hatte einen ganz einfachen Grund, das konnte man politisch nicht machen, wenn man gleichzeitig mit der DDR verhandelte. Man kann nicht mit einem Staat verhandeln und gleichzeitig ein Institut unterhalten, das über deren Abschaffung nachdenkt. Das geht einfach nicht. Das muß man bei realistischer Betrachtung sehen.

Noch ein Wort zur Bundesbank. Die Bundesbank war durchaus an der DDR interessiert. Die Bundesbank war sehr an der Verschuldung der DDR interessiert, und deswegen hat sie also ganz gut auch über die wirtschaftlichen Hintergründe Bescheid gewußt. Nur war das bis zu Herrn Schlesinger vielleicht nicht empor gestiegen oder er hat sich 1990 im Eifer der Geschäfte nicht mehr daran erinnert. Informiert war die Bundesbank, und sie war auch interessiert. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Frau Dr. Cornelsen bitte.

Dr. Doris Cornelsen: Herr Wilke, Sie haben die Frage gestellt, warum wir munter durch die Geschäfte im Osten gefahren sind. Sie haben da einen ziemlich empfindlichen Punkt angesprochen. Wir hatten das so organisiert und fanden es auch nützlich, daß wir wirklich einmal vor Ort etwas sehen konnten und uns informieren konnten. Aber ich habe es mit Unbehagen gesehen, und wir haben deshalb auch mehrere Vorkehrungen getroffen:

Erstens mußte nur jemand recherchieren, der es auch machen wollte und nicht jemand der Angst hatte. Zweitens hatten wir Blanco-Reiseanträge bei uns im Sekretariat für den Fall liegen, daß mal jemand nicht wiedergekommen wäre. Es war uns durchaus bewußt, daß auch das Sammeln allgemein zugänglicher Tatbestände den Spionagetatbestand erfüllte. Drittens hatten wir immer gute Bekannte in der Ständigen Vertretung, die dann, wenn jemand von uns das Material nicht in der Handtasche nach Hause tragen wollte, uns die Sachen abnahmen. Wir haben auch immer, was manchmal sogar zu Irritationen geführt hat, geschrieben, wir hätten die Informationen aus der Preisstatistik und irgendwelchen sonstigen Quellen entnommen. Wir haben nie geschrieben, daß da sieben Leute tagelang umhergelaufen sind, um Informationen zu sammeln. Im Gegenteil, wir versuchten, dies so dezent wie möglich zu machen. Aber Sie haben mit Ihrer Einschätzung Recht, daß es etwas riskant war. Ich bin übrigens auch deshalb selber mitgelaufen, weil ich das, was ich meinen Kollegen zumutete, auch erleben wollte. Es war eine unangenehme Geschichte, und wir haben alle ein ungutes Gefühl gehabt, aber wir hatten Gott sei Dank Glück.

An Ihren Artikel aus dem Sommer 1989, den Sie erwähnten, kann ich mich nicht erinnern, aber ich muß Ihnen etwas sagen. Im Sommer 1989 habe ich vermutlich genauso gedacht, daß die DDR, natürlich Geld braucht, aber ich ging davon aus, daß die DDR in erster Linie eine andere Gesellschaft benötigte. Daß die DDR so dringend Geld benötigte, habe ich übrigens damals nicht vermutet. Herr Volze hat ja auch betont, daß die Schwierigkeiten beim Außenhandel nicht das Ausmaß erreichten, daß man in Katastrophenstimmung verfallen mußte. Ich hatte auch nie den Eindruck, daß die Ersparnis so groß war, daß die DDR voller Verzweiflung auf die Katastrophe warten mußte.

Aus westlichen Vorstellungen ist man etwas ganz anderes gewöhnt. Wenn heute sämtliche Leute in der Bundesrepublik ihre Sparkonten liquidieren würden und in die Geschäfte stürzen, wäre das Ergebnis ja hier auch ein bißchen verblüffend, und drüben rechnete man dauernd, daß die Angebotslücken und das freie Spargeld zu etwas Schlimmen führen würden. Also das habe ich nie geglaubt, ich dachte die sind ein bißchen altmodisch in ihren Einschätzungen. Ich habe wirklich gemeint, sie brauchen im Moment Demokratie dringender, daß ich das aber auch geschrieben habe, das weiß ich nicht mehr.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Danke. Herr Dr. Artzt bitte.

Dr. Matthias Artzt: Herr Ortleb, ich fange mit dem letzten Punkt an. Mit neoliberal habe ich die Form der Privatisierung aus der Anfangsphase des Einigungsprozesses bezeichnet, wo die Treuhand die Marktkräfte voll entfalten ließ, und es zu keiner Sanierung der Betriebe kam. Erst später wurde der Beschluß zur Sanierung von Betrieben – Sie kennen die Diskussion um die industriellen Kerne – gefaßt, und in dem Sinne meine ich, daß der reine neoklassische Weg hier verlassen wurde.

Nun zu Herrn Kowalczuk. Ich habe mit den vier Wünschen natürlich nur die materiellen Wünsche angesprochen. Die anderen Wünsche wie Pressefreiheit, Redefreiheit, Wahlen u. a., die waren ja zum großen Teil, und das war ja auch das Erstaunen der Opposition, schon im Oktober/November spätestens nach der Maueröffnung erfüllt.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Wenn ich einmal kurz dazu etwas sagen kann, ich habe das schon begriffen, das steht ja auch ausdrücklich da, die materiellen Wünsche. Nur diese im Prinzip drei materiellen Wünsche, das sind ja alles Wünsche, die man sozusagen auf einen Schlag erfüllen konnte. Daraus ließe sich die Schlußfolgerung ableiten, daß, wenn diese Wünsche erfüllt worden wären, man die Mauer wieder hätte zumachen können und die Menschen dann glücklich gewesen wären. Darum ging es jedoch nicht. Es ging ja sozusagen auch um die Befriedigung der alltäglichen Bedürfnisse, also auch um die tägliche Banane oder was auch immer.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Also eigentlich wollten wir das ja in dieser Form nicht fortsetzen.

Dr. Matthias Artzt: Aber Sie haben dieses Bild schon richtig verstanden. Nun zu Ihrer Frage: Gab es Wirtschaftszirkel seitens der Opposition vor der Wende in der DDR? Meines Wissens, also zu denen ich gehörte, gab es keine reinen Wirtschaftskreise, sondern diese Überlegungen zur DDR-Wirtschaft waren immer mit gesellschaftspolitischen Überlegungen verbunden.

Zweiter Punkt: Die Diskussion ging vor allem davon aus, daß in komplexen Systemen wie Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen Selbstorganisation nur bei Kooperation und bei Freiheit möglich ist. Aus den 10 Punkten, die ich vorgetragen hatte, wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß diese DDR in der Form, wie sie sich entwickelte, auch nach Honecker, also nach 1971 nicht reformierbar war, und wir haben auch überhaupt nicht mehr darüber nachgedacht, wie die DDR zu reformieren ist, sondern einfach darüber, was kommt danach. Bei der Frage, was kommt danach, setzten die Diskussionen an: marktwirtschaftliche Elemente, Fragen nach Grund und Boden, Fragen nach dem Eigentum. Weiterhin ging es um die Frage: Wie kann man die Individuen zu einer eigenen Aktivität anregen, denn das war ja der Hauptmangel der DDR und auch der Hauptgrund, warum sie nicht reformierbar war. Also diese Fragen sind sehr intensiv diskutiert worden und mündeten dann automatisch auch in die Diskussion nach 1989.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Herr Dr. Buck bitte.

Dr. Hannsjörg Buck: Ich möchte auf die Frage von Herrn Kowalczuk antworten. Natürlich hat der Zeitgeist der 70er Jahre auch Einfluß auf die Programmierung von Forschungszielen innerhalb der DDR-Wirtschaftsforschung gehabt. Es ist richtig, daß so manche, aus dem Aspekt heraus, die DDR darf nicht mehr existentiell in Frage gestellt werden und schon gar nicht destabilisiert werden, sich vielleicht in dem, was sie dann für persönliche Forschungsziele ansahen, zurückgenommen haben. Das meine ich auch beobachtet zu haben. Ich kann das von mir selber aus nicht sagen; jemand der 10 Jahre im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands groß geworden ist und um sich herum die Creme der DDR-Wirtschaftsforscher von der ordnungspolitischen Theorie versammelt sah, der konnte sich mit dieser Zeitgeistströmung nicht im Einklang befinden.

Bei mir ist es auch so gewesen, daß ich niemals für eine Tagung in der DDR eine Einreise bewilligt bekommen habe. Ich habe zu einer Tagung, die 1988 in Leipzig stattfinden sollte, in der Handelshochschule, wo es um Fragen der Ost-West Wirtschafts- und Technikkooperation ging, einen Antrag auf Einreise gestellt, der mir zusammen mit einem weiteren westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler verwehrt worden ist. Das war ein klarer Verstoß gegen das Wissenschaftsabkommen, das im September 1987 bei dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik beschlossen worden ist. Mein Fall und der des anderen DDR-Wirtschaftsforschers sollte auch ins Gespräch, in den dafür zuständigen Kommissionen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, gebracht werden.

Es ist tatsächlich so, daß es auch Behinderungen im Hinblick auf die Aufklärungsforschung über die Verhältnisse in der DDR gab. Ich sage hier zum ersten Mal öffentlich, daß Vertreter des Bundesumweltministeriums z. B. zwei Jahre lang erfolgreich sabotiert haben, daß es einen Umweltbericht der Bundesregierung über die Umweltverwüstungen in der DDR gegeben hat. Nach den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vorgeschlagen, sofort auch einen Umweltbericht „Materialien zur Lage der Umwelt in der DDR“ herauszubringen. Zu diesem Zweck stellte es bereits ein Team von Wirtschaftswissenschaftlern, Umweltforschern und anderen zusammen. Eine sehr große interdisziplinäre Wissenschaftstruppe sollte sich diesem Thema widmen. Diese Sabotage dauerte so lange an, bis dann die DDR untergegangen ist. Dieser Umweltbericht ist nie zustande gekommen. Und wenn Sie sich das noch einmal vor Augen führen, dann ist es eben so, daß diese Zeitgeistbeeinflussung sich irgendwo auch bei dem einen oder anderen DDR-Wirtschaftsforscher oder DDR-Forscher breitgemacht hat. Ich bedaure das nur heute.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich danke allen Beteiligten. Ich bitte, meine harte Hand zu entschuldigen, aber so habe ich wenigstens erreicht, daß wir nur eine halbe Stunde überzogen haben. Mit Zustim-

mung des Vorsitzenden wird vorgeschlagen, die Sitzung sofort, ohne Pause fortzusetzen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Vielleicht darf ich noch zwei Sätze dazu sagen. Der Kollege Jork hat jetzt mit all seinen Mitstreitern die komplizierte Aufgabe, die halbe Stunde wieder reinzuholen, zumindestens sollte das Ziel vor Augen stehen, daß wir hier um 20.00 Uhr fertig werden. Wir sollten dabei ein bißchen an uns denken und vor allen Dingen an die Zuhörer, die hier nicht als Redner beteiligt sind, sondern 10 Stunden lang zuhören. Aus diesem Grunde sollten wir versuchen um 20.00 Uhr fertig zu werden, in der Hoffnung, daß der eine oder andere von Ihnen morgen wiederkommt.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Darf ich, ehe ich richtig anfange, noch einen Hinweis geben, mein lieber Herr Vorsitzender. Draußen sind Leute, die uns Kaffee und Kuchen anbieten. Sie sind von der Illusion ausgegangen, daß nach dieser Pause wohl Schluß sein könnte. Wenn Sie also noch etwas holen wollen, sollten Sie die Gelegenheit jetzt wahrnehmen.

Ja, ich nehme unseren Vorsitzenden sehr ernst, deshalb bitte ich also, den ehemaligen Volkskammerkollegen Dr. Hielscher als ersten Platz zu nehmen, denn der Herr Vorsitzende hat mir ja eine Vorlage gegeben, die ich benutze. Ich freue mich feststellen zu können, daß wir offensichtlich personell vollständig sind und möchte gleich in Anbetracht der Zeit auch zur Sache kommen. Noch einmal eine Eingangsbemerkung: Ich hatte mir heute früh erlaubt festzustellen, daß der Übergang wohl durch den Quotienten aus dem gewünschten Endzustand und dem Eingangszustand gegeben ist. Und wenn wir das auf die DDR-Wirtschaft und das bisher Diskutierte beziehen, muß ich als Reglungstechniker feststellen, daß das System unvollständig bestimmt und mehrdimensional ist, und daß eine eindeutige Definition dieses Transformationsprozesses bisher überhaupt nicht möglich ist. Es könnte sein, und das wünschen wir uns, daß wir eine Erhellung in der jetzt folgenden Runde bekommen. Ich schlage vor, daß gleich Herr Claßen vom Wirtschaftsministerium beginnt.

Horst Claßen: Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, das Thema, das mir gestellt ist, „Zwischenbilanz des Transformationsprozesses“ impliziert verschiedene Fragestellungen.

Einmal natürlich die Frage: Wie war eigentlich die Ausgangslage 1990, d. h. wo kommt die ehemalige DDR-Wirtschaft überhaupt her? Dann die zweite Frage: Was haben wir in diesen Jahren erreicht? Das ist die Frage nach der Aktivseite der Bilanz. Dritte Frage: Was bleibt zu tun? Welche ungelösten Probleme stehen noch vor uns? Die Frage nach der Passivseite und schließlich: Wie geht es weiter? Das betrifft vor allen Dingen die Frage nach dem künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik.

Ich war leider nicht in der Lage, die Diskussion heute von Anfang an zu verfolgen, ich bitte daher um Entschuldigung, wenn vielleicht einiges, was von mir vorgetragen wird, im Laufe des Tages schon erwähnt worden ist.

Wenn man Bilanz zieht, kann man sagen, die Rechtseinheit und die politische Einheit Deutschlands sind inzwischen praktisch verwirklicht worden. Allerdings und das sieht man, wenn man hier in den neuen Ländern durch die Lande fährt und sich auch die wirtschaftlichen Zahlen zu Gemüte führt, die wirtschaftliche Einheit hinkt immer noch erheblich hinterher. Der Transformationsprozeß von der Plan- in die Marktwirtschaft dauert auch länger als erwartet. Angesichts der katastrophalen Ausgangslage in allen Bereichen der ehemaligen DDR-Wirtschaft ist das im Nachhinein auch nicht anders zu erwarten. Aber das war 1990 so nicht bekannt. Die Diskussion eben hat das ja auch zur Genüge gezeigt.

Die Probleme, die nach der Einheit offensichtlich wurden, waren auch mit umfassender und massiver finanzieller Hilfe kurzfristig nicht zu beheben. Die Marktwirtschaft hat die Schwächen des alten Systems schonungslos aufgedeckt. Hierzu gehörten die eingeschränkte Produktvielfalt und -menge, Käuferschlangen, Wartezeiten, eingeschränkte Arbeitsplatzfreiheit, eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten, geringe Produktivität und ein vergleichsweise niedriger Lebensstandard. Dies war der Preis für die Arbeitsplatzsicherheit in der DDR-Wirtschaft. Mit der Auflösung der Scheinstabilität des alten Systems, damit möchte ich bezeichnen, die Illusion mehr zu haben, als man tatsächlich besaß, wurden diese Probleme offenbar.

Die Schwierigkeiten, die seitdem aufgetreten sind, sind also nicht Folgen der sozialen Marktwirtschaft, sondern Altlasten der früheren DDR-Wirtschaft. Für diejenigen, die ihre Arbeitsplätze bei diesem Umstrukturierungsprozeß verloren haben, ist das sicher nicht immer leicht zu verstehen. Für sie wiegt der Verlust der Arbeit möglicherweise schwerer, als der Gewinn an persönlicher, materieller und politischer Freiheit. Um so wichtiger ist es, die bestehenden, ungelösten Probleme nicht isoliert, sondern in übergreifenden und zwar historisch sowie politisch übergreifenden Zusammenhängen zu sehen. Veranstaltungen, wie die heutige, sind hierfür wichtig und unerläßlich.

Zur ersten Frage: Wie war die Ausgangslage der DDR? Hier möchte ich mich kurz fassen, weil das zu einem wesentlichen Teil eben schon behandelt worden ist. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 1. Juli 1990 und der politischen Einheit vom 3. Oktober 1990 erfolgte praktisch über Nacht die Integration des ehemaligen DDR-planwirtschaftlichen Systems in ein offenes Wettbewerbssystem. Es kam also zu keinem langsamen Übergang, sondern zu einem Liberalisierungsschock. Der machte sich bemerkbar einmal durch die Einführung einer auf Privateigentum basierenden Eigentumsordnung. Er machte sich auch bemerkbar durch die Freigabe aller Preise durch Öffnung der Märkte nach innen und nach außen und durch Einführung einer konvertiblen und starken Währung. Diese Umstellung hat in der marktwirtschaftlichen Konsequenz die Empfehlungen von Währungsfonds, OECD und Weltbank für andere Planwirtschaften im Osten doch deutlich übertroffen. Nirgends ist der Systemwechsel so abrupt und radikal praktiziert worden, wie in der ehemaligen DDR. Die ostdeutschen Unternehmen wurden unmittelbar dem internationalen

Wettbewerb ausgesetzt, ohne daß Instrumente des Außenschutzes zur Verfügung standen.

Der Wegfall der Grenzen bedeutete auch volle Freizügigkeit für die Arbeitnehmer und Integration der Arbeitsmärkte. Dies führte zunächst für die ostdeutsche Wirtschaft zu der problematischen Abwanderung von Arbeitskräften nach Westdeutschland. Hinzu kam der Druck, möglichst schnell die Lebensverhältnisse an Weststandards anzupassen. Dies hatte Lohnabschlüsse zur fatalen Folge, an deren Problemen die ostdeutsche Wirtschaft noch heute leidet.

Dieser Systemwechsel traf auf eine ostdeutsche Wirtschaft, deren Zustand viel schlechter war, als alle Experten seinerzeit erwartet haben. Kurz einige Stichworte.

Die Produktivität erreichte nicht einmal 30 % des westdeutschen Niveaus. Der Kapitalstock war veraltet, das Durchschnittsalter der industriellen Ausrüstungen 1989 betrug 18 Jahre im Vergleich zu 8 Jahre in Westdeutschland. Die Produktpalette war auf überregionalen Märkten zum großen Teil nicht wettbewerbsfähig, weil sie ausgerichtet war auf eine politisch gesteuerte Arbeitsteilung im Wirtschaftsraum des RGW. Die Wirtschaftsstruktur war in sehr starkem Maße verzerrt, es bestand ein überdimensionierter Industriebereich und ein völlig unterentwickelter Dienstleistungssektor. Hinzu kamen massive Ressourcenfehlallokationen, Energieverschwendung und eine massive Umweltzerstörung. Diese Fehlentwicklungen waren die Folge einer ideologisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik, deren Steuerungselemente und Kriterien nicht Markt und Preise, sondern politische Vorgaben waren.

Die Auswirkungen des Transformationsschocks traten sehr rasch zutage. Die Industrieproduktion fiel im Verlauf des Jahres 1991 auf ein Drittel des Niveaus vom 1. Halbjahr 1990, das Bruttoinlandsprodukt sank zur selben Zeit um 35 % und die Zahl der industriellen Arbeitsplätze schrumpfte von 3,5 auf unter eine Million.

Wissenschaftliche Ratschläge in Form konkreter Transformationskonzepte und Strategien existierten nicht. Es handelte sich um ein singuläres historisches Ereignis, für das keine Erfahrungen aus der Vergangenheit zur Verfügung standen.

Ziel der Politik mußte es sein, den Menschen in den neuen Bundesländern Zukunftsperspektiven aufzuzeigen und zugleich die Überzeugung zu vermitteln, daß der liberale marktwirtschaftliche Staat ein verläßlicher Partner für die Bürger und Arbeitnehmer in den neuen Ländern sei. Hierfür wurde eine wirtschaftspolitische Konzeption des Aufbau Ost mit folgenden Kernelementen entwickelt:

Im Vordergrund stand die Förderung der privaten Investitionstätigkeit und von Existenzgründungen. Hinzu kam die Strategie der Privatisierung und Reprivatisierung sowie Sanierung der ehemaligen Staatsunternehmen insbesondere durch die Treuhandanstalt. Die Eigentumsverhältnisse mußten neu geordnet

werden. Eine zentrale Aufgabe bestand auch im Abbau von Investitionshemmnissen insbesondere aufgrund der Vielzahl ungeklärter Eigentumsverhältnisse und ökologischer Altlasten. Schließlich ging es um den Aufbau und Ausbau einer modernen Infrastruktur sowie um eine Verbesserung der Absatzbedingungen der ostdeutschen Unternehmen. Hinzukommen mußten ein arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium, das den Strukturumbruch sozial abfederte sowie eine regionalpolitische Flankierung des Anpassungsprozesses. Schließlich mußten eine funktionsfähige Verwaltung und Justiz aufgebaut werden. Soviel zur Ausgangslage zum Zeitpunkt der wirtschaftlichen und politischen Einheit.

Lassen Sie mich nun zu dem Hauptthema kommen, was ist in dieser Zeit positiv erreicht worden, das heißt, was sind die wichtigsten Posten auf der Aktivseite der Bilanz? Ich möchte diese Punkte in sieben Punkten zusammenfassen:

1. Aufbau einer unternehmerischen Basis

Seit 1991 wurden in den neuen Länder netto rund 300.000 Unternehmen gegründet. Auch wenn hier in der Zwischenzeit eine gewisse Abflachung im Zuge der Normalisierung eingetreten ist, besteht weiterhin und bestand auch im letzten Jahr 1996 noch ein positiver Gründungssaldo. Das wird in Anbetracht der hohen Insolvenzzahlen häufig übersehen. Bis Ende 1994 hat die Treuhandanstalt etwa 15.000 Unternehmen privatisiert, die dabei gegebenen Investitions- und Arbeitsplatzzusagen werden aller Voraussicht nach übererfüllt werden. Die Indizien für die Dimension des Problems, vor dem die Treuhandanstalt stand, dürfte Ihnen bekannt sein. Der Wert des Volksvermögens wurde im März 1990 noch mit 1,3 Billionen DM bezeichnet. Die Treuhand schloß dagegen Ende 1994 mit einem Defizit von 256 Milliarden DM ab.

Besonders positiv zu werten ist auch der Aufbau vieler mittelständischer Unternehmen in den neuen Ländern. Bis zum ersten Halbjahr 1996 sind rund 510.000 mittelständische Existenzen gegründet worden. In diesen mittelständischen Unternehmen waren 3,4 Mio. Arbeitnehmer zu dieser Zeit beschäftigt. Auch im Ost-West-Vergleich sieht man, daß hier eine ganze Menge erreicht worden ist, wenn man sich die Bevölkerungsrelation anschaut, die etwa 1:4 beträgt, neue Länder – alte Länder, dann gibt es bei den mittelständischen Unternehmen eine Relation inzwischen von 1:5. Also die Differenz ist nicht mehr so groß.

Ein erhebliches Defizit besteht allerdings noch beim industriellen Mittelstand. Hier beträgt die Relation nur 1:10. Das heißt, ein ostdeutsches mittelständisches Unternehmen im Bereich der Industrie steht gegenüber 10 entsprechenden Unternehmen in Westdeutschland.

2. Die Produktivität

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist von 31 % im Jahr 1991 auf immerhin fast 57 % im letzten Jahr des westdeutschen Niveaus gestiegen. Dahinter verbirgt sich eine sehr breite Streuung. Am günstigsten ist das Ergebnis im Be-

reich der Bauwirtschaft. Hier beträgt die Relation inzwischen 77 %, im verarbeitenden Gewerbe 55 %, im Bereich der Dienstleistungen 51 % und nach wie vor sehr ungünstig stellt sich die Situation im Bereich Handel und Verkehr dar mit nur 45 %.

3. Einkommen

Die Bruttoeinkommen je Beschäftigten sind von 47 % auf inzwischen 74 % gestiegen. Auch bei den Investitionen ist eine erhebliche Dynamik zu verzeichnen. Die Anlageinvestitionen je Erwerbstätigen waren 1995 (hierfür stehen die letzten Zahlen zur Verfügung) gut 60 % höher als in Westdeutschland. Also 60 % wurde pro Kopf Erwerbstätigen in den neuen Ländern mehr investiert, als in Westdeutschland.

Die Investitionsquote, also der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt, liegt bei gut 52 %. Das ist wesentlich mehr als je in Westdeutschland erreicht wurde. Im Unternehmenssektor insgesamt wurden in den Jahren 1991 bis 1996 rund 520 Milliarden DM investiert.

4. Die Infrastruktur

Auch hier sind Ihnen die Erfolgszahlen bekannt. Telefon, Fernstraßen, Schienen, Wohnungen usw., die möchte ich hier nicht wiederholen. Wichtige Aufgaben sind weiterhin die Verkehrsprojekte, hier vor allem die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Alle diese Projekte sind im Bau und die Bundesregierung ist bestrebt, diese bis Anfang des nächsten Jahrzehnts zumindest in den wesentlichen Teilen fertig zu stellen.

5. Industrie

Lassen Sie mich als nächstes auf die Industrie zu sprechen kommen. Auch hier sind trotz der massiven Probleme, die weiterhin bestehen, erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Zwar ist nach der Wende die Industriedichte, d. h. die Zahl der industriellen Arbeitsplätze auf 100 Einwohner bezogen, um 75 % gesunken, dies war allerdings unvermeidlich wegen der seinerzeitigen Überdimensionierung der ostdeutschen Industrie. Aber auch hier ist inzwischen eine Aufwärtsentwicklung unverkennbar.

Beim industriellen Mittelstand sind bis ins letzte Jahr die Zahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten gestiegen. Damit hat sich bis zuletzt insgesamt die Entwicklungstendenz der Jahre 1993 bis 1995 positiv fortgesetzt.

6. Industrieproduktion

Auch die Industrieproduktion konnte in den letzten Jahren erheblich gesteigert werden und zwar insgesamt um 40 %. In Westdeutschland ist dagegen die Industrieproduktion in diesen Jahren gesunken. Dies gilt übrigens auch für 1996. Im Jahr 1996 ist die ostdeutsche Industrieproduktion um gut 6 % gestiegen, in Westdeutschland dagegen leicht gesunken. Schließlich belegen Umfragen bei

Investoren, daß Ostdeutschland als Investitionsstandort für Industrieunternehmen inzwischen nicht schlechter angesehen wird als Westdeutschland.

7. Öffentliche Hilfen

Diese Erfolge wären nicht möglich gewesen ohne die massiven finanziellen Transfers von Seiten des Bundes und der Westländer. In den Jahren 1991 bis 1996 belief sich das Netto-Transfervolumen auf etwa 900 Milliarden DM. Das sind Jahr für Jahr gut 5 % des westdeutschen Bruttosozialproduktes, die nach Ostdeutschland transferiert wurden.

Lassen Sie mich das an ein paar Einzelprogrammen exemplifizieren, dann wird das ein bißchen plastischer:

Allein durch ERP-Kredite wurden in den Jahren 1990 bis 1996 Existenzgründungen und Investitionen mit einem Zusagevolumen von 52 Milliarden DM unterstützt. Das dadurch geförderte Investitionsvolumen wird auf über 150 Milliarden DM, sprich 1,9 Mio. neue Arbeitsplätze geschätzt.

Im Rahmen der regionalen Förderung, also der Gemeinschaftsaufgabe in den neuen Ländern, wurden seit 1991 ein Fördervolumen von 53 Milliarden DM zugesagt. Dies entspricht einem geförderten Investitionsvolumen von knapp 170 Milliarden DM in der gewerblichen Wirtschaft und 34 Milliarden DM im Infrastrukturbereich. Auch in diesem Jahr wird trotz der Haushaltsprobleme die regionale Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland auf hohem Niveau fortgeführt. Für dieses Jahr steht ein Bewilligungsrahmen von 6,5 Milliarden DM zur Verfügung.

Die Positivmeldungen möchte ich nicht allein auf Ostdeutschland beschränken, sondern es ist klar und unbestritten, daß auch Westdeutschland von der Vereinigung insgesamt deutlich profitiert hat. Laut Schätzungen des RWI ergab sich für die Jahre 1990 und 1991 ein Wachstumsgewinn für die westdeutsche Wirtschaft von 1,5 bis 2 % des BSP. Das IWH in Halle schätzt, daß durch die Einheit das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt um 200 Milliarden DM pro Jahr gesteigert wurde. Das bedeutet, daß 1997 das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt um 7 % höher ist als es wäre, wenn man den Trend vor 1990 linear fortgeschrieben hätte. Das sind also Modellrechnungen mit allen Einschränkungen, die mit derartigen Rechnungen behaftet sind.

Lassen Sie mich nun zu meinem dritten Teil kommen, zu den weiterhin bestehenden Problemfeldern in der ostdeutschen Wirtschaft. Wo liegen die zentralen Defizite? Ich möchte das an 10 Punkten festmachen.

1. Eigenleistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft

   Die Eigenleistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist nach wie vor unzureichend. Sie liegt mit etwa 2/3 weiterhin erheblich zu niedrig. Das sind Zahlenschätzungen für 1994. Seit 1995 haben wir keine eigenständige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland mehr, so daß

man für diesen Zeitraum keine exakten Berechnungen mehr vornehmen kann.

2. Der Kapitalstock weist in Ostdeutschland nach wie vor wesentliche strukturelle Defizite auf. Die Kapitalintensität der ostdeutschen Industrie ist weiterhin zu gering. Je Arbeitsplatz beträgt die Kapitalausstattung in Ostdeutschland immer noch erst 2/3 des Westniveaus trotz der hohen Investitionstätigkeit, aber durch erhebliche Überalterung und mangelnde Rentabilität des existierenden Kapitalstocks mußten eben erhebliche Teile ausgesondert werden, so daß per saldo der Kapitalstock relativ wenig gewachsen ist. Die Produktionskapazitäten sind außerdem zu stark auf regional absetzbare Güter ausgerichtet. Im übrigen ist der Anteil der Bauten am gesamten Kapitalstock überdimensioniert. 2/3 der Produktionskapazitäten bestehen aus Bauten.

3. Produktivität

   Ich habe schon darauf hingewiesen. Die Produktivität liegt etwa bei 57 %, dagegen das Bruttoeinkommen bei 74 %. Die Folge ist ein Lohnstückkostenüberhang Ost gegenüber West von nach wie vor 30 %. Das Problem ist, daß dieser Lohnstückkostenüberhang in den letzten zwei Jahren nicht weiter gesunken ist.

4. Humankapitalverlust

   Durch die Wanderungen von Ost nach West ist ein erheblicher Humankapitalverlust entstanden, der auch noch nicht in der Zwischenzeit wieder ausgeglichen wurde. Zwar sind seit 1994 die Abwanderungen nur noch wenig höher als die Zuwanderungen, insgesamt ist jedoch ein erheblicher Verlust an Humankapital dadurch entstanden, daß die Abwanderungen vor allen Dingen aus jungen und qualifizierten Menschen bestanden.

5. Forschung und Entwicklung sowie Innovationsintensität der Ostdeutschen Wirtschaft

   Die Bedeutung von forschungs- und entwicklungsintensiven Branchen und Produktionen in der ostdeutschen Wirtschaft ist nach wie vor relativ gering. Neueren Schätzungen zufolge beträgt der Anteil der Spitzentechnologie an der Industrieproduktion im Westen 6,8 %, in Ostdeutschland dagegen nur 2,9 %. Der Anteil an höherwertiger Technik im Westen beträgt 39 %; im Osten dagegen nur 24 %.

   Auch die Unternehmensstrukturen weisen im Vergleich zum Westen Nachteile auf. Hier sind zum einen die geringen Betriebsgrößen der ostdeutschen Unternehmen zu nennen. Ostdeutsche Firmen sind gemessen an den Beschäftigten rund um 1/3, gemessen am Umsatz sogar um 2/3 kleiner als Westunternehmen. Außerdem sind es überwiegend junge Unternehmen, die per se anfälliger sind.

Auch die Ertragslage ist weiterhin in ostdeutschen Unternehmen schlecht. Bundesbankuntersuchungen – allerdings vom Jahr 1994 – zufolge betrug die Umsatzrendite aller ostdeutschen Unternehmen minus 2,4 %, im Westen dagegen plus 1,6 %. Im verarbeitenden Gewerbe betrug die Umsatzrendite 1994 sogar minus 5,2 %. Aktuellere Schätzungen des Instituts in Halle belegen für 1995 eine negative Umsatzrendite für das verarbeitende Gewerbe von minus 8,5 %. Allerdings sind diese Schätzungen in ihrer Aussagekraft begrenzt, d. h. sie sind zu relativieren. Zum einen stehen hinter diesen Durchschnittswerten erhebliche Streuungen, also das Spektrum positiv zu negativ ist sehr breit. Zum anderen muß man sehen, daß diese Zahlen, die sich meist aus Bilanzdaten ergeben, nach unten verzerrt sind, weil durch die hohe Investitionstätigkeit natürlich auch ein hoher Abschreibungsbedarf bei den ostdeutschen Unternehmen zu Buche schlägt. Dadurch werden die positiven Bilanzzahlen nach unten gedrückt.

6. Kommunale Infrastruktur

   Auch hier befindet sich der Stand von Ostdeutschland immer noch unter westdeutschem Niveau.

7. Der eigentliche zentrale Schwachpunkt aus wirtschaftspolitischer Sicht ist die nach wie vor zu schmale industrielle Basis. Die Industrie in Ostdeutschland trägt nur zu 14 % zur Gesamtproduktion bei, in Westdeutschland dagegen zu 25 %. Umgekehrt ist es beim Bau. Hier ist der Anteil der ostdeutschen Bauwirtschaft mit 16 % mehr als dreimal so hoch wie im Westen. Auch dies offenbart eine ungesunde Verzerrung, die sich im Laufe der Zeit normalisieren muß.

8. Durch diese schmale industrielle Basis wird auch das Wachstum produktionsnaher und industrienaher Dienstleistungen behindert. Demzufolge ist der Anteil der Dienstleistungen in Ostdeutschland mit 31 % weiterhin deutlich niedriger als im Westen mit 37 %.

9. Auch die Exportquote ist insgesamt zu niedrig.

   Der ostdeutsche Export trägt derzeit nur zu 4-5 % zum gesamtdeutschen Export bei. Allerdings, je nachdem wie man Export abgrenzt, ob man also auch die überregionalen Lieferungen, also die Lieferungen über die eigentlichen ostdeutschen Länder hinaus miteinbezieht, kann man zu der Aussage kommen, daß sich insgesamt die überregionale Ausrichtung des Absatzes in Ostdeutschland weitgehend an das westdeutsche Niveau angenähert hat.

10. Die zu geringe industrielle Basis hat eine wesentliche Ursache vor allem in den Absatzproblemen der ostdeutschen Wirtschaft.

    Es bestehen nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten beim Zugang zu bestehenden Märkten vor allen Dingen im Westen. Die Produkte sind noch nicht bekannt genug. Vor allen Dingen offenbart sich diese Tatsache im Westen, weil jeder, der im Westen durch den Supermarkt geht, feststellen

wird, daß man fast keine ostdeutschen Produkte sieht. Die Markteintrittskosten sind zu hoch. Die Handelsbeziehungen im Westen sind immer noch zu starr und das Management im Osten hat teilweise immer noch Defizite im professionellen Marketing.

Erschwert wurde die Situation durch den Zusammenbruch der traditionellen Märkte im Osten, vor allem der GUS-Staaten. 1990 bis 1995 haben sich die westdeutschen Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa verdoppelt und erreichen heute rund den 10fachen Wert der ostdeutschen Exporte nach Mittel- und Osteuropa.

Zahlen für 1995: Exporte aus Ostdeutschland nach Osteuropa 5,0 Milliarden, Exporte aus den alten Bundesländern nach Osteuropa 50 Milliarden. Trotzdem ist die Abhängigkeit der ostdeutschen Industrie von den Ostexporten mit 36 % immer noch wesentlich höher als im Westen, wo vom Export nur 7 % nach Osteuropa gehen.

Schließlich kommt erschwerend hinzu, daß sich das Wirtschaftswachstum zuletzt erheblich verlangsamt hat; 1996 betrug es nur noch 2 %, nach 5,3 % und 9,9 % in den Vorjahren.

Der Sachverständigenrat weist allerdings zu Recht darauf hin, daß das kein Indiz dafür ist, daß der Aufbau Ost abbricht. Er erwartet vielmehr für die kommenden Jahre wieder eine Beschleunigung des Wachstums, auch die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit immerhin 2,5 % in Ost- wie in Westdeutschland. Dahinter steht und darauf weisen alle Experten hin, ein Wechsel in den Auftriebskräften des Wachstums.

Auf der einen Seite steht die unvermeidliche Normalisierung im Baugewerbe, zum anderen der nach wie vor zu geringe Anteil der Industrie und der Dienstleistungen, die erst im Laufe der Jahre in die normalen Strukturen hineinwachsen müssen. Das geschieht zum Glück: Industrie und Dienstleistungen haben sich bis zuletzt recht dynamisch entwickelt, sie wuchsen 1996 jeweils mit 6 %. Aber von einer niedrigen Basis aus gerechnet bedeutet das, daß das eben entsprechend lange dauert, bis vergleichbare Strukturen wie im Westen erreicht sind.

Die Folge dieser Wachstumsverlangsamung ist die desolate Situation auf dem Arbeitsmarkt. Ende Januar hatten wir 1,4 Mio. Arbeitslose, für Februar ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Die Arbeitslosenquote beträgt inzwischen 18,4 %, wenn wir die Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt hinzunehmen sogar 25 %.

Lassen Sie mich damit zum letzten Punkt meiner Ausführungen kommen. Was sind die prioritären Aufgaben der Wirtschaftspolitik in Anbetracht der ungelösten Probleme in Ostdeutschland? Ziel der Politik der Bundesregierung bleibt eine ostdeutsche Wirtschaft, die sich eigenständig im Wettbewerb behauptet. Das heißt eine ostdeutsche Wirtschaft, die genügend Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten bietet und eine Wirtschaft, die nicht oder nicht mehr

in substantiellem Maße auf Transfers von außen angewiesen ist. Auf dieses Ziel muß die Wirtschaftspolitik in erster Linie abzielen.

Die Voraussetzungen dafür sind insgesamt gegeben. Die neuen Länder verfügen über ein reichliches Humankapital, 14 % der ostdeutschen Bevölkerung hat Abitur, 9,5 % sogar einen Hochschulabschluß. Es besteht eine weitgehend modernisierte Infrastruktur. Die Umweltsituation hat sich erheblich verbessert, die Planungs- und Genehmigungsverfahren funktionieren hier viel reibungsloser und schneller als im Westen. Es besteht ein hohes Maß an Gewerbeflächen und nicht zuletzt verfügt Ostdeutschland über die zentrale Lage in Europa als Brückenkopf zwischen Ost- und Westeuropa.

Die Umsetzung dieser komparativen Standortvorteile in konkrete Wachstums- und Beschäftigungsimpulse ist allerdings in Zeiten eines globalen strukturellen Umbruchs der Weltwirtschaft nicht einfach zu vollziehen. Es geht eben derzeit nicht nur um die Bewältigung eines Systemwechsels, sondern auch weltweit sind Strukturen in erheblichem Umbruch begriffen, das Stichwort Globalisierung ist ja wie Sie wissen, inzwischen in aller Munde.

Die größte Belastung auf dem Weg zu einer selbsttragenden wettbewerbsfähigen ostdeutschen Wirtschaft ist derzeit der nach wie vor bestehende erhebliche Lohnstückkostenüberhang. Er beträgt weiterhin 30 %. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Situation im vergangenen Jahr etwas besser geworden. Hier zeigen die letzten Zahlen „nur noch“ 25 %. Diese Situation, die sich in der ungünstigen Ertragssituation der ostdeutschen Firmen niederschlägt, ist auf Dauer nicht tragbar, sondern erfordert eine erhebliche Anpassung, vor allen Dingen bei der Tarifpolitik.

Interessant fand ich in diesem Zusammenhang eine in den letzten Tagen veröffentlichte Untersuchung des Instituts in Halle über den Transformationsprozeß in Tschechien. Ich weiß nicht, ob Sie das vielleicht in der jüngsten Veröffentlichung gelesen haben. Ich will das nur referieren ohne es zu werten. Sicherlich kann man hier die Situation des einen mit dem anderen Landes nicht vergleichen. Tschechien verfügt über Vollbeschäftigung, d. h. hat eine Arbeitslosenquote von 3 %. Das Institut in Halle führt diese günstige Situation auf verschiedene Faktoren zurück, die m.E. doch bemerkenswert sind.

Einmal und das ist wohl das Kernelement des Erfolges, auf eine zurückhaltende Einkommenspolitik. Verglichen wird die Entwicklung der Stundenlöhne von 1990 auf 1991 sowohl in der ehemaligen DDR als auch in Tschechien. In den neuen Bundesländern sind die Stundenlöhne von 1990 auf 1991 von 10,75 DM auf 14,20 DM/Std. gestiegen – dagegen in Tschechien von 5,00 DM auf 3,80 DM in DM gerechnet. Hierin schlägt sich natürlich auch eine starke Abwertung der Krone nieder. Das heißt, die Kombination von sehr zurückhaltender Lohnpolitik mit einer Strategie der Währungsabwertung hat hier dazu geführt, daß der „Kostenschock“ der Wirtschaft in Tschechien weitgehend erspart wurde. Hinzu kommt allerdings und das sollten wir nicht verschweigen, ein sehr großer staatlicher Sektor weiterhin. 1994 waren 40 % aller Erwerbstä-

tigen in Tschechien im Staatsdienst tätig. Von daher sind die Vergleiche nur sehr begrenzt möglich und m.E. wäre auch eine solche massive Abwertungsstrategie, wie sie in Tschechein verfolgt wurde, unter den Bedingungen der Deutschen Einheit nicht möglich gewesen.

Lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen machen zum künftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung für die neuen Länder. Sie hat in ihrem Bericht Aufbau Ost vom Herbst 1996, als auch im Jahreswirtschaftsbericht von Ende Januar, angekündigt, daß die Förderkonzeption für die Ostförderung mittelfristig auf hohem Niveau fortgesetzt wird. Die Überlegungen zur Ausgestaltung des mittelfristigen Förderkonzepts nach 1998 beginnen gerade. Die Bundesregierung wird noch in diesem Halbjahr Vorschläge für die künftige Förderung vorlegen. Sie läßt sich dabei von einigen grundsätzlichen Kriterien leiten, die auch von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten in ihrem Sondergutachten zur Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland propagiert wurden: Die weitere Konzentration der Förderung auf die Defizitbereiche der Wirtschaft, weitere Degression der Förderung, d. h. also Abbau und Konzentration auf den eigentlichen weiter fortbestehenden Bedarf und schließlich Vereinfachung und Transparenz des Systems. Im Vordergrund der Wirtschaftsförderung wird weiterhin stehen, diese Aussage kann man jetzt schon treffen, die Investitionsförderung sowohl für bestehende als auch für neue Unternehmen, die Existenzgründungsförderung sowie die Festigung existierender junger Unternehmen, vor allen Dingen Hilfen bei Eigenkapital, Innovation und Absatz.

Wichtig, und hier bestehen weiterhin noch erhebliche Defizite, sind Fortschritte im Infrastrukturbereich. Wichtige Infrastrukturprojekte müssen zügig verwirklicht werden. Hier geht es vor allen Dingen um die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. In diesem Zusammenhang wären auch alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen. Kurzfristig vorrangig zu entscheiden hat die Bundesregierung vor allen Dingen über die Anschlußregelung für die steuerliche Investitionsförderung, die nach den derzeitigen Regelungen Ende 1998 ausläuft. Das heißt also Investitionszulagen, Sonderabschreibungen.

Dabei sind folgende grundsätzliche Fragen zu klären: Sollen weiterhin auch noch 1998 Sonderabschreibungen gewährt werden, die inzwischen zwischen 20 % und 40 % weiter bezahlt werden? Wenn nicht, sollen dafür die Investitionszulagen kompensiert erhöht werden? Diese betragen derzeit 5 % in der Grundzulage bzw. 10 % für mittelständische Unternehmen.

Soll die Förderung stärker auf das verarbeitende Gewerbe konzentriert werden, weil das verarbeitende Gewerbe die Basis für die Durchdringung der Exportmärkte und für den überregionalen Wettbewerb bildet? Das würde aber bedeuten, daß die bisher geförderten Bereiche wie das Handwerk und der innerstädtische Handel aus der Förderung herausfallen.

Wie sollen die Bauinvestitionen künftig gefördert werden, wenn die Sonderabschreibungen wegfallen, weil die Investitionszulage bisher ja nur auf beweg-li-

che Anlagegüter gewährt wurde? Soviel zu den Grundfragen des mittelfristigen Förderkonzepts.

Selbstverständlich ist, daß die Bundesregierung natürlich bei ihrem Förderkurs von den anderen Verantwortlichen entsprechend flankiert werden muß. Tarifparteien habe ich schon angesprochen. Die westdeutsche Wirtschaft selbst ist natürlich auch massiv gefordert. Das betrifft die Industrie, die mehr als bisher in Ostdeutschland Unternehmen gründen muß, Kompetenzzentren hinverlagern muß und Industrieproduktion ausweiten muß. Der Handel muß sich verstärkt bemühen, ostdeutsche Güter in westdeutsche Regale zu bringen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Handelsgespräch beim Kanzler, wo sich die großen westdeutschen Handelsketten verpflichtet haben, die Bezüge bis Ende 1998 zu verdoppeln, verglichen mit 1995. Das betrifft desweiteren die Kreditwirtschaft, die weiterhin aktiv bereit sein muß, Risikokapital und Existenzgründungen zu fördern.

Abschließend noch eine Bemerkung: Wenn alle Beteiligten, das heißt also Bundesregierung auf der einen Seite und Tarifparteien und private Wirtschaft auf der anderen Seite, diese Verantwortung wie in der Vergangenheit weiter wahrnehmen, besteht genügend Anlaß zu der Hoffnung, daß die Transformation der ehemaligen DDR in eine moderne Industriegesellschaft in den nächsten Jahren erreicht wird. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Herrn Claßen für seinen umfangreichen Einführungsvortrag. Der Blick auf die Uhr sagt mir, daß wir doch sehen sollten, daß die folgenden Kurzvorträge etwa um 10 Minuten liegen, damit wir noch diskutieren können.

Darf ich bloß zu meinem Verständnis fragen, Herr Claßen, ob ich da richtig gehört habe. Welche Zahl haben Sie zur Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern genannt?

Horst Claßen: 1,4 Millionen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Arbeitslosigkeit in Prozent.

Horst Claßen: 18,4 %.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): 18,4 % und dann ist das ja mit ABM und allen anderen Sachen doch noch deutlich mehr. Gut. Ich dachte, daß wir der Dame den Vorrang geben und möchte Frau Ulrike Staake, Präsidentin der IHK Cottbus, um ihren Kurzbeitrag bitten.

Ulrike Staake: Herzlichen Dank, ich werde mich bemühen, Sie nicht erneut mit Zahlen zu bombardieren und mich vielleicht auch in meinem Fragenkatalog u. a. auf das Thema Leistungen von Arbeitskräften, berufliche Qualifikation, Ausbildung usw. konzentrieren, aber man hat mich auch gebeten, ganz kurz Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, obwohl ich mich ganz deutlich

frage, warum wir überhaupt in der Wirtschaft heute noch Vergangenheitsbewältigung betreiben.

Mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde die in jeder Hinsicht extrem leistungsschwache ostdeutsche Wirtschaft ohne Übergangszeit bei einem Wechselkurs von 1:1,8 zu einem einzigen großen Markt mit allem, was darin an marktwirtschaftlichen Wettbewerb herrschte, fusioniert und damit waren die Folgen klar: Was der ostdeutschen Wirtschaft an Anpassungszeit aus wohlverstandenen politischen Gründen nicht gewährt werden konnte, mußte ihr an Anpassungsgeld zugestanden werden. Wir mußten uns einfach Zeit kaufen. Den Wettbewerb mit der westdeutschen und der gesamten westlichen Welt konnten weder der Kapitalstock qualitativ noch quantitativ, noch die Produktivität, Funktionalität und Qualität der Produkte sowie das Know how der Mitarbeiter standhalten. Dieser Umstand wurde noch deutlicher, als die Kundenbasis im Comecon und in Ostdeutschland radikal wegbrach. Man brauchte eigentlich kaum eine verarbeitende Industrie in Ostdeutschland, um dessen Bevölkerung zu versorgen. Was man allerdings brauchte waren Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mußte angestrebt werden. Die Konsequenz sah so aus, daß Ostdeutschland den wirtschaftlichen Aufbau von einer Minusbasis beginnen mußte.

Die Zeiten asiatischer Wachstumsraten sind vorbei, der Aufholprozeß hat an Schwung verloren, die Sonderkonjunktur Ost, insbesondere im Bereich Bauwesen ist vorbei. Viele große Investitionen auf der Infrastrukturseite und in der Industrie sind abgeschlossen, der Aufholprozeß hat sich verlangsamt. Die Beseitigung von Standortdefiziten benötigte wesentlich mehr Zeit als ursprünglich gedacht. Zur Schaffung einer tragfähigen industriellen Basis muß investiven Transfers in die neuen Bundesländer sicherlich auch gerade im Bereich der Infrastruktur der Vorrang vor einer konsumptiven Verwendung gegeben werden.

Die Eigenleistungsquote ist zu gering, ihr Bruttoinlandsprodukt beträgt weniger als zwei Drittel der inländischen Nachfrage. Die Unternehmensbasis in den neuen Bundesländern reicht nicht aus, um genügend Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Dies gilt sowohl für die Zahl, als auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Noch immer ist die arbeitsteilige Verflechtung der kleinen und mittleren Industriebetriebe mit großen Unternehmen wenig entwickelt. Die Produktion ist in erster Linie durch Einzel- und Kleinserienfertigung geprägt und erreicht nicht das Produktionsniveau einer stärker vernetzten Industriegesellschaft. Es gibt kaum Systemanbieter in den neuen Bundesländern. Unternehmen, die als Zulieferer für Großunternehmen fungieren wollen, werden zukünftig stärker in den Wertschöpfungsprozeß einbezogen werden müssen.

Die Palette der Anforderungen reicht von der Vernetzung von EDV-Systemen bis zur Offenlegung von Kostenkalkulationen. Dieses Netzwerk kann dazu beitragen, daß an die Stelle kurzfristiger Geschäftskontakte langfristige Koope-

rationensbeziehungen entstehen und entstehen müssen. Die Produktivität der ostdeutschen Industrie beträgt knapp 51 % der westdeutschen Produktivität. Dies führt zu Lohnstückkosten, die ca. 34 % über den westdeutschen liegen. In der Lohnpolitik lassen sich sicherlich Fehlentscheidungen der Vergangenheit nicht mehr rückgängig machen, aber eine Kurskorrektur ist notwendig. Die Angleichung der Löhne an westdeutsches Niveau muß auf einige Jahre ausgesetzt werden. Es muß Raum für eine Lohnfindung geschaffen werden, die sich an der Leistungsfähigkeit der Unternehmen orientiert. In vielen Industriebetrieben ist dieser Kurswechsel durch betriebliche Vereinbarungen zum Teil unter Mißachtung der Tarifverträge vollzogen worden. Doch kann es bei einer stillschweigenden Duldung bleiben.

Ein wesentlicher Grund für dieses Produktivitätsniveau liegt in der relativ geringen Realkapitalausstattung von 50-60 % des westdeutschen Niveaus. Hinzu kommt die noch vielfach geringe Betriebsgröße, vor allem im produzierenden Gewerbe, die weitere Kostennachteile nach sich zieht. Hier addieren sich vier Strukturprobleme: Vergleichsweise hohe Lohnkosten, geringe Arbeitsproduktivität, zu niedrige Realkapitalausstattung und unterkritische Betriebsgrößen führen zu massiven strukturellen Wettbewerbsnachteilen, die sicherlich nur sehr schwer zu überwinden sein werden. Weiteren Nachteilen sind ostdeutsche Unternehmen auch im Bereich Forschung und Entwicklung ausgesetzt. Insbesondere zeigt sich u. a. auch der Charakter vieler Industriebetriebe Ostdeutschlands als verlängerte Werkbank. Damit können ostdeutsche Unternehmen und ihre Mitarbeiter nur wesentlich langsamer als ihre westlichen Konkurrenten das im internationalen Wettbewerb unerläßliche logische Know how zur Innovation von Produkten und Prozessen aufbauen. Dies ist mit Sicherheit eine der Ursachen, warum ostdeutsche Unternehmen sich hauptsächlich auf den lokalen und regionalen Absatzmarkt konzentrieren und bei der Erschließung neuer internationaler Märkte dagegen nur ungenügend vorankommen und auch oft genug versagen.

Gerade auf Forschungs- und Entwicklungs- sowie Marketingaktivitäten wirkt sich die Eigenkapitalschwäche der ostdeutschen Unternehmen negativ aus. Sie ist die Folge von vergangenen Strukturschwächen und damit Verlusten. Da ostdeutsche Unternehmen nicht annähernd über die stillen noch offenen Reserven ihrer westlichen Wettbewerber verfügen, wird der Eigenkapitalmangel zu einer gravierenden Strukturschwäche. Denn nur aus Reserven und Eigenkapital lassen sich Risikoaufwendungen für Markt, Vertrieb und Entwicklung vernünftig finanzieren. Diesem Zyklusviteriosus müssen wir vorbeugen, daher können wir nur die Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums begrüßen.

Die Markteinführung von Industrieprodukten und die Bereitstellung von Exporthilfen hat immer noch eine ganz hervorragende Bedeutung. Was aber machen Unternehmen in Ostdeutschland die das Wagnis eingingen? Was waren das für Unternehmen? Es waren staatliche Unternehmen im Eigentum der Treuhand und manche sind dies heute noch oder unfreiwillig wieder. Die Privatisierungspraxis zeigt – hinterher sind wir allerdings immer klüger – rück-

blickend teilweise Mängel: eine zu hohe Kaufpreisregelung, die zu hohen Bewertungsansätze von Immobilien, die Mehrerlös- und die Spekulationsklausel, schwammige Vereinbarungen zur Beseitigung ökologischer Altlasten, ungeklärte Eigentumsverhältnisse, zu hohe Investitions- und Arbeitsplatzauflagen und eine zu schwachbrüstige Kapitalausstattung.

Dennoch ist es faszinierend, was alles gutgegangen ist. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die BVS auch in Zukunft mit einem Nachverhandlungsstau konfrontiert wird. Eine größere Flexibilität, auch heute, wäre wünschenswert. Die mittlere Entscheidungsebene ist einfach oft genug zu schwach.

Zum zweiten waren es Unternehmen, die von westdeutschen Investoren übernommen wurden, zum überwiegenden Teil als verlängerte Werkbank, zum geringeren Teil als eigenständige Werke oder Unternehmensbereiche. Waren die Investoren stark solide und im internationalen Wettbewerb integriert und erfahren, so mußten zwar Kapazitäten, Strukturen und Beschäftigung angepaßt werden, aber die Grundexistenz schien gesichert. Und zum dritten waren das Unternehmen im Rahmen von Management buy out and buy in.

Doch wie sieht es mit der Qualifikation aus? Technische Ausbildung und Fähigkeiten der ostdeutschen Unternehmer auf der ersten wie auf der operativen Ebene sind in der Regel gut. Aber natürlich fehlen noch weitgehend Know how und Erfahrungen in dem was man im Westen unter Lean Manufacturing versteht. Für den Großteil des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern sind hier noch ganz erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten gegeben. Viel zu häufig wird zentralisiert, die gesamte Entscheidungsfindung beim Chef konzentriert. So kann kein Unternehmen wachsen, und es passieren im täglichen operativen Geschäft an der Front immer wieder gravierende Probleme mit Auswirkungen auf Umsatz, Kosten und Ertrag.

Personalentwicklung und Weiterbildung ist noch ein genereller Schwachpunkt. Immer wieder fällt es Führungskräften schwer den richtigen Mittelweg im Umgang mit Mitarbeitern zu finden, zwischen Konsequenz, Klarheit und Härte auf der eine Seite und sachlicher Unterstützung, Hilfe und insbesondere Führung andererseits. Es fehlt oft an Transparenz der für die unternehmerischen Entscheidungen unabdingbaren Daten über Erlöse und Kosten, über Einnahmen und Ausgaben. Finanzmanagement, Rechnungswesen und Controlling gehören immer noch zu den Schwachpunkten. Im Bereich Marketing, Vertrieb und Service zeigt sich deutlich, daß nicht nur reines Faktenwissen, sondern vor allem Erfahrungen, Intuition und Gespür für das Machbare ein Rolle spielen. Schwächen zeigen sich in den Bereichen Einkauf und Materialwirtschaft. Es fehlt manchmal auch an der Bereitschaft, sich kämpferisch zu engagieren und auch einmal nein zu sagen, und den Konflikt zu wagen. Die Vorräte sind vergleichsweise hoch, es fehlt die notwendige Logistik-Know how.

Zutiefst sitzt vielfach noch die Erfahrung aus der Zeit der Knappheitswirtschaft. Es fehlt die Erfahrung in Ausnahme- und Krisensituationen. Dabei werden oft zwei erfolgsbestimmende Spielregeln verletzt. Zum einen die Sympto-

me eine heraufziehende Krise anhand der Finanz- und Marktdaten frühzeitig zu erkennen und zum anderen, sobald die Symptome erkennbar sind, sofort gegenzusteuern und alle involvierten Partner zu informieren und für Hilfe und für ein Maßnahmenpaket zu gewinnen.

Diese Schwachstellenanalyse können wir übrigens hautnah in einem Managementprojekt der IHK Cottbus nachvollziehen. Ca. 900 Unternehmer, leitende Angestellte also, die erste und die zweite Ebene, absolvieren ein praxisorientiertes mehrmonatiges Coaching. Hier ist noch viel zu tun. Unser Motto heißt: „Wer in den Fußstapfen anderer läuft, kann nie überholen." In der Berufsausbildung sind wir auf Überholkurs. Lassen Sie mich stellvertretend die Ausbildungsplatzsituation der Region Cottbus schildern. Der Wirtschaft ist es auch 1996 gemeinsam mit dem Arbeitsamt und der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer gelungen, 6.100 Lehrstellenbewerbern einen Ausbildungsplatz bereitzustellen. Insgesamt hatten sich 8.400 Jugendliche als suchend beim Arbeitsamt gemeldet. Das restliche Drittel entschied sich jedoch für einen weiteren Schulbesuch, Studium, Praktikum, Arbeitsaufnahme oder sonstige berufliche Alternativen. Die Zahl der Bewerber steigt überproportional gegenüber dem Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot. 1996 bewarben sich 1.100 Jugendliche mehr um eine Lehrstelle, das entspricht einem Plus von 15 % gegenüber 1995. Erschwerend kommt hinzu, daß sich auch immer mehr Abiturienten für eine Ausbildung und gegen ein Studium entscheiden. 1996 wurde jeder dritte IHK-Ausbildungsvertrag mit einem Abiturienten geschlossen. Viele Jugendliche bevorzugen sogenannte Traumberufe, vornehmlich im Dienstleistungs- und Verwaltungssektor. Sie glauben, daß das sichere Arbeitsplätze sind. Gerade hier aber ist das Ausbildungsplatzangebot aufgrund der regionalen Wirtschaftsstruktur besonders dünn. 600 Jugendliche wanderten daher in das Altbundesgebiet ab. Das ist eine Steigerung von 50 % zu 1995. Schwierig ist die Situation für Mädchen mit kaufmännischen Berufswünschen. Leider konzentriert sich die Bandbreite der Ausbildungswünsche auf zu wenige Berufe.

Die schwierige Wirtschaftslage zwingt die Unternehmen Personal abzubauen, was sich auf das Lehrstellenangebot natürlich niederschlägt. Deutliche Einbrüche gab es vor allem in der Bau- und Metallbranche und im Einzelhandel. 1996 mußten allein 300 Auszubildende aus Konkursbetrieben erneut vermittelt werden, um die Ausbildung ordnungsgemäß abschließen zu können. Beim Sockel der nicht zu vermittelnden Jugendlichen verhinderten oft geringe schulische Leistungen, fehlende Mobilität und Motivation eine sofortige Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis. Die voraussichtliche Ausbildungsplatzlücke wird 1997 bei ca. 1.300 Bewerbern liegen. Akquirieren werden das Arbeitsamt, die Handwerkskammer und die IHK deshalb in 1997 vornehmlich bei Unternehmen, die noch gar nicht oder nicht mehr ausbilden. Ca. 12.000 Betriebsbesuche sind eingeplant. Das Kernstück unserer Aktivitäten, ist das Klinkenputzen und nicht die Sonntagsreden, auch nicht die großen Appelle. Darüber hinaus werden sich Handwerkskammer und IHK dafür einsetzen, daß die neuen Ausbildungsberufe schnellstens vom Bundeswirtschaftsministerium er-

lassen werden – darunter die vier neuen Berufe in der Information zur Kommunikationstechnik –, Ausbildungsvergütungen durch die Tarifparteien eingefroren bzw. gesenkt werden, was die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöhen wird, die Berufschulzeiten flexibilisiert werden, d. h. für die Betriebe organisationsfreundlicher gestaltet werden. Weitere Probleme sind die Straffung der Berufsschulzeiten, die Zusammenlegung halber Berufsschultage zu ganzen Berufsschultagen und insbesondere auch die Einbindung des öffentlichen Dienstes.

Ein weiterer Mosaikstein bei der Lehrstellengewinnung ist die Ausbildung im Verbund. 1996 sind 31 Verbünde aus 62 Betrieben in unserer Region entstanden. Dies sind als Vergleich 2 mal so viel wie in Nordrhein-Westfalen. Ein interessantes Nischenthema.

Abschließend einige Worte zur Förderpolitik. Bei der bisherigen Wirtschaftsförderung konnte es nicht ausbleiben, daß auch Fehlinvestitionen getätigt wurden. So etwas ist unvermeidlich, wenn die Förderpolitik nach dem Prinzip trial and error vorgehen muß. Gegebenenfalls müssen auch schlagzeilenträchtige Unternehmenszusammenbrüche hingenommen werden. Allerdings kann es nicht die Aufgabe des Staates sein, Unternehmen, die im Markt keine Überlebenschancen haben, dauerhaft unter seine Fittiche zu nehmen. Wir brauchen den Mut zur Lücke, zum weißen Fleck und dies, sagen wir, in einer Randregion von Ostdeutschland.

Die umfangreichen Fördermaßnahmen waren eine unverzichtbare Voraussetzung für den Aufbau. Die Fortsetzung einer Sonderförderung bleibt geboten, Abstriche sind nicht möglich, aber auch eine erfolgreiche Förderpolitik gehört auf den Prüfstand. Die derzeitige Förderpolitik ist gekennzeichnet durch eine nicht mehr überschaubare Zahl von Programmen, die von seiten der EU, des Bundes und der Länder angeboten werden. Komplizierte Zugangsverfahren sind mit Blick auf den angestrebten Förderzweck kontraproduktiv. Die Vielzahl von Genehmigungsstellen zeigt, daß zumindest bei der Anzahl von Förderprogrammen des Guten zu viel getan worden ist. Statt bei der Entwicklung neuer Programme immer nur oben zuzulegen, sind Entscheidungen zur Straffung der Förderpolitik erforderlich. Um eine Straffung zu erreichen, ist zur Stärkung der Investitionsfähigkeit eine Basisförderung festzulegen. Eine kleine Anzahl von Sonderprogrammen mit transparenten Zugangsbedingungen ist gefragt und reicht aus. Eine stärkere Koordination zwischen Landes- und Bundespolitik wird erforderlich. Hier darf es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Es findet ein Schönheitswettbewerb zwischen den Regionen statt, und die Marktakteure tun gut daran, sich klar zu machen, daß ein Kirchtumdenken nicht aus der Sackgasse führt.

Förderinstrumentarien müssen vor Ort zusammengeführt werden. In Ostdeutschland ist der Strukturwandel noch lange nicht abgeschlossen. Die Erfahrungen, auch in Westdeutschland haben gezeigt, daß sich der Aufbau von international wettbewerbsfähigen Industrien eben nicht innerhalb von 6 Jahren

vollzieht. Aber wir müssen offener darüber reden, und dieses sicherlich nicht in Form von Sonntagsreden. Herzlichen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Frau Staake. Ich möchte nun Herrn Dr. Hielscher, Unternehmer und Vizepräsident der IHK, hier in Dresden das Wort geben. Er ist ja ein Platzhirsch, möchte ich fast sagen, und ich denke, wir können in seinen Bemerkungen auch erwarten, daß wir noch einmal zu einem gewissen Orts- oder Landesbezug kommen. Bitte Herr Hielscher.

Dr. Günter Hielscher: Ja, schönen Dank, Herr Dr. Jork, werter Herr Vorsitzender, werte Mitglieder der Enquete-Kommission. Ich möchte mit meinem Beitrag einen Situationsbericht geben und nicht zu sehr in der Vergangenheit schwelgen und mich auch nicht in der gesamten Breite, was das Thema zuläßt, auslassen. Dazu haben sich Herr Claßen und Frau Staake schon sehr umfassend geäußert.

Ich möchte zunächst die Situation aus meiner Sicht mit ein paar Sätzen charakterisieren. Die wirtschaftliche Lage in der Industrie ist insgesamt weiterhin angespannt. Positive Entwicklungen in ausgewählten Branchen stimmen hoffnungsvoll. Ein Durchbruch in aller Breite in der Weise vergleichbarer Industriebranchen zu den alten Bundesländern ist noch nicht in Sicht. Der selbsttragende Aufschwung wird noch einige Jahre unternehmerische Aufbauarbeiten in den neuen Bundesländern und solidarische Unterstützung durch die alten Bundesländer benötigen. Das bisher Geleistete nötigt Respekt ab und verdient Anerkennung. Der nötige Kapitalaufwand und der Zeithorizont wurden bisher falsch eingeschätzt.

Ich möchte auch hier gleichzeitig als einen wichtigen Ausblick anschließen, daß wir dann von einer Vollendung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit möglicherweise sprechen können, wenn es uns gelingt, die gegenwärtige Wirtschaftsleistung pro Einwohner zu verdoppeln. Ich will das an zwei Zahlen verdeutlichen. Wir haben gegenwärtig eine Umsatzgröße je Einwohner in den alten Bundesländern von 46,6 auf 1.000 DM und in Sachsen von 23,9 auf 1.000 DM. Sachsen liegt etwas unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Daran wird schon erkennbar, wie sich das Bruttoinlandsprodukt 1995 gegenüber dem, was in den alten Bundesländern erwirtschaftet wird, darstellt. Insofern relativieren sich auch die Angaben, die Ihnen von Herrn Claßen aus dem BMWi zur Kenntnis gegeben worden sind.

Ich möchte auf ein paar Schwerpunkte dezidiert eingehen, die auch bei Frau Staake schon angesprochen worden sind, aber ich möchte sie im Zusammenhang darstellen. Vielleicht wäre es die günstige Gelegenheit, wenn ich jetzt hier an dieser Stelle zu Wort komme. Zum Umsatz hatte ich mich bereits geäußert, er ist zu verdoppeln.

Des weiteren zur Frage der Lohnentwicklung und der Produktivität. Hier ist festzustellen, daß die Produktivität hinter der Lohnentwicklung hinterherhinkt. Hierin liegt eines der ganz wesentlichen Hemmnisse innerhalb der mittelstän-

dischen Wirtschaft – nicht nur im Freistaat Sachsen, sondern auch in den neuen Bundesländern – und daran gekoppelt sind Fragen der Lohnstückkosten. Wenn man sich ausgiebig auf das produzierende Gewerbe im Freistaat Sachsen bezieht, würde ich ganz gern auch an dieser Stelle zwei Entwicklungen kundtun, die verdeutlichen, wie immens der Umbruchprozeß bereits vonstatten gegangen ist und das in bezug setzen zu den gegenwärtigen niedrigen Level. Das muß man ganz sachlich feststellen. Ich denke, in dem Kreis sollte man sich auch sachlich zu diesen Zahlen austauschen. Wir waren im Jahr 1989 im Bereich des produzierenden Gewerbes in Sachsen immerhin 1,5 Mio. Beschäftigte. Das waren immerhin 53 % aller Beschäftigten. 1995 waren es immerhin noch 741.000 von 1,5 Mio.

Des weiteren zu den Fragen Export. Ich spreche das deswegen hier an, weil der Export im verarbeitenden Gewerbe eine ganz wichtige Bedeutung hat. An den Exportzahlen wird deutlich was hier noch zu leisten ist. Bevor ich zu den Exportzahlen komme, will ich auch gleich an dieser Stelle darauf hinweisen, daß wir gegenwärtig einen innerdeutschen Warenverkehr zu Ungunsten der neuen Bundesländer von etwa 50 Milliarden haben. Das heißt 50 Milliarden gehen jedes Jahr aus den alten Ländern in die neuen Bundesländer. Rechnet man jetzt diese mittlerweile entstandenen innerbetrieblichen Verflechtungen zwischen Unternehmen alte Bundesländer, Tochterunternehmen oder vorgeschobene Werkbänke hinzu, dann schätzten die Experten eine Größenordnung von 200 Milliarden DM, die in den alten Bundesländern als Kapazität, als Absatzgebiet mit der Einheit erschlossen worden sind. Das fehlt natürlich als Substanzgrundlage, als Absatzgrundlage in den neuen Bundesländern. Hier würden sich natürlich Reserven erschließen lassen.

Gehen wir jetzt zum Export, und hier rede ich vom Auslandsumsatz, nicht bloß von dem, was außerhalb von Sachsen oder den anderen neuen Bundesländern in andere Länder im Absatz getätigt wurde. Ich fange einmal klein an. Das heißt, ich greife einmal Städte wie Leipzig, Dresden und Chemnitz in Sachsen heraus, dann ergibt sich ein Auslandsumsatz zum Gesamtumsatz, bezieht man die Exportquote des jeweiligen Unternehmens auf Basis des Bruttoinlandsprodukts für die Stadt Dresden im Jahre 1996 von 7,8 %, für Chemnitz von 17,5 % und für Leipzig von 6,3 %. Wenn ich dagegen einmal vergleichbare Städte im alten Bundesgebiet betrachte, ist festzustellen, daß Hannover eine Exportquote von 31,1 %, Düsseldorf von 29,7 % und Frankfurt als Bankenstadt eine Exportquote von 27,6 % aufweist und somit weisen diese Städte weit mehr auf als die Städte des Freistaates Sachsen, die industrielle Standorte gewesen sind.

Wer durch diese Städte fährt, z. B. durch Dresden, wird feststellen, was an Industriestandorten nicht mehr existiert. Ich hatte vorhin Herrn Jork salopp gesagt, weil ich nun einmal Platzhirsch bin, daß ich erst heute wieder an seinen ehemaligen Betrieb dem Reglerwerk Dresden, welches jetzt eine Ruine inmitten der Stadt Dresden darstellt, vorbeigefahren bin. Ich denke, dahinter verber-

gen sich noch vielerlei Fragestellungen und auch vielerlei Dinge, die uns gemeinsam angehen und der Lösung bedürfen.

Was den Export des verarbeitenden Gewerbes anbelangt, ist festzustellen, daß die Exportquote auch hier von der Tendenz, seit 1990 zu 1995 gesunken ist. Das ergibt sich ganz einfach dadurch, daß der Exportanteil am Anfang bei niedrigem Umsatz höher lag, zwischenzeitlich der Umsatz bei gleichbleibendem oder niedrigerem Exportanteil zurückgegangen ist, und dadurch die Exportquote sich rein rechnerisch reduziert hat. Insofern ergibt sich für das verarbeitende Gewerbe im Freistaat Sachsen eine Exportquote im Jahre 1995 von 11,5 %. In den alten Bundesländern liegt die Exportquote mit 26 % erheblich höher. Wenn man jetzt die Exportquote auf Basis des Bruttoinlandsprodukt bezieht, die in den alten Bundesländern im Jahr 1995 bei 23,2 % lag, dann wird die Differenz noch größer. In Sachsen hatten wir 1995 eine Exportquote von 6,2 % bezogen auf das BIP, im verarbeitenden Gewerbe von 11,5 %. Hier wird offenkundig, daß in einem Großteil des sehr stark industrialisierten Sachsens einerseits erhebliche Exportpotentiale schlummern, auf der anderen Seite aber ganz einfach die Kraft, die ein Unternehmen ja verstärkt aus dem Export schöpft zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Das sind Fakten, die man so zur Kenntnis nehmen sollte.

Zu den Investitionen: Herr Claßen sprach ja auch von der Exportfreudigkeit, vom Exportwachstum. Gesiegt hat wiederum auch das verarbeitende Gewerbe. Ich wollte mich bewußt nur auf diesem Bereich, der ja besonders exportorientiert ist, in meinen Ausführungen einlassen. Hier ist festzustellen, daß in den alten Ländern die Investitionen 1996 im verarbeitenden Gewerbe, bezogen auf die Gesamtinvestitionen, immer um 15,6 % lagen. In den neuen Bundesländern betrug dieser Anteil nur 12,6 % im verarbeitenden Gewerbe. Wenn man das bis 1991 zurückverfolgt, ist festzustellen, daß sich die Investitionsfreudigkeit im verarbeitenden Gewerbe rechnerisch reduziert hat, weil andere natürlich an Investition zugenommen haben. Ich greife die Dienstleistungen heraus. Dienstleistungen sind ganz beachtlich gewachsen.

Und ganz zum Schluß noch eine Anmerkung zur Arbeitskräfteverteilung. Dies möchte ich an zwei Zahlen oder an zwei Bereichen verdeutlichen. Das verarbeitende Gewerbe hat sich im Freistaat Sachsen seit 1990 beachtlich im Bereich der Produktivität und auch im Lohn, ich denke an Metall-Elektro-Tarif, entwickelt und auch am meisten Arbeitskräfte abgebaut. Im Bereich der Dienstleistungen sind weitestgehend diese freigesetzten Arbeitskräfte der Industrie, sprich im verarbeitenden Gewerbe im Speziellen, aufgefangen worden. Dies ging aber mit einer äußerst niedrigen Produktivitätsentwicklung und einer verhältnismäßig, aber immer noch stärkeren als die Produktivität gewachsenen Lohnentwicklung, einher. Hier ist eine Grenze erreicht und wir müssen uns natürlich auch Gedanken darüber machen, wie man, wenn sich die Dienstleistungen im Rahmen des Wettbewerbes noch stärker auf Produktivität einstellen und das Dienstleistungswesen keinen Absatzmarkt in der nötigen Weise oder im nötigen Umfang findet, die Dienstleistungen sich auch selbst in der

wirtschaftlichen Stärke erhalten können. Wir müssen uns hier also Gedanken darüber machen, hier ist der Unternehmer gefragt, wie wir in diesem recht kompliziert weiterhin sich darstellenden Umstrukturierungsprozeß nicht noch mehr Arbeitslose durch Produktivitätssteigerung in den Unternehmen, ich will nicht sagen produzieren, aber sich ergeben.

Mein Credo ist: Es muß uns gelingen, mehr für den Absatz zu tun, mehr auch den Schwerpunkt im Bereich der Industrie zu sehen, denn Dienstleistungen benötigen Industrie. Der Level der Industrie im Freistaat Sachsen, welches ein klassisches Industrieland war und wieder sein wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht ist, muß sich wieder erhöhen, und damit werden sich dann auch die Dienstleistungen und die anderen Bereiche entsprechend mitentwikkeln können. Dann haben wir genau das, was ich eingangs erwähnte, dann läßt sich die Produktion, das BIP pro Einwohner verdoppeln, dann werden auch die entsprechenden Erträge fließen, dann werden die Unternehmen die Geschicke im wahrsten Sinne des Wortes selbst in der Hand haben, und dann floriert auch die Marktwirtschaft im Freistaat Sachsen, schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Dr. Hielscher, auch dafür, daß Sie die Zeit so schön gehalten haben. Herr Dr. Ludwig, Sie sind dem Thema sicher ganz nah und wir freuen uns, daß Sie zu uns sprechen werden. Bitte.

Dr. Udo Ludwig: Ich bin in der Tat nahe am Thema, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, werte Abgeordnete, und ich werde mir gestatten, mich kürzer zu fassen, um nicht zu viel Wiederholungen aufkommen zu lassen.

Wir schreiben jetzt das Jahr 1997 und nicht mehr das Jahr 1994 oder 1995 und auch nicht das Jahr 1991, womit ich zum Ausdruck bringen möchte, daß, wenn man eine Zwischenbilanz zieht, man sie zeitpunktbezogen ziehen muß, und das heißt für mich heute, die neuen Länder befinden sich in einer Schwächephase. Durch die Meldung der amtlichen Statistik wissen wir, daß das Wachstum 1996 nur noch 2 % beträgt. Das ist, gelinde gesagt, eine ziemliche Enttäuschung. Nach meinen Prognosen wird das Wachstum im Jahr 1997 vielleicht ein kleines bißchen ansteigen, aber eben auch noch viel zu wenig, um weiter aufzuholen. Zwar setzt sich der Aufbauprozeß fort, aber der Aufholprozeß stockt nicht nur, sondern die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland wird auseinandergehen, wenn es bei diesem Wachstumstempo bleibt. So ernst muß man diese Situation heutzutage ansprechen. Ich komme bei meinen Erklärungsmustern nicht an dem vorbei, was hier viele Kollegen schon versucht haben, und ich will diesen auch nicht unbedingt widersprechen, vielleicht in Details.

Da ist zunächst die Gruppe der Erblasten, wie ich sie bezeichnen möchte, da ist die zweite Gruppe, das sind die Schocks, von denen die DDR-Wirtschaft getroffen wurde, und die dritte Gruppe, die man vielleicht unter „Vereinigungssünden“ zusammenfassen könnte. Lassen Sie mich kurz auf diese Punkte eingehen.

Ich würde drei Erblasten zumindestens herausstellen wollen, die von der DDR gekommen sind. Das ist die industrie- und agrarlastige Produktionsstruktur, die hier schon mehrfach angesprochen wurde. Nur stichpunktartig sei noch einmal der hohe Anteil des warenproduzierenden Gewerbes, selbst der Industrie, die der Kernbereich war, von etwa drei Fünftel, also fast 60 % der gesamtwirtschaftlichen Produktion erwähnt. Der Agrarsektor war ebenfalls relativ groß. Es war eine Industriegesellschaft, die durch die Vereinigung dann in eine Übergangsgesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft hineingestoßen wurde.

Zur zweiten Erblast: Die DDR hatte ein rückständiges Spezialisierungsmuster im Außenhandel. Vorhin wurde ja schon viel über Außenbeiträge, Außenhandel gesagt. Ich meine, ein wesentlicher Punkt ist dabei, daß die DDR ein rückständiges Spezialisierungsmuster aufwies. Im Osthandel lief alles in etwa so ab, wie man sich das vorstellt: Die DDR als rohstoffarmes Land importierte Rohstoffe, veredelte sie und verkaufte Maschinen. Diese Tatsache kann man an den Exportstrukturen nachsehen, aber im Westhandel sah die Situation so aus, daß Rohstoffe importiert wurden und Rohstoffe bzw. wenig verarbeitete Produkte wieder verkauft wurden. Wertintensive Produkte konnten im Westen nicht abgesetzt werden bzw. nur zu sehr niedrigen Preisen.

Zur dritten Erblast: Die dritte Erblast wurde hier auch schon angesprochen, der hochgradig verschlissene und veraltete Sachkapitalstock. Die Zahlen sind so frappierend, ich nenne sie deshalb noch einmal. Nimmt man die Verschleißquote der Ausrüstungen, also der Maschinen und Anlagen im Jahr 1989, muß man feststellen, daß 55 % der Ausrüstungen abgeschrieben waren, d. h. nur 45 % der Ausrüstungen waren eigentlich aktionsfähig, wenn man das einmal rein finanztechnisch darstellt. Betrachtet man die Alterstruktur der Ausrüstungen in der Industrie, also im Kernbereich, erkennt man, daß den größten Anteil Altersjahrgänge von 10 bis 20 Jahren aufwiesen, die also vor 1980 investiert worden waren. Eine moderne Wirtschaft, wie es die westdeutsche zu diesem Zeitpunkt noch gewesen ist, zeichnete sich durch eine junge Altersstruktur (1-5 Jahre) an Ausrüstungen, also Maschinen und Anlagen, aus. Der Anteil an „jungen“ Ausrüstungen lag in Westdeutschland bei 40 % und somit waren sie dementsprechend auch viel produktiver.

Das scheinen mir drei wesentliche Erblasten zu sein, produktionstechnisch, wirtschaftstheoretisch betrachtet.

Es gab natürlich auch ein Erbguthaben, das wollen wir nicht vergessen. Es ist hier am Rande auch bereits erwähnt worden, das ist das Humankapital, d. h. der hohe Ausbildungsstand der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR, der in den Einigungsprozeß hineingegangen ist. Von diesem ist ein Teil nach dem Westen auf die produktiveren Arbeitsplätze abgeflossen, aber das ist sozusagen das Gutachten, mit dem wir hineingegangen sind.

Der Wegfall der Abschottung gegenüber dem Westen legte die Schwächen der DDR-Wirtschaft schlagartig offen. Die Wirtschaft geriet in einen Schockzu-

stand, der sich in mehrerlei Hinsicht äußerte. Ich unterscheide die folgenden fünf Schocks:

Die Liberalisierung des Handels führte zu einem Angebotsschock. Augenblicklich verschwand ein ständiger Begleiter der zentralen Planwirtschaft, die Güterknappheit. Durch die Liberalisierung des Handels waren die Geschäfte voll mit importierten Produkten. Die Verkäufermärkte für die DDR-Unternehmen verwandelten sich in Käufermärkte. Es mußte ja nicht das gekauft werden, was produziert worden ist, sondern alle hatten die Wahl unter vielen Produkten. Das Ergebnis zeigte sich in einer kräftigen Verdrängung der Ostprodukte, also der ehemaligen DDR-Produkte, von den Binnenmärkten in der DDR, da sie den Güterangeboten aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland in Qualität und Ausstattung unterlagen. Ich höre immer die Klagen vom Verlust der Außenmärkte, was richtig ist, aber wir sollten doch die Binnenmärkte dabei nicht vergessen.

Ich komme zum zweiten Schock: Im Konsumgüterbereich wurde der Schockzustand um einen Werteschock verstärkt. Angesichts der reichlich vorhandenen westlichen Angebote stellten die privaten Haushalte ihr Kaufverhalten um. Die Verbraucherpräferenzen verlagerten sich entsprechend. Die privaten Haushalte haben auch keine DDR-Produkte mehr gekauft, sondern Westprodukte und dürfen sich natürlich dann auch nicht wundern, wenn die DDR-Produkte nicht mehr produziert werden können, weil sie nicht verkaufbar sind, und sie damit dann auch ihre Arbeitsplätze verlieren.

Die Währungsumstellung zog einen Kostenschock für die Güterproduzenten im Inland nach sich. Der Kostenschock hatte ohne Zweifel sehr viel mit dem damals ausgehandelten Umtauschkurs zu tun, und war aus der Sicht der Verbraucher natürlich hervorragend, aber für die Produzenten, für die Unternehmen wurde er zum Problem. Schaut man sich heute einmal die Preisstatistiken an, also die Änderung der Preise von 1989 zu 1990, als in DM bezahlt werden mußte, stellt man fest, für gewerbliche Produkte sanken die Preise im Durchschnitt um ein Drittel. Jetzt wird jeder sagen Durchschnittszahl, was erzählt der da für einen Quatsch.

Bei Brot verhielt es sich genau umgekehrt, das ist richtig, aber im Durchschnitt ist es so gewesen. Die Preise, die realisiert werden konnten, waren im Durchschnitt um ein Drittel geringer, aber die Kosten blieben durch die Umstellung der Löhne von 1:1 natürlich auf dem gleichen Niveau im Lohnkostenbereich und belasteten dann den Output, das Produktionsergebnis, die Erlöse. Das ist sozusagen die erste Phase des Kostenschocks.

Die Währungsumstellung zog einen Währungsschock bei den traditionellen Handelspartnern in den ehemaligen RGW-Ländern nach sich. Die Einführung der Hartwährung D-Mark im Osthandel zog aufgrund der Devisenknappheit der Handelspartner Außenmarktverluste nach sich. Außerdem führte der inzwischen auch in diesen Ländern in Gang gekommene Reformprozeß – vor allem in den kleineren Staaten – zu Neuorientierungen im Außenhandel. Die

Zahl haben wir vorhin gehört, daß die gesamtdeutschen Exporte in der Zwischenzeit nach Osteuropa ein Niveau erreicht haben wie die in die Vereinigten Staaten, aber zum großen Teil von Unternehmen getätigt werden, die ihren Sitz im Westen haben.

Die Ablösung des am zentralen Plan ausgerichteten Regelwerks der Wirtschaft durch eine marktwirtschaftliche Ordnung führte zu einem institutionellen Schock. Dieser kann so auf den Punkt gebracht werden: Staatsunternehmen sind keine Marktproduzenten, die müssen erst umgewandelt werden und das geht nicht von heute auf morgen, das dauert Zeit. Die völlig anders geartete Organisation des Zusammenspiels zwischen den Unternehmen in der Plan- gegenüber der Marktwirtschaft trat in der äußerst begrenzten Handlungsfähigkeit der Staatsunternehmen unmittelbar nach der Verordnung marktwirtschaftlicher Verhältnisse per Gesetz zu Tage. Es fehlte ihnen nicht allein an Erfahrung und Know-how des Marktverhaltens, sondern zumeist auch die materielle Basis dazu. Der Typus des marktwirtschaftlichen Unternehmens muß erst geschaffen werden.

Die Schockwirkung wurde verstärkt durch die Politik der schnellen, von der Produktivitätsentwicklung losgelösten Lohnangleichung in Ostdeutschland. Die Kostenbelastung verschärfte sich. Die Unternehmen reagierten mit Produktionskürzungen und Arbeitsplatzabbau. Stellen Sie sich das vor – ich habe das nachgerechnet – im Jahre 1992, verglichen mit 1991, kam es zu einer Erhöhung der Löhne pro Beschäftigten um über ein Drittel, um 37 %. Welches Unternehmen kann das aushalten? Das kann auch kein Westunternehmen aushalten und schon gar nicht die angeschlagenen Unternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Das ist für mich die „Vereinigungssünde“ oder eine der Vereinigungssünden, über andere will ich heute nicht reden, aber das ist eine Sünde gewesen, und man lastet diese Verfehlung in der Regel ja nur den Tarifpartnern an, also den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern.

Ich meine, hier haben auch andere Schuld abzutragen, die das geduldet haben. Schließlich kommt es dann, wie es in der Ökonomie nicht anders sein kann, dazu, daß die Produktion einbricht. Die Zahlen haben wir gehört: um 34 % ging die gesamtwirtschaftliche Leistung zurück. Ich würde sagen, in der Industrie ging sie um 75 % zurück.

Die unvermeidliche Schrumpfung der Alt-Industrien ging in eine De-Industrialisierung großen Ausmaßes über. Und wenn man es sich ganz deutlich, in bezug auf die Industrie, vor Augen führen will: Die DDR war, ich sagte das, industrielastig, und wenn wenn man das einmal in Erwerbstätigenzahlen zum Ausdruck bringt, es gab ungefähr 220 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner und in den alten Ländern waren es etwa 115 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner. Nach diesen Schocks und nach diesen Sünden blieben in den neuen Ländern 1992 nur noch etwa 60 bis 65 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner. Der Industriebesatz lag unter dem Niveau von Schleswig-Holstein, und Schleswig-Holstein (1990: 68 Personen) ist das, unter den alten Bundesländern, am geringsten industrialisierte Bundesland. Auch in Sachsen, einer der

Geburtsstätten der deutschen Industrie und eines der industriellen Kernländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, gab es 1992 nur noch 65 Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner. Diese Situation ist im Jahre 1991/92 radikal eingetreten und hat sich dann marginal gebessert. Aber die Grundtendenz, die Grundaussage bleibt erhalten.

Mit der Deindustrialisierung erodierte die Basis für hohe Wertschöpfungsbeiträge in den neuen Bundesländern. Deshalb brauchen wir uns heute gar nicht zu wundern, wenn wir die Schwächephase der Wirtschaft einschätzen und uns anschauen, wie die Auftriebskräfte wechseln, und fragen was klappt da nicht, oder warum war das Wachstum überhaupt so hoch?

Es war hoch, weil es vom Baugewerbe und vom Dienstleistungssektor getragen wurde, und das hat gleichzeitig zu strukturellen Verwerfungen geführt, zumindest was das Baugewerbe anbetrifft. Die Bauunternehmen haben zwar für den Markt produziert, da war Nachfrage vorhanden, und dort ist auch etwas geschaffen worden, aber es hat strukturell gesehen eine Verzerrung gegeben, eine Einseitigkeit. Die Verzerrung fällt jetzt, wo die Nachfrage nicht mehr da ist, bzw. wo die Förderung bestimmter Baumaßnahmen zurückgeschraubt wird, weg.

Die Einschränkung dieser Förderung geschieht, meines Erachtens, nicht zu Unrecht. Wenn man Leerstände im Mietwohnungsneubau zu verzeichnen hat, und erkennt, daß nicht nur etwa gebaut wurde, weil der Bedarf an Mietwohnungen vorhanden war, sondern da wurde gebaut, um steuerliche Erleichterungen, steuerliche Vergünstigungen wahrnehmen zu können, muß man diese Förderung zurücknehmen. Völlig klar für meine Begriffe, aber wir haben diese strukturellen Verwerfungen und sollen uns auch nichts vormachen, was die Industrie anbetrifft. Die Industrie ist noch nicht diese hochleistungsfähige Industrie, die wir brauchen, um auf den überregionalen Märkten bestehen zu können. Diese Industrie ist baulastig durch die Vorleistungsbereiche aus der Industrie, die für das Baugewerbe produzieren. Dazu zählen die Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden, der Stahl-, Leicht- und Metallbau, die Eisen-, Blech- und Metallwaren, das sind alles Bereiche, die sehr hohe Anteile in der Industrieproduktion haben. Wenn die Bauproduktion zurückgeht, versetzt dies der Industrie einen Schlag. Die industrielle Basis erweist sich gerade jetzt als zu schmal und zu wenig auf überregionale Märkte ausgerichtet, um die Produktionslücke auszufüllen, die dem Wegfall des Baugewerbes als Konjunkturlokomotive geschuldet ist.

Das betrifft auch die Nahrungsgüterproduktion. Die Industrie, die hier wettbewerbsfähig neu entstanden ist, setzt sich zu einem Viertel aus der Produktion von Lebensmitteln zusammen. Das ist eine Produktion, die vorrangig auf den regionalen Markt ausgerichtet ist und es sehr schwer hat, überregional etwas absetzen zu können. Das sieht man auch an den Exportquoten, nicht nur in den neuen Ländern, sondern auch anderswo, daß die Exportquoten in diesem Bereich der Verbrauchsgüterproduzenten sehr niedrig sind. Insgesamt wundert mich dann natürlich nicht, daß die Exportbasis der Industrie, die hier entstan-

den ist, klein ist. Die Industrie ist nicht nur kleindimensioniert, was die Betriebe anbetrifft und was den Anteil von 15 % an der gesamtwirtschaftlichen Produktion angeht, sondern sie ist auch klein in ihrer Bedeutung für das Ausland, für den Export, und da kommt man nach meinen Rechnungen auf eine 14 % Exportquote. Allerdings käme das hinzu, was hier in bezug auf die innerdeutschen Beziehungen erwähnt wurde.

Ich höre an dieser Stelle auf. Ich will zum Schluß nochmals sagen, es gibt Erblasten, Schocks und Vereinigungssünden. Es gibt aber auch Fortschritte und Vereinigungsguthaben, die habe ich hier nicht angesprochen, die hat die Regierung bereits alle genannt, aber wir sind bei weitem nicht durch. Ich bin mir nicht sicher, ob wir die halbe Strecke des Weges schon getan haben, das Ganze kann trotzdem auch noch einmal abkippen. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Dr. Ludwig für Ihren anschaulichen lebendigen Vortrag. Ich habe jetzt vier Wortmeldungen. Ich würde einmal die Wortmeldungen gleich wieder bündeln, weil wir relativ wenig Zeit haben. Ich lese einmal vor, wer sich gemeldet hat: Herr Spiller, Herr Hiller, Herr Meckel und Herr Braune. Bitte Herr Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich würde gerne zunächst eine Anmerkung zum Beitrag von Herrn Claßen machen, Sie müssen das aber nicht unbedingt kommentieren. Daß Sie als Vertreter des Ministeriums auch die positiven Dinge betonen, ist völlig normal. Aber bei unserer Debatte von vorhin frage ich mich, ob das Politbüro eigentlich die Wahrheit erfahren hat? Hat das Politbüro sich mit unangenehmen Dingen überhaupt befassen wollen? Ich meinte jetzt zunächst einmal das SED-Politbüro. Ist dies nicht eine Frage, die vielleicht eine gewisse Aktualität wieder erlangt hat, weil es auch heute Wahrnehmungsprobleme gibt? Man redet mehr über das Gute, was es sicher auch gibt, aber dabei klammert man sich eigentlich zu stark an die Hoffnungssignale und vernachlässigt eben andere nicht minder wichtige Informationen, und eine solche selektive Wahrnehmung führt nicht immer zu einer guten Handlungsweise. Sehen Sie dies bitte als Vorbemerkung. Sie müssen diese nicht kommentieren, aber mir fiel das insbesondere auf, als Sie von der Zahl der Unternehmen sprachen. Natürlich ist das schön, daß es eine Zahl von vielen Unternehmen gibt, auch von Unternehmensgründungen, das ist alles gut, aber wenn man sich dann auch die Größenordnungen anschaut, und der Frage nachgeht, weshalb haben sich manche Unternehmen niedergelassen, kommt man zu der Antwort, daß da zum Teil auch Verzweiflungsakte dabei sind. Es ist nicht immer das ganz große Konzept dabei, daher ist das vielleicht auch ein bißchen mit Vorsicht zu genießen.

Die eigentliche Frage ist aber an Herrn Ludwig und auch an Herrn Hielscher gerichtet. Stimmen Sie mit mir überein, daß im wesentlichen der Hauptfaktor nach wie vor das Humankapital ist, und daß man darauf setzen muß, daß die tüchtigen Leute auch in Ostdeutschland bleiben bzw. wieder in die neuen Bundesländer zurückkommen? Es ist ja nicht verkehrt, wenn sich diese Leute

zeitweilig woanders umgesehen haben, aber es wäre schon ganz gut, wenn einige von ihnen wieder nach Ostdeutschland zurückkommen, oder wenn sich auch neue Leute in den neuen Bundesländern niederlassen.

Bei dieser Diskussion kommt man zu der Frage der Löhne. Wenn man auf längere Zeit diese Schere – schlechte Produktivität oder unzureichende Produktivitätsentwicklung, eigentlich zu hohe Lohnstückkosten – durch Einfrieren der Einkommen zu lösen versucht, ist die Gefahr der Abwanderung nach wie vor gegeben. Dabei muß man nach Produktivität pro Betrieb differenzieren, da sich hinter den Durchschnittszahlen auch ein erhebliches Spektrum versteckt. Also ich glaube schon, daß die Opel- und VW-Werke eine recht ordentliche Produktivität aufweisen, so daß man um eine Differenzierung nicht herum kommt.

Eine weitere Frage ist auch an Herrn Ludwig und an Herrn Hielscher gerichtet. Reicht zur Förderung der Wirtschaft in Ostdeutschland die Wirtschaftsförderung aus, oder muß man nicht andere Sektoren viel stärker als bisher noch mit einbeziehen? Ich denke dabei an Universitäten und an die Wissenschaftsförderung. Braucht man nicht auch mehr Leuchttürme im Bereich Wissenschaft und Forschung? Braucht man nicht mehr weiche Standortfaktoren? Die konkrete Entscheidung, ob sich jemand in Leipzig, Dresden oder in Schwerin niederläßt, wird nicht nur durch die nüchterne Kalkulation eines Betriebswirtes gefällt, sondern die Ehefrau fragt, wie sieht es denn in den neuen Bundesländern mit Schule und Freizeit aus? Es geht also um die Frage, ob man bei der Neuorientierung von Fördermaßnahmen nicht neu sortieren muß?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich bitte um weitere kurze Fragen. Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich versuche mich ebenso kurz zu fassen. Spaß beiseite, Herr Claßen, Sie haben das Beispiel Tschechoslowakei angebracht und konstatierten, daß in Tschechien die Stundenlöhne von 1990 auf 1991 von 5,00 DM auf 3,80 DM gesunken sind. Ich bin immer davon ausgegangen, daß wir eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland anstreben. Diese Beispiele gehen mir allmählich auf den Wecker, das will ich Ihnen ganz deutlich sagen. Was wollen Sie damit signalisieren? Sie haben davon gesprochen, daß die Tarifpolitik flankiert werden soll, daß die Bundesländer etwas tun sollen usw. Wenn darin das Ziel liegt, dann ist das Hauptziel der deutschen Einheit, eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen, aufgegeben worden. Aus diesem Grunde kann ich nicht verstehen, daß dies in den Darlegungen zu diesem Thema überhaupt noch angeführt wird. Ich begreife ja und Sie haben darauf hingewiesen, Frau Staake, daß auch die Lohnkosten zu hoch sind. Aber die Verhältnisse der Tschechoslowakei können nicht unser Ziel sein, und dann muß man über unkonventionelle Dinge nachdenken.

Ich frage Sie, Herr Claßen und Herr Ludwig, wie wäre es denn, wenn man für einen befristeten Zeitraum auch Lohnkosten subventionieren würde und nicht nur Investitionszuschüsse zahlt? Auf diese Frage möchte ich eine Antwort er-

halten. Die ganze Förderpolitik sehe ich immer nur auf ganz bestimmte Sektoren ausgerichtet. Sie können vielleicht sagen, ob mein Gedanke eine Hilfe wäre. Meine diesbezüglichen Überlegungen sind nicht abgeschlossen, aber Sie sind die Fachleute und können mich da vielleicht ein bißchen aufklären.

Die zweite Frage betrifft das Eigenkapital also den Eigenkapitalmangel. Dieses Problem wurde ja bereits von den Vertretern der Wirtschaft hier dargelegt. Ganz konkret an Sie, Herr Claßen, wie will die Bundesregierung diesem Mißstand künftig stärker abhelfen? Ich glaube, daß dies ein wichtiges Thema für die ostdeutsche Wirtschaft ist. Was geschieht konkret? Vielleicht können Sie sich dazu äußern, denn das sind ja im Grunde genommen auch Fragen, die an Sie aus der Wirtschaft gerichtet werden.

Als dritten und letzten Punkt würde ich Sie bitten, Herr Claßen und auch Herrn Ludwig, auf die sogenannten Mitnahmeeffekte von westdeutschen Firmen in Ostdeutschland einzugehen. Ich stelle nämlich fest, daß trotz der geringeren Kosten die Preise teilweise, ja bei Ausschreibungen und dgl. noch nicht einmal konkurrenzfähig sind. Ich komme aus Lübeck und somit aus dem Grenzgebiet und kann diese Verhältnisse ein bißchen beobachten und beurteilen. Also, wenn zu viele Mitnahmeeffekte dort vorherrschen, könnte ja auch eine Konzentration der Förderprogramme, so wie Sie das angesprochen haben, Herr Claßen, stattfinden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, bitte Herr Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich schließe hier unmittelbar an. Durch das, was Herr Dr. Ludwig gesagt hat, ist hier ein Stück die Wirklichkeit beschrieben, die in einem gewissen Gegensatz zu den Erfolgsmeldungen steht, wenngleich wir natürlich faktisch beides feststellen müssen. Wir haben eine weiterhin steigende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wir haben inzwischen wieder ein stärkeres Auseinanderklaffen des Wirtschaftswachstums zwischen Ost und West. Wenn wir die Anteile von Forschung und Entwicklung ansehen, müssen wir uns auch fragen, wo geht die Entwicklung eigentlich hin? Gleichzeitig haben wir natürlich auch, Sie haben das beschrieben, durchaus Fortschritte aufzuweisen, die nicht zu bestreiten sind. Es wird von den Kollegen der CDU oder der Koalitionsfraktion immer die Bestätigung der finanziellen Mittel als einen wichtigen Erfolg gegenüber Kürzung betont. Wenn man die letzten sieben Jahre betrachtet und wir die heutige Situation vor Augen haben, muß man doch festhalten, daß es nicht ausreicht, die bisherigen Instrumentarien einfach nur fortzusetzen!

Meine Frage lautet, welche neuen Instrumentarien gibt es und welche schlagen sie vor? Die Frage richtet sich sowohl an Herrn Claßen, als auch an die Vertreter der Politik, Herrn Hielscher oder die Vertreter der Wissenschaften, Herrn Dr. Ludwig. Die vorhandenen Strukturprobleme sind im Osten besonders verschärft, aber gleichzeitig stellen wir fest, daß es auch viele Strukturprobleme im Westen gibt. Das heißt, welche neuen und innovativen Lösungsansätze

brauchen wir? Die Vorschläge könnten z. B. in die Richtung gehen, stärker Investivlöhne statt Lohnerhöhungen anzustreben. Ich bin selber zu ahnungslos in Wirtschaftsfragen, als daß ich selber hier konkrete Vorschläge machen könnte. Aber ich frage mich: Wo gibt es Innovationen, die wir offensichtlich brauchen, die dann aber möglicherweise nicht nur für den Osten wichtig sind, sondern für ganz Deutschland?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Braune bitte.

Abg. Tilo Braune (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage schließt sich hier ebenfalls an. Eine Intention der Enquete-Kommission war ja nicht nur die Ausgangslage zum Wendezeitpunkt zu beschreiben, sondern sich die Phase des Transformationsprozesses sehr genau anzuschauen, in der Hoffnung, daß man anhand der Analyse der Fehler, die ja unzweifelhaft gemacht wurden – und Ihre Darstellungen haben das ja hier auch bestätigt – diese Fehler nicht nur erkennen kann, sondern auch Rückschlüsse auf mögliche künftige Handlungsbedarfe schließen kann.

Wir erleben ja derzeit eine Situation eines ziemlich massiven Reformstaus in dieser Republik, d. h. nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch und sogar sehr erheblich in den Altbundesländern.

Die Frage ist aber, welche Fehler sind denn während des Transformationsprozesses gemacht worden, und welche Chancen zu einem Neuanfang sind vielleicht in Ostdeutschland verpaßt worden, die man aber hoffentlich noch ausbügeln kann? Was sind künftige Handlungsansätze, um die beschriebene dramatische Situation der ostdeutschen Wirtschaft zu lindern, aber auch um vielleicht gesamtdeutsche Ansätze zu finden, um zu einem neuen Aufbruch in der Wirtschaftspolitik zu kommen? Die Frage geht sowohl an Herrn Hielscher als auch an Herrn Ludwig. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Professor Wilke ist der letzte Fragende auf meiner Liste. Darf ich fragen, ob Herr Kuhn noch eine Wortmeldung hat und ob ich damit die Frageliste schließen kann? Ich denke doch. Danke! Herr Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Meine Frage geht zum einen an Herrn Hielscher und zum anderen an Herrn Ludwig. Ich will von Herrn Hielscher ganz gerne wissen, was für eine Förderungspolitik braucht man eigentlich, um die Ansätze zur Rekonstruktion eines gewerblichen Mittelstandes in den neuen Bundesländern voranzubringen? Bei der Gelegenheit hätte ich auch gerne eine Antwort von Ihnen auf die Frage, warum das Mittelstandssterben, das ist ja nicht nur eine Angelegenheit der neuen Bundesländer, sondern auch der alten Bundesländer, so wenig Aufmerksamkeit bei den Parteien und in der Wirtschaftspublizistik findet, obwohl ich das für einen sehr dramatischen Prozeß halte?

Herr Ludwig, Sie haben angemerkt, daß zu den Todsünden der Vereinigungspolitik oder der schweren Erblasten die Tarifpolitik der Jahre 1990 und 1991 gehört hat. Und Sie haben betont, daß man nicht ganz allein den Tarifpartnern die Schuld dafür geben kann. Aus meiner Analyse der Tarifpolitik dieser Jahre im Zusammenhang mit der Übernahme der Übertragung des Tarifsystems der Bundesrepublik auf die noch existierende DDR, habe ich schon 1991 die These vertreten, daß im Sommer 1990 durch die Tarifparteien kuriose Dinge geschahen. Ich erinnere mich daran, daß der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe, einer der wirklich wichtigen Persönlichkeiten der Gewerkschaften im Transformationsprozeß, auf dem einen Stockwerk seine Leute in Leuna auf „Linie“ brachte und ein Stockwerk höher dabei mithalf, ein Chemie-Arbeitgeberverband aus der Taufe zu heben, weil es natürlich überhaupt keine Chemie-Arbeitgeber in der DDR gab. Kurzum, in dieser Situation haben die Tarifparteien aus meiner Beobachtung gewissermaßen Wirtschaftspolitik in der untergehenden DDR, in der es keine wirtschaftspolitischen Strukturen mehr gab, sozusagen substituiert. Sie haben es stellvertretend getan und haben dabei das postulierte Recht auf Angleichung der Lebensverhältnisse sozusagen in den Stufentarifverträgen hineingeschrieben. Dies geschah nach dem Motto bis 1995 – so war ja damals auch die Botschaft der Politik – sollen die Lebensverhältnisse doch im wesentlichen angeglichen werden. Sie haben den Strukturwandel durch Festschreibung von Arbeitsplätzen um ein Jahr hinausgeschoben, deswegen auch diese Marge 92. Bezahlt haben wir das in den folgenden Jahren durch einen dramatischen Verfall des Tarifsystems in Ostdeutschland.

Bei dieser Problematik bin ich ganz genau bei Deiner Frage, lieber Markus Meckel, Du willst doch die Anstöße aus dem Osten für Gesamtdeutschland. Was überfällig ist, ist ein Wandel der Tarifpolitik der Gewerkschaften und der Unternehmer, und die Frage steht an, ob das alte deutsche Tarifvertragswesen, eine der großen Leistungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ob das jetzt in diesen nächsten Jahren zusammenbricht, oder ob dieses System die Kraft hat, die Sozialpolitik mit Innovationen im Wirtschaftsstandort Deutschland zu kombinieren. Deswegen an Sie, Herr Ludwig, noch einmal die Fragestellung, wie Sie das im Lichte der Zahlen Ostdeutschlands bewerten?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Von vielen Seiten wurde jetzt beklagt, daß wir die unterschiedlichsten Programme gerade auch für die Förderung der Wirtschaft, der Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland haben, aber die meistens keine Schnittstellen miteinander finden. Dadurch kommt es häufig zu Fehlinvestitionen. Ich denke nur an den 26. Rahmenplan, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, dann haben wir ein EAP-Programm dazu, um Existenzgründungen nach vorne zu bringen, wir haben die Förderung zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, den Europäischen Sozialfonds und LKZ-Zuschüsse durch die Arbeitsämter u. a. Diese Mittel, gebündelt betrachtet, sind

dafür da Bestandspflege von Firmen in Ostdeutschland, die sich gegründet haben oder die weiter existent sind, als Nachfolgebetriebe zu betreiben bzw. Neugründungen zu schaffen.

Die Frage richtet sich an das Bundesministerium, an Herrn Claßen und auch an Herrn Ludwig, aber auch die IHK und auch Herr Hielscher werden bei dieser Frage um Antwort gebeten. Welche Prioritäten würden Sie setzen und veranschlagen, wenn Sie die Macht und das Sagen hätten, um die ostdeutsche Wirtschaft in ihrem Bestand zu erhalten und Arbeitsplätze durch Neugründungen nach vorne zu bringen? Wo würden Sie Prioritäten setzen? Ist es das Risikokapital, das Venturekapital oder ist es die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder der weichen Standortfaktoren u. a. Das würde ich ganz gerne in einem Abschlußsatz von Ihnen noch erfahren.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): So, nach meiner Übersicht sind praktisch alle Redner mit den Fragen angesprochen worden. Ich schlage vor, daß wir in der Reihenfolge so vorgehen, wie vorhin die Redner waren, und daß jeder auf den Teil eingeht, zu dem er angesprochen worden ist. Ich bitte Sie, Herr Claßen, zuerst zu antworten.

Horst Claßen: Ja, zunächst zu Herrn Spiller. Das war, was Sie sagten, nicht als Frage gemeint, sondern eher als Anmerkung zu meinen Ausführungen. Sie hatten bemerkt, daß Sie in meinen Ausführungen so etwas wie eine selektive Wahrnehmung für Probleme bei der Wahrnehmung der Realität feststellen konnten. Wenn dem so ist, dann bin ich da sicher mißverstanden worden. Ich glaube auch nicht, daß die Bundesregierung insgesamt und auch nicht das Bundeswirtschaftsministerium, die Probleme in Ostdeutschland nicht ganz genau kennt. Wir sind permanent vor Ort, und nenne hier beispielsweise Herrn Staatssekretär Dr. Ludewig, den Beauftragten für Ostdeutschland, der sich permanent vor Ort ganz konkret mit den Problemen auseinandersetzt. Wir ziehen auch permanent den wissenschaftlichen Sachverstand der Institute heran, wie auch z. B. den Sachverstand vom Institut in Halle. Worum es mir geht, und was m.E. auch ein Defizit der Debatte zu den Problemen in Ostdeutschland ist, ist die Tatsache, daß die Schwierigkeiten zu stark im Vordergrund stehen. Ich glaube, bei der Debatte über die Probleme in Ostdeutschland wird zu leicht übersehen, was in den knapp sieben Jahren schon an erheblichen Ergebnissen erreicht worden ist. Das war auch ein bißchen ein Ziel meiner Ausführungen hervorzuheben, daß wir in Ostdeutschland auch nicht unser Licht unter den Scheffel stellen brauchen. Es ist eine ganze Menge erreicht worden, auch im Bereich der Strukturbewältigung, auch im Vergleich zu Westdeutschland und hinsichtlich der Strukturanpassung hat Ostdeutschland Westdeutschland in vielen Bereichen eine ganze Menge voraus. Dieses Bewußtsein ist auch ein Beitrag zum Selbstverständnis in Ostdeutschland. Das bedeutet nicht, daß die zweifellos existierenden Probleme, auf die ich auch hingewiesen habe, übersehen werden.

Zur Frage reicht die Wirtschaftsförderung aus, müssen andere Sektoren über die eigentliche Wirtschaftsförderung hinaus mit einbezogen werden? Das ist

selbstverständlich so, die weichen Standortfaktoren sind ein ganz wesentliches Element bei der Frage wo sich ein Investor niederläßt. Auch das gesamte Umfeld, also Wissenschaft, Forschung, universitäre Bereiche, kulturelle Angebote, die haben als komplementäre Faktoren zur Stärkung des Standort Deutschlands eine ganz wesentliche Funktion und werden auch entsprechend von der Bundesregierung mit gefördert.

Zur Frage von Herrn Hiller. Ich habe bewußt in sehr distanzierender Form auf das Beispiel Tschechien hingewiesen. Ich war darauf gekommen, weil diese Studie gerade vom Institut in Halle vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde. Ich fand diese Thematik sehr interessant, und mir war das selbst auch nicht so bewußt, und ich denke, daß auch in der deutschen Öffentlichkeit dieser Bereich wahrscheinlich gar nicht so verfolgt wird, wie in anderen Transformationsländern mit diesem Schock umgegangen wird. Ich stimme Herrn Ludwig voll zu, daß die ostdeutsche Wirtschaft einem vielfachen Schock unterworfen war, der mit eigenen Kräften in einem überschaubaren Zeitraum auch gar nicht zu bewältigen ist. Um so wichtiger halte ich es auch, den Blick zu Nachbarstaaten zu wenden, um zu erfahren, wie andere Länder mit dem Problem fertig geworden sind. Ich habe nur ein paar Fakten aus der Studie referiert und habe mich persönlich natürlich mit den Verhältnissen in Tschechien nicht intensiv auseinandergesetzt. Mein Hinweis auf die Lohnanpassungen in Tschechien heißt natürlich nicht, daß dies ein Ratschlag ist und in Deutschland hätte genauso passieren können. Ich denke, das wäre gar nicht möglich gewesen. Ich halte es auch aus jetziger Sicht für unmöglich eine Strategie zu fahren, die auf einen massiven Abbau des Einkommensniveaus in Ostdeutschland hinzielt. Das war in Tschechien in einem Wirtschaftsraum möglich, der ein in sich homogener Wirtschaftsraum war. In Ostdeutschland haben wir das singuläre Problem, daß wir zwei Wirtschaftszonen miteinander verbunden haben: eine Wirtschaftszone mit sehr hohem Realeinkommen und eine andere Wirtschaftszone mit sehr niedrigem Realeinkommen. Da können Sie natürlich nicht auf Dauer zwei getrennte Einkommensräume aufrechterhalten, genauso wie Sie nach der Wiedervereinigung keine Realabwertungspolitik hätten fahren können. Das ist vollkommen klar, insofern sehe ich auch nicht, daß im Plädoyer Hinweise enthalten gewesen wären, sich dieses Ziel, wie es in Tschechien verfolgt worden ist, nachträglich zu eigen zu machen.

Eine weitere Frage von Herrn Hiller zielte darauf ab, ob es nicht besser sei, Lohnkosten zu subventionieren als Investitionen. Das ist eine Idee, die sehr häufig in den Raum gestellt wird. Hier hat man natürlich das Problem der Kontrolle und der Administration von Förderprogrammen, das erweist sich viel einfacher bei materiellen Investitionen als bei Lohnkostensubventionen. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung schon einen wichtigen Schritt in Richtung Lohnkostensubvention gemacht hat. Im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes ist der Anwendungsbereich des § 249h wesentlich erweitert worden. Zum anderen wurden als neues Element die Lohnkostensubventionen für Wirtschaftsunternehmen eingeführt. Kleinunternehmen können jedoch nur bis zu einer bestimmten Größenordnung, bis maximal 10 zusätzlich

eingestellte Personen, Lohnkostenzuschüsse erhalten. Also in dieser Richtung geschieht einiges, ohne daß das heißen muß, daß das jetzt unbegrenzt ausgeweitet wird. Das würde ich auch ökonomisch für fragwürdig halten.

Schließlich zur Thematik Mitnahmeeffekte westdeutscher Firmen durch Konzentration der Förderprogramme begrenzen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung diesbezügliche Überlegungen, die Förderprogramme zu konzentrieren, anstellt. Das Förderinstrumentarium ist sehr breit angelegt und insgesamt auch sicher nicht optimal transparent. Andererseits, das geht ja aus dieser Debatte auch hervor, muß man feststellen, daß viele Leute beklagen, daß Förderinstrumente intransparent und zu vielschichtig sind, gleichzeitig aber die Frage stellen, warum nicht der eine oder andere Bereich zusätzlich noch gefördert wird? In der politischen Diskussion ist es immer das Problem, hierbei den goldenen Mittelweg zu finden.

Um auf die Frage von Herrn Meckel zu sprechen zu kommen. Sie hatten gesagt, daß die Kontinuierung, die Fortführung der Förderung nicht genug sei, man sollte sich auch neue Instrumente überlegen und der Frage nachgehen, welche Instrumente gibt es überhaupt. Hier gibt es ständig neue Instrumente oder Modifikationen von bestehenden Instrumenten. Auf den reformierten § 249h habe ich bereits hingewiesen. Warum es z. B. in der Vermögensbildung – das wäre sicher ein Aspekt Einkommenspolitik stabilitätsgerecht zu flankieren – nicht vorangeht, müssen Sie die Tarifparteien fragen. Die Gewerkschaften haben bisher wenig Interesse gezeigt, Vermögenspolitik sowohl in West- als auch in Ostdeutschland aktiv zu verfolgen. Andere Akteure sind natürlich auch mit einzubeziehen. Ich verweise als Novität auch auf das kürzlich stattgefundene Gespräch beim Bundeskanzler mit dem westdeutschen Handel – ein wichtiger Schritt und ich hoffe, daß auch durch den Monitoringprozeß über die Organisation WIR, der da beschlossen worden ist, auch in absehbarer Zeit wirklich ganz konkrete Fortschritte zu erzielen sind. Weitere Ansätze gibt es z. B. im Bereich der Deregulierung. Hier haben sich die neuen Bundesländer wirklich als Avantgarde in Gesamtdeutschland erwiesen. Nirgendwo sind die Genehmigungsverfahren so kurz wie in Ostdeutschland.

Schließlich zur letzten Frage von Herrn Kuhn. Auch Sie haben die Vielzahl der Programme beklagt. Sie fragten, welche Prioritäten würden Sie setzen? Also ich halte eine massive Förderung von Investitionen weiterhin für unerläßlich, weil es ohne Investitionen keine modernen Arbeitsplätze und keine Modernisierung von vorhandenen Strukturen gibt. Einen zweiten Schwerpunkt würde ich bei der Bereitstellung von Eigenkapital und Risikokapital setzen, Frau Staake hat das in ihrem Vortrag schon angesprochen. Hier gilt es auch für die Bundesregierung dabei zu überlegen, ob die vorhandenen Instrumente ausreichen. Ein Programm wurde im letzten Jahr eingeführt, der Eigenkapitalfonds Ost als Novität, mit einem Volumen von 500 Mio. pro Jahr. Dieser Fonds ist auf drei Jahre angelegt. Er ist im vergangenen Jahr recht zufriedenstellend angelaufen. Wir versuchen, bei der Ausgestaltung dieses Fonds auch noch Erleichterungen einzuführen, daß die Akzeptanz noch besser wird. Gleichzeitig

laufen zur Zeit im Bundeswirtschaftsministerium auch Überlegungen dahingehend, was darüber hinaus noch zusätzlich an Erleichterungen für die Zuführung von Eigen- und Risikokapital in den ostdeutschen Unternehmen getan werden könnte. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Claßen, ich bitte nun Frau Staake.

Ulrike Staake: In Ergänzung zu den Beteiligungsfonds Ost, gibt es hier sicherlich noch das Problem, daß die steuerliche Förderung noch nicht interessant genug ist, wenn man sich dagegen die Anlegerseite anschaut. Das heißt also, es ist zu überlegen, diese entsprechende Quote für direkte Beteiligungen zu erhöhen**.** Ist es unbedingt notwendig, daß wir Investitionen, indirekte Beteiligungen in ostdeutschen Unternehmen vornehmen?

Zweiter Punkt: Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir wieder zu Investitionspauschalen in einem höheren Maße kämen, denn es ist wirklich erschreckend, was man teilweise auch an komplementären Mitteln verliert, weil man nicht in der Lage ist, den Komplementäranteil insbesondere bei EU-Mitteln zu erfüllen. Eine Investitionspauschale nicht nur im kommunalen Bereich wäre vielleicht eine ganz interessante Facette, ansonsten wäre ich dafür, den IHK-Bereich unbedingt beizubehalten und zusätzlich eben die GA-Förderung aufrechtzuerhalten, das wären die Hauptschwerpunkte in der Förderung.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Bitte Herr Hielscher.

Dr. Günter Hielscher: Ich bin Unternehmer, ich mache es kurz. Ich fange bei Professor Wilke an. Warum stirbt der Mittelstand? Alle reden über den Mittelstand, alle Parteien, aber keiner unternimmt etwas. Es geht um rund 10 % Selbständige von den Erwerbstätigen. Es sind möglicherweise zu wenig Wähler. Es kümmert sich keiner konkret um die Probleme des Mittelstandes. Das sage ich auch als einer, der in den neuen Bundesländern wieder Unternehmer geworden ist. Das heißt, wir müssen uns mehr den tatsächlichen Fragestellungen, den Problemen des Mittelstandes annehmen, das sind nämlich diejenigen, und da gehe ich gleich zu Herrn Spiller über, die in erheblichem Umfang die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Das sind weiterhin diejenigen – ich mache jetzt keine Werbung, weil das auch immer wieder in der Presse zum Mittelstand oder im Fernsehen zur Sprache kommt –, die im wahrsten Sinne des Wortes sehr eng mit den Mitarbeitern zusammenarbeiten, weil der Mittelständler weiß, daß die Mitarbeiter entscheidend den Werdegang des Unternehmens mitbestimmen.

Humankapital ist ein ganz wichtiges Gut, aber wir brauchen auch Unternehmer, und das wird immer wieder vergessen. Und Unternehmer und Humankapital müssen natürlich zusammengeführt werden, und wir sollten nicht nur immer auf das Humankapital in vereinfachter Form sehen, sondern müssen auch die Unternehmer im Blick haben. Da sind wir beim Mittelstand, Herr Professor Wilke, und hier muß mehr getan werden.

Jetzt zur Förderung: Damit nicht der Eindruck entsteht, wir warten alle nur auf Fördermittel, möchte ich betonen, daß wir selber etwas dafür tun wollen, und ich werbe ganz einfach dafür, daß man dem Unternehmer, dem Mittelständler, mehr Freiräume für seine unternehmerische Tätigkeit gewährt. Was haben wir denn noch für Freiräume?

Herr Hiller, Sie haben gefragt, ob die Förderung für Ostdeutschland ausreichend ist. Nun glaube ich zu ahnen, welcher Fraktion Sie angehören. Ich halte Ihnen ganz einfach dagegen, daß es eine ganz einfache Form zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt: „Nun schafft doch endlich die Gewerbekapitalsteuer tatsächlich ab, und stimmt im Bundesrat der Abschaffung zu“. Wissen Sie, was das im Osten für Wirkung zeigen würde? Das ist Mittelstandspolitik. Dort fängt es nicht unbedingt an, aber da liegt das Machbare. Ich werbe wärmstens neben dem, was hier schon gesagt worden ist, dafür, und im BMWi sind die entsprechenden Voraussetzungen dazu schon vorbereitet, unbedingt die Investitionszulage wieder anzuheben. Die Investitionszulage ist das beste eigenkapitalverstärkende Programm für die Unternehmen gewesen. Das muß natürlich so bleiben und die Investitionszulage wieder entsprechend angehoben werden. Zu klären wäre der Punkt, ob man die Zuwendungszeit verkürzen könnte, da sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für uns zu lang ist. Wie das funktioniert, machen Sie sich bitte sachkundig, weil jetzt die Zeit dazu fehlt, das Ihnen zu erklären.

Ich würde noch ganz gerne auf etwas weiteres verweisen, weil das hier bereits angeklungen ist, es geht um Ideen, Innovationen. Wir haben gemeinsam in der letzten Volkskammer gesessen, Herr Meckel. Ich denke, uns war es doch damals klar, weil vielfach Konsens herrschte, die alte Bundesrepublik zum Zeitpunkt 3. Oktober 1990 hatte aufgehört zu existieren und bedurfte einer Änderung. Jedoch keiner Änderung in der Weise: was war, muß generell weichen. Ich will aber darauf hinweisen, daß wir gemeinsam darum ringen müssen, die neuen Anforderungen, die insgesamt auf uns zugekommen sind, zu meistern. Wir müssen Vorschläge einbringen und andere bringen andere Vorschläge ein, wir sitzen ja in einem Boot. Dabei gilt es jedoch zu beachten, daß das Boot erfolgreich im Rahmen der völlig veränderten außenpolitischen Bedingungen gesteuert werden muß. Meiner Meinung nach haben wir in der Vergangenheit da und dort einiges nicht glücklich angepackt. Wir haben aber die riesengroße Chance noch vieles zu verbessern, und wenn es dem Mittelstand gut geht, geht es dem Staat ebenfalls gut. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Dr. Ludwig bitte.

Dr. Udo Ludwig: Ich halte mich an die Reihenfolge der Fragesteller. Herr Spiller, Produktion funktioniert natürlich nur durch die Kombination von Sachkapital und Humankapital. Ich denke, in dem Punkt sind wir uns einig, und die Diagnose der Probleme, die nach wie vor in Ostdeutschland offen sind, zeigt, daß Eigenkapitalknappheit vorherrscht, und daß dort angesetzt werden muß. Sie haben aber Recht, wenn Sie betonen, daß man auf der anderen Seite

das Humankapital nicht total vernachlässigen darf. Ich darf mich also nicht nur darauf verlassen, daß es einen Anlagenbestand gibt, sondern ich muß meine Einkommenspolitik so variabel halten, daß es für die Leistungsfähigen attraktiv wird vor Ort tätig zu werden, möglicherweise auch zurückzuwandern. Das ist kein Widerspruch zu meiner Grundthese, die da lautete, „die Lohnangleichung im Osten ist mit diesen riesigen Sprüngen viel zu schnell mit diesen Stufentarifverträgen gelaufen". Man muß immer erst das Problem erkennen, um dann differenziert die Entscheidungen entsprechend der Produktivität oder der Ertragslage der Unternehmen durchzusetzen, was im Grunde genommen in den letzten beiden Jahren in Ansätzen auch gemacht wird.

Ich kann hier gleich zu der Anfrage von Herrn Professor Wilke überleiten, was die Tarifpolitik anbetrifft. In der Tat zeigen meine Unternehmensbefragungen, daß die Tarifverträge, die Flächentarifverträge im Osten massiv unterlaufen werden. Massiv unterlaufen bedeutet, daß etwa ein gutes Drittel der größeren Unternehmen, also der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, unter Tarif bezahlt. Die Unterzahlung beläuft sich auf Größenordnungen von 10 %, 15 %, 20 %. Das ist ein Signal dafür, daß irgendetwas nicht stimmt. Wenn man die Flächentarifverträge als eine Errungenschaft des Sozialstaates aufrecht erhalten will, muß man aber anpassungsfähig sein. Man hätte sie schon besser anpassen können, gerade in dieser Übergangszeit in den Jahren ab 1991/92 usw. und nicht erst jetzt vor Toresschluß, wo eigentlich das meiste schon nicht mehr zu retten ist.

Ich komme zum Punkt Subventionen. Herr Hiller fragte: Ist es denn nun mit der Angleichung der Lebensverhältnisse vorbei? Ich würde sagen, die Strecke oder die Zeitachse, auf der wir laufen müssen, um zu der Angleichung zu kommen, ist viel länger geworden, weil die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im Osten noch viel Zeit brauchen wird, um auf ein Niveau zu kommen, wo sie aus eigener Kraft diese Angleichung vollziehen kann. Die Angleichung kann doch nicht auf Dauer durch Geschenke vollzogen werden, sie muß doch erwirtschaftet werden. Insofern wird natürlich dieser Prozeß gestreckt werden, was aber nicht heißt, daß er völlig aus den Augen verloren wird.

Was das Problem Subvention von Kapital oder Subvention von Lohn anbetrifft, hat es eine grundlegende Diskussion im Jahre 1990 gegeben. Ein amerikanischer Wirtschaftsforscher, die Gruppe Ackelof, kam mit dem Modell nach Deutschland, daß man doch die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft über Lohnsubventionen in den Griff bekommen würde. Es lief darauf hinaus, daß im Unternehmen so viel Lohn bezahlt werden sollte, wie es möglich sei, aber darüber hinaus die Löhne durch den Staat aufgestockt werden sollten.

Diese Methode läuft auf Lohnkostenzuschläge hinaus und stellt im Grunde genommen eine Lohnsubvention dar. Unternehmen, die einen Arbeitslosen einstellen, bekommen bei dieser Maßnahme über eine bestimmte Zeitdauer vom Arbeitsamt einen bestimmten Teil des Lohnes gezahlt. Hier bewegt sich etwas, wenngleich das doch wahrscheinlich marginal ist.

Herr Meckel hat gefragt: Was machen wir denn mit den Instrumentarien? Reicht eine Verstetigung der Instrumentarien aus? Natürlich reicht sie nicht aus. Aber eine Verstetigung sollte schon genau mit den Schwerpunkten, die hier erwähnt worden sind, stattfinden. Vielleicht darf ich einmal auf die neuen Modelle verweisen, die in der öffentlichen Diskussion völlig untergehen. Eines dieser Modelle ist das „Management buy out". Darunter versteht man eine Beteiligung des Managements und zum Teil auch von den Arbeitern und Angestellten am Produktivvermögen des gegebenen Unternehmens. Dieses Modell hat in Ostdeutschland eine spezielle Ausprägung gefunden: Es streut über Dienstleistungen, ist sehr stark im Baugewerbe ausgeprägt, aber auch in der Industrie gibt es diese Form, die in dieser Stärke, wie sie in Ostdeutschland entwickelt worden ist, eigentlich in Westeuropa nicht vorhanden ist. Ich glaube, wir haben etwa 3.000 Unternehmen dieser Art.

Es gibt auch Beispiele in Westeuropa, in der Schweiz, in England, aber mit einer ganz anderen Entstehungsgeschichte, mit einer ganz anderen Bedeutung im Wirtschaftsleben. Die „Management buy out" wurden aus der Not geboren, weil im Rahmen der Privatisierung durch die Treuhandanstalt vielerorts zwar die Kerne irgendwie verkauft werden konnten oder man diesbezügliche Anstrengungen unternahm, aber für einzelne Betriebsabteilungen, die Bauabteilungen und anderes mehr fand man schlecht Käufer, so daß man dann auf den Dreh gekommen ist, entwickeln wir doch solche „Management buy out".

Das ist für mich ein neues Modell für Deutschland, zumindest in dieser Ausprägung. Sicher kann man weiterführende Überlegungen anstellen, was die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen anbetrifft, das ist wünschenswert. Für diese Arbeitnehmer, die dann ihr Geld zur Verfügung stellen, ist dieses Unterfangen mit Risiko verbunden, zumal in einer Phase, wo sich diese Unternehmen, um die es geht, noch nicht konsolidiert haben. Unter diesen Umständen kann das Geld auch einmal schnell aufgebraucht sein und insofern hat das offensichtlich in der gegenwärtigen Phase noch keine größere Bedeutung. Das wäre natürlich ein Weg, um die Erwerbstätigen, also die Arbeitnehmer, stärker am Gedeih der Unternehmen zu beteiligen und gleichzeitig aber auch zu entlasten, was die Lohnkosten usw. anbetrifft.

Es hat im Osten auch andere Dinge gegeben, bei denen man abgewichen ist von diesen über Jahrzehnte gewachsenen Regularien in Westdeutschland, was Planungsverfahren, Genehmigungsverfahren usw. anbetrifft. Ich habe die Unternehmer gefragt – sowohl Bauunternehmer, als auch Industrieunternehmer – was hemmt Sie denn zur Zeit am meisten? Da spielten diese Geschichten wie die Deregulierung keine Rolle mehr, das war bei denen Alltag. Das war schon einigermaßen dereguliert und stand nicht mehr oben in der Prioritätenliste. Was am meisten hemmte, war die zögerliche Auszahlung der Fördermittel. In diesem Punkt scheint es noch Engpässe zu geben. Man muß aber konstatieren, daß es in Ostdeutschland, also bei der Umwandlung der DDR-Wirtschaft, doch offensichtlich einige Innovationen gegeben hat, die so in Westdeutschland be-

stimmt nicht zustande gekommen wären, hätte es nicht diese Vereinigung gegeben.

Ich komme zur Förderpolitik: Natürlich suchen wir gerne neue Instrumentarien und hätten gerne eine Prioritätenliste nach dem Motto, wir brauchen das Rezept, aber ein Rezept gibt es nicht. Die Förderpolitik muß sozusagen breit angelegt bleiben in dem Sinne, daß sie Neugründungen anregen muß, daß sie dafür Geld zu Verfügung stellen muß, daß sie aber dabei auch nicht vergessen darf, Unternehmen im Bestand zu unterstützen, wenn es da einmal Liquiditätsengpässe gibt oder wenn Eigenkapital plötzlich aufgezehrt worden ist. Ich wehre mich dagegen, entweder oder zu sagen. Ich meine, es muß weitergemacht werden. Ebenfalls müssen die Investitionsförderungen fortgesetzt, die Verstetigung der Investitionszulage und die Investitionszuschüsse weiterbewilligt werden, weil das nach wie vor auf einen der wesentlichen Engpässe in der ostdeutschen Wirtschaft abzielt. Nur so kann sie auf einen hohen Wachstumspfad einschwenken. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Dr. Ludwig. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit mit drei kurzen Bemerkungen für heute abschließen: Wir haben uns heute in der Bilanz versucht, der Bilanz der DDR-Wirtschaft und mit einer Zwischenbilanz zum Aufbau Ost. Ich denke, die Diskussionen und die Beiträge haben erheblich zur Erhellung beigetragen. Meiner Ansicht nach haben wir auch Denkanstöße bekommen. Die Beiträge haben sich durch erhebliche Basisnähe ausgezeichnet. Das wird uns helfen. Ich freue mich, daß die Enquete-Kommission letztlich auch Empfehlungen geben darf. Ich kann mir gut vorstellen, daß wir in Auswertung des heutigen Tages tatsächlich auch Empfehlungen und Schlußfolgerungen finden können, die hilfreich sind. Wir betrachteten Märkte, wir betrachteten Management, Förderungen, das mögen drei Schlagworte sein. Ich denke, die Diskussion war heute interessant und ich hoffe, auch hilfreich.

Zweite Bemerkung: Ich möchte allen ganz herzlich danken, die heute so lange ausgehalten haben. Es war ja durchaus auch anstrengend, von 9.00 Uhr vormittags bis jetzt ohne wesentliche Unterbrechung auszuharren. Ich danke vor allem den Referenten, den Diskutanden, denen, die beigetragen haben, daß das, was an Substanz sichtbar ist im Ergebnis der Bilanz, entstehen konnte. Ich danke auch denen, die für die Organisation heute beigetragen haben.

Die dritte Bemerkung ist ein Hinweis. Es wird gebeten, daß alle Mäntel von der Garderobe mitgenommen werden, da der Landtag schließt. Außerdem darf ich darauf hinweisen, daß das Restaurant im Haus bis 24.00 Uhr geöffnet hat. Wir haben also durchaus noch die Gelegenheit, hier etwas zu essen. Ich darf in dem Sinne für heute abschließen. Das war der Teil Wirtschaft. Morgen steht der Teil zur Sozialpolitik an. Der Herr Vorsitzende hat natürlich noch das Schlußwort. Herzlichen Dank meinerseits.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Inhaltlich will ich nichts mehr beitragen, aber zwei organisatorische Hinweise möchte ich noch geben. Einmal, morgen um 9.00 Uhr geht es weiter und zum zweiten, der Kollege Jork hat einen Vorschlag gemacht, was man am heutigen Abend tun könnte. Herr Eising bittet darum, daß wir durch das Heben unseres Armes zu erkennen geben, wenn sie dem Vorschlag folgen möchten. Er würde, weil zu einer bestimmten Zeit, die inzwischen längst verstrichen ist, Plätze und Tische bestellt worden sind, Taxen ordern, damit wir die Zeit zumindestens verkürzen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke für den Hinweis. Wir haben uns inzwischen darum gekümmert und Frau Dr. Jansen war so nett, dort Bescheid zu sagen, daß wir später kommen. Danke.

Dienstag, 4. März 1997

Vorsitzender Siegfried Vergin: Am zweiten Tag der Sitzung der Enquete-Kommission habe ich zunächst die Aufgabe, Herrn Eppelmann zu entschuldigen, da er zu einem Auswärtstermin abreisen mußte. Ich begrüße Sie alle, die Mitglieder der Kommission, die Sachverständigen, die Diskussionsteilnehmer, und ich begrüße auch die Damen und Herren, die auf der Zuschauertribüne Platz genommen haben. Der heutige Tag unserer Anhörung steht unter der Überschrift „Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR – Die Gesellschaft in den neuen Bundesländern im Umbruch“. Auch heute wollen wir in zwei Abschnitten diskutieren, d. h. zunächst über die Arbeits- und Sozialpolitik der DDR und heute Nachmittag über die zum großen Teil auch daraus folgenden sozialen Probleme und Aufgaben der Transformationen in Ostdeutschland.

Am heutigen Vormittag werden Herr Professor Dr. Uwe Vollmer von der Universität Leipzig und Herr Dr. Rainer Lubk, stellvertretender Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit und Herr Kube in das Thema einführen. In einer etwas längeren Diskussion werden wir dann Gelegenheit haben, das Thema zu vertiefen. Wir werden heute, aufgrund der traurigen Nachricht, daß Herr Professor Hockerts erkrankt ist und nicht nach Dresden kommen konnte, über etwas mehr Zeit zur Diskussion verfügen. Wir wünschen Herrn Professor Hockerts natürlich gute Besserung.

Ich glaube, es ist ganz im Sinne des Auftrages unserer Kommission, wenn wir hier sehr genau die Geschichte der DDR betrachten. Wie war das mit der versteckten Arbeitslosigkeit? Wie hat der kommunistische Staat seine Sozialpolitik eigentlich finanziert? Leichtfertigen Legenden sollten wir hier keinen Platz lassen. Vor allem sollten wir nach den Inhalten der Sozialpolitik der DDR fragen. Wurde der einzelne Mensch in diesem System nicht zu einer materiellen Nutzgröße degeneriert, der im Zweifelsfall durch intensive Betreuung ruhig zu stellen war?

Ich bin der festen Überzeugung, daß gerade Sozialpolitik – die Politik natürlich überhaupt – eine wertorientierte Politik sein sollte, eine Politik, die sich an der Würde des einzelnen Menschen orientiert. Die SED hat in ihrem soge-

nannten Arbeiter- und Bauernstaat diese alte Grundüberzeugung der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur vergessen, sondern auch grob verletzt. Sie stand daher nicht in dieser Tradition, sondern verstieß gegen sie. Diesen Umstand werden wir nicht vergessen. Daran wird uns auch der heutige Nachmittag erinnern, wenn wir über die Erfahrungen im sozialen Leben der Menschen nach 1989 diskutieren.

Wir sind froh, daß uns zu einer Einführung der Sächsische Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Herr Dr. Geisler, zur Verfügung stehen wird. Mit Berichten aus vielfältigen Bereichen wollen wir anschließend von Praktikern ihre konkreten Erfahrungen mit der Gesellschaft im Umbruch hören. Manche Erfahrungen seit 1989 sind eher zwiespältig. Viel zu viele Menschen sind arbeitslos geworden. Vor allem Frauen und ältere Menschen und zahlreiche Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Plattenbausiedlungen und leerstehende Jugendclubs malen eine eher düstere Perspektive hinter der die gewonnene Freiheit zu verschwinden droht. Hier werden wir offen miteinander diskutieren müssen. Was sind die Spätfolgen der DDR, wo fehlt es den Westdeutschen an offenen Ohren und Herzen für die Lebenssituation ihrer ostdeutschen Landsleute? Es geht auch um die Beantwortung der Frage, was haben wir seit 1990 falsch gemacht, und wo und wie müßten wir jetzt handeln? Wir sind hier genau an dem Auftrag angelangt, den uns der Deutsche Bundestag gegeben hat. Es geht um das Nachdenken und um die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen. Der Titel unserer Kommission mahnt uns dazu.

Fast 5 Mio. Arbeitslose und soziale Ungerechtigkeiten, auch zwischen Ost und West, sind eine große Herausforderung für unsere Demokratie, die wir in ganz Deutschland bestehen müssen. Welche Dimensionen an die Politik gerichtet sind, macht das Sozialpapier der beiden christlichen Kirchen deutlich, das in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und für Diskussionen sorgt. Der Pfälzer Kirchenpräsident richtete am Wochenende deutliche Worte zu diesem Papier an uns. Ich zitiere zwei Sätze aus seiner Mahnung: „Unsere Demokratie“, so sagt er, „ist gefährdet und der Rückfall in die Verhältnisse von Weimar ist durchaus denkbar.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Wir müssen aufpassen, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit unsere Gesellschaft nicht auseinanderfällt. Die wichtigste heutige Bürgertugend ist Solidarität.“ Soweit der Kirchenpräsident aus der Pfalz.

In Sachsen, wie in allen anderen ostdeutschen Ländern, kommt es aber vor allem darauf an, die erkämpfte Freiheit des Herbsten 1989, die Freiheit unseres Grundgesetzes, für die Menschen wirklich erfahrbar zu machen. Dann bleibt die Freude über Freiheit und Einheit nicht nur eine schöne Erinnerung an die aufregenden Monate der Jahre 1989 und 1990. In diesem Sinne wünsche ich uns auch einen erfolgreichen zweiten Tag und übergebe jetzt das Wort zunächst an Herrn Professor Dr. Vollmer.

Prof. Dr. Uwe Vollmer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, verehrte Damen und Herren. In der nicht-sozialistischen (westlichen) wirtschaftswissenschaftlichen Literatur versteht man unter Sozialpolitik alle Bemühungen des Staates,

die darauf abzielen, die wirtschaftliche und soziale Stellung von benachteiligten Gruppen zu verbessern. In der DDR wurde der Begriff der Sozialpolitik in den ersten Jahren nach der Staatsgründung nur selten gebraucht. Der Grund dafür bestand darin, daß er als Sammelbegriff für all jene Maßnahmen galt, mit denen kapitalistische Systeme die dort als systemimmanent angesehene Existenzunsicherheit der Arbeitnehmer zu verdecken versuchten. Erst in den 60er Jahren trat der Begriff der Sozialpolitik im offiziellen Sprachgebrauch der DDR vermehrt auf und wurde dann in den 70er Jahren mit der Formel der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" offiziell zum Gütesiegel des DDR-Sozialismus erhoben.

Ziel dieser sozialistischen Sozialpolitik war es nicht primär, staatliche Vorsorge gegen die Wechselfälle des Lebens zu leisten und unverschuldet in Not geratene Personen abzusichern. Es erfolgte lediglich eine Basisabsicherung auf niedrigem Niveau. Ziel der Sozialpolitik in der DDR war es vielmehr, die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu erhöhen und die Güterversorgung der Wirtschaftssubjekte zu verbessern. Da die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft gemäß dem marxistischen Primat des Faktors Arbeit im Vergleich zum Faktor Kapital, d. h. die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft gemäß diesem Primat, von der Nutzung des Faktors Arbeit abhing, zielten sozialpolitische Maßnahmen vor allem auf einen verbesserten Arbeitskräfteeinsatz und auf eine möglichst hohe Auslastung des Erwerbspersonenpotentials ab. Insofern war Sozialpolitik in der DDR im wesentlichen Arbeitspolitik, genauer Vollbeschäftigungspolitik. Ihr Anspruch war es, durch eine rationelle Nutzung des Faktors Arbeit das materielle und kulturelle Lebensniveau der Bevölkerung anzuheben. Hierin bestand der Anspruch der Sozialpolitik, und formal gesehen genügte die Sozialpolitik in der DDR auch nach eigenen Einschätzungen diesem Anspruch auf Vollbeschäftigungsgarantie vollauf. Dieser Umstand wurde auch lange Zeit in Teilen der nicht-sozialistischen (westlichen) ökonomischen Literatur akzeptiert. Verwiesen wurde dabei auf das völlige Fehlen offener Arbeitslosigkeit. Dieses Phänomen galt als eine der größten „Errungenschaften des Sozialismus". Beleg hierfür lieferten die offiziellen Statistiken, die nur in der ersten Dekade nach Gründung der DDR eine noch hohe, dann allerdings sehr schnell sinkende Arbeitslosigkeit auswiesen. Ab 1961 kannte die DDR dann offiziell keine offene Arbeitslosigkeit mehr, und die ohnehin sehr geringe Arbeitslosenunterstützung oder auch Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 1978 abgeschafft. Begründet wurde dieses Fehlen offener Arbeitslosigkeit mit dem Argument, daß es unter sozialistischen Produktionsbedingungen möglich sei, jedem Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz anzubieten und damit das „Recht auf Arbeit" zu verwirklichen, das in der DDR den Status eines verfassungsmäßig garantierten Grundrechts hatte.

Die Betriebe seien zu solch einer Arbeitsplatzgarantie aus zwei Gründen imstande: Die fehlende Gewinnorientierung erlaube es ihnen, erstens auch Personen zu beschäftigen, deren Beitrag zum Produktionsergebnis, also deren Produktivität, unterhalb des Lohnsatzes liegt. Zweitens seien die Betriebe auch nicht gezwungen, wegen fehlender Absatzmöglichkeiten Beschäftigte entlas-

sen zu müssen. Als Konsequenz, so der Anspruch, seien Planwirtschaften nicht durch einen Überschuß, sondern, ganz im Gegenteil, durch einen Mangel an Arbeitskräften gekennzeichnet. Sie unterschieden sich damit erheblich von real existierenden Marktwirtschaften, wo Massenarbeitslosigkeit als deutliches Kennzeichen einer Verschwendung von Arbeitskraft anzusehen sei.

Ein „Recht auf Arbeit“ und eine fehlende statistische Erfassung garantieren aber noch nicht automatisch eine rationale Nutzung des Faktors Arbeit. Tatsächlich sah die Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik ganz anders aus. Die Wirklichkeit war vielmehr durch eine erhebliche Verschwendung menschlicher Arbeitskraft gekennzeichnet. Diese Verschwendung trat allerdings nicht offen zutage, sondern wurde verdeckt. Die ökonomischen Spielregeln des Wirtschaftssystems einer sozialistischen Planwirtschaft, die staatliche Betriebe zu einer Arbeitskräftehortung zwangen, waren für die Unterauslastung des Faktors Arbeit verantwortlich. Zu beachten gilt dabei, daß die zentrale Planung und Bilanzierung des Arbeitskräfteeinsatzes Teil des volkswirtschaftlichen Planungsprozesses waren. Die Betriebe erhielten nach Planverabschiedung genaue Vorschriften in Form von Obergrenzen für die Zahl der insgesamt einzusetzenden Arbeitskräfte, sowie die Aufteilung in einzelne Berufssparten und Lohngruppen. Die Betriebe durften auch nicht mehr als die planmäßig spezifizierten Arbeitskräfte beschäftigen und mußten bei Einstellung weiterer Beschäftigten die Genehmigung ihrer Leitungsorgane einholen. Jedoch schränkten diese formalen Beschäftigtenplanfonds den Arbeitskräftebedarf der Betriebe aus zwei Gründen kaum bindend ein:

Erstens konnten die Betriebe schon während der Planaufstellungsphase durch gezielte Fehlinformationspolitik Einfluß auf ihren Beschäftigtenstand nehmen. Dies gelang ihnen, indem sie die Arbeitsintensität ihres Produktionsprogramms und den durch Fehl-, Krankheits- und Stillstandszeiten zu erwarteten Beschäftigungsausfall bewußt übertrieben. Oder sie schufen solche Arbeitsvorgänge, für die der Produktionsplan die Einstellung neuer Arbeitskräfte vorsah.

Zweitens konnten die Betriebe auch während der Plandurchführungsphase mehr Arbeitskräfte als im Plan vorgesehen einstellen, wenn sie dies zufriedenstellend begründeten. Beispielsweise konnten sie darauf verweisen, daß wegen der unzureichenden naturalen Planung der güterwirtschaftlichen Planung für den Produktionsablauf notwendige Vorleistungen nicht planmäßig eintrafen und damit der eigene Produktionsplan nur bei Beschäftigungsausweitung erfüllt werden konnte. Die Betriebsleiter konnten diese Einflußmöglichkeit nutzen, um ihre persönlichen Zielsetzungen zu verfolgen, beispielsweise um ihre Einkommen aus Prämienzahlungen zu maximieren, die für viele Führungskräfte den Hauptteil ihrer Arbeitseinkommen ausmachten. Die Höhe dieser Prämienzahlungen richtete sich nicht nur nach dem tatsächlichen Betriebsergebnis, sondern auch nach den im Planansatz genannten Vorgaben. Planerfüllung stand damit im Vordergrund der Aufgaben von Betriebsleitern.

Da die Planvorgaben durch die betriebliche Informationspolitik gegenüber der Planzentrale beeinflußbar waren, versuchten die Betriebe, bei der Planaufstellung „weiche", möglichst leicht zu erfüllende Vorgaben zu erhalten. Sie waren bemüht, eine „stille Reserve" an Produktionsfaktoren anzulegen, die es ihnen erlaubte, den Produktionsplan auch bei verspäteter oder mangelnder Lieferung von Vorleistungen durch andere Betriebe zu erfüllen.

Dieses Streben nach „weichen Plänen" betraf vor allem auch den Faktor Arbeit, für den die Betriebe schon bei der Planformulierung versuchten, einen überhöhten Bedarf anzumelden. Konnten sie diesen Bedarf durchsetzen, waren sie bei der Planausführung bemüht, die Produktionspläne nicht oder nur mäßig überzuerfüllen, um diese stille Arbeitskräftereserve nicht gegenüber der Planbehörde aufzudecken. Planübererfüllung in einer Periode bedingte nämlich eine erhöhte Planvorgabe in der Folgeperiode mit der Konsequenz, daß man künftig auf eine Sicherheitsreserve an Arbeitskräften verzichten mußte. Dieses in den Spielregeln des ökonomischen Systems angelegte Verhalten der staatlichen Betriebe hatte zwei Konsequenzen, die letztlich beide zum Scheitern der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR führten. Die erste, die unmittelbare Konsequenz des betrieblichen Hortungsstrebens war eine Unterauslastung des Produktionsfaktors Arbeit, die einen Verzicht auf mögliche Produktion bedeutete und als Arbeitslosigkeit im ökonomischen Sinne interpretiert werden kann. Da die betroffenen Arbeitskräfte formal ihren Arbeitsplatz behielten und sie mit den Betrieben eine Interessenkoalition darüber eingingen, den Umfang dieser Arbeitslosigkeit nicht gegenüber der Planzentrale offenzulegen, kann diese Art der Unterbeschäftigung als „interne" oder „versteckte Arbeitslosigkeit" bezeichnet werden. Sie bedingt, daß gesamtwirtschaftlich die Produktion bei unverändertem Beschäftigtenstand sinkt und die Arbeitsproduktivität abnimmt, daß also das abnimmt, was pro Beschäftigten an Output, an Gütern erzeugt werden kann.

Für die DDR zeigte sich tatsächlich ein beträchtlicher Produktivitätsrückstand gegenüber Marktwirtschaften, was ein Indiz für die Existenz solch einer versteckten Arbeitslosigkeit ist. Auf deren Existenz deuten auch im Frühjahr 1990 in der DDR durchgeführte Befragungen hin über den Anteil der Beschäftigten, der aus betriebswirtschaftlichen Gründen für die Erfüllung der Planaufgaben aber nicht erforderlich angesehen wurde oder auf den bei einer verbesserten betrieblichen Organisation oder gesamtwirtschaftlichen Planung wegen dann sinkender Stillstands- und anderer Ausfallzeiten hätte verzichtet werden können. Diese Befragungen ergaben, daß Ende der 80er Jahre etwa 1,4 Mio. Personen oder 15 % der Beschäftigten als versteckt arbeitslos galten.

Die zweite Konsequenz des betrieblichen Hortungsstrebens und der sozialpolitischen Strategie waren eine zunehmende monetäre Überversorgung der Volkswirtschaft und wachsende Diskrepanzen zwischen den Kauf- und Warenfonds der Bevölkerung. Da die privaten Haushalte als Arbeitsanbieter im wesentlichen keiner dirigistischen Arbeitskräftelenkung unterlagen, sondern ihren Arbeitsplatz prinzipiell selbst wählen konnten, erfolgte der größte Teil

der Neueinstellungen durch direkte Anwerbungen seitens der Betriebe. Das Instrument, mit dem die Betriebe um Arbeitskräfte konkurrierten, waren monetäre Anreize in Form von Löhnen, Gehältern und Prämien. Die Höhe dieser monetären Einkommen hing neben den zentral fixierten Tarifsätzen von der Vorgabe betriebsspezifischer Normen und Kennziffern ab, die von den Betrieben wesentlich beeinflußt werden konnten. Diese Einflußmöglichkeit nutzten die Betriebe, um über den Tariflöhnen liegende Effektivlöhne zu zahlen und so bereits beschäftigte Arbeitnehmer an den Betrieb zu binden oder neue Arbeitskräfte anzuwerben. Die Betriebe waren zu dieser Lohndrift imstande, weil sie als Staatsbetriebe faktisch nicht in Konkurs gehen konnten. Liquiditätsabflüsse wegen überhöhter Lohnzahlungen wurden durch außerordentliche Kredite durch die Staatsbank finanziert. Als Resultat dieser unzureichenden finanziellen Disziplin der Betriebe verfügten die privaten Haushalte zwar über steigende Lohneinkommen, jedoch konnten sie damit lediglich wachsende Geldbestände ansammeln, denen kein genügend großes Konsumgüterangebot gegenüber stand.

Konsequenz waren Inflationstendenzen, die aber wegen der zentral-administrativen Fixierung der Güterpreise nicht offen zutage traten, sondern zurückgestaut wurden. Die Höhe dieses Inflationspotentials wird deutlich, wenn man sich den zusammengefaßten Bargeld- und Sichtgeldeinlagenbestand anschaut, der in der DDR etwa rund 113 % der Konsumausgaben betrug gegenüber nur etwa 27 % in der Bundesrepublik. Folge solcher Ungleichgewichte zwischen Kauf- und Warenfonds waren Konsumgüterrationierungen, die den Leistungswillen der Bevölkerung zerrütteten. Im Ergebnis hat damit die DDR-Sozialpolitik ihren selbst gestellten Anspruch, durch Vollbeschäftigung das Lebensniveau der Bevölkerung anzuheben, nicht erfüllt. Zwar konnte durch die formale Arbeitsplatzgarantie Sicherheit bei der Einkommensentstehung erzielt werden, dies wurde jedoch erkauft durch eine erhebliche Unsicherheit bei der Einkommensverwendung. Anders formuliert: Sinkende Risiken in Bezug auf den Arbeitsplatz wurden substituiert durch erhöhte Risiken bei der Konsumgüterversorgung, denn der Zugriff auf begehrte Konsumgüter hing – angesichts von Mangelwirtschaft und Rationierungen – von solchen Zufälligkeiten, wie Besitz von Westdevisen, Zugehörigkeit zur Nomenklatura oder anderen persönlichen Beziehungen ab.

Mein Fazit lautet: Vielleicht empfinden Wirtschaftssubjekte solche Risiken bei der Konsumgüterversorgung als noch unangenehmer als Risiken bei der Einkommensentstehung, gegen die ja zumindestens prinzipiell eine Absicherung in Form der Arbeitslosenversicherung möglich ist. Wenn dies zutrifft, dann muß das Versagen der Sozialpolitik als eine der wesentlichen Ursachen für das Scheitern der DDR angesehen werden. Vielen Dank.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank Herr Professor Vollmer. Ehe Herr Dr. Lubk das Wort ergreifen kann, will ich darauf hinweisen, daß Herr Professor Hockerts seine Ausführungen per Fax übermittelt hat, die wir Ihnen zur Verfügung stellen möchten (s. Anlage 8). Auf diese Weise können diese

Thesen nachher auch bei der Diskussion evtl. miteinbezogen werden. Herr Dr. Lubk bitte.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR ist nicht nur ein äußerst facettenreiches Thema, es ist auch ein Thema, was in den einzelnen Entwicklungsphasen der DDR eine unterschiedliche Bewertung verlangt. Die Arbeits- und Sozialpolitik ist aber auch ein Thema, bei der persönliche Erfahrungen, persönliche Sichten und die Bedingungen, unter denen sie gemacht worden sind, enorme Bedeutung haben.

Wer den gestrigen Tag die Diskussion verfolgen konnte, hat hier vielleicht am Vormittag gemerkt, wie unterschiedlich Sichten sein können. Aus der Sicht einer zentralen Planungsbehörde, aus der Sicht eines ehemaligen Generaldirektors oder auch aus der Sicht eines Absatzdirektors, stellt sich manches anders dar. Nun stellen wir uns die Erlebnissicht derer vor, die in einem Unternehmen Arbeiter oder Angestellte waren. Diesen Punkt halte ich für besonders wichtig. Ich möchte auch noch einmal auf die gestrige Diskussion zurückkommen, bei der an einer Stelle gefragt wurde: „Warum kümmern wir uns überhaupt um das, was gewesen ist? Schauen wir nach vorn“. Dieser Aspekt ist natürlich immer richtig. Aber ich denke, wenn man über die Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR spricht, muß man sich im Klaren darüber sein, daß es sich dabei um einen Herrschaftsmechanismus gehandelt hat, der freizulegen ist.

Die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dieser Zeit können in die heutige Diskussion einfließen. Es geht hierbei um die Aufgaben eines Staates, um den Stellenwert der Freiheit des Einzelnen und der Freiheitsgrade. Wenn ich an die Veränderungen denke, die sich in der Arbeitswelt ereignen, wenn ich an die Ängste denke, die damit auch verbunden sind, eröffnen sich viele Fragen. Ich spreche nur einmal dieses Problem der Zunahme sogenannter Nichtnormarbeitsverhältnisse an. Wir sind alle gewohnt, in diesen Bahnen zu denken, acht Stunden Arbeit ein Leben lang und möglichst auch noch in der gleichen Arbeit. Hieraus ergeben sich viele Fragen, die Menschen verunsichern. Verunsicherte Menschen fragen dann wiederum möglicherweise: Gibt es da nicht etwas anderes, was mir meine Angst nimmt? Und sie schauen auch manchmal zurück.

Deswegen halte ich dieses Thema für so wertvoll und bedeutsam, und ich bin daher auch sehr dankbar, daß hier die verschiedensten Erfahrungen eingebracht werden können.

Meine Erfahrungen versuche ich aus der Sicht der Arbeit in einem Institut einzubringen. Ich habe viele Jahre in Unternehmen Analysen auf dem Gebiet der Entgeltfindung, der Lohngestaltung durchgeführt. Dabei blieb es natürlich nicht außen vor, daß man sich mit all diesen Fragen, die heute hier auch zur Debatte stehen, befassen mußte. Ich bringe auch Erfahrungen ein als einer, der hier gelebt hat.

Das Thema Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR fordert zu einer Bewertung heraus. Trotzdem möchte ich für mich in Anspruch nehmen, daß ich zunächst einmal betone, daß man wie bei allen zeitgeschichtlichen Bewertungen nach dem Ablauf von einigen Jahren noch nicht das Endgültige sagen kann. Das bleibt – das ist in der Geschichte so – immer späteren Generationen vorbehalten. Diese Tatsache gilt um so mehr, da der Transformationsprozeß auch noch nicht abgeschlossen ist.

Angesichts der aktuellen Debatten und Diskussionen zu arbeits- und sozialpolitischen Fragestellungen, die gerade auch unter Verweis auf Lösungswege in der untergegangenen DDR geführt werden, halte ich es für notwendig und legitim, auf vorhandene verklärende Sichtweisen, Halbwahrheiten und fehlerhafte Darstellungen hinzuweisen. Ich nenne nur drei Beispiele dafür. In der „Zeit“ wird behauptet, daß in der DDR jede Frau mit Kindern eine Freistellung mit Bezahlung bis zum Ende des 3. Lebensjahres erhielt. Weiterhin wird kommentarlos in einer Schrift wiedergegeben, daß es eine freie Wahl des Berufes gegeben hat. Es wird auch von 100 % Lohnfortzahlung gesprochen.

Nun mögen das Fehler sein, die unterlaufen immer, aber wir sollten sehr aufmerksam sein, inwieweit hier zu bestimmten Dingen durch verschiedene Formen einer partiellen Wahrnehmung oder oberflächlichen Darstellung zu einer Legendenbildung beigetragen wird.

Es wirken bei einem Vergleich von Anspruch und Wirklichkeit natürlich auch Vergleiche zur heutigen Situation, zur Situation in einer sozialen Marktwirtschaft, ein. Allerdings darf dies nicht dazu führen, daß die Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der DDR übersehen werden.

Worin bestand nun der Anspruch der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR?

Herr Professor Vollmer hat bereits wesentliche Dinge genannt. Insofern kann ich mich hier relativ kurz fassen. Aber ich erinnere noch einmal, und ich habe das auch versucht zu zitieren, es ging letzten Endes um die „Bedürfnisse und Interessen der herrschenden Klasse“, also der Arbeiterklasse. Das Lebensniveau sollte planmäßig erhöht werden, wie es immer wieder hieß und nachzulesen war. Selbstgesetzte Kriterien für eine erfolgreiche Sozialpolitik waren die planmäßige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus, das Fehlen von Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit und Geborgenheit, Vollbeschäftigung und gleiche Bildungschancen für alle. All dies steckte in diesem Anspruch.

Unausgesprochen, aber im täglichen Leben spürbar, war die Sozialpolitik in der DDR stets ein Machtmittel. Zufriedenheit sowie Vertrauen der Bürger in die Glaubwürdigkeit ideologischer Ansprüche sollten erreicht werden. Man wollte sich Loyalität sichern.

Indem die Verwirklichung der Sozialpolitik in der DDR vorwiegend über den Betrieb erfolgte, konnten die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen

Bürgern auf diesem Weg kanalisiert und kontrolliert werden. Der Zugriff des Staates war dabei in vielfältigster Form gegeben.

Sozialpolitik hatte also auch die Aufgabe, Legitimationsdefizite, die der Staat hatte, auszugleichen und zu übertünchen.

Was sind nun die Ergebnisse der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR?

Die isolierte Bewertung einzelner Elemente der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR wird zu unterschiedlichen Befunden führen. Es gab, dies hatte ich bereits gesagt, in der Entwicklung der DDR verschiedene Entwicklungsetappen und es gab unterschiedliche Konditionierungen, unter denen diese Erfahrungen gemacht wurden. Es gab Unterschiede zwischen politisch und volkswirtschaftlich bedeutsamen und weniger interessanten Unternehmen, es gab Unterschiede zwischen Groß- und Kleinbetrieben, und es gab Unterschiede zwischen dem politischen Machtzentrum und den Bezirken der DDR in nicht unbeträchtlichem Ausmaß.

Zusammenfassend würde ich die Ergebnisse der Arbeits- und Sozialpolitik wie folgt werten wollen:

1. Die von Anfang an vorhandenen systemimmanenten Defizite (Legitimation, Demokratie, Wettbewerb, zentrale Planung usw.) konnten durch die „Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik“, wie es ab 1972 hieß, nicht ausgeglichen werden. Die aus der Sozialpolitik hervorgegangenen Ansprüche haben den Konkurs des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR beschleunigt. Herr Professor Vollmer hat bereits auf die Dinge hingewiesen. Die Sozialpolitik, besonders die Elemente Wohnungspolitik, stabile Preise, aber auch die Lohnpolitik, waren nicht finanzierbar. Gestern ist auch deutlich geworden, daß der Offenbarungseid bevorstand. Als Reaktion auf immer offensichtlicher werdende Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit, entstanden häufig bei den Bürgern zusätzliche Ansprüche und Versorgungsmentalitäten. Diese führten bei gleichzeitiger Deformierung des Leistungsprinzips in der DDR zu einer weiteren Beschleunigung des Konkurses der DDR.

2. Der Lebensstandard stieg ab Mitte der siebziger Jahre zunehmend vor allem in den Berichten der Medien.

   Kennzeichnend für diesen gesamten Komplex ist m.E. auch, daß die 1950 in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland etwas höhere Lebenserwartung 1989 deutlich unter dem Wert für Westdeutschland lag. Eine Tatsache, die häufig vergessen wird.

3. In der DDR gab es, hierauf ist bereits hingewiesen worden, bis 1960 offene Arbeitslosigkeit, danach angeblich nicht mehr. Sie existierte verdeckt in Form einer niedrigeren Produktivität, eines immer geringer werdenden Anteils der produktiven Arbeitszeit an der Gesamtarbeitszeit. In Maschinenbaubetrieben betrug sie 1988 teilweise nur noch 40 % der Arbeitszeit. Das brachte dann immer wieder diese Orientierung auf die Schichtarbeit, weil

man in der Normalschicht normalerweise nicht arbeiten konnte. Aber es gab auch viele Arbeitsplätze, die allein dem Machterhalt unter Durchsetzung des Machtanspruchs des Staates dienten. In meiner derzeitigen Tätigkeit in einer Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen haben wir uns jetzt einmal um das Problem gekümmert, wieviel Arbeitsplätze durch diesen Aspekt eigentlich weggefallen sind. Um wie viele originäre systemgebundene Arbeitsplätze handelt es sich dabei? Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, bezogen auf den Teil der ehemaligen DDR, daß es zwischen 440 und 480 Tsd. Arbeitsplätze waren, die originär systemgebunden waren, und die weggefallen sind.

Dabei handelte es sich um Arbeitsplätze der ehemaligen NVA, also der Armee, der Staatssicherheit, verschiedene Arbeitsplätze im Bereich des Staatsapparates, der Parteien und Massenorganisationen. Diese Zahlen sind hart.

Die angestrebte soziale Sicherheit und Geborgenheit war auf Dauer unter den systemgegebenen Bedingungen nicht finanzierbar. Für einen nicht unerheblichen Teil der DDR-Bevölkerung, die Rentner, gab es im Widerspruch zur ständigen Hervorhebung ihrer Leistungen beim Aufbau der DDR Geborgenheit nur auf einem niedrigen Niveau. Trotz mehrfacher Erhöhung der Mindestrenten und der Einführung einer freiwilligen Zusatzrentenversicherung lag die monatliche durchschnittliche Rente 1987 bei 380 Mark, bei Mitgliedschaft in der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung bei 480 Mark. Das waren rund 35 bzw. knapp 45 % des durchschnittlichen Nettoarbeitseinkommens.

Es gab daher viele berufstätige Rentner, auch dies charakterisiert Sozialpolitik, zumal sie ohne Hinzuverdienstgrenzen und Sozialabgaben erwerbstätig sein konnten. 1957 gab es rund 0,5 Mio. berufstätige Rentner (ca. 18 % der Altenrentner, 1966:24 %), im Herbst 1989 waren noch 281.000 Rentner erwerbstätig.

Das war einer dieser Faktoren, mit denen versucht wurde, das ständige Fehlen von Arbeitskräften, Herr Professor Vollmer hat darauf hingewiesen, auszugleichen. Darüber hinaus, ich darf vielleicht an dieser Stelle eine kleine Ergänzung anbringen, gab es weitere derartige Formen. Der zunehmende Einsatz von ausländischen Arbeitskräften, wenn dies auch unter einem anderen Vorzeichen zunächst verkauft wurde, zählte auch hierzu. Die Zahlen sind natürlich nicht vergleichbar mit der Situation in Westdeutschland, aber es gab auch zunehmend Einsätze von Studenten, Schülern, Angestellten der Nationalen Volksarmee in der Produktion. Dies sollte man nicht vergessen, und das taucht natürlich in den Statistiken der DDR im Prinzip nicht auf. Es handelt sich hierbei um etliche Stunden, die dabei geleistet worden sind. Es gab eine restriktive Behandlung der Teilzeitarbeit, auch diese Tatsache sollten wir nicht vergessen.

4. Die Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR hat sich als nicht reformierbar erwiesen. Alle Versuche, das den Leistungswillen und Bildungsstreben deformierende Lohnsteuersystem zu beseitigen, scheiterten. Das ging dann 1989/90 mit zwei Federstrichen. Vielfach hatten Facharbeiter dadurch ein höheres Einkommen als Meister oder Angestellte mit Studienabschlüssen. An dieser Situation hat sich grundsätzlich auch nichts geändert, als ab 1976 schrittweise für Meister sowie Hoch- und Fachschulkader in den Betrieben, in denen für Produktionsarbeiter Grundlöhne eingeführt wurden, leistungsorientierte Gehälter zur Anwendung kamen. Die schrittweise Umsetzung zur leistungsorientierten Lohnpolitik (jährlich wurden die Listen der Betriebe, in denen diese Maßnahmen durchgeführt wurden, festgelegt) führte außerdem zu erheblichen Ungerechtigkeiten.

   Erhielten 1976 in den ersten Betrieben die Arbeiter und später auch die Angestellten höhere Löhne, so war dieser Prozeß in einer ersten Runde etwa erst Mitte der 80er Jahre abgeschlossen und wurde dann in einer zweiten Runde, als Weiterführung von Produktivlöhnen bezeichnet, fortgesetzt. Dadurch war keine Gleichbehandlung gesichert. Das schrittweise Vorgehen konnte für den einzelnen Arbeitnehmer zu einem Einkommensvorteil von rd. 10.000 Mark führen.

   Ein weiteres Beispiel für die Reformunfähigkeit des Systems sind auch die immer wieder hinausgeschobenen Überlegungen zur Einführung von Monatslöhnen für Produktionsarbeiter anzusehen. Wenn man nach Westeuropa geschaut hat oder in andere Länder, dann ging man natürlich im Zusammenhang mit neuentwickelten Technologien, anderen Verfahren usw. immer mehr von diesen alten Entlohnungsformen ab. In der DDR hat man, geboren offensichtlich aus dem Drama von 1953, an diesem bis zuletzt starren System festgehalten, einem sogenannten Prämien-Stücklohn-System. Dieses Prämien-Stücklohn-System sicherte auch dem Arbeiter einen ganz niedrigen Steueranteil nach Tabelle, und der Rest wurde dann im Prinzip nur mit 5 % versteuert. Auf diese Weise hatte der Arbeiter Nettolohnvorteile.

   Ein Problem ging jedoch mit diesem System einher: Im Prämien-Stücklohn-System war es den Arbeitnehmern möglich, auch ohne Leistungssteigerungen systematisch zu einem höheren Lohn zu gelangen, da Ausfallzeiten grundsätzlich im Durchschnittslohn bezahlt wurden.

   Nun – es ist ganz natürlich, diese Beobachtung hat uns auch die IG-Metall oder Unternehmerverbände aus den alten Ländern 1989/90 mitgeteilt – versucht natürlich jeder, sich bestimmte Reserven über Ausfallzeiten anzuarbeiten. Das was er machen kann, wird in der dann kürzeren produktiven Arbeitszeit abgerechnet und da kommt es dann natürlich zu einer höheren Norm- oder Kennziffernerfüllung.

5. Die Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR hatte auch hinsichtlich des Anspruchs, für Frauen Gleichberechtigung zu sichern, keinen umfassenden Er-

folg. Frauen verdienten nach den 1984 und 1988 erfolgten umfassenden Lohndatenerhebungen im Durchschnitt 16 % weniger als Männer, weil sie häufig die weniger qualifizierten Arbeiten ausführten. Hierüber konnte erstmals 1990 in den Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeitsmarkt und Berufsforschung berichtet werden. Zu DDR-Zeiten wurde über Fragen des Lohnes nicht geschrieben. Kennzeichnend war in diesem Zusammenhang auch, daß Frauen vielfach in Bereichen beschäftigt waren, in denen – wie z. B. in der Textilindustrie – straffe Normvorgaben existierten. In Maschinenbaubetrieben, wo Männer vorherrschten, sah das anders aus. Auch bei der Besetzung von vielen Leitungs- und Führungspositionen mit Frauen blieb man weit hinter offiziellen Verkündigungen zurück. Ich habe mir erlaubt, in einer Anmerkung dazu, in dem Ihnen vorliegenden Papier, auch auf die Situation innerhalb der SED mit einem Zitat aus dem „Neuen Deutschland“ hinzuweisen. Selbst da wurde diese Tatsache beklagt.

Anfang 1990 stellte selbst eine Vertreterin des Vorstandes der damaligen SED-PDS fest, daß sozialpolitische Maßnahmen „natürlich nützlich“ waren, „aber sie haben letztlich doch die traditionelle Rolle der Frau zementiert“.

6. Im Rahmen der Arbeits- und Sozialpolitik der DDR sollte auch der Anspruch auf gleiche Bildungschancen für alle sowie das „Recht der freien Berufswahl“ umgesetzt werden.

   Ich habe bereits anfangs darauf hingewiesen, daß die kommentarlose Wiedergabe solcher Feststellungen m.E. nicht der Realität entspricht.

   Die Einschränkungen waren vielfältig. Sie begannen mit beschränkten Zugangsbedingungen zu Abitur und Studium. In den 50er Jahren war es völlig normal, ich kenne das aus eigenem Erleben, daß ein Oberschulbesuch versagt wurde, wenn beispielsweise Geschwister die DDR illegal verließen. Über die „klassenmäßige Auswahl“ wurde bei einer insgesamt vorhandenen Beschränkung von Plätzen auf der erweiterten Oberschule freie Zugangsmöglichkeiten zu einer höheren Bildung eingeschränkt. Darüber hinaus spielten für Entscheidungen über Bildungswege auch Verpflichtungen zur Absolvierung längerer Wehrdienstzeiten eine nicht unbedeutende Rolle. Religiöse Gebundenheit und ein offenes Bekenntnis dazu konnte zu Benachteiligungen führen.

   Die Berufswahl, d. h. die Lehrstellenbesetzung, unterlag starken politischen Einschränkungen, vor allem in den letzten 20 Jahren. Wehrdienstdauer, Bekenntnisse zu Parteien, gesellschaftliches Gesamtverhalten, sollen hier nur Stichworte sein.

   In den Absolventenverträgen war auf gesetzlicher Grundlage vereinbart, daß ein Arbeitsplatzwechsel innerhalb von drei Jahren nach Arbeitsaufnahme ausgeschlossen ist. Diese Bestimmung konnte allerdings unter Ausnutzung systemimmanenter Argumentationen, aber auch bei Heirat und ähnlichem umgangen werden.

Über Kader-Entwicklungspläne wurde in den Betrieben und Einrichtungen, einschließlich von Universitäten und Hochschulen, auf die Sicherung einer sogenannten klassenmäßigen Zusammensetzung geachtet. Häufig geschah dies auch ohne Berücksichtigung der Frage der Leistung. Ich möchte auch noch in diesem Zusammenhang erwähnen, daß es immer wieder interne Verbote zur Einstellung von Arbeitskräften aus bestimmten Volkswirtschaftsbereichen gab. Aus dem Bereich der Deutschen Reichsbahn sowie aus dem Bereich der Volksbildung durften in den 60er Jahren keine Arbeitskräfte in die volkseigene Industrie abgeworben werden. Es gab Zuzugsverbote zu Städten, abgesehen von konkreten Fällen, wo es politisch motiviert war, dann auch wieder durch Wohnungsfragen diktiert. All dies führt zu einer Bewertung, daß die freie Wahl des Arbeitsplatzes, die natürlich im Gesetzbuch der Arbeit, in der Verfassung verankert war, nicht in allen Fällen gegeben war.

Meine Damen und Herren, ich darf vielleicht ganz kurz auf den vorgelegten Fragenkatalog eingehen. Vieles ist nachlesbar, einige Dinge wurden bereits beantwortet.

Die allererste Frage (1.1), das scheint mir auch die wichtigste Frage mit zu sein, lautete:

Der VEB bot in allererster Linie Arbeitsplatzsicherheit. Welche sozialen Aufgaben wurden in den VEB der DDR, auch im Zusammenhang mit dem FDGB, wahrgenommen und welche Alternativen gab es zum Beispiel für nicht in den VEB Tätigen?

Diese Frage umfaßt eigentlich fast alles, was hier heute schon teilweise angesprochen worden ist. Ich habe bei der Beantwortung dieser Fragen versucht, Stichworte aus dem Leben mit einfließen zu lassen.

Durch die Bindung an den volkseigenen Betrieb gelangte man in den Genuß der folgenden sozialen Leistungen: Preiswertes Werkküchenessen, teilweise konnten für Familienfeiern auch Betriebsrestaurants bzw. deren Leistungen in Anspruch genommen werden; Werkverkehr; Ferienplätze; Kinderbetreuung; Zuwendungen bei Jubiläen und besonderen Anlässen; Gesundheitsvorsorge durch Betriebspolikliniken, Betriebsärzte und vorbeugende Untersuchungen; Kinderkrippen und Kindergartenplätze; Wohnungsvergabe in größeren Unternehmen und Einrichtungen; kulturelle Angebote, von Betriebsbibliotheken bis hin zu Betriebskulturhäusern. Dies sind nur einige Stichworte. Es ging weiter.

In den Volkseigenen Betrieben wurden Geldleistungen der Sozialversicherung bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt oder bei Todesfällen ausgezahlt. Es wurde mit über Kuren entschieden, Rezepte für Sehhilfen waren vom SV-Beauftragten abzustempeln.

In vielen Fällen war es auch möglich, über den Betrieb Hilfe beim Hausbau, bei der Instandsetzung der Wohnung legal oder illegal in allen Schattierungen

zu erhalten. Für kinderreiche Familien gab es teilweise besondere betriebliche Förderungen.

Den Betrieben und damit auch den Gewerkschaften waren außerdem Aufgaben in den Wohngebieten, bei der sozialistischen Erziehung der Kinder sowie zur Betreuung von sozial gefährdeten Personen bis hin zur Betreuung von Haftentlassenen übertragen.

Eine positive Stellungnahme des Betriebes konnte außerdem, wenn man wußte, wie man dazu gelangen konnte, oder man bekam sie angeboten, auch bei außerhalb des Betriebes zu regelnden Angelegenheiten von Nutzen sein. Stichwort: Telefon, Wohnung, vorzeitige PkW-Auslieferung, Zuweisung eines Kleingartens, Beschaffung von PkW-Ersatzteilen u. ä.

Meine Damen und Herren, ich führe das nun nicht in irgendeiner Nostalgie aus, sondern ich möchte einfach deutlich machen, in welchem Ausmaß und in welchen Facetten Arbeits- und Sozialpolitik praktisch über den Betrieb durchgesetzt wurde.

Die Durchsetzung der betrieblichen Sozialpolitik führte natürlich auch zu Wohlgefallen und Anpassung der Menschen.

Zu den Fragen 1.2 und 1.3 darf ich auf das vorliegende Material verweisen. Ebenso zur Frage 1.4 Vermittlungen von Wohnungen. Vielleicht kann auch dann in der Diskussion darüber noch gesprochen werden.

Ein weiteres Kapitel, was häufig zu Diskussionen führte, ist die Frage 1.5:

Unter welchen Voraussetzungen wurden Ferienplätze angeboten und verteilt? Wie waren Ferienlager organisiert? Wie gestalteten sich die Urlaubsansprüche für Industriezweige und Berufsgruppen?

Auch hier gab es eine äußerst unterschiedliche Ausgestaltung des Angebotes in politisch wichtigen Schwerpunktbetrieben und in Kleinbetrieben.

Das Ferienplatzangebot des FDGB war zunehmend der Kritik ausgesetzt. Das betraf die Qualität, das betraf auch die geringe Anzahl der Ferienplatzangebote. Ich erinnere nur an die Diskussion, wer eigentlich den Ferienplatz an der Ostsee bekam. Die Betriebe hatten sich andere Möglichkeiten gesucht, bis dann wieder ihre Ferienheime durch eine Aktion vom FDGB einkassiert wurden. Das war ein ständiges System, und in diesem System gab es natürlich bei den Auseinandersetzungen um die Ferienplätze immer wieder Diskussionen und vor allem Kritik an einer mangelnden Transparenz.

Die Frage 1.7: Welche Rolle spielten die Sozialistischen Brigaden im sozialen Bereich? Wie war der Titelkampf organisiert?

Über die „Sozialistischen Brigaden“ sollten nicht nur ständig höhere Produktionsergebnisse gesichert werden, sie sollten auf der untersten Ebene den Leitsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ verwirklichen. Es blieb meist beim ersten Drittel des Grundsatzes. In den „Sozialistischen Brigaden“ sollte auch

der Beweis für das angestrebte „neue Menschenbild“ geschaffen werden. Über gemeinsame Kulturveranstaltungen, Freizeitveranstaltungen, Vergnügungen usw. sollte Einfluß auf das Verhalten genommen werden.

Die „Sozialistischen Brigaden“ wurden aber auch für die Disziplinierungen benutzt, nicht nur bei Arbeitsbummelei, bei Wiedereingliederung von Haftentlassenen, sondern später auch für die Beeinflussung von Antragstellern auf Ausreise aus der DDR.

Die „Sozialistischen Brigaden“ waren ein Mittel zur Konfliktbereinigung. Ich erinnere hier an ihre Rechte. Bei Verhandlungen von Konflikt- oder Schiedskommissionen im Wohngebiet hatten Kollektive/Brigadevertreter Mitspracherechte. Das war ein Prinzip, wonach stets die unterste Ebene schuld war, und in diesem Zusammenhang hatten neben den Kontrollinstrumenten Partei, Sicherheitsorgane, ABI und Kaderakte auch die Massenorganisationen eine Kontrollwirkung.

Als letzte Anmerkung zu Frage 1.8 vielleicht noch einige Ausführungen. Die Frage lautete: Welche Bedeutung und Aufgabe hatten Solidaritätsaktionen in den Betrieben? Wie und wofür wurden Sammlungen organisiert?

Der Solidarität zwischen Mitgliedern des FDGB diente erst einmal der Kasse der Gegenseitigen Hilfe. Das verlor dann in den 70er Jahren zunehmend an Bedeutung.

Solidaritätsaktionen für andere Länder/Völker gab es bereits in der 50er Jahren. Ich denke hier an die Zeit, als Kinder aus Korea oder damals auch Erwachsene aus Griechenland aufgenommen worden sind. Diese Aktionen wurden speziell über die Gewerkschaft, insbesondere in der Zeit des Entstehens junger Nationalstaaten, während des Putsches in Chile und besonders in der Zeit des Vietnamkrieges, forciert.

Über die monatlichen üblichen Sonderaktionen hinaus wurde grundsätzlich die monatliche Zahlung eines bestimmten Prozentsatzes vom FDGB-Beitrag als Solidaritätsbeitrag angestrebt.

Die Höhe des Prozentsatzes war dabei sehr unterschiedlich. In Produktionsbetrieben war sie in der Regel eher niedrig, in den Angestelltenbereichen vielfach höher, häufig 50 %. Ich kenne auch Berichte, wo überwiegend Genossen tätig waren, wo dann auf 100 % orientiert wurde. Das war äußerst unterschiedlich.

Die Höhe des Solidaritätsbeitrages war auch Bestandteil der Wettbewerbsverpflichtungen für das „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“.

Neben der regelmäßigen Spende waren auch Blutspenden sowie Sonderspenden im Fall von Naturkatastrophen und Erdbeben üblich.

Zur Verwendung des Solidaritätsbeitrages gab es zunehmend Widerspruch. Viele waren bereit, für in Not geratene Menschen zu spenden, sie hatten aber kein Verständnis dafür, daß diese Spenden zunehmend dafür genutzt wurden,

damit in Mosambique oder Angola der Krieg verlängert wurde. Ich erinnere hier an die Stimmen: Der Sozialismus gewinnt auf der Welt überall mehr Einfluß, selbst territorial. Widerspruch fand auch die Verwendung von Mitteln aus dem Solidaritätsfonds des FDGB für die sogenannten Pfingsttreffen der Jugend in den Jahren 1984 und 1989.

Meine Damen und Herren, ich habe meine Zeit etwas überzogen, ich bitte um Nachsicht. Ich möchte jetzt auf die Frage 1.9.: Welche Renten gab es in der DDR und wie war die Sozialversicherung, also die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geregelt? verzichten. Die Beantwortung der Frage ist ebenfalls nachlesbar. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Dr. Lubk, herzlichen Dank für die Einführung. Sie werden nachher Gelegenheit haben, unter der Moderation meines Kollegen Hiller die Einzelfragen noch weiter zu diskutieren. Wir hören jetzt zunächst noch Herrn Kube zum letzten Einführungsvortrag.

Horst Kube: Ich stehe jetzt in der Situation, von Herrn Lubk schon einiges vorweggenommen bekommen zu haben. Ich darf hinzufügen, daß ich als Direktor für Sozialwesen und Kultur eines Kombinats meine Erfahrungen darlege. Das Problem, vor dem wir standen, lag in der Problematik, den Werktätigen in den Betrieben etwas zu bieten, und die Entwicklung des Betriebes mit den sozialen Funktionen zu verbinden. Ich muß darauf hinweisen, daß man dabei den Charakter der Arbeit nicht ganz vernachlässigen darf und möchte deshalb kurz bemerken, daß dieser Gesellschaftstransformation die These zugrunde lag, daß der Sozialismus den Werktätigen zum ersten Mal nach vielen Jahren der unfreien Arbeit die Möglichkeit eröffnet, für sich selbst zu arbeiten. Die Grundlage bot das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Arbeit war als ausbeutungsfrei zu verstehen, die planmäßig und bewußt mit hoher Disziplin zu leisten war. Besondere Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfuhr der Wesensdruck der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit war ein gewünschter Produktivitätsfaktor. Produktivitäts- und Effektivitätssteigerungen sollten durch mehrere Faktoren wie wissenschaftlich-technischer Fortschritt und wissenschaftliche Arbeitsorganisation erreicht werden. Aus diesen Grundsätzen leitete sich u. a. die Aufgabe für die Betriebe und Wirtschaftseinheiten ab, eine umfassende soziale Funktion in Ergänzung zur produktiven Funktion zu übernehmen. Diese Aufgabe war rechtlich festgeschrieben.

Die Betriebe bildeten damit einen in sich geschlossenen Reproduktionsprozeß. Er war Produzent von Waren, beschäftigte Arbeitskräfte und wirkte auf die Reproduktionsbedingungen seiner Beschäftigten ein. Die Beschäftigten waren den überwiegenden Teil des Tages in einem System fachlicher und politischer Einflußnahme eingebunden. Die Werktätigen fühlten sich z. B. durch vorgelegte Konzepte zur Entwicklung des Betriebes, die zwar in Versammlungen behandelt, jedoch keinen Widerspruch zuließen, oft stark bevormundet. Im Bewußtsein der Werktätigen war diese Unmündigkeit nicht besonders ausgeprägt, weil folgende Faktoren dagegen wirkten: Im Betrieb wurde nicht nur in

ökonomischen Kategorien gedacht, Mitmenschlichkeit wurde gelebt und entwickelt. Jeder Werktätige hatte ein Recht auf Arbeit und einen, wenn auch nicht immer den gewünschten, Arbeitsplatz, der infolge chronischen Arbeitskräftemangels in den Zusammenhängen, wie sie hier bereits dargelegt worden sind, nicht gefährdet war. Langjährige Betriebszugehörigkeit, fachliche Qualifikation und Erfahrung machten den überwiegenden Teil der Werktätigen fast unentbehrlich.

Es gab keinen Preis für die Ware Arbeitskraft, weil die Arbeitskraft keine Ware darstellte. Die Arbeit bedeutete dem Einzelnen viel, konnte er doch durch sie seine Stellung im Betrieb und in der Gesellschaft entwickeln und besaß damit auch eine Würde.

Die soziale Sicherheit trübte den Blick für eine objektive Bewertung der Gesamtentwicklung der DDR, die mittel- und langfristig die Voraussetzungen für diese sozialen Bedingungen nicht mehr erwirtschaften konnte. Damit war soziale Sicherheit keine soziale Gerechtigkeit.

Ein weiterer Gesichtspunkt im Zusammenhang mit dem Charakter der Arbeit wurde bereits erwähnt, nämlich daß der sozialistische Betrieb ein Machtinstrument zur Durchsetzung der Interessen der Staatsmacht darstellte. Eine Diktatur bewirkt die Deformation der Persönlichkeit und im Prozeß der Arbeit entstehen Leistungsverluste. Ich will das ganz kurz an einem Beispiel aus unserem Industriekombinat VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow (KEAW) darlegen.

Ende 1988 wurde der Leitung des Kombinats eine Analyse zur Leistungsentwicklung im Zeitraum von 1980 bis 1988 sowie Schlußfolgerungen für die strategische Arbeit des Jahres 1995 und 2000 vorgelegt. Darin wurde u. a. eine kritische Bewertung bei der Anwendung der Mikroelektronik, in der Automatisierungstechnik des sich herausbildenden Innovationstempos vorgenommen. Es heißt dort: „Neben positiven Beispielen, schnellere Überleitung aus der Forschung und Entwicklung in die Produktion, wird aber besonders auf die negative Entwicklung dieses Prozesses hingewiesen“. Wir hatten die Verantwortung für die elektronische Steuerung sowie für das Hochdruckgasthermometer. Die Folge der negativen Ergebnisse dieser Forschungs- und Entwicklungsleistung waren eingetretene Verzögerungen in der Leistungsentwicklung in Millionenhöhe, Einbrüche bei der Bedarfsdeckung und schließlich Einbußen in der Ökonomie des Kombinats.

Erschwerte Arbeitsbedingungen bestanden durch sehr veraltete Ausrüstungen in der Galvanik unseres Betriebes. Berechtigte Beschwerden der Arbeiter konnten jedoch infolge fehlender Investkennziffern für derartige Ausrüstungen nicht positiv beantwortet werden. Um das auszugleichen und die Spannungen, die in diesem Zusammenhang vorhanden waren, abzubauen, wurden Fachdirektoren und Betriebsdirektoren verpflichtet, einen direkten Kontakt zu den Arbeitern in diesen Konfliktbereichen herzustellen und einen ständigen Beratungsmechanismus aufzubauen. Über ein System gestalteter Arbeits- und Le-

bensbedingungen wurden für die Belegschaft des Betriebes insgesamt gute Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Arbeitskraft geschaffen. Sie ergänzten die Reproduktionsbedingungen, die außerhalb des Betriebes wirkten.

Allerdings vollzogen sich die Pläne zur Verbesserung dieser Bedingungen ab Mitte der 80er Jahre in einem enormen Spannungsfeld. Einerseits wurden die sozialen Leistungen gern angenommen, andererseits fehlten zunehmend die materiellen und finanziellen Voraussetzungen für ihre Sicherung im Kombinat. In diesem Spannungsfeld arbeiteten im Betrieb Menschen, die durch hohes persönliches Engagement versuchten, zu retten, was zu retten war. Bekannt sind ehrenamtlich durchgeführte Arbeiten z. B. bei der Werterhaltung sozialer Objekte. Wir wissen, daß diese Leistungskennziffern und die Kennziffern für Investitionen und Reparaturkapazitäten fehlten. Köche und Kellner arbeiteten in ihrer Freizeit als Maurer, Tapezierer, Kraftfahrer in den Ferienobjekten. Mitarbeiter der Abteilung Ferienwesen des Betriebes halfen selbstlos außerhalb ihres Funktionsplanes. Diese Beispiele sind noch fortzusetzen.

Die Frage nach freiheitlich demokratischer Sicherheit, die keine absolute Sicherheit einschließt, konnten die Werktätigen nicht stellen. Ihnen fehlte die Empfindung dafür, weil das Gesellschaftssystem ihnen die Verantwortung abnahm.

Welche konkrete Verantwortung hatte nun der Betrieb zur Entwicklung der betrieblichen Arbeits- und Lebensbedingungen? Er war gesetzlich verpflichtet, die soziale, kulturelle, gesundheitliche Betreuung zu gewährleisten und das geistige sportliche Leben zu fördern.

Er trug die volle Verantwortung für soziale sanitäre Einrichtungen, die gastronomische Versorgung und die Feriengestaltung der Werktätigen und deren Kinder.

Mitverantwortlich war der Betrieb für die Schaffung und Unterhaltung von Einrichtungen des Betriebsgesundheitswesens, der Verkaufsstellen, der Dienstleistungsannahmestellen sowie der Kinderkrippen und Kindergärten.

Für die Arbeit dieser Einrichtungen waren dagegen die örtlichen Organe zuständig.

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens war der Betrieb verpflichtet, die örtlichen Räte, die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft und die Verkehrsbetriebe zu unterstützen. Das wurde alles in gesetzlichen Regelungen fixiert.

Der Kultur- und Sozialfonds stand als Finanzierungsquelle für die sozial-kulturelle Betreuung zur Verfügung.

Ich darf betonen, daß wir vom Ministerium Elektrotechnik/Elektronik ungefähr 850 bis 900 DM je Beschäftigten zweckgebunden zur Verfügung gestellt bekamen. Das waren ungefähr für den Stammbetrieb 9.000 Beschäftigte und machte eine Jahressumme von rund 8,1 Mio. Mark aus.

Das monatliche Durchschnittseinkommen, brutto, betrug im EAW 1988 ca. 1.150,- M.

Die Mittel des Kultur- und Sozialfonds kamen den Werktätigen indirekt als Ergänzung des Arbeitseinkommens zugute.

Als weitere Finanzierungsquellen für soziale Leistungen standen zur Verfügung: der Leistungsfonds, der Investitionsfonds, der Verfügungsfonds, der im Betrieb verbleibende Nettogewinn und andere betriebliche Fonds (z. B. Reparaturfonds). Der Betrieb versuchte, neben diesen produktiven Aufgaben in einer kolossalen Anstrengung, diese sozialen Bedingungen stets zu sichern.

Ich will jetzt nicht darauf eingehen, in welcher Größenordnung wir diese Verantwortung wahrzunehmen hatten. Ich hatte eine direkte Unterstellung von 400 Mitarbeiter innerhalb des Stammbetriebes. In 13 Kombinatsbetrieben war ich zuständig für den Planungsprozeß dieser Mittel.

Zur Erfüllung dieser sozialen Aufgabenstellung bestand mit der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) eine enge Zusammenarbeit.

Diese Zusammenarbeit war geprägt durch die gemeinsamen Bemühungen, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Problemsituationen entstanden z. B. bei überzogenen Forderungen der BGL im Interesse der Kollegen. Derartige Forderungen waren z. B. immer besser zu entwickelnde Arbeitsplatzbedingungen, die infolge fehlender Investitionen und Kapazitäten oftmals nicht möglich waren. Wir hatten in der Vorfertigung einen Gütegrad 5 der Maschinen, und das war nicht so schnell auszugleichen. Wir standen also in diesem Spannungsfeld. Es wurden ständig betriebsärztliche Leistungen gefordert, während die Kapazitäten in der Betriebspoliklinik nicht ausreichten. Man muß sich vorstellen, wir hatten eine Betriebspoliklinik von 13 Arztstationen und für die Ausrüstung dieses medizinischen Unternehmens war der Betrieb verantwortlich. Er mußte planen und mußte z. B. die Röntgeneinrichtungen durchsetzen, obwohl der Betrieb Schaltgeräte, Elektronik und Niederspannungsschaltgeräte, Elektronik, Relaistechnik usw. fertigte. Hierbei stimmten Ansprüche und Möglichkeiten oft nicht überein.

Eine kurze Bemerkung zur Zusammenarbeit mit dem Territorium, in dem der Betrieb seinen Standort hatte.

Der Betrieb EAW wandte erhebliche materielle und finanzielle Mittel auf, um zur Befriedigung der individuellen Bedürfnisse seiner Beschäftigten und ihrer Familien beizutragen. Die Leistungen, die zu diesem Zweck geschaffen wurden, kamen auch den Beschäftigen von Klein- und Mittelbetrieben unterschiedlicher Eigentumsformen zugute, gleichermaßen auch den Rentnern und den Schülern usw.

Die Nutzung dieser Einrichtungen war deshalb für das gesamte Territorium von Bedeutung. Die hierfür notwendige Zusammenarbeit zwischen dem örtlichen Organ, Rat des Stadtbezirks Berlin-Treptow, und dem Betrieb war eng. Die gemeinsam zu lösenden Aufgaben wurden ständig abgestimmt und in so-

genannten „Kommunalvereinbarungen“ festgeschrieben. Sie galten für ein Jahr. Durch die gemeinsame Nutzung der Kapazitäten des Betriebes durch die Wohnbevölkerung und der territorialen Möglichkeiten durch die Werktätigen des Betriebes entstanden nicht nur höhere Effekte in der Versorgung der Bevölkerung. Auch das Lebensniveau erhöhte sich.

In den Kommunalvereinbarungen wurde u. a. auch vereinbart, welche Unterstützung der sozialistische Betrieb den Klein- und Mittelbetrieben unterschiedlicher Eigentumsformen z. B. bei der Beschaffung von Rationalisierungsmitteln zu geben hatte. Die Rationalisierungskapazitäten des Betriebes waren für diese Betriebe eine nicht unwesentliche Hilfe und Unterstützung.

Der Betrieb leistete nicht allein seinen Beitrag. Er gab auch eine wesentliche Unterstützung zur Befriedigung der Wohnbedürfnisse im Territorium. Im Betriebsplan, Teil Arbeits- und Lebensbedingungen, war u. a. enthalten:

– Hilfe des Betriebes beim Um- und Ausbau von Wohnungen, die als schwervermietbar an Betriebsangehörige des VEB EAW durch die kommunale Wohnungsverwaltung vergeben wurden.

– Bereitstellung von speziellen betrieblichen Leistungen für den Wohnungsbau im Territorium.

– Unterstützung der Kollegen, die ein Eigenheim bauen wollten. Allerdings waren diese finanziellen Leistungen minimal.

Ich möchte noch einige Bemerkungen zur Vermittlung von Wohnungen machen. Der Bürger stellte seinen Antrag auf Zuweisung einer Wohnung bei der Abt. Wohnungswesen des zuständigen Stadtbezirkes. Dort wurde er vor die Entscheidung gestellt, entweder einer AWG beizutreten oder über die kommunale Wohnungswirtschaft versorgt zu werden. Mit Beitritt zur AWG war in der Regel eine geringere Wartezeit verbunden, jedoch mußten finanzielle und manuelle Leistungen erbracht werden. Die Wartezeit bei kommunaler Versorgung betrug ca. 6 bis 7 Jahre. Bei der AWG war sie etwas geringer und lag bei ca. 3 Jahren.

Auch in den Betrieben wurden Wohnungsanträge durch die Wohnungskommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) entgegengenommen. Sowohl bei der Abt. Wohnungswesen des Stadtbezirks als auch in den Betrieben wurden Dringlichkeitslisten aufgestellt. Die Prämissen für eine Dringlichkeit waren in beiden Institutionen:

– kinderreiche Familien,

– 3-Schicht und Mehrschichtarbeiter,

– Bürger mit Behinderungen,

– Bürger, die Behinderte zu versorgen hatten,

– Absolventen von Bildungseinrichtungen.

In den Jahren seit 1987 zeichnete sich eine sehr hohe Antragstellung zur Versorgung mit Wohnraum für junge Menschen ab dem 18. Lebensjahr ab. Das war klar, die lange Wartezeit führte dazu, daß nach Erreichen des 18. Lebensjahres sofort die Antragstellung erfolgte, um dann nach sieben Jahren versorgt zu werden.

Ich möchte noch etwas zur Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) berichten.

Der VEB EAW war auch für eine AGW im Territorium mit 2100 Wohnungseinheiten verantwortlich. Der Betriebszuschuß je vergebener Wohnung betrug ca. 600 Mark.

Der Genossenschaftler hatte eine manuelle Eigenleistung von 300 bis 500 Stunden je nach Wohnungsgröße zu leisten. Diese Leistung konnte in eine finanzielle Abgeltung umgewandelt werden. In diesem Fall wurde die Arbeitsstunde mit 3,50 Mark verrechnet.

Die Entwicklung der AWGen in Berlin stand unter besonderer Kontrolle des Bezirksvorstandes des FDGB und des Magistrats. Kontrollberatungen nahmen die Betriebe und Kombinate stets in die Pflicht, und die Abrechnung und Rechenschaftspflicht wurde in ziemlich strengem Regime durchgeführt.

Soziale Leistungen konnten auch von nicht in den VEB Beschäftigten in Anspruch genommen werden.

Diese Beschäftigten privater Betriebe, von Handwerksbetrieben oder genossenschaftlichen Betrieben hatten ihre gesellschaftliche Vertretung bei der Ortsgewerkschaftsleitung des FDGB. Sie unterstand dem Kreisvorstand des FDGB und nahm die Interessen dieser Beschäftigten wahr.

Ich komme jetzt zur Betreuung der Rentner in den VEB. Rentner hatten eine besondere Fürsorge im Betrieb.

Sie vermittelten den jungen Kollegen interessante Ergebnisse und Erfahrungen, vorrangig aus der Geschichte des Betriebes. Damit war das Ziel verbunden, das Interesse der heranwachsenden Generation an diesem Betrieb zu festigen und somit einen Beitrag zur Stammbelegschaftsbildung zu leisten. Die Veteranen erfüllten aber auch eine wichtige Funktion als fachliche Erfahrungsträger. Für die Veteranen bedeutete das eine Persönlichkeitsbestätigung. Aus beiden Funktionen, der moralischen Wertschätzung für aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedene Kollegen und pädagogischen und wirtschaftlichen Effekten ihres Einsatzes, erwuchs für beide Seiten ein Nutzeffekt. Ihnen wurde das Gefühl des Dazugehörens vermittelt und die Achtung ihrer Persönlichkeit zum Ausdruck gebracht. Nicht alle nahmen dieses Kontaktangebot des Betriebes wahr.

Ich möchte jetzt noch kurz auf die Rentenleistungen eingehen. Der VEB EAW gehörte zu den ca. 150 Betrieben der DDR, die eine Betriebsrente gewähren durften.

Die Auflistung der Rentenleistung in der DDR ergibt folgendes Bild:

- Alters- und Invalidenrente der Sozialversicherung
- Alters- und Invalidenrente der Deutschen Reichsbahn
- Alters- und Invalidenrente der Deutschen Post
- Unfallrente der Sozialversicherung
- Unfallversorgung der Deutschen Reichsbahn, Deutschen Post sowie Knappschaft
- Invaliden-, Alters- und Dienstbeschädigtenvollrente
- Ehrensold der bewaffneten Organe
- Ehrensold der Zollverwaltung der DDR usw.

Die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR sind ja in einer Veröffentlichung der BfA, Dezernat für Presse und Öffentlichkeit, Berlin fixiert.

Einige Bemerkungen vielleicht noch abschließend zum Ferienwesen. Dieser Bereich erscheint mir als wesentlich.

Der Betrieb konnte, wie hier schon gesagt wurde, die Versorgung nicht über das Kontingent der FDGB-Ferienangebote sichern. Es war deshalb Aufgabe, ein eigenes Feriensystem aufzubauen. Wenn ich mir überlege, daß wir das mit Mitarbeitern durchgeführt haben, die nicht auf diesem Gebiet fachlich qualifiziert waren, sondern alles autodidaktisch entwickeln mußten, dann war das eine Leistung, die nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Der Betrieb stand in der Pflicht, eigene Ferienheime sowohl zu bauen und zu unterhalten als auch in der Wertsubstanz ständig sicherzustellen.

Wir verfügten über 5 Ferienobjekte (4 Ferienheime und ein Bungalowdorf). In diesen Ferienobjekten verlebten die Werktätigen ihren Urlaub. Wir hatten nicht genügend Kapazitäten zur Werterhaltung verfügbar und mußten deshalb mit unseren Mitarbeitern diese Leistungen zum Teil vor Ort selbst erbringen.

Diese Objekte waren, das ist natürlich in anderen Kombinatsbetrieben gleichermaßen erkennbar, auch ein ökonomischer Wachstumsfaktor für die jeweilige Ortschaft. Sie eröffneten in diesen Orten, für die Wohnbevölkerung die Möglichkeit an diesen Ferienobjekten teilzunehmen und an ihren Leistungen zu partizipieren.

Auf der anderen Seite war ein ziemliches Beschäftigungspotential damit verbunden. In diesen Ferienobjekten hatten wir die Situation, daß Konflikte, die zwischen dem Bürgermeister und dem Kombinat bestanden, oftmals nur sehr schwer auszugleichen waren. Für den Betrieb, der so ein Ferienheim unterhielt, war es nicht einfach, diese Forderungen der örtlichen Organe zu erfüllen. Man glaubte, in dem Kombinat die melkende Kuh zu haben.

Auf eine weitere Orientierung und Erfahrung möchte ich noch eingehen. Da die Ferienobjekte nicht ausreichten, und die Reisemöglichkeiten in das nichtsozialistische Ausland nicht gegeben waren, organisierten wir aus eigenem Antrieb auf der Grundlage wissenschaftlich-technischer und kommerzieller Beziehungen mit dem sozialistischen Ausland Ferienreisen in das sozialistische Ausland.

Wir standen damals im Betrieb in einer Konfliktsituation mit den Parteiorganen und dem Ministerium, weil solche Initiativen nicht gern gesehen waren. Die Parteiorgane und das Ministerium beobachteten diesen Prozeß mit kritischer Aufmerksamkeit.

Ich möchte hervorheben, daß wir in alle Länder, einschl. der Sowjetunion, Ferienreisen organisierten und auch damit ein Spannungsfeld abbauen konnten. Die Werktätigen, die solche Reisemöglichkeiten in Anspruch nehmen konnten, waren zufrieden und glücklich. In Rumänien war es am Sonnenstrand weitaus angenehmer, als z. B. in einem Ferienobjekt in Wurzbach. Diese Möglichkeiten nahmen die Werktätigen sehr gerne in Anspruch. Wir haben damit einer Reihe von Erholungssuchenden interessante Möglichkeiten geboten. Wenn ich mir überlege, daß wir die Kapazitäten, die eigentlich zur Verwaltung dieser Ferienobjekte im Bereich vorhanden waren, die gesamte Organisation einschl. Dolmetschertätigkeit, Devisenbeschaffung, selbst organisieren mußten, war das eine ziemliche Leistung. Zum Devisenaustausch läßt sich noch anmerken, daß wir diese Aktionen vollkommen devisenfrei durchführten. Der Werktätige bezahlte hier seinen Urlaub, als würde er in einem Ferienheim des EAW seinen Urlaub verbringen. Die Bürger aus Ungarn oder Rumänien oder aus der Sowjetunion zahlten dort ihren Preis und auf diese Weise wurde ein devisenfreier Ferienaustausch organisiert.

Zum Abschluß möchte ich noch auf die Kinderferiengestaltung eingehen.

Kollegen hatten Kinder und diese mußten in den Ferien versorgt werden. Auf diese Weise bestand auch noch die Aufgabe, Kinderferienlager zu unterhalten und aufzubauen. Wir verfügten über ein Kinderferienlager, in dem wir 1.500 Kinder mit pädagogischer Betreuung untergebracht haben. In drei Durchgängen fuhren 500 Kinder in das Kinderferienlager.

Ich möchte damit eigentlich schließen. Was den Transformationsprozeß anbetrifft, können wir vielleicht in der Diskussion noch einmal darauf zurückkommen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank, Herr Kube für Ihre Einführung aus ihrer speziellen Sicht. Zur weiteren Moderation der Diskussion übergebe ich jetzt das Wort an unseren Kollegen Herrn Reinhold Hiller.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Meine Damen und Herren, wir haben eine Menge von Wortmeldungen, zunächst hat Kollege Jork das Wort.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön, meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Vollmer. Sie haben etwas zum Planablauf gesagt. Das ist für mich ein Stichwort und auch Anlaß zur Erinnerung. Ich möchte Sie fragen und dann noch ein paar Bemerkungen dazu machen, welche Schlußfolgerungen Sie für die Sozialpolitik einschl. der Prämienpolitik sehen oder bemerkt haben? Ich gehe davon aus, daß der Planablauf auch ausgesprochen diskontinuierlich war. Ich entsinne mich, daß die Planerfüllung dann immer gegen Monatsende anstand, daß man Überstunden machen mußte, daß die Planerfüllung, wenn sie erreicht wurde, durch Prämien geprägt war und durch besondere Vereinbarungen sowie durch Vorabrechnungen unter bestimmten Bedingungen. Das hatte eine soziale Innenwirkung. Wie schätzen Sie diese Prozesse ein?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Lubk. Wegen der bestehenden Aktualität wäre es mir doch wichtig, wenn Sie einmal kurz beschreiben würden, wie es mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aussah und vielleicht auch herausheben könnten, welche Vorstellungen die einzelnen Werktätigen hatten, wenn sie Mitglied des FDGB wurden oder waren. Welche Verpflichtungen, welche Möglichkeiten, welche Innenwirkungen gingen davon aus? Wie sieht man die Mitgliedschaft im FDGB z. B. in Relation zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft jetzt in der Bundesrepublik?

Ich möchte noch eine Frage an Herrn Kube stellen. Der Titelkampf bei den Sozialistischen Brigaden stand auch unter der Überschrift „sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen und sozialistisch leben“. Das waren die drei für die Bewertung herangezogenen Abrechnungskriterien. Das Kriterium „sozialistisch leben“ betrifft gerade den Teil der Sozialpolitik, den wir hier ansprechen. Welche Innenwirkungen auf die Brigademitglieder hatte denn dieser Titelkampf, auch bezogen z. B. auf die Mitgliedschaft in anderen Organisationen?

Eine weitere Frage möchte ich ebenfalls an Sie, Herr Kube, richten. Wir hatten etwas über die Differenzen in den Gehältern gehört. Herr Dr. Lubk hat Durchschnittsgehälter genannt, und Sie haben ebenfalls Durchschnittsgehälter erwähnt. Vielleicht können Sie uns einmal sagen, welche Sonderbedingungen für Berlin bestanden. Der beschriebene Betrieb EAW war ja in der „Hauptstadt“ der Deutschen Demokratischen Republik angesiedelt. Das konnte man schon überall an der Autobahn lesen, wenn man nach Berlin kam. Die Menschen, die hier wohnten, wissen, daß dort erhebliche Sonderbedingungen bestanden, so z. B. bei der Wohnungsvergabe, bei den Gehältern usw. Vielleicht könnten Sie auf diese Unterschiede einmal hinweisen, weil das auch erklärt, wenn unterschiedliche Angaben zwischen Betrieben z. B. in Sachsen und in Berlin formuliert werden. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Als nächster Kollege Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich auch speziell an den Vortrag von Herrn Dr. Lubk. Er hat sich da auf die Sozialsysteme, die in der ehemaligen DDR wirkten, bezogen. Er berichtete von den Renten und der Krankenversicherung, die bis zu einer Bemessungsgrenze von 600 Mark als Pflichtversicherung galt. 10 % davon, d. h. 60 Mark, wurden als SV-Beitrag gezahlt. Davon wurden dann die Ausgaben für die Rente bestritten und natürlich auch das komplette Gesundheitswesen. Mich würde interessieren, wie diese Rechnungsführung überhaupt funktionierte? Welche Fonds existierten da? Sind das in sich geschlossene Systeme gewesen, was ich nicht vermute? Welche Staatszuschüsse kamen in diese Systeme? Ich hätte das gerne noch einmal aufgegliedert auf die Bereiche der Rente und auf das Gesundheitswesen der ehemaligen DDR.

Als weitere Frage würde ich gern beantwortet bekommen, welche Substanz eigentlich 1990 zur Währungsumstellung und letztendlich auch zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vorlag, als die Rentensysteme umgestellt wurden? Es wird immer beklagt und gesagt, daß die Renten im Osten zu schnell wachsen, und ich habe da von der Substanz her, selbst wenn das 1:1 umgestellt worden ist, viel zu wenig mit eingebracht. Diesen Ist-Zustand, würde ich von Ihnen ganz gerne noch einmal erläutert bekommen.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Vielen Dank Kollege Kuhn. Herr Dr. Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank. Ich habe zunächst zwei Fragen an Herrn Dr. Lubk. Sie haben interessanterweise daran erinnert, daß die Lebenserwartung im Jahre 1950 in der DDR höher lag als in Westdeutschland, und daß diese Situation sich im Jahre 1989 umkehrte. Können Sie das bitte noch einmal mit genauen Zahlen konkretisieren? Dieses Phänomen halte ich für außerordentlich interessant und bemerkenswert. Es handelt sich dabei um einen Aspekt, der bisher in der Diskussion nicht vorgekommen ist.

Zur zweiten Frage: Sie sprachen auch die Kontrollmechanismen im Betrieb an. Stichwort Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI), Arbeitskontrolleure des FDGB, FDJ-Kontrollposten in den Betrieben. Zu erwähnen sind vielleicht noch die Konfliktkommissionen mit disziplinierenden Absichten. Könnten Sie da vielleicht konkreter über die Wirkungsweise dieser Kontrollmechanismen berichten?

Damit komme ich zu den Fragen, die ich gerne Herrn Kube stellen möchte. Sie haben den „neuen Charakter“ der Arbeit im sozialistischen Betrieb hervorgehoben. Mir ist nicht ganz klar geworden, ob Sie da den ideologischen Anspruch der SED im Auge hatten, oder ob Sie in der Tat konstatieren können, daß es einen „neuen Charakter“, eine neue Einstellung der arbeitenden Menschen zur Arbeit im Betrieb gegeben hat? Wenn das so ist, würde mich interessieren, wie Sie das Verhältnis der Produktionsarbeiter und der Industriearbeiter überhaupt zur Betriebsgewerkschaftsleitung und zur Betriebsparteiorganisation der SED einschätzen? Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang, immer die

neue Einstellung zur Arbeit unterstellt, die Kontrollmechanismen ein, die es offensichtlich auch gegeben hat und die sich dann ja eigentlich hätten erübrigen müssen?

Ich komme jetzt zur Frage des Transformationsprozesses heute. Würden Sie feststellen, daß es in der Einstellung zur Arbeit eines Facharbeiters, z. B. in Dresden, heute wesentliche Unterschiede gibt zur Einstellung eines Facharbeiters zur Arbeit in der Zeit vor 1989? Wir wissen alle, wie schwer die Arbeitslosigkeit die Menschen drückt, aber das ist kein Argument dagegen, diese Frage zu stellen. Wenn es richtig ist, daß annähernd 20 % arbeitsfähige Menschen heute ohne Arbeit sind, heißt das gleichzeitig, daß gut 80 % in Arbeit stehen, so daß sicherlich auch Erfahrungen vorliegen und Aussagen darüber möglich sind, inwieweit sich heute die Einstellung der arbeitenden Menschen im Betrieb zur Arbeit verändert hat. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Vielen Dank Herr Dr. Fricke. Die Fragen sind jetzt so umfassend, daß ich die Herren am Podium zunächst einmal um die Antworten bitte. Herr Professor Dr. Vollmer, wenn Sie bitte anfangen würden.

Prof. Dr. Uwe Vollmer: Meine Antwort bezieht sich auf die Frage von Herrn Dr. Jork nach dem Planungsablauf. Mein Argument war, daß Sozialpolitik in der DDR in erster Linie Vollbeschäftigungspolitik war. Dann hatte ich herauszuarbeiten versucht, daß die Betriebe auf ihren Arbeitskräftebedarf Einfluß nehmen konnten und zwar sowohl während der Planaufstellungsphase als auch in der Planverwirklichungsphase. Das gelang in der Planaufstellungsphase dadurch, ich habe das im Vortrag erwähnt, daß die Arbeitsintensität des Beschäftigungsprogramms höher eingesetzt wurde als das vielleicht notwendig gewesen wäre. In der Plandurchführungsphase gelang dies dadurch, daß die Betriebe mehr Arbeitskräfte eingestellt haben, als ursprünglich vorgesehen war. Hierbei ist natürlich zu berücksichtigen, daß das von Monat zu Monat in der Plandurchführung ablief.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herr Jork, Sie schütteln mit dem Kopf. Wollen Sie noch einmal nachfragen?

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ja, mein Punkt war der, daß die monatliche Planerfüllung überaus diskontinuierlich war, und daß das erheblichen Einfluß auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Betrieb hatte. Das heißt, am Anfang des Monats war es in der Regel bei Produktionsbetrieben so, daß die Leute gar nicht ausgelastet waren, und gegen Ende des Monats waren erhöhte Anstrengungen notwendig, um den Plan zu erfüllen. Diese Situation wurde vor allem durch eine sehr späte Materialbereitstellung bewirkt. Dieser Umstand hatte natürlich Wirkungen auf Prämienverhalten, also darauf, die Leute zu motivieren. Wir sprechen jetzt vom Sozialbereich. Die späte Materialbereitstellung hatte auch ein gewisses inneres Abschlaffen am Monatsanfang zur Folge. Prämien, Sozialleistungen und Anerkennung waren mit Leistungen am Monatsende verbunden. Das führte zwangsweise zu einer

gewissen Deformierung, auch in der Haltung gegenüber der Produktion und den Produktionsbedingungen. Diese Situation führte auch zu einer Depression, da die Leute arbeiten wollten. Es war nicht so, daß sie nicht hätten arbeiten wollen. Meine Frage bezog sich darauf, ob Ihnen bewußt ist, was das für soziale Innenwirkungen auch auf die Stimulierung zur Folge hatte und auf die Wahrhaftigkeit dessen, was man von den Vorteilen des sozialistischen Betriebes kannte. Da zielte meine Frage hin.

Prof. Dr. Uwe Vollmer: Ihrer Argumentation kann ich beipflichten, ich sehe das auch so. Das ist natürlich auch einer der Gründe, daß die naturale Planung Schwierigkeiten bewirkte, z. B. daß Vorleistungen nicht kontinuierlich geliefert wurden, sondern im Monatsrhythmus ungleichmäßig erfolgten. Die daraus entstehenden Konsequenzen, die Sie angesprochen haben, würde ich so teilen.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Die anderen Fragen richten sich an die beiden anderen Referenten. Zunächst bitte ich Herrn Kube, die an Sie gestellten Fragen zu beantworten.

Horst Kube: Ich möchte erst einmal auf die letzte Frage eingehen. Aus der heutigen Sicht und mit dem Abstand, den wir heute haben, ist es etwas problematisch, die damalige Einstellung zur Arbeit und auch die Elemente zur Bewußtseinsprägung einzuschätzen. Ich habe heute schon eine etwas andere Bewertung als damals.

Ich kann jetzt nur erst einmal aus der Sicht eines Betriebes reden, aus der Sicht, wie wir das dort erlebt haben. Der überwiegende Teil dieses Betriebes war aus Menschen zusammengesetzt, die den früheren AEG-Betrieb erlebt hatten. Dieser AEG-Betrieb war Rüstungsbetrieb und baute elektrische Einrichtungen für die damalige V 2. Diese Leute haben in den nachfolgenden Jahren nach dem Kriege diesen Betrieb, der zu fast 80 % zerstört war, wieder aufgebaut. Dieses geprägte Geschichtsbild und die Orientierung, „den sozialistischen Menschen zu bauen“, führte über ein System der Beeinflussung durch Partei und Gewerkschaft. Ein großer Teil der Mitarbeiter des Betriebes waren „Genossen“ und noch ein größerer Teil kam aus der Gewerkschaft. Wir kennen das Gewerkschaftsjahr, wir kennen das Parteilehrjahr. Diese Ideologie, die dort den Menschen vermittelt wurde, hatte im Kern und in der Orientierung eine nicht unwesentliche Ausstrahlungskraft und wurde auch angenommen. Ich habe gestern schon einmal betont, daß ich das Glück hatte, einmal bei Professor Bloch in Leipzig während meines Studiums das „Prinzip Hoffnung“ zu hören. Dieses „Prinzip Hoffnung“ hat die Menschen in den Betrieben bewegt. Sie hofften darauf, daß es einmal besser wird. Das System „wir arbeiten für uns“ machte den Charakter der Arbeit aus. Dieses System kam logischerweise auch zu der Funktion, – jetzt leite ich zu Herrn Dr. Jork über – innerhalb der Sozialistischen Brigaden das sozialistische Arbeiten und Leben zu entwickeln. Das war ein bißchen aufgepfropft, kam aber auch aus dem Herzen. Ich kann es nicht anders sagen. Gerade bei Solidaritätsaktionen wurde gespendet, sofern die Argumentationen für die Ziele, für die man spendete, sinnvoll waren. Ich denke da an Naturkatastrophen oder auch an die bedrohten Völker in Afrika.

Hier spendete man gern. Aber diese Bewußtseinsbeeinflussung erfolgte natürlich durch ständige Auseinandersetzung und Orientierung in dem Parteilehrjahr und den Gewerkschaftsversammlungen.

Es gab große Täuschungsmanöver. Die Werktätigen in den Betrieben haben diese Zusammenhänge und diese Probleme erst in den letzten Jahren seit 1987 gespürt. Daß es hier zu Widersprüchen zwischen dem ihnen dargestellten System und der sozialen Sicherheit kam, erschütterte die Bewußtseinseinstellung. Bis dahin war diese Bewußtseinsbildung – nach meinem Dafürhalten – eine ehrliche Auffassung, die den sozialistischen Charakter in den Leistungen und in den Aufgaben widerspiegelte.

Kamen am Wochenende plötzlich aus der Diskontinuität der Produktion Materiallieferungen, dann waren die Leute bereit, zu kommen und zu arbeiten.

Daß diese Bewußtseinsbildung immer in einer bestimmten Richtung erfolgte, diese Tatsache muß ich auch unterstreichen, wurde streng durch die Partei und die Gewerkschaft gesteuert und kontrolliert. Mir sind keine direkten Situationen bekannt, aber oppositionelles Auftreten wurde im Keim erstickt. Auch diese Beispiele kennt man, wenn mit den Kollegen, die anderer Auffassung waren, ziemlich hart zu Gericht gegangen worden ist. Das war sicher ein sehr frevelhaftes Vorgehen, aber auch das hat es gegeben. Soviel vielleicht erst einmal dazu.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich bitte Sie, auch noch die Frage bezüglich der Differenzen der Gehälter in Berlin zu beantworten.

Horst Kube: Herr Dr. Jork, ich kann jetzt nur aus der Situation des EAW sprechen. Wir hatten den Schwermaschinenbautarif. Dieser Schwermaschinenbautarif bildete die Grundlage für die Funktion des Lohn- und Gehaltssystems im Kombinat, insbesondere im Stammbetrieb. In Kombinatsbetrieben, die außerhalb Berlins lagen, insbesondere im Süden der ehemaligen Republik, waren andere Maschinenbautarife geltend. Insofern hat die Gehaltsentwicklung nicht einem besonderen Status Berlins unterlegen.

Die Sonderversorgungen mit Wohnraum, die gab es aus der Sicht des Stammbetriebes, also meines unmittelbaren Einzugsbereiches, auch nicht. Die Kriterien für die Wohnungsvergabe waren in den einzelnen Stadtbezirken klar umrissen. Insofern sind Relationen zur Bevorzugung der ehemaligen Hauptstadt darin zu sehen, daß die Kontingentvergabe für Bauleistungen, für Investitionsleistungen gegenüber anderen Städten der Republik für den Aufbau der Hauptstadt gefördert wurden. Im Betrieb selbst gab es jedoch eine solche aus der Berlinfunktion bestehende Bevorzugung von Wohnrauminanspruchnahme und Vergabe nicht.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Vielen Dank! Herr Dr. Lubk bitte.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Ich darf zu den gestellten Fragen einige Anmerkungen machen. Zuvor hätte ich eine Frage an den Herrn Vorsitzenden: Darf ich zu dieser Frage Berlintarif etwas ungefragt anmerken? Ich habe hier eine entsprechende Tabelle mitgebracht.

Es gab am Anfang der DDR noch stark differenzierte Tarife, das sogenannte Ortsklassensystem. Das bestand bis 1967/68. Dann gab es stets eine grundsätzliche Teilung zwischen Bezirken der DDR und dem Berlintarif. Das wurde damit begründet, daß in Berlin die Schrippe damals ein paar Pfennige mehr kostete als in den anderen Städten. Dieser Umstand muß noch auf den Alliiertenkontrollratsbeschluß zurückgegangen sein. Die Mieten waren davon betroffen, die verschiedenen Warenpreise waren ebenfalls betroffen. Es handelte sich dabei um Beträge, die zwischen 100, 120 und 150 Mark lagen. Wichtig ist es hierbei immer die Relation zu den Einkommen in der DDR, zu den Lohnhöhen zu beachten. Ich habe die Lohn- und Tariftabellen bei Anwendung von Produktivlöhnen von 1984 dabei. Es gab für die Bezirke der DDR, etwa für Berlin als Hauptstadt der DDR, Sondertabellen. Diese waren jeweils nach den einzelnen Wirtschaftszweigen untergliedert. Wer sich dafür interessiert, die Daten sind heute verfügbar.

Zu der Frage nach den Vorteilen für Berlin möchte ich folgendes anmerken: Ich spreche jetzt nicht als ewiger Dresdner aus Neid gegen eine ehemalige Hauptstadt. Die Bevorteilung, das haben sicher viele Berliner nicht gewußt, ging so weit, daß Bauarbeiter sowie Baumaterialien aus den Bezirken abgezogen wurden.

Ich möchte jetzt die an mich gestellten Fragen beantworten. Lohnfortzahlung bildete die erste Frage. Bis 1952 erhielten die Arbeitnehmer nur Krankengeld der Krankenversicherung. Bis zu diesem Zeitpunkt existierten auch in der ehemaligen DDR 3 Karenztage. Dieses System wurde 1952 abgeschafft. Zwischen 1952 und 1977, das ist die nächste Phase, muß man unterscheiden. Hier haben die Betriebe bis 6 Wochen im Kalenderjahr einen Lohnausgleich zum Krankengeld bis 90 % des Nettodurchschnittsverdienstes zu zahlen gehabt. Das heißt es gab ein Krankengeld und es gab diesen Lohnausgleich. Anfang 1978 hat dann die Sozialversicherung die gesamte Leistung übernommen. Mit dem Arbeitsgesetzbuch der DDR, was ab 1.1.1978 galt, hieß es dann, es wird ein Krankengeld in Höhe von 90 % des Nettolohnes gezahlt. Ab diesem Zeitpunkt gab es also diese Teilung Lohnausgleich und Krankengeld nicht mehr. Die maximale Dauer der Krankengeldzahlung lag 1952 bei 26 Wochen, zwischendrin bei 39 Wochen, und später wurde sie dann auf 78 Wochen erhöht. Voraussetzung war dabei immer, daß der Arzt feststellte, daß man in dieser Zeit wieder gesund wird. Ansonsten stand die Invalidisierung an.

Ab Januar 1978 gewährte die Sozialversicherung bis zur Dauer von 6 Wochen im Kalenderjahr ein einheitliches Krankengeld in Höhe von 90 % des Nettodurchschnittverdienstes. Für die Zeit ab der 7. Krankheitswoche galten differenzierte Regelungen.

Außerhalb der Leistungen der Sozialversicherung gewährte der FDGB seinen Mitgliedern bereits ab 1953 bei längerer Krankheit einen besonderen Krankengeldzuschuß. Über die Höhe kann ich Ihnen hier nichts berichten, die Zahlen müßte man nachschlagen.

Wichtig ist bei diesem System noch zu wissen, daß zur Senkung des Krankenstandes von Anfang an Ärzteberatungskommissionen (ÄBK) tätig waren. In den 50er Jahren traten diese bereits in Aktion. Bei einer Krankheitsdauer von über 10 Tagen war eine Begutachtung durch eine Ärzteberatungskommission möglich. Später sah eine entsprechende Anordnung die Vorladung vor die Kommission bei mehr als 35 Tagen Krankheit vor. Bei häufig erkrankten Arbeitnehmern sowie bei Verdacht auf berufsbedingte Erkrankung konnte auch zu einem früheren Zeitpunkt die ÄBK eingeschaltet werden. Das Recht dazu hatten der Betriebsleiter, die BGL, die SV-Räte sowie die Betriebsärzte.

Zur Dauer der Krankengeldzahlung hatte ich bereits etwas gesagt. Interessant ist dann, wie die Entwicklung ab der 7. Woche Krankheit aussah. Bis 1967 erhielten sie, wenn sie über sieben Wochen krank waren, 50 % des beitragspflichtigen Lohnes (dieser lag bei 600 Mark) Krankengeld. Das waren also 300 Mark. Ab 1967 trat die erste Verbesserung ein, da erhielten Arbeitnehmer mit 2 und mehr Kindern in der 7. bis 13. Krankheitswoche ein erhöhtes Krankengeld in Abhängigkeit von der Kinderzahl zwischen 65 und 90 %. Dafür mußten sie dann aber auch 5 und mehr Kinder haben.

Das System wurde geändert. 1971 hatten Arbeitnehmer dann die Möglichkeit, sofern sie über 600 Mark verdienten, in die Freiwillige Zusatzrentenversicherung einzutreten. Man konnte eine höhere Rente erwerben, aber auch gleichzeitig erwarb man einen Anspruch auf eine höheres Krankengeld ab der 7. Krankheitswoche, denn 1. bis 6. Woche war einheitlich mit 90 % geregelt.

Zu den Arbeitnehmer mit einem monatlichen Einkommen bis 600 Mark: Arbeitnehmer, die unter 600 Mark verdienten, gab es zu diesem Zeitpunkt nicht wenige. Arbeitnehmer, die über 600 Mark verdienten, aber der Zusatzrentenversicherung beigetreten waren, erhielten dann von der 7. bis zur 39. Woche an ein erhöhtes Krankengeld zwischen 70 und 90 % in Abhängigkeit der Kinderzahl. Für andere Arbeitnehmer, die nicht der Zusatzrente beitraten, aber über 600 Mark verdienten, galt die alte Regelung von 1967 fort. Entweder sie hatten zwei Kinder und mehr, bekamen erhöhtes Krankengeld, oder sie hatten ein Kind oder keine Kinder, dann bekamen sie höchstens 300 Mark.

Dieses System wurde dann später noch einmal mit Einführung des Arbeitsgesetzbuches verändert, als die Dauer der Krankengeldzahlung auf 78 Wochen ausgedehnt wurde. Es gab dann später besondere Vergünstigungen für Familien mit mehreren Kindern usw. Besondere Regelungen für das Krankengeld gab es für Tuberkulosekranke. Sie erhielten ein 10 % höheres Krankengeld und zwar bezogen auf das Krankengeld bei Freiwilliger Zusatzversicherung aber maximal 90 %. „Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgte des Faschismus“, dazu war eine besondere Anerkennung erforderlich, erhielten

Krankengeld in der Höhe des Nettodurchschnittsverdienstes. Bei Arbeitsunfällen wurde unabhängig von der Dauer der Krankheit ein Lohnausgleich bis zum Nettolohn gezahlt. Bei Quarantänefällen, die gab es auch, wurde 90 % des Nettolohnes gezahlt. Sie sehen, es handelte sich um ein äußerst differenziertes System.

Wenn man dies nachvollziehen will, muß man konstatieren, daß es auch Verbesserungen gab. Diese waren aber immer wieder auf das eine Ziel abgelegt, nämlich auf die sogenannten sozialpolitischen Zielstellungen, die Leute in den Arbeitsprozeß reinzubringen und dann auch über diese Form der Stimulierung abzudecken.

Ich komme zur zweiten Frage, die an mich gerichtet wurde. Es geht um mögliche Vorteile als Mitglied des FDGB. Das ist ein Bereich, über den man noch länger nachdenken müßte, zunächst ist es einmal eine Bewertungssache. Mir ist im Moment auf die Schnelle als Stichwort eingefallen, daß das zunächst einmal kein Vorteil war, sondern ein Minimum der Anpassung. Die meisten Leute waren im FDGB, das war Voraussetzung für den „Titelkampf". Genauso wie im „Titelkampf" die Mitgliedschaft in der DSF fast immer vorausgesetzt wurde. Etwas anderes wurde nicht toleriert, und die Leute wurden dann letzten Endes nach dem Motto: „Ja, sonst können wir die Prämie nicht bekommen" von ihren eigenen Kollegen dazu gebracht, Mitglied zu werden. Es gab da wenig Standhafte, möchte ich einmal betonen. Die praktischen Vorteile bestanden darin, daß man an sogenannten FDGB-Plätzen teilhaben konnte. Das war aber sehr unterschiedlich, was man da abbekommen hat. Ich bin seit 1963 im FDGB gewesen, bereits als Lehrling. Ich glaube, daß ich zweimal Ferienplätze bekommen habe, mit meinen Kindern einmal und zweimal außerhalb der Saison. Das ist etwa die Größenordnung, in der sich das bewegte. Manche Leute haben 10, 12 Jahre oder länger auf einen Ferienplatz warten müssen.

Man hatte den Vorteil, daß man an Brigadefeiern und Ausflügen teilnehmen konnte. Hierbei möchte ich bemerken, daß das Geschmacksache war. Das hing auch von dem Kollegenkreis ab, von dem Betrieb, inwieweit man das gestalten konnte. Man hatte weiterhin den Vorteil, daß man „Theaterringe" nutzen konnte. Es gab eine Menge Kulturangebote. Es galt der Anspruch, daß die Arbeiterklasse Bildung und Kultur erhalten solle, insofern gab es auch eine Menge umsonst. Manche Leute haben das genutzt, manche haben sich in das Kulturprogramm reingequält. Es war Bestandteil des Wettbewerbs in vielen Betrieben. Auch hierzu muß ich anmerken, daß dies jeder anders bewerten wird.

Wichtig war diese Mitgliedschaft im FDGB natürlich als Mindestanpassungszugeständnis bei der Verteilung der Prämie. Das war auch sicher unterschiedlich, aber da ging es nicht nur nach Leistung. Da wurden auch die unterschiedlichen Beiträge, die der einzelne leistete, beachtet. Ich habe immer gesagt, Genossen erhielten dann erst einmal 50 Mark für ihren Parteibeitrag wieder zurück. Das ist sicherlich nur im Einzelfall nachweisbar und kann nur aus eigenem Erleben berichtet werden.

Für den FDGB würde ich das so zusammenfassen: Man hatte gewisse soziale Vorteile. Währenddessen würde ich jetzt die Mitgliedschaft im DGB doch aus den Berichten, die mir bekannt sind, mehr so sehen, daß man sich dort einen Schutz verspricht. Gerade in der Zeit nach 1990/91 verspricht man sich einen Rechtsschutz, und hofft, im Bereich der tariflichen Entlohnung zu sein.

Ich komme zur dritten Frage, die mir von Herrn Kuhn gestellt wurde. Es geht um den Sozialversicherungsbeitrag und die Frage, wie denn das eigentlich alles finanziert werden konnte? Ich habe nicht erwähnt, daß der Beitrag, den der Arbeitnehmer in die Sozialversicherung eingezahlt hat, also diese 10 % seines Lohnes, zunächst bis auf 60 Mark begrenzt waren. Später, mit der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZRV), lag die Grenze bei 1.200 Mark und noch später war es sie nach oben offen. Wenn sie über 1.200 Mark verdienten, hatten sie den Vorteil, daß sie nach 25 Beitragsjahren keinen Beitrag mehr zahlen mußten. Mit anderen Worten bedeutete dies, um so eher sie in die FZRV hineingingen, lohnte sich das finanziell. Das waren immer 10 % von Ihrem Lohn, den sie dort gezahlt haben und dazu hatte der Betrieb früher auch 10 % zu zahlen. Mit Einführung der FZRV (das muß ich jetzt offen lassen, bis wann der Zeitpunkt war), als die Grenze über 1.200 Mark geöffnet wurde, hatte der Betrieb 12,5 % Beitrag zu zahlen. Die Gesamtrechnung kann ich Ihnen nicht auf Anhieb offenbaren. Heute kommt noch unser Sozialminister, vielleicht können Sie ihn bitte noch dazu befragen. Ansonsten verweise ich auf die Literatur, die die Zuschüsse des Staates zur Sozialversicherung deutlich macht. Ich habe das entsprechende Buch mit. Ich könnte dann noch nachschauen in welcher Größenordnung der Staatshaushalt hier, das war ja dann die sogenannte zweite Lohntüte, zugeschossen hat.

Die Sozialversicherung war aus diesen Beiträgen und aus den Betriebsbeiträgen trotz der niedrigen Renten nicht finanzierbar. 1990 wurde das dann auch offensichtlich. Die Transfers nach Ostdeutschland werden gebraucht. Es wurde in der DDR beispielsweise in keine Arbeitslosenversicherung eingezahlt, das ist übernommen worden. Denken Sie bitte an diese Sonderregelung für ehemalige Selbständige in der DDR, die sich noch eine Zeitlang bei den Arbeitsämtern arbeitslos melden konnten. Auch sie haben gewissermaßen niemals eingezahlt. Ich muß also hier konkrete Zahlen schuldig bleiben.

Ich komme zur vierten Frage, zur Lebenserwartung. Die Lebenserwartung lt. Statistischem Jahrbuch betrug 1950 bei Männern 64,6 Jahre, bei Frauen 68,5 Jahre. In der ehemaligen DDR waren es bei Männern 65,1 Jahre und 69,1 Jahre bei Frauen. Woran dieses Verhältnis liegt, ob das mit der Zuwanderung, also mit den damaligen Vertriebenen usw. zusammenhängt, vermag ich jetzt nicht zu sagen. 1989/91 – hier hat man immer drei Zeitjahre zusammengenommen – lag die Lebenserwartung für Männer in der Bundesrepublik bei 72,7 Jahren, in der ehemaligen DDR bei 70 Jahren und bei Frauen war das Verhältnis 79,1 Jahre zu 76,2 Jahre.

Ich erinnere außerdem an Berichte, die über die regional differenzierte Lebenserwartung vorliegen, speziell an das Chemiedreieck. Soviel vielleicht zu diesem Punkt.

Die letzte Frage bezog sich auf die Kontrollmechanismen im Betrieb: ABI, FDJ-Kontrollposten und Arbeiterkontrolle. Ich kann hier kaum aus eigenem Erleben berichten. Was mir in Erinnerung ist: Bei den FDJ-Kontrollposten und bei der sogenannten Arbeiterkontrolle ging es vorwiegend um die Kontrolle der betrieblichen Pläne, d. h. ob diese erfüllt wurden. Das ist meine Erinnerung daran. Es ging insbesondere auch um Qualitätsfragen, währenddessen die ABI auch eine überbetriebliche Wirkung erzielte. Die ABI hatte natürlich erst einmal im Betrieb, im Kombinat, ihr Feld. Ich entsinne mich aber auch an mein eigenes Wohngebiet, als die ABI einmal kontrollierte, wer denn dort außerhalb der üblichen Zeiten verweilte oder extra bei Autoersatzteilen vorfuhr. Das waren verschiedene Aktionsfelder der ABI. Ansonsten verfüge ich hier über keine speziellen Kenntnisse.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herzlichen Dank Herr Dr. Lubk. Jetzt gehen wir zum nächsten Block. Zunächst Kollege Dr. Elm bitte.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich möchte davon ausgehen, daß die Masse der Einschätzungen, der kritischen Beschreibungen, die von Wissenschaftlern und Beteiligten in ihren Erfahrungsberichten gestern und heute vorgetragen wurden, zustimmungsfähig sind, auch wenn das manchmal nicht leicht ist, bei dem kritischen Gesamtbild, das sich da für die DDR ergibt. Die Probleme, mein Einwand, auf die daran geknüpften Fragen, gehen mehr dahin, daß doch Erscheinungen der Selektion vorhanden sind, um bestimmte Urteile, manchmal auch Vorurteile, zu untersetzen, zu stützen.

In dem Sinn an Professor Vollmer, anschließend an seine einleitende Aussage, daß die Sozialpolitik im wesentlichen eine ökonomische Funktion war, eine Funktion der Vollbeschäftigung, der Arbeitsmarktpolitik, die folgende Frage: Könnte man heute sagen, daß das humanistische Motiv dabei Fassade gewesen ist, daß er das offenbar nicht als ernsthafte eigenständige Größe in Rechnung stellt? Ich verleugne nicht den Historiker bei der Frage. Glauben Sie nicht, daß in diesem Versuch DDR zumindest von den Anfängen her, nach 1945 und 1949, auch etwas neben Stalinismus, neben Deformation, neben Fragwürdigen und auch neben den späteren Fehlentwicklungen, dem Scheitern, wirksam gewesen ist, was in Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert wurzelt? War da nicht etwas auch in dem, wie es sich dann in der kommunistischen Bewegung in der Weimarer Republik fortsetzte? Die Erfahrungen reichen bis in die Weltwirtschaftskrise hinein. Diese sozialen Bereiche des deutschen Volkes, der Arbeitnehmerschichten usw., nahmen eine Gestalt in bezug auf eine neue, veränderte Gesellschaft, allerdings in solch einer Weise, in solch einer dogmatischen Verhärtung an, daß sogar die Umstände und Motive sowie die Geisteshaltung der Reformunfähigkeit daraus erwuchsen. Dies geschah aus dem Grunde, weil man nicht mehr für neue Entwicklungen

offen war, und schon gar nicht für die Kompliziertheit, eine überhaupt völlig neuartige und entwicklungsfähige Gesellschaft zu schaffen. Vieles entnahm man alten Leitbildern.

Ich frage auch deshalb, weil wir diese vielen Mosaiksteine zu einem bestimmten Gesamtbild zusammenfügen wollen. Dabei ist es nicht unwichtig zu wissen, ob hier das Resultat herauskommt, daß das mehr oder weniger vom Ursprung her oder sogar durchweg ein kriminelles Unterfangen war, oder ob das Gegenteil der Fall war. Was ich aus vielen Beiträgen heraushöre, macht deutlich, daß die Untersuchung doch eine differenziertere Wertung verdient. Es ist jedenfalls kein Argument, das dazu benutzt werden sollte, sich gegen die schonungslose Aufarbeitung zu wenden.

Zweitens möchte ich herausstellen, daß das von der Einordnung her, auch von der Vorgeschichte sowie von den Traditionen her, die da wirksam wurden, vom Ursprung und den Grundlagen der DDR kam. Das Recht auf Arbeit schließt hieran an. Auch hier höre ich, daß das Recht auf Arbeit, Vollbeschäftigung, von vornherein auch, wie es dann auch in der DDR nicht bewältigt wurde, vorrangig und durchgängig abschätzig beurteilt wird.

Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Vollmer und Herrn Dr. Lubk. Ich würde gern aus ihrer Erfahrung heraus wissen, ob das Recht auf Arbeit, auch wirklich vor dem Hintergrund dieser Herkünfte, dieser Tradition, ein eigenständiger und erheblicher Wert in dieser DDR gewesen ist? Was nicht ausschließt, daß die Dinge instrumentalisiert wurden, daß man mit an diesem Anspruch gescheitert ist. Ist dieser Wert nicht doch anzuerkennen? Ich glaube, daß sich dieser Wert auch bis ins geistig-kulturelle Leben hinein nachweisen läßt, z. B. bei dem Versuch der Gestaltung der sozialen Beziehungen. Dieser Umstand sollte vielleicht auch manchmal zu vollmundige Aburteilungen ausschließen, zumal wir nun neu erleben, daß der legitime Anspruch auf Arbeit, auf Selbstverwirklichung, in neuer Weise auch in dieser Gesellschaft nicht oder immer weniger erfüllt werden kann. Könnte man nicht polemisch sagen, ABM und ähnliche Einrichtungen, auch was wir und andere fordern, sowie der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, wären ja dann auch verdeckte Formen der Arbeitslosigkeit, bei allen Unterschieden, die da drin stecken, weil wir hier ein hocheffizientes wirtschaftliches System vor uns haben? Man muß dann diese Probleme der Arbeitslosigkeit, der Nichtvollbeschäftigung anders lösen, wenn man nicht den Anspruch aufgeben will, der Masse seiner Bürger solche elementaren Rechte auf Bildung, Arbeit, Selbstverwirklichung zu garantieren.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine ersten Bemerkungen richten sich an Herrn Kube. Wir reden hier über ein Stück DDR-Wirklichkeit und mein Eindruck ist der, daß es immer wieder ein großer Unterschied war, und der wird es wohl auch immer bleiben, ob man auf einer Kommandobrücke steht und über

die Wellen schaut oder unten im Heizungskeller die Kohlen hineinschmeißt. Ihre Ausführungen über das „sozialistische Bewußtsein", über die Solidaritätszahlungen sowie die Zahlungsmoral der Leute in ihren Betrieben, scheinen mir doch ein ziemlich großer Tobak zu sein, weil darüber an sich gar nicht geredet wurde.

Als ich Anfang der 80er Jahre in einen Berliner Betrieb als Maurer kam, wurde mir mit den Einstellungsunterlagen ein Haufen Zettel vorgelegt, die ich alle unterschreiben mußte. Darunter war auch ein FDGB-Buch. Mit der FDGB-Mitgliedschaft war automatisch verbunden, daß man jeden Monat einen bestimmten Betrag einzuzahlen hatte, über den man überhaupt nicht nachdachte und über den gar nicht gesprochen wurde. Das war einfach ein Teil dessen, wie Herr Lubk anmerkte, der Minimalkonsens, den man mit der Gesellschaft praktisch aushielt. Das war jetzt keine Frage, sondern eine Bemerkung. Jedenfalls scheint mir das doch ziemlich an der Sache und an dem allgemeinen Bewußtsein vorbeizugehen.

Ich komme jetzt zu drei Fragen, die sich sowohl an Herrn Vollmer als auch an Herrn Lubk richten. Mir scheinen bisher mehrere Punkte in der Diskussion unterbelichtet geblieben zu sein. Der erste Aspekt wäre, daß man noch einmal herausarbeiten sollte, auf wessen Kosten und auf wessen Lasten diese Sozialpolitik der DDR eigentlich gefahren wurde. Eine Gruppe blieb in den ganzen Jahren immer außen vor. Das war die Gruppe der Rentner. Als jüngstes Mitglied der Enquete-Kommission ist es mir ein besonderes Anliegen, darauf noch einmal hinzuweisen. Sozialpolitik war vor allen Dingen eine Alimentierung bestimmter privilegierter Gruppen und der Jugend.

Der zweite Punkt, den ich gerne noch einmal ansprechen möchte, und zu dem ich gerne von Ihnen etwas hören würde, betrifft folgenden Aspekt: Sozialpolitik diente in der DDR ganz wesentlich auch der Privilegierung verschiedener Gruppen. Es gab zwar ein einheitliches Sozialsystem, Versicherungssystem, aber zu diesem Sozialversicherungssystem gab es über 20 verschiedene Zusatzversicherungssysteme. Es gab eine Intelligenzrente, eine Parteirente, eine zusätzliche Rente für Leute aus dem Staatsapparat, um nur einige Beispiele zu nennen. Es gab z. B. Intelligenzläden in den 50er Jahren, also spezielle Einkaufsläden, in denen Angehörige der Intelligenz hineingingen, und dieses System reichte bis hin zu Bildungsprivilegien. Bei der Intelligenz wurde die Sozialpolitik auch dazu praktisch genutzt, um bestimmte Gruppen politisch an das System zu binden. Ich glaube, diesen Aspekt muß man auch noch einmal herausarbeiten.

Ich komme jetzt zum dritten Punkt, der mir ganz besonders wichtig erscheint. Es handelt sich um die Frage, wie eigentlich die Menschen mit der sozialen Wirklichkeit in der DDR tatsächlich umgegangen sind? Es gibt so bestimmte Dinge, die einfach weggerückt wurden, und die auch nur wenigen Historikern bekannt sind. Um ein Beispiel zu nennen: In den 50er Jahren gehörten Arbeitsniederlegungen zum Alltag der DDR-Wirklichkeit. In den Unterlagen der SED und vom FDGB finden sich hunderte Streiks monatlich. Wobei man na-

türlich darüber streiten kann, wie man einen Streik definiert, aber es finden sich in dieser Zeit viele Arbeitsniederlegungen. Streiks fanden auch in den 70er und 80er Jahren, zwar nicht in diesen Größenordnungen, aber immer noch Anwendung. Das heißt, daß kleinere Arbeitskollektive zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen durchaus auch bestimmte, nicht vorgesehene Methoden anwandten. Es handelte sich somit um Menschen, die sozusagen vom System kriminalisiert worden sind. Zu diesem Themenbereich, wie die Menschen mit dieser sozialen Wirklichkeit umgegangen sind, würde ich gerne etwas erfahren. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Kollege Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann gut an das zuletzt aufgeworfene Thema anknüpfen und hierbei versuchen, ein bißchen von der anderen Seite, als Herr Dr. Elm das getan hat, zuzuspitzen.

Ich komme zur ersten Fragestellung. Erhöhung der Akzeptanz für das System durch gezielte Erzeugung kompensatorischer Bedürfnisse in Form der Sozialpolitik, in Form auch bestimmter Formulierungen kollektiver Rechte. Diese wirken bis heute nach, indem in der heutigen aktuellen Debatte immer noch kollektive gegen Individualrechte oder sogenannte soziale Rechte gegen politische Freiheitsrechte gesetzt werden, in der Erinnerung sowie auch aus Verklärung an das verflossene System.

In diesem Zusammenhang, mehr auf den individuellen Aspekt gerichtet, komme ich zur zweiten Fragestellung. Sozialpolitik als präventives Instrument der Herrschaftssicherung, auch in Form von Gewährung und Entzug kleiner Privilegien. Es wurde heute ein großer Katalog von solchen Einzelpunkten genannt, und es gibt verschiedene Hinweise aufgrund der vorliegenden Akten der Staatssicherheit, wie systematisch solch ein Privilegienentzug in abgestufter Form zur Disziplinierung von Einzelpersonen genutzt wurde. Umgekehrt wurde auch die gezielte Vergabe einzelner Privilegien genutzt, um bewußt Unterschiede zu erzeugen, um damit auch zu dem gewünschten Resultat zu kommen. Diese Handhabung ist nachlesbar in diversen Zersetzungsplänen der Staatssicherheit, die sich auf den betrieblichen Rahmen beziehen. Mir sind aus meiner Kenntnis von Akten diverse Versuche der Einwirkungsmöglichkeiten von SED und Staatssicherheit in den Betrieben – auch in individuellen Fällen – bekannt. Diese erstreckten sich von konspirativen Durchsuchungen der Arbeitsplätze bis hin zur Festlegung von Schichtplänen und einer Einwirkung von außen, die dann nur noch von dem jeweiligen Betriebsleiter aufgenommen und durchgeführt werden mußte.

Als letzten Punkt in diesem Zusammenhang möchte ich folgende Frage aufwerfen: Könnten Sie zu diesem Konflikt etwas sagen, der dazu führt, daß auf der einen Seite so etwas wie ein vorauseilender Gehorsam der betrieblichen Hierarchie gegenüber diesen äußeren Einflüssen entsteht? Ich würde gern erfahren, in welchem Ausmaß diese äußeren Einwirkungen dann tatsächlich eine große Rolle gespielt haben. Ich weiß nicht, inwieweit Ihre persönliche Kennt-

nis über solche Vorgänge reicht. Meine Frage richtet sich speziell an Herrn Professor Vollmer sowie an Herrn Dr. Lubk.

In dem Artikel des heute nicht anwesenden Professor Hockerts findet man einen Gedanken zum Sicherheitsbegriff. Ich finde das sehr interessant, also soziale Sicherheit und Staatssicherheit, zwei Seiten ein und derselben Medaille. Soweit meine These.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Danke sehr. Jetzt kommen wir zur Wortmeldung von Herrn Gutzeit .

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte dieses Thema, das Herr Kowalczuk gerade ansprach, nämlich das Zusatz- und Sonderrentenversorgungssystem als Privilegienwirtschaft, aufgreifen. Können Sie, Herr Dr. Lubk oder Herr Vollmer, etwas dazu sagen, wie diese Systeme finanziert wurden? Dieser Bereich ist für die Frage heutigen Anspruchdenkens bei der Überführung dieser Ansprüche nicht unwichtig. Ich halte es auch für eine wichtige Frage, in welchen Relationen das stand. Wie stand es um die Versorgungen z. B. eines Normalrentners, der ohne Zusatzrentenversicherung abgesichert war? In welchem Verhältnis stand das einstige Nettoeinkommen zu den späteren Renten?

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Vielen Dank. Wir haben jetzt Fragen, die sich an Herrn Professor Vollmer und Herrn Dr. Lubk richten.

Prof. Dr. Uwe Vollmer: Ich möchte gleich zur Frage von Herrn Dr. Elm kommen. Zuvor muß ich natürlich einräumen, daß ich kein Historiker bin und insofern nicht ganz der richtige Adressat bin. Ich würde aber vermuten, daß es da sicherlich Verbindungen gibt. Das, was ich eben referiert habe, war der Anspruch der Sozialpolitik, wie man sie auch aus der DDR-Literatur herauslesen konnte. Hier wurde eben ganz klar gesagt, Sozialpolitik bedeutet für uns nicht Absicherung gegen die Wechsellagen des Lebens, Vorsorge gegen bestimmte Risiken, die eintreten können, zu treffen, sondern Sozialpolitik bedeutete oder war geknüpft an den Träger des Faktors Arbeit. Sozialpolitik sollte den arbeitenden Menschen zugutekommen und ihnen ermöglichen, durch ihre menschliche Arbeitskraft Einkommen zu erzielen. Das war die Grundidee. Im Grunde handelte es sich hierbei, so habe ich es formuliert, um Vollbeschäftigungspolitik.

Indiz dafür, das hat Herr Kowalczuk eben angesprochen, ist z. B. die Tatsache, daß die Renten relativ niedrig und nicht dynamisiert waren. Insofern will ich das auch mit den Privilegien so teilen. Indiz dafür ist z. B. auch, daß es keine Arbeitslosenversicherung ab dem 1. Januar 1978 gab.

Daran knüpft auch die zweite Frage bezüglich des Rechts auf Arbeit sowie der daraus folgenden Konsequenzen an. Herr Dr. Lubk hat eben auch schon eingeführt, daß das Recht auf Arbeit natürlich kein Recht auf Bildung automatisch verkörperte. Man mußte bestimmte Kriterien erfüllen, um in die Bildungseinrichtung zu kommen. Nur die Konsequenzen dieses Rechts auf Arbeit waren

eben Produktivitätseinbußen. Ich will es einmal anders formulieren, das Recht auf Arbeit bedeutete kein Recht auf Konsum, sondern das Gegenteil war der Fall. Das ist eben die Kehrseite des Rechts auf Arbeit, mit der Konsequenz, daß das, was Sie angesprochen haben, natürlich nicht für die DDR gilt, sondern das wäre jetzt eine vergleichende Fragestellung mit den ABM-Maßnahmen. Ich drücke es einmal vorsichtig aus, aber in der Tendenz geht das natürlich in die ähnliche Richtung. Das wäre jedenfalls meine Vermutung.

Daß das auch mit Ineffizienzen verbunden ist, brauche ich nicht extra betonen. Es gibt Klagen, daß z. B. Gartenbaubetriebe darunter leiden, daß sie am Markt nicht mehr die Position halten können, weil sie eben von ABM-Maßnahmen verdrängt werden.

Ich möchte hier ein bißchen vorsichtig sein. Von der Tendenz her würde ich das auch so sehen, daß das durchaus ähnlich ist.

Vielleicht darf ich noch zu Herrn Kowalczuk etwas sagen. Mit den Renten, sehe ich das genauso wie Sie, das stellte eine der Lasten der Sozialpolitik dar. Die große Last der Sozialpolitik, die Kehrseite war eben, daß der Konsum rationiert war. Konsum hing nicht mehr von der Leistungsfähigkeit und der Leistungsbereitschaft ab, sondern er hing ab von der Zufälligkeit, ob man über Westdevisen verfügte, ob man zur Nomenklatura gehörte etc.

Eine weitere Last, eine weitere Kehrseite waren die Renten. Diese waren sehr niedrig und nicht dynamisiert.

Ich komme jetzt zu den Streiks und somit zum dritten Punkt, den Sie ansprachen. Die von Ihnen gegebenen diesbezüglichen Hinweise nehme ich dankbar zur Kenntnis. Mir war nicht bekannt, daß es auch in den Betrieben Streiks oder Widersprüche gab.

Herr Poppe richtete an mich die Frage nach der Finanzierung des Systems. Ich kann jetzt nicht mit Bestimmtheit sagen, wie jede soziale Leistung im einzelnen finanziert worden ist. Ich kann Ihnen nur unter dem Strich das Ergebnis vorstellen. Das wäre grob gesprochen, Inflation. Wir hatten in der DDR eine Ausweitung der Geldmenge im Vergleich zu der Güterproduktion, die sich eben nicht in steigenden Preisen, wie wir es in Marktwirtschaften gewohnt sind, niederschlug, sondern in einer anderen Form der Inflation. In der Volkswirtschaftslehre bezeichnen wir das als Kassenhaltungsinflation. Das Phänomen äußert sich darin, daß die Wirtschaftssubjekte immer größer werdende Kassenbestände akkumulieren mußten, die sie nicht verausgaben konnten.

Das ist auch ein anderes Indiz für diese volkswirtschaftliche Krankheit Inflation. Diese Kassenhaltungsinflation war typisch für sozialistische Planwirtschaften, auch für die DDR. Ich könnte Ihnen jetzt Zahlen nennen, wie der Kassenbestand relativ zum Einkommen angestiegen ist, das sind so Wachstumszahlen von 2-3 % oder auch größere Prozentzahlen pro Jahr. Die Finanzierungsseite war im Grunde Inflation. Dabei handelte es sich nicht um eine offene, durch Preissteigerungen bewirkte Inflation, sondern um eine verdeckte

Inflation, weil die Preise administrativ festgelegt worden sind, durch Akkumulation von Kassenbeständen. Die Symptome erblickt man dann in Warteschlangen, in Umgehungsversuchen über Westdevisen etc.

Zwischenruf: Ich habe eine Frage zur spezifischen Finanzierung der Renten und Zusatzversorgungssysteme. Wie passierte diese, beitragsbezogen oder über den Staatshaushalt? Wie funktionierte das?

Prof. Dr. Uwe Vollmer: Ich muß die Frage weitergeben.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Dann hoffen wir, Herr Dr. Lubk, daß Sie diese Frage mit beantworten können. Sie haben das Wort.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Ich gehe am besten der Reihe nach vor.

Ist das Recht auf Arbeit, hat Herr Dr. Elm gefragt, als eigenständiger Wert oder erheblicher Wert zu sehen? Diese Frage stellte er bezugnehmend auf die Situation vor 1933 oder auf der Geschichte oder die Arbeiterbewegung.

Als erstes möchte ich konstatieren, daß ich kein Historiker bin. Ich stehe hier mit meinen eigenen Erfahrungen und spreche aus meiner Sicht und aus dem, was ich glaube, aus der Geschichte zu kennen.

Man kann die Frage so nicht beantworten, weil man sich anschauen muß, welchen Stellenwert Arbeit in der Entwicklung der Geschichte hat. Da können wir uns die Situation vor dem Christentum, im Christentum und in der Industriegesellschaft anschauen und die Situation heute betrachten.

Ich denke, wir können heute mit Recht formulieren, daß Arbeit natürlich etwas wichtiges ist, aber die heutige Erwerbsarbeit, so wie wir sie bisher verstehen, im Abnehmen begriffen ist. In den letzten 20 Jahren ist das Arbeitsvolumen in Deutschland, aber auch in anderen industrialisierten Staaten um 20 % zurückgegangen. Dieser Umstand hat schon etwas mit unserer technischen Entwicklung zu tun, mit der Basis, an die wir uns insgesamt gebunden fühlen, mit unserem sozialen Sicherungssystem etc.

Es geht nicht um die Zerstörung, was dann immer unterstellt wird, wir haben einfach die Realität zur Kenntnis zu nehmen. In einer Industriegesellschaft war das anders. In der Gesellschaft, die nach der Industriegesellschaft kommen wird, egal wie man sie jetzt bezeichnen möchte, wird es wieder anders sein.

Kann man diese Dinge, ich will dieser Frage nicht ausweichen, nicht einfach formal übertragen?

Ich komme jetzt zum zweiten Punkt. Ich wurde 1946 geboren. Aus Erzählungen habe ich von anderen Leuten, die ich kennengelernt habe, und die damals alt waren, noch einiges mitbekommen. Natürlich spielte dort die Arbeit den zentralen Punkt. Von der Arbeit konnte und mußte man sich ernähren. Für denjenigen, der keine Arbeit hatte, sah es ganz böse aus. Denken wir allein an die Situation der 30er Jahre. Eine Arbeitslosenversicherung herrschte vor, die

für etwa 600.000 Leute konzipiert war, aber daraus sind dann natürlich Ansprüche und Hoffnungen erwachsen. Insofern würde ich sagen, sind gerade am Anfang der DDR diese Hoffnungen logischerweise mit hineingekommen und gepflegt worden.

Die Zeit bleibt jedoch nicht stehen, und wir müssen heute, so schwer das auch aus der Sicht eines Arbeitslosen ist, der für diese Gedanken nicht viel Verständnis aufbringen wird, einfach zur Kenntnis nehmen, daß wir uns mit den Problemen auseinanderzusetzen haben, daß sich die Rolle der Erwerbsarbeit in unserem Leben kräftig verändern wird. Vielleicht gelingt das schneller, als ich mir das vorstellen kann, wenn ich an die technischen Entwicklungen denke.

Die nächste Frage wurde mir von Herrn Kowalczuk gestellt. Er möchte gern wissen, auf wessen Kosten und Lasten die Sozialpolitik gemacht wurde. Ich stimme Ihnen zu, was Sie gesagt haben. Im Prinzip wurde die Sozialpolitik zu Lasten der Älteren durchgeführt.

Ich habe in meinem Beitrag auf die niedrigen Renten bereits hingewiesen. Um es an einem drastischen Beispiel zu veranschaulichen: Wenn eine Oma drei Kinder hatte, und sie denen Geschenke machen wollte, mußte sie angesichts der steigenden Preise in der DDR, wir hatten mehrere Warengruppen, die immer eine Stufe höher kletterten, sehr genau überlegen, ob sie sich das erlauben konnte. An diesem praktischen Beispiel einer Rentnerin, die 40 Jahre gearbeitet hat und wo kein Ehemann mehr im Haus war, und somit nicht wenigsten zwei Renteneinkommen vorhanden waren, kann man gut nachvollziehen, daß die alte Dame, trotz niedriger Miete, trotz der Brötchen für 5 Pfennig, es schwer hatte, zu Ostern, zu Pfingsten, zu Weihnachten usw. Geschenke zu machen. In diesem Fall sage ich, daß Sozialpolitik auf Kosten der Älteren ging.

Insgesamt müssen wir natürlich sehen, daß die Sozialpolitik auf Kosten der gesamten Gesellschaft ging, das war einfach nicht bezahlbar.

Ich komme zur nächsten Frage: Sozialpolitik als Privilegierungsmittel? Ich möchte diese Aussage bestätigen. Vorhin wurde das sogenannte Westgeld angesprochen. Nach meiner Kenntnis gab es Leute, die regelmäßig Westgeld erhielten. Das begann z. B. bei einer Verkäuferin im Intershop, die 30 DM bekam. Die offizielle Begründung für diese 30 DM, lautete, daß man auf diese Weise kleinen Diebstählen entgegenwirken wollte.

Es gab aber auch andere Formen der Privilegierungen. Wer kam z. B. in den Genuß einen PKW zu bekommen? Hierbei ging es nicht bloß um den PKW sowie um die 16-17 jährige Wartezeit, wie man damit umgehen konnte, sondern es ging letztlich um bares Geld. 1980 kostete ein 10 Jahre alter Wartburg 21.000 Ostmark. Der neue war billiger. Auch diese Tatsache muß man sehen. Im Edelstahlwerk Freital, vielleicht auch im EKO, gab es Sonderzuführungen für solche PKW's. Wer in diesen Genuß kam, bekam es auch manchmal für seine geleistete Arbeit und für seine erbrachte Leistung, aber immer weniger mit Sicherheit.

Ich komme jetzt zu dem Themenkomplex der Zusatzversicherungen. Man muß auch hier wieder sehen, daß die Zusatzversicherung für die Intelligenz in den 50er Jahren sicher ein Mittel war, um zu verhindern, daß sich noch mehr der sogenannten Republikflucht anschlossen. Dies war ganz klar politisch und ökonomisch motiviert.

In den späteren Jahren wollte man die Leute dadurch an den Staat binden. Ich habe auch solche Stimmen von Bekannten gehört, die gesagt haben, wir müssen hier die sogenannte Drecksarbeit machen und haben keine Privilegien. Wenn irgendwo etwas in der DDR brannte, versuchte man es über den Lohn oder über die Prämie zu regeln. Deswegen sind diese ganzen Systeme auch so schwer übersichtlich.

Zu den konkreten Auswirken, die damit verbunden waren, möchte ich folgendes anführen: Ich habe schnell einmal in dem Buch „Geschichte der Sozialpolitik“ (es gibt drei Bände) nachgelesen. In diesem Buch habe ich neben aufschlußreichen Tabellen auch für unsere Thematik wichtige Zahlen gefunden. Der Staatszuschuß bei den Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten betrug im Jahre 1989 48 %. Er lag 1960 einmal bei 16 % und ging dann stetig hoch. Im Jahre 1977 wurden bereits 46 % erreicht, und von dieser Zeit an ging diese Entwicklung nur langsam höher. Ich glaube diese Zahlen sprechen für sich. Ich weiß jedoch nicht exakt, durch wen das Sonderversorgungssystem für langjährige Parteimitglieder bezahlt worden ist, oder der Rentenzuschlag für 25jährige Kampfgruppenmitgliedschaft von 100 Mark. Für die beiden Dinge vermag ich mich nicht zu verbürgen, ob die möglicherweise aus SED-Konten gezahlt worden sind, es waren ja Kampfgruppen der Arbeiterklasse oder aus dem allgemeinen Rentensystem.

Aber die Staatszuschußhöhe bei den Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten betrug 1989 fast 50 %.

Die allgemeine Altersrente betrug 1989 446,62 Mark. Wer eine Zusatzrente hatte, bekam im Durchschnitt – das ist das Problem, daß das jetzt Durchschnitte sind – ungefähr 69 Mark mehr als diese Altersrente.

Für besondere Rentenzahlungen, also betriebliche Zusatzrenten werden folgende Werte angegeben: Die betriebliche Zusatzrente betrug 1989 etwa 20 Mark. Für die Altersversorgung der Intelligenz wird hier ein Durchschnittswert von insgesamt 819 Mark angegeben. Das ist also gegenüber den 446 Mark beträchtlich mehr, und für die Mitarbeiter des Gesundheitswesens wird hier ein Durchschnittswert in der Rente von 477 Mark angegeben, also wenig mehr als die Altersrenten.

Es bliebe nun weiteren Untersuchungen oder Forschungen – vielleicht existieren sie auch – vorbehalten, aus diesen wenigen Werten und in Ergänzung einmal einen Vergleichswert aufzustellen, mehr kann ich Ihnen hier an dieser Stelle nicht sofort anbieten.

Nur noch eine Anmerkung dazu: Der Vorteil einiger dieser Zusatzrentensysteme bestand darin, daß man die Rente, den Anspruch erwarb, aber keinen Beitrag dafür zahlen mußte. In den 70er Jahren gab es Versuche, daß Leute, die eine sogenannte Intelligenzrente hatten, dann in die FZRV kamen und dann Beiträge zahlen sollten. Es gab hier einige Leute, die dann auch zahlten, weil man sie „weich" bekam, und andere, die sich dieser Zahlung widersetzten.

Eine weitere Frage bestand darin, wie die Menschen mit der sozialpolitischen Wirklichkeit umgegangen sind. Ich möchte noch einmal festhalten, daß die Stichwörter Streiks, Arbeitsniederlegungen bereits fielen. Ich verweise hier auf einen Protokollband „FDGB intim". Hierin sind Zahlen auch für die 80er Jahre enthalten.

Mir ist bekannt, daß immer wieder einmal erzählt wurde, daß es in diesen oder jenen Betrieb einen Streik gab. Das lief zwar nicht unter der Betitelung Streik, zeigte aber die gleichen Symptome. Mir ist ein Fall bekannt, bei dem die Leute beim Frühstück sitzen blieben und kundtaten: „Meister, wir haben die Probleme, regele das einmal." Meistens endete das mit der Regelung irgendwelcher Probleme und noch ein paar Prozent Lohnprämie oben drauf.

Es wurde heute von Herrn Kube festgestellt, daß die Leute zu Sonderschichten und ähnlichem ganz gerne gegangen sind. Es hat Situationen gegeben, wo die Leute objektiv einsahen, daß es, wenn irgend etwas fertig werden mußte, notwendig war, zu erscheinen, wenn Material wirklich fehlte. Ich kenne jedoch viele Fälle, bei denen dieses System ganz knallhart von den Leuten ausgenutzt wurde. Wer hier gelebt hat und in den Betrieben gearbeitet hat, wird das wissen. Man kam in einigen Betrieben an das Werktor und bekam schon erst einmal 50 Mark dafür, daß man hineinging. Das war sonnabends. Um ein weiteres Beispiel hierfür anzuführen: Im Industriewerk Ludwigsfelde wurde die W 50 gebaut. 1976/77 erreichte man dort ungefähr im Durchschnitt 20 % der Tagesproduktion . Die W 50 wurden ja gebraucht, damit sie für den damaligen Krieg Irak/Iran und für andere Dinge verkauft werden konnten. Hier kam es regelrecht zu Organisationen von Sonnabendschichten. Die Leute hatten sich auf das Geld eingerichtet. Es gab Handgeld und einen höheren Lohn am Wochenende. Ich darf es einmal salopp formulieren, das war eine Bandarbeit, das Nummernschild wurde beiseitegelegt und sonnabends anmontiert. Es ist ein bißchen hart formuliert, aber in diesen Formen hat sich das teilweise abgespielt.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich noch eine Anmerkung zu der Frage machen, wie die Planerfüllung stimuliert wurde. Dies läßt auch Rückschlüsse auf das Verhalten der Menschen zu, wie sie mit dieser Wirklichkeit umgegangen sind. Die meisten Arbeitnehmer haben sehr genau gewußt, welch „hohles Ding" der Plan war. Ich möchte nur folgendes hervorheben: Man produzierte am Monatsende, wenn es um die Planerfüllung ging oder rechnete Ersatzteile ab. Aus diesem Grund gab es am Ende der DDR immer mehr Versuche, auch in Naturalkennziffern wieder den Plan einigermaßen zu beherrschen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herzlichen Dank. Wir haben noch zwei Fragen und 5 Minuten Zeit. Damit möchte ich dann, wenn Sie einverstanden sind, die Liste schließen. Frau Kollegin Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich mache es in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sehr kurz. Herr Dr. Lubk, Sie haben vieles ausgeführt, was die Sonderversorgung im Krankheitsfall betraf. Mir ist jedoch einiges aufgefallen, was hier überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist und dennoch eine große soziale Gruppe im Sozialismus betraf. Ich spreche von den vielen alleinerziehenden Frauen. Wir hatten eine sehr hohe Scheidungsrate. Viele Frauen waren alleinstehend, geschieden und haben ihre Kinder meistens selber erzogen. Die Männer entzogen sich in den meisten Fällen der Erziehung der Kinder.

Mir ist bekannt, daß viele Frauen mit maximal 2 Kindern bei Krankheit der Kinder nur sechs Wochen lang Bezahlung erhielten, dann fielen sie in ein Loch und bekamen überhaupt keine Zuwendung mehr vom Staat. Die Unterhaltspflicht der Väter sah zu sozialistischen Zeiten ganz anders aus. Sie war sehr minimal. Es kam immer darauf an, was als Verdienst angegeben wurde; hier gab es somit Möglichkeiten zum Tricksen.

Ich möchte noch eine andere Frage stellen, die teilweise auch schon beantwortet worden ist. Es geht um den berühmten sozialistischen Wettbewerb. Welche Effekte zog dieser nach sich, und wie wirkte er sich überhaupt aus? Gab es überhaupt Effekte beim sozialistischen Wettbewerb? Ich denke da an so etwas wie Subotnik oder die sonderbaren Methoden, die aus Rußland oder auch aus Deutschland kamen. Gab es Effekte bei der Arbeitnehmerschaft? Welche Funktionen hatten Arbeitsämter in der DDR?

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herzlichen Dank! Kollege Spiller bitte.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Zunächst möchte ich eine Frage an Herrn Kube richten. Sie haben vorhin in der Beantwortung einer Frage erwähnt, daß die Werktätigen bis etwa 1987 recht zufrieden waren. Erst danach kam nach Ihrem Statement Unzufriedenheit auf. Für mich war das eine neue Information. In diesem Zusammenhang möchte ich fragen, ob Sie den Eindruck haben, daß diese Gegebenheit eine Besonderheit in Ihrem Kombinat war, oder ob das Phänomen mehr oder weniger typisch für die gesamte DDR war?

Ich möchte noch eine zweite Frage stellen: Bezog sich dieser hohe Grad an Zufriedenheit und Verständnis auch darauf, daß die Ausreise einem so lange, wie man arbeitsfähig war, verwehrt wurde, aber Rentner ausreisen durften? Wie paßt überhaupt dieses System, Altersversorgung sozusagen im gesamtdeutschen Verbund – kleine Rente in der DDR, recht hohe Rente in Westdeutschland – hinein in das System von Planung und staatlicher Sozialpolitik? Hat diese Ausweichmöglichkeit, daß Rentner ihre Altersversorgung in Westdeutschland für die Bemessung von Rentenhöhen in der DDR beziehen, keine Rolle gespielt? Sollte das möglicherweise ein Anreiz sein, holt euch doch eure Altersversorgung lieber im Westen? Könnte es sein, daß die Sozialpolitik der

DDR insbesondere darauf aufgebaut war, daß Leute so lange nützlich waren und gepflegt werden sollten, wie sie etwas durch ihre Arbeit zum Sozialprodukt leisteten? Brauchte man sie danach nicht mehr?

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herzlichen Dank. Jetzt kommt die Antwortrunde. Wir haben noch eine Minute Zeit. Die Zeit darf auch etwas überschritten werden, nur müssen wir pünktlich sein, um nicht wieder so in Verzug kommen, wie es gestern der Fall war. Herr Kube bitte.

Horst Kube: Ich möchte betonen, daß ich diese Bemerkung nur aus der Sicht meiner beruflichen Erfahrungen geben kann. Wenn ich das Jahr 1987 als einen Richtwert betrachte, haben sich zu diesem Zeitpunkt die Unzulänglichkeiten, insbesondere in dieser sozialen Versorgung, zugespitzt. Dies resultierte aus dem Grunde, weil die Leistungen, die man schaffen mußte und die Erwartungshaltung, daß es mehr werden könnte, sich nicht erfüllt haben. Natürlich gab es Unzufriedenheiten im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen und den Problemen des Arbeitsablaufs der Produktionsorganisationen oder der betrieblichen Kapazitäten. Diese Unzufriedenheiten gab es selbstverständlich schon länger. Besonders deutlich war das in den produzierenden Bereichen, weil der Einsatz von Rationalisierungsmitteln problematisch war. Wir hatten in der Vorfertigung einen Gütegrad von 3,8 im Durchschnitt, was bedeutete, daß die Anforderungen an die Werktätigen und an die Präzisionsleistung der herzustellenden Produkte problematisch war.

Seit 1987 sprach sich herum, daß eine bestimmte Clique – ich sage das so aggressiv – in der Regierung die Möglichkeit hatte, durch bestimmte Türen in Warenhäuser zu gehen, um dort einzukaufen. Im Betrieb war das nicht möglich. Die Erwartungshaltung gegenüber verbesserten Arbeitsbedingungen bestand darin, daß es keine Möglichkeiten der Verbesserung gab. Wir haben unter schwierigen Bedingungen Teile galvanisiert. Dies ist ein ganz besonders schwerer Produktionsbereich. Das meine ich mit der Unzufriedenheit, die auch im Auftreten in Versammlungen und in öffentlichen Diskussionen zum Ausdruck kam und zu sehr harten Forderungen an die Betriebsleitung führten.

Was die Ausreise von Rentnern betrifft und die Möglichkeiten, die Renten in der Bundesrepublik in Anspruch zu nehmen, habe ich keine Informationen.

Ich möchte aber trotzdem noch eine kleine Bemerkung dazu machen. Ich sprach von dem Einsatz und von diesem anderen Charakter der Arbeit. Wir hatten das Problem, daß der Generaldirektor vom Minister wiederkam und bemerkte: „Ich muß statt 4 Mio. zum Jahresende 6 Mio. Kühlschrankrelais fertigen“. Das bedeutete, daß wir zur Realisierung dieser Aufgabe keine Rationalisierungsmittel, die möglicherweise aus der Schweiz beziehbar waren, erhalten konnten. Es wurde ein Team aus Mitarbeitern zusammengestellt, die sich mit den Kenntnissen der klassischen Elektrotechnik, mit den Kenntnissen der Elektronik, mit den Kenntnissen der Niederdruckpneumatik usw. auskannten und zum Jahresende eine solche Rationalisierungsaufgabe fertigstell-

ten. Das war die Einstellung zu einer Aufgabe, zu einem Projekt. Ich möchte es noch einmal betonen, es war nicht nur erzwungene Disziplin.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Vielen Dank Herr Kube. Herr Dr. Lubk bitte.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Zu den Rentnern erlaube ich mir noch eine Anmerkung. Ein Indiz ist vielleicht, daß Rentner durchaus Umzugshilfe bekamen. Das ging relativ problemlos, wenn sie ab einem bestimmten Zeitpunkt übersiedeln wollten. Es ist ein Indiz, mehr kann man dazu erst einmal nicht sagen.

Es wurde nach der Unterstützung für alleinstehende Werktätige bei Pflege erkrankter Kinder – so hieß das im Gesetz – gefragt. Sie fordern mich hier heraus, das war nicht mein Spezialgebiet, aber ich habe schnell einmal nachgeschaut. Gemäß § 186 Arbeitsgesetzbuch erhielten ab 1978 alleinstehende Werktätige, die länger als zwei Arbeitstage von der Arbeit freigestellt waren, eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes, auf das sie bei eigener Krankheit Anspruch gehabt hätten. Hier erfolgte wieder dieser Rückgriff auf das erhöhte Krankengeld, um die Leute in die Zusatzrente hineinzukriegen.

Diese Unterstützung für alleinstehende Werktätige, wurde mehrfach gewährt. Mit einem Kind für die Dauer von insgesamt 4 Wochen im Jahr, wenn das Kind mehrfach krank wurde, bei zwei Kindern waren es dann 6 Wochen. Das erhöhte sich auf 13 Wochen und dann setzte das Problem ein. Das ist jetzt der Rechtszustand, wie ich ihn nach dem AGB erkenne. Ob sich in den beiden letzten Jahren der DDR noch einmal gesetzliche Veränderungen ergeben haben, müßte man nachschlagen.

Ich komme jetzt zu der Funktion der Arbeitsämter. Arbeitsämter existierten wohl bis in die 70er Jahre hinein, dann hießen sie „Ämter für Arbeit“. In den ersten DDR-Jahren hatten die natürlich die Funktion, Arbeitskräfte zu requirieren, wie z. B. für die „Wismut“ im Erzgebirge. Hier wurde nicht lange gefakkelt. Später – ich kann hier nur von meinen Eindrücken berichten, die ich in Betrieben gewonnen habe – wurden diese Ämter vor allem genutzt, wenn Lohndatenerhebungen gemacht wurden, wenn Erhebungen für das betriebliche Arbeitsvermögen erstellt wurden. Diese Ämter mußten bestimmte Berufe requirieren. Wenn in Berlin beispielsweise Dachdecker oder andere Berufsgruppen fehlten, wurden sie auch aus den anderen Bezirksstädten „herangeschafft“. Um ihre Arbeitskräfte nicht zu verlieren, sind viele Betriebe auch dazu übergegangen, die richtige Berufsbezeichnung ihrer Leute nicht anzugeben. Insofern ist bei derartigen Analysen und Statistiken immer noch Vorsicht geboten, wenn sie aus DDR-Zeiten stammen.

Diese Ämter für Arbeit gaben, wenn irgendwo Probleme anfielen, ob es in einer Brauerei war oder bei der Ernte, den Betrieben im Territorium die Auflage, so und soviel Angestellte zur Arbeit bereitzustellen. Diese Betriebe haben sich noch speziell um Haftentlassene gekümmert. Aus dem Dresdner Rathaus weiß ich – ich habe mich auch einmal nach einer anderen Stelle umgeschaut –, daß

dort teilweise Listen aushingen. Die haben auch in einem beschränkten Maße Arbeitskräfte vermittelt.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herzlichen Dank. Professor Vollmer bitte.

Prof. Dr. Uwe Vollmer: Vielleicht noch einen Satz zu Herrn Spiller. Ich sehe das auch so, und das knüpft auch an das an, was ich eben gesagt habe, daß Sozialpolitik an den Träger des Faktors Arbeit, der menschlichen Arbeit, geknüpft war. Das war die Zielsetzung der DDR-Sozialpolitik.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herzlichen Dank auch für die Disziplin, sich um kurzen Antworten zu bemühen. Ich möchte mich bei den Herren auf dem Podium bedanken für die Bereitschaft, heute erschienen zu sein und mit uns zu diskutieren, und wünsche Ihnen allen eine schöne Mittagspause.

In dem Restaurant besteht die Möglichkeit zum Mittagessen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich möchte noch darauf hinweisen, daß ich die Absicht habe, um 12.45 Uhr tatsächlich zu eröffnen. Ich sage das deswegen, weil das schöne Wetter wahrscheinlich den einen oder anderen zu einem Spaziergang motiviert. Ich bitte Sie, pünktlich zu sein.

[Mittagspause]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung der Enquete-Kommission fort. Ich freue mich, daß ich heute für die Kommission Herrn Dr. Hans Geisler, Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie begrüßen kann. Herr Minister, Sie sind nicht nur zu einem Grußwort zu uns gekommen, wie das in den meisten Fällen üblich ist, wofür wir natürlich auch dankbar sind. Sie haben sich dazu bereit erklärt, heute einen Sachvortrag zu dem Thema „Die Umgestaltung der Arbeits- und Sozialordnung und deren Wirkungen in den neuen Bundesländern“ zu halten. Das freut uns natürlich besonders. Wir sind sehr gespannt darauf, weil Sie aufgrund Ihrer Biographie wissen, wovon Sie reden.

Die Diskussion wird nachher unser Kollege Abg. Werner Kuhn moderieren. Ich darf Sie jetzt bitten, zunächst Ihren Vortrag zu halten.

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler, MdL: Meine Damen, meine Herren, das Thema ist genannt. Nachdem Sie bereits auf meine Biographie zu sprechen kamen, möchte ich noch einiges dazu ergänzen. Ich wurde 1940 fünfundzwanzig Kilometer östlich von Görlitz geboren und bin ungefähr fünfundzwanzig Kilometer westlich von Görlitz aufgewachsen und zur Oberschule gegangen. 1958 bestand ich mein Abitur, begann danach eine Färberlehre, und 1960 begann ich mit dem Chemiestudium in Dresden, das ich 1965 zum Abschluß brachte. Dann ging ich nach Meinsberg, einem kleinen Ort bei Waldheim, wo Professor Schwabe, der damalige Direktor der TU Dresden, noch ein privates Institut hatte, war

dort wissenschaftlicher Mitarbeiter und habe 1970 promoviert. Ab 1969 war ich 7 Jahre lang in Leipzig in der sportärztlichen Hauptberatungsstelle tätig, also im Leistungssport der DDR, und ab 1976 bis Mai 1990 war ich Laborleiter im Diakonissenkrankenhaus in Dresden. Im Herbst 1989 kam ich dann über den Demokratischen Aufbruch in die Volkskammer. In der de Maizière-Regierung wurde ich Parlamentarischer Staatssekretär für Familie und Frauen bei der Frau Ministerin Schmidt und wurde dann ab November 1990 in Sachsen Sozial-, Gesundheits- und Familienminister.

Das mir gestellte Thema spannt einen weiten Bogen. Jedem von uns ist lebendig bewußt, wo der eigentliche Ausgangspunkt zur Umgestaltung Ostdeutschlands liegt. Unvergeßlich ist der Herbst 1989 mit seinen Montagsdemonstrationen, die getragen waren von dem Drang nach Reformen – der Freiheit und Selbstbestimmung, ja auch nach Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in dem erstarrten SED-Staat. Dabei ist uns bewußt, ohne die wirtschaftliche Schwäche, den wirtschaftlichen Bankrott, wären die Machthaber nicht so friedlich abgetreten.

Der Ruf „Wir sind ein Volk“ war schon das Ergebnis einer ersten Etappenstrecke. Er signalisierte bereits damals überdeutlich die Hoffnungen und Erwartungen, die unendlich viele ostdeutsche Menschen in Richtung Westdeutschland hegten.

Zwar wurde die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der alten Bundesrepublik keineswegs von jedermann als uneingeschränkt beispielgebend angesehen, aber insgesamt anerkannten die allermeisten, welche Chancen und Möglichkeiten sich einer Gesellschaft eröffnen, die – wie die Bundesrepublik und die anderen westlichen Demokratien – auf den Prinzipien Freiheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit begründet ist.

Darüber hinaus gab es aber auch sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ostdeutschland, die weit überzogene und damit unrealistisch hohe Erwartungen an die alte Bundesrepublik stellten. Viele hatten einfach verdrängt, daß jahrzehntelange harte Aufbauarbeit die Bundesrepublik wirtschaftlich zu dem gemacht hatte, was da existierte.

Die Bundesrepublik war zu keiner Zeit das Schlaraffenland, in der alle Wünsche erfüllbar sind. Zwar mögen manche Politikeräußerungen aus der damaligen Zeit mit dazu beigetragen haben, daß die Aufbauarbeit in Ostdeutschland schnell und ohne größere Probleme vorankommen würde und daß notwendige Umbrüche leichter bewältigt werden könnten. Aber wir müssen auch ehrlicherweise sagen: Niemand von uns „Machtlosen“ hatte damals wirklich gewußt, wie sehr die ostdeutsche Wirtschaft und Infrastruktur am Boden lag und was der Zusammenbruch des gesamten Osthandels in der Konsequenz bedeuten würde. Herr Schürer hat dazu natürlich etwas anderes gesagt, aber ich habe bewußt von uns „Machtlosen“ gesprochen. Für all diese Ereignisse gab es ja bislang weltweit keine Vorbilder.

Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze war im Grunde das Ende der DDR besiegelt. Das mag damals nicht allen von uns sofort bewußt gewesen sein. Aber mit einer Wirtschaft, die auf dem freien Markt nicht wettbewerbsfähig ist, und mit einer Währung, mit der man international nicht handeln kann, kann man auch keinen Staat machen.

Wir kennen den weiteren Verlauf. Den 1.7.1990 will ich als das markante Datum nennen, mit dem der Prozeß der Umgestaltung unwiderruflich und unumkehrbar begonnen hat. Mit diesem Datum wurde bekanntlich die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten begründet. Konkret bedeutete dies, daß die DDR ganz zentrale Souveränitätsrechte an die Bundesrepublik abgab. Drei Monate später wurde Deutschland wiedervereinigt, und die neuen Länder konstituierten sich.

Zweitens: Ich komme jetzt auf meine persönlichen Hoffnungen zu sprechen. Zu meinen großen persönlichen Hoffnungen im Herbst 1989 gehörte, daß der Anspruch des Staates auf totale vormundschaftliche Versorgung nicht mehr unser Leben dominiert.

Zu meinen Hoffnungen gehörte, daß die schleichende, weitestgehend erreichte Entmündigung gestoppt und der freien Initiative der eigenen Entscheidung und Verantwortung genügend Entfaltungsmöglichkeit zurückgegeben wird. Die Entscheidungsfreiheit des einzelnen, für sich selbst und seinen Lebensbereich verantwortlich sorgen zu können, sie sollte gestärkt werden, so meinte ich damals – und dafür arbeite ich auch heute noch. Ich verstehe Demokratie als Lebensform, in besonderer Weise Menschsein zu ermöglichen und als Person in einer Gemeinschaft zu leben, zu arbeiten und sich einzubringen. Ich empfinde es als wesentlich, nicht vom Staat in Anspruch genommen und auf einen Platz gesetzt zu werden, den er – der Staat – für mich für richtig und für sich – den Staat – für notwendig erachtet; vielmehr muß ich selbst, in eigener Verantwortung, meinen Weg gehen können.

Demokratie zeigt mir auch, daß ich meine Geschöpflichkeit gegenüber Gott verantworten muß. Insofern bin ich auch dafür verantwortlich, mit meinen Gaben möglichst Sinnvolles zu tun.

Nach 40 Jahren DDR hoffte ich, mich nun ein Stückchen mehr mit meinen Fähigkeiten einbringen zu können. Zwar habe ich es auch in der DDR versucht, aber die Möglichkeiten waren sehr begrenzt.

Subsidiarität mußten wir in den neuen Ländern als Begriff erst kennen- und seinen Sinngehalt erst langsam erschließen lernen. Solidarität kannten wir. Sie war hochgepriesen und wurde abgefordert, dazu gab es Wettbewerbe. Solidarität im Verständnis des DDR-Regims hatte nichts gemeinsam mit Solidarität im Verständnis der christlichen Gesellschaftslehre, die auf der Personalität aufbaut.

Subsidiarität war für die allermeisten Menschen in den Bundesländern etwas völlig Neues. Subsidiarität gibt uns die Chance, in unseren kleinen Lebensbe-

reichen das Leben zunächst selbst zu gestalten. Erst in dem Maße, wie der einzelne oder der kleine Lebenskreis seine Aufgaben nicht allein bewältigen kann, stellt der nächstgrößere Kreis, die nächstgrößere Gemeinschaft, die notwendige Hilfe zur Verfügung. Gerade an der Stelle sind ja jetzt auch wieder die Auseinandersetzungen sichtbar und werden in diesem Bereich geführt.

Im Frühjahr 1993 habe ich in einem Vortrag gesagt, die Bundesrepublik Deutschland müsse einsehen, daß eine totale Versicherung und Versorgung nicht realistisch sei. In den Monaten des Herbstes 1989 und des Frühjahrs 1990 habe ich viel darüber nachgedacht, wo die Grenzen der Solidarität und der Eigenverantwortung liegen. Eine wichtige Frage war für mich: Wo liegt der richtige Prozentsatz für die Einkommenssteuer, wo liegt der Spitzensteuersatz? In der ehemaligen DDR hieß er 90 bzw. 95 %. Was daraus geworden ist, wissen wir. Der schwedische Sozialstaat ist, wie wir wissen, bereits bei einem Spitzensteuersatz von 60 % gescheitert. Mich beschäftigte immer wieder die Frage nach dem richtigen Maß an Eigenverantwortung. Wie kann einerseits die Eigeninitiative erhalten und gefördert und andererseits die notwendige Solidarität mit denen geübt werden, die nicht die Kraft haben, mit ihren Gaben allein das Leben menschenwürdig zu bewältigen?

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein sehr beachtliches Netz an sozialen Sicherungen. Gleichzeitig mußte ich doch feststellen, daß die Hoffnungen, die in nahezu allen hochentwickelten Industriestaaten auf mehr soziale Sicherung geweckt worden sind, auf Dauer nicht erfüllt werden können. Ich erinnere da z. B. an die Veränderungen in Schweden bezüglich der Karenztage oder daran, daß es in keinem anderen Sozialstaat außer in Deutschland das Institut „Kuren“ gibt.

1990 wurde für mich deutlich, daß die Bundesrepublik ihren Bürgern ein wesentlich höheres Niveau an sozialer und gesundheitlicher Sicherung zur Verfügung stellen konnte, als wir es in der DDR kannten. Als Indikator der gesundheitlichen und sozialen Leistungsfähigkeiten kann man u. a. die Lebenserwartung benutzen, und die war in der DDR drei bis vier Jahre kürzer als in der Bundesrepublik. Übrigens haben wir in Sachsen schon bis 1995 die Hälfte dieser verkürzten Lebenserwartung aufgeholt.

Unsere in diesen Wochen aktuelle Diskussion um die Zukunft der sozialen Sicherung ist – das müssen wir an dieser Stelle deutlich sagen – keine einigungsbedingte Diskussion. Vielmehr sind strukturelle Veränderungen notwendig, die in der Bundesrepublik – die DDR steht da gar nicht mehr zur Alternative – seit Jahren überfällig sind und zu lange politisch vor uns hergeschoben worden.

Drittens: Ich komme jetzt zu den Prozessen der Umgestaltung.

Für die Menschen in Ostdeutschland bedeutete die Einheit eine grundlegende Veränderung ihres ganzen Lebens und ihrer Lebenserfahrungen. Der Umbruch in Staat und Gesellschaft hat alle erfaßt. Ca. 80 %, die 1990/1991 erwerbsfähig waren, mußten entweder umlernen oder Erfahrungen mit Kurzarbeit, Warte-

schleife, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Vorruhestand oder Arbeitslosigkeit machen. Viele mußten um ihren Arbeitsplatz fürchten. Auf dem untersten Punkt der Talsohle, die wir durchschreiten mußten, betrug die reale Arbeitslosigkeit rund 40 %. Auf vielfältige Weise haben Staat und Gesellschaft versucht, die Menschen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen. Ein zweiter Arbeitsmarkt entstand als Brücke über das Tal der Arbeitslosigkeit.

Aber heute wird schon wieder, wie bei uns für die Plenartagung dieser Woche ein dringlicher Antrag von der PDS zeigt, auf einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor orientiert, der kein zweiter Arbeitsmarkt sei, sondern ein neuer gemeinwirtschaftlicher Leistungssektor mit regulären Beschäftigungsverhältnissen und tariflichen Bindungen. Ich kann bloß vor diesen Illusionen aus der DDR-Zeit dringendst warnen.

Mit der „Aktion 55“ haben wir in Sachsen versucht, den 55- 60jährigen, die in den Vorruhestand gegangen waren, die Gewißheit zu vermitteln, gleichwohl noch in ihrer Gemeinschaft gebraucht zu werden.

Wir müssen immer wieder daran erinnern: Noch nie in der jüngeren Geschichte unseres Landes sind den Bürgern in Friedenszeiten gewaltigere Aufgaben gestellt worden. Noch nie haben sie sich größeren Herausforderungen gegenüber gesehen als in den vergangenen Jahren. Nach wie vor ist dies vielen Menschen in Westdeutschland bis heute nur unzureichend bewußt, was die Menschen hier in den neuen Bundesländern an Veränderungen, Belastungen und Verantwortungen bewältigen müssen, mußten und auch weiterhin bewältigen müssen.

Alles hat sich von Grund auf geändert. Die gewohnte Lebens- und Sozialordnung ist untergegangen. Alle Lebensverhältnisse und viele Wertvorstellungen sind neu. Die Menschen sollten sich von heute auf morgen in einer Wettbewerbsordnung behaupten, deren Spielregeln sie überhaupt nicht kannten, höchsten aus dem ML-Unterricht, (Marxismus-Leninismus-Unterricht), und da lassen Sie mich sicher bitter sagen, manch einer der ML-Lehrer praktiziert den Kapitalismus wie er ihn in der DDR-Zeit verkündigt hat und dabei geht es bei ihm nicht um die soziale Marktwirtschaft, sondern dann um Kapitalismus.

Die Bürgerinnen und Bürger sind dieser gewaltigen Aufgabe nicht ausgewichen, sie haben sich ihr gestellt. Die aktuellen Schwierigkeiten, insbesondere die Arbeitsmarktprobleme, sind enorm. Und dennoch gilt nach wie vor: Aus der Krise des Zusammenbruchs vor sieben Jahren erwächst die Chance der Modernisierung des Landes und des geeinten Deutschlands. Heute können wir sagen: Auch das gehört zur Umgestaltung – modernste Infrastruktur, modernste Technologie und das neueste Wissen werden bei uns heute eingesetzt.

Viertens: Ich komme jetzt zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit.

Bis heute werden die Menschen in den neuen Ländern von gewaltigen strukturellen Veränderungen in Wirtschaft und Arbeit erfaßt.

Die Umstellung von der Beschäftigungswirtschaft auf die Leistungswirtschaft war zunächst mit einem sehr starken Rückgang der Zahl der erwerbstätigen Menschen verbunden. Dies um so mehr, als bereits in der ersten Phase der Umgestaltung die in der DDR immer schon vorhandene verdeckte Arbeitslosigkeit von etwa 30 %, d. h. 3 Mio. Arbeitnehmer nun offenkundig wurde. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in ganz Deutschland sah folgendermaßen aus:

Wenn ich im folgenden kurz die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nachzeichne, dann stütze ich mich dabei wesentlich auf die Untersuchungen der sächsisch-bayerischen Zukunftskommission.

Der offizielle deutsche Erwerbstätigenanteil lag Mitte der 90er Jahre geringfügig unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder. Zuvor wies Deutschland wegen der besonderen Situation in Ostdeutschland wesentlich höhere Erwerbstätigenanteile auf, als die Gesamtheit der OECD-Länder.

Anders verhält sich der deutsche Erwerbstätigenanteil zum Erwerbstätigenanteil der EU. Dieser war stets deutlich niedriger als in Deutschland. 1994 war der deutsche Erwerbstätigenanteil etwa ein Zwölftel höher als der der EU.

1991, im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, betrug der offiziell gemessene Erwerbstätigenanteil etwa 46 % der Wohn- und etwa 67 % der erwerbsfähigen Bevölkerung, allerdings beruhten diese Werte noch auf Sondereinflüssen.

In Westdeutschland war der Erwerbstätigenanteil – bedingt durch den Einigungsboom – auf historisch hohe 45 % der Wohnbevölkerung gestiegen. In Ostdeutschland lag er mit 48 % immer noch höher als das höchste Niveau, das jemals in Westdeutschland erreicht wurde.

Schon 1992/93 hatte er sich in ganz Deutschland mit rund 44 % der Wohnbevölkerung auf den langjährigen westdeutschen Durchschnittswert eingependelt.

1995 waren in Deutschland 43 % der Wohn- und 63 % der erwerbsfähigen Bevölkerung offiziell erwerbstätig. Das war, bezogen sowohl auf die Wohn- als auch auf die erwerbsfähige Bevölkerung, der niedrigste offizielle Erwerbstätigenanteil seit Anfang der 50er Jahre. Da zugleich jedoch die Schwarzarbeit weiter zugenommen hat, dürfte der tatsächliche Erwerbstätigenanteil in Deutschland schätzungsweise zwei Prozentpunkte höher liegen und damit dem langjährigen westdeutschen Durchschnitt entsprechen.

Diese Feststellung gilt in bezug auf die Wohnbevölkerung und die Erwerbsfähigen.

In strukturell-qualitativer Hinsicht waren von den knapp 35 Mio. offiziell Erwerbstätigen in Deutschland 1995 etwa neun Zehntel abhängig beschäftigt und ein Zehntel selbständig. Die abhängig Beschäftigten waren zu etwa vier Fünfteln in der Privatwirtschaft, zu rund einem Fünftel im öffentlichen Dienst tätig. Knapp zwei Drittel der abhängig Beschäftigten befanden sich in Norm-, reichlich ein Drittel in einem Nicht-Normarbeitsverhältnis. Dabei nimmt der Anteil Beschäftigter in Nicht-Normarbeitsverhältnissen zu.

Fünftens: Ich komme jetzt zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland.

Weitaus höher als in Westdeutschland war von Ende der fünfziger Jahre bis zur Wiedervereinigung der ostdeutsche Erwerbstätigenanteil. Er lag 1989, bezogen auf die Wohnbevölkerung, bei annähernd 59 % und bezogen auf die Erwerbsfähigen bei 87 % Damit war er weitaus größer als in irgendeinem OECD-Land.

Von 1989, dem letzten Jahr vor der Wiedervereinigung, bis 1993 verminderte sich der Erwerbstätigenanteil auf 42 % Seitdem ist er wieder auf 43 % gestiegen. Damit liegt er derzeit etwas über dem westdeutschen Erwerbstätigenanteil. Dabei befindet sich in Ostdeutschland die Entwicklung von der Erwerbstätigenzahl und -anteil in auffälligem Gleichklang. Ursächlich hierfür ist der zahlenmäßige Rückgang der ostdeutschen Bevölkerung seit der Wiedervereinigung.

Deutlich anders als in Westdeutschland verlief bis zur Wiedervereinigung die strukturell-qualitative Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Wesentlich stärker als in Westdeutschland verminderte sich von 1950 bis 1989 der Anteil Selbständiger an den Erwerbstätigen. Er sank von rund einem Viertel auf knapp 2 %. Umgekehrt war zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung mit rund 28 % ein noch höherer Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst tätig. Bei den abhängig Beschäftigten waren dauerhafte Vollzeitarbeitsplätze die Norm. Dabei will ich aber noch einmal daran erinnern, daß fast ein Drittel der Vollzeitarbeitsplätze, Vollzeitbeschäftigungsmaßnahmen waren.

Diese Struktur endete schlagartig mit der Wiedervereinigung. Der Anteil Selbständiger an den Erwerbstätigen hat sich 1995 an den Beschäftigten insgesamt wieder auf reichlich 8 % erhöht, während der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Bereich an den Beschäftigten insgesamt bis 1994 auf 21 % zurückgegangen war. Da sich diese Trends fortsetzen, wird der Selbständigenanteil und der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Bereich in Ost und West in absehbarer Zeit ähnlich sein.

Das gilt auch für die Struktur der abhängigen Beschäftigung. Zwar sank zunächst der Anteil abhängig Beschäftigter in Normarbeitsverhältnissen auf 54 %, und zugleich entstanden neuartige Nicht-Normarbeitsverhältnisse. Bis 1995 stieg jedoch der Anteil von abhängig Beschäftigten in Normarbeitsverhältnissen wieder auf fast 72 %. Zugleich paßte sich die Struktur der Nicht-Normarbeitsverhältnisse der der westdeutschen Struktur an.

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen nur noch geringfügige Unterschiede bei den Anteilen befristet Beschäftigter und sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigter an den Beschäftigten insgesamt. Beide zusammen bildeten 1995 in Ost und West reichlich ein Siebentel der Beschäftigten. Stark angenähert haben sich auch die Kurzarbeiterquoten mit 1,1 % bzw. 0,5 %.

Größeres Gewicht als in Westdeutschland hat lediglich noch der Zweite Arbeitsmarkt. 1995 waren 4,5 % der Beschäftigen in allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Maßnahmen nach § 249 h AFG tätig.

Wird jedoch unterstellt, daß die Beschäftigten des Zweiten Arbeitsmarktes bei Beendigung dieser Aktivitäten zumindest eine geringfügige Beschäftigung aufnehmen können, wäre zwischen Ost und West eine fast völlige Angleichung der Erwerbstätigenstrukturen eingetreten.

Diese quantitative Angleichung und strukturell-qualitativ weitgehende Annäherung der ost- an die westdeutsche Erwerbstätigkeit bedeutet allerdings nicht, daß damit Wirtschaft und Arbeitsmarkt in ganz Deutschland auf gleichem Stand seien.

Vielmehr ist in Ostdeutschland der Anteil nicht oder nicht voll wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze nach wie vor deutlich höher als in Westdeutschland. Diese Arbeitsplätze sind nur aufgrund zahlreicher Hilfestellungen vorhanden. Ohne diese würde der ostdeutsche Erwerbstätigenanteil wahrscheinlich rasch unter den westdeutschen sinken.

Dieser Zustand dürfte noch geraume Zeit anhalten. Über die ostdeutsche Erwerbstätigkeit müssen wir derzeit feststellen, daß sie der westdeutschen zwar bereits ähnelt, aber noch deutlich labiler ist.

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Sachsen:

Im Vergleich aller deutschen Länder lag der sächsische Erwerbstätigenanteil 1992 an vorletzter Stelle. Nur im Saarland war der Anteil noch geringer.

Ursächlich für den niedrigen sächsischen Erwerbstätigenanteil waren die tiefgreifenden Veränderungen der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur, von denen Sachsen aufgrund seines hohen Industrieanteils stärker betroffen war als die übrigen ostdeutschen Länder.

Schon 1995 lag der sächsische Erwerbstätigenanteil jedoch wieder gleichauf mit dem niedersächsischen sowie rheinland-pfälzischen und noch vor den Erwerbstätigenanteilen Sachsen-Anhalts, Bremens, Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes.

Ursächlich für diese Annäherung war zum einen, daß die Erwerbstätigenanteile aller westdeutschen Länder seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre rückläufig waren. Zugleich aber verzeichnete Sachsen mit einem Erwerbstätigenanstieg von knapp 6 % die höchste Zuwachsrate aller deutschen Länder.

Im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Ländern war der Zuwachs an Arbeitsplätzen in Sachsen – bezogen auf die Wohnbevölkerung – seit 1992 rund ein Viertel größer.

In qualitativ-struktureller Hinsicht ging der Selbständigenanteil in Sachsen, ähnlich wie in Deutschland – namentlich aber in Ostdeutschland – seit den fünfziger Jahren stark zurück, auch wenn er während der ganzen Zeit etwas höher war als in Ostdeutschland insgesamt. Das gilt auch für die Gegenwart. Umgekehrt war der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten 1994 mit 20 % der Beschäftigten geringfügig niedriger als der ostdeutsche Vergleichswert, der bei 21 % lag.

Mit 29 % entsprach der Anteil von Beschäftigten in Nicht-Normarbeitsverhältnissen an den abhängig Beschäftigten insgesamt genau dem ostdeutschen Durchschnitt des Jahres 1995.

Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit möchte ich folgendes berichten: Wenn ich im folgenden die Entwicklung der Arbeitslosigkeit skizziere, beziehe ich mich ebenfalls auf die neuesten Untersuchungsergebnisse der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Gesamtdeutschland:

Deutschland teilt das Problem wachsender Arbeitslosigkeit mit fast allen frühindustrialisierten Ländern. Es befindet sich im Trend von OECD und EU. Das gilt besonders für die Zeit nach seiner Wiedervereinigung. Der Arbeitslosenanteil lag zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in der OECD oder der EU. Seitdem stieg er etwas steiler als in der OECD, aber nicht stärker als in der EU. 1995 lag er geringfügig über dem Niveau der OECD und ein Viertel unterhalb des Niveaus der EU. 1995 waren in Deutschland etwa 3,6 Mio. Arbeitslose registriert, was einem Arbeitslosenanteil von 10,4 % entsprach.

Die Erwerbsbevölkerung ist in West- und Ostdeutschland von Arbeitslosigkeit höchst unterschiedlich betroffen. Während 1995 in Westdeutschland nur jede elfte Erwerbsperson arbeitslos war, war es in Ostdeutschland fast jede sechste.

Einschließlich der sogenannten „Stillen Reserve“ wies Westdeutschland 1995 rein rechnerisch eine Arbeitsplatzlücke von etwa 4,1 Mio. auf, Ostdeutschland von etwa 1,8 Mio. Bezogen auf die Wohnbevölkerung war die Arbeitsplatzlücke in Ostdeutschland damit fast doppelt so groß wie die in Westdeutschland.

Allerdings sucht nach Einschätzung der Arbeitsvermittler etwa ein Fünftel der registrierten Arbeitslosen nicht wirklich einen Arbeitsplatz. Einige wollen nur die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes, der Mutterschaft, einer Ausbildung oder des Wehr- und Zivildienstes überbrücken. Andere lassen sich aus sozialrechtlichen Motiven als arbeitslos registrieren, vor allem um Rentenanwartschaften zu wahren. Wieder andere haben, zumeist nach längerer Arbeitslosig-

keit, resigniert und beabsichtigen, nicht mehr ernsthaft eine Arbeit aufzunehmen.

Außerdem gibt es einen nicht quantifizierbaren Teil, der durch illegale Einkünfte ein ausreichendes Einkommen erzielt, und deshalb nicht wirklich an der Vermittlung einer Arbeitsstelle interessiert ist.

Damit nicht ein falscher Eindruck entsteht: Bei all dem, was ich jetzt aufgezählt habe, ging es um ein Fünftel.

Grundsätzlich ist die gesamte Erwerbsbevölkerung vom Risiko der Arbeitslosigkeit betroffen. Doch ist der Grad der Betroffenheit sehr unterschiedlich. Das gilt vor allem für Westdeutschland. Während in Ostdeutschland die Zusammensetzung der Arbeitslosen jener der Erwerbsbevölkerung noch weitgehend ähnelt, weicht sie in Westdeutschland von dieser erheblich ab.

Allerdings nähert sich die Zusammensetzung der Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland langsam an, die Struktur der Arbeitslosigkeit wird in ganz Deutschland allmählich gleicher.

Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland:

Anders als in Westdeutschland entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. In der DDR gab es seit den sechziger Jahren offiziell keine Arbeitslosen. Doch schon ab Februar 1990, vor allem aber mit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990 sowie dem Beitritt der ostdeutschen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990, fielen nicht länger wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in großer Zahl weg; weil die Produkte niemand kaufte, mußten Arbeitskräfte entlassen werden.

Noch 1989 befand sich fast die Hälfte der ostdeutschen Wohnbevölkerung in Normarbeitsverhältnissen. 1991 war es nur noch reichlich ein Viertel.

Zwar erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Anteil Selbständiger und abhängig Beschäftigter in Nicht-Normarbeitsverhältnissen, aber diese Erhöhungen reichten nicht aus, um den Verlust von Normarbeitsverhältnissen auszugleichen. Deshalb erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen auf über 900.000, was einem Arbeitslosenanteil von 11,2 % entsprach. Zu diesen Arbeitslosen kam eine große Zahl von Kurzarbeitern, von denen viele faktisch keiner Erwerbsarbeit nachgingen.

Zwar erhöhte sich bereits 1992 wieder der Anteil der Normarbeitsverhältnisse, und zugleich stieg der Selbständigenanteil. Doch noch stärker ging der Anteil von Nicht-Normarbeitsverhältnissen zurück, so daß die Zahl der Arbeitslosen vor allem aber die „Stille Reserve“, abermals stieg.

Dabei wäre der Anstieg noch stärker gewesen, wenn auch die Arbeitskräfte miteinbezogen worden wären, die durch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen oder aufgrund von Vorruhestandsregelungen aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden waren.

Dies schlägt sich in der Entwicklung der „Stillen Reserve“ nieder. Von 1992 bis 1994 setzte sie sich zu über 80 % aus Vorruheständlern sowie Teilnehmern an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zusammen. Mit dem Abbau eines Teils der Vorruhestandsregelungen ging in Ostdeutschland 1995 die „Stille Reserve“ zurück. 1996 dürfte sie noch reichlich 760.000 Arbeitskräfte umfassen.

An den Anteilen von Selbständigen sowie Beschäftigten in Norm- und Nicht-Normarbeitsverhältnissen hat sich 1992 nur noch wenig verändert. Schon damals war im wesentlichen der heutige Stand erreicht, der im großen und ganzen der westdeutschen Verteilung von Selbständigen sowie Beschäftigten in Norm- und Nicht-Normarbeitsverhältnissen entspricht.

Doch liegt der Arbeitslosenanteil aufgrund der nach wie vor hohen Erwerbsbeteiligung fast unverändert auf dem Niveau von 1992.

Die strukturell-qualitative Entwicklung der Arbeitslosigkeit wurde von den tiefgreifenden Veränderungen der ostdeutschen Wirtschaft während der zurückliegenden 6 Jahre geprägt. Aufgrund der großen Zahl von Entlassungen setzten sich die Arbeitslosen zunächst ähnlich zusammen wie die Erwerbstätigen.

Langsam nähert sich jedoch die ostdeutsche Arbeitslosenstruktur der westdeutschen an, obwohl die Unterschiede immer noch erheblich sind.

Kurz auch noch ein Blick auf die Arbeitslosigkeit in Sachsen:

Mit einem Arbeitslosenanteil von 18,9 % hatte Sachsen hinter Berlin Ost mit 15,9 % im Januar 1997 den zweitniedrigsten Arbeitslosenanteil in den neuen Ländern.

Allerdings besteht zum westdeutschen Flächenstaat mit dem höchsten Arbeitslosenanteil – dem Saarland –, nach wie vor ein beträchtlicher Abstand.

Dieser Abstand wäre noch größer, wenn nicht knapp 200.000 sächsische Arbeitskräfte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teilgenommen hätten oder in Vorruhestand gegangen wären und damit nicht als Arbeitslose, sondern in der „Stillen Reserve“ erfaßt würden.

So kam 1995 der im Vergleich zu Ostdeutschland niedrigere sächsische Arbeitslosenanteil ausschließlich den Männern zugute. Deren Arbeitslosenanteil lag rund ein Achtel unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Mit 9,4 % lag die Männerarbeitslosigkeit in Sachsen sehr genau auf westdeutschem Niveau. Andererseits war die Frauenarbeitslosigkeit mit 19,8 % leicht höher als die ostdeutsche insgesamt.

Ich komme jetzt zum zweiten Teil meines Vortrages, der Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung in den neuen Ländern.

Den Prozeß der Umgestaltung der Sozialordnung haben wir in den neuen Ländern mit großer Intensität erlebt. Nichts blieb, wie es war. Alles wurde neu.

Das Sozialsystem der DDR war nicht länger tragfähig. Die Sozialunion mit der Bundesrepublik brachte den Menschen in Ostdeutschland soziale Sicherheit für die Zukunft in einem für sie unbekannten differenzierten System, was sie als einzelne verunsichert hat.

Totalversorgung von seiten des Staates wurde abgeschafft; der einzelne mußte nun in zahlreichen Teilbereichen entscheiden, wie er für sich und seine Familie das Netz der sozialen Sicherung knüpfen wollte. Das war für die allermeisten von uns ungewohnt und unbekannt.

Von daher war umfassende und sachkundige Beratung notwendige Voraussetzung für eine angemessene Entscheidungsfindung des einzelnen. Hier sind enorme Hilfen aus Westdeutschland erbracht worden.

Zum Zustand der Totalversorgung in der DDR:

In der DDR haben wir in einem geschlossenen Gesellschaftssystem gelebt. Es war ein totalitäres und zentralistisch gelenktes System. Das Sozialsystem war eingliedrig aufgebaut. Die Sozialversicherung war ein Bestandteil der DDR-Einheitsgewerkschaft FDGB. Unter ihrem Dach und in ihrer Trägerschaft versammelte sich das gesamte System der sozialen Sicherung. Es hatte die Aufgabe, den Schutz der gesamten Bevölkerung – mit gewissen Einschränkungen – vor den Wechselfällen des Lebens zu gewährleisten.

Das sollte mit einer umfassenden Versicherungspflicht für alle erreicht werden in den Bereichen Krankheit, Alter und Unfall. Arbeitslosigkeit gab es offiziell nicht, da die vorhandene Arbeitslosigkeit über Lohn finanziert wurde. Pflege geschah auf einem sehr bescheidenen Niveau oder gar nicht, d. h. nicht sozialversichert.

Als nächsten Punkt möchte ich die Umgestaltung in den neuen Ländern ansprechen.

Als wir 1990 in Sachsen – in den anderen neuen Ländern waren die Erfahrungen ganz ähnlich – die Regierungsverantwortung mit übernahmen, wurde das ganze Desaster an Altlasten offenbar. Sehr schlimm sah es in den Bereichen des Gesundheitswesens und da speziell bei den Krankenhäusern aus. Dies stand ganz im Gegensatz zu dem, was häufig gemalt wurde.

Jahrzehnte wurde hier aus der Substanz gewirtschaftet, ohne an eine spürbare Regenerierung zu denken. Die Bausubstanz war weithin verschlissen, die sanitären und technischen Einrichtungen meist so überaltert, daß sie sich in einem erbarmungswürdigen Zustand befanden. Ich kann Ihnen ein paar Dinge ggf. in der Aussprache dann noch nennen, ich will es aber schon kurz andeuten. Auch heute gibt es noch in Sachsen eine stationäre Entbindung, die im Wintergarten einer schönen Jugendstilvilla erfolgt. Sicher ist das Haus schön, aber eine Entbindung im Wintergarten ist etwas schwierig. Oder nehmen Sie internistische Stationen, wo der Zugang eine Treppe von 1,20m Breite ist und 6 Betten in einem Raum von ca. 30 qm mit schrägen Wänden angeordnet waren. Diese Situation haben wir glücklicherweise mit einem Neubau vor kurzem

beenden können. Das erste genannte Problem werden wir nächstes Jahr auch mit einem Neubau lösen.

Noch bedrückender für mich ist die folgende Situation: Unmenschlich war die Versorgung der Behinderten, insbesondere der geistig und mehrfach schwerst Behinderten bzw. der chronisch psychisch Kranken. Ähnlich verhielt es sich im Bereich der Alten- und Pflegeheime. Überall mußte schleunigst etwas getan werden.

Neben den unendlich vielen praktischen Hilfen, mußten vor allem aber die wesentlichen Strukturen des Systems der sozialen Sicherung völlig neu errichtet werden.

Auf der Grundlage der drei Prinzipien

– Versicherungsprinzip

– Versorgungsprinzip

– Fürsorgeprinzip

haben wir die soziale Sicherung in den neuen Ländern nach dem Vorbild der Bundesrepublik aufgebaut. Das war nur möglich mit einem unglaublichen Einsatz von Fachleuten aus den alten Bundesländern.

Zum Versicherungsprinzip gehörte die Gesamtheit der Sozialversicherung mit den bis dahin vier Säulen:

– Gesetzliche Krankenversicherung

– Gesetzliche Rentenversicherung

– Gesetzliche Unfallversicherung und

– Arbeitslosenversicherung.

Dem Versorgungsprinzip zuzuordnen ist in der Hauptsache die Kriegsopferversorgung sowie das Kindergeld. Das erste war für viele davon Betroffenen eine der großen Entlastungen und auch emotionale Entschädigung, die in der DDR-Zeit immer verneint worden sind. Gerade in der Zeit der Auseinandersetzung, bei der Wehrmachts-Ausstellung in München, habe ich die Erfahrung gemacht, daß viele Witwen der Gefallenen sehr dankbar diese Unterstützung in Empfang genommen haben und auch viele von den Verletzten des Krieges dies so empfunden haben. Dabei sind die Fragen, die jetzt aufgeworfen wurden – auch in unseren Nachbarländern – natürlich nicht gleichwertig für mich mit diesen Erfahrungen, die ich bei der Aufnahme der Kriegsopferversorgung in Sachsen erlebt habe.

Die Leistungen nach dem Fürsorgeprinzip sind die Sozialhilfe, die Jugendhilfe und das Wohngeld.

Lassen Sie mich im folgenden den Umgestaltungsprozeß in der Sozialversicherung anhand der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Gesetzlichen Rentenversicherung erläutern.

Im Mai 1990 fiel die Entscheidung, möglichst bis zum 1. Januar 1991 für die Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen eigenständige Träger zu bilden.

In der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit schien dies eine unlösbare Aufgabe zu sein. Auch die räumlichen, personellen und technischen Rahmenbedingungen – für eine funktionierende Verwaltung enorm wichtig – ließen nicht darauf schließen, daß bereits zum 1. Januar 1991 arbeitsfähige Krankenkassen ihre Tätigkeit würden aufnehmen können.

Innerhalb weniger Monate mußten Krankenkassen errichtet werden, die Ansprechpartner, vor allem Berater für die Bürger in den neuen Bundesländern sein konnten. Daneben sollte die medizinische Versorgung flächendeckend gewährleistet sein, das Niveau mußte sicher gehalten, wenn möglich verbessert werden.

Die westlichen Krankenkassen stellten sich dieser Aufgabe mit großem Enthusiasmus und enormem Arbeitseinsatz. So gründeten z. B. die Ortskrankenkassen vielerorts für die Bürger sogenannte Bürger-Info-Büros.

In diesen konnten sich die Bürger der neuen Länder, aber auch zukünftige Leistungserbringer und sonstige Interessenten, bereits 1990 über die neuen Strukturen informieren. In diese Zeit fallen auch schon die ersten Anträge, z. B. bei der Kriegsopferversorgung, wo der Einigungsvertrag überhaupt noch nicht unterschrieben war. In dieser Zeit gab es schon die ersten Anträge dafür, die wir dann im Herbst 1990 und im Frühjahr 1991 als großen Berg zu bearbeiten bekamen.

Der Einigungsvertrag ermöglichte es den in der Bundesrepublik Deutschland länderübergreifend tätigen Krankenkassen – wie z. B. Bundesknappschaft, Seekasse und Ersatzkassen –, vom 1. Januar 1991 an auch auf dem Gebiet der neuen Länder tätig zu werden.

Unter bestimmten Voraussetzungen konnten auch die westlichen Betriebs- und Innungskrankenkassen ihren Tätigkeitsbereich auf die neuen Länder erstrekken.

Die Aufgaben der bisherigen Sozialversicherung der DDR gingen – soweit sie die Krankenversicherung betrafen – auf neu zu errichtende Ortskrankenkassen über. Das Gesetz sah dabei vor, daß für jeden Bezirk der früheren DDR eine Ortskrankenkasse errichtet werden sollte. Für Sachsen bedeutete dies, daß es künftig in Chemnitz, Dresden und Leipzig eine AOK geben würde.

Tatsächlich konnte zum 1. Januar 1991 von allen neuen und länderübergreifend tätigen Krankenkassen eine Kundenbetreuung angeboten werden, um den von heute auf morgen Versicherten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Im Laufe des Jahres 1991 wurde das Netz der Geschäftsstellen der einzelnen Krankenkassen ausgebaut.

Beschleunigt durch ein vereinfachtes Errichtungsverfahren bildeten sich in Sachsen allmählich die ersten landesunmittelbaren Betriebs- und Innungskrankenkassen. Sicher geschah dies in den anderen neuen Bundesländern auf ähnliche Weise.

Um die Tätigkeiten der einzelnen Krankenkassen zu koordinieren, wurden jeweils für die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen Landesverbände gegründet.

Der Verband der Angestellten-Ersatzkassen/Arbeiter-Ersatzkassen errichtete in den neuen Ländern Landesvertretungen. Wir haben von Anfang an versucht, gerade diese bundesweiten Kassen auch auf regionale Aufgaben und Verantwortungen zu orientieren, was bis jetzt sehr mühsam zu wirklichen Ergebnissen geführt hat. Als Stichpunkte nenne ich Thüringen und Sachsen in Fragen der Wismutaltlast und auch im Bereich der Gesundheit.

Die landwirtschaftliche Krankenkasse ging in Sachsen eigene Wege. Die ambulante ärztliche Versorgung liegt seit der Wende in der Hand der niedergelassenen Ärzte.

Die ehemaligen Polikliniken wurden hier in Sachsen sehr schnell durch die neuen Träger – in der Regel die Landkreise oder Städte – geschlossen, da sich zeigte, daß sie in der bestehenden Form nicht zu finanzieren waren. Hier gibt es eine etwas gesonderte Entwicklung vor allen in Brandenburg, wo durch das Land deutliche Finanzierungshilfen erbracht wurden.

So erbrachten diese Einrichtungen z. B. Leistungen, die nicht von den Krankenkassen vergütet wurden.

Diese Schließung der Polikliniken oder Nichtweiterführung der Polikliniken war kein Verlust, wie es häufig beklagt wird, sondern in den Räumen der Poliklinik ließen sich vielfach die vormals dort angestellten Ärzte nieder; es entstanden Gemeinschaftspraxen, Praxisgemeinschaften und Ärztehäuser, in denen sich auch Apotheken und Physiotherapeuten ansiedelten. Es gibt viele Beispiele, wo schließlich ein breiteres Leistungsspektrum angeboten wurde als vorher. Wir haben hier in Dresden ehemalige Polikliniken, die jetzt als Ärztehäuser mit 50 und 60 Ärzten gemeinschaftlich arbeiten. Parallel verlief die Niederlassung der Zahnärzte.

Mit der Einführung der neuen Strukturen wurden die Versicherten, aber auch die Organisatoren, vor eine Fülle von Fragen und Problemen gestellt.

Nach nunmehr sechs Jahren Erfahrung hat sich gezeigt, daß es möglich war, praktisch über Nacht funktionsfähige Krankenkassen zu errichten und gleichzeitig eine vollständige Versorgung im ganzen Land für die Versicherten sicherzustellen.

Besonders hervorheben möchte ich, daß Sachsen als erstes Bundesland eine funktionierende Lösung zur Betreuung chronisch Kranker gefunden hat. Seit 1992 existiert das sächsische Modell einer Diabetikervereinbarung. Dieses Modell hat sich bewährt und ist 1994 überarbeitet und verbessert worden.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Aufbau der gesetzlichen Rentenversicherung am Beispiel der LVA Sachsen sagen.

Mit Wirkung vom 1.7.1990 hatte das von der frei gewählten Volkskammer der DDR beschlossene Gesetz über die Sozialversicherung als Träger der Sozialversicherung eine mit Selbstverwaltung ausgestattete Körperschaft des öffentlichen Rechts geschaffen, der weiterhin als gemeinsamer Träger der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung der DDR fungierte.

Nach den Regelungen des Einigungsvertrages erfolgte zum 1.1.1991 die Ausdifferenzierung. Der Träger der Sozialversicherung wurde zum 1.1.1991 als rechtsfähige Anstalt organisiert und erhielt den Namen „Überleitungsanstalt Sozialversicherung“. Sie sollte die Aufgaben der Renten- und Unfallversicherung bis längstens zum 31.12.1991 wahrnehmen.

Bereits Anfang 1991 schufen die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) und die Bundesknappschaft die Voraussetzungen für die organisatorische Ausdehnung der Angestelltenversicherung auf die neuen Bundesländer und Berlin (Ost).

Für die Organisation der Träger der Arbeiterrentenversicherung mußten in den neuen Ländern die Grundlagen geschaffen werden.

Im Freistaat Sachsen trat die erste Vertreterversammlung der auf der Rechtsgrundlage des Einigungsvertrages geschaffenen Landesversicherungsanstalt Sachsen im April 1991 zusammen und beschloß die Satzung der LVA Sachsen, die damit rechtlich ins Leben trat.

Arbeitsmäßig mußte zunächst die Umwertung der bis zum 31.12.1991 bewilligten Renten in Renten nach dem VI. Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) bewältigt werden.

Das zum 1.1.1992 in Kraft tretende neue Recht brachte eine Antragsflut, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LVA in Sachsen zu ersticken drohte.

Ende 1992 waren knapp 100.000 Rentenanträge unerledigt. Sie als Bundestagsabgeordnete können sich da sicher an manche Petition erinnern. Die LVA Sachsen bediente sich deshalb der Mithilfe ihrer westlichen Betreuungsanstalten in Bayern und Baden-Württemberg. Bis 1996 bearbeiteten diese rd. 130.000 Rentenfälle bis zur Bescheidreife.

Durch den Einsatz der LVA-Bediensteten und der Partneranstalten ist es gelungen, die Zahl der unerledigten Rentenanträge bis Anfang 1997 auf 18.000 zu reduzieren, ein ganz normaler Stand, der sich von den „alten“ Anstalten nicht unterscheidet.

Insgesamt zahlt die LVA Sachsen derzeit rd. 715.000 Renten.

Als Besonderheit ist zu bemerken, daß die LVA Sachsen die vorgefundene Geschäftsstellenstruktur der FDGB-Sozialversicherung beibehalten hat und damit eine dezentralisierte Verwaltung praktiziert. Neben der Hauptverwaltung in Leipzig gibt es drei Bezirksgeschäftsstellen in Leipzig, Dresden und Chemnitz und weitere 43 Geschäftsstellen in (früheren) Kreisstädten, in denen auch die Rentensachbearbeitung erfolgt. Mit dieser dezentralen Struktur hat die LVA Sachsen Pilotfunktion übernommen. Das gibt es in den anderen Ländern nicht. Allerdings wird sie das Geschäftsstellennetz künftig verkleinern, um eine optimale Struktur zu finden.

Meine Damen, meine Herren, die mir vorgegebene dreiviertel Stunde ist um. Mir ist bewußt, daß ich relativ schnell geredet habe. Ich habe auch für diejenigen, die noch Einzelheiten kennenlernen möchten, für eine Reihe von Sachbereichen die sächsischen Verhältnisse im Einzelnen mitgebracht. Ich will die Bereiche kurz nennen. Ich habe Einzelheiten für

- die stationäre gesundheitliche Versorgung,
- die ambulante gesundheitliche Versorgung,
- die Versorgung der Senioren im ambulanten Bereich,
- die stationäre Altenhilfe,
- die Entwicklung der psychiatrischen Versorgung in Sachsen,
- die Entwicklung der Versorgung für Behinderte,
- die Frage nach der Veränderung von Luft, Wasser auch in bezug auf die Gesundheit,
- die Frage der Tierseuchenbekämpfung und der Lebensmittelkontrolle.

Sie werden denken, daß sich so viel gar nicht verändert haben kann, aber es hat sich viel verändert. Ein paar Dinge möchte ich noch kurz ansprechen. Es wird kaum darüber gesprochen, daß die Tollwut ausgerottet ist und wir höchstens noch Tollwutfälle haben, wenn Füchse durch die Neiße oder über den Erzgebirgskamm zu uns kommen. Genauso gibt es keine Leukose mehr bei Rindern. Auch diese Gefahr wurde in den fünf Jahren ausgemerzt.

Wir haben bereits 1992/93 die Versorgung im Bereich der Medizintechnik im wesentlichen auf den Stand 1:1 mit den alten Bundesländern gebracht. Um ein Beispiel zu nennen: Bei den Großgeräten hatten wir in Sachsen 1990 keinen einzigen Kernspintomographen. Wir haben inzwischen sieben stationär und sieben ambulant. Wir hatten ebenfalls keinen einzigen Lithotripter. Den gab es in der DDR nur im Regierungskrankenhaus. Wir haben in Sachsen inzwischen fünf Lithotripter, davon drei mobile. Dieses Gerät braucht man zur Zerstörung von Nierensteinen, ggf. auch von Gallensteinen, ohne Operation mit Ultraschall.

Für mich die eindrücklichsten Veränderungen haben sich in der Betreuung der chronisch psychisch Kranken und Behinderten ergeben. Dieser Teil der Bevölkerung wurde in den Großkrankenhäusern für Psychiatrie versorgt, der teilweise – schon großzügig beschrieben – ohne jede Förderung und ohne jede Bildung war. Wir hatten zwei Klassen von Menschen, die nicht bildungsfähigen oder noch schlimmer, die nicht förderfähigen, deren Lebensbereich, wer das vergleichend erleben konnte, von 1990 zu 1996 sich stark erweitert und verändert hat. Wir hatten ungefähr 4.500 solcher in den Großkrankenhäusern betreuten Menschen. Davon sind über 3.000 inzwischen in guten einwandfreien Versorgungsstrukturen mit Förderung einzelner Lebensbereiche untergebracht worden. Von daher ist der Aufbau der Infrastruktur für Krankenhäuser, Altersheime, Behinderteneinrichtungen ganz entscheidend verbessert worden. Sie ist jetzt schon nicht mehr vergleichbar mit dem Zustand, den wir 1990 übernommen haben. Anzumerken bleibt, daß wir noch einen Weg vor uns haben, der weitere sechs bis acht Jahre dauern wird. Ca. 50 % des Weges haben wir bereits hinter uns gebracht, weitere 50 % des Weges bei der Verbesserung der Infrastruktur haben wir noch vor uns. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Staatsminister für Ihren rasanten und interessanten Vortrag, gerade bei der Analyse des Arbeitsmarktes im Transformationsprozeß. Das gleiche gilt auch für die Thematik der Umorientierung in den sozialen Systemen. Interessant ist hierbei die Frage: Wie wirken sie in diesem Umwandlungsprozeß von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft? Wir haben heute Vormittag auch interessante Daten gehört, wie die Sozialsysteme in der ehemaligen DDR gewirkt haben und welchen politisch ideologischen Hintergrund sie hatten.

Ich habe jetzt die ersten Wortmeldungen vorliegen und zwar in der Reihenfolge Kollege Meckel, Kollege Poppe, Kollegin Kurzhals und Kollege Jork. Wir verfahren so, wie Herr Hiller das heute Vormittag sehr pragmatisch auch gemacht hat. Blockweise werden wieder die Fragen aufgenommen, und der Herr Staatsminister Dr. Geisler steht uns jetzt noch eine gute dreiviertel Stunde zur Verfügung, damit wir auch im Terminplan bleiben. Das Wort hat Herr Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank. Ich habe zwei Fragen. Wenn ich es richtig verstanden habe, sind Sie gegenüber einer Beschäftigungspolitik recht skeptisch und meine Frage lautet: Wie stellen Sie sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands vor, wenn wir doch gleichzeitig feststellen müssen, daß das Wirtschaftswachstum im Osten Deutschlands heute geringer ist als im Westen? Wirtschaftlich klaffen Ost- und Westdeutschland stärker auseinander und jeder weiß, daß eine bestimmte Prozentzahl Wirtschaftswachstum nur eine sehr begrenzte Zahl von Arbeitsplätzen schafft. Daß es sogar Wirtschaftswachstum gibt, diese Erfahrung haben wir gemacht, ohne daß gleichzeitig die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Meine Frage lautet daher: Sehen Sie nicht doch die Möglichkeit eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, und wie stellen Sie sich eine entsprechend aktive Beschäftigungspolitik vor?

Die zweite Frage hat auch den Hintergrund der Arbeitslosigkeit, aber auch natürlich die vielfältigen Wandlungserfahrungen der letzten Jahre zum Inhalt. Sie haben eindrücklich dargestellt, was alles geleistet worden ist. Gleichzeitig muß man aber feststellen, daß sich trotz des positiven Wandels, gerade im Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, diese positive Veränderung nicht in der Stimmung im Lande widerspiegelt. Oft sieht man bei östlichen Nachbarn mehr Engagement und eine etwas positivere Perspektive. Aber dennoch möchte ich die Frage nach dem Verhältnis von Arbeitslosigkeit und sozialem Wandel, sozialer Perspektivlosigkeit und der Akzeptanz parlamentarischer Demokratie stellen. Ich selber stelle fest, daß die Akzeptanz parlamentarischer Demokratie im Osten Deutschlands nicht zugenommen, sondern eher abgenommen hat. Ich halte dies für eine gefährliche Entwicklung, und möchte Sie nach diesem Zusammenhang fragen.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke Herr Meckel. Das Fragenspektrum reicht vom öffentlichen Beschäftigungsbereich bis hin zur Politikverdrossenheit. Herr Poppe hat das Wort.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister Geisler, ich habe drei Fragen an Sie. Die erste ergibt sich aus Ihrer geographischen Lage und der Verwendung des Begriffes der Subsidiarität. Hier fällt mir gleich noch die zukünftige Transformationsaufgabe mit ein. Ich will Sie nach den Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit insbesondere mit Polen und Tschechien fragen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch gleich noch von Ihnen erfahren, was Sie von der im Rahmen von Maastricht 1 schon angedeuteten, aber mit Maastricht 2 zusätzlich zu stellenden Frage nach einer europäischen Arbeitsmarktpolitik und eines europäischen sozialen Mindeststandards halten? Beides sind Fragestellungen, die für Sie auch im Hinblick auf die zukünftige EU-Mitgliedschaft der genannten Länder besonders relevant sein dürften.

Ich komme jetzt zur zweiten Frage. Wir werden heute Nachmittag noch über die Wanderbewegung reden, aber im Vorgriff darauf, könnten Sie vielleicht etwas über die Wanderbewegung von und nach Sachsen berichten?

Meinen letzten Punkt haben Sie schon angedeutet. Es geht um die Situation der Behinderten, Alten und Pflegebedürftigen. Es gab seinerzeit vorzugsweise kirchliche Einrichtungen – auch gerade in Sachsen – im Rahmen des Diakonischen Werkes und anderen kirchlichen Einrichtungen, die eine sehr wichtige Arbeit gemacht haben. Vielleicht können Sie andeuten, wie sich der Trend entwickelt hat, also was der Freistaat Sachsen zu leisten in der Lage bereit ist, ohne daß man jetzt ein großes Zahlenwerk dazu braucht. Mich interessiert die qualitative Entwicklung.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Das war Sachsen im Herzen Europas mit seinen sozialen Funktionen gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Frau Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Herr Minister, Sie haben die Situation auf dem Arbeitsmarkt geschildert und haben auch angedeutet, daß die Frauen hauptsächlich die „Verlierer der Wiedervereinigung“ sind. Wie schätzen Sie die Tendenz ein, werden in Zukunft Frauen, wie wir es in der DDR gewohnt waren, nicht mehr diese technischen Berufe studieren, erlernen, weil sich sowieso die Grundeinstellung geändert hat, Frauen in solchen Berufen zu beschäftigen? Das wäre meine erste Frage.

Ich habe noch eine weitere Frage: Sie haben auch über das Gesundheitswesen gesprochen. Was sich in der DDR bewährt hatte, waren die Polikliniken. Sie waren meiner Meinung nach patientenfreundlich, weil man vieles in einem Haus vereinigt hatte. Diese Polikliniken sind fast nicht mehr existent. Es gibt zwar jetzt noch Ärztehäuser, aber können Sie mir erklären, worin die Gründe bestanden, dieses System zu zerschlagen?

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke Frau Kurzhals. Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Staatsminister, ich möchte meine Frage auf die wieder neu aufgenommene Diskussion um die Rentenhöhe in den neuen Bundesländern orientieren. Wir haben in der letzten Zeit verschiedentlich die Meinung gehört, daß die Rentenhöhe in den neuen Bundesländern in Relation zu dem, was in den alten Bundesländern bezahlt wird, zu hoch sei. Das betrifft vor allem auch die Frauen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie etwas dazu sagen könnten, auch was die Möglichkeit der Einkünfte und der Vermögenslage insgesamt betrifft. Diesen Bereich muß man, wenn man von Renten spricht, auch mit betrachten. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke. Wir sind jetzt am Ende des ersten Frageblocks. Herr Minister, das ist ein breites Spektrum. Ich würde sagen, daß Sie im Nachhinein den einzelnen Fragestellern ihre Antwort geben.

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler: Herr Meckel, ich komme zu Ihrer Frage nach der Beschäftigungspolitik, wie schaffen wir in Zukunft Arbeitsplätze? Meine wesentliche Antwort lautet: Zu keiner Zeit haben wir für alle Frauen und Männer zwischen 20 Jahren (oder früher zwischen 15) und 65 Jahren, jetzt 40 (oder früher 48) Stunden Arbeit gehabt. Diese Situation hatten wir nicht 1900, 1930, 1960, 1980, 1990 sowie auch nicht 1995 oder 2000. Deswegen ist es für mich wirklich eine Frage der gerechten Verteilung. Damit jeder, der dieses anstrebt, die gleiche Chance hat, lautet meine Antwort, daß man Arbeit gerechter verteilen muß in dem Sinne: 30 Stunden, mit 30 Stunden Lohn und 30 Stunden Rentenanspruch. Wenn man sich zwei Personen vorstellt – ich spreche jetzt bewußt nicht von einem Ehepaar – und sich einmal überlegt, wieviel in solchen Zeitabschnitten, wie ich sie genannt habe, da jeweils an Arbeitseinkommen und somit auch an Rentenanspruch vorhanden war, dann kommt man zu einem realistischen Bild. Dieses Bild ist realistischer, als wenn man fordert, der Staat

solle oder müsse mit Beschäftigungsprogrammen erreichen, daß alle Frauen und Männer zwischen 20 und 65 Jahren nach heutigen Maßstäben Vollbeschäftigung mit vollem Lohn oder vollem Rentenanspruch erhalten. Das hat es noch nie gegeben und ich denke, das ist auch in Zukunft nicht erreichbar. Relevant ist vielmehr dieses Modell der 30 Stunden, mit 30 Stunden Lohn und 30 Stunden Rentenanspruch.

Ich komme jetzt zu der Beantwortung der zweiten Frage bezüglich der Stimmung wegen der Arbeitslosigkeit. Ihre Analyse sehe ich ähnlich, und deswegen bin ich der Meinung, daß die Antwort durch Nüchternheit geprägt sein muß. Ich versuche, diesen Umstand in der Weise den Menschen nahezubringen, indem ich bekunde, daß wir auch früher – bei entsprechender Arbeitsproduktivität vorausgesetzt – nie für 100 % aller Frauen und Männer einen Arbeitsplatz gehabt haben. Aus diesem Grunde geht es mir wirklich um die gerechte Verteilung zwischen all denjenigen, die das anstreben, und das ist nur mit einer entsprechenden Verkürzung möglich. Da zählen dann solche Dinge, die heute in der aktuellen Diskussion angesprochen werden, wie z. B. Überstunden abbauen und ähnliches natürlich dazu.

Seit zweieinhalb Jahren schreibe ich jede Stelle bei mir im Ministerium mit 75 % aus, abgesehen von BAT VIII und IX b. Ab VII b aufwärts wird jede Stelle mit 75 % ausgeschrieben. Ich habe solche Modelle auch schon zu DDR-Zeiten, weil ich bei der Kirche beschäftigt war, durchführen können. Deswegen war es für mich nichts neues. Ich habe damals auch Teilzeitarbeiten geschaffen. Ich hatte 8 Arbeitsplätze und teilweise 12 Mitarbeiterinnen beschäftigt. Also 1/8 dann mit 50 %. Das ist jetzt nicht meine Lösung, denn ich plädiere für 75 %.

Herr Poppe, auch Ihnen folge ich unstrittig bezüglich Subsidiarität nach Osteuropa. Hierbei geht es nicht bloß um Polen und Tschechien, aber das ist natürlich für Sachsen vordergründig, das sehe ich genau wie Sie. Die Möglichkeiten sind nach meinem Wollen viel zu bescheiden. Das hat vor allen Dingen im Moment auch Gründe, die in den Regelungswerken der EU und aber auch in den angrenzenden Ländern begründet liegen. Wir konnten lange Zeit keine Gelder im grenznahen Raum für Gemeinschaftsobjekte nutzen, weil Länder wie Polen und Tschechien selber lieber das EU-Geld in den grenzfernen Regionen einsetzen wollten, weil dort die wirtschaftliche Lage natürlich noch schlechter war. Dadurch haben wir kleine, wirklich ganz bescheidene Dinge durchgeführt, wie diese Frage des Streetwork-Programms in den vier Grenzregionen Zinnwald, Schönberg, Zittau und Görlitz. Hier haben wir z. B. einzelne Veranstaltungen im gesundheitlichen Bereich in Görlitz gemeinsam mit der Universität in Breslau durchgeführt, und auch einen regionalen Austausch von Amtsärzten zu den Nachbarn auf kommunaler Ebene organisiert. Das ist alles sehr bescheiden. Ich hätte hier gerne eine stärkere Entwicklung wie z. B. einen Austausch zwischen den Erfahrungen im Behindertenbereich organisiert oder Erzeugnisse aus Behindertenwerkstätten noch stärker in die Angebote aufgenommen.

Sie haben die Frage erweitert mit allgemeiner europäischer Arbeitsmarktpolitik und sozialen Mindeststandards. Ich sage Ihnen, daß ich da nicht viel Hoffnung habe und auch die Forderung eher im Bereich der Illusion sehe. Ich möchte es an einem Beispiel des „sozialen Mindeststandards" deutlich machen. Die Notwendigkeit, ältere Menschen bei uns wegen der veränderten Familienstrukturen zu versorgen und zu pflegen, ist unstrittig, dafür haben wir die Pflegeversicherung geschaffen. Adäquates in Portugal oder Irland aufzubauen, würde dort bestehende Familienstrukturen nicht ernst nehmen. Von daher sind solche Strukturen dort in diesem Umfang, abgesehen von Einzelfällen, jedenfalls gegenwärtig nicht notwendig. Insofern wird es immer ein Ungleichgewicht zwischen den Sozialabgaben in Deutschland und in anderen Bereichen der EU geben. Diesen Bereich vollständig zu harmonisieren würde den jeweiligen Situationen nicht gerecht werden.

Die Frage zum Arbeitsmarkt will ich Ihnen an sächsischen Verhältnissen in Erinnerung bringen. In Sachsen, auch schon 25 km östlich von Dresden, wird nur noch im öffentlichen Dienst Tarif gezahlt. Die Textilindustrie zahlt dort Löhne von max. 10 DM, sonst unter 10 DM. Die Schnitzer im Erzgebirge verdienen zwischen 7,50 DM und 8 DM. Deswegen gibt es bei uns bezüglich der Entlohnung in diesen Sozialbereichen Spannungen, die ja auch, wenn sie von den freien Trägern organisiert und geführt werden, im wesentlichen ÖTV-Tarife haben. Auf diese Weise verdienen die Menschen, die in diesen Einrichtungen wie z. B. in Altersheimen in Ostsachsen arbeiten, fast durchgängig mehr als die Angehörigen, deren ältere Menschen dort versorgt werden. Das hat erhebliche Spannungen zur Konsequenz. Diese Spannungen gibt es nicht bloß außerhalb Deutschlands, sondern sie sind schon innerhalb Deutschlands vorhanden und müssen bewältigt werden.

Ich komme jetzt zur Frage nach der Wanderungsbewegung von und nach Sachsen. Wir haben seit 1994 ein Plus in der Wanderungsbewegung zu verzeichnen, wobei das Plus im wesentlichen durch eine etwas stärkere Zuwanderung von Ausländern ausgelöst wird. Wenn man dieses Ergebnis allein auf die Wanderungsbewegung innerhalb der deutschen Bevölkerung beziehen würde, wäre das Ergebnis ungefähr ausgeglichen, d. h. es gibt kein Defizit aber auch keinen Überschuß. Der Zuwanderungsgewinn entsteht also dadurch, daß jetzt auch mehr Ausländer in Sachsen Wohnungen und Arbeit suchen.

Zur Sozialarbeit der kirchlichen Einrichtungen einige Bemerkungen: Die kirchlichen Einrichtungen haben auch in Sachsen vor 1989, gerade im Behindertenbereich sowie auch im Altenbereich, eine unwahrscheinlich anerkennenswerte und gute Arbeit geleistet. Sie haben z. B. in Großhennersdorf oder in Rothenburg die einzigen Heilerziehungspfleger in der DDR ausgebildet. Dies ist ein Beruf, an dem es bis heute in den östlichen Ländern noch mangelt. Wir haben nicht genügend Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heilerziehungspfleger oder Heilerziehungspädagogen. Die Probleme sind in den kirchlichen Einrichtungen – auch im Bereich der Versorgung – deutlich geworden, trotz aller intensiven Bemühungen. Die Möglichkeiten waren auch in diesen Ein-

richtungen begrenzt. So gab es auch hier noch Gemeinschaftssäle von 6, 8 oder 10 Personen. In der Nähe von Arnsdorf haben wir aber noch ganz andere Verhältnisse vorgefunden. Hier teilten sich im günstigsten Fall 10 oder 12 Personen einen Raum, im ungünstigsten Fall 50 Personen einen oder zwei Räume. Um es bildhaft an der Raumaufteilung zu veranschaulichen: Bett, Nachttisch, Bett Nachttisch wechselten sich ab, wobei keine Zeitung zwischen das Bett und den Nachttisch paßte. Dann gab es noch einen Raum für den Tag. Die Spinde standen auf dem Flur und waren zugeschlossen und den Menschen nicht zugänglich.

Als ich am 20. November 1990, 12 Tage nach meiner Vereidigung in Waldheim, die Psychiatrie das erste Mal besucht habe, hat mich die dortige Situation sehr erschüttert. Obwohl wir zu dieser Zeit in der Volkskammer bereits ein wenig versucht haben, das eine oder andere zu bewegen, und gerade in Richtung Waldheim gab es ja zwei Kommissionen, die einiges veränderten, waren die Umstände entwürdigend. Da standen die Menschen um 11.00 Uhr morgens in Schlafanzügen vor ihren Zimmern, oder besser gesagt vor ihren Zellen, denn es war nämlich ursprünglich ein ehemaliges Frauengefängnis. In den Zellen war nur eine Pritsche und ein Hocker vorhanden. Es gab nicht einmal ein WC, sondern die Menschen mußten ihre Notdurft in dafür vorgesehen Eimern erledigen. 1993 war diese Situation dort endgültig zu Ende. Es leben ungefähr noch um die 20 Personen dort, die ihre Angehörigen in der Nähe von Waldheim haben. Diese Menschen können sich alle selbständig versorgen. Sie haben Einzelzimmer, gehen selber einkaufen, gehen in die Stadt. Dieses Ergebnis, festgemacht am Vergleich von damals zu heute, bereitet mir Freude bzw. befriedigt mich. Ich freue mich, sagen zu können, daß ich diese Dinge mit verändert habe, daß z. B. auch in Arnsdorf diese Säle mit 50 Leuten nicht mehr vorhanden sind. Heute leben 20 Leute zwar dort noch immer in durch Schränke abgeteilten Räumen, aber somit auch schon ein Stückchen gegliedert, und die anderen 30 Menschen leben in wirklich guten Versorgungsbereichen. Auch in diesem Fall möchte ich herausheben, daß ich mich freue, dabeigewesen zu sein.

Ich komme jetzt zu Ihrer Frage, Frau Kurzhals. Die Frauen sind in den neuen Ländern von Arbeitslosigkeit stärker betroffen, weil ihre Erwerbsbeteiligung früher wesentlich höher war. Das ist keine Klage oder gar Anklage, sondern eine Feststellung. Die Anzahl derer, die in jeder hochindustrialisierten Welt beschäftigt sind, wird – das habe ich vorhin schon Herrn Meckel geantwortet – nicht der Beschäftigung in der ehemaligen DDR entsprechen. Ich denke auch, daß es einen erheblichen Anteil, neben dem von Herrn Schürer bezifferten Anteil, von pauschal 30 % verdeckter Arbeitslosigkeit gab. Wenn man da einmal in die einzelnen Strukturen hineinschaut, wird es eine Reihe von Beschäftigung geben, die niemand von uns wiederhaben will. Ich nenne bloß die 100.000 Beschäftigten beim MfS. Diese Art der Beschäftigung wird wohl niemand wieder haben wollen. Ich bin auch ganz dankbar, daß wir gesamtdeutsch statt der 600.000 Mann, die wir am 30.6.1990 in den beiden Armeen hatten, bloß noch 340.000 Mann in der Bundeswehr haben. Ich bin auch dank-

bar dafür, daß so und soviel Zivilangestellte nicht mehr gebraucht werden, obwohl die weggefallenen Arbeitsplätze für die Menschen, die betroffen sind, immer eine Belastung darstellt. Zu nennen sind die Ereignisse in Rheinland-Pfalz oder in anderen Standorten, wo es zu dieser Arbeitslosigkeit gekommen ist. Ich erinnere Sie weiterhin an die Dinge, die damals in der DDR unter dem Motto Wettbewerbe gelaufen sind. Auch auf diese Art von Beschäftigung verzichte ich, und ich denke, die Mehrzahl verzichtet auch darauf. Ganz zu schweigen von dem, was in den Betrieben existierte, wie GST und DSF sowie der Betriebsparteiorganisationen. Auf alle, die dort hauptamtlich beschäftigt waren, verzichte ich gerne. Das heißt, wir haben die Aufgabe, die vorhandene Arbeit besser zu verteilen. Hier kann ich mich bloß an das anschließen, was ich schon eben Herrn Meckel geantwortet habe.

Ich komme zum zweiten Teil Ihrer Frage, die darin bestand, daß die Frauen nicht mehr so stark technische Berufe ausüben. Nach unseren Erfahrungen verläuft die Entwicklung der Bewerbungen im Augenblick auch bei den Männern im Bereich der technischen Berufe an der TU Dresden oder an der entsprechenden Uni in Chemnitz sehr rückläufig und defizitär. Wir haben durchaus in diesen Bereichen vorhandene Studienplätze. Der allgemeine Run zur BWL und zum Jurastudium ist natürlich nicht sehr hilfreich, weil die Studenten nicht alle in diesen Bereichen Arbeit finden werden, wie zu anderen Zeiten die Soziologen oder auch die Mediziner. Das ist natürlich kritisch zu sehen.

Zur Frage des Gesundheitswesen und den Polikliniken läßt sich folgendes konstatieren: Ich habe bereits ein wenig drauf geantwortet. Frau Kurzhals, ich bin gerne bereit, mit Ihnen in die Poliklinik Blasewitz, Prohlis, Mickten oder in die Poliklinik Löbtau zu gehen, das sind jetzt Ärztehäuser. In den Einrichtungen arbeiten genausoviel Ärzte wie damals, jedoch mit besseren Geräten sowie zusätzlichen Angeboten für die Patienten, die es früher überhaupt nicht gegeben hat. Auch die kurzen Wege sind da alle voll erhalten, aber, und das ist der Vorteil, es sind nicht mehr Einheitssysteme, sondern das System ist auf Konkurrenz angelegt. Dies bringt dadurch eine höhere Gesamtleistungsfähigkeit mit sich. Das DDR-Gesundheits- und Sozialwesen hat uns soviel gebracht, daß wir in den neuen Ländern drei bis vier Jahre kürzer gelebt haben. Die Gründe dafür liegen in der Medizintechnik und in der vielgescholtenen Pharmaindustrie. Die Verbesserung von Luft und Wasser bringt auf keinen Fall so schnell eine Erhöhung der Lebenserwartung mit sich, sondern das sind diese rein medizinisch-technischen Dinge. Die damaligen Einheitsstrukturen hatten den wesentlichen Effekt des gegenseitigen Anreizes eben nicht, und damit fehlte ihnen der wesentliche Effekt des Fortschritts. Aus diesem Grunde bin ich für ein gegliedertes System auch in dem Bereich der ambulanten medizinischen Versorgung. Ich spreche mich dafür aus, daß wir nicht falschen Bildern nachhängen.

Für den normalen Patienten, der nur seinen Hausarzt braucht und bloß in 20 % der Fälle den Facharzt konsultieren muß, ist der Hausarzt um die Ecke schneller als die Poliklinik mit 20 oder 25 Minuten Straßenbahn zu erreichen. Sechs

Polikliniken in Dresden bringen für manche ältere Menschen schon erhebliche Wegstrecken mit sich. Er braucht in 80 % der Fälle den Arzt um die Ecke und auch den hat es zu diesen Zeiten hier und da gegeben. Machen wir uns da doch nichts vor, die haben doch nicht alle in einem Haus gesessen. Auch das ist eine Ideologie. Glücklicherweise mußten da nicht alle jedesmal bis zur Poliklinik fahren, um einen allgemeinen Arzt zu konsultieren, sondern sie konnten glücklicherweise auch einmal um die Ecke zum Hausarzt gehen. Insofern wird so manches an Ideologie verbreitet.

Ich komme jetzt zu Ihrer Frage, Herr Dr. Jork. Die Rentenhöhe von Ost und West ist für mich unstrittig richtig im Einigungsvertrag bedacht worden, indem sie an die Entwicklung der Löhne angebunden wurde. Ich bin auch der Meinung, daß es dabei bleiben sollte. Ich habe meiner Kollegin Frau Stamm schon am 9. Januar deswegen einen Brief geschrieben. Unser Ministerpräsident hat vor 14 Tagen in der Pressekonferenz auch ganz eindeutig dazu Stellung genommen, daß es bei der jetzigen Regelung bleiben muß. Von daher ist neben dem Punkt, den Sie angesprochen haben, der unterschiedlichen Vermögenslage, auch manche Darstellung natürlich verkürzt. Zur Demonstration nehme ich einmal das etwas einfache Beispiel der Männer. Ich beziehe mich dabei auf Männer in der alten Bundesrepublik, die 45 Jahre gearbeitet haben und nicht auf den Durchschnitt derer, die, wenn sie das 35. Lebensjahr erreichten, in den Ruhestand gehen konnten. Wenn Sie jetzt einmal diese Gruppen betrachten, die 45 Jahre gearbeitet haben, dann ist auch heute noch das Verhältnis zwischen Ost und West die bekannte Relation 82 bzw. 84 %. Man kann natürlich an solcher Stelle mit mancher Statistik wirklich falsche Signale setzen, falsche Argumentationen auslösen und damit eine Diskussion in Gang setzen, die ich nicht für hilfreich für das Miteinander zwischen Ost und West ansehe, oder die ich sogar als destruktiv beurteile. Diese Frage der Vermögensverhältnisse ist ja in der Öffentlichkeit schon häufig diskutiert worden, deswegen bin ich einmal auf einer anderen Strecke.

Ich habe der Frau Stamm eine Reihe von Punkten genannt, die an der Stelle es doch berechtigt erscheinen lassen, bei dieser Regelung zu bleiben. Es gibt aber zwei Dinge, die wir schon insgesamt im Gespräch in der nächsten Zeit haben werden. Ich sage bewußt haben werden, manchmal wird mir ja dann nachgesagt, daß ich etwas provoziert hätte. Ich stelle hier nur Tatbestände fest. Wenn man damit provoziert, ist es zwar manchmal nicht ganz schlecht, aber es ist nicht meine Absicht zu provozieren.

Ich komme jetzt zum ersten Tatbestand. Die Lebensverhältnisse in Ost und West waren bezüglich des Problems, daß das Rentendasein davon beeinflußt wird, sehr unterschiedlich. Von daher ist die Hinterbliebenenversorgung im Augenblick allein oder sehr stark von den Lebensstrukturen West geprägt worden. Diese Art der Hinterbliebenenversorgung werden wir sicher korrigieren müssen.

Zweitens: Wir haben bei der Berechnung der Ostrenten immer den Durchschnitt genommen, weil es anders nicht zu bewältigen war. Wir müssen aber

wissen, daß in den Altbundesländern die Leute ihre Rente nicht nach Durchschnitten bekamen, sondern nach ihrem wirklichen Einkommen, und da hat es zwischen Emsland und Hamburg oder zwischen Stuttgart und der Alb sowie zwischen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen erhebliche Einkommensunterschiede in den 40 Jahren gegeben. Heute sind die nicht mehr ganz so groß, aber es hat Jahre, Jahrzehnte gegeben, in denen in bestimmten Regionen das aktuelle Einkommen eines Tischlers deutlich niedriger lag als z. B. in Nordrhein-Westfalen und der Mensch erhält seine Rente entsprechend seinem realen Einkommen, nicht vom Durchschnittseinkommen. In den neuen Ländern bekommen wir die Rente immer vom Durchschnittseinkommen, im Verhältnis schon zu eigenem Einkommen, aber auf die Durchschnittseinkommen bezogen. Diese Durchschnittseinkommen sind in der ganzen DDR relativ bald einheitlich gewesen. Von daher gibt es dort Tatbestände, die es zu beachten gilt, aber die liegen auf einer anderen Ebene. Ich muß noch einmal ganz eindeutig betonen, daß wir bei der Ankopplung der Renten an der Lohnentwicklung festhalten müssen. Alles andere wäre nicht sachgerecht und auch nicht vermittelbar. Ich gebe ein ganz eindeutiges „nein“ zu dieser Frage.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Minister. Das war die erste Fragerunde. Ich versuche immer an ihrer Physiognomie nachzuvollziehen, ob die Frage dann auch entsprechend beantwortet worden ist, unabhängig davon, ob das Ihre Vorstellungen sind. Bei Frau Kurzhals war ich mir nicht ganz schlüssig dabei, als es um das Thema Frauen und Technik ging, aber sie ist jetzt gerade nicht da. Wir machen jetzt mit der nächsten Fragerunde weiter. Frau Reichardt hat das Wort.

Monika Reichardt, Mitglied im Sächsischen Landtag (CDU): Herr Staatsminister, Sie haben über Freiheit und Verantwortung gesprochen. Sie haben diese Begriffe nicht direkt angesprochen, aber ich habe sie herausgehört. Sie haben den Gedanken der Solidarität und der Subsidiarität angesprochen. Bei Ihren Äußerungen zur Arbeit haben Sie ausschließlich über die Erwerbsarbeit gesprochen. In dem Zusammenhang möchte ich meine erste Frage stellen: Im Zuge der Zeit nach der deutschen Einheit hat es zunehmend auch Aktivitäten im sozialen Ehrenamt gegeben. Können Sie bitte noch einmal darstellen, welche Rolle der Bereich des sozialen Ehrenamtes in der DDR gespielt hat? Hat er überhaupt eine Rolle gespielt und wenn ja in welchen Bereichen? Wie verläuft die Entwicklung danach? Gibt es eine Bereitschaft dafür? Wie wurde das Ehrenamt organisatorisch bewältigt?

In dem Zusammenhang habe ich auch noch eine zweite Frage an Sie. Ich halte es für eine ganz wesentliche Entwicklung, daß auch die Aufgabenwahrnehmung über freie Träger erfolgt ist, was es ja vorher in dieser Weise in der DDR nicht gegeben hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dazu auch noch etwas ausführen könnten.

Ich möchte noch einen Gedanken zum Abschluß anfügen, der mir jetzt noch durch den Kopf ging, da wir ja in der DDR-Zeit Arbeit- und Sozialpolitik in einem Topf behandelt haben. Vollbeschäftigung war Sozialpolitik, so daß

Menschen, die nicht gearbeitet haben, landläufig als „Asoziale“ bezeichnet wurden. Die Zynik dieser Beurteilung, wurde mir heute noch einmal ganz besonders bewußt.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Das waren Fragen zum Ehrenamt. Ich will ganz kurz noch eine organisatorische Sache einschieben. Ich habe jetzt noch Herrn Spiller und Herrn Hiller auf der Rednerliste, weil wir auch unser Zeitlimit einhalten wollen. Sind weitere Wortmeldungen oder Fragestellungen gewünscht? Ich sehe keine. Dann schließe ich die Rednerliste. Als nächstes hat Herr Spiller das Wort.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich hätte gerne in Anknüpfung an die Frage von Herrn Poppe noch einmal das Thema Wanderungsbewegungen angesprochen. Sie haben gesagt, daß Sachsen seit 1994 eine positive Wanderungsbilanz verzeichnet. Sie haben aber vielleicht auch einen Überblick über die Entwicklung in Ostdeutschland insgesamt.

Sie hatten in Ihrem Vortrag sehr stark auf die Anteile der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung abgestellt. Wenn die Gesamtbevölkerung per Saldo durch Abwanderung abnähme und die Anteile blieben an der Beschäftigung gleich, wäre das trotzdem vielleicht eine unbefriedigende Situation, weil es ein Ausdruck von schwacher wirtschaftlicher Entwicklung ist. Ich spreche von einem Ausbluten mancher Regionen. Haben Sie in Sachsen auch Regionen, ländliche Gebiete, wo es schwer ist, noch Schulklassen zusammenzubekommen? Haben Sie eine Einschätzung, wie das in anderen ostdeutschen Ländern z. B. in Mecklenburg-Vorpommern oder in Brandenburg aussieht?

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke Herr Spiller. Wir haben dieses Thema Wanderungsbewegung im Anschluß an die nächste Diskussionsrunde, aber der Sachse ist ja dafür bekannt, daß er sehr flexibel ist und auch Wanderungsbewegung nie ausläßt. Das kennen wir aus vielen Bereichen. Deshalb ganz kurz vom Herrn Minister noch einmal die Darstellung dieser Entwicklung, wenn eine Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt überhaupt auf urbane Gebiete insgesamt vorhanden ist. Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herr Minister, zunächst möchte ich einmal feststellen, daß es Anfang der siebziger Jahre in den alten Bundesländern Vollbeschäftigung mit einer Arbeitslosenzahl von 150.000 und einem Vielfachen von freien Arbeitsplätzen gab. Weil Sie ja die weite Spanne von 1900 angaben. Da hat es einmal so etwas wie Vollbeschäftigung gegeben, das nur zu Ihrer Feststellung. Diese Tatsache ist verbunden mit der Hoffnung, daß man sich mit der jetzigen Arbeitslosigkeit in keinem Falle abfinden darf. Aus meiner Sicht haben Sie zu dieser Problematik zu wenig gesagt. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das überspitze, aber Sie betonten quasi ausschließlich eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit. Ich meine, daß das nicht ausreichen wird. Ich erinnere an das, was der Bundeskanzler gesagt hat: bis zur Jahrtausendwende eine Halbierung. Ich hoffe auch, daß das gelingen wird,

zwar nicht von denjenigen, die das gesagt haben, aber das ist eine politische Frage, die ich jetzt hier nicht vertiefen will. Mir geht es um die Sache.

Ich komme zurück auf Ihre Stellenpolitik. Sie stellen zu 75 % ein, und ich kann Ihnen dazu nur gratulieren, das ist eine vernünftige Geschichte. Allerdings möchte ich Sie bitten, zu den damit verbundenen Gefahren etwas zu sagen. Es gibt Positionen, wo man zwar bekunden kann, daß zu 75 % eingestellt wird, aber die Menschen nach wie vor zu 100 % arbeiten, weil es sich um herausgehobene Positionen handelt. Ihr Pressesprecher wird ja auch nicht nach einer Arbeitszeit von 30 Std. sagen: Meine Arbeitszeit ist abgelaufen, nun sehen Sie einmal zu, Herr Minister, wie Sie damit klarkommen.

Es gibt ein weiteres Problem. Es gibt Menschen in unserem Land, die 100 % Arbeit brauchen. Ich spreche z. B. von Familienvätern, wo viele Kinder vorhanden sind und wo die Frau nicht dazuverdienen kann. Was ich damit zum Ausdruck bringen möchte ist folgendes: Man sollte sich nicht ganz davon verabschieden, was 100 % Beschäftigung heutzutage bedeutet. Zu beachten gilt hier auch das Lohnniveau, was in den neuen Bundesländern noch unter dem Schnitt der westlichen Länder liegt. Vielleicht können Sie dazu noch ein paar nähere Auskünfte geben.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke Herr Hiller. Angesprochen wurde noch einmal ganz aktuell die Arbeitsmarktsituation. Welche Möglichkeiten hat Sachsen oder welche Möglichkeiten haben die neuen Länder insgesamt? Es handelt sich ja auch um ein industrialisiertes Gebiet, das den Arbeitsmarkt durch Neugründung, durch Schaffung von Arbeitsplätzen am 1. Arbeitsmarkt beleben kann. Die letzte Fragerunde ist jetzt beendet. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler: Danke. Frau Reichardt, Sie fragten nach der Rolle des sozialen Ehrenamtes in der DDR. Am Freitag fand hier eine Tagung statt, und vielleicht hat der eine oder andere gestern einmal in die Presse geschaut. In den verschiedenen Artikeln stand relativ viel drin. Meiner Meinung nach ist das Ehrenamt als Einsatz für die Gemeinschaft in kleineren oder größeren Kreisen, neben der Erwerbsarbeit, für eine Gesellschaft notwendig. Es muß entsprechend Anerkennung finden und es darf nicht finanzielle Belastungen auslösen, es sei denn, jemand tut es nicht weh, wenn er auch noch den Aufwand bezahlt. Jeder, der sich in diesem Bereich engagierte, sollte wenigstens den Aufwand erstattet bekommen. Von daher ist es keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung für unser menschliches Miteinander in einer Gesellschaft.

Die Veränderungen zu der Zeit vor 1989 in der DDR sind für mich gravierend. Dabei gab es auch zu DDR-Zeiten das, was in dieser Weise jetzt von mir beschrieben worden ist, und manch einer hat solche Dinge neben dem kirchlichen Raum auch in anderen gesellschaftlichen Räumen gesucht. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß die sogenannte gesellschaftliche Tätigkeit in der DDR etwas vom Staat Gefordertes und in den entsprechenden Wettbewerbspro-

grammen Abrechenbares sein mußte und auch abgerechnet wurde. Dort dominierte eine sehr starke gesellschaftliche Kontrolle. Es wurden starke gesellschaftliche Zwangssituationen aufgebaut. Wenn jemand einen bestimmten Punkt in diesem Bereich der gesellschaftlichen Tätigkeiten nicht erfüllte, wurde ggf. das gesamte Kollektiv dafür bestraft. Die Strafe sah dann so aus, daß sie am Jahresende nicht die 150 oder 200 Mark Prämie bekamen. Diese Sanktion traf mich einmal eine Weile lang, als ich nicht bereit war, „Soli“ – deswegen hat Solidarität für mich immer noch einen anderen Stellenwert –, d. h. den sogenannten zusätzlichen Beitrag bei der Gewerkschaft für die um ihre Freiheit kämpfenden Völker zu leisten. Als Konsequenz mußte ich dann damit rechnen, daß meine anderen 15-17 Arbeitskolleginnen und Kollegen am Jahresende die 150 oder 200 Mark nicht bekommen haben. Insofern entstand über diese gesellschaftliche Tätigkeit ein sehr hoher Druck. Dadurch geriet auch das, was unter Ehrenamt durchaus gebraucht wird und möglich ist, in so ein Licht, was dann diese Tätigkeit insgesamt diskreditierte. Von daher war der Umstieg 1990 schon schwierig.

Ich denke, wir haben mit der „Aktion 55“ in Sachsen durchaus ab 1993 einen Weg gefunden, wo wir Lebenserfahrung und Bedarf an ehrenamtlicher Tätigkeit mit Aufwandsentschädigung in ein vernünftiges Maß bekommen haben. Das gilt für alle Menschen, die zwischen 55 und 60 Jahren alt sind, arbeitslos, in Kurzarbeit oder ganz aus der Berufstätigkeit ausgeschieden sind. Es sind jetzt zwischen 16.000 und 20.000 Menschen in solche ehrenamtliche Tätigkeiten hineingekommen. Wir haben dieses Jahr die bisherigen 200 DM pro Monat, das waren genau die 2.400 DM im Jahr, die sich von der Steuerseite her ergeben hatten, die nicht wieder versteuert wurden und abzugsfähig waren, auf 150 DM reduziert. Bisher habe ich jedoch keine wesentlichen Signale erhalten, daß aus diesem Grunde weniger Menschen ehrenamtliche Tätigkeiten ausführen. Es wird genauso weitergeführt. Wir wissen auch, daß die 200 DM pro Monat nicht von jedem nur für Aufwand gebraucht wurde, sondern daß die 200 DM als zusätzliches Einkommen betrachtet wurde. Aber wir haben bewußt darauf verzichtet, Fahrkartenschnipsel oder Telefongespräche zählen zu lassen. Wir haben auch keine Briefmarkennachweise verlangt, um damit den Aufwand exakt nachzuweisen. Es könnte natürlich sein, daß der Rechnungshof uns deswegen irgendwann kritisiert.

Ich komme jetzt zu Ihrer Frage, Herr Spiller. Sie fragten im Zusammenhang mit der Wanderungsbewegung nach einem möglichen Ausbluten der Regionen. Ja, das gibt es in Sachsen. Vor allen Dingen sind in Ostsachsen die Stadt Görlitz, der ehemalige Landkreis Görlitz, der jetzt ein Teil vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis ist und Löbau/Zittau davon ein Stück betroffen. Hier verhalten sich die Abwanderungsbewegungen so, daß es neben den Defiziten, die durch die geringe Geburtenrate und höhere Sterberate sowieso auftreten, noch zusätzliche Bevölkerungsdefizite gibt. Wir haben durch die niedrige Geburtenrate auch die Situation zu verzeichnen, daß wir Grundschulen im ländlichen Bereich in der nächsten Zeit schließen werden müssen. Auch diese Situation ist durchaus zu sehen. Es verhält sich aber so, daß wir in Sachsen neben

dem schon zitierten Spruch „Die Sachsen reisen gern und sind beweglich“, durchaus auch die Komponente aufweisen, daß eine Heimatverbundenheit zu der Region, in der man geboren wurde, wo man gelernt hat, wo man seine Familie hat, besteht. Die Beweglichkeit in Sachsen ist vielleicht etwas größer als im Durchschnitt in Deutschland, aber es kommen auch eine ganze Reihe von jungen Leuten zurück, die in den 80er Jahren mit Mühen in die alten Bundesländer ausreisten. Diese jungen Leute übernehmen hier auch verantwortliche Stellungen, machen sich selbständig oder ähnliches. Das sind sicher keine Massenbewegungen, die hier stattfinden, aber diese Entwicklung ist durchaus sichtbar. Ich habe jedenfalls solche Fälle im Bekannten- und Verwandtenkreis.

Herr Hiller, Sie machten mich auf die Vollbeschäftigung in den alten Bundesländern Anfang der 70er Jahre aufmerksam. Hierzu möchte ich anmerken, daß die Vollbeschäftigung in den 70er Jahren in der Altbundesrepublik natürlich nur unter dem Motto zu sehen ist, daß in dieser Zeit nur eine Nachfrage nach Arbeit bei den Frauen von ungefähr 30 % vorherrschte. Heute dagegen herrscht eine Nachfrage von Frauen nach Arbeit, auch in den alten Bundesländern, von ungefähr 50-55 % vor. Die logische Schlußfolgerung davon ist, daß wenn 1970 entsprechend 50-55 % der Frauen nach Arbeit in den alten Bundesländern nachgefragt hätten, dort auch eine höhere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gewesen wäre.

Ich teile Ihre Skepsis, daß ein alleinverdienender Vater in einer Familie mit drei oder gar mehr Kindern mit einer 75 % ausgeschriebenen Stellung das schaffen kann. Ich bin auch bei dem 75 % Modell davon ausgegangen, daß alle Frauen und Männer zwischen 20 und 65 Jahren Arbeit haben, so daß dann ein Ehepaar 1,5 Stellen im Gesamtarbeitsmarkt in Anspruch nehmen würden, nicht 0,75. Von daher wäre die Frage für mich eigentlich zu lösen. Wir haben diese Situation bei uns im Hause mit eigenen Mitarbeitern schon durchgespielt, indem wir gesagt haben, daß zwei erwachsene Personen zusammen 1,5 Stellen in Anspruch nehmen und das im Grunde entsprechend verteilt wird. Hier gibt es dann auch die Frage nach den Personen zu beantworten, die von der Sache her auch heute schon mehr als 100 % Arbeit erbringen. Ich bin auch in diesem Fall der Meinung, daß dies über die Wochenarbeitszeit, die Jahresarbeitszeit sowie die Lebensarbeitszeit regelbar ist. Wenn man dies alles vor Augen hat, wäre eine Lösung möglich. Ich bin mir bewußt, daß es nicht das einzige Instrument ist.

Ich denke auch, daß wir die Frage nach Arbeitsplätzen, die keine hohe Ausbildung in Deutschland voraussetzen, lösen müssen. Wir haben nicht nur Menschen, die alle einen universitären Abschluß anstreben und auch schaffen würden. Insofern haben wir ein ganz anderes Problem in dieser Frage. Es geht darum, entsprechende Arbeitsplätze auch anzubieten. Wir sind herausgefordert, diese Arbeitsplätze auch entsprechend anzuerkennen. Diese Arbeitsplätze müssen gesellschaftlich genauso als notwendig und wichtig anerkannt werden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß diese Arbeitsplätze als zweitrangig angesehen werden. Die Menschen, die diese Arbeitsplätze einnehmen, müssen sagen

können, auch mein Nachbar, der zwar studiert hat, sieht mich aufgrund meiner einfachen Arbeit nicht scheel an, sondern er redet mit mir über den Gartenzaun, obwohl ich so eine einfache Arbeit verrichte. Das ist auch eine Frage, die an uns als Gesellschaft insgesamt gestellt ist.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Minister. Unser Vorsitzender wird jetzt das Schlußwort halten.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Minister, herzlichen Dank für Ihren Vortrag und für die Zeit, die Sie jetzt noch in die Debatte gesteckt haben. Ich hoffe, daß wir einige Anregungen mitnehmen werden, denn diese Kommission hat ja den Auftrag, an das Parlament Forderungen zu richten, Hinweise zu geben. Sicher wird das, was Sie über Ihre Kenntnis an Fakten auf den Tisch gelegt haben, dazu beitragen. Herzlichen Dank und weiterhin, wie man bei uns im Schwäbischen sagt, fröhliches Schaffen.

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler: Ich habe gerade gemerkt, daß ich der Frau Reichardt eine Anfrage schuldig geblieben bin. Es geht um die Anfrage über die Aufgabenwahrnehmung der freien Träger. Ich habe vorhin ja hervorgehoben, daß ich für die einzelnen Fachbereiche jeweils so drei bis vier Seiten Manuskript habe. Ich gebe das Material gerne der Enquete-Kommission mit, dann können Sie einzelne Zahlen von Sachsen nachlesen.

Ich komme jetzt aber zu dem Problem. Bei den Altenpflegeeinrichtungen verhält sich die Situation gegenwärtig so: Früher waren ungefähr 90 % staatlich und 10 bis 12 % kirchlich. Jetzt sind 36 % kommunal, die Diakonie hat 21 %, der DPWV 14 %, die AWO 12 %, das DRK 7 %, Privat 6 % und Caritas 4 %. Bei den Sozialstationen ist die Situation wie folgt: Hier habe ich keine prozentualen Angaben. Hier gibt es insgesamt 213 Sozialstationen, davon sind nur noch zwei kommunal, 22 gehören zur Arbeiterwohlfahrt, 17 zur Caritas, 76 zur Diakonie, 54 gehören dem DPWV an, 42 zählen zum Roten Kreuz. In dieser Weise habe ich eine Aufstellung für alle sozialen Einrichtungen. In den Behindertenеinrichtungen gibt es fast zu 100 % freie Trägerschaft, bei den Alteneinrichtungen sind 2/3 inzwischen in freier Trägerschaft, nur bei den Kindergärten sind wir erst bei 20 bis 22 % freie Trägerschaft angelangt, die anderen sind noch kommunal.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Das war jetzt noch ein kleines Intermezzo im innersächsischen Bereich. Wir sind jetzt am Ende dieser Runde. Interessant war auch zu vermerken, daß hier auch vom Sächsischen Sozialministerium avantgardistisch einige Programme in Angriff genommen werden. Dieses „Programm 55“, kombiniert mit dem Ehrenamt, hat mir gut gefallen. Ebenso aufschlußreich war auch die Arbeitsmarktanalyse, die sehr präzise auch einfach einmal wieder von den 9 Mio. Beschäftigten in der ehemaligen DDR runtergerechnet wurde, die ja dann auch unsere Arbeitslosenstatistik in gewisser Weise verzerrt. Auf der anderen Seite kamen die Anmerkun-

gen zum zweiten Arbeitsmarkt, ABM sowie zur 249h-Umschulung und Ausbildung. Diese Anmerkungen fand ich in Ordnung.

Herr Vorsitzender, ich würde dann gleich die organisatorischen Maßnahmen weiter besprechen. Wir schließen nahtlos an. Frau Kollegin Kurzhals, Sie werden jetzt hier den Vorsitz im Podium übernehmen, und dann geht es weiter bis 20.00 Uhr mit den Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern.

Ihnen, Herrn Minister, noch einmal herzliches Dankeschön und alles Gute in Zukunft.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, ich darf Frau Monika Schlegelmilch, Frau Dr. Sabine Schenk und Frau Beyer, Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, bitten, zu uns nach vorne zu kommen, damit wir die Thematik „Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern, Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung insbesondere für Frauen, Jugendliche, Ältere und Behinderte“ fortsetzen können. Frau Christine Kurzhals, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, ist am Nachmittag für die Moderation zuständig.

Ich darf Sie, meine Damen, herzlich begrüßen.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Schönen Dank Herr Vorsitzender. Wir sind jetzt in der Situation, daß endlich einmal ein ganz anderes Bild auf dem Podium zu sehen ist. Wie ich es so sehe, zeigt sich ein etwas attraktiveres Bild. Vielleicht wird es dadurch etwas bunter.

Das Thema ist wirklich sehr aktuell. Alles was mit Frauen, mit Jugend, mit älteren Menschen in unserer Gesellschaft zu tun hat, wurde zu einem Dauerbrenner in den letzten Jahren. Es sind wirklich interessante Referate, die im folgenden gehalten werden. Jeder Referent hat nur 15 Minuten zur Verfügung. Ich möchte bitten, daß jede Referentin sich einmal kurz vorstellt und dann sofort zum Thema kommt. Ich gebe Ihnen das Wort, Frau Monika Schlegelmilch.

Monika Schlegelmilch: Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, zum Thema „Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Frauen“ zu sprechen. Meine Ausführungen werden den Lebensbereich betreffen, in dem ich mich bewege. Dazu gehört, daß ich Ihnen ein paar Daten über meine Person mitteile.

Mein Name ist schon genannt worden, Monika Schlegelmilch, ich bin Jahrgang 1943, bin von Haus aus Buchhändlerin und Pfarrerin. Ich habe viele Jahre in der Stadtmissionsbuchhandlung in Halle als stellvertretende Buchhandlungsleiterin gearbeitet, habe in der Stadtmission gelebt und habe dort auch die DDR und die Kirchensituation sehr konkret an mir, an meiner Familie und an meinen Kindern gespürt.

Ich habe vier Kinder, vier Enkelkinder, bin geschieden und leite seit 1990 die Evangelische Stadtmission Halle e.V. Dies ist eine Einrichtung, die zum Spitzenverband des Diakonisches Werkes gehört und die auch ein freier Träger ist. Danach ist vorhin gefragt worden, und ich möchte ergänzend zu der Diskussion von vorhin sagen, daß ich als alleinerziehende Frau auch auf 100 % Beschäftigung angewiesen bin.

Ich habe hervorgehoben, daß meine Ausführungen den Lebensbereich betreffen, in dem ich mich bewege, sie sind also schlaglichtartig zu verstehen und sicher nur punktuell zu verallgemeinern.

In einem ersten Teil werde ich Ihnen an Beispielen aus meinem persönlichen Bereich, aus dem Arbeitsbereich Evangelische Stadtmission Halle e.V. und aus Gesprächen mit Frauen Situationsbeschreibungen vorlegen. In einem zweiten Teil versuche ich, die Situation vor und nach 1990 für ostdeutsche Frauen verallgemeinernd darzustellen. In einem dritten Teil präsentiere ich Ihnen einige Schlußfolgerungen.

Ich komme jetzt zur Situationsbeschreibung und damit auch zu meinen persönlichen Erfahrungen. Die Wende hat in meinem persönlichen Leben eine große Bedeutung gehabt. Im Spannungsfeld Abbruch und Aufbruch haben sich durch meine Scheidung und durch die Leitungsübernahme in der Stadtmission Halle einschneidende Veränderungen ergeben. Als alleinerziehende Frau und in Leitungsposition, habe ich meinen Platz in der Gesellschaft neu bestimmen müssen. Die Wende hat mir die Möglichkeit gegeben, mich frei zu äußern, aus vorgegebener Sprache und gemaßregelten Definitionen meine eigene Individualität zu finden und zu leben. Ich konnte Wege gehen, die mir Freude machen, Weichen stellen, die ich für richtig hielt.

Die Aufbruchstimmung im Osten war für mich eine große Chance. Gleichzeitig habe ich Erfahrungen mit dem „Westen“ gemacht, die atemberaubend waren.

Eine meiner ersten geschäftlichen Verhandlungen in meiner Leitungsposition mit einem führenden Mann der Westdiakonie brachte mir Ehrungen zum Abschied ein, wie ich sie als DDR-Frau nie gewohnt war: Tiefe Verbeugung und „gnädige Frau“ und dann kam zum Abschied der Satz: „Aber nun stellen Sie mir bitte einen richtigen Verhandlungspartner zur Verfügung. Ich verhandle nur mit einem Mann.“

Das, meine Damen und Herren, sind in aller Kürze meine Erfahrungen mit der Wende. Hohe Chance auf Individualität, Möglichkeiten, Leben neu und gut zu gestalten und gleichzeitig die große Gefahr, daß Weiblichkeit scheinbar geehrt wird und gleichzeitig in Belanglosigkeit abzusinken droht.

Für meine 30-jährige Tochter hat die Wende das Aus für ihren Beruf gebracht. Der Abschluß als Veterinäringenieurin an einer Fachschule wurde nicht anerkannt. Eine zweite Ausbildung als Hebamme konnte sie mit mir, sie hatte schon ein Kind, gut abschließen. Lückenlos ist sie dann in die Arbeitslosigkeit

gegangen. Sie lebt in einem funktionierenden Familienverbund und ist deshalb sozial abgesichert.

Meine Mutter, Rentnerin, verwitwet, eine sehr stolze Frau, die ein Leben lang schwer gearbeitet hat, hat es nie verkraftet, daß sie dann kurz nach der Wende, nach hartem Arbeitsleben, eine so kleine Rente bekommen hat, daß sie auf Sozialhilfe angewiesen war.

Ich komme jetzt zum Arbeitsbereich der Ev. Stadtmission Halle. Sozialhilfe war demütigend für DDR-Frauen. 79,73 % der insgesamt 153 Mitarbeiter der Stadtmission sind weiblich. Davon sind, außer mir, zwei Frauen in leitenden Positionen von insgesamt acht leitenden Mitarbeitern. Diese zwei Frauen sind alleinlebend und alleinerziehend. Sie haben nach der Wende zusätzliche Qualifikationen nachweisen müssen. Ihr Arbeitsvolumen geht, wie bei allen leitenden Mitarbeitern, über das einer 100 %igen Beschäftigung hinaus. Beide lieben ihre Arbeit. Beide sind am Rande ihrer Möglichkeiten, und es setzt sich so die resignative Erkenntnis durch: Alleinerziehende Frauen können eine Leitungstätigkeit nicht durchhalten.

In der offenen Arbeit der Stadtmission werden Frauen in sozialer Problematik begleitet. Der überwiegende Teil dieser Frauen ist alleinerziehend. Zu DDR-Zeiten war die Alleinerziehende sozial absolut gesichert. Die ihr zustehenden Leistungen bekam sie „automatisch“. Mit der Wende kam für viele Arbeiterinnen bei uns – vor allem in der Chemieregion – der Verlust des Arbeitsplatzes. Parallel dazu verteuerten sich Miete und Heizkosten. Das Arbeitslosengeld reichte nicht bzw. die Frauen konnten mit dem wenigen Geld nicht umgehen. Die Unwissenheit über das soziale Sicherungssystem und die DDR-Erfahrungen, ich habe ja Kinder, mir passiert nichts, brachten Verschuldungen. Staatliche Zuschüsse wie Wohngeld, Kindergeld und Unterhalt werden nicht beantragt. Hilflosigkeit, Scham, Verdrängungsmechanismen lassen häufig Alleinerziehende – in der DDR sozial abgesicherte Frauen – in Armut geraten. Sie haben ohne Begleitung kaum die Chance, jemals wieder ein „normales“ Leben zu führen. Wir haben in der Sozialarbeit die Erfahrung gemacht, daß bei Frauen die Schamgrenze höher liegt, als bei Männern. Sie suchen gar nicht oder sehr spät aus eigenem Antrieb Beratungsstellen auf. Es ist aber auch so, daß Frauen stärker sind. Sie schaffen den Abstieg viel langsamer als Männer es schaffen.

Noch einige Bemerkungen zum Arbeitsbereich Ev. Stadtmission Halle. In meiner Tätigkeit als Leiterin einer Einrichtung bin ich Arbeitgeberin. In dieser Funktion bekomme ich Züge von Frauenfeindlichkeit. Bei Einstellungsgesprächen kann ich mich folgenden Gedanken nicht entziehen: Hat die Bewerberin kleine Kinder? Besteht die Möglichkeit einer Schwangerschaft? Bei welchem Lebensalter ist welche Vergütung verbindlich? Ich schäme mich dieser Gedanken, aber meine eigene Geschichte und meine Identifikation mit den Bewerberinnen schützt uns vor Konsequenzen. Gut, daß ich als Frau in dieser Leitungsposition bin.

In Vorbereitung auf diese Anhörung habe ich Frauen befragt, welche Veränderungen die Wende für sie gebracht hat. In fast jedem Gespräch kam die Feststellung, daß in der DDR alles geregelt war. Die Bereiche, in denen gelebt, gearbeitet und gepflegt wurde, waren bestimmt, vorgeschrieben und abgesichert. Eine Journalistin erzählte mir, daß sie „Auslaufmodell“ sei. Frauen seien nicht erwünscht und solche mit „sozialer Ader“ schon gar nicht. In Ihrer Arbeitsgruppe, die überwiegend aus jüngeren Frauen besteht, gab es seit der Wende keine Schwangere. Finanzielle Probleme und Angst vor Arbeitsverlust sind die Gründe. Bei möglichen Kündigungen wird sie als Frau betroffen sein, weil sie einen arbeitenden Mann hat.

In einem anderen Gespräch erfuhr ich, daß es Frauen im Bankgeschäft besonders schwer haben. Sie sind dem Mobbing ausgesetzt.

In einer Gruppe krebskranker Frauen bekam ich als Rückmeldung: Die Ambulanzen fallen alle weg. Wo sind dann die Ärzte unseres Vertrauens? Aber auch die Rückmeldung: In unserer Alltagsbewältigung ist vieles leichter geworden.

Zwei Mitarbeiterinnen unserer Einrichtung berichten über ihre Arbeitsunsicherheiten. Sie waren zu DDR-Zeiten Mitarbeiterinnen im Einzelhandel und in einem Projektierungsbüro – beides frauentypische Bereiche. Beide Bereiche haben geschlossen. Übrig geblieben sind Frauen ohne jegliche Berufschancen und anerkannte Berufsabschlüsse. Sie sagen mir, wenn Sie jetzt zu mir sagen, wir können Sie nicht mehr brauchen, Sie haben nicht den entsprechenden Berufsabschluß, können wir nichts machen. So existieren große Unsicherheiten.

Ich komme zum zweiten Teil meines Vortrages: Frauen vor und nach der Wende. Aus den Beispielen und Befragungen geht hervor, daß „Arbeit“ vor und nach der Wende einen sehr hohen Stellenwert hatte bzw. hat.

In der DDR gab es für Arbeitsbummelei Gefängnisstrafen. Es war selbstverständlich, daß Männer und Frauen arbeiteten. Der Mensch schien sich über den Wert Arbeit zu definieren, Arbeit hatte gesellschaftlich höchste Priorität. Ihr ordnete sich das Leben unter.

Wie der Mensch in den Arbeitsprozeß einzugehen hatte, war staatlich verordnet. Rollenklischees schienen aufgelöst zu sein. Mädchen und Frauen entdeckten ihre große Begabung und Freude an technischen, auch an körperlich schweren Berufen.

„Frau“ „durfte“ aus ihrem Hausfrauendasein ins volle Berufsleben einsteigen. Sie war so „stark“, daß sie Familie, Haushalt, Beruf miteinander bewältigte. Höchste Ehren bekam die Frau in leitenden technischen Berufen, wenn sie außerdem dem Sozialismus Kinder schenkte und dem Mann eine starke Partnerin war.

Das morgendliche und abendliche Bild auf den Straßen sprach Bände. Müde und nervöse Frauen mit Kindern an der Hand und Einkaufsbeuteln hetzten nach Hause. Aber es war alles (an)geordnet. Sprachlich einheitlich definiert.

Die Kinder ganztags billig versorgt, der Arbeitsplatz sicher, die Poliklinik um die Ecke. Die Frau hatte zu funktionieren – auch in der staatlich verordneten Emanzipation. Frauen, die aus dieser Ordnung ausstiegen und wegen der Kinder zu Hause blieben, waren schwach und wurden belächelt. Außerdem wurden Kinder in Kinderkrippen besser gefördert als zu Hause, das war die These des Staates, der damit auch sein Bildungsmonopol untermauert hat. Der Wert „Arbeit" stand höher als Familie, als Kinder, höher als der Wert „Frau". Die Frau fragte nicht: Was will ich als Frau wirklich? Sie ließ sich sagen, wie „Frau" zu sein hatte.

Mit der Wende wurde diese Lebensform sehr schnell zerstört. Frauen sind zuerst und am meisten von Entlassungen betroffen. Frauentypische Bereiche wurden geschlossen, respektive reduziert – notwendiger Weise. Berufsfelder werden wieder „bereinigt": Journalismus, Banken, Ingenieure, auch Privatisierungen und das Baugewerbe. Bei zwei Verdienern bleibt selbstverständlich die Frau zu Hause und arbeitet dort umsonst.

Die DDR-Frau, für die Arbeit höchste Priorität hatte, hat keinen Boden mehr unter den Füßen.

Eine große Gruppe von Frauen hat nicht aufgegeben. Sie machen Umschulungen. Diese Frauen sind täglich auf Stellensuche, sie lassen sich beraten.

Nicht wenige Frauen können mit der plötzlichen Leere in ihrem Leben nicht leben. Beziehungsprobleme, Krankheit, Sucht können die Folgen sein.

Frauen, die noch im Berufsleben stehen, werden wieder hart gefordert. Ihnen droht der Absturz in belanglose Weiblichkeit. Oder sie müssen in aller Härte „ihren Mann stehen". Die wirtschaftlichen Zwänge, unter denen jeder Betrieb steht, lassen Rücksichten auf Kinder und auf die objektive Belastbarkeit der Frau nicht zu.

Die sozialen Absicherungen, die Müttern gegeben werden, – Kindertagesstätten sind ausreichend vorhanden – werden oft aus Angst nicht genutzt, der Erziehungsurlaub nicht ausgeschöpft. Die überwiegende Zahl der Frauen in Ostdeutschland wollen arbeiten und nicht zu Hause bleiben. Die Frau nach der Wende ist verunsichert, sie hat Angst, sie wünscht sich an vielen Stellen die DDR zurück. Sie ist zornig, wie wieder mit ihr umgegangen wird, sie muß jetzt fragen: Was will ich, Frau?

Ein paar wenige Schlußfolgerungen: Die deutsche Einheit hat zwei unvergleichbare Systeme zueinandergebracht. Die Menschen, die in der DDR erwachsen wurden, alt wurden, gelebt haben, sind geprägt von einem zentral verwalteten und verordneten Leben. Von Sprache, über Erziehung, soziale Sicherheit, über Werte bis zur Freizeitgestaltung war alles geregelt, staatlich vorgegeben, ja verordnet. Das Leben war übersichtlich, es war berechenbar. Wer diese Verordnungen akzeptierte, konnte sich gut orientieren. Dieses verordnete, angeordnete Leben hat psychische Folgen hinterlassen und neue Her-

ausforderungen mit sich gebracht. Eine besonders gefährdete Gruppe in der Bewältigung der neuen Situation sind die Frauen.

In meinem Lebensbereich erlebe ich Frauen, die auf Grund ihrer sozialen geistigen und persönlichen Unversehrtheit ihr Leben individuell und selbstbewußt neu bestimmen können. Ich erlebe auch Frauen in einem schweren Veränderungsprozeß, deren Kräfte und Möglichkeiten erschöpft sind. Denen Hilfestellungen verweigert werden, denen es droht – ob sie wollen oder nicht – die unbezahlte Hausfrauenrolle zugewiesen zu bekommen oder unterqualifiziert zu arbeiten (alleinlebende Frauen), um Familie und Beruf miteinander zu „vereinbaren". Und dann erlebe ich Frauen, denen Arbeits- und Beziehungsverlust und der Verlust des staatlich geordneten Lebens keine Chancen mehr einräumt.

Ich erlebe den Wert der Frau vor und nach der Wende gering geachtet. „Frauengerechte" Politik soll Vergangenes aufarbeiten, muß Gegenwärtiges unter Beteiligung von Frauen kritisch analysieren, wird sich aber zwingend einer Wertediskussion überhaupt stellen müssen.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen, Frau Schlegelmilch, für das sehr offene und auch sehr persönlich geführte Referat. Ich möchte jetzt gleich an Frau Dr. Schenk, Universität Halle, weitergeben.

Dr. Sabine Schenk: Vielen Dank, Frau Kurzhals. Meine Damen und Herren, Frau Kurzhals hat ja schon meinen jetzigen Aufenthaltsort genannt. Ich bin Soziologin und arbeite zur Zeit an der Martin Luther Universität Halle und werde dort die nächsten vier Jahre Zeit haben, eine Habilitationsschrift anzufertigen. Meine Promotion habe ich an der Humboldt-Universität Berlin angefertigt und dort auch 1990 verteidigt. In der Zeit dazwischen habe ich die letzten vier Jahre bei der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern gearbeitet. In diesem Zusammenhang habe ich mich auch – neben anderen Themen – mit der Situation von Frauen in den neuen Bundesländern beschäftigt. Ich habe für diesen Vortrag eine Reihe von Folien angefertigt, die wir hier leider nicht sehen können. Es ist aber die Tischvorlage als Kopie angefertigt worden, und diese Übersichten (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 2) stehen Ihnen jetzt mit diesem Redemanuskript zur Verfügung.

Ich bin aufgefordert worden, als Soziologin über die veränderten Lebenswelten von Frauen in den neuen Bundesländern im Zuge des Transformationsprozesses zu berichten. Sie werden merken, daß sich meine Ausführungen etwas von dem Bericht von Frau Schlegelmilch absetzen und unterscheiden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß meine Ausführungen grundsätzlich einen Gegensatz zu Frau Schlegelmilchs Vortrag darstellen. Für die Facetten, die zu diesem Thema in Betracht zu ziehen sind, sind meine Ausführungen vielleicht auch sehr nützlich.

Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Rückbesinnung auf die Erwartungen und Befürchtungen, die zu Beginn des Transformationsprozesses hinsichtlich der anstehenden Veränderungen in den Lebenswelten ostdeutscher Frauen formu-

liert wurden. In einer sehr vereinfachten und hier bewußt zugespitzten Form ließen sich damals wohl zwei Grundpositionen unterscheiden, die beide gleichermaßen plausibel waren und auf ernstzunehmenden Argumenten beruhten:

Da war zunächst eine eher pessimistische Position, die sehr schnell die Verdichtung von Beschäftigungsrisiken und die massive Abdrängung von Frauen aus dem Erwerbssystem und darüber hinaus das rasche Abschmelzen des in der DDR (im Vergleich zur Bundesrepublik) in verschiedensten Lebensbereichen konstatierten „Gleichstellungsvorsprungs", wie Herr Geißler es formulierte, befürchtete.

Es gab weiterhin eine eher optimistische Position, die vor allem die Befreiung ostdeutscher Frauen von dem „Zwang der real-sozialistischen Vollerwerbstätigkeit" und insbesondere der damit verbundenen erheblichen Doppelbelastung durch Berufs- und Familienpflichten betonte. Die Anhänger dieser Position erwarteten, daß eine Reihe von Frauen, vor allem von Müttern, die neuen Wahlmöglichkeiten nutzen und sich erleichtert vom Arbeitsmarkt zurückziehen bzw. ihre Erwerbsbeteiligung erheblich reduzieren würden. Parallel dazu wurde auch angenommen, daß die nun möglich und wahrscheinlich gewordene Ausweitung der Dienstleistungsbereiche in Ostdeutschland neue und attraktive Berufsfelder für Frauen bereitstellen wird. Also ähnlich wie die Tertiarisierungsschübe in den 70er Jahren in der Bundesrepublik.

Denkt man nun heute, sieben Jahre später darüber nach, welche Position den zu beobachtenden Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit von Frauen in den neuen Bundesländern näher war, so ist die Entscheidung scheinbar schon gefallen und kumuliert in der These von den „ostdeutschen Frauen als die Verliererinnen der Wiedervereinigung". Diese These hat sich relativ rasch und auch sehr hartnäckig in den politischen Diskurs eingemischt und diesen auch geprägt und ist vielen bereits zur unverrückbaren Gewißheit geworden. Um es gleich vorweg zu sagen: Mir selbst ist diese These zu pauschal und in ihrer Perspektivaussage auch etwas zu voreilig. Gleichwohl ist unbestreitbar, daß sie sich leider auf bedrückende und problematische Befunde stützt.

Dazu gehört ganz sicher die krisenhafte Entwicklung des Arbeitsmarktes, in der ostdeutsche Frauen mit erheblich höheren Beschäftigungsrisiken konfrontiert sind als Männer. Ich möchte dies beispielhaft an einigen Punkten verdeutlichen. Wenn Sie jetzt einen kurzen Blick auf die Übersicht 1 werfen würden, kann man dort relativ gut erkennen, daß die noch Ende der 80er Jahre sehr ähnliche alterspezifische Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen in Ostdeutschland sich in den letzten Jahren deutlich auseinanderentwickelt hat und heute eine verblüffende Ähnlichkeit zu den Mustern aufweist, die wir aus Westdeutschland kennen: Frauen sind insgesamt in geringerem Maße beschäftigt und ihre Erwerbsbeteiligung bricht ca. 5 Jahre früher ab als die der Männer, also schon im Alter ab 50 Jahre. Geschlechtsspezifisch gegenläufige Tendenzen zeigen sich vor allem in der Gruppe der 25-35jährigen. Während Männern dieser Gruppe eine gute Verstetigung im Erwerbssystem gelingt, schnei-

den die Frauen dieser Altersgruppe vergleichsweise schlecht ab: Der Rückgang ihrer Erwerbsbeteiligung und ihr Arbeitslosenanteil gleicht dem der älteren Frauen.

Wenn Sie jetzt die Übersicht 2 betrachten, erkennen Sie ein paar Zahlen zu den neusten Anteilen von Frauen im Erwerbsleben und in anderen Statusgruppen. Dort kann man erkennen, daß der Frauenanteil an den Erwerbstätigen in Ostdeutschland sich von ca. 50 % im Jahr 1989 auf rd. 44 % (1996) reduziert hat. Gleichzeitig fällt ihr Anteil an den Arbeitslosen mit 60 % überproportional aus, und die Arbeitslosenquoten von Frauen ist mit rund 20 % fast doppelt so hoch, wie die der ostdeutscher Männer. Diese Entwicklung resultiert allerdings weniger daraus, daß Frauen in stärkerem Maße von Entlassungen betroffen waren oder sind, sondern vor allem aus den erheblichen Schwierigkeiten von Frauen, nach dem Verlust des Arbeitsplatzes oder einer Erwerbsunterbrechung z. B. wegen Kinderbetreuung, wieder eine neue Beschäftigung zu finden.

Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist dann auch ein hauptsächlich weibliches Phänomen und Problem. Von den Personen, die bereits länger als ein Jahr arbeitslos sind, sind ca. zwei Drittel Frauen; dieser Anteil erhöht sich auf rd. drei Viertel, wenn die Arbeitslosigkeit bereits länger als zwei Jahre dauert.

Frauen gelingt es also vor allem dann erwerbstätig zu bleiben, wenn sie einem Arbeitsplatzverlust entgehen können, während Männern in stärkerem Maße Wiedereinstiege möglich sind – auch in die vormals als frauentypisch geltenden Erwerbsfelder der Dienstleistungsarbeit. Wie Auswertungen auf der Basis des Soziökonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen und jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung in Ost- und in Westdeutschland zeigen, müssen Frauen dabei häufiger als Männer berufliche Abstiege in Kauf nehmen, um überhaupt in Beschäftigung verbleiben zu können. In den Jahren von 1990 bis 1994 betraf das ca. 30 % der 1994 berufstätigen Frauen im Vergleich zu 22 % der berufstätigen Männer.

In der Tat konnten Männer in überdurchschnittlichem Maße von den Personalzuwächsen im Dienstleistungsbereich profitieren – zu Lasten von Frauen. Den Frauen bieten sich bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung fast ausschließlich im tertiären Sektor Beschäftigungsmöglichkeiten. Andere Bereiche stehen fast nur noch für Männer offen. Für die geschlechtsspezifische Branchen-Neuordnung der letzten Jahre lassen sich folgende Entwicklungen zusammenfassen: In der DDR frauendominierte Branchen werden zu Mischbranchen: Das betrifft den Handel, die Banken und die Versicherungen, aber auch andere Dienstleistungen. Mischbranchen werden zu tendenziell männerdominierten Branchen: Dazu gehören die Landwirtschaft, das verarbeitende Gewerbe, Verkehr, Bahn und Post. Traditionell männertypische Branchen schließen sich noch weiter gegen Frauenerwerbstätigkeit ab. Das betrifft den Bergbau und die Energie, die Bauwirtschaft, die Metall- und Elektroindustrie.

Trotz dieser Entwicklung bleibt meiner Ansicht nach hinsichtlich der „Verliererinnen-These“ Skepsis angebracht.

Verläßt man nämlich die ostdeutsche Perspektive des Vorher-Nachher-Vergleichs, dann stellt sich die aktuelle Situation – zwar nicht unproblematisch – aber zumindest weniger dramatisch dar: In den zurückliegenden Jahren des drastischen Beschäftungseinbruchs in Ostdeutschland ist es immerhin 47 % der 18-59jährigen Frauen gelungen erwerbstätig zu bleiben oder zu werden, und ihr Anteil an den Berufstätigen liegt weiterhin über den westdeutschen Vergleichwerten.

Auch die überdurchschnittliche Betroffenheit aller Frauen von Arbeitsmarktrisiken läßt sich empirisch nicht bestätigen. Die auf die Ausweitung des Dienstleistungssektors gerichteten Hoffnungen als Wachstumsfeld qualifizierter Berufsarbeit für Frauen haben sich zwar nicht in erwartetem Maße bestätigt, detailliertere Analysen verweisen aber darauf, daß z. B. hochqualifizierte Frauen mittleren Alters in den Dienstleistungsberufen, z. B. Lehrerinnen oder Ärztinnen, sogar bessere Beschäftigungschancen hatten als Männer.

Salopp formuliert könnte man also sagen: So problematisch die Entwicklung auch ist, vor allem natürlich für die Betroffenen selbst – die aktuelle Lage ist eigentlich besser als die Stimmung. Allerdings wäre auch dies wiederum zu kurzschlüssig, gilt es doch auch hier, die Betroffenen als Expertinnen ihrer eigenen Situation ernst zu nehmen. Zu fragen bleibt also nach den Gründen dafür, daß im öffentlichen Diskurs die negativen Wahrnehmungen so deutlich und so dauerhaft dominieren.

Ein Grund ist sicherlich in der nach wie vor außerordentlich hohen Erwerbsneigung und -bereitschaft ostdeutscher Frauen zu sehen und in den damit verglichen nun allerdings sehr schlechten Realisierungschancen dieser Bereitschaft. Der freiwillige Rückzug von Frauen aus dem Berufsleben ist nur marginal ausgefallen, hat quasi nicht stattgefunden. Auch daß die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen sich zu einem Gutteil als „Mitnahmeeffekt“ erweisen könnte, der aus erworbenen Ansprüchen an die sozialen Sicherungssysteme, also konkret der Arbeitslosenversicherung resultiert, und mit Auslaufen dieser Ansprüche sukzessive verschwinden wird, ist eine unrealistische Annahme. Neun von zehn nichterwerbstätigen Frauen in den neuen Bundesländern wollen so schnell wie möglich wieder eine Beschäftigung aufnehmen – selbst Frauen mit kleineren Kindern. Damit ist der Erwerbswunsch der nichtbeschäftigten ostdeutschen Frauen nicht nur deutlich höher als der der vergleichbaren westdeutschen Frauengruppe, sondern entspricht in etwa dem ost- wie westdeutscher Männer. Die mit der Ausdehnung des Geltungsbereiches der bundesdeutschen Arbeits- und Sozialordnung in den neuen Bundesländern zur Verfügung stehende Alternativrolle als Hausfrau und Mutter erfreut sich bislang in Ostdeutschland keiner großen Beliebtheit.

Angesichts dieser Tatsache induziert die Prominenz der „Verliererinnen-These“ wohl vor allem eine Verlusterfahrung und ist damit einem Konflikt gene-

reller Art zuzurechnen, der weit über die aktuelle Situation und wohl auch über Ostdeutschland hinausweist – nämlich dem Grundkonflikt zwischen Berufsarbeit und Familie, mit dem sich gegenwärtig jede moderne Industriegesellschaft in der einen oder anderen Form konfrontiert sieht. Wie dieser Konflikt befriedet wird, und welche Rollen dabei jeweils Frauen zugewiesen werden, ist höchst unterschiedlich, ebenso wie der Erfahrungshintergrund ost- und westdeutscher Frauen und ihrer Familien. Westdeutsche Frauen und ihre Familien reflektieren das Grunddilemma als Entscheidungssituation zwischen der beruflichen Karriere beider Partner oder einem Leben mit Kindern. Für ostdeutsche Frauen und ihre Familien war und ist dies nicht im gleichen Maße eine Entscheidungssituation, sondern sie favorisieren nach wie vor die gleichzeitige Realisierung beider Bereiche. In dieser Konstruktion darf die Berufsarbeit – vor allem die Berufsarbeit von Frauen – zwar nicht einseitig zu Lasten der Familie gehen, aber doch Zugeständnisse von den anderen Familienmitgliedern fordern, d. h. Familienpflichten dürfen die Erwerbsteilhabe eines Partners nicht prinzipiell in Frage stellen. Die Vorstellungenen und Orientierungen zur Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung unterscheiden sich dann auch systematisch in Ost- und Westdeutschland, und es ist wohl nicht übertrieben, in dieser Frage von zwei Teilkulturen zu sprechen. Auch dies möchte ich ganz kurz an zwei Punkten illustrieren.

Zum einen, an der in Übersicht 4 dargestellten Dauer der Erwerbsunterbrechung nach der Geburt eines Kindes, die bei ost- und westdeutschen Männern wie Frauen auf sehr unterschiedliche Wünsche trifft. Ostdeutsche favorisieren deutlich kürzere Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt eines Kindes als Westdeutsche. Eine lange Berufspause oder gar die Aufgabe des Berufs ziehen nur wenige in Betracht.

Zum anderen möchte ich auf die Übersicht 5 verweisen. Korrespondierend dazu wird die außerhäusliche Kinderbetreuung von ostdeutschen Frauen und Männern wesentlich stärker akzeptiert als in Westdeutschland.

Offensichtlich stützt sich diese Persistenz in der Unterschiedlichkeit ost- wie westdeutscher „Gewohnheiten“ dabei durchaus auf einen jeweils innerfamilialen Konsens – Frauen und Männer sind sich in diesen Fragen in den beiden Teilen Deutschlands ziemlich einig. Es gibt also wenige Anzeichen dafür, daß Frauen und ihre Familien in den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit ihre Präferenzen und Zielvorstellungen denen westdeutscher Familien merklich annähern. Daran haben die Risiken, die das Erwerbssystem für Frauen bereithält, bislang nichts geändert. Auch die Anreiz- und Entlastungsstrukturen des bundesdeutschen Wohlfahrtsregimes wirken durchaus widersprüchlich, und die Entscheidungen für die zur Verfügung stehenden Optionen fallen in Ost- und Westdeutschland different aus. Familienbedingte Reduzierungen der Erwerbsteilhabe werden zwar steuerlich und sozialpolitisch flankiert, die Leistungen der Sicherungssysteme gleichen jedoch in keinem Fall die Belohnungen aus, die aus einer Erwerbsteilhabe zu realisieren sind. Längere Erwerbsunterbrechungen beinhalten vor allem für die Familien Attraktivität, in deren Lebens-

vorstellungen die häusliche Kinderbetreuung ohnehin einen deutlichen Vorrang hat. Diese Familien finden sich eher selten in Ostdeutschland.

Gleichwohl ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nun auch in Ostdeutschland schwieriger geworden. Die Veränderungen beim Mutterschutz und in der Kinderbetreuung haben aber den grundsätzlichen Vereinbarkeitsanspruch nicht obsolet werden lassen, denn zum einen ist die Orientierungsleistung dieser Regelungen eher indirekt und für verschiedene Interpretationen offen. Zum anderen ist das Betreuungsnetz der Kindereinrichtungen zwar ausgedünnt, zeitlich restriktiver und teurer geworden, aber immer noch wesentlich besser als in den alten Bundesländern.

Ob und inwieweit allerdings der Vereinbarkeitsanspruch den veränderten Verhältnissen tatsächlich standhält, werden erst die nächsten Jahre zeigen. Der drastische Geburtenrückgang in den ersten Transformationsjahren beginnt sich erst langsam wieder auf niedrigerem Niveau zu stabilisieren. Wir werden also in den nächsten Jahren sehen, wie es ostdeutschen Frauen nach der Familienpause gelingt, Berufsarbeit und Kinderbetreuung zu kombinieren, ob sie ähnliche Erfahrungen machen wie westdeutsche Frauen oder – das wäre meine Vermutung – doch spezifische Bewältigungsformen des Vereinbarkeitsproblems entwickeln.

Auf jeden Fall ist es sehr zweifelhaft, daß sich die Lebensentwürfe und die Lebensrealität ostdeutscher Frauen in dieser Frage sehr rasch den aus Westdeutschland bekannten Mustern angleichen.

In diesem Sinne möchte ich meinen Beitrag mit einem Zitat abschließen, das die unterschiedliche Wahrnehmung junger Frauen in Ost- und Westdeutschland zum Verhältnis von Beruf und Familie sehr prononciert auf den Punkt bringt. Während Carol Hagemann-White 1982 für die alten Bundesländer formuliert hat:

„Mädchen können auch nicht annehmen, daß der Beruf ihnen eine geglückte Ehe vermittelt, völlig abwegig wäre die Hoffnung, durch Berufserfolg zur guten Mutter zu werden“, sagt eine junge ostdeutsche Frau:

„Wenn ich eine Familie habe, ist es wichtig, einen guten Beruf zu haben und glücklich zu sein im Beruf, sonst wird das mit der Familie auch nichts.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen, Frau Schenk. Ich möchte jetzt noch einen kurzen Hinweis geben, ehe ich Frau Beyer das Wort überlasse. Im Anschluß an den Vortrag von Frau Beyer werden in der zweiten Gruppe „Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Jugendliche“ gleich die Kurzvorträge von Herrn Harald Brettschneider, Stadtmission Dresden, und Dr. Kai Schnabel, Max Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, folgen. Frau Beyer, ich gebe Ihnen jetzt das Wort.

Heidemarie Beyer, MdL: Ich komme aus Güstrow, aus Mecklenburg-Vorpommern, bin Jahrgang 1949, in Thüringen geboren und habe in jeden der neuen Bundesländer länger als drei Jahre gelebt. Ich habe mich den Anforderungen des Lebens gestellt. Nach der 10. Klasse habe ich ein diakonisches Jahr in den Neinstedter Anstalten gemacht. Danach bin ich hier in Radebeul bei Dresden als Gemeindehelferin ausgebildet worden, und ich freue mich natürlich deshalb besonders, daß die Enquete-Kommission gerade heute hier in Dresden tagt. Nach meinem Examen war ich in der evangelischen Kirchengemeinde in Wittenberg/Pisteritz in der Kinder-, Jugend-, Familien-, Frauen- und Gemeindearbeit tätig. Später habe ich die Berufstätigkeit für die Erziehung meiner vier Kinder unterbrochen. Danach habe ich in Wichernheim bei Frankfurt an der Oder ein Förderbereich für bildungsunfähige Kinder, die bis dahin noch keinerlei Förderung erfahren hatten, aufgebaut. Desweiteren habe ich behinderte Paare, die in einer Partnerschaft zusammenleben wollten, begleitet. Bereits Anfang der 80er Jahre habe ich „betreutes Wohnen für Behinderte“ am Rande unserer Einrichtung ermöglicht und dieses begleitet. Danach bin ich nach Güstrow gezogen. Dort habe ich in der Behindertenwerkstatt gearbeitet, und habe Familien mit Behinderten betreut und begleitet – ehrenamtlich, das gab es auch schon in der DDR. Meine Erfahrungen aus meiner persönlichen, privaten und beruflichen Tätigkeit waren für mich Motivation, die Wende aktiv herbeizuführen. Ich habe die SPD in Güstrow mitgegründet. Für mich waren diese Erfahrungen auch ein Grund dafür, aktiv in die Politik einzusteigen.

Ich bin seit 1990 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in der SPD-Fraktion. Um die Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Frauen deutlich zu machen, möchte ich ganz kurz noch einmal auf das Leben in der DDR eingehen. Nur auf diese Weise werden die Folgen des Umbruchs deutlicher.

„Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe“ – dieser Anspruch war in der Verfassung der DDR garantiert“ (Art. 20, Abs. 2). Davon ausgehend war es für Frauen in der DDR eine Selbstverständlichkeit, einen Beruf zu erlernen und berufstätig zu sein, eine Selbstverständlichkeit, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, eine Selbstverständlichkeit, über ein breites Netz von Ganztagsbetreuung zu verfügen und eine Selbstverständlichkeit, eine eigene Alterssicherung zu haben.

Alle diese sozialpolitischen Erleichterungen in der DDR haben für Frauen Möglichkeiten der Selbstbestimmung eröffnet, aber sie haben das Geschlechterverhältnis als Machtverhältnis nicht verändert. Frauen durften auch Männerarbeit verrichten. Männer mußten sich aber nicht ändern. „Vater Staat“ gab den Frauen das, was er für sie als richtig und gut empfand, und Frauen sollten dafür dankbar sein.

Der hohe Anteil von 91,3 % erwerbstätiger Frauen Ende der 80er Jahre folgte dem „gesellschaftlichen Erfordernis“ und der frauenpolitischen Umsetzung des Gleichberechtigungsanspruchs. Er war darüber hinaus Ergebnis wachsender materieller Bedürfnisse, die ökonomische Zwänge setzten. Vor dem Hintergrund einer inflationären Preisentwicklung – trotz wachsender Einkommen – brauchte ein normaler Familienhaushalt ein Doppeleinkommen. Er war schließlich auch das Ergebnis eines allmählichen Interessen-, Wert- und Einstellungswandels der Geschlechter im Hinblick auf den Gleichberechtigungsanspruch von Frauen, der übereinstimmende und gemeinsame Lebensentwürfe prägte.

Trotzdem war in der DDR die juristische, keinesfalls die faktische Gleichstellung realisiert. Obwohl das Ziel der Gleichberechtigung nicht erreicht wurde, stellten Frauen zunehmend selbstbewußt ihren Anspruch auf ein eigenes Berufsleben, auf ökonomische und soziale Unabhängigkeit und auf eine eigene soziale Position. Ein wichtiger historischer Zugewinn, den Frauen freiwillig nicht mehr aufzugeben bereit sind.

Das Engagement von Frauen in der Wende war keinesfalls von dem Willen getragen, diese „Errungenschaften der DDR“ abzuschaffen. Viele hatten die Vision von gerechteren, demokratischen, freiheitlichen Lebensverhältnissen ohne Gängelei und Bevormundung. Die Verbesserung der Kindereinrichtungen, nicht deren Abschaffung, nicht Teilzeitarbeit und Entlassung, Arbeit entsprechend der Qualifikation, nicht nach dem Parteibuch, eine Schulbildung mit Bezug zum Leben ohne ideologische Beeinflussung, das waren ihre Ziele.

Mitbestimmung sowie die notwendige Verbesserung der materiellen Situation, der Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber ebenso die Wahrnehmung eigener kultureller Freiräume bestimmten das Handeln von Frauen. Statt dessen brachte der gesellschaftliche Umbruch die Entwertung der eigenen Erfahrungen, des eigenen Lebens, der gewohnten Berufsbiographie ihres Wissens und Könnens.

Eine Frau mit Fachschulabschluß, Jahrgang 1955, zwei Kinder, macht folgende Aussage:

„Die ganze Einstellung zum Leben ist anders geworden. Die Sicherheit, die man in der früheren DDR hatte, ist weg. Man hat eben Angst um seinen Arbeitsplatz, man hat Angst um seine Wohnung. Man hat mehr Angst, daß es mit den Kindern nicht so gerade geht, wie man sich das wünscht. Früher war eben der Weg vorgezeichnet. Wenn man geheiratet hat, irgendwann hat man mal eine Wohnung bekommen, die Berufsausbildung, die Qualifizierung, man bekam sie eben, wenn man sich darum bemühte und nicht negativ auf der Arbeit auffiel.“

Mit dieser selbstverständlichen DDR-Sicherheit war es nach der Wende vorbei. Vieles, was als normal galt, verschwand. Zum Teil von einem Tag zum anderen. Individuell und gesellschaftlich wurden bisherige Orientierungen außer Kraft gesetzt und mußten neue gefunden werden. Wie aus dem eben zi-

tierten Text hervorgeht, wurden diese neuen Verhältnisse als Bedrohung, die Angst machen, erfahren. Westlicher Individualisierungszwang und die bisher gewohnte Solidarität und soziale Anerkennung in den Arbeitskollektiven erschienen als unvereinbar. Ebenso die Erfahrung einer selbstverständlichen Berufsbiographie und wachsender Arbeitslosigkeit.

Frauen sind häufiger von dem Wechsel in der beruflichen Tätigkeit bzw. von einem Ausschluß aus dieser betroffen als Männer. Dies ergibt sich vor allem daraus, daß die Wiedereingliederungschancen von Frauen nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeutend geringer sind als die der Männer.

In den Medien, in politischen Gesprächen und Verlautbarungen treffen wir auf eine Rollenzuweisung für Frauen, die deutliche Unterschiede zwischen dem Selbstbild, das Frauen von sich haben, und dem Fremdbild dieser Personen oder Institutionen über Frauen zeigen.

Immer noch sind viele Entscheidungen durch das tradierte Rollenverständnis der Frauen als Mutter und Versorgerin der Familie gekennzeichnet. Es wird außer Acht gelassen, daß Frauen ebenso wie Männer ihre Fähigkeiten durch beruflich qualifizierte, wirtschaftlich unabhängig machende Tätigkeit und Karriere entwickeln wollen.

Wie z. B. die 36jährige Finanzökonomin und Mutter von 3 Kindern, die sich bereits über 300 Mal beworben hat, auch auf Stellen weit unter ihrer Qualifikation, die auf jeder Bewerberliste an erster Stelle steht und entweder zur Antwort bekommt: „Bei Ihrer Qualifikation kann sie die Arbeit doch nicht befriedigen“, oder aber: „Mit drei Kindern können Sie doch nicht arbeiten“, und keiner gibt ihr auch nur die geringste Chance, es zu beweisen.

Oder die Bauingenieurin, die Arbeit im Materiallager eines Baumarktes fand, nicht aber in ihrem Beruf, weil die Betriebsleitungen, die zu 80 % aus den alten Bundesländern kommen, sich nicht vorstellen können, daß eine Frau eine Baustelle beaufsichtigen und männliche Kollegen anleiten kann.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Lebensalltag, von Frauen vor der Wende gewünscht und als Lebenswunsch der Mehrheit der Frauen auch gegenwärtig, ist schwieriger zu realisieren als je zuvor.

Die Integration von Frauen in das Erwerbsleben ist durch den harten Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt erschwert, insbesondere durch auf traditionellem Frauenbild beruhende Einstellungspraktiken und ungünstige zeitliche Bedingungen für die Berufstätigkeit. Besondere Schwierigkeiten für die Teilhabe am Erwerbsleben haben Frauen in ländlichen Regionen. Die oftmals fehlende Mobilität infolge der Einschränkungen im ÖPNV, die hohen Fahrtkosten und die Nutzung des familieneigenen Fahrzeugs durch den Ehe- bzw. Lebenspartner, lassen Frauen nur sehr beschränkte Möglichkeiten, berufstätig zu bleiben bzw. eine neue Arbeit zu finden.

Die Bedingungen für die außerhäusliche Unterbringung und Betreuung der Kinder haben sich verschlechtert durch:

- das Schließen von wohnungsnahen Kindergärten,
- den fehlenden Rechtsanspruch auf Betreuung von Kleinst- und Hortkindern,
- die hohe finanzielle Belastung durch Betreuungskosten,
- die unzureichende Abstimmung der Arbeitszeiten mit den Öffnungszeiten dieser Einrichtungen.

Diese Situation hat besonders für Alleinerziehende spürbare Auswirkungen. Sie gehören nicht nur zu den finanziell am schlechtesten gestellten Bevölkerungsgruppen, sondern sind darüber hinaus durch ihre alleinige Verantwortung für Kindererziehung und Existenzsicherung besonders stark belastet.

Betrachtet man die Situation Alleinerziehender – immerhin 26,3 % aller Familienhaushalte mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern –, ist festzuhalten, daß Alleinerziehende fast ausschließlich über weniger als 2.500 DM Nettoeinkommen verfügen, während das Familieneinkommen bei Ehepaaren mit Kindern in 90 % der Fälle höher liegt. Während bei Alleinerziehendenden mit einem Kind 72,5 % den Gang zum Sozialamt antreten müssen, sind es bei Familien mit 3 und mehr Kindern 51,7 %. Dies macht deutlich, daß mit wachsender Kinderzahl auch für „normale“ Familien die sozialen Risiken wachsen.

Besonders betroffen durch die wirtschaftlich schwierige Situation und den Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt sind darüber hinaus junge Frauen nach der Ausbildung, unabhängig vom jeweiligen Berufsabschluß und Frauen über 45 Jahre, die, häufig inzwischen allein lebend, sich dem veränderten Alltag stellen müssen.

Der Anteil von Frauen an allen Erwerbslosen liegt bei konstant 60 %. Drei von vier Langzeitarbeitslosen sind Frauen. Es zeichnet sich eine Zweiteilung des Arbeitsmarktes ab. Männer stabilisieren sich auf dem 1. Arbeitsmarkt, für Frauen bleibt nur der ungesicherte 2. Arbeitsmarkt, und von Kürzungen in diesem Bereich sind natürlich Frauen dann auch wieder besonders betroffen.

Besonders dramatisch stellt sich die Situation des ländlichen Bereichs dar, wie in einer Problemstudie des Vereins „Das Dorf“ e.V. in Zarnewanz sehr anschaulich dargestellt. Ich zitiere: „Seit seinem Bestehen ist der Verein „Das Dorf“ e.V. mit dem Problem arbeitsloser Frauen beschäftigt und bietet ihnen von Zeit zu Zeit die Chance, als nun schon Langzeitarbeitslose, auf das ABM-Karussell aufzuspringen. Unter den langzeitarbeitslosen Frauen in ABM-Projekten befinden sich nicht nur ältere Arbeitnehmerinnen, sondern auch jüngere mit geringen schulischen und beruflichen Qualifikationen, oder andere mit Vermittlungshemmnissen, denen ein beruflicher Neueinstieg nur mit großen Hilfen gelingen wird. Andere bedürfen der sozialen Betreuung, weil sie suchtgefährdet oder verschuldet sind. Ebenso sieht es bei der männlichen Bevölkerung aus. Alkoholgenuß während der Arbeitszeit ist die häufigste Ursache für Abmahnungen und vorzeitige Entlassungen und ist so für manche zur Ursache ins Abgleiten in die Sozialhilfe geworden.“

Aufgrund unserer Erfahrungen und Beobachtungen durch die Tätigkeit der Sozialarbeiter kann eingeschätzt werden, daß zur Zeit jeder 5. Arbeitnehmer in ABM-Projekten suchtgefährdet und jeder 10. unterschiedlich hoch verschuldet ist. Besitzstandsverluste, mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten, fehlende Betätigungen und Angebote im sozio-kulturellen Bereich, eingeschränkte Mobilität und die Isoliertheit im Rahmen der dörflichen Siedlungsstrukturen werden in absehbarer Zeit ohne Abfederung arbeitsmarktpolitischer Instrumentarien zu einem „modernen Pauperismus“ führen, und bisherige Sozialisationsmuster und -strukturen im ländlichen/dörflichen Mikromilieu zum Nachteil Betroffener und der Dorfgemeinschaft insgesamt verändern.

Sie alle, die seit der Wende zeitweilig durch ABM-Projekte eine Betätigungsmöglichkeit fanden, gehören zu der großen Schar der Frauen, denen von Sachverständigen im Fünften Familienbericht

– Betroffenheit durch zu rücksichtslose „Landnahme“ des Westens,

– Enttäuschung über die Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft und

– ein durch die Wende ausgelöster „Einheitsschock“

bestätigt wird, und denen gleichzeitig, entsprechend der Stellungnahme der Bundesregierung zum Fünften Familienbericht klargemacht werden soll, daß die Frauen in den neuen Bundesländern, trotz der relativ ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt, nicht als die „Verliererinnen der Vereinigung“ anzusehen sind.

Die Studie stellt die Situation dar, wie sie überall im ländlichen Bereich bei uns wiederzufinden ist. Im Ergebnis dieser Studie ist festzustellen, daß in der Region von den 1.882 Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter nur 966, also gut die Hälfte, eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben, davon 31 % Frauen. ABM, Umschulung und Fortbildung sind für viele Frauen auf dem Lande die zur Zeit einzige Hoffnung, Zeiten unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu überbrücken, und den sozialen Abstieg zu lindern. Die insbesondere für Frauen erschwerten Bedingungen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, die soziale Unsicherheit und veränderte Wertvorstellungen trugen dazu bei, daß ein dramatischer Geburtenrückgang in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen ist. Während 1989 noch 26.403 Kinder geboren wurden, waren es 1994 nur noch 8.934. Frauen verzichten also nicht auf ihren Anspruch, erwerbstätig zu sein, wohl aber stellen sie ihren Kinderwunsch zurück oder realisieren diesen überhaupt nicht. Das leichte Ansteigen der Geburten in Mecklenburg-Vorpommern ist kaum als Umkehr des Trends zu werten. Es gibt jedoch einen Hinweis darauf, daß Frauen zunehmend mit den Unsicherheiten der gegenwärtigen Zeit umzugehen gelernt haben.

Meine Damen und Herren, betrachtet man die Situation von Frauen heute im Vergleich zu früher, muß man folgendes feststellen:

In der DDR war eine eigenständige Existenzsicherung ebenso eine Selbstverständlichkeit wie die Vereinbarung von Berufstätigkeit und Familie. Heute

werden Frauen durch den harten Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt verdrängt und an Heim und Herd verwiesen.

In der DDR hatten viele Frauen den Wunsch nach Teilzeitarbeit. Heute können sie sich das durch Unsicherheiten im Berufsleben und durch gestiegene Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten.

In der DDR war die Anzahl der Kinder kein finanzielles Problem, weder für Alleinerziehende, noch für kinderreiche Familien – heute sind Alleinerziehende und Kinderreichtum der wesentliche Grund für Verarmung – ein Armutszeugnis für ein reiches Land, wie die Bundesrepublik Deutschland.

In der DDR waren für alle Lebensbereiche wie Kindererziehung, Schule, Ausbildung, Arbeit, Behinderung, Sozialfürsorge, Krankheit und Alter Spezialisten zuständig, weil nichts die Arbeitskraft der Berufstätigen einschränken sollte – heute müssen sich die Menschen um alles selbst kümmern. Viele fühlen sich damit überfordert, weil die Fähigkeiten dazu nie entwickelt wurden bzw. verkümmert sind.

In der DDR haben viele Menschen unter der Bevormundung und Gängelei sowie der geistigen und räumlichen Enge gelitten – heute fühlen sie sich durch Wirtschaft, Politik sowie neue Chefs bevormundet, in ihren Rechten eingeschränkt und durch ihre wirtschaftliche Situation eingeengt und ausgegrenzt.

Wir haben nun die Freiheit, unseren Weg zu gehen. Vor uns das Bild von den „blühenden Landschaften“, und wir machen die Erfahrung, daß es ein weiter Weg dorthin ist. Ein Weg voller Gefahren und Hindernisse, mit Stolpersteinen, Abgründen.

Ich habe schon in der DDR für mich in Anspruch genommen, meinen Weg zu gehen, und ich bin meinen Weg gegangen. Ich habe meine Erfahrungen gemacht, als Mutter von 4 Kindern, in einer vollständigen Familie, als Alleinerziehende und in einer neuen Ehe mit einem Mann, der ebenfalls 4 eigene Kinder hat. Ich habe als Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte Erfahrungen gemacht. Ich habe meine Arbeit zeitweise aufgegeben für die Erziehung meiner Kinder, zur Begleitung meines Mannes während seiner Krankheit und seinem Sterben, und ich bin oft für verrückt erklärt worden, aber ich bin meinen Weg gegangen, auch wenn es der schwierigere Weg war und habe auch Benachteiligungen und Einschränkungen dafür in Kauf genommen. Das beglückende Gefühl, meinen Weg aus eigener Kraft bewältigt zu haben, die vielfältigen Erfahrungen und Begegnungen auf diesem Weg, haben mich für alles entschädigt. Es macht mir viel Freude, zu erleben, wie unsere Familie mit dieser Erfahrung auch heute ohne große Probleme ihren Weg geht. Meine Tochter hat nach dem Tod ihres Vaters einmal zu mir gesagt: „Als Vati krank war und gestorben ist, da haben wir das Schwimmen gelernt.“ Ja, das stimmt.

Bezogen auf die Menschen im Osten, Frauen wie Männer, kann man sagen, manche haben das Schwimmen gelernt und kommen an Land, andere irren umher, wieder andere finden keinen Halt am Ufer oder werden sogar wieder

ins Wasser gestoßen, weitere lassen sich treiben und träumen vergangenen Zeiten nach, und einigen geht die Luft aus, und sie bleiben auf der Strecke.

Willy Brandt hat einmal gesagt: „Was aus einem Menschen wird, ist nicht nur eine Frage seiner Fähigkeiten, es ist auch eine Frage seiner Chancen." Die Menschen im Osten brauchen noch viele zur Hilfe ausgestreckte Hände, damit sie wieder Boden unter die Füße bekommen. Geben Sie Ihnen eine Chance, und schenken Sie dabei den Frauen besondere Aufmerksamkeit. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen, Frau Beyer. Ich möchte um Nachsicht bitten, Herr Vorsitzender, wir haben etwas die Zeit überzogen, aber diese drei wirklich sehr unterschiedlichen und sehr gegensätzlich angelegten Referate waren so interessant, und sie zeigen das ganze Spektrum auf, daß es wert war, die Zeit etwas zu überziehen.

Jetzt möchte ich unsere Frauenrunde erweitern. Ich begrüße hier, gleich im Anschluß zum Thema Jugend, Herrn Harald Bretschneider von der Stadtmission Dresden und Herrn Dr. Kai Schnabel, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Ich möchte Sie bitten, gleich mit ihren Vorträgen zu beginnen.

Harald Bretschneider: Zu meiner Biographie: Ich war zwischen 1979 und 1991 Landesjugendpfarrer für das Land Sachsen und bin seitdem Leiter des Diakonischen Werkes der Stadtmission in Dresden mit einer großen Abteilung Jugendarbeit.

Ich denke, es ist gut, wenn wir Geschichte durch Lebensgeschichten betrachten. Hierin liegt mein Anliegen. Die Lebensgeschichten, die ich im folgenden vortragen werde, sind bunt, widersprüchlich und nicht uninteressant.

Da ist erstens Michaela. Michaela war Teilfacharbeiterin in einem „Kollektiv" der Zündholzfabrik, manchen von uns ist diese Fabrik in Riesa noch bekannt. Ihr Abschluß wurde nach der Wende nicht anerkannt, der Betrieb wurde geschlossen. Daraufhin war Michaela lange Zeit arbeitslos. Über 40 Bewerbungen führten zu keinem Ergebnis. Jetzt hat sie in dem „Sprungbrett e.V." in Riesa einen Platz in einem Beschäftigungsprojekt gefunden. Sie bereitet sich auf den Abschluß als Beiköchin vor. Sie bekundet: „Früher war die soziale Absicherung größer, jetzt kann ich mich persönlich besser entwickeln." Sie ist tatsächlich eine andere Persönlichkeit geworden.

Als nächsten Kandidaten möchte ich Frank vorstellen. Frank war schon während der Oberschulzeit ein Computerfreak – auch das hat es in der DDR gegeben. Um seines Hobbys Willen hat er alles mitgemacht, was man sich denken konnte, auch dann, wenn es ihn persönlich angestunken hat. Nach dem Abitur im Wendejahr ist er sofort nach Amerika gegangen. Dort hat er in der Computerbranche Arbeit gefunden. Es ist ihm gelungen, ein Programm zur Zuschnittsoptimierung zu entwickeln, das international gefragt ist. Nach

Deutschland zurückgekehrt, hat er einen eigenen Betrieb aufgebaut. Jetzt ist er dauernd beruflich unterwegs. Er hat kaum noch Zeit, die Freunde werden rar.

Jetzt möchte ich die Lebensgeschichte von Simon darstellen. Er hat das Gymnasium in der 11. Klasse abgebrochen, tauchte in der Szene in der Neustadt in Dresden unter und brach den Kontakt zur Familie ab. Das Erziehungskonzept, „immer schön in der Reihe bleiben", mit der gesamten uniformen Entwicklung, stank ihm schon als Schüler. Der ideologische Zwang und die Erziehung zur Zweizüngigkeit wurde von ihm abgelehnt. Auch im neuen System fragte er sich: Wem kann ich eigentlich noch glauben? Viele Lehrer haben sich schneller gewendet, als Jugendliche es begreifen können. Nun ist er auf der Suche nach dem Sinn seines Lebens. Dabei verläßt er sich auf die jugendlichen Freunde in der Gruppe. Seiner Meinung nach wurde Reichtum oft nicht erarbeitet, sondern ergaunert. Aus dieser Lebensphilosophie nimmt er sich jetzt das Recht, an diesem Reichtum durch kleine Diebstähle zu partizipieren. Er lebt nach dem Motto: „Das Leben muß doch eigentlich Spaß machen, schließlich werde ich bei den Bewerbungen immer wieder abgelehnt."

Zum Abschluß möchte ich noch Henry vorstellen. Er trug den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" auch aus Protest bis zur Wende. Er war der Schule müde und ließ sich in der 8. Klasse „entlassen". In seiner Freizeit ging er vielen Hobbys nach, er war sehr kreativ. Er kam dann mit dem Gesetz in Konflikt. Eine Schlägerei mit einem Mosambikaner brachte Henry eine Gefängnisstrafe ein. Nach der Amnestie ist er in den Westen gegangen. Hier mußte er lernen, daß es für ihn ums Überleben geht. Er ist jetzt wieder zurückgekommen und stellt fest: „Ich bin ein guter Familienvater und ein guter Klempner geworden."

Ich möchte im folgenden einen zweiten Gedanken erörtern: Wandel beginnt nicht erst mit der Wende. Seit den 80er Jahren ist eine zunehmende Politisierung im Mentalitätswandel unter Jugendlichen zu erkennen. Ich habe als Landesjugendpfarrer in den Tätigkeitsberichten – ich kann Ihnen diese zeigen – immer wieder beschrieben, wie die Jugendlichen zu dieser Zeit, als Seismographen für zukünftige kirchliche wie gesellschaftliche Entwicklungen zur Verfügung standen, und wie sie ihre Akzente setzten. Ich will das jetzt in der Kürze der Zeit nicht wiederholen, Sie können das in dem ausgeteilten Papier auch nachlesen.

In einem dritten Punkt möchte ich auf die Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Jugendliche eingehen. Hier läßt sich als erstes konstatieren, daß der gesellschaftspolitische Wandel die junge Generation prägt und von ihr geprägt wird. Die raschen politischen, ökonomischen und sozialen Umwälzungen führen einerseits zu großartigen Chancen für den persönlichen Lebensentwurf, andererseits führen sie oft zu erheblichen Orientierungskrisen und brisanten Verunsicherungen. Zweitens muß man hierbei anmerken, daß der ökonomische Modernisierungsprozeß berufliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet sowie Gefährdungen für die berufliche Existenz in sich bürgt. Als Folgen des ökonomischen Modernisierungsprozesses – nach

Ansicht der Fachleute haben wir in Sachsen die modernste technische Vernetzung der Welt – ergeben sich Konsequenzen für die Ausbildung und für die Beschäftigungssituation. Hier kommt es zu einer Polarisierung: Diejenigen, die begabt sind, kommen schnell voran und diejenigen, die es schwer haben, finden sich schwer zurecht. Drittens läßt sich zu diesem Punkt noch die Lebenssituation Jugendlicher zwischen Optionserweiterung und Perspektivlosigkeit herausstellen. Meiner Meinung nach führen die Verunsicherungen, die Jugendliche durchmachen, sehr häufig zu einer Optionserweiterung, zu einer Vorstellungserweiterung, verbunden mit dem Gefühl, daß auch Verlusterfahrungen produktiv verarbeitet werden können. Manchmal wird dies aber auch mit dem Gefühl verbunden, daß es wirklich in der blanken Perspektivlosigkeit endet. Es fühlen sich einige als Sieger, und es fühlen sich eine Reihe von Jugendlichen als Opfer. Da dem Milieu eine eigenständige aktive soziale Kraft zugeschrieben wird, ist besonders zu unterstreichen, daß für den Wandel in der Sozialordnung neue milieubildende Maßnahmen notwendig sind. Nachdem besonders kurz nach der Wende organisierte Gesellungsformen zur Schließung von Jugendclubs in den Städten bis zu 70 % geführt haben, und nachdem damals kaum Geld für Mitarbeiter in der offenen Jugendarbeit vorhanden waren, haben sich Jugendliche zu eigenen Gruppenformen zusammengeschlossen. Es gibt jetzt auch neu eröffnete Jugendhäuser.

Ich komme zu einem vierten Punkt: Der Strukturwandel der Familie und die veränderten Lebensformen. Die enormen Veränderungsmomente haben auch besonders die Familie und die Verwandtschaft erfaßt. Die Familie scheint ihr nischenförmiges Stützwerk in Form personaler und sachbezogener Dienstleistungen einzubüßen. Der Verlust traditioneller Sicherheiten im Hinblick auf Handlungs- und Erfahrungswissen, die über die Familie vermittelt wurden, führt zu einer sozialen Desintegration. Diese ist in der offenen Jugendarbeit sehr intensiv wahrzunehmen.

Bei meinem fünften Punkt möchte ich etwas länger verharren. Es gibt so etwas wie eine Labilisierung der beruflichen Existenz. Die zu stellende Frage ist hierbei: Wie ist das mit den Einstiegschancen von Jugendlichen im Arbeitsmarkt in der Gegenwart? Zunächst ist festzustellen, daß sich die Anzahl der Schulabgänger weiter erhöht, da der Geburteneinschnitt etwa um 1990 liegt, und die Veränderungen erst im Jahre 2004 bis 2008 zu erwarten sind. Es ist weiterhin festzustellen, daß die Biographie Jugendlicher nicht mehr durch eine nahtlose Aufeinanderfolge von Schulabschluß, beruflicher Bildung und Erwerbstätigkeit gekennzeichnet ist, sondern immer häufiger große Umwege bis zum Erwerbsleben gemacht werden. Dazu trägt auch die allgemein steigende Arbeitslosigkeit bei. Die größten Einstiegschancen haben Schüler mit den besten Bildungserfolgen. Gymnasiasten können einerseits studieren und andererseits eine berufliche Ausbildung wählen. Aufgrund der steigenden Schulabgängerzahlen und der sinkenden betrieblichen Ausbildungsstellen sind sozial benachteiligte Jugendliche immer stärker im Abseits. Die Bundesanstalt für Arbeit hat deshalb ihr Angebot an Ausbildungsmöglichen gezielt ausgeweitet, indem mehr außerbetriebliche Arbeitsplätze angeboten worden. Auch für be-

hinderte Jugendliche, für sozial benachteiligte und lernbeeinträchtigte Jugendliche ohne Schulabschluß gibt es nach der Schulzeit für unter 18jährige die Möglichkeit, sich einem berufsvorbereitenden Jahr zu widmen. Diese Möglichkeiten werden in überbetrieblichen Bildungszentren angeboten. Danach kann für diese Abgänger eine Berufsausbildung entsprechend ihren Fähigkeiten begonnen werden, oder eine Berufsausbildung entsprechend § 40c des AFG ansetzen, die dann vom Kolpingwerk oder von der Sächsischen Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft vorgenommen wird. Für die über 18jährigen mit besonderen Vermittlungshemmnissen, z. B. Lehrabbrecher oder Schulabgänger ohne Abschluß, kann der Eintritt in die Beschäftigungsmaßnahme erfolgen, um ihnen einen erneuten Start und neue Entscheidungsmöglichkeiten für die Berufsorientierung zu geben. Solche Projekte gibt es unterdessen bei verschiedenen Trägern.

Wie sehen die Schwellen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt aus? Ich will das anhand von Dresden und anhand einiger Zahlen aus Sachsen etwas konkreter erläutern. In Dresden gab es im vergangenen Jahr ca. 8.600 Schulabgänger und 7.200 Bewerber waren bei der Berufsberatung. Nach Einschätzung der Vermittler wurde auch die Eignungserklärung durch die Berater abgegeben. Demgegenüber standen 5.038 gemeldete betriebliche Ausbildungsstätten. Daraus folgt, daß in Dresden 1,4 Bewerber auf eine Stelle kommen, d. h. 50 bis 70 Stellen werden auf 100 Bewerber aufgeteilt. Im Land Sachsen verhält sich diese Situation in entsprechender Weise: 155.000 gemeldete Ratsuchende, 62.500 gemeldete Bewerber und 34.200 Ausbildungsstätten; d. h. es kommen 1,8 Bewerber auf die gemeldeten Stellen. Damit bleiben in Dresden 2.000 Bewerber übrig. Aus diesem Grund gibt es die überbetrieblichen Ausbildungsplätze und Förderungen durch die Gemeinschaftsinitiativen, Lehrstellen durch das Wirtschaftsministerium, durch die Förderung für sozial benachteiligte und lernbeeinträchtigte Jugendliche ohne Schulabschluß, und es gibt die Ausbildungsplätze der Berufsbildungswerke für Behinderte und die Lernschulen.

In Dresden sah die Situation so aus, daß im vergangenen Jahr bis jetzt 111 Jugendliche nicht vermittelt werden konnten. Diese Jugendlichen werden jetzt in einem Ausbildungskurs begleitet, damit sie bei der Vergabe in diesem Jahr zum Zuge kommen können.

Die zweite Hürde ist der Eintritt in das Berufsleben. Nach der Gesellenprüfung hat der Jugendliche noch keinen festen Arbeitsplatz. Es wird zunehmend schwierig, eine Festanstellung zu erhalten. Gab es in der Vergangenheit einen natürlichen Wechsel von älteren Menschen, die in das Rentenalter bzw. in den Vorruhestand eintraten und deren Stellen dann durch Jungfacharbeiter besetzt wurden, so sind durch den gravierenden Abbau von Arbeitsplätzen so viele Menschen in den Vorruhestand gesetzt worden, daß gegenwärtig keine Aufrückungsmöglichkeiten in den Firmen bestehen. Es wird versucht, durch ABM-Maßnahmen, über das Altersteilzeitgesetz Hilfe zu schaffen. Die Zeitarbeitsfirmen, die hier Mitarbeiter einstellen, um sie in den Altbundesländern zu vermitteln, haben versucht, Abhilfe zu schaffen.

Wie wirkt sich dieser immense Abbau von Arbeitsplätzen auf die Berufsabsichten und das Ausbildungsverhalten Jugendlicher aus? Der Anteil der Schulabgänger, die die duale Ausbildung als betriebliche Lehrstelle und Berufsschulausbildung wollen, wächst. Dahinter steckt immer noch die Erwartung, daß der Lehrvertrag bei einer Firma eher zur beruflichen Anstellung verhilft. Auch die Lehrlingsvergütung als Quelle für das Haushaltsbudget reizt zu dieser Anstellung. Ein Studium kostet eben Geld.

Die Fixierung auf einen Traumberuf gehört der Vergangenheit an. Jugendliche haben oft bei ihren Eltern persönlich die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit erlebt, so besteht eine große Flexibilität hinsichtlich der Berufswünsche. In Dresden gab es 1989 330.000 Arbeitsplätze, 1996 waren es noch 267.000. Mit anderen Worten: Es ging um einen Abbau von 60.000 Arbeitsplätzen. Dies geschah in besonderer Weise in der industriellen Produktion. Die Metall- und Elektroberufe waren ebenfalls davon betroffen.

Gewerblich-technische Berufe des Maschinenbaus, der Metallausbildung und der Elektroausbildung wurden bis 1995 mit Widerstreben erlernt. Die jugendlichen Schulabgänger erlebten, daß Eltern, die in diesen Berufen tätig waren, besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen waren. Die Arbeitsamtsberichte mit den entsprechenden Schlagzeilen über die Gefährdung dieser Berufsgruppen taten das Ihre. In dieser Zeit war es ausgesprochen vorteilhaft, Bauberufe als Ausbildungsberufe zu ergreifen. In der Hitliste der Berufe stand der Maurer, der in den westlichen Bundesländern erst hinter dem 20. Platz der Berufswünsche rangierte, an 8. Stelle, 1995 sogar an 3. Stelle. Seit zwei Jahren vermindert sich die Chance des Bauhaupt- und des Baunebengewerbes. Es gibt in Dresden 4.000 gesunde arbeitslose Bauarbeiter. Damit liegt Dresden mit 13 bis 14 % weit über dem Durchschnitt. Folglich ergreifen auch immer weniger Jugendliche Bauberufe.

Inwieweit sind wirtschaftlich motivierte Wanderungsbewegungen von Ost nach Westen oder von West nach Ost zu beobachten? Diese Frage ist vorhin schon gestellt worden. Ich bin, zumindest was die Jugendlichen betrifft, der Sache auf den Grund gegangen. Ganz genaue Zahlen lassen sich nicht ausmachen. Für Dresden vermuten die Fachleute, daß ca. 70.000 Mitarbeiter von außerhalb nach Dresden kommen, und daß 40.000 Bewohner Dresdens ihren Arbeitsplatz außerhalb von Dresden in den alten Bundesländern wahrnehmen. Von den Jugendlichen, die sich für eine Ausbildung beworben haben, sind 2,5 %, d. h. in Dresden sind dies exakt 154 Jugendliche, zur Ausbildung in die Altbundesländer vermittelt worden. Entsprechende Mobilitätshilfen des Wirtschaftsministeriums in Höhe von 300 DM pro Monat versuchen die zusätzlichen finanziellen Belastungen abzufedern. Der Hauptwanderungsstrom ist nach Baden-Württemberg und nach Bayern zu verzeichnen. Jugendliche wechseln kaum in den Norden. In besonderer Weise sind die Hotelfacharbeiter und die kaufmännischen Berufe in diese Wanderbewegung einbezogen. Es ist anzunehmen, daß neben diesen über die Beratung vermittelten Lehrstellen in anderen Bundesländern noch ungefähr 100 Berufsberatungen, die nicht durch das

Arbeitsamt vermittelt worden sind, in die alten Bundesländer gehen. Dabei wird die Erfahrung gemacht, daß es oft Ausbildungsplätze ohne Ausbildungsberechtigung sind, und daß Unterkünfte sehr fragwürdig gestaltet sind.

Es ist bei all dem erstaunlich, festzustellen, daß junge Menschen, vor allen Dingen mit geringem Bildungsniveau relativ wenig mobil sind. Für den Freistaat Sachsen werden 2.768 Ausbildungsplätze außerhalb von Sachsen eingenommen. 1995 lagen 1.707 beim Landesarbeitsamt vor. Davon kamen 12 % aus dem Arbeitsamtsbereich Annaberg und 31 % aus dem Arbeitsamtsbereich Bautzen, also den besonderen Problemarbeitsbereichen von Sachsen. Davon waren 67 % der Antragsteller Mädchen und junge Frauen, 35 bewarben sich im Hotel- und Gaststättengewerbe und 16 im kaufmännischen Bereich.

Wie sind die Probleme und Befindlichkeiten bei den Jugendlichen, die wir selber im jugendhilflichen oder jugendbehilflichen Bereich in der Stadtmission haben?

Nach dem AFRG verändern sich auch für unsere Jugendprojekte die Förderbedingungen. In Dresden werden solche Vorhaben nach dem derzeitigen Kenntnisstand nur noch mit 75 % der Personalkosten seitens der Bundesanstalt gefördert. Ob die Kommunen, die das übernehmen sollen, in der Lage sein werden, die anfallenden 25 % zur Verfügung zu stellen, ist unklar. Soweit wir das bis jetzt übersehen, ist es nicht zu erwarten. Die Eigenerwirtschaftung der Finanzmittel fällt aus, weil das auch mit den Interessenlagen der Handwerkskammern kollidiert. Zur Befindlichkeit der Jugendlichen in unseren Projekten ist zu konstatieren, daß wir bemerken, daß unsere Anliegen, die Jugendlichen auf eine Ausbildung zu orientieren, immer schwieriger zu realisieren sind. Die Zeit der vorhergehenden Arbeitslosigkeit ist unterschiedlich lang und die Erfahrung damit ist auch in den Familien z.T. erschreckend. Wir haben neben Schulabgängern ohne Abschluß auch Lehrabbrecher und solche, die keine Lehrstelle erhalten haben.

Wir stellen zunehmend fest, daß das Interesse an der gezielten Berufsausbildung bei den Jugendlichen zurückgeht. Angebote des Arbeitsamtes bzw. des Berufsinformationszentrums werden nicht in dem angebotenen Umfang angenommen. Die Jugendlichen lockt vielmehr die schnelle Mark, der Job wird höher bewertet als eine Grundausbildung. Zum Teil überschätzen sich Jugendliche trotz der sozialpädagogischen Betreuung und Begleitung in ihren Fähigkeiten und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Einflüsse durch die Medien sind dabei sehr stark. Die unsichere Arbeitslage und die hohe Arbeitslosigkeit verlocken die Jugendlichen hingegen, sich nicht in eine Berufsausbildung zu begeben.

Es ist festzustellen, daß neben der gewerblichen Qualifikation immer stärker auch eine soziale Qualifikation erfolgen muß. Die größten Chancen haben Jugendliche mit guter qualifizierter Schulausbildung und mit hoher sozialer Qualifikation.

Ich fasse zusammen: In der Folge des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung empfinden sich vor allen Dingen die gefährdeten Jugendlichen als eine ausgesperrte Generation. Sie fühlen sich als eine Jugend im Wartestand, die sich nicht mehr gebraucht fühlt und die auf später vertröstet wird. Manche Jugendliche machen deswegen mit aller Gewalt auf sich aufmerksam. Andere empfinden sich als leergebrannt, erschöpft, ausgehöhlt und nur noch funktionierend. Es gibt andererseits eine Reihe von Jugendlichen, die ganz neu nach dem Sinn für sich selber suchen, für den es sich zu leben lohnt. Sie suchen nach echten Menschen, deren Reden durch das Leben gedeckt ist. Sie erwarten Politiker, bei denen sie spüren, daß sie die Jugend für die Zukunft brauchen und nicht nur für die Rente. Sie fragen Repräsentanten der Wirtschaft, warum wirtschaftliche Erträge nicht viel stärker zur Förderung des Arbeitsmarktes in Deutschland eingesetzt werden. Insgesamt fragen sie nach Gott und der Welt. Sie fragen nach einem Halt außerhalb von sich selbst, und sie sehnen sich nach einer Barmherzigkeit, die auch ihre Fehler verzeiht und verkehrte Wege korrigiert. Sie suchen nach Ehrfurcht vor dem Leben, Respekt voreinander und Verständnis im Konflikt. Vielleicht mischen sich auf diese Weise ganz neue Fragen unter uns ein.

Es ist Fastenzeit. Jesus sagte einmal: „Manche Probleme sind nur zu bewältigen durch Beten und Fasten. Fasten beeinflußt unseren Lebensstil." Ich könnte mir vorstellen, daß Fasten bei der Bewältigung des Wandels der Arbeitsmarkt- und Sozialordnung für Jugendliche hilfreich sein kann. Ich möchte Sie als Bundestagsabgeordnete und als Gäste zumindestens zu einer Fastenaktion einladen. Ich möchte jeden Interessierten dazu auffordern, das vorn ausgelegte Material anzuschauen.

Ich denke, daß dieses Fasten dazu beitragen kann, wahrzunehmen, wo Jugendliche heute Seismographen für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung sind. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Vielen Dank, Herr Bretschneider. Wir nehmen natürlich Ihr Angebot an und schauen uns das Material an. Ob wir nun unbedingt fasten, weiß ich nicht. Herr Dr. Schnabel, ich erteile Ihnen jetzt das Wort.

Dr. Kai Schnabel: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich mache es angesichts der Zeit hoffentlich kürzer als geplant. Da Sie ein Manuskript meines Vortragstextes haben, können Sie die eine oder andere Passage, die ich jetzt galant überspringen werde, in Ruhe nachlesen (Hinweis: Manuskript, Tabellen und Abbildungen in Anlage 3).

Kurz zu meiner Person. Ich bin wissenschaftlicher Mitarbeiter im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Ich bin dort Forschungskoordinator in einem Schulleistungsforschungsprojekt mit dem Titel „Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter", das in den alten und den neuen Bundesländern stattfindet. Aus dieser Studie werde ich Ergebnisse referieren.

Das Thema meines Vortrages lautet: „Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung – insbesondere für Jugendliche“. Man kann sich der tonnenschweren Last dieses Themas nur dadurch einigermaßen galant entledigen, indem man sich auf einen Teilaspekt beschränkt. Gegenstand meiner Ausführungen soll das Gesellschaftsbild von Jugendlichen und die Auswirkungen von Einmündungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt in Ost und West sein. Das ist eine entscheidende Einschränkung, die die ganze Dramaturgie meines Vortrages bestimmen wird. Mir geht es zudem darum, daß wir einen Blick auch dafür haben, wie es in den alten Bundesländern aussieht. Ich möchte vermeiden, daß man Veränderungen zu stark auf die spezifische Situation in den neuen Bundesländern bezieht, die in Wirklichkeit gesamtdeutsche Effekte sind. Sie werden das in den Ausführungen an der einen oder anderen Stelle merken.

Die von mir eingegangene Begrenzung auf das Gesellschaftsbild bei Jugendlichen und die Veränderung im Gesellschaftsbild bei Jugendlichen hat drei Gründe:

1. Eine gewisse Vorsicht meinerseits, als Psychologe nicht der Versuchung zu erliegen, über gesetzliche Rahmenbedingungen, ökonomische Entwicklungen und Krisen oder über ordnungspolitische Notwendigkeiten wertenden Stellungnahmen abzugeben, ohne die hierfür notwendige Fachkompetenz zu besitzen.

2. Der zweite Grund bezieht sich auf den Begriff „Folgen“, der im Titel anklingt. Der Begriff Folgen wird in der politischen Debatte und natürlich auch in der Medienöffentlichkeit sehr oft im Sinne unmittelbarer Konsequenzen politischen Handels verstanden. Längerfristige, schleichend sich vollziehende Veränderungen geraten dabei schnell aus dem öffentlichen Blick.

3. Der dritte Grund meiner Zurückhaltung hängt mit der Studie zusammen, aus der ich hier referieren möchte.

   Wenn man sich die Überschrift für den heutigen Nachmittag vergegenwärtigt, „Die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern“, so schwingt für mich ein „im Vergleich zu früher“ mit. Doch auf welches „früher“ soll man die Lebenslage heutiger Jugendlicher in den neuen Bundesländern eigentlich beziehen? Ich verstehe die Gesamtdramaturgie dieser Anhörung so, daß es um die spezifische Situation in den neuen Bundesländern geht, und da liegt für die Jugendforschung der Vergleich zu den alten Bundesländern näher als der vergleichende Rückblick. Genau diese Perspektive eröffnet unser Forschungsprojekt. Die Jugendlichen, die wir untersuchen, waren zu Zeiten der Wende gerade einmal 12 Jahre alt, so daß also der Blick zurück durch die Jugendlichen wissenschaftlich nicht so bedeutsam sein kann.

Im Laufe meines Vortrages werde ich mich auf die Abbildungen beziehen, die Sie am Ende des Ihnen ausgehändigten Manuskriptes vorfinden. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, die eine oder andere Abbildung meines Manuskriptes an-

zuschauen, da kein Overheadprojektor vorhanden ist. Ich werde Ihnen die entsprechenden Seiten der jeweiligen Abbildungen meines Manuskriptes angeben.

Auf die folgenden Fragestellungen will ich kurz eingehen:

1. Welche Unterschiede im Verständnis unserer Gesellschaft und Politik bestehen zwischen Jugendlichen in Ost und West unabhängig von ihrer individuellen Lebenssituation?

2. Wie verändert sich das politische Weltbild von Jugendlichen, die eine Statuspassage Schule-Beruf durchlaufen? Also diejenigen Schülerinnen und Schüler, die am Ende in unserem Fall der Jahrgangsstufe 10, einen Ausbildungsplatz suchen?

3. Gibt es spezifische Auswirkungen für Jugendliche, die besondere Schwierigkeiten beim Finden eines Ausbildungsplatzes hatten?

   Hierbei beziehen wir uns auf die Gruppe in unserer Stichprobe, die tatsächlich, wie auch Herr Bretschneider schon andeutete, in die außerbetriebliche Ausbildung eingemündet sind, d. h. Jugendliche, die die Härte des Arbeitsmarktes oder des Ausbildungs- und Lehrstellenmarktes voll zu spüren bekommen haben. Daß es sich eher um eine besondere Gruppe handelt, können Sie dem Manuskript genauer entnehmen. Nur als Beispiel: In dieser Gruppe wurden im Durchschnitt 15 Bewerbungen geschrieben, während im Gesamtdurchschnitt lediglich 8 Bewerbungen geschrieben wurden.

Meine Ausführungen beziehen sich überwiegend auf Befunde aus einer Stichprobe, die 1993 in der 10. Klasse befragt wurde und für die bereits Daten aus einer Nachbefragung 1995 vorliegen. Der Schwerpunkt dieser Studien liegt auf den Problemen der Berufseinmündung und der politischen Sozialisation Jugendlicher. Das Pfund, mit dem ich hier wuchern kann, ist der Umstand, daß wir von den Jugendlichen wissen, welche Probleme sie bei der Berufseinmündung hatten. Desweitern haben wir tatsächlich einen echten Längsschnitt, d. h. wir haben Veränderungsdaten über die Zeit und zwar bezogen auf immer exakt dieselbe Befragungsstichprobe.

An einer Stelle werde ich Referenzdaten aus der Hauptstudie und der einer weiteren Studie referieren, ich sage das nur, damit Sie sich nicht wundern, daß dort andere Jahreszahlen stehen. Wir haben bereits 1992 parallel eine Studie durchgeführt. Diese haben wir direkt nach der Umstellung der Schulsysteme in den meisten neuen Bundesländern durchgeführt.

Zu erwähnen ist, daß diese Studie in vier Bundesländern stattfindet: in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin, und daß die gezogenen Stichproben landesrepräsentativ für ein Geburtsjahrgang sind. Ich gehe jetzt der Einfachheit halber davon aus, daß Nordrhein-Westfalen für die westlichen Bundesländer in etwa repräsentativ ist und Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt für die neuen Bundesländer.

Sehen Sie mir bitte nach, daß dieses Vorgehen vielleicht an der einen oder anderen Stelle nicht ganz zutrifft.

Diese zwei Vergleichsgruppen werden wieder in zwei Untergruppen aufgeteilt: In diejenigen Jugendlichen, die nach der 10. Klasse in die gymnasiale Oberstufe oder an ein Fachgymnasium gewechselt sind, und in diejenigen, die tatsächlich am Ausbildungsmarkt nach einer Lehrstelle oder einem Ausbildungsplatz nachgefragt haben.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Herr Dr. Schnabel, darf ich Sie daran erinnern, daß Sie noch eine Minute zur Verfügung haben. Ansonsten verbleibt keine Zeit mehr zur Diskussion.

Dr. Kai Schnabel: Ich möchte darauf hinweisen, daß ich erst 16.03 Uhr mit meinem Vortrag begonnen habe. Also ich überspringe alle weiteren Ausführungen und komme direkt zu den Ergebnissen. Wenn Sie dazu bitte Abb. 2 (Anlage) mit dem Titel „Wie stark interessieren sich Jugendliche für Politik?“ aufschlagen würden. Dieser Abbildung können Sie entnehmen, daß es in West und Ost, auch in Abhängigkeit von der Lebenslage der Jugendlichen, keine Unterschiede gibt. Das Interesse für Jugendliche ist, ich sage es jetzt einmal salopp, mittelmäßig und es verändert sich auch über die Zeit nicht. Die zwei Jahre Abstand haben in dieser Hinsicht wenig bewirkt. In Tab. 2 sehen Sie fünf Gruppen. Wir haben Gymnasiasten aus Ost und West, Ausbildung Ost und West und die Gruppe außerbetrieblich ausgebildeter Jugendlicher im Osten. Im Osten sind in der letztgenannten Gruppe knapp 20 Jugendliche, in Nordrhein-Westfalen waren es lediglich zwei.

Wenn Sie jetzt bitte die Abb. 3 (Anlage) betrachten würden. Wir haben nach einer allgemeinen Einschätzung der Lage in der Bundesrepublik gefragt. Ich fange bei den Auszubildenden in den neuen Bundesländern an. Hier erkennen Sie überwiegende Stabilität. Insgesamt ist die Meinung von der Politik relativ gut. Sie sehen einen erstaunlichen Anstieg bei der Zufriedenheit bezüglich der Demokratie. Liegt es nun daran, daß die Jugendlichen besondere betriebliche Mitbestimmung erfahren? Offensichtlich nicht: Wenn Sie auf die Abb. 4 (Anlage) schauen, sehen Sie die gleiche Darstellung für die Gymnasiasten in den neuen Bundesländern. Das Ergebnis unterscheidet sich statistisch nicht. Ich hätte Ihnen jetzt die Daten für die neuen Bundesländer präsentieren können, es ist exakt das gleiche Bild.

Vieles spricht dafür, daß wir hier ein reines Entwicklungsphänomen abgebildet sehen, das mit dem Erreichen des Wahlalters zu tun hat. Bei der Erstbefragung waren die Jugendlichen im Schnitt 16 Jahre alt, zum zweiten Zeitpunkt mehrheitlich über 18 Jahre. Wir wissen aus anderen Jugendstudien, daß sich mit dem Erreichen des Wahlalters psychologisch eine ganze Menge im politischen Weltbild von Jugendlichen verändert, weil sie sich selbst mit 18 Jahren als vollwertige politische Bürger eines Landes wahrnehmen. Etwas anders sieht es für die Gruppe der Jugendlichen in den außerbetrieblichen Maßnahmen aus (Abb. 5). Hier sehen Sie, daß die Zufriedenheit mit der Demokratie auf absolut

unterstem Niveau geblieben ist. Hier stellt sich also die Frage: Sind das Folgen von sozialer Deprivation? Wenn Sie die Abb. 6 bitte betrachten würden. Wir haben allen Jugendlichen auch die fast identisch formulierte Frage zu ihrem Verhältnis zur ehemaligen DDR gestellt. Die Abbildung verdeutlicht, daß insbesondere die Jugendlichen aus den außerbetrieblichen Maßnahmen die DDR zunehmend positiver sehen. Die Veränderungen von 1993 nach 1995 zeigen einen deutlichen Zuwachs, der auch statistisch nachzuweisen ist. Die sozial deprivierten Jugendlichen neigen also stärker als andere Jugendliche zur „DDR-Nolstalgie", die für diese Jugendlichen – nach meinem Dafürhalten – überhaupt keinen wirklichen Erfahrungshintergrund haben kann, wenn man sich vor Augen hält, daß diese Jugendlichen zu Zeiten der Wende 12 Jahre alt waren.

Interessanterweise ist die sogenannte DDR-Nostalgie auch bei den Gymnasiasten ausgeprägter als bei den Auszubildenden. Hier deuten sich zwei unterschiedliche Arten der „posthumen" DDR-Aufwertung an. Eine, die durch persönliche Problemlagen und soziale Bedrohung begründet ist („Deprivationsmotiv") und eine eher intellektuelle Höherbewertung, wenn man dieses hochgegriffene Wort für Schüler der 12. Klasse einmal akzeptiert, den man vielleicht als „Salonsozialismus" bezeichnen könnte.

Doch was liegt hinter solchen allgemeinen Äußerungen über Politik? Man möchte schließlich nicht nur wissen, welche Partei Jugendliche wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, sondern auch, welche Motive und Wertvorstellungen dahinterstehen. Um dieser Frage nachzugehen, haben wir die Jugendlichen danach gefragt, wovon es ihrer Meinung nach abhängt, ob man in einer Gesellschaft wie der unsrigen Erfolg hat und sozial aufsteigt. Der zentrale Befund gibt Abb. 7 wieder. Diese Abbildung sollte uns doch zu Denken geben, denn Sie sehen, hier wurde danach gefragt: „Wovon hängt es Deiner Meinung nach ab, ob jemand Erfolg hat und sozial aufsteigt?" Dahinter liegt also die Frage, welches Verständnis Jugendliche heutzutage über die soziale Dynamik unseres Landes haben? Sie sehen, daß die sogenannten meritokratischen Prinzipien deutlich höher bewertet werden (wie Anstrengung, Begabung, Fachkenntnisse, Dynamik, Initiative), während Geld und Vermögen, Rücksichtslosigkeit etc. als eher unwichtig erachtet werden. Es ist deutlich zu erkennen, daß sich hier eine Schere in den vergangenen 5 Jahren aufgetan hat. Sie werden heute Jugendliche weit zurückhaltender in dem Glauben daran finden, daß meritokratische Aufstiegsprinzipien unserer Gesellschaft tatsächlich relevant sind. Und das ist die zentrale Botschaft: Wir finden diesen Effekt, diesen Rückgang in dem Glauben an meritokratischen Prinzipien in exakt dem gleichen Maße bei Jugendlichen in den alten und neuen Bundesländern. Es ist also sehr schwierig, wenn man jetzt dieses veränderte Weltbild auf die spezifischen Situationen in den neuen Bundesländern zurückführen wollte. Genauere Analysen zeigen, daß sich „Ossis" und „Wessis" unter den Jugendlichen in einer ganz anderen Hinsicht unterscheiden. Die ostdeutschen Jugendlichen glauben weit stärker an die zusätzliche Wirksamkeit illegitimer Aufstiegsmöglichkeiten wie „gute" Beziehungen und Rücksichtslosigkeit. Sie un-

terscheiden sich nicht von den westdeutschen Jugendlichen hinsichtlich der Frage, ob man durch Eigeninitiative Karriere machen kann, sondern sie sehen viel stärker noch eine Hintertür. Ich möchte damit in keinster Weise irgendeine Aussage über die Realität machen – es sind alles soziale Konstruktionen in den Köpfen der Jugendlichen.

Ich komme jetzt zu meinem Fazit: Es erscheint ratsam, Aussagen über die Lebenslage Jugendlicher in Ostdeutschland vor allem im Vergleich mit der westdeutschen Vergleichsgruppe zu diskutieren.

Die Arbeitsmarktsituation ist in den alten Bundesländern zwar etwas entspannter, aber insgesamt auch kritisch zu sehen. Wir finden auch in den alten Bundesländern viele Jugendliche in außerbetrieblichen Maßnahmen. Ein letzter Punkt, auf den ich hinweisen möchte, besteht darin, daß wir in unserer Studie zeigen können, daß das Einmünden in außerbetriebliche Maßnahmen einen sehr deutlich positiven sozialisatorischen Effekt auf diese Jugendlichen ausübt. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Jugendlichen nicht nur einfach „objektive Verlierer“ sind, die am Arbeitsmarkt scheitern, sondern es handelt sich um Jugendliche, die auch ganz spezifische Defizite aufweisen, insbesondere in ihren Arbeitshaltungen und ihrer Anstrengungsbereitschaft. Man betont das heute so ungern, weil es nicht modern ist, aber die Pflicht- und Akzeptanzwerte (wie allein schon frühes Aufstehen) stellen für diese Jugendlichen ein ganz großes Problem dar. Wir können deutlich zeigen, daß diese außerbetrieblichen Maßnahmen, die so oft als „Warteschleifen“ oder als „Maßnahmeinstrumente“ verteufelt werden, ganz wichtige Nachsozialisierungsleistungen in unserer Gesellschaft erbringen. Solange es keine Alternativen auf dem freien Arbeitsmarkt oder im erweiterten Fachschulwesen gibt, sollte man diese Form der Integration nicht unbillig kritisieren. Vielen Dank.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen. Es tut mir leid, daß wir Ihren Vortrag zeitlich gesehen so stark einschränken mußten.

Ich habe den Vorsitzenden gefragt, wir haben die Genehmigung, die Diskussionsrunde bis 16.45 Uhr zu führen. Im Anschluß daran ist dann eine viertel Stunde Pause angesetzt, so daß es um 17.00 Uhr weitergeht. Herr Kowalczuk hat sich zuerst zu Wort gemeldet.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Schnabel hat den kürzesten Vortrag gehalten, den wir hier in den letzten zwei Tagen gehört haben, und ich finde es ihm gegenüber etwas unfair, daß er dafür, daß andere die Zeit doch erheblich überzogen haben, büßen mußte. Deswegen richtet sich auch gleich meine erste Frage an Herrn Schnabel, damit er noch einmal ausführlich zu Wort kommt. Sie haben gleich am Anfang Ihre dritte Einschränkung, die auch das ganze Projekt betrifft, genannt. Sie sagten, daß es um die spezifische Situation in den neuen Bundesländern geht, und hierbei für die Jugendforschung der Vergleich zu den alten Bundesländern näher liegt als der vergleichende Rückblick. Schließlich handelt es sich um Jugendliche, die 12 Jahre alt waren, als die Wende kam. Nun bin ich Historiker und interessiere mich in der Regel eher

stärker für die Dinge, die zurückliegen. Aus diesem Grunde muß ich noch einmal nachfragen. Ich beziehe mich auf Ihre Abb. 6 bezüglich der Denkweise der Jugendlichen über die DDR. Folgende Frage interessiert mich hierbei brennend: Haben Sie Ursachenforschung betrieben? Auf der einen Seite haben Sie uns diese harten sozialwissenschaftlichen Daten präsentiert, und auf der anderen Seite frage ich mich, ob Sie dafür mögliche Ursachen anbieten können. Eine denkbare Ursache wäre z. B., daß Ihre Kohorte ausgerechnet an einer Schule ist, wo abgewickelte ML-Lehrer tätig sind. Weiterhin wäre es möglich, daß das alles Schüler sind, deren Eltern alle aus der ehemaligen sozialistischen Dienstklasse stammen. Insofern wäre dieser Bezug m.E. nicht ganz unerheblich, denn die Sozialisationsverläufe zwischen 12jährigen 1989/90 in den alten Bundesländern und in der DDR waren ja nun doch gänzlich verschieden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das keine längerfristigen Folgen haben sollte.

Eine zweite Frage möchte ich an Frau Schenk richten. Mich würden zwei Dinge interessieren. Es handelt sich im Prinzip auch um statistische Angaben. Ich würde gern erfahren, ob es bei den arbeitslosen Frauen ähnlich wie bei den Männern oder auch ähnlich wie in den alten Bundesländern eine gewisse Kurve in den Qualifikationsmerkmalen gibt? Konkret möchte ich wissen, wer ist davon besonders betroffen, und wer hat relativ gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Zweitens wüßte ich gern, wie sieht das mit der Scheidungsrate aus? Gibt es hier seit 1990 signifikante Veränderungen?

Ich möchte eine dritte Bemerkung zu Ihrer „Verliererinnenthese“ machen. Die Auffassung, Frauen seien nicht so die „Verliererinnen der Einheit“, wie das gemeinhin angenommen wird, finde ich insofern etwas problematisch, als daß sie ja den Bezug zu Westdeutschland aufmachen. Natürlich kann man sagen, wir haben jetzt 5 Mio. Arbeitslose, aber es gibt irgendwo noch ein Land oder irgendwo noch eine andere Bezugsgröße, da ist die Arbeitslosenquote noch viel höher, und deswegen ist das bei uns gar nicht so dramatisch. Aber wenn man diese Situation aus der Perspektive der Betroffenen sieht, vor allem auch der betroffenen Frauen, dann ist es natürlich eine dramatische Entwicklung. Insofern glaube ich, daß da schon etwas dran ist.

Eine letzte Frage richtet sich an alle drei Damen. Es gibt ja in vielen Teilen der westlichen Welt Debatten darüber, daß man Hausarbeit vergütet und auf die Rentenzeit anrechnet. Wie positionieren Sie sich dazu? Dankeschön.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Herr Spiller bitte.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe zunächst eine Frage an Frau Dr. Schenk bezüglich des Stichworts Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Teilzeitarbeit. Gibt es empirische Untersuchungen mit halbwegs verläßlichen Aussagen über den Wunsch nach Teilzeitarbeit bei ostdeutschen Frauen und in Relation zu dem Wunsch nach einer Vollzeitarbeit? Gibt es halbwegs aussagekräftige Daten darüber, inwieweit das Angebot an Teilzeitarbeitsstellen eher auf weniger qualifizierte Tätigkeiten ausgerichtet ist oder geht das durch das

ganze Spektrum der Berufstätigkeit? Im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Beruf/Familie und Teilzeitarbeit würde mich auch interessieren, ob Sie Erkenntnisse darüber haben, wie sich die Haltung bei Männern, insbesondere bei jüngeren Männern, gegenüber Teilzeitarbeit in Ost und West darstellt? Es ist ja nicht automatisch so, daß die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur ein Problem der Frauen sein muß.

Ich hätte noch eine Zusatzfrage, die sich an alle drei Referenten richtet, die uns über die Situation von Frauen berichtet haben. Wir hatten eben gehört, daß das Max-Planck-Institut auch Untersuchungen über das subjektive Empfinden und die subjektive Beurteilung der Situation durchgeführt hat. Gibt es repräsentative Umfragen oder aber halbwegs belegbare und nicht auf einzelne Erfahrungen und Gespräche begründete Aussagen, wie denn die Verteilung der Meinungen von ostdeutschen Frauen ist? Sind sie nun „Verliererinnen der Einheit“? Was ist positiv, was ist negativ? Oder ist das nur eine Debatte zwischen Expertinnen? Gibt es empirische Belege?

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Der nächste Fragesteller ist Herr Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Meine Frage richtet sich zuerst an die Referenten, die sich mit Jugendlichen beschäftigt haben. Mich interessiert der Grad des politischen Selbstbewußtseins von Jugendlichen. Wie stark fühlen sich die Jugendlichen nicht nur als Opfer und Betroffene, als Objekt von gesellschaftlichen Prozessen, die gewollt oder auch nicht gewollt sind? Wie stark empfinden sie politisches Selbstbewußtsein? Wo gibt es politisches Engagement? Wie steht es um den Organisationsgrad? Die letzte Frage in bezug auf die Organisation eigener Interessen richtet sich auch an diejenigen, die sich speziell mit Frauenfragen beschäftigt haben. Inwiefern wird das eigene Schicksal, das man erfahren hat, das ja sehr eindrücklich dargestellt worden ist, auch als eine Herausforderung verstanden, welche dazu führt, sich politisch zu engagieren? Oder ist das nur eine Frage subjektiven Empfindens und dann auch des eigenen Gestaltens des persönlichen, oft atomisierten Lebensweges?

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Dankeschön. Als nächster kommt Herr Kollege Poppe, danach Herr Vergin und dann Herr Moreau. Anschließend schließe ich die Liste der Fragestellenden. Herr Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich hat ein wenig betroffen gemacht, was die Jugendlichen bezüglich der Fragen zur DDR für Antworten gegeben haben. Vergleichbares kann ich, was diese DDR-Passagen angeht, auch für die Vorträge von Frau Schlegelmilch und Frau Beyer unterstreichen. Wenn ich Sie auf dem Podium einmal genau betrachte, sitzen da eine Landtagsabgeordnete, eine Bundestagsabgeordnete, eine sich habilitierende Wissenschaftlerin und eine Leiterin einer Stadtmission, also auch einer wichtigen Einrichtung. Sie sind also offenbar überhaupt nicht typisch für das, was hier statistisch vermerkt wurde. Ich muß Ihnen sagen, ich habe das immer wieder so erlebt, alle Frauen, die ich kenne, arbeiten und haben früher zu DDR-

Zeiten auch gearbeitet. Sie haben, entgegen ihren damaligen Möglichkeiten, sowohl was ihre persönlichen Ambitionen angeht als auch den Grad ihrer Freiräume, in ihrer Tätigkeit jetzt weitaus bessere Chancen als früher. Das ist jetzt eine subjektive Beobachtung, die offensichtlich mit der Statistik nicht in Einklang zu bringen ist.

Frau Schlegelmilch, Sie haben vorhin gesagt, daß sich ein großer Teil der Frauen die DDR zurückwünschen. Wenn ich das hinzuziehe, was Frau Beyer vorgetragen hat, könnte man eine ähnliche Aussage treffen. Ist das in irgendeiner Weise quantifizierbar, gibt es das tatsächlich? Steckt eine relevante Größenordnung dahinter, oder ist es ein subjektiver Eindruck Ihrerseits, der nicht quantitativ belegbar ist?

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Herr Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich habe mich insbesondere bei den Ausführungen von Frau Monika Schlegelmilch und von Frau Heidemarie Beyer gefragt, welche Welt denn jetzt für uns bestimmend ist. Ist es die Welt, die vom Sächsischen Minister vorgetragen wurde, oder die Welt, die von Ihnen beiden vorgetragen wurde? Für mich als Hörer und als jemand, der in der DDR nicht direkt lebte, sondern nur über die Familie die Prozesse dort mitbekam, stellte dies einen gewaltigen Unterschied zwischen diesen Darstellungen dar.

Mich würden deswegen nicht so sehr Fragen bezüglich der Statistik und der Belegbarkeit interessieren, sondern wie Sie, die Sie ja auch den Vortrag des Ministers mitangehört haben, darauf reagiert haben? Er repräsentiert ja die Politik, die er so wahrnimmt, wie er es dargestellt hat. Daher kommt sicher mit Recht die Frage von Herrn Spiller, ob das nur psychologische Wahrnehmungen sind, daß Frauen besonders als Verlierer angesehen werden, oder ist das irgendwie objektivierbar?

Ich möchte eine weitere Frage zur Jugend stellen. Herr Pfarrer Bretschneider, Sie haben etwas aufgenommen, was mich bei der Frage des Rechtsextremismus immer wieder bewegt, indem Sie gesagt haben, daß es dringend notwendig ist, daß neue Milieubildungen erfolgen. Dahinter steckt die Aussage, die die Psychologen früher immer in der alten Sprachformulierung folgendermaßen formulierten: Nestbildung muß geschaffen werden, in denen man sich wenigstens vorübergehend mal wieder wohl fühlen kann.

Beobachten Sie eine verstärkte Zunahme bei den Jugendlichen nach solchen Milieubildungen? Ich beobachte im Augenblick mit Entsetzen, daß wir seit etwa 6 Monaten eine radikale Zunahme mit der Ergänzung gewalttätiger Auseinandersetzungen zu verzeichnen haben, nachdem die Kurve zwischenzeitlich abgeschwungen war. Sehen Sie da irgendwelche Zusammenhänge zwischen den von Ihnen dargestellten Zahlen und der Nichtunterbringung der Jugendlichen?

Ich möchte noch eine letzte Frage an Sie richten, weil Sie Pfarrer sind und deswegen sicher mit großer Aufmerksamkeit verfolgt haben, was die Kirchen-

hierarchien jetzt verabschiedet haben und was sich in dem sogenannten Sozialpapier der Kirchen niederschlägt. Sehen Sie in diesem Sozialpapier tatsächlich eine Möglichkeit, direkt auf die Politik einwirken zu können? Glauben Sie, daß die Kirchen selbst, die ja nicht alle so wie Sie persönlich arbeiten, jetzt verstärkt in diese Arbeit eintreten u. a. auch mit dem, was Sie Milieubildung nennen? Ich möchte hierbei besonders betonen, daß dieses Problem nicht nur ein Ostproblem ist, sondern ein Problem aller Industrienationen. Das muß man dazu sagen.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Als letzten Fragesteller darf ich Herrn Dr. Moreau bitten.

Sv. Dr. Patrick Moreau: Ich habe zwei Fragen, die sich auf Ihre Tabelle beziehen, Herr Schnabel. Man sieht sehr wohl, daß bei der Jugend eine gewisse Demokratiekritik vorherrscht. Meine erste Frage lautet daher, welche Aspekte der Demokratie wurden bei Ihrer Untersuchung als kritisierbar bezeichnet? Insbesondere vielleicht die repräsentative Demokratie oder welche Elemente sind kritisiert worden?

Zweitens würde mich bei den politischen Parteien interessieren, ob Sie eine Untersuchung über die Parteien, die eine gewisse Vertreterrolle bei dieser Jugend übernommen haben, durchgeführt haben. Meine Frage bezieht sich insbesondere auf die mögliche Akzeptanz des Rechtsradikalismus in Ostdeutschland. Gibt es eine größere Akzeptanz der Republikaner-Parteien oder vielleicht einer anderen Protestpartei wie Die Grünen oder die PDS?

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Für den Antwortenkatalog fangen wir jetzt einmal bei der Jugendseite an. Ich möchte Herrn Dr. Schnabel bitten, zu beginnen.

Dr. Kai Schnabel: Ich komme aus dem Rheinland und kann auch schnell sprechen. Zunächst einmal möchte ich mich der Frage widmen, wo die Studien herkommen. Hierzu kann ich anmerken, daß sie alle repräsentativ sind für Schüler, die allgemeinbildende Schulen besuchen. Die Jugendlichen, die wir in unserer Studie untersucht haben, kommen auch nicht nur aus einer Schule. Die Jugendlichen in außerbetrieblichen Maßnahmen, die wir untersuchen, kommen von Wolgast bis südlich von Halle. Die Jugendlichen sind somit völlig unabhängig voneinander.

Ihre zweite Frage geht etwas tiefer. Sie fragten nach der DDR-Nostalgie bei den sozial depravierten Jugendlichen. Ich glaube nicht, daß man tatsächlich davon ausgehen sollte, daß das reale lebensgeschichtliche Erfahrungen bei den Jugendlichen sind. Diese Problematik ist auch in der Psychologie sehr umstritten. Die These, das gemeinsame „auf den Topf setzen“ im Hort, hätte die Kinder der DDR ruiniert, glaube ich einfach nicht. Psychologisch gibt es dafür keinen stichhaltigen Beleg. Bezüglich der politischen Sozialisation würde ich immer betonen, daß politische Sozialisation im engeren Sinne eigentlich erst in der Jugendphase beginnt. Das hat etwas mit der kognitiven Entwicklung von Kindern zu tun. Also, man überschätze nicht, was 12jährige über eine Gesell-

schaft reflexiv wissen; das ist recht rudimentär. Deshalb habe ich auch gleich konstatiert, daß es sich um eine DDR-Nostalgie handelt. Dieses Phänomen, daß einige Aspekte des früheren Lebens für denjenigen, der sich aktuell in einer kritischen sozialen Situation befindet, eine gewisse Attraktivität bekommt, unabhängig davon, wie die damaligen Lebensverhältnisse aussahen, kann man wohl leicht nachvollziehen. Das mag bei den Frauen ein ganz anderer Aspekt sein.

Herr Meckel fragte nach dem politischen Selbstbewußtsein mit typischem Engagement. Hier fällt uns auch im historischen Vergleich aus anderen Jugendstudien auf, daß die politische Handlungsorientierung bei Jugendlichen nach wie vor groß ist, aber daß die Jugendlichen eine regelrechte Flucht vor Organisationen zeigen. Das politische Engagement Jugendlicher ist sehr stark lokal auf die Probleme am Ort bezogen. Das hängt auch mit dem jeweiligen Politikverständnis zusammen. Natürlich ist der Jugendliche, der sich lokal für ein Projekt engagiert, politisch interessiert, und er handelt auch politisch. Man fragt leider in Jugendstudien oftmals nur Dinge wie: „Würdest Du an einer gewalttätigen Demonstration teilnehmen?“ Wenn Sie sich hier die Basiswahrscheinlichkeit für solches Verhalten im Jugendalter anschauen, werden Sie feststellen müssen, daß sie gegen Null tendiert. Es hängt daher sehr davon ab, welche Frage man stellt.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich interessanterweise, daß zumindest bei den älteren Jugendlichen, d. h. bei den über 20jährigen Jugendlichen tatsächlich diese Abkehr von Organisationen deutlich größer ist als bei den jüngeren. Das hat sicherlich tatsächlich mit der FDJ-Erfahrung zu tun.

Zur Frage von Herrn Poppe: Mich besorgt eher die Lebenssituation, in der die Jugendlichen leben. Man sollte sich vergegenwärtigen, daß es sich in dieser Teilpopulation, von der ich auch in den neuen Bundesländern sprach, um nicht einmal 10 % eines Geburtsjahrgangs handelt. Wir müssen auch ein bißchen die Kirche im Dorf lassen, wenn wir immer über die „Problemjugendlichen“ reden. Man darf dabei nicht die 90 % ausklammern, die in eine Normalbiographie einmünden. Es handelt sich nach wie vor um den „Regeljugendlichen“, das darf man dabei nicht vergessen.

Zu der Frage nach den unterschiedlichen Demokratiekonzepten muß ich gestehen, daß wir das nicht so detailliert nachgefragt haben, weil wir immer die Erfahrung machen, daß wir die Jugendlichen in dieser Hinsicht schnell intellektuell überfordern. Wenn ich nach verschiedenen Demokratiekonzepten frage, muß ich mir Fragen ausdenken, die auch auf dem Sprachniveau der Jugendlichen liegen. Wenn ich einen gesamten Geburtsjahrgang habe, ist hierin auch der schlechteste Hauptschüler sowie der sehr gute Gymnasiast enthalten. Das ist daher auch ein empirisch-praktisches Problem.

Vorsitzender Siegfried Vergin (SPD): Herr Bretschneider bitte.

Harald Bretschneider: Zum Thema des Organisationsgrades mit politischen Forderungen wurde bereits das Wesentliche gesagt. Sowohl in der „Jugend-

ringstruktur“ als auch in den Gruppen, die überhaupt noch nicht organisiert sind, ist nur ein ganz geringer Prozentsatz vorhanden, der tatsächlich auch politische Forderungen relevant vorträgt. Ich glaube, daß die Müdigkeit gegenüber jeglicher Organisationsform tatsächlich Folge der Vergangenheit ist. Sie ist auch eine Skepsis, die sich gegenüber den Mitmenschen überhaupt breit gemacht hat, so daß man nur noch die kleine Gruppe, das Nest als den Raum findet, wo man sich selber zu reiben wagt, sich zu artikulieren traut und zugleich auch miteinander diskutiert.

Die zweite Frage, die mir gestellt wurde, berührt die Zunahme der Gewaltakzeptanz. Hierzu möchte ich folgendes anmerken: Die Zunahme von wirklichen Gewalttaten ist gegenwärtig nicht so eindeutig zu beschreiben. Unser Programm hat tatsächlich eine ganze Menge geleistet. Es fällt den Jugendlichen aber natürlich auf, und das beteuern sie mir auch immer wieder, daß nur, wenn sie Krawall machen, sich die Leute für sie zu interessieren beginnen. Diese grundsätzliche Frage erscheint mir besonders wichtig. Ich denke, wir müssen uns bei allen politischen Fragestellungen überlegen, wie ist es eigentlich für die nächste Generation, die unsere Erben sein werden. Ich glaube, daß gerade bei den gewalttätigen Jugendlichen, wenn sie nun auch tatsächlich gewalttätig hervortreten, Ursachen im wesentlichen in ihrer Biographie liegen, in einer großen Sehnsucht nach familiärem Halt oder nach Gruppenhalt. Aus diesem Grunde habe ich auch versucht, über die Studien des Landesjugendrings, die ich „Gesellungsstudien“ genannt habe, neue Formen von „Gesellungen“ für Jugendliche zu schaffen. Diese wollte ich nicht bloß in Räumen, sondern auch in Gruppenformen organisieren. Wenn wir in der Stadtmission jetzt eine Notschlafstelle eingerichtet haben, wo Jugendliche kommen können, wenn sie entweder von zu Hause weggehen mußten oder weggehen wollten, dann ist das ein Angebot ohne große Forderung sowohl vom kirchlichen als auch vom gesellschaftlichen Bereich. Mein Anliegen dabei ist, daß zunächst einmal Raum geschaffen wird und Gruppen etabliert werden, in der sie sich überhaupt erst einmal zurechtfinden.

Was das Sozialpapier der Kirche angeht, wünsche ich mir wie Sie, daß die beiden Kirchen sich tatsächlich noch stärker an das halten, was sie geschrieben haben, weil ich beobachte, daß angesichts der finanziellen Situation das Wagnis für das soziale Engagement relativ beschränkt ist. Ich stelle aber auch fest, wo wir etwas wagen, hat die Kirche große Freude daran.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Frau Schlegelmilch bitte.

Monika Schlegelmilch: Sie haben mich nach meinem Urteil nach bezahlter Hausfrauenarbeit gefragt. Ich plädiere dafür, daß die Hausfrauenarbeit bezahlt wird. Es ist ein Beruf wie jeder andere auch, der es wert ist, vergütet zu werden.

Weiterhin wurde ich gefragt, ob die Frau wirklich „Verliererin der Einheit“ ist. Ich denke, diese These kann so verallgemeinernd nicht beantwortet werden.

Ich möchte mich einfach noch einmal auf meine Schlußbemerkungen berufen. Für die Gruppe der Frauen, die die DDR-Zeit einigermaßen unversehrt überstanden hat, und die das soziale Umfeld hatte, so daß sie mit den Chancen der Einheit etwas anfangen konnte, hat die Einheit eine hohe Chance mit sich gebracht. Die Chance auf Individualität, die Chance den eigenen Weg zu suchen und auch Stärke. Diese Gruppe der Frauen war ganz sicher nicht die „Verliererin der Einheit".

Ich denke aber auch an die große Gruppe der Frauen, die durch Schließung der Betriebe arbeitslos geworden ist sowie an die große Gruppe, die ein ganz schwieriges soziales Umfeld hat. Ich denke auch an die alleinerziehenden Frauen, die es sehr schwer haben, in dieser neuen Situation mit ihrem Leben fertig zu werden. Diese Gruppen von Frauen sind in der Gefahr, „Verliererinnen der Einheit" zu werden.

„Verliererinnen der Einheit" sind mit Bestimmtheit die Frauen, die aufgrund ihres sozialen Umfelds und aufgrund der streng einzufordernden Hilfeleistungen keine Chance haben, mit diesem neuen Leben normal wieder zurechtzukommen.

Sie haben nach einem politischen Engagement aufgrund des eigenen Schicksals gefragt. Wenn ich mich nicht politisch engagieren würde, würde ich hier nicht sitzen. Es gibt aber eine große Gruppe von Frauen, die aufgrund ihres Schicksals resigniert haben und sich überhaupt nicht mehr engagieren. Als der Minister seinen Vortrag gehalten hat, ist mir ein Thema sehr aufgestoßen. Er hat von der hohen Arbeitslosigkeit gesprochen, die auch dadurch zustande gekommen sei, daß das Ministerium des Innern die Stellen bei der Armee reduziert hat. Diese Stellen möchte ich auch in keinem Fall zurückhaben. Aber diese Reduzierung brachte arbeitslose Menschen mit sich. Daher kann ich dieses Statement, daß der Minister so verallgemeinernd und so fröhlich von sich gab, nicht nachvollziehen.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen. Frau Dr. Schenk bitte.

Dr. Sabine Schenk: Vielen Dank. Ich bemühe mich, im Schnelldurchlauf den Fragenkatalog zu beantworten. Ich komme zuerst zur Frage bezüglich der Arbeitslosenquote von Frauen nach Qualifikationsstufen. Im Gegensatz zu Männern differenziert für Frauen ihr Qualifikationsabschluß in erheblichem Maße ihre Arbeitsmarktchancen. Wenn wir bei Männern eine klare Grenzlinie in den Arbeitslosenquoten zwischen Un- und Angelernten, also gering qualifizierten Männern und anderen Qualifikationsstufen vorfinden, die dann nicht mehr sehr wesentlich differenzieren, stellen die einzelnen Qualifikationsstufen für Frauen schon Schwellen und Grenzen in der Chance auf dem Arbeitsmarkt dar. Qualifizierte Frauen haben, wie ich auch schon angedeutet hatte, relativ gute Arbeitsmarktchancen, aber schon die gut qualifizierten Facharbeiterinnen und fachschulausgebildeten Frauen sehen da ziemlich schlecht aus und weisen hohe Arbeitslosenquoten auf.

Ich wurde desweiteren nach den Scheidungsraten seit 1990 gefragt. Zu diesem Themenkomplex bin ich nicht unbedingt Expertin. Ich erkläre mir die gesamte demographische Situation in den ersten Jahren der Transformation als eine Atempause, die zu der folgenden Situation führte: Wenig Scheidungen, wenig Hochzeiten sowie wenig Kinder. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir noch einen Block zur demographischen Entwicklung haben. Hier werden sicher auch noch fundiertere Entwicklungen zu diesem Bereich dargestellt werden.

Ich komme jetzt zur „Verliererinnenthese". Mir selbst erscheint die „Verliererinnenthese" wie eine Fortsetzung der von oben verordneten Gleichberechtigung von Frauen in der DDR zu sein. Man muß sich einmal anschauen, was Frauen in den letzten sieben Jahren in diesem Teil Deutschlands geleistet haben, und wie sie gegen wirklich widrige Verhältnisse ihre Erwerbsposition behauptet haben. Ich leugne dabei überhaupt nicht die Risiken, denen sich Frauen gegenübersehen und die Konflikte und Anpassungsleistungen, die ihnen im Transformationsprozeß abverlangt werden, und die größer sind als die der Männer. Diese Frauen, die diese Jahre durchgestanden haben und immer noch im Arbeitsleben stehen, jetzt in die „Opferecke" zu stellen, und mit der „Verliererinnenthese" zu versehen, ist für meine Begriffe ein stückweit eine Fortsetzung der verordneten Gleichberechtigungspolitik der DDR.

Ich sage nicht, daß es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede von Risiken und Lasten des Transformationsprozesses gibt. Ostdeutsche Frauen aber in eine „Opferecke" zu stellen und zu schauen, was die Politik für diese Frauen tun kann, damit die gröbsten Lasten gemildert werden, halte ich für falsch. Ich selber wäre für eine eher offensivere Politik, die auch die Interessen und die Potentiale dieser Frauen berücksichtigt. Herr Poppe hat es ja sehr richtig auf den Punkt gebracht. Wie viele Frauen treffen Sie denn, die wirklich in diese „Verliererinnenecke" passen, und wo liegen auch Potentiale, die man sinnvoll nutzen kann und an die man anschließen kann? Ich wehre mich gegen diese „Verliererinnenthese", weil sie mir viel zu pauschal ist, und weil die Perspektiven von Frauen in den neuen Bundesländern immer noch offen sind. Hier ist überhaupt noch nicht entschieden, ob und von welcher Seite sich die beiden deutschen Kulturen annähern werden. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß sich Frauen in Gesamtdeutschland von Seiten der westdeutschen Frauen näher kommen. Dort ist nämlich in den letzten Jahren die Erwerbsneigung und die Erwerbsbeteiligung erheblich angestiegen.

Ich komme jetzt zur Frage, ob es sinnvoll wäre, Hausarbeit zu vergüten. Es handelt sich hierbei um die alte Frage: Geld oder Liebe. Ich denke, daß erst einmal überhaupt nichts dagegen spricht, daß unterschiedliche Personen Unterschiedliches verrichten und dafür auch vergütet werden. Wenn sich damit aber ein geringerer Sozialstatus, eine systematisch geringere finanzielle Entlohnung und damit ein geringerer Stellenwert, eine geringere Anerkennung dieser Tätigkeiten verbinden, und diese Tätigkeit einer ganz bestimmten Gruppe zugemutet wird, nämlich den Frauen, dann fängt für mich das Problem mit der Vergütung von Hausarbeit an.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Teilzeitarbeit. Mir selbst sind relativ gute empirische Untersuchungen über Teilzeitarbeit für das Land Sachsen-Anhalt bekannt. Dort besteht ein hohes Potential an Personen, die einen Teilzeitwunsch äußern. Allerdings muß man auch dazu sagen, daß für diese Personen Teilzeit etwas anderes bedeutet, als man sich gemeinhin, auch auf dem westdeutschen Erfahrungshintergrund, vorstellt. Die Teilzeitwünsche erstrekken sich auf die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, in der Regel auf 30 Stunden pro Woche. Diese gewünschte Reduzierung ist nicht mit der Halbierung der Arbeitszeit gleichzusetzen.

Bei Teilzeitstellen sind die Angebote für die einzelnen Bereiche sehr differenziert. In den Bereichen, wo heute schon viele Teilzeitangebote existieren, wie z. B. in Banken, Versicherungen etc., also im Dienstleistungsbereich, offerieren diese Unternehmen auch weiterhin mehr Teilzeitangebote für ihre Beschäftigten. Andere Bereiche, in denen auch heute schon der Teilzeitbeschäftigungsanteil gering ist, können sich offenbar auch wenig mit dem Gedanken anfreunden, alternative Arbeitszeitmodelle in ihren Unternehmen zu praktizieren.

Männer sind durchaus auch in nicht unerheblichem Umfang bereit, Arbeitszeit zu reduzieren. Diese Einstellung resultiert dabei aus ganz anderen Gründen als bei Frauen. Frauen möchten ihre Arbeitszeit reduzieren, um mehr Zeit für die Familie zu haben. Männer dagegen, um ihren Hobbys nachzugehen, und um sich Freiräume für einen Nebenerwerb zu schaffen. Das sind die verschiedenen Optionen, die sich mit diesem Wunsch nach reduzierter Arbeitszeit verbinden.

Was mir noch wichtig hervorzuheben erscheint, ist die ganz große Differenz zu der Teilzeitdiskussion in Westdeutschland. Die Frauen, die hier den Wunsch nach Teilzeitarbeit äußern, kommen schlicht von verschiedenen Ufern. Frauen in Ostdeutschland wollen ihre Vollerwerbstätigkeit reduzieren, um mehr Zeit für die Familie zu haben. Frauen in Westdeutschland betonen, daß ihre Familie sie in Anspruch nimmt, und sie höchstens die Chance haben, halbtags arbeiten zu gehen. Westdeutsche Frauen wären dann eher überhaupt nicht beschäftigt, ostdeutsche Frauen vollzeitbeschäftigt.

Die nächste Frage, die an mich gerichtet wurde, betrifft die subjektive Beurteilung der Situation. Es gibt empirische Untersuchungen zur subjektiven Beurteilung der Situation. Diese Analysen fallen zum Teil sehr ambivalent aus, decken sich auch nicht in jedem Fall mit den objekten Lagen der Personen. Diese Tatsache ist auch relativ bekannt. Die Befragten liegen jedoch schon sehr im Trend und sind durchaus in der Lage, relativ klar wahrzunehmen, wo sie im Moment stehen, und wie ihre Zukunftsaussichten aussehen. Frauen nehmen den Transformationsprozeß kritischer auf, geben sich aber in ihren subjektiven Reflektionen entspannt. Ihre Befürchtungen sind etwas abgeflacht. Sie sehen die Situation nicht mehr ganz so düster, wie sie es noch in den ersten Jahren wahrnahmen. Männer beginnen, den Transformationsprozeß kritischer zu sehen.

Frauen und Männer nähern sich jetzt in der subjektiven Beurteilung des Transformationsprozesses auch inzwischen weiter an, aber es bleibt immer noch eine Differenz. Frauen waren von Beginn an kritischer gegenüber dem Vereinigungsprozeß als Männer, sie sind aber im Laufe der Jahre weniger kritisch geworden. Männer hatten 1989/90 mehr Hoffnungen, die jetzt etwas zurückgenommen worden sind.

Ich komme jetzt zur Organisation der eigenen Interessen. Ich bin keine Expertin für politische Partizipation von Frauen. Auf diesem Gebiet wissen Sie, Herr Meckel, wahrscheinlich aus Ihrem politischen Hintergrund der letzten Jahre, viel besser Bescheid. Meine eigene Erfahrung sagt mir, daß die besonders negativ Betroffenen in der Regel am wenigsten in der Lage sind, ihre eigenen Interessen politisch zu organisieren. Personen, die sich politisch organisieren, sind zumeist nicht Personen in unterprivilegierten Situationen, sondern eher doch Personen, die sich auch ansonsten eher in der Mitte des gesellschaftlichen Spektrums bewegen. Dankeschön.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Danke. Frau Beyer bitte.

Heidemarie Beyer, MdL: Ich mache es ganz kurz. Bezahlte Hausarbeit empfinden viele Frauen als „Stillegungsprämie“, um sie vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Sie lehnen das deshalb ab. Ich war gestern in einer landesweiten Frauenveranstaltung, in der diese Meinung so kundgetan wurde. Man empfindet auch die Tätigkeit einer Hauswirtschafterin als eine Zumutung. Frauen wollen im „Arbeitskollektiv“ praktisch auch die sozialen Kontakte haben. Dieses Ziel streben sie nach wie vor an.

Bezüglich des Bereiches der Teilzeitarbeit kann ich Ihnen nur zustimmen. Teilzeitarbeit ist ein Wunsch von vielen Frauen, aber er ist natürlich von der wirtschaftlichen Situation abhängig. Viele befürchten jedoch, durch die Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt, dann vom Teilzeitarbeitsverhältnis nur noch das Arbeitslosengeld zu bekommen, und aus dem Grund entscheidet man sich eben nicht für die Teilzeit.

Zum Organisationsgrad möchte ich folgendes anmerken: Ich bin vorhin sehr ausführlich auf den ländlichen Bereich eingegangen, weil das eben die Situation in unserem Land so deutlich macht. Mit Parteien wollen viele nicht allzuviel zu tun haben, aber zu Verbänden und Vereinen oder auch zum Demokratischen Frauenbund Deutschland zählen sehr viele Mitglieder. Das sind bei uns auch die größten Träger von ABM-Projekten für Frauen, so daß auf diese Weise eben auch viele Frauen im ländlichen Bereich aufgefangen werden.

In einer Runde des Landfrauenverbandes sagten mir neulich Frauen: Wenn die ABM in unserem Bereich abgeschafft oder gekürzt werden, dann sterben unsere Dörfer. Die Situation stellt sich so dar, daß Männer trinken und versacken, wenn sie keine Arbeit haben, Frauen dagegen sind aktiv und versuchen, zu helfen. Hier gibt es sehr viele Projekte wo dann Gemeindehelferinnen sozial tätig sind. Sie helfen Jugendlichen, gehen mit verschuldeten Familien zur Schuld-

nerberatung, betreuen Alkoholiker. Dies beweist, daß diese Frauen mit diesen ganzen Problemen aktiver umgehen, als vielfach die Männer.

Zur Quantifizierbarkeit möchte ich folgendes anmerken: 60 % der Arbeitslosen und 3/4 der Langzeitarbeitslosen sind Frauen. Diese Frauen, das kann man wohl sagen, sind mit der Situation unzufrieden. Das ist eine große Anzahl. Ich bin der Meinung, daß diese Frauen der Wärme und der Sicherheit in der DDR nachtrauern, aber sie wünschen sich das nicht zurück. Diese Frauen warten auf ihre Chance, daß sie sich wirklich aktiv mit einbringen können. Sie wollen sich mit ihrer Situation nicht abfinden. Das finde ich positiv.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre interessanten Beiträge, für die interessante Diskussion. Ich danke unserem Vorsitzenden für die Genehmigung, überziehen zu dürfen und übergebe.

Vorsitzender Siegfried Vergin (SPD): Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung um 17.15 Uhr fort.

Pause

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich bitte alle Teilnehmer der Anhörung in den Saal. Meine Damen und Herren, wir beginnen mit dem letzten Teil des heutigen Tages. Die Moderation hat Gerd Poppe. Es werden jetzt einige Kurzbeiträge zu Einzelpunkten, die heute schon einmal global aufgerufen wurden, vertieft. Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr Kollege Poppe, sofort die Moderation übernehmen und die einzelnen Redner dann auch bitten, Ihren Vortrag zu halten.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich freue mich, daß überhaupt noch einige Zuhörer nach den bisherigen 18 Stunden gestern und heute geblieben sind. Ich möchte trotzdem kritisch vermerken, daß es der Wunsch der großen Fraktion war, auch insbesondere der CDU/CSU-Fraktion, diese Mammut-Anhörung von 2 1/2 Tagen in dieser Form durchzuführen. Deshalb kann ich die Enttäuschung darüber nicht verbergen, daß die Sitze der CDU/CSU-Fraktion so spärlich besetzt sind.

Ich hoffe dennoch auf einen interessanten letzten Teil des heutigen Tages.

Die Themen, mit denen wir uns im folgenden auseinandersetzen, möchte ich einmal so bezeichnen, daß ein „Gemischtwarenladen“ übriggeblieben ist. Die Bereiche, denen wir uns jetzt widmen, gliedern sich in die Themenkomplexe: Alte Menschen, Behinderte, die Geburtenentwicklung sowie die Wanderbewegung. Es sieht ein bißchen so aus, als ob das Themen sind, die in die Überschriften der bisherigen Vorträge nicht so recht hineinpaßten, und deshalb nun am Schluß hintereinander abgehandelt werden. Auf der anderen Seite kann man natürlich sagen, daß alles mit allem zusammenhängt. Die Geburtenentwicklung hängt sicherlich mit der späteren Rentenentwicklung zusammen. Es ist ein demographisches Problem, wie auch die Wanderbewegungen zu einem

demographischen Problem werden können. Es gibt also durchaus Zusammenhänge mit den bisherigen Themenkomplexen dieser Anhörung. Wir haben sie alle schon einmal in den Beiträgen des Ministers und auch in der letzten Diskussionsrunde vernommen.

Ich möchte Sie jetzt bitten, Ihre Kurzvorträge aus Zeitgründen ohne Pause hintereinander zu halten, und die Diskussion auf den Schluß dieses heutigen Tages zu verlegen, damit wir einigermaßen zügig vorankommen. Ich möchte Sie weiterhin bitten, die vorgegebenen 15 Minuten bei den Kurzvorträgen einzuhalten.

Wie im Programm angekündigt, möchte ich zunächst einmal Herrn Dr. Dorbritz bitten, seinen Vortrag über die Geburtenentwicklung und ihre Auswirkungen sowie die möglichen ökonomischen, sozialen und politischen Folgerungen, die sich daraus ergeben, zu halten. Das Anliegen der Enquete-Kommission besteht ja auch darin, die noch anhaltenden Folgen der DDR-Vergangenheit in den Blick zu nehmen, zugleich aber auch den Transformationsprozeß zu analysieren sowie die politischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Desweiteren ist es ein Anliegen der Enquete-Kommission, Empfehlungen an den Bundestag gegenüber den zuständigen Fachpolitikern abzugeben. Es geht um die Analyse, wie man Fehlentwicklungen vermeiden oder beenden kann. Es wäre wünschenswert, wenn wir hierbei auch das eine oder andere positive Signal in den jetzt zu behandelnden Themen bezüglich des Ablaufs des Transformationsprozesses erkennen. Wenn ich z. B. an die heutigen Ausführungen von Staatsminister Geisler denke, die er zu den Behinderteneinrichtungen gegeben hat, ist hierin durchaus eine Entwicklung sichtbar. Ich würde Sie also allesamt bitten wollen, den Schwerpunkt auf die Entwicklung des Transformationsprozesses selbst, und die sich – nach Ihrer Meinung – ableitenden Folgeentwicklungen für die Zukunft, zu legen. Ich bitte Sie, Herr Dr. Dorbritz, jetzt zu beginnen.

Dr. Jürgen Dorbritz: Vielen Dank, Herr Poppe. Ich möchte mich zunächst vorstellen. Ich bin wissenschaftlicher Rat am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden. Dort arbeite ich seit 1992. Davor habe ich seit 1980 an der Akademie der Wissenschaften im Institut für Soziologie und Sozialpolitik der ehemaligen DDR gearbeitet.

Zunächst möchte ich Ihnen die Geburtenentwicklung darlegen. Ich bin in der gleichen Situation wie meine Vorredner, die auch nicht auf einen Overheadprojektor zurückgreifen konnten. Sie müssen also das Manuskript zur Hand nehmen. Ich möchte Sie bitten, Abb. 4 (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 4) meines Manuskriptes aufzuschlagen. In dieser Abbildung wird der Trend der Geburtenhäufigkeit in beiden Teilen Deutschlands zwischen 1960 und 1995 gezeigt. Bei der Kennziffer „zusammengefaßte Geburtenziffern“ handelt es sich um eine durchschnittliche Kinderzahl, die auf den Daten eines Kalenderjahres berechnet worden ist. Einzelheiten zu dieser Vorgehensweise beantworte ich Ihnen gerne später, falls es Sie interessiert. Der Abbildung kann man vier bedeutende Fakten entnehmen. Zunächst kann man

einmal einen identischen Verlauf zwischen 1960 und Mitte der 70er Jahre in beiden Teilen Deutschlands feststellen. Weiterhin wird das Geburtenhoch der 60er Jahre und der Geburtenrückgang in der ersten Hälfte der 70er Jahre deutlich.

Ich möchte auch auf die Situation im früheren Bundesgebiet aufmerksam machen. Wenn man sich die schwarze durchgezogene Linie (früheres Bundesgebiet) anschaut, wird offensichtlich, daß seit Mitte der 70er Jahre bis Mitte der 90er Jahre ein stabiles Geburtenniveau vorherrschte. Diese Kurve verläuft einmal nach unten und einmal nach oben. Im Prinzip zeigt sie aber ein stabiles Geburtenniveau. Diese Situation muß aber nicht so bleiben, viele unserer Untersuchungen deuten darauf hin, daß ein weiterer Geburtenrückgang möglich ist. Ich werde darauf noch einmal zu sprechen kommen.

Der nächste Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist der Geburtenanstieg zwischen 1975 und 1980 in den neuen Bundesländern. Dieser Anstieg hat mit der Familien-, Bevölkerungs- und Sozialpolitik der ehemaligen DDR zu tun. Man erkennt aber auch, daß bereits nach 1980 ein allmählicher Abwärtstrend einsetzte, d. h. man konnte bevölkerungs- oder familienpolitisch das Geburtenniveau nur kurzzeitig erhöhen. In aller Regel erreicht man Zeiteffekte, d. h. das Vorziehen oder Nachziehen von Geburten. Danach klingen in aller Regel die Wirkungen solcher Stimuli wieder ab.

Einen weiteren Punkt, auf den ich jetzt ein bißchen ausführlicher eingehen möchte, betrifft den Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 1991 und das seitdem niedrige Niveau. Diese Situation haben die amerikanischen Bevölkerungswissenschaftler als „Demographic shocks“ bezeichnet. Übersetzt bedeutet dies, daß sich die Gesellschaft gewandelt hat. Gemeint ist der Austausch der gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung. Auf diesen gesellschaftlichen Wandel, der von ihnen kaum beeinflußbar wurde, haben die Menschen mit Stabilität in ihren privaten Lebensverhältnissen reagiert. Man hat nur noch wenig Kinder bekommen, man hat keine Ehen geschlossen, und man hat sich auch nicht scheiden lassen.

Ich möchte jetzt noch einmal die Gelegenheit nutzten, um Ihre Frage nach dem Niveau der Ehescheidungen zu beantworten. Die Scheidungsrate ist sehr deutlich gesunken. Das Niveau betrug 1991 noch 16 % des Niveaus von 1989. Bei den Eheschließungen und bei den Lebendgeborenen verläuft dieser Rückgang ähnlich, wenn auch nicht so dramatisch, auf etwa 35 bis 40 %. Ich werde auf diese Situation des niedrigen Geburtenniveaus noch einmal zu sprechen kommen.

Wenn Sie sich bitte die zusammengefaßten Geburtenziffern, berechnet auf einer Monatsbasis, auf der Abbildung 8 meines Manuskriptes anschauen würden. Wenn man die Entwicklung in der ersten Hälfte 1996 betrachtet, ist ein Wiederanstieg erkennbar. Ich stimme hier nicht mit der Auffassung von Frau Beyer überein, daß man von einem Fortdauern des Geburtentiefs in den neuen Bundesländern auszugehen hätte. Meines Erachtens zeichnet sich hier eine

Trendwende zu höheren Geburtenzahlen ab. Ich will das auch im weiteren Verlauf des Vortrags noch begründen. Meiner Auffassung nach wird es einen ganz allmählichen Anstieg geben, der sich bis über die Jahrtausendwende hinziehen wird.

Gestatten Sie mir jetzt nochmals, auf die Erklärung des Geburtentiefs in den neuen Bundesländern zurückzukommen. Dazu betrachten Sie bitte Abbildung 1 meines Manuskriptes, die die Wertorientierungen in den neuen Bundesländern 1990 und 1994 anhand einer Befragung wiedergibt. Man erkennt hier, daß die verschiedenen Lebensbereiche nach der Wichtigkeit zu beurteilen waren. Anhand einer fünfstufigen Skala mußten die Lebensbereiche zwischen „sehr wichtig" und „unwichtig" klassifiziert werden. Die Bereiche sind dann nach den Mittelwerten geordnet worden. Die Mittelwerte sind dadurch zustande gekommen, daß diejenigen, die mit „sehr wichtig" geantwortet haben, mit 1 gewichtet worden sind. Diejenigen, die mit „unwichtig" geantwortet haben, sind mit 5 gewichtet worden. Das heißt also, je näher der Mittelwert bei 1 liegt, desto mehr Leute haben mit „sehr wichtig" oder „wichtig" geantwortet. Wenn man sich diese Struktur anschaut, erkennt man für 1990, daß hier Bereiche für wichtig erachtet wurden, die in der DDR nicht oder nur unzureichend vorhanden waren: die Entlohnung nach Leistung, die Preise, saubere und intakte Umwelt, Rechtssicherheit. Gegenüber 1994 hat sich diese Einstufung gewandelt. 1994 wurden Wertorientierungen wie persönliche Sicherheit, soziale Sicherheit und bezahlbare Wohnungen in den Vordergrund gerückt. Kinder sind etwa gleich wichtig geblieben. Wir haben bei der Beurteilung nicht so einen starken Wertewandel, d. h. man hat jetzt eher eine Diskrepanz zwischen den Urteilen darüber, was einem wichtig ist und wie man tatsächlich lebt. Bei den Wertorientierungen gibt es noch keine Erklärung dafür, warum die Geburtenentwicklung so stark gesunken ist.

Wenn man sich jetzt aber die Abbildung 2 anschaut, wird diese Entwicklung deutlicher. Die Abbildung zeigt die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern 1990 und 1994. 1990 rangierte auf Platz 2 die Möglichkeit mit Kindern zu leben. Das wurde 1990 noch außerordentlich positiv bewertet. Wenn man dann den Vergleich zu 1994 zieht, ist die Zufriedenheit bezüglich der Möglichkeit, mit Kindern zu leben, auf Platz 12 abgerutscht. Es gibt also eine deutliche Zunahme der Unzufriedenheit hinsichtlich der Bedingungen, mit Kindern zu leben. Das gleiche gilt auch für die Zukunftserwartungen. Mit dem Pfeil wurde auch hier wieder der Unterschied zwischen 1990 und 1994 angedeutet. Man erwartet, 1994 viel stärker eine Verschlechterung der Bedingungen, um mit Kindern zu leben. Wir haben ein hohes Unzufriedenheitspotential, und wir haben quasi einen Zukunftspessimismus darüber, daß sich die Bedingungen, um Kinder zu bekommen, verbessern werden. Das ist m.E. schon einer der Erklärungsfaktoren, warum das Geburtenniveau so deutlich abgesunken ist. Wenn Sie sich noch einmal die Abbildung 4 vor Augen halten. Dort werden die Geburtentrends in beiden Teilen Deutschlands dargestellt. Sie sind im Großen und Ganzen recht ähnlich verlaufen. Ich möchte hier auch wirklich gegen die Illusion sprechen, daß in der

ehemaligen DDR deutlich mehr Kinder als im Westen geboren worden sind. Es gab natürlich über einen begrenzten Zeitraum – über 10 bis 15 Jahre – Unterschiede, aber die Unterschiede sind m.E. nicht so gravierend wie andere Unterschiede, die sozusagen hinter diesem Durchschnittswert der zusammengefaßten Geburtenziffer stehen.

Anhand dieser Unterschiede möchte ich jetzt einmal deutlich machen, wohin dieser demographische Transformationsprozeß, der Wandel im Geburtenverhalten in den neuen Bundesländern laufen könnte. Der erste Unterschied, der außerordentlich ausgeprägt ist, ist der Unterschied hinsichtlich des Anteils kinderloser Frauen. In der ehemaligen DDR gab es kaum kinderlose Frauen. Der Anteil der Kinderlosigkeit in den neuen Bundesländern bei den Geburtsjahrgängen, die zwischen den 50er Jahren geboren wurden, betrug etwa 5-10 %. Wenn man sich dagegen die Entwicklung im früheren Bundesgebiet ansieht, kann man erkennen, daß beim Geburtsjahrgang 1960 bereits eine Kinderlosigkeit von etwa 24 % vorherrschte. Dieser Trend ist eindeutig ansteigend. Wenn man jetzt einmal weiterrechnet, könnte man erwarten, daß bei denjenigen Frauen, die etwa im Jahr 1965 bis 1970 geboren worden sind, der Anteil der Kinderlosigkeit bei etwa 30 bis 35 % liegen wird. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, bedeutet dies, daß sich die Geburtenzahlen im früheren Bundesgebiet nach unten entwickeln werden. In dieser Situation steckt ein zweiter Unterschied zur Situation in der ehemaligen DDR. In der DDR hatten fast alle Frauen zumindest ein Kind. Der Anteil der Frauen, die mehr als ein Kind hatten, war relativ gering.

In den unterschiedlichen Anteilen kinderloser Frauen, einhergehend mit einer niedrigen Erstheiratsneigung, ist eine Situation im Westen abgebildet, die in der bevölkerungssoziologischen Literatur mit dem Begriff der Polarisierung der Lebensformen in einen Familien- und einen Nichtfamiliensektor beschrieben wird. Man hat einen Sektor von Frauen, die kinderlos bleiben und auch nicht heiraten. Der umfaßt gegenwärtig bei den Frauen, die zur Zeit 30-35 Jahre alt sind, etwa 25 %. Auf der anderen Seite hat man diejenigen, die sich für den traditionellen Weg der Familiengründung entscheiden, die heiraten und dann in aller Regel 2 oder auch 3 Kinder haben. Wir bezeichnen diesen Prozeß als Bevölkerungspolarisierung oder als Individualisierung oder Pluralisierung in den Lebensformen. In der ehemaligen DDR hatte eine solche Polarisierung kaum stattgefunden. Diese Entwicklung findet aber im Moment des demographischen Wandels in den neuen Bundesländern statt: Der Weg vom Einheitsbiographieverlauf hin zu einer größeren Vielfalt in den Lebensformen.

Ein weiterer Punkt, auf den ich Sie hier aufmerksam machen möchte, ist der hohe Anteil der nichtehelichen Geboren in den neuen Bundesländern. Im Westen beträgt er z.Zt. ca. 13 %. In den neuen Bundesländern über 40 %. Diese Entwicklung hat sich auch in der Zeit seit 1990 nicht verändert. Der Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen ist sogar noch angestiegen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es aber in der DDR keinesfalls eine Entkoppelung von Geburt und Eheschließung gab. Hierin verbergen sich sozial- oder familienpolitische

Mitnahmeeffekte. Alleinerziehende sind in besonderem Maße familienpolitisch unterstützt worden, man hat also erst die Kinder bekommen, hat die staatlichen Unterstützungsleistungen mitgenommen und hat dann erst geheiratet.

Ein weiterer Punkt ist, der mir hier interessant erscheint, daß man auch im Westen einen allmählichen Anstieg bei der nichtehelichen Quote erkennen kann. Ursprünglich bin ich einfach von der Anpassungsthese ausgegangen, wonach sich die Frauen und Männer in den neuen Bundesländern an die Verhaltensmuster im Westen annähern. Das scheint mir pauschal so nicht zu stimmen. Wenn man sich die Entwicklung betrachtet, könnte es zu einer wechselseitigen Annäherung kommen. Vielleicht kommt es dann zu einem Rückgang der nichtehelichen Quote im Osten und einem Anstieg im Westen.

Ich möchte Sie bitten, auf die Abbildung 7 zu schauen. Die Abbildung zeigt die altersspezifischen Geburtenziffern im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern 1985 und 1995. Man erkennt auch hier eine Besonderheit der ehemaligen DDR. Die Frauen haben die Kinder in einem sehr frühen Alter von 22, 23, 24 Jahren bekommen. Man erkennt diese Entwicklung an der schwarzen Linie, die außerordentlich links steil mit dem höchsten Gipfel verläuft. Dieses Altersmuster ist nach 1990 weggebrochen. Dieses Phänomen ist für den weiteren Verlauf der Geburtenentwicklung in den neuen Bundesländern sehr interessant. Es wird deutlich, daß die heute zwischen 15 und 25 Jahre alten Frauen in den neuen Bundesländern sich quasi genauso verhalten, wie ihre Alterskollegen im Westen. Die zwischen 25 und 35 Jahre alten Frauen sind jedoch nach wie vor der Träger des niedrigen Geburtenniveaus. Man kann hier die These eines altersspezifischen oder generationsspezifischen Anpassungsprozesses entwickeln. Wenn diese These stimmt, werden sich die Geburtenzahlen in den neuen Bundesländern langsam in dem Maße erhöhen, wie die jüngeren Generationen in das Alter hineinwachsen, wo man in den alten Bundesländern normalerweise seine Kinder bekommt, also zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr. Das bedeutet, daß sich dieser demographische Anpassungsprozeß langsam bis über das Jahr 2000 hinaus vollstrecken wird.

Herr Poppe hat Konsequenzen dieser Situation angekündigt. Ich war darüber nicht besonders glücklich, weil es außerordentlich schwer ist, die Konsequenzen dieser demographischen Situation darzustellen. Die Verbindungen zwischen dem Geburtenniveau, das vielleicht 10 Jahre niedriger ist, und der sozialen Situation in der Region sind außerordentlich schwierig zu beschreiben. Ich möchte einmal zwei Punkte hervorheben. Wir haben vorhin die These diskutiert, ob die Frauen „Verlierer der Wende“ sind. Mir ist diese Formulierung auch zu pauschal, man kann die Frage nicht so stellen. Es könnte jedoch aus der demographischen Sicht eine Gruppe von Frauen, aber auch von Männern geben, die hinsichtlich ihrer Familienbildung „Verlierer der Wende“ sind. Das sind diejenigen, die heute um die 30 Jahre alt sind. Das ist die Gruppe, die auf Kinder verzichtet hat, die inzwischen auch ihre Geburtenbiographie nicht wieder aufgenommen hat. Man wird also eine soziale Gruppe haben, in der Kin-

derlosigkeit außerordentlich weit verbreitet ist. Man hat hier individuelle Schicksale in zweifacher Hinsicht. Einmal konnte der ursprüngliche Wunsch, der in der DDR bei allen Frauen bestand, mit Kindern zu leben, nicht verwirklicht werden, und man wird eine Gruppe haben, die, wenn sie älter wird und auf Pflege angewiesen ist, nicht mehr über das familiäre Netzwerk nach unten verfügt. Diese Gruppe von Menschen wird demnach nicht über Kinder verfügen, die im familiären Bereich Pflege übernehmen könnten. Man wird also eine Gruppe haben, die in starkem Maße auf institutionelle Pflege angewiesen ist. Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, steht im Zusammenhang mit dem dominierenden demographischen Trend der letzten 100 Jahre. Es geht um das Altern der Bevölkerung. Wenn Sie bitte die vorletzte Seite aufschlagen, dort ist der Altersaufbau der Bevölkerung zwischen 1910 und 2040 dargestellt. Man erkennt, wie sich in einem Zeitraum von etwas mehr als 100 Jahren dieser Altersaufbau von stark besetzten jungen Jahrgängen von einer Pyramidenform in eine Art Glockenform geändert hat, wo die am stärksten besetzten Altersjahrgänge um das 70. Lebensjahr liegen. Der Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern hat zum Voranschreiten dieses Alterungsprozesses beigetragen. Er hat ihn aber nicht ausgelöst. Der Auslöser dieses demographischen Wandels ist der Geburtenrückgang, der schon zu Beginn unseres Jahrhunderts stattgefunden hat, und die Zunahme der Lebenserwartung der über 60- und über 70-jährigen Menschen bzw. der Rückgang der Altersstерblichkeit. Die Situation in den neuen Bundesländern hat diesen Prozeß nur verstärkt.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Dr. Dorbritz. Wir machen gleich weiter mit dem Kurzbeitrag von Herrn Dr. Schwitzer zu der Lebenssituation alter Menschen. In diesem Vortrag geht es auch, ausgehend von der sozialen Lage der Menschen in der DDR, um die Beantwortung der Frage, wie alte Menschen auf diesen Transformationsprozeß reagieren. Akzeptieren ältere Menschen den Transformationsprozeß? Wenn ja, in welchem Ausmaß? Wie einschneidend ist er, gerade für diese Gruppe auch im Unterschied zur Jugend. Wie ist die gesellschaftliche Rolle dieser Menschen im Verlaufe dieses Prozesses? Ich bitte Sie um Ihren Beitrag, Herr Dr. Schwitzer.

Dr. Klaus-Peter Schwitzer: Ich wurde vor 50 Jahren in Berlin, in der sowjetischen Besatzungszone, geboren, bin dort bis zum Abitur zur Schule gegangen, habe anschließend die Berufe Koch, Kellner, Journalist, Philosoph und Soziologe erlernt und auch ausgeübt. Zwischenzeitlich habe ich auch als Fräser gearbeitet und war in den letzten sieben Jahren der DDR im selben Institut wie Kollege Dorbritz tätig, im Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften. Nach der Abwicklung war ich einer von denen, die in das Wissenschaftlerintegrationsprogramm gekommen sind, das bekanntermaßen zu Ende gegangen ist. Seitdem habe ich viel Arbeit, werde aber seit dem 1. Januar vom Arbeitsamt unterstützt. Sie sehen, ich fühle mich erst einmal nicht als Verlierer und hoffe, daß ich als 50jähriger natürlich auch noch einmal Fuß fasse und in der Wissenschaft weiterarbeiten kann.

Weil hier die Scheidungen angesprochen worden sind, möchte ich betonen, daß Scheidungen bei meiner Kohorte relativ selten vorkamen. Ich bin seit 26 Jahren mit der gleichen Frau verheiratet. Wir haben für DDR-Verhältnisse relativ spät ein Kind bekommen, es ist eine Tochter. Sie ist jetzt 22 Jahre alt und studiert.

Ich möchte noch zwei Vorbemerkungen zum Beitrag machen. Es handelt sich um die Ergänzung des Ihnen vorliegenden Kurzbeitrages, in dem 5 Tabellen (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 5) enthalten sind, auf die ich mich inhaltlich beziehe. Zweitens fange ich, da zu solch relativ späten Stunde mitunter die Konzentration nachläßt, mit der Zusammenfassung an:

Erstens: Die älteren Mitbürger sind die Gewinner der Einheit. Nachdem wir so viel über Verlierer gesprochen haben, möchte ich die Gewinner herausheben. Vielleicht gehört es zu den Kuriositäten der deutschen Vereinigung, daß die Aufbaugeneration der DDR, die wahrhaftig nicht zu den Wegbereitern und Aktivisten der Wende gehört hat, in den Genuß einer sozial gesicherten Zukunft, auch in den Genuß einer gesicherten Zukunft durch den ehemaligen Klassenfeind kommt.

Zweitens: Die älteren Menschen haben in der DDR nicht besser als heute gelebt, sich aber sozial sicherer gefühlt.

Drittens: Es wird auf Jahre hinaus zwei deutsche Alter geben.

Viertens: Die ostdeutschen Altersrentnerinnen und Rentner sind, sowie auch ihre Pendants in den alten Bundesländern, gegenüber nachfolgenden Generationen privilegiert. Aufgrund der Vollbeschäftigung, die keine nachfolgende Generation mehr auf absehbare Zeit kennenlernen wird, und der höheren Erwerbsbeteiligung in der DDR, sind Einkommensniveau und Lebensstandard relativ hoch. Die künftigen ostdeutschen Rentner werden ein solches Niveau der objektiven Lebensbedingungen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreichen. Wahrscheinlicher sind neue und stärker differenzierte soziale Ungleichheiten, wovon vor allen Dingen Frauen betroffen sein werden.

Zur Lebenssituation: Die Entberuflichung des Alters in allen westeuropäischen Staaten offenbart sich in einem kontinuierlichen Rückgang der Alterserwerbsquote. Eine stetige Vorverlegung des durchschnittlichen Erwerbsaustrittsalters fand in der DDR nicht statt. Der Einbruch kam erst mit dem Zusammenbruch der sogenannten sozialistischen Staaten sowie nach der Währungs- und Wirtschaftsunion. Für die älteren Menschen in den neuen Bundesländern – als ältere Menschen zähle ich Menschen 55 Jahre, aufgrund der Vorruhestandsregelungen – sind Arbeitslosigkeit und Frühverrentung neue soziale Erfahrungen, die sie, angesichts der zentralen Stellung, die die Erwerbstätigkeit im Leben der DDR-Bürger eingenommen hatte, vor tiefgreifende Probleme stellt und Unzufriedenheiten mit sich gebracht haben. Arbeit war in der DDR mehr als lediglich ein Mittel zum Gelderwerb. Hier spielten bei älteren Menschen auch die sehr niedrigen Renten eine größere Rolle. 1989 waren in den ersten 5 Jahren nach dem Eintritt in das Rentenalters fast 30 % der Frauen und 23 % der

Männer, eine Altersgruppe von 60 bis 65 Jahren, noch erwerbstätig. Dieser Anteil war bedeutend höher als in den alten Bundesländern. 1994 betrug dort die Erwerbsquote der 60- bis 64-jährigen Männer nur rund 15 %, bei den Frauen sogar nur noch 3 %.

Ich komme jetzt zum Bereich der Erwerbstätigkeit. Ein unmittelbares Resultat des gesellschaftlichen Transformationsprozesses sind die „Vorruheständler", die als neues Element die ostdeutsche Sozialstruktur erweiterten. 1992/1993 waren fast 6 % der Bevölkerung in den neuen Bundesländern „Vorruheständler". Ich glaube, das gibt es in keinem Land der Erde.

Aus der Sicht der Betroffenen, also hinsichtlich der subjektiven Reflexion dieses Prozesses, liegt das eigentliche Problem des Vorruhestands in Ostdeutschland darin, daß der Vorruhestand nicht das Ergebnis einer freiwilligen eigenständigen Entscheidung zur Beendigung der Erwerbstätigkeit ist oder war, sondern das Resultat äußerer, vom Einzelnen nicht beeinflußbarer Entscheidungen und Zwänge. Die hohe Unzufriedenheit, die aus dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. aufgrund fehlender Möglichkeiten weiterer Erwerbstätigkeit bei den jüngeren Alten resultiert, ist mit tradierten Lebensgewohnheiten, anderen Sozialerfahrungen und einer Lebensplanung zu erklären, in der Arbeitslosigkeit faktisch nicht vorkam.

Ich komme jetzt zum Bereich des Einkommens. Über die Renten wurde heute schon einiges ausgeführt, so daß ich hierzu nicht mehr viel ergänzen möchte. Im Dezember 1996 haben die ostdeutschen Rentner fast 90 % der westdeutschen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung bekommen. Die Frauen haben 133 % erhalten. Die relativen hohen Ostrenten resultieren daraus, daß die Männer in der DDR grundsätzlich erst mit 65 Jahren eine Rente beanspruchen konnten. Die Männer hatten somit eine längere Erwerbsbiographie aufzuweisen, und die Frauen waren langjährig erwerbstätig. Damit keine falschen Auffassungen entstehen, wie man sie in den Medien findet, muß man fairerweise folgendes hinzufügen: Wenn man identische Erwerbsbiographien in Ost und West zugrundelegt, beträgt die Ostrente tatsächlich 82 % der Westrente.

Anmerkenswert ist, und hierin liegt die Besonderheit, wenn ich über Einkommen spreche, daß die Alterssicherung in Ostdeutschland nahezu ausschließlich auf der gesetzlichen Rentenversicherung basiert. Betriebliche Altersversorgungssysteme oder berufsständige Versorgungswerke spielten in der DDR nur eine unbedeutende bzw. überhaupt keine Rolle. Die Möglichkeit einer Eigenvorsorge im Sinne von privaten Rentenversicherungen oder renditeträchtigen Kapitalanlagen, der Erwerb von Eigentumswohnungen, die ich weitervermieten kann und ähnliches, all das gab es in der DDR nicht.

Diese Tatsache findet auch ihren Niederschlag in unterschiedlich niedrigen Geldvermögensbeständen in Ost- und Westdeutschland. Rentner- und Pensionärshaushalte in Ostdeutschland verfügten in der Regel nur über Spareinlagen. Das waren im Durchschnitt 11.400 DM für Frauen über 60 Jahre und für Männer ab 65 Jahren. Daraus wurden nach der Währungsunion 8.700 DM.

Es wird deutlich, daß ältere Menschen sich heute in einer relativ guten finanziellen Lage im Vergleich zu DDR-Zeiten befinden. Wenn sie aber pflegebedürftig werden, wenn sie z. B. in ein Heim müssen, werden sie langfristig nicht mit diesem Geld auskommen. Das bedeutet, daß binnen Jahresfrist 80-90 % der Rentner Sozialhilfeempfänger werden würden. Abgesehen davon wird die jetzige Lebenslage von den Rentnern mehrheitlich als positiv empfunden.

Diese Entwicklung und die Erfahrung – die in Statistiken nicht erfaßt wird –, daß das verfügbare Einkommen gestiegen und stärker gestiegen ist als die Lebenshaltungskosten, findet seinen Niederschlag in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Diese wurde repräsentativ für die ostdeutschen Länder und Berlin-Ost 1996 von 58 % der über 60jährigen mit „gut" und „sehr gut" und von 37 % mit „teils gut", „teils schlecht" und von lediglich 4 % mit „schlecht", „sehr schlecht" bewertet. Wenn man diese Bewertung von 1992 bis 1995 unter der Fragestellung analysiert: „Ermöglicht Ihr monatliches Einkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?" kommt man zu dem folgenden Ergebnis: Die positive Beantwortung dieser Frage stieg ohne Einschränkung von 25 auf 55 %. Ich denke, das sind eindeutige Aussagen.

Ich möchte noch einiges zu den Wohnbedingungen sagen. Zum Erbe der DDR gehörte ein Wohnbestand, dessen Qualität im Volksmund in Abwandlung des Textes der Nationalhymne bereits Jahre vor dem Herbst 1989 folgendermaßen persifliert wurde: „Einverstanden mit Ruinen und der Zukunft zugewandt". 1989 hatten 18 % der Wohnungen kein Bad und keine Dusche, 24 % keine Innentoilette, 30 % verfügten über keine moderne Heizung, was für ältere Menschen vielleicht noch bedeutsamer ist, und 84 % hatten kein Telefon, bei beträchtlichen territorialen Unterschieden.

Insbesondere für die älteren Menschen ist es eine neue soziale Erfahrung, daß sie, wenn sie ein Telefon beantragen, es auch bekommen. Inzwischen verfügen über 80 % aller Rentnerhaushalte über ein Telefon. Nach Berechnungen der Telekom hätte die DDR-Post für diese Leistung 72 Jahre gebraucht. Meine Generation hätte diese Entwicklung schon nicht mehr erlebt.

Ich komme jetzt zur medizinischen und sozialen Betreuung. Es wurde ein neues Gesundheits- und Versorgungssystem installiert, wobei weniger der Maßstab der Modernisierung als das im Westen übliche Besitzstandsdenken angelegt worden ist. Diesen Seitenhieb muß ich einfach mal machen. In den USA werden die Polikliniken als Modell der Zukunft gepriesen, und in Frankreich existieren sie auch und arbeiten mit schwarzen Zahlen, mit Gewinnen. In Ostdeutschland dagegen sollten sie plötzlich nicht mehr effektiv sein. Zumal es für ältere Bürger sehr bedeutsam war, daß dort alle Fachdisziplinen unter einem Dach vorhanden waren. Ich konnte mir natürlich auch in der Poliklinik den Arzt meines Vertrauens aussuchen. Das am Rande. Die für die DDR typischen Versorgungsdefizite bei bestimmten Medikamenten und Verbrauchsmaterialien gehören der Vergangenheit an. Der Nachholbedarf entsprechend medizinischer Standards und Technik wurde zu großen Teilen beseitigt. Die

ambulante Grundbetreuung hat sich offensichtlich durch die Umstrukturierung des Betreuungssystems nicht verschlechtert, und die stationäre Betreuung hat sich verbessert. Auf normale Operationen, also die nicht akut oder lebensbedrohlich waren, wie Gallenblasenoperationen oder ähnliches, mußten sie in Berlin und in Bezirksstädten bis zu einem halben Jahr warten, wobei dabei noch berufs- oder erwerbstätige Personen bevorzugt worden sind.

Zur subjektiven Reflexion des Systemwandels läßt sich folgendes anmerken: Die älteren Menschen sind mit ihrem Leben zufrieden. Die allgemeine Lebenszufriedenheit als Gesamtreflexion sozialer, individueller und familiärer Lebensverhältnisse stieg im Osten in den vergangenen Jahren an. Der Anteil derjenigen älteren Ostdeutschen, die alles in allem mit ihrem Leben zufrieden waren, erhöhte sich von 45 % 1990 auf 65 % 1996. Der Anteil der Lebensunzufriedenen ging im selben Zeitraum von 11 % auf 6 % zurück. Diese Entwicklung schließt allerdings nicht aus, daß die allgemeine Zufriedenheit durchaus mit Unzufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen einhergehen kann. Die Tabelle 5 zeigt die Gegenüberstellung des Zufriedenheitsvergleiches nach einzelnen Lebensbereichen (60 Jahre und älter) 1990 und 1996. Interessant ist eigentlich die Zeit 1992 bis 1996. 1992 hatte sich, nach der Zeit der Versprechungen durch Politiker und dem Verlust vermeintlicher oder tatsächlicher „Errungenschaften“, das Leben normalisiert, so daß sie in etwa eine Vorstellung darüber hatten, was sie in der neuen anderen Republik erwartet. Von 1992 bis 1996 hat sich zumindest einiges verändert.

Nach Sorgen und Ängsten befragt, dominieren bei den über 60jährigen Menschen die Ängste vor Arbeitslosigkeit. Sie machen sich hier nicht nur Gedanken um die eigene Zukunft, sondern auch um die Zukunft der Kinder und Enkelkinder sowie anderer Gesellschaftsmitglieder. Gewalt und Kriminalität, Sozialabbau, die wirtschaftliche und politische Gesamtsituation liegen in der Größenordnung von 80 % bis 50 %. Das Interessante hierbei ist, daß diese Sorgen und Ängste vor privaten Sachverhalten rangieren, die erst bei 50 % ansetzen. Sorgen über die eigene Gesundheit, Sorgen, auf fremde Hilfe angewiesen sein zu müssen, machen nur 48 % aus. Ängste, ins soziale Abseits zu geraten, um die eigenen finanziellen Verhältnisse oder um Wohnprobleme, haben nur 15 % der älteren Menschen.

Diese empfundene gesellschaftliche Gesamtsituation, auch die Tendenz der Veränderung, läßt spezifische Hoffnungen und Befürchtungen aufkommen. Annähernd 20 % der über 60jährigen Menschen haben vor allem Hoffnungen. Hier ging die Zahl von 1992 um 8 % zurück. 30 % der über 60jährigen Menschen haben vor allem Befürchtungen. 1992 waren es 42 %, die noch Befürchtungen haben und etwa 45 %, die sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen haben. Hier zeigt sich, daß sich für die älteren Bundesbürger der neuen Bundesländer, aufgrund der eigenen sozialen Erfahrungen mit dem ehemals anderen deutschen Staat, in dem neuen Netz sozialer Sicherungen und sozialer Sicherheit, die Hoffnungen und Befürchtungen relativieren, wobei die älteren Menschen mit zunehmendem Alter eine etwas positivere Sichtweise haben.

Ich möchte noch einmal auf die Vorruheständler zurückkommen. Die Zukunft ist für Vorruheständler, Rentnerinnen und Rentner, bei allen psychischen und emotionalen Problemen, die sie haben – das spiegelt sich in den relativ hohen Zufriedenheitsbewertungen wieder –, berechenbarer als jene, die nicht wissen, wie es künftig weitergehen soll. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Dr. Schwitzer. Wir gehen gleich zum nächsten Thema über: Die Lebenssituation Behinderter.

Wenn man an die DDR-Zeiten zurückdenkt, wir haben das vorhin auch kurz im Gespräch mit dem Sächsischen Sozialminister thematisiert, dann erinnern wir uns an die Tatsache, daß es überwiegend kirchliche Einrichtungen gewesen sind, die sich überhaupt um Behinderte gekümmert haben. Hätte es nicht die Gelder aus dem Westen, z. B. aus dem Diakonischen Werk gegeben, dann hätte es sicherlich noch sehr viel schlimmer mit Gebäuden, mit langen Mittelgängen und mit überbelegten Räumen und mit einem sehr schlechten Standard ausgesehen. Inzwischen haben wir eine neue Situation.

Es sind nun nicht mehr nur die kirchlichen Einrichtungen, die sich darum kümmern, nach wie vor aber auch die kirchlichen Einrichtungen. Herr Habermann, Sie kommen aus einer solchen Einrichtung, und wir werden jetzt von Ihnen hören, wie sich im Transformationsprozeß die Situation der Behinderteneinrichtungen entwickelt hat. Es wäre auch interessant zu erfahren, wie die Behinderten selbst die neue Situation sehen. Wichtig ist es, die Betroffenen nach ihren Hoffnungen und Befürchtungen zu befragen.

Karl Habermann: Danke, Herr Poppe. Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte, wie auch die anderen Vortragenden, erst einmal ein paar Angaben zu meiner Person machen. Ich bin 46 Jahre, von Beruf Diplom-Ingenieur und Sozialpädagoge. Ich war bis zur Wende pädagogischer Mitarbeiter einer Betriebsakademie und bin seit 1990 in der evangelischen Stadtmission Halle tätig. Die Behinderteneinrichtung „Haus Rungholt“, von der ich komme, ist eine 70 Jahre alte, zur Evangelischen Stadtmission Halle gehörende Einrichtung im Saalkreis im Bundesland Sachsen-Anhalt.

Ich bin seit 1990 Leiter dieser Einrichtung. 126 geistig behinderte Menschen wohnen in unseren Wohnheimbereichen. 140 behinderte Mitarbeiter arbeiten in unserer WfB, der Werkstatt der Behinderten. 90 Mitarbeiter, Heil- und Sozialpädagogen, Krankenschwestern, Erzieher sowie Facharbeiter und Meister stehen für die Betreuung in den Wohnheim- und Arbeitsbereichen zur Verfügung. Diese Fakten sollen zur Kurzbeschreibung erst einmal genügen. Es ist daraus zu erkennen, daß sich die folgenden Ausführungen ausschließlich auf geistig behinderte Menschen beziehen und somit die gesamte Breite von schwerbehinderten Menschen, also Körperbehinderte mit angeborener oder durch Krankheit und Unfall erworbener Behinderung, Blinde- und Sehbehinderte, psychisch Kranke oder chronisch psychisch Behinderte, um nur einige zu benennen, nicht erfaßt werden kann. Bemerkt sei noch, daß statistisch 5 %

der Bevölkerung, ungeachtet der medizinischen Entwicklung, geistig behindert ist.

Wie sah die Behindertenarbeit in der ehemaligen DDR aus? Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß gesetzliche Instrumentarien wie es das Bundessozialhilfegesetz, das Schwerbehindertengesetz, das Heimgesetz mit der Heimmindestbauverordnung u. a. darstellen, in der ehemaligen DDR nicht vorhanden waren.

Es existierten allerdings in den Industriebetrieben sogenannte geschützte Betriebsabteilungen. Tagesstätten des Gesundheitswesens und sogenannte Pflichtarbeitsplätze für Rehabilitanden standen vor allem familiengebundenen behinderten Menschen zur Verfügung. Die Tendenz, sich von einem behinderten Kind zu trennen und in ein Heim zu geben, war stark verbreitet. So wurde die Behindertenarbeit, die Betreuung in den Heimen, vorrangig von den Kirchen getragen. Der Anteil der Heimbewohner ohne Familienbindung liegt in unserer Einrichtung beispielsweise bei 90 %.

Unsere Heimbewohner lebten und leben noch in Mehrbettzimmern bis zu 8 Bewohner in einem Zimmer. Die staatliche Vorgabe zu DDR-Zeiten von 9 qm je Heimbewohner wurde nicht eingefordert.

Es herrschte ein chronischer Mangel an Heimplätzen und somit eine ständige Überbelegung. Investitionen, wie Erweiterungen oder Neubauten und finanzielle Mittel für die Modernisierung der vorhandenen Ausstattungen blieben so gut wie aus, da das Gesundheitswesen, zu denen Behinderteneinrichtungen zugeordnet waren, an 9. Stelle in der sogenannten volkswirtschaftlich wichtigen Rangfolge gesetzt waren.

Arbeits- und Beschäftigungstherapie und Freizeitangebote im bescheidenen Rahmen bestimmten den Alltag der behinderten Menschen.

Einsatzbereitschaft, ständiges Einsetzen in der Öffentlichkeit für die behinderten Menschen, aber auch Beziehungen zu staatlichen Stellen ermöglichten die eine oder andere Ausnahme. Große Unterstützung erfuhr unser Haus durch ehrenamtliche kirchliche Jugendgruppen, z. B. bei Arbeitseinsätzen, aber auch finanzielle Zuwendungen der evangelischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Die Grundfinanzierung erfolgte über Tagessätze pro Behinderten und wurde einrichtungsspezifisch mit dem zuständigen Rat des Kreises ausgehandelt. 1990 lag er bei uns bei 18,50 DM je Heimbewohner.

Mit dem Vollzug der deutschen Einheit begannen auch in unserer Einrichtung Sonderförderprogramme wie „Aufschwung Ost“ oder „Zuwendungen aus dem Parteienvermögen“ zu greifen.

Vor allem an der Bausubstanz konnte der Verfall gestoppt und Sanierungen vorgenommen werden. So u. a. Umstellung der Braunkohleheizungen auf Ölheizungen, Wärmedämmungen, neue Fenster und Dacheindeckungen sowie

Fassadenerneuerungen. Aber auch bezüglich der Innenausstattungen und Sanitäranlagen konnten sicht- und spürbare Veränderungen vorgenommen werden.

Der gesetzliche Rahmen, der durch das Bundessozialhilfegesetz, das Schwerbehindertengesetz, das Heimgesetz und die Baumindestverordnung für Heime und durch die Heimmitwirkungsverordnung gegeben war, ermöglichte in unseren Heimbereichen, die Behindertenarbeit auf ein wesentlich höheres Niveau zu heben. Die Regelfinanzierung war über pauschalisierte Tagessätze bzw. Entgelte durch den überörtlichen Kostenträger, bei uns das Amt für Versorgung und Soziales, gesichert.

Gezielte personenorientierte Förderung nach Programmen und die Einschätzung der erreichten Ziele in Entwicklungsberichten ermöglichten einen hohen Förderungsgrad der uns anvertrauten behinderten Menschen.

Unsere Heimbewohner sind im Regelfall Bezieher von Erwerbslosenrente, die für die Heimunterbringung herangezogen wird. Die Differenz zu den Unterbringungs- bzw. Heimkosten trägt die Sozialhilfe. Somit sind unsere Heimbewohner durchgängig Sozialhilfeempfänger mit den entsprechenden Ansprüchen wie Barbetrag/Taschengeld, Bekleidungsbeihilfe u.ä.

Durch die konkreten, jetzt gültigen gesetzlichen Vorgaben, z. B. beim Wohnen in Heimen (Mind. BauVO), gelten folgende Werte:

– Wohn- und Schlaffläche für eine Person 12 qm

– Wohn- und Schlaffläche für zwei Personen 18 qm

– Wohnplätze für mehr als zwei Personen sind die Ausnahme.

Die Unzulässigkeit von Wohnplätzen für mehr als 4 Personen war der Grund für die Beantragung eines Wohnheimneubaus mit 60 Plätzen zur Entflechtung der Belegung.

Wir hoffen noch in diesem Jahr, das sich jetzt im Bau befindliche Wohnheim beziehen zu können.

Aber auch Vorgaben zur Qualifikation des Personals sicherten Qualität und neu erreichte Standards in der Behindertenarbeit. Die gewählten Heimbeiräte sichern das Mitbestimmungsrecht der Heimbewohner. Soweit die Ausführungen zur veränderten Lebenswirklichkeit für geistig behinderte Menschen und deren Lebens- bzw. Wohnverhältnisse.

Nun komme ich zum Gebiet der Arbeit. Mit der Zuordnung bzw. Angliederung der Werkstatt für Behinderte betraten wir, wie viele andere Einrichtungen im Osten, Neuland.

Für wen und welchen Personenkreis war die WfB gedacht? Der Gesetzgeber sagt dazu: „Die Werkstatt soll allen Behinderten – unabhängig von Art oder

Schwere der Behinderung – offen stehen, sofern sie in der Lage sind, ein Mindestmaß an wirtschaftlich vertretbarer Arbeitsleistung zu erbringen."

In den Werkstätten arbeiten Menschen mit geistiger, körperlicher, seelischer oder Mehrfach-Behinderungen. Eine anerkannte Werkstatt ist verpflichtet, die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter zu fördern. Dazu sind ein möglichst breites Angebot an Arbeitsplätzen, Arbeitstraining sowie die Begleitung durch Dienste zur pädagogischen, sozialen und medizinischen Betreuung der WfB-Mitarbeiter notwendig.

Sachsen-Anhalt verfügt über ein flächendeckendes Netz von 33 Hauptwerkstätten für Behinderte. Innerhalb von vier Jahren erhöhte sich die Zahl der zur Verfügung stehenden Werkstattplätze von 1.700 auf fast 5.000 Plätze.

Voraussichtlich 6.000 Werkstattplätze sind vorgesehen. Der Bund, die Bundesanstalt für Arbeit und das Land beteiligen sich an der Finanzierung neuer Plätze. Der Arbeitsbereich der Werkstätten selbst wird vom Land Sachsen-Anhalt über die Pflegesätze finanziert.

1993 begannen wir mit dieser Arbeit. Äußerst schwierig war es, auf dem desolaten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, und entsprechende Aufträge für unsere Behinderten in der Werkstatt zu erhalten. So erkannten auch Firmen die gesetzliche Möglichkeit, daß bei Auftragsvergabe an Werkstätten für Behinderte, die Möglichkeit der Anrechnung auf die Ausgleichsabgabe besteht (bei mind. 16 Arbeitsplätzen müssen 6 % der Arbeitsplätze für Behinderte ausgewiesen sein, ansonsten muß eine Abgabe gezahlt werden).

Gegenwärtig sind in unseren Werkstattbereichen 140 geistig behinderte Menschen beschäftigt. Davon sind 113 in Wohnheimen in unserer WfB untergebracht. 27 beschäftigte Behinderte wohnen in Familien. Diese eben benannten Behinderten waren vor der Wende ausnahmslos in Betrieben des Landkreises beschäftigt. Sie sind jetzt durch das Arbeitsamt nicht vermittelbar und somit unserer Werkstatt zugeordnet worden. Positiv ist zu bewerten, daß wir Anfang dieses Jahres in Zusammenarbeit mit einer Firma eine eigene geschützte Abteilung für 8 unserer Behinderten einrichten konnten.

Anfänglich auf Skepsis beruhende, doch dann langsam aufgebaute gute Kooperationsbeziehungen zu den Firmen bzw. Auftraggebern, sichern jetzt eine durchgängige Beschäftigung der behinderten Mitarbeiter, aber auch eine leistungsgerechte Anerkennung in Form eines monatlichen Entgeltes.

Folgende Arbeitsbereiche stehen in unserer Werkstatt zur Zeit zur Verfügung: Elektromontage, Leichtmontage, Metallbearbeitung, Verpackung und Sortierung, Floristik, Großküche, Wäscherei, Landschaftspflege, Recycling von Elektronik und Elektrogeräten.

Werkstattverträge zwischen der Einrichtung und den behinderten Mitarbeitern, aber auch die Mitwirkung in Werkstattbeiräten, sichern die Gleichbehandlung. Zu bemerken wäre, daß wir einer Genossenschaft für Werkstätten in Nieder-

sachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt angehören. Diese ermöglicht uns die sachgerechte Entsorgung von Fernsehapparaten und Kühlgeräten.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß wesentliche Schritte von der Verwahrung zur Selbstbestimmung geistig behinderter Menschen getan werden konnten, die erheblicher Beachtung bedürfen. Dennoch sind wir noch weit von Chancengleichheit, von Gleichberechtigung von behinderten Menschen entfernt.

Bevor wir uns als Behinderteneinrichtung in den neuen Ländern angemessen entwickeln konnten, unterliegen wir jetzt dem Druck rückläufiger Finanzen.

Der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat hat im Juli 1996 das Gesetz zur Reform des Sozialhilferechts verabschiedet. Der größte Teil dieses Gesetzes ist zum 1. August 1996 in Kraft getreten. Darunter auch die Regelung in § 93 Abs. 6 des BSHG.

Danach dürfen die am 18. Juli 1995 vereinbarten Kostensätze – bezogen auf das Jahr 1995 beginnend mit dem 1. April 1996 – in den Jahren 1996, 1997 und 1998 jährlich nicht höher steigen als 2 % im Beitrittsgebiet und 1 % im übrigen Bundesgebiet.

Im Gegensatz zu den Einrichtungen in Westdeutschland ist die Basis leistungsgerechter Kosten bzw. Entgelte in weiten Bereichen bei uns noch nicht entwickelt. Pauschalisierte bzw. Abschlagsentgelte waren über die ersten Jahre Basis der Finanzierung von Behinderteneinrichtungen.

Die Deckungsregelung wird dazu führen, daß der jetzt angebotene Standard nicht mehr vollständig gehalten werden kann. Wir werden als Einrichtung mit Personalabbau und Einschränkungen der Hilfequalität reagieren müssen, und es wird zwangsläufig zu einem begrenzten Rückgang des bisher erfreulich erreichten Hilfestandards kommen. Unser Wohlfahrtsverband, das Diakonische Werk der evangelischen Kirche in Deutschland, hat bereits Ende November 1996 in einem Schreiben auf die Einrichtungsfinanzierung in Ostdeutschland nach dem neuen § 93 Abs. 6 hingewiesen. Diesen Hinweis möchte ich nicht zitieren, nur den letzten Satz: „Wir regen an, daß der Gesetzgeber seine Entscheidung von 23.7.1996 in einer angemessenen Weise korrigiert." Die abschließende Bitte geht vor allem an die hier Anwesenden des Bundestages.

Nutzen Sie Ihren politischen Einfluß, um die bisher aufgebaute Versorgungsqualität im Bereich der Behindertenhilfe in den neuen Ländern nicht nachhaltig zu gefährden. In einer Zeit der Sparideen fehlt es in unserem Land an Gespür für Schwache und Hilfsbedürftige. So lange wir nicht direkt betroffen sind, versuchen wir Mitgefühl auszuschließen. Ich versuche hier, für die uns anvertrauten behinderten Menschen zu sprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe versucht, die Auswirkungen der deutschen Einheit auf die Lebenswirklichkeit geistig behinderter Menschen darzustellen. Trotz weitaus besserer Rahmenbedingungen ist die Grundsituation von behinderten Menschen vor und nach der Wende gleich geblieben. Es fehlt an gesellschaftlicher Akzeptanz, an gesellschaftlichem Verständnis, an

aktiver Teilnahme von Behinderten am gesellschaftlichen Leben, z. B. Zugang zu normalen Bildungseinrichtungen, zum allgemeinen Arbeitsmarkt, zum integrierten Wohnen in der Gemeinde und vieles mehr. Der behinderte Mensch darf nicht zum Objekt von Wohltätigkeit, Almosen und Fürsorge werden. Unterstützung von Selbsthilfe und Begleitung sollte Anliegen der ganzen Gesellschaft sein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Habermann. Wir kommen jetzt zum vierten Kurzvortrag. Ich mußte lernen, daß es „Wanderungsbewegung“ heißt und nicht etwa „Wanderbewegung“, über die jetzt zu reden ist.

Ich habe in Japan einen ostdeutschen Spezialisten erlebt, der dort in einer Fabrik für Roboter arbeitet und in Malaysia einen Mittelständler aus Ostdeutschland sowie in Bosnien und Afghanistan Leute, die in deutschen Hilfsorganisationen tätig waren und auch aus der ehemaligen DDR stammten. Als einen wesentlichen Aspekt muß man daher zunächst hervorheben, daß die Mobilität von jungen Menschen eigentlich etwas sehr gutes ist. Auf der anderen Seite entstehen große regionale Probleme aufgrund der Abwanderung junger Menschen mit nicht absehbaren Folgen. Die Frage, die uns hierbei interessiert ist: Wird Mecklenburg-Vorpommern so eine Art Mezzogiorno werden? Wie sind diese Wanderungsbewegungen zu interpretieren, Herr Professor Ronge? Auch gerade im Hinblick, wenn man sie auf ihre sozialen Dimensionen, auf die regionalen Unterschiede hin sowie auf die mögliche zukünftige Bedeutung dieser aktuellen Situation untersucht?

Prof. Dr. Volker Ronge: Vielen Dank. Vielleicht sollte ich zunächst klarmachen, daß ich nicht über Auswanderungen aus Deutschland in die weite Welt spreche, weder über zeitlich befristete, noch über dauernde, obwohl das ein hochinteressantes Thema wäre. Im Zusammenhang mit der Globalisierungsentwicklung, der Standortentwicklung usw. können wir nämlich feststellen, daß wir einen sprunghaften Anstieg von echten Auswanderungen seit letztem Jahr zu verzeichnen haben. Das ist im Wanderungskontext eines der bemerkenswertesten Daten, das ich überhaupt kenne, und das in der Öffentlichkeit überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden sind. Da passiert etwas, was man als die Rückkehr Deutschlands zu dem bezeichnen könnte, was es seit dem 18. Jahrhundert in etwa gewesen ist, nämlich eher ein Auswanderungsland als ein Einwanderungsland. Das ist aber ein Thema, das hier nicht hingehört, aber das für mich ziemlich spannend ist. In dem Zusammenhang nur eine biographische Nebennotiz:

Daß ich hier sitze, hängt in der Hauptsache damit zusammen, daß ich vor der Wiedervereinigung, jedenfalls eine zeitlang, so etwas ähnliches wie ein Monopolist für Wanderungsbewegungen zwischen den beiden deutschen Staaten gewesen bin. Aus der Zeit stammt meine Beziehung gerade zu dieser hier einschlägigen Wanderung. Mit der Wiedervereinigung, das wollte ich biographisch nur hinzufügen, habe ich mich schlagartig aus jedem Typus der post-DDR-Forschung zurückgezogen. Dies habe ich aus dem Grunde gemacht, weil

die Gesamtschar der westlichen Soziologen und Politologen anfingen, die DDR zu kolonialisieren, und dazu hatte ich keine Lust mehr, weil ich glaubte, etwas mehr davon zu verstehen. Seitdem berate ich die russische Regierung in der Reform der Sozialpolitik. Das ist unter Ost-West-Gesichtspunkten interessanter.

Ich kann an meine eigene Übersiedlervorgeschichte sehr gut anknüpfen. Die Wiedervereinigung bedeutet ja in der Hauptsache, migrationssoziologisch, demographisch gesehen, den Wechsel von einer grenzüberschreitenden Wanderung zu einer Binnenmigration. Ein solcher Themenwechsel hat zwei wesentliche Effekte. Der erste Effekt ist, sie wird dadurch wesentlich uninteressanter. Wer beschäftigt sich schon mit Umzügen? Wofür soll das gut sein, und vor allen Dingen im politischen Bereich von großem Interesse sein? Der zweite Effekt besteht darin, daß die Wanderungsbewegung jetzt vorwiegend ökonomisch zu interpretieren ist. Die klassischen Theorien zu einer Migration sind ohnehin in der Hauptsache ökonomische Theorien. Sie hängen alle mit der Überlegung eines Ausgleichs von Faktor-Ungleichgewichten zusammen, wie ein Ökonom das nennen würde. Entwicklungsstände in unterschiedlichen Regionen, Ländern usw. tendieren dazu, ausgeglichen zu werden. In dem Zusammenhang wandern – kategorial gesehen – Produktionsfaktoren. Arbeit ist dabei einer der wesentlichen Produktionsfaktoren. Die Mobilität des Faktors Arbeit ist, ökonomisch gesehen, immer etwas geringer als die Mobilität der anderen Faktoren, beispielsweise des Finanzkapitals oder des produktiven Kapitals. Aber es passiert dort eben auch ein derartiger Wanderungsausgleich, den wir in vielen größeren Regionen gut verfolgen können. Dieses Phänomen kennt man in der EG, in der EU genauso, wie in Südostasien oder im mittelamerikanischen Raum. Mit dem Übergang von der Vorwiedervereinigungszeit in die Post-Wiedervereinigungszeit verändern sich also auch die analytischen Kategorien, mit denen die Migration zu betrachten ist. Darauf will ich aber nicht weiter eingehen, sondern sehr schnell in diesem Zusammenhang in die wesentlichen Daten springen.

Ich habe aus mehreren Tabellen (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 6) die wesentliche Message für Sie kopieren lassen, anknüpfend an die alte Fragestellung „Wanderungsbewegungen aus der ehemaligen DDR oder den neuen Bundesländern in die Altbundesrepublik“. Sie können an dieser Graphik erkennen, wie die wesentliche Tendenz aussieht. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß wir unmittelbar nach der Wiedervereinigung eine starke Abwanderung aus der DDR in den Westen hatten, ohne Ausgleich durch Wanderungen vom Westen in die DDR. Aus dieser Situation sind wir jetzt mit einer eindeutigen Tendenz herausgewachsen. Die Transformationsperiode ist jetzt in etwa so weit entwickelt, daß wir eine ausgeglichene Situation haben. In dem Papier von Herrn Dorbritz stand eine Bemerkung über Wanderungen. Er muß das alles besser und schneller wissen, weil er im richtigen Amt dafür ist. Dort kann man erkennen, daß die Zahlen für 1995 bereits einen positiven Saldo zeigen. Die Kurve können Sie einfach um 1 Jahr nach rechts verlängern, dann ist der Ne-

gativsaldo gänzlich weg. Das ist in dem Zusammenhang zunächst einmal die wesentliche Message.

Man kann den Saldo nach beiden Seiten hin betrachten; wir haben ihn völlig parallel laufen: Auf der einen Seite immer geringere Abwanderungen aus der „DDR“ und auf der anderen Seite tendenziell, ohne Schwankungen, steigende Zuwanderungen aus dem Westen in den Osten Deutschlands. Man sollte vielleicht eines noch hinzufügen: es handelt sich hierbei immer um Jahreszahlen. Es gibt jedoch auch so etwas wie eine kumulierte Berechnung. Der kumulierte Wanderungsverlust aus Ostdeutschland in den Westen steht im Raum. Er würde nur dann kompensiert, wenn die Kurve jetzt auch im positiven Bereich weiter steigen würde, was zunächst nicht nahe liegt. Man kann also sagen, daß der kumulierte Wanderungsverlust weiter mitgeschleppt wird.

Die zweite Fragestellung bezieht sich dann, migrationssoziologisch völlig begründet, auf eine Differenzierung innerhalb dieser beiden großen Entwicklungs-Blöcke. Diese Sicht greift um so mehr, als wir den Übergang zu einer Binnenmigrationssituation haben. Hierfür spielt die ehemalige Grenze zwischen den beiden deutschen Teilgesellschaften natürlich überhaupt keine Rolle mehr. Das heißt, die eigentlichen Gegenstände der Forschung für Migration, die eigentlichen Bezugspunkte für Wanderungen, können dann nicht die ehemalige DDR und der ehemalige Westen sein, sondern das Ganze muß weit tiefer differenziert werden. Es muß genau genommen, jedenfalls dann, wenn man eine ökonomische Interpretation für Wanderungen ins Auge faßt, auch von den administrativen Zuschnitten weggehen. Das heißt, es muß insbesondere um wirtschaftlich definierte Regionen gehen. Informationen darüber zu bekommen, ist jedoch ziemlich schwer. Es ist deshalb schwer, weil man zuvor eine halbwegs plausible Vorstellung des Zuschnitts von Regionen haben müßte. Alles, was ich gleich an Differenzierung hervorhebe, und was statistisch auf Bundesländerbasis fußt, ist eigentlich nicht das, was man migrationssoziologisch bräuchte. Man bräuchte regionale Daten. Gleichwohl besitzen wir wenigstens die Differenzierung nach Ländern.

Die Differenzierung sieht folgendermaßen aus: Nehmen wir einmal die gesamtwirtschaftlichen Daten des Statistischen Bundesamtes, auf denen ich auch die andere Tabelle aufgebaut habe. Man erkennt, daß das erste östliche Bundesland, das einen positiven Wanderungssaldo aufweist, Brandenburg ist. Der Grund dafür liegt in der Umlandssituation zu Berlin. Natürlich ist die Umlandssituation von Berlin ein starker Attraktionsfaktor. Alle anderen östlichen bzw. neuen Bundesländer haben nach dieser Berechnung bis 1994 noch einen leichten negativen Wanderungssaldo.

Es gibt seit 1996 eine regionale Statistik, die sehr schwierig herzustellen gewesen ist, weil sie zwischen den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam entwickelt wurde. Es ist zu unterstellen, daß diese Regionalstatistik präziser ist als die bisherige Länderstatistik. Nach dieser Statistik hatten wir schon im Jahre 1994 in allen östlichen Ländern positive Wanderungssalden zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildet jedoch Mecklenburg-Vorpommern,

wobei auch dort der Wanderungssaldo marginal ist. Nach dieser regionalen Statistik kann man daher konstatieren, daß die Situation der Anfangszeit der Wiedervereineinigung mit starker Abwanderung völlig beendet ist. Zum Teil sind sogar leichte Gegenbewegungen, also positive Salden, zu verzeichnen. Ich gehe davon aus, daß Zahlen von 1995 noch etwas günstiger sind als die Zahlen des Jahres 1994, so daß dort also inzwischen eine völlig andere Situation eingetreten ist.

Ergänzend möchte ich noch betonen, daß negative Wanderungssalden, jedenfalls wenn man in kleinere Einheiten von Regionen oder gar Kommunen geht, kein Spezifikum Ostdeutschlands sind. Vergleicht man z. B. westliche und östliche Großstädte miteinander und nimmt Berlin heraus, dann verbleiben als nächste Großkategorie, in der es dann westliche und östliche Großstädte gibt, diejenigen Städte, die zwischen 200.000 und 500.000 Einwohner haben. Ich nehme aus dieser Kategorie die obersten und komme rein zufällig zu den Städten Leipzig, Dresden, Bochum und Wuppertal. Wenn man die zwei West- und zwei Oststädte miteinander vergleicht, ergibt sich folgendes Ergebnis: Negative Salden im Jahr 1993 bestehen in Leipzig und Wuppertal, und positive Salden ergeben sich für Dresden und Bochum. Das heißt, es ist überhaupt nichts besonderes, negative Salden auf dieser Ebene zu haben. Gleiches gilt auch für die Bundesländer. Wir haben z. B. für 1993 und 1994 in den Bundesländern Bremen, Schleswig-Holstein und im Saarland Negativsalden, die durchaus vergleichbar mit denen in den östlichen Bundesländern sind.

Der Modus dieser Regionalstatistik ist neu und erst jetzt nutzbar. Aus diesen Daten ergibt sich so etwas wie ein Mikrobild des Wanderungsgeschehens in den neuen Bundesländern. Dasselbe kann man für die westlichen Bundesländer natürlich auch berechnen. Deutlich wird sichtbar, daß die Städte generell durch Abwanderung an Einwohnern verlieren und die Landkreise gewinnen. Wir finden dieses Phänomen generell für alle östlichen Bundesländer vor, ohne jede Ausnahme. Kreise gewinnen zu Lasten der Städte.

Ich wollte mich kurz fassen, deshalb bemerke ich zum Schluß nur noch etwas bezüglich der Interpretation dieser Wanderungen. Hierbei handelt es sich nicht um politische Interpretationen, da diese m.E. obsolet geworden sind. Ein Wanderungsverlust, der zunächst negativ anmuten mag, birgt gleichwohl auch Vorteile. Wanderungsverlust impliziert in der Regel immer sofort etwas Negatives. Problematisch sind dabei insbesondere die zwei Faktoren: „Brain drain“, d. h. die Abwanderung von Intelligenz und der arbeitsfähigen Bevölkerung einerseits, und andererseits geht es um die Entleerung von Räumen, d. h. um das Zurücklassen von Naturwüste aus zivilisierten Gegenden. Das mag richtig sein, nur es gibt eben auch Vorteile. Gerade in dem Wanderungsbereich, in dem wir uns hier bewegen, muß man betonen, daß die Abwanderung den Wohnungs- wie auch den Arbeitsmarkt in den östlichen Bundesländern entlastet hat. Jede einzelne Abwanderung bedeutet eine solche Entlastung.

Ich erinnere noch einmal an die zwei Seiten des Wanderungssaldos in der Grafik. Man muß außerdem genau so fragen, wenn man einen „brain drain“ durch

Abwanderung befürchtet, wer eigentlich die Personen sind, die aus dem Westen in den Osten wandern? Was bewirken sie dort? Ist das nicht möglicherweise ein entgegenlaufender „brain drain“? Zur Beantwortung dieser Fragen müßte man in die Befragungsmethodik gehen. In diesem Fall könnte man sich nicht mehr auf die Statistik zurückziehen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Professor Ronge. Bevor wir in die Diskussion starten, haben wir noch einen Punkt auf der Tagesordnung, der ein bißchen aus dem Rahmen fällt. Es handelt sich um einen Vortrag von Herrn Dr. Schroeder. Wenn ich richtig informiert bin, geht es in Ihrem Vortrag um das Thema des ganzen heutigen Tages. Wir haben zwar über Frauen und Jugendliche bereits eine Diskussionsrunde gehabt, deshalb will ich Sie aber nicht daran hindern, diese Themen noch einmal aufzugreifen. Ich bitte Sie auch, die letzten vier Kurzvorträge und Ihren Kurzvortrag als einen gewissen Diskussionsanstoß für die nachfolgende Diskussion zu werten. Sie haben die gleiche Zeit wie Ihre Vorredner.

PD Dr. Klaus Schroeder: Vielen Dank, Herr Poppe. Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin zu dieser Thematik durch verschiedene Forschungsprojekte gekommen, die wir seit 1990 an der Freien Universität zum Transformationsprozeß durchgeführt haben. Ich selber arbeite seit geraumer Zeit an dieser Universität und leite dort die Arbeitsstelle Politik und Technik und den Forschungsverbund SED-Staat. Nachfolgend möchte ich über das Thema „Legenden und Fakten im Transformationsprozeß“ referieren, wobei ich mich auf typische Aspekte konzentrieren werde. Ich beschränke mich hierbei auf einige Thesen, die Ihnen in ausführlicher Form schriftlich vorliegen. Bisweilen werde ich etwas überpointieren, damit genügend Stoff für die Diskussion bleibt.

Die zentrale These möchte ich vorwegstellen: Der Transformationsprozeß ist trotz nicht zu übersehender Probleme weiter fortgeschritten und erfolgreicher verlaufen, als die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion vermuten läßt. Ich möchte diese These im folgenden kurz begründen.

Erinnert sei zuerst an die Ausgangslage. Dies war der Bankrott der DDR, der sich als Konsequenz eines schleichenden Niedergangs von Wirtschaft und Ideologie darstellt, wobei der zweite Aspekt zumeist vergessen wird. In der Diskussion konzentrieren wir uns ja immer auf den ersten Aspekt. Dieser Zusammenbruch und die nachfolgende Vereinigung kamen sowohl für Politik und Wissenschaft als auch für die Bevölkerung überraschend, so daß auch keine Vorstellungen darüber vorhanden waren, wie dieser gewaltige und historisch ohne Beispiel ablaufende Transformationsprozeß konkret gestaltet werden könnte. Er stand von Beginn an unter zwei schweren Hypotheken.

Die erste Hypothek war die erbitterte Gegnerschaft in Ost und West gegen die Vereinigung überhaupt, insbesondere seitens der Opposition. Die noch größere Gegnerschaft richtete sich gegen die schnelle Vereinigung, also gegen die Art und den gewählten Weg des Vereinigungsprozesses. Eine zweite schwere Hy-

pothek bestand darin, daß vor allem die wirtschaftliche Ausgangslage in Ostdeutschland falsch eingeschätzt wurde. Wenn man es kurz auf einen Punkt bringen will, könnte man sagen, daß die Produktions- und Beschäftigungsstruktur der DDR 1989 in etwa das Niveau der Bundesrepublik von Mitte der 60er Jahre hatte. Der Produktivitätsabstand war erheblich. Das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft erreichte maximal 20-30 % des westdeutschen Wertes.

Unter diesen Voraussetzungen, die bis heute nachwirken, kommt der Analyse des Transformationsprozesses eher eine parteipolitische Dimension im Sinne einer Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu, als daß sie Ergebnis einer nüchternen Betrachtung dessen wäre, was abgelaufen ist.

Die Beurteilungsmaßstäbe haben im Laufe der letzten Jahre zudem rasch gewechselt. Dies gilt es in Erinnerung zu rufen, wenn man sich die Skepsis und die Kritik, die heute gerade in breiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung vorhanden ist, erklären will. Das westdeutsche System war für den Großteil der DDR-Bevölkerung immer das Referenzsystem. Es ging nicht um die Verbesserung des Lebensstandards im eigenen System, sondern Vorbild war immer das Lebensniveau des westdeutschen Systems. Dieses Referenzsystem war weniger auf unmittelbare Erfahrung gegründet, sondern medial vermittelt über Verwandtenbesuche und über Fernsehen, so daß hier auch ein zum Teil falsches Bild von der westdeutschen Realität entstanden ist.

Als zweiten Punkt möchte ich die Alternativen ansprechen. Zum einen ging es auch bei der Bundestagswahl 1990 um die schnelle Vereinigung mit dem Primat der raschen sozialen und materiellen Angleichung zwischen Ost und West. Dagegen stand ein zeitlich gestreckter Vereinigungsprozeß, der stärker die ökonomischen Dimensionen betonte und den sozialen Angleichungsprozeß langsamer verlaufen lassen wollte. Bekanntlich hat sich die Mehrheit der Ostdeutschen für die erste Variante entschieden, nämlich für die Option der schnellen Angleichung.

Es wurde gerade in Westdeutschland der Eindruck vermittelt, man könne diese Vereinigung gewissermaßen nebenbei finanzieren, während in Ostdeutschland die Ansprüche durch die politischen Versprechungen noch gesteigert wurden. So entstand von vornherein ein Erwartungsniveau, das die Politik später nicht mehr realisieren konnte. Dennoch muß offen bleiben, ob nicht gerade ein gewisses Maß an „Unbekümmertheit“ der westdeutschen Entscheidungsträger überhaupt erst schnelle Entscheidungen bewirkt hat, und ob nicht ein nachdenklicherer Prozeß zu einer Reformen blockierenden Verlangsamung geführt hätte. Ohne den überschäumenden Optimismus der ersten Stunden und der damit einhergehenden Unterschätzung der anstehenden Vereinigungs- und Transformationsprobleme hätten grundsätzliche Entscheidungen und Weichenstellungen kaum mit dem Elan und der Entschlossenheit getroffen werden können, wie es angesichts des objektiven Zeitdruckes notwendig war.

Ich komme jetzt zu dem Punkt, der heute schon mehrfach angesprochen wurde: Zu den „Gewinnern und Verlierern des Vereinigungsprozesses“. Wobei ich vorab sagen möchte, daß sich das überhaupt nicht trennen läßt, denn es gibt viele Dinge, die die Menschen als Gewinn und andere Dinge, die sie als Verlust betrachten. Ich möchte darauf hinaus, daß jeder einzelne Mensch die Empfindung, etwas gewonnen zu haben, aber auch etwas verloren zu haben, in sich trägt. Das sollten wir bei allen kontroversen Diskussionen im Auge behalten. Betrachtet man die statistischen Untersuchungen, ist festzustellen, daß es nicht nur die Rentner sind, die vor allen Dingen materiell gewonnen haben, sondern daß diejenigen Personen, die beschäftigt sind, natürlich auch zu den Gewinnern gehören.

Trotz mancher Irritationen und Umstellungsschwierigkeiten hat auch die breite Masse der Jugend durch die Einheit an Entwicklungsmöglichkeiten und -perspektiven gewonnen. Sie müssen sich nicht mehr den gleichgeschalteten Institutionen und Ritualen sowie der zentralistisch vorgeplanten und gesteuerten Ausbildung und Berufslenkung unterwerfen. Gerade der in den 80er Jahren von der SED verordnete Stop der Bildungsexpansion, infolge dessen es vor allem Kinder aus sozial unteren Schichten nicht mehr möglich war, die EOS und entsprechend die Universität zu besuchen, bewirkte, daß wir Ende der 80er Jahre in der DDR weniger Arbeiterkinder an den Universitäten hatten als in Westdeutschland. Die Jugendlichen können heute – soweit Begabung und Ausbildungsplätze vorhanden sind – ihre Ausbildungsperspektive frei wählen.

Zu den Gewinnern der Einheit zählen auch vor allem jene, die in der DDR politischer Verfolgung ausgesetzt oder in ihren individuellen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt waren. Dies gilt zumindest für die immaterielle bzw ideelle Seite. Gleichwohl skandalös erscheint, daß gerade viele ehemalige Oppositionelle in der DDR auch heute wieder, gerade auch materiell, ausgegrenzt werden. Ihnen ist es nicht gelungen, und es wurde ihnen auch nicht gerade leicht gemacht, die beruflichen Nachteile, die Ausbildungsdefizite, die sie auf Grund ihrer Haltung in der DDR hatten, jetzt zu kompensieren. Auf diese Weise haben wir das verquere Bild, daß diejenigen, die in der DDR beruflich benachteiligt waren, es heute weiterhin sind, während umgekehrt doch ein Großteil derjenigen, die privilegiert waren, es geschafft hat, sich sehr schnell mit den veränderten Verhältnissen neu zu arrangieren. Bei einer sozialen Betrachtung sind die ehemals Privilegierten auch eher wieder in oberen sozialen Lagen anzutreffen.

Die Entwertung ihres sozialen und kulturellen Kapitals trifft besonders die Altersgruppe, die unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen zu alt für einen Neubeginn und zu jung für den Vorruhestand war. Damit ist die Generation gemeint, die zum Zeitpunkt der Vereinigung zwischen 45 und 55 Jahre alt war. Herr Schwitzer hat es vorhin am Beispiel seiner eigenen Person anschaulich gemacht. Diese Generation gehört zu denjenigen, die es relativ am schwersten haben. Ob sie insgesamt gesehen als Verlierer einzuschätzen sind,

ist vornehmlich eine subjektive Empfindung, aber in jedem Fall ist diese Altersgruppe mit komplexen und enormen Problemlagen konfrontiert.

Jetzt möchte ich kurz einige Anmerkungen zu der Debatte machen, die heute im Vordergrund stand. „Die Frauen als Verliererinnen der Einheit?“ Ein genauerer Blick in statistisch nur teilweise erfaßte komplexe Zusammenhänge zeigt, daß die Wirklichkeit nicht so einfach ist, wie sie oft in vorurteilshafter Verkürzung dargestellt wird. Die These, daß die Frauenbeschäftigung im Vergleich zur Beschäftigung von Männern in den neuen Ländern überproportional seit 1989 zurückgegangen sei, ist in dieser Eindeutigkeit falsch. Sie ist falsch, weil sie u. a. die Ausgangssituation nicht einbezieht. Die Ausgangssituation sah so aus, daß der Frauenanteil an den Beschäftigten in der DDR überzeichnet war. Tatsächlich ist der Frauenanteil an den Beschäftigten von 1989 bis 1995 nur geringfügig gefallen. Dies wird besonders deutlich, wenn man die (zumeist verschwiegene) noch gestiegene Erwerbsneigung von Frauen nach 1989, ihren geringen Anteil an den Westpendlern und ihre Überzeichnung in der DDR-Statistik mitberücksichtigt. Dort war nämlich der sogenannte X-Bereich, d. h. der Sicherheitsbereich, in dem vornehmlich Männer beschäftigt waren, ausgeklammert worden. Nimmt man diese DDR-Statistik als Datengrundlage, arbeitet man von vornherein mit einem unrealistisch hoch gewichteten Frauenanteil. Der Anteil der Frauen an den sogenannten Westpendlern , also an denjenigen, die im Osten leben und im Westen seit 1989 gearbeitet haben oder noch arbeiten, ist erheblich geringer als der der Männer. Das resultiert jedoch primär aus dem tradierten Geschlechterverständnis, nicht aber aus dem Transformationsprozeß.

Wenn man diese drei Aspekte bei der Analyse mitberücksichtigt, stellt man fest, daß die Frauenbeschäftigung nur um etwa einen Prozentpunkt zurückgegangen ist. Andernfalls findet eine Überzeichnung der Benachteiligung der Frauen statt. Davon bleibt unbenommen, das möchte ich betonen, daß Frauen sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik gesellschaftlich und insbesondere auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt waren und sind.

Ich möchte auf einen Punkt zu sprechen kommen, der noch einmal illustriert, daß der Angleichungsprozeß sozial und materiell viel weiter fortgeschritten ist, als es die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion vermuten läßt. Wenn wir uns die Daten zur Einkommensentwicklung in Ost und West ansehen, stellen wir fest, daß ungefähr 80 bis 85 % aller Haushalte, gemessen am Familieneinkommen, in etwa unter gleichen Bedingungen leben. Die tatsächliche Differenz zwischen Ost und West entspringt erstens aus der unterschiedlichen Vermögenssituation, und zweitens daraus, daß in den oberen Etagen der Einkommenspyramide (10 bis 15 %) fast nur Westdeutsche anzutreffen sind. Unterhalb dessen wurde jedoch eine Angleichung der Familieneinkommen zwischen Ost und West schon längst vollzogen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern. Auch hier hat ein schneller Angleichungsprozeß stattgefunden. Auf diesem Feld haben ostdeutsche Haushalte die westdeutschen inzwischen eingeholt,

wenn nicht sogar überholt. Mit Ausnahme von einigen Luxusgütern ist der Ausstattungsgrad in West und Ost mittlerweile in etwa gleich, wobei naturgemäß viele ostdeutsche Haushalte „modernere“, weil jüngere, Geräte haben. Zieht man das Beispiel von Gütern heran, die im Osten Mangelware waren, im Westen jedoch zum allgemeinen Standard gehörten, wie Telefone und Pkw's, sieht man, daß innerhalb von nur fünf Jahren eine Angleichung des Ausstattungsgrades erreicht wurde, während der gleiche Entwicklungssprung in Westdeutschland etwa 15 Jahre gedauert hatte.

Gleiches gilt für die Beschäftigungsstruktur. Auch hier vollzog sich binnen weniger Jahre ein Prozeß, der sich in der alten Bundesrepublik über 25 Jahre hinzog. Mittlerweile hat sich die Aufteilung der Beschäftigten über die drei Sektoren auf ein annähernd identisches Maß eingependelt. Die vergleichsweise höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist insoweit weniger Ausdruck einer regionalen Benachteiligung als vielmehr Resultat der nachgeholten Herausbildung einer „Dienstleistungsgesellschaft“ sowie der dort weiterhin höheren Erwerbsneigung. Die allgemeine Erwerbsquote liegt in Ostdeutschland um etwa zwei Punkte höher als im Westen (49 % zu 47 %).

Der nächste Punkt, den ich kurz thematisieren möchte, sind die angeblichen oder tatsächlichen „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR. Hier lautet meine These, daß die in Ostdeutschland weit verbreitete Illusion, man könne einfach soziale „Rechte“ aus der DDR in das neue System übertragen, blockierend auf den Vereinigungsprozeß und auf das Zusammenwachsen wirkt. Hierbei wird vergessen, daß die Systemspezifik von Sozialpolitik in der Übertragung negative Konsequenzen haben könnte. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die DDR nicht zuletzt deshalb zugrunde gegangen ist, weil die „sorglose“ Finanzierung der Versorgungspolitik – so möchte ich sie einmal nennen – die wirtschaftliche Leistungskraft weit überschätzt hat. Die Prognosen von Mittag, Schürer und anderen in der Endphase der DDR gingen dahin, daß nur eine Reduktion des Wohlstandsniveaus von 20-30 % überhaupt die Grundlage für ein weiteres Wirtschaftswachstum darstellen könnte. Diese Prognosen blieben jedoch unbeachtet. Die SED-Führung hat an dem Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bis zum Ende festgehalten und damit die überlebensnotwendige Modernisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unmöglich gemacht.

In der sozialen Marktwirtschaft dagegen besteht die Schwierigkeit der Sozialpolitik darin, das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher Effektivität und sozialer Sicherheit immer wieder neu auszubalancieren, wobei die Hierarchie zwischen diesen beiden Feldern eindeutig ist. Kommt es zu einer Überforderung des Wirtschaftssystems, beraubt sich der Sozialstaat seiner finanziellen Grundlagen. Der Sozialstaat kann nie ungestraft das Wirtschaftssystem überfordern. Am Beispiel des Rechts auf Arbeit, das ja immer wieder recht blauäugig diskutiert wird, möchte ich das illustrieren. Die Übertragung des Rechts auf Arbeit auf das jetzige gesamtdeutsche System würde bedeuten, daß wir die Tarifautonomie außer Kraft setzen und zweitens die Löhne zentral

festlegen müßten. Dann könnten wir natürlich sofort Arbeit und Einkommen neu verteilen, allerdings mit der Folge einer starken Nivellierung der Einkommen. Daß die Nivellierung von Einkommen in der Folge wieder zur Demotivierung leistungsstarker und -bereiter Arbeitskräfte und zu einer niedrigeren Arbeitsproduktivität und damit zu einem Rückgang des Wohlstandsniveaus führen würde, kann vermutet werden. Die Folgen sind aus der Geschichte bekannt.

Meine These ist, daß viele aktuelle Problemlagen gar nicht durch den Vereinigungsprozeß bedingt sind, sondern ihm nur zugeschoben werden. Wir neigen dazu, die tatsächlichen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, immer auf ein Problem zwischen Ost und West zu reduzieren. Erinnert sei daran, daß wir schon vor 1989 in der Bundesrepublik Diskussionen hatten, die die gleichen Dimensionen hatten, wie die Diskussionen heute. Erinnert sei an den Umbau des Sozialstaates, erinnert sei an den europäischen Integrationsprozeß, erinnert sei an die Verteilung von Arbeit und an die Frage der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen. Die Diskussion, die Herr Geisler heute morgen aufgebracht hat, wurde schon vor 1989 geführt, in den letzten Jahren jedoch vernachlässigt. Die Folgen der Rationalisierungsstrategien der großen Unternehmen sind angesichts der Globalisierung Probleme, die ungeachtet des Vereinigungsprozesses entstehen. So kann man sagen, daß diese Reduktion zentraler Probleme auf Vereinigungsprobleme wohl eher daraus resultiert, daß es Wahrnehmungsblockaden und wechselseitige Schuldzuweisungen zwischen Ost und West gibt, die verhindern (sollen), daß eine gesamtdeutsche Sichtweise entsteht.

Ich komme zum vorletzten Punkt meines Vortrages, zu den Schwächen der Vereinigungspolitik. Diese lagen darin, daß die erwähnte Priorität, den sozialen und materiellen Angleichungsprozeß in den Vordergrund zu rücken, dazu führte, daß ordnungspolitische und wirtschaftliche Probleme unterschätzt wurden. In der DDR sozial benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen, angefangen bei den Rentnern, den Behinderten bis hin zu den Jugendlichen, wurden nach der Vereinigung finanziell erheblich besser gestellt bzw. erhielten bessere Bedingungen, so daß die Transferleistungen vor allem konsumtiven Charakter haben. Ungefähr 70 % der bisherigen Transfersumme zwischen West und Ost entfällt auf konsumtive Leistungen mit dem Schwergewicht auf Sozialleistungen. Nur 25 % der bisherigen Transfersumme haben – laut Berechnung der Bundesbank – investiven Charakter. Hier schlägt sich die ursprüngliche Intention der Vereinigungspolitik ökonomisch negativ nieder. Die Konsequenz müßte sein, daß sich die Transferleistungen in den nächsten Jahren stärker auf diesen Bereich konzentrieren, denn trotz aller positiver Aspekte des Vereinigungsprozesses bleibt der hohe Produktivitätsabstand weiterhin eines der zentralen Probleme. Der fortbestehende Produktivitätsabstand von etwa 40-50 % signalisiert, daß gerade an diesem für die zukünftige Entwicklung wichtigen Punkt der Vereinigungsprozeß stockt. Ohne die fortgesetzte Subventionierung wird es zwar einen massiven Arbeitsplatzabbau geben, der nicht akzeptiert werden kann. Wir können aber einen selbsttragenden Aufschwung nicht errei-

chen, und hier ist das Saarland ein negatives Beispiel, indem wir weiter subventionieren, sondern wir müssen Hilfe zur Selbsthilfe, d. h. investive Transferleistungen erbringen, die es ermöglichen, daß ein sich selbsttragender Wirtschaftsaufschwung entsteht.

Es gibt noch ein zweites Versäumnis der Vereinigungspolitik. Das ist die „Ost-West-Schlagseite“, die von Beginn an angelegt war. Es wäre sinnvoller gewesen, daß gesamtdeutsche Reformbestrebungen, etwa zur Entbürokratisierung, zum Umbau des Sozialstaates, zur Vereinfachung des Rechtswesens oder zur Verteilung von Arbeit 1989 in Angriff genommen worden wären. Dadurch hätte in Ost- und Westdeutschland die Perspektive verstärkt werden können, daß es sich bei der Vereinigung um ein gesamtdeutsches Projekt handelt, und nicht nur um ein ostdeutsches Problem, wovon „lästigerweise“ auch Westdeutsche betroffen sind.

Jenseits dieser Schwächen der Vereinigungspolitik gibt es allerdings auch eine selektive und stark verzerrte Wahrnehmung der Vereinigungspolitik. Dieses Phänomen ist heute von Frau Schenk angesprochen, aber leider nicht beantwortet worden. Ich möchte das ergänzen. Es gibt bei fast allen Befragungen ein eklatantes Mißverhältnis zwischen der Einschätzung der subjektiven Situation und der allgemeinen Situation. Wenn Sie fragen: „Wie geht es Ihnen wirtschaftlich, hat sich Ihre Lage nach 1989 verbessert?“, antworten etwa zwei Drittel der Personen: „Ja, meine Situation hat sich wirtschaftlich verbessert“. Stellen Sie dem gleichen Personenkreis die Frage: „Wie ist die wirtschaftliche Situation allgemein?“, sagt fast ein gleich hoher Prozentsatz, daß die wirtschaftliche Situation allgemein schlechter geworden sei. Wir haben dieses Frageschema in einer Umfrage unter Frauen auch auf die Diskriminierung von Frauen bezogen. Auch hier erhielten wir das erstaunliche Ergebnis, daß 80 % der Frauen sagten, sie selbst seien als Frau nicht gesellschaftlich benachteiligt oder diskriminiert, während umgekehrt fast 90 % der Frauen meinten, Frauen allgemein seien diskriminiert und benachteiligt. Wir haben eine erstaunliche Differenz, die verdeutlicht, daß die subjektive Lage wesentlich besser ist als die Stimmung. Die Gründe hierfür können wir in der Diskussion erörtern.

Ich komme zum letzten Punkt, zum Mißbehagen an der Einheit. Dieses Mißbehagen ist weniger materiell, sondern vor allem sozialpsychologisch bedingt. Hierbei spielen zwei Aspekte eine Rolle. Der eine Aspekt besteht darin, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht präzise genug zwischen der Kritik der Herrschaftsstrukturen und der Darstellung der Lebenswelten differenziert. Auf diese Weise konnte es vor allem der PDS gelingen, jede Kritik an der Diktatur als Angriff auf die gesamte DDR-Bevölkerung umzumünzen. Indem diese falsche Gleichsetzung erfolgt, entsteht in der ostdeutschen Bevölkerung der Eindruck, sie selbst würde unter Kollaborationsverdacht gestellt und ihre persönlichen Leistungen würden nicht mehr anerkannt. Sprachliche „Gleichmacherei“, d. h. undifferenziert verwandte Begriffe sind hierbei besonders problematisch, weil sie unterschlagen, daß es beispielsweise nicht „die“ Ostdeutschen, sondern eine Pluralität von Biographien und Erfahrungswerten in

Ostdeutschland gibt. Diese liegen z.T. weiter auseinander als die Erfahrungen zwischen Ost- und Westdeutschen. Damit meine ich, daß es keine „ostdeutschen Sonderwege“ geben sollte, denn die würden nur das zementieren, was wir verhindern wollen, nämlich das Fort- bzw. Wiederaufleben einer inneren deutschen Spaltung.

Ich komme jetzt zum Schluß. Als Fazit bleibt mir die Feststellung, daß der Vereinigungsprozeß erfolgreicher abgelaufen ist, als weite Teile der öffentlichen Diskussion nahelegen. Nach Umfrageergebnissen will nur eine kleine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung zurück in die DDR. Das will nicht einmal die Mehrzahl der PDS-Wähler.

Wir sollten nun beginnen, die gewiß nicht zu unterschätzenden Herausforderungen als gesamtdeutsche zu begreifen, und die deutsche Vereinigung auch einmal als das zu würdigen, was sie letztlich ist: die Befreiung der ostdeutschen Bevölkerung von einer Diktatur und die Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem demokratischen und freiheitlichen Staat, der nicht mehr nach Sonderwegen trachtet, sondern in das westliche Bündnis und den europäischen Einigungsprozeß eingebettet bleibt. Dies ist viel mehr, als man nach 45 Jahren deutscher Teilung erwarten konnte und relativiert die jetzt auftretenden Probleme des Vereinigungsprozesses als vorübergehende Erscheinungen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Herr Schroeder. Wir haben jetzt noch eine knappe Stunde für die Diskussion. Es haben sich fast alle hier anwesenden Mitglieder der Enquete-Kommission zu Wort gemeldet. Ich möchte mir eine Vorbemerkung erlauben: Thema des heutigen Tages ist die Arbeits- und Sozialpolitik.

Ihre z.T. etwas provokanten Thesen, Herr Dr. Schroeder, sprengen diesen Rahmen, und es sind Anmerkungen von Ihnen gekommen, über die wir jetzt sehr lange und sehr heftig diskutieren könnten, die aber nicht zu diesem Thema gehören. Ich will dazu nur eines sagen, insbesondere zu den Sätzen, die Sie eingangs brachten, und die auch in Ihrem Papier nachzulesen sind. Ihrer Meinung nach hätte die Regierung Kohl die deutsche Einheit gegen den teilweise erbitterten Widerstand der westdeutschen Opposition von SPD und Grünen vollendet. Darüber hinaus steht in Ihrem Material auch die Formulierung „gegen den entsprechenden Widerstand des überwiegenden Teils der Bürgerrechtsgruppen“.

Ich habe mich immer gegen Legendenbildung gewehrt, auch von der Seite, die Sie vorhin beschrieben haben, und ich muß sagen, ich wende mich auch gegen Legendenbildung, wenn sie von einer entgegengesetzten Seite kommt. Ich will gerne beweisen, aber wir haben nicht die Zeit dazu, den Nachweis zu erbringen, daß diese Behauptungen falsch sind. Es genügt, vom Zeitpunkt des Falls der Mauer an, über den Runden Tisch, über die Debatten in der Volkskammer usw. dies alles aufmerksam zu verfolgen. Genauso muß man auch all das aufmerksam verfolgen, was im Bundestag, was von der SPD, von den Grünen und

der Bürgerrechtsbewegung wirklich gesagt wurde, um diese These zurückzuweisen.

Ich möchte die Enquete-Kommission auffordern, bei dem Thema Sozialpolitik und Arbeitspolitik zu bleiben, sowohl mit der Fragestellung als auch mit den entsprechenden Antworten, damit wir uns jetzt nicht verfransen.

Als erster hat Herr Moreau das Wort, dann Herr Kuhn.

Sv. Dr. Patrick Moreau: Ich habe eine Bemerkung zu Herrn Schwitzers Ausführungen. Polikliniken à la DDR existieren in Frankreich nicht. Juristisch gesehen sind die sogenannten Polikliniken, Ärztehäuser oder Sonderbereiche der Krankenhäuser. Ich vermute, daß Sie sich da irren.

Die zweite Dimension, das ist mehr eine Frage an Herrn Professor Ronge: Können diese Wanderungen in die neuen Bundesländer nicht auch hauptsächlich aus sogenannten Rücksiedlern stammen? Ich denke an unsere ostdeutsche Gemeinschaft in München. Sie hat sich in den letzten 24 Monaten wahnsinnig stark verschmälert, und die meisten Leute, die ich kannte, sind wieder in Sachsen und in Thüringen anzutreffen.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich einem Thema widmen, das schon heute in unserer Diskussion eine Rolle gespielt hat. Es geht um das Leben der Behinderten in der ehemaligen DDR und jetzt in der Bundesrepublik Deutschland. Wie ist es den Behinderten im Transformationsprozeß ergangen? Herr Habermann hat zum Schluß seiner Ausführungen eine interessante These aufgestellt, die lautet: Nach wie vor, egal ob in der DDR oder auch in der Bundesrepublik, hätten die Behinderten eine schlechte Stellung in der Gesellschaft, seien nicht ins öffentliche Leben integriert, hätten erschwerten Zugang zur Bildung und außerdem erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ich wehre mich entschieden dagegen, das einfach so pauschal gleichzusetzen. Sie merken, daß einem da schon die Nackenhaare nach oben gehen können, wenn man vier Jahre Kommunalpolitik gemacht hat. Deshalb stelle ich an Sie, Herr Habermann, eindeutig die Frage: Ist Ihnen bekannt, daß geistig behinderte Menschen in der DDR für bildungsunfähig erklärt wurden? Ist Ihnen bekannt, daß wir nach der Wende Schulen für geistig Behinderte eingerichtet haben, daß wir ambulante Frühförderung für geistig behinderte Menschen gemacht haben? Das heißt, daß wir nach der Wende die Integration dieser Menschen ermöglicht haben, die zu DDR-Zeiten keine Chance hatten, überhaupt integriert zu werden, die auch aus dem Bild des öffentlichen Lebens in der DDR völlig verdrängt wurden? Ist Ihnen bekannt, daß wir nach den Behinderten-Schulen entsprechende Werkstätten errichtet haben? Ich glaube, Sie arbeiten in einer solchen Einrichtung, in der auch eine Berufsausbildung möglich ist, wo in diesen Werkstätten Behindertenbetreuung stattfindet, wo letztendlich auch behindertenbetreutes Wohnen ermöglicht wird, d. h. eine ganzheitliche Betreuung gewährleistet ist?

Ich kann Ihre Argumentation überhaupt nicht verstehen. Wenn ich mir anschaue, was an Infrastruktur auch in den Städten gebaut worden ist. Ich habe zu DDR-Zeiten nicht gesehen, daß da ein behindertengerechter Fußgängerüberweg errichtet worden ist, so daß der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln garantiert wurde.

Wissen Sie, daß auf dem Arbeitsmarkt, im öffentlichen Dienst eine Quote existiert, wonach man Behinderte, egal ob körperlich oder geistig behinderte Menschen schon mit einem gewissen Druck einstellen muß, daß da eine Pönalisierung auch möglich ist, und daß ein entsprechendes Entgelt gezahlt werden muß, ich glaube 25.000 DM, wenn sie die Quote nicht einhalten? Weiterhin existiert der Lohnkostenzuschuß, um ein Unternehmen, das einen Behinderten einstellt, auch entsprechend zu fördern.

Ich meine, daß wir mit einer solchen Schwarz-Weiß-Malerei der Situation nicht gerecht werden. Einfach zu sagen, da hat sich doch im Prinzip nichts geändert, die Behinderten haben noch wie vor sehr schwierige Bedingungen und das funktioniert alles nicht, das entspricht nicht der Wahrheit.

Weiterhin sagen Sie: Wenn wir uns jetzt das Gesetz anschauen und den entsprechenden Paragraphen aufschlagen, kann man erkennen, daß die Sozialhilfe in ihrem Wachstum auf nur noch 2 % in Ost und 1 % in West beschränkt worden ist. Dazu kann ich nur sagen: Wenn das alles ist, was an Aussagen von Ihnen herüberkommt, nämlich, daß sich nichts für die Behinderten getan hat, dann frage ich Sie, was haben Sie zu DDR-Zeiten gearbeitet? Haben Sie dort mit Behinderten zu tun gehabt? Haben Sie dort solche Einrichtungen einmal gesehen, Schwerstbehindertenheime, Multimobili etc.?

Haben Sie gesehen, wie die Behinderten, das haben wir heute vom Sozialminister gehört, quasi in geschlossenen Anstalten mit Psychopharmaka als Insassen gehalten und nicht als Bewohner behandelt wurden? Wenn Sie das gesehen haben, dann kann ich Ihre Aussagen überhaupt nicht verstehen, und ich möchte gerne, daß Sie mir diese Fragen, die ich eben gestellt habe, auch beantworten.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als nächster Herr Kowalczuk, dann Herr Spiller bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Frage richtet sich an Herrn Schwitzer. Mich hat die Tabelle auf Seite 6, 7 bezüglich der Zufriedenheitsskala sehr interessiert. Ich habe hierzu eine Frage, obwohl ich mir Ihre Antwort fast denken kann. Ich würde das trotzdem von Ihnen mehr oder weniger verbindlich hören wollen. Gibt es so eine Untersuchung auch für die Zeit vor 1989, also vor der Revolution?

Daran schließt sich eine andere Frage an: Es gab in Leipzig das mittlerweile bekannte Friedrich-Institut, also das Institut für Jugendforschung. Gab es eine ähnliche Forschung zu den alten Menschen? Mir ist bekannt, daß es kein Institut zur Rentnerforschung gab. Aber gab es zu diesem Thema an Ihrer Aka-

demie der Wissenschaften einen größeren Arbeitsbereich, oder waren Sie da mehr oder weniger ein Alleinkämpfer?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Ronge. Ich fürchte auch bei dieser Frage, daß Sie mir eine abschlägige Antwort geben müssen. Mich interessiert, ob es eine Untersuchung über das Qualifikationsniveau und über die Altersstruktur der Wandernden gibt? Also über diejenigen, die aus den neuen Bundesländer weggehen bzw. auch über diejenigen Personen, die in die neuen Bundesländer kommen?

Ich hätte gerne einen weiteren Themenkomplex von Ihnen beantwortet. Ich habe vorhin aus Ihren einführenden Worten geschlossen, daß Sie vielleicht etwas dazu sagen könnten, wie die Wanderungen aus der Bundesrepublik vor 1989 in die DDR aussahen? Hierbei handelt es sich natürlich um keine Größenordnungen, aber es gab doch immer ein paar Wanderungen wegen Familienzusammenführungen etc. Haben Sie darüber vielleicht noch weitergehende Erkenntnisse?

Meine letzte Frage richtet sich an Herrn Schroeder. Ich hatte mir hier schon ein paar Punkte aufgeschrieben, aber ich respektiere das, was unser Vorsitzender gesagt hat, und ich gehe auf diese polemischen Dinge nicht ein. Ich habe aber eine konkrete Frage an Sie: Sie konstatierten, daß die Integration von alten Kadern fast besser gelang, als die Integration von denjenigen, die aus politischen Gründen kein bestimmtes Bildungsniveau erreichen konnten, und denen es einfach auch an Qualifikation mangelte, um auf schnellstem Wege in die neue Gesellschaft integriert zu werden. Das ist eine Sache, die wir ganz speziell auch im Wissenschaftsbereich, in der Geschichtswissenschaft über Jahre oder über einige Jahre hinweg doch ziemlich intensiv und auch heftig diskutiert haben. Mich würde interessieren, ob Sie eine Chance sehen, daß man an diesem Zustand heute noch etwas verändern kann. Uns geht es ja auch um Handlungsempfehlungen. Sehen Sie da Möglichkeiten, daß man diesen Zustand, zumindest den Zustand der Nichtintegration von den ehemals Ausgegrenzten jetzt noch ändern kann? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Spiller bitte.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe eine Frage Herrn Dr. Ronge. Sie haben in Ihren Ausführungen angedeutet, daß nähere Auskünfte zu den Wanderungsbewegungen eventuell doch einer anderen Grundlage, im Sinne von Befragungen anstelle von vorhandenen Statistiken, bedürften. Ich frage trotzdem, weil z.T., soweit mir bekannt ist, bei der Wanderungsstatistik gelegentlich auch die Frage nach der Herkunft, also von welchem Bundesland wechselt man in ein anderes Bundesland, erfaßt wird. Ist eine Aussage möglich, ob von der, wie ich finde, erfreulichen Zuwanderung in die neuen Bundesländer, auch ein größerer Anteil von Rückwanderern vorhanden ist? Ich meine damit Ostdeutsche, die für einige Jahre in Westdeutschland gewesen sind und wieder zurückkehren? Können Sie sonst sagen, worauf sich das konzentriert? Ich weiß

nicht, ob Sie auch etwas zu Berufen oder zur Alterszusammensetzung ausführen können.

Herr Poppe, Sie haben gemahnt, bei dem letzten Vortrag von Herrn Schroeder nicht auf den polemischen Teil allzusehr einzugehen. Ich schenke mir das einmal. Den starken Tobak, den kommentiere ich jetzt nicht. Es gab aber auch in dem Bereich Wirtschaft und Soziales, in dem Referat, was Herr Schroeder uns vorgetragen hat, eine ganze Reihe von Thesen, die ich auf Unkenntnis zurückführe. Aus diesem Grunde möchte ich da eigentlich keine Frage stellen, weil ich mir keine Erleuchtung verspreche. Ich möchte nur anmerken, daß es eine Reihe von Thesen im Zusammenhang mit Wirtschaft und Soziales gibt, die offenbar von Herrn Schroeder ohne hinreichende Kenntnis entwickelt worden sind.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte es in diesem Fall doch besser gefunden, Sie hätten angedeutet, um welche Themen es geht, aber ich kann Sie dazu nicht zwingen.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Wenn von Herrn Schroeder gesagt wird, daß 70 % der Transfersumme für konsumtive Zwecke verwendet wurden, dann stellt sich mir die interessante Frage, was Transfer ist. Wenn Sie auf die Idee kommen, die Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme wie Renten und Arbeitslosenversicherung etc. seien ein Transfer, dann mögen Sie Recht haben. Dies ist aber eine gänzlich unangemessene Charakterisierung, denn dann müßte man auch von vielen Transferleistungen innerhalb der alten Bundesrepublik sprechen, das macht aber kein Mensch. Wenn man so herangeht und die Bemessungsgrundlage bei 100 % ansetzt, wäre alles, was irgendwie aus dem Bundeshaushalt oder aus Länderhaushalten, aus sozialen Sicherungssystemen nach Ostdeutschland fließt, ein Transfer. Durch diese Vorgehensweise muß man zwangsläufig zu irrtümlichen Aussagen kommen.

Es gibt auch eine Reihe von Äußerungen, bei denen ich vermute, daß sie einer individuellen Einschätzung entspringen, bei denen es sich um keine empirisch belegbaren Aussagen handelt. Eine Bemerkung will ich mir nicht verkneifen: Ich finde es gänzlich unangemessen, in einem wissenschaftlichen Vortrag von „nationaler Rührseligkeit“ zu sprechen, wenn es um die positive Grundhaltung der Westdeutschen nach 1990 geht. Das ist auch keine wissenschaftliche Sprache. Ich mache meine Bemerkung an Ihren Äußerungen fest, wenn Sie z. B. sagen, „offenbar seien doch ganz viele der und der Meinung“, oder wenn Sie von der „weitverbreiteten Illusion in Ostdeutschland, man könne die Vorteile der alten DDR mit den Vorteilen der Bundesrepublik kombinieren“, sprechen. Die „weitverbreitete Illusion“, wie kommen Sie zu einer solchen Aussage, Herr Schroeder?

Ich vermute hierbei, daß es sich, weil Sie sich gerne mit Legenden befassen, einfach auch um eine Legende handelt. Leider sind Sie vielleicht ein bißchen von dem Thema Legenden angesteckt worden. Sie können selber gut stricken.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache jetzt einmal einen Strich. Wir haben noch vier weitere Wortmeldungen. Ich möchte nicht, daß diese Diskussion in eine etwas verhärtete Atmosphäre gerät. Ich gebe jetzt erst einmal denen, die bisher angefragt waren, die Gelegenheit, zu antworten. Danach haben wir noch einmal eine Fragerunde mit vier weiteren Mitgliedern der Enquete-Kommission. Bitte, Herr Dr. Schroeder. Vielleicht wollen Sie beginnen.

PD Dr. Klaus Schroeder: Ich weiß gar nicht, wie ich zu der Ehre komme, so aggressiv attackiert zu werden. Anscheinend habe ich mit einigen Äußerungen ins Schwarze getroffen. Ich will auf den ersten Punkt – zur Frage der Befürwortung der Vereinigung und des schnellen Weges dorthin – darauf hinweisen, daß ich die etwas polemische Schärfe im mündlichen Vortrag herausgenommen habe. Ich habe hier nur vorgetragen, daß es von Teilen der Bürgerbewegung gerade gegen die schnelle Vereinigung Widerstand gab. Wenn Sie das nicht sehen wollen, gut, dann ist das eine Verdrängungsleistung, zu der ich Ihnen gratuliere, aber diese Thematik wird ohnehin an anderer Stelle ausgefochten.

Jetzt möchte ich zu inhaltlichen Punkten überwechseln. Herr Spiller, ich habe bei der Transfersumme und deren Aufschlüsselung die Berechnungen der Deutschen Bundesbank übernommen. Die Deutsche Bundesbank erfaßt unter der Transfersumme nicht die Sozialleistungen an sich, sondern das, was vom westdeutschen Sozialsystem auf das ostdeutsche übertragen wird. Das kann man anders sehen, dann können Sie aber Ihre Kritik bei der Deutschen Bundesbank und gemeinhin bei allen, die diese Auffassung vertreten, anbringen. Es ist aber Allgemeingut. Nun gibt es ja vielleicht das „Spillersyndrom“, bei dem man das alles aus Prinzip anders macht, das können Sie ja in die öffentliche Debatte einführen, aber meine Ausführungen als Polemik oder unwissenschaftlich zu bezeichnen, zeigt nur, daß Sie nicht wissen, wovon Sie reden. Es ist parteiübergreifend völlig unbestritten, daß das Schwergewicht dessen, was ich hier als Transfer bezeichnet habe, sich stärker vom konsumtiven zum investiven Bereich verlagern müßte. Wenn wir uns darauf auch hier verständigen könnten, wäre das doch schon immerhin etwas.

Ich komme jetzt zum zweiten Punkt. Ich habe, um Ihnen eine „Zahlenschlacht“ zu ersparen, nicht immer Prozent- oder andere Zahlenangaben gemacht. Zu dem Bereich, den Sie erwähnen, bei dem es um eine weit verbreitete Illusion geht, kann ich folgendes anmerken: Wenn Sie fragen, welche sozialen Leistungen der DDR auch im neuen System übernommen werden sollten, finden Sie 70 % bis 80 % der Befragten, die genau das aufführen, was ich „weit verbreitet“ genannt habe. Wenn Sie wollen, schicke ich Ihnen das Manuskript zu, dann können Sie mir widersprechen. Was gemeint ist, ist doch klar. Es handelt sich hierbei um die vorherrschende Meinung, daß es möglich sei, die Vorteile des einen mit den Vorteilen des anderen Systems zusammenzubringen. Tun Sie doch nicht so, als ob das nicht der Stoff ist, aus dem die Vorurteile gegen die gewählte Art des Vereinigungsprozesses entstanden sind. Sie sollten dem

viel stärker entgegenwirken, um klarzumachen, wie Systeme im Inneren zusammengesetzt sind, und wie das Verhältnis z. B. zwischen Wirtschaft und Sozialsystem funktioniert. Hier bietet doch die DDR ein lernfähiges Beispiel.

Ich möchte jetzt jenseits Ihrer Attacken zu dem Punkt kommen, den Herr Kowalczuk angesprochen hat. Hier gibt es im wesentlichen nur Spekulationen und Indizien, die sich z.T. über die ZERV, z.T. aber auch über die Auswertung von Wahlen ergeben, z. B. daß die PDS in der Gruppe der Selbständigen relativ viele Wähler hat. Es gibt bei der Untersuchung lokaler und regionaler Zusammenhänge immer wieder den Hinweis auf diese Netzwerke. Es gibt vor allen Dingen, und das ist der zahlenmäßig größte Punkt, im Staatssektor durch den Vereinigungsvertrag relativ viele Personen, die früher in privilegierten Positionen waren und übernommen wurden. Die Situation sieht weiterhin so aus, daß dagegen diejenigen Personen, die in der DDR außen vor standen, nicht übernommen werden konnten. Wenn Sie sich – Sie kommen ja auch aus Berlin – in Berlin z. B. ansehen wie Lehrer, die vor 1989 in Ostberlin der Schule verwiesen wurden, heute keine Stelle mehr erhalten, dann ist das für mich ein Skandal. Diese Tatsache zeigt, daß die politische Sensibilität denjenigen gegenüber, die ja nicht unmaßgeblich den Sturz des Regimes herbeigeführt haben – ich denke, da sind wir uns wieder einig –, nicht vorhanden ist. Ich kann mir nur vorstellen, und das wäre das naheliegendste, daß wir einen Teil des alten SED-Geldes, also dessen, was sich die SED unrechtmäßig angeeignet hat, und was wir noch nicht einmal zu einem Bruchteil zurück haben, dazu benutzen, um den Betroffenen Hilfe bzw. nachholende Qualifizierungsmöglichkeiten zu geben. Es wird schwer sein, den Personenkreis einzugrenzen, aber ich denke, das kann und sollte man machen, damit die derzeit existierende Schieflage wenigstens ein bißchen kompensiert wird.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Professor Ronge bitte.

Prof. Dr. Volker Ronge: Wenn es um harte wissenschaftliche Daten geht, bin ich in einer ganz schwierigen Situation, weil ich Ihnen in der Hauptsache auf alle Fragen nur die Antwort geben kann, was es datenmäßig nicht gibt und – bestenfalls – warum es das nicht geben kann.

Ich fange vielleicht am einfachsten mit einer historischen Bemerkung an. Warum wußten wir vor 1989 über sozial-strukturelle Merkmale der Übersiedler Bescheid? Das ist ganz einfach. Wir hatten dort die Besonderheit, daß die Übersiedler, als sie in den Westen kamen, einem Meldeverfahren unterzogen worden sind oder sich selbst unterzogen haben. Dafür zuständig war das jetzt aufgelöste Bundesausgleichsamt. In diesem wurden alle Übersiedler nach sozial-strukturellen Merkmalen befragt, die dann wissenschaftlich genutzt werden konnten. Nachdem wir das Bundesausgleichsamt nicht mehr haben, befinden wir uns in einer Situation, in der individuumsbezogene Wanderungsdaten nicht mehr vorhanden sind.

Ich kann Ihnen aber sagen, Herr Spiller, woher und wohin sich die Wanderungsbewegungen bewegen. Ich kann Ihnen das z. B. saldiert beantworten, es wandern so viele Einwohner aus einem Bundesland weg und in ein anderes hinein, oder aus einer Kommune usw., aber ich kann niemals feststellen, ob es sich dabei vielleicht um einen Rückwanderer handelt. Es gibt keine individuumsbezogene Verfolgbarkeit von Wanderungsbewegungen. Diese könnte es nur sehr mühsam geben, indem man nicht über die amtliche Statistik, sondern über Meldedaten gehen würde. Dann muß ich aber entsprechende Samples ziehen, was ziemlich schwierig ist. Damit beantwortet sich fast alles, was Sie gefragt haben, sowohl zur Rückwanderung bezüglich der sozial-strukturellen Differenzierung, als auch zur räumlichen Wanderung.

Man kann natürlich auf diejenigen sozialstrukturellen Merkmale rekurrieren, die die amtliche Statistik selber benutzt. Dies sind in der Hauptsache zwei Merkmale: Es handelt sich dabei um die Geschlechtsdifferenzierung und die Altersdifferenzierung, beide z. B. unter dem Gesichtspunkt von „brain drain"-Überlegungen durchaus von Interesse. Ich habe mir das m.E. einzig vorhandene sozial-strukturelle Differenzierungsmerkmal, das Alter, einmal angeschaut. Das impliziert eine Frage der Abgrenzung. Wenn wir z. B. die Jugendkohorte nehmen, und zwar die Jugendkohorte 15- bis 20jähriger und 20- bis 25jähriger zusammengenommen – man könnte der Meinung sein, daß dies für eine Volkswirtschaft eine besonders wichtige Kohorte ist –, kann man in der Statistik verfolgen, wie die Konstellation 1990 und zum Vergleich 1994 gewesen ist. Ich kann Ihnen nur in Kürze darstellen, wie das aussieht. Wir finden eine Situation vor, in der die zusammengefaßte Jugendkohorte 15- bis 25jähriger in den neuen Bundesländern 1994 zahlenmäßig in etwa genau so groß ist wie 1990. In dieser Kohorte herrscht dort also Stabilität, während in den alten Bundesländern in dieser Kohorte ein Verlust von etwa einer halben Million Menschen zu verzeichnen ist. Hier steht also, wenn wir diese Jugend und ihre Migration für wichtig erachten, die Altbundesrepublik schlechter da als die neuen Länder. Die Erklärung dafür können Sie der Geburtenstatistik bei Herrn Dorbritz entnehmen. Es handelt sich hierbei um die Alterskohorten, bei denen in der DDR mehr Kinder auf die Welt gebracht wurden als im Westen. Diese „Mehr-Kinder" sind jetzt in dieser Altersgruppe 15- bis 25jähriger. Das heißt, wir haben hier dieses vergleichende Jugenddatum, aber wir können es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht auf Wanderungen zurückführen, sondern auf unterschiedliche Geburtenhäufigkeit in Ost und West in den siebziger Jahren.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Habermann bitte.

Karl Habermann: Ich bin eigentlich entsetzt, daß mein Vortrag in der Form bei Ihnen angekommen ist. Ich habe schon eingangs versucht, zu differenzieren, daß ich nicht für die gesamte Behindertenbreite sprechen kann, sondern mich nur speziellen Aspekten zuwenden kann. Hierzu zählt z. B. nicht die Hospitalisierung für psychisch Kranke in Krankenhäusern, was Sie richtig bemerkt haben. Ich weiß auch nichts darüber, wie die Kommunen für Körperbe-

hinderte bestimmte Auflagen und Forderungen z. B. mit Absenkung von Bordsteinen und dergleichen durchsetzen.

Ich denke, die konkrete Gegenüberstellung der Situation in der ehemaligen DDR und der jetzigen Situation kam deutlich aus meinem Vortrag heraus. Daß die Rahmenbedingungen ideal sind, daß sie wirklich die gesetzlichen Vorgaben, Arbeitsmöglichkeiten mit und für die Behinderten geschaffen haben, die es vorher noch nicht gab, habe ich besonders hervorgehoben. Selbst wenn ich vorhin Quadratmeterzahlen zitiert habe, 12 oder 15 qm für einen behinderten Menschen, ist diese Festlegung im Gesetz festgeschrieben, das ist doch etwas Einmaliges. Die Kinderzimmer in den Plattenbauten liegen bei 9 bis 11 qm.

Meinen Abschlußsatz kann ich selbstverständlich interpretieren und dazu stehe ich noch.

Die gesellschaftliche Akzeptanz, d. h. wie wir als Mitmenschen mit unseren behinderten Mitbürgern umgehen, spielt meines Erachtens eine bedeutende Rolle. Die gesellschaftliche Akzeptanz war zu DDR-Zeiten die gleiche wie sie auch heute noch ist. Zur Illustration möchte ich ein drastisches Beispiel geben. Wenn sich Urlauber in dem vereinten Deutschland eine Urlaubsermäßigung vom Reisebüro zurückgeben lassen, weil sie an ihrem Tisch gegenüber Behinderte gesehen haben, und sich dadurch belästigt gefühlt haben, muß man das als Wertminderung betrachten. Diese Tatsache meine ich damit. Das wollte ich zum Ausdruck bringen. Da sind wir alle als Gesellschaft gefordert noch ein Stück mehr zu tun. Die Rahmenbedingungen sind auf jeden Fall vorhanden. Wir müssen damit arbeiten. Wenn ich Urlaubsreisen für Behinderte beantrage, bereitet das in der Regel Schwierigkeiten. Wir stoßen, auch wenn wir in Gruppen in Gaststätten gehen, immer wieder auf Hindernisse, auf Ausreden: „Es ist alles besetzt“ oder „das Restaurant erwartet eine geschlossene Gesellschaft“. Dann ziehen wir mit unseren 12 Behinderten wieder ab. Trotz idealer Bedingungen, trotz guter Pflegesätze, trotz herrlicher Mindestbauverordnungen eines neuen Heimes, was wir Ende des Jahres beziehen, hat sich an der gesellschaftlichen Akzeptanz nichts verändert. Das habe ich mit meinem letzten Appell gemeint.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte Ihnen eigentlich auch sagen, daß das überwiegend auch als ein Appell an die Mitmenschlichkeit, die nicht systemgebunden ist, verstanden worden ist. Herr Dr. Schwitzer, Ihnen wurde eine Frage vom Sv. Kowalczuk gestellt. Ich bitte Sie, diese Frage noch zu beantworten.

Dr. Klaus-Peter Schwitzer: Ich möchte die Gelegenheit nutzen und auch noch zwei Bemerkungen machen. Ich dachte jetzt an die Sonderabteilungen in den Krankenhäusern, weil die meisten Polikliniken in der DDR auch Sonderabteilungen von Krankenhäusern waren, die eigentlich schon Ausnahmen waren, das waren die sogenannten Ambulanzen oder das Betriebsgesundheitswesen, aber das würde ich nicht unbedingt als Errungenschaft der DDR bezeichnen.

Ich komme jetzt zu Ihrer Frage, Herr Kowalczuk. Erstaunlicherweise gab es von Medizinern, die sich der Altersforschung zugewandt haben, Ende der 60er bzw. Anfang der 70er Jahre mehrere Untersuchungen. Diese Untersuchungen sind natürlich nicht vergleichbar mit den heutigen Kriterien, die an sozialwissenschaftliche repräsentative Untersuchungen gestellt werden. Aber es gab etwas Erstaunliches. Es gab schon einmal auf deutschem Boden einen gesamtdeutschen Altenplan. Dieser war wissenschaftlich begründet und ging von demographischen Aspekten aus, mit der Ausrichtung auf das Jahr 2000. Umfangreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen und eine Arbeitsgruppe, die sich damit intensiv beschäftigte, wurden an unserem Institut 1985/86 gegründet. Die ersten Ergebnisse wurden zur Kenntnis genommen und lobend erwähnt. Eine Gruppe wurde sogar mit einem „Kollektivorden“ ausgezeichnet, aber von den Ergebnissen haben wir nie wieder etwas gehört. Eigentlich hatte man kein Interesse an den Ergebnissen. Die DDR-Sozialwissenschaftler und Demographen, die damals daran gearbeitet haben, sind davon ausgegangen, daß es nicht mehr ausreicht, die DDR-Gesellschaft zu analysieren. Sinnvoll sei es vielmehr, wenn man überhaupt etwas verändern wolle, daß man Schlußfolgerungen für die Gesellschaft ziehen müßte und die Kosten berechnen sollte. Mitte der 80er Jahre startete jedoch erst diese Vorgehensweise.

Zu dem Aspekt der Behindertenproblematik läßt sich folgendes anmerken: Die Aussage, ab Ende der 70er Jahre gab es in den Rechtsvorschriften der DDR den Begriff „nicht mehr bildungsfähig“, ist einfach sachlich falsch. Dieser Passus war tatsächlich in den Rechtsvorschriften der DDR bis Ende der 70er Jahre enthalten. Jedoch wurde von Seiten der Kirche, insbesondere von der Inneren Mission und der Caritas dagegen protestiert. Dieser Protest wurde dann akzeptiert.

Das Problem bei den Behinderten war auch ein Widerspruch zwischen Gesundheitswesen und Volksbildung. Behinderte Kinder wurden in der DDR nach der Geburt erfaßt, und sie wurden auch mit mehr oder weniger Engagement behandelt. Es gab hervorragende Betreuungsmodelle. Sie funktionierten solange, wie das Gesundheitswesen dafür zuständig war, also vom Krippenalter bis zum 5. bzw. 6. Lebensjahr. Im Anschluß daran war die Volksbildung dafür zuständig. Dann funktionierte es schon nicht mehr. Man hatte versucht, gesunde, behinderte sowie geschädigte Kinder in Krippen und Kindergärten bis zur Schule gemeinsam zu führen. Dagegen stellte sich aber die Volksbildung. Dann gab es noch etwas, was ich mit solchen großen Begriffen und so einem großen Vorhaben überhaupt nicht fassen kann. Es gab natürlich engagierte Leute in der CDU, in der Caritas etc., die im Interesse der Bürger etwas bewegen wollten. Es gab eine Art Solidarität der alten Männer, die konstatierten: Um die Betreuung zu gewährleisten, brauchen wir mehr Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Die Resonanz des Ministers für Gesundheitswesen sah so aus: „Wir sind dazu nicht in der Lage“. Das Problem wurde dadurch gelöst, daß die Technik und die Ausstattungsmaterialien aus der Bundesrepublik in die DDR kamen. Die DDR sah großzügig darüber hinweg, weil es der Betreuung der eigenen Bürger zugute kam. Kein niedergelassener Arzt, kein

Privatarzt und kein Pastor hätte sich irgendwelche Apparate oder Vervielfältigungstechnik aus dem Westen schicken lassen dürfen. Das Zugeständnis der staatlichen Seite wurde, aus uns bekannten Gründen, in diesem Fall jedoch gegeben.

Daß das Geld nichts nutzte, die Baukapazität und die Handwerkerkapazität nicht ausreichten, galt nicht nur für den Behindertenbereich sondern für alle Bereiche. Bei den 1.500 Alten- und Pflegeheimen, darunter 1.300 staatliche Heime, hätten 10-15 % nach altbundesdeutschen Maßstäben weiterbetrieben werden können. 40 % der Heime waren abrißreif.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man könnte hier auch noch so einiges anmerken, aber ich lasse jetzt einmal die Verbindung zwischen dem Diakonischen Werk und KoKo beiseite, die es in dem Zusammenhang auch gegeben hat.

Wir haben jetzt noch vier Wortmeldungen. Ich bitte Sie alle, Ihre Fragen und Statements auf jeweils ca. 3 Minuten zu begrenzen. Wir haben dann noch die gleiche Zeit für die Beantwortung der Fragen zur Verfügung.

In der Reihenfolge: Herr Gutzeit, Herr Professor Burrichter, Frau Kurzhals, Herr Meckel.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte mit einer Frage an Herrn Dr. Schwitzer beginnen, die die Entwicklung der Zufriedenheit der alten Menschen betrifft. Haben Sie nähere Angaben zu regionalen Unterschieden oder auch zu politischen Präferenzen? Spielen diese Angaben bei dieser Entwicklung eine Rolle?

Eine Frage möchte ich auch an Herrn Dorbritz richten. Mich interessiert noch einmal die Differenzierung zu der Frage der Kinderlosigkeit. Gibt es da noch nähere Angaben zu sozialer Zugehörigkeit, zu sozialen Schichten, zu sozialen Milieus und Unterschieden zwischen Ost und West?

Schließlich kann ich mir auch eine Bemerkung zu den Äußerungen von Herrn Dr. Schroeder nicht verkneifen. Ich habe 1990 auch in der Volkskammer gesessen. Wir waren in der Koalition mit der CDU und haben einen Koalitions-Vertrag gemacht, in dem auch deutschlandpolitische Aussagen enthalten waren. Ich kann mich entsinnen, in Übereinstimmung mit der SPD, im Westen doch dafür gesorgt zu haben, was die deutsche Vereinigung betrifft, mehrmals zwei Drittel Mehrheiten organisiert zu haben. Ich kann nicht sehen, daß der Bundeskanzler Kohl bei uns auf Widerstand gestoßen ist. Verstehen Sie, diese Art von Polemik finde ich einfach irgendwie schief und falsch.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Professor Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Ich erspare mir aus Zeitgründen die übrigen Fragen. Ich möchte auch eine Anmerkung und zwei Fragen an Herrn Schroeder richten.

Herr Vorsitzender, ich akzeptiere Ihren Moderatorenhinweis zu diesem Referat, jetzt nicht in die Grundsatzdiskussion einzutreten. Ich finde diese Handhabung auch richtig. Es ist jedoch mit dem Nachteil verbunden, daß im Protokoll, das zu dieser Veranstaltung erscheinen wird, nicht deutlich wird, welche Punkte in dem Referat von Herrn Schroeder auf grundsätzlichen Dissens gestoßen sind.

Meine Fragen sind auch mit Bezug auf die Sozialpolitik ausgesucht. Herr Schroeder, ich finde eine gewisse Schieflage in Ihrer Argumentation. Sie bekunden, daß die gewaltigen Erfolge der Vereinigungspolitik gegenüber den zweifellos vorhandenen und dennoch überbewerteten Schwierigkeiten verblassen. Sie zählen die Gebiete auf, von denen Sie meinen, daß da noch Versäumnisse vorhanden sind. Auf Seite 11 Ihres Manuskriptes heißt es: „Der Verzicht auf gesamtdeutsche Reformen etwa zur Entbürokratisierung, zum Umbau des Sozialsystems, zur Vereinfachung des Rechtswesen oder zur Verteilung von Arbeit... hat dem Vereinigungsprozeß eine Ost-West-Schlagseite gegeben." Ich will das nicht weiter auflisten. Wir haben gestern über Sozialpolitik geredet, und da hat Herr Ludwig auf 10 fundamentale Sünden im Bereich der wirtschaftlichen Vereinigung hingewiesen. Diese reduzierten sich nicht nur auf die Verteilung von Arbeit. Hier halte ich Ihre Sichtweise auf die Versäumnissektoren für relativ beschönigend, zumindest aber nicht für zutreffend. Ich könnte noch weitere Gebiete wie Wissenschaft, Hochschulen usw. anführen. Das sind alles Gebiete, die im Grunde genommen problematisch verlaufen sind, und die man in einer solchen Arbeit – nach meinem Dafürhalten – aufzeigen müßte.

Der zweite Punkt, der mich sehr betroffen macht, besteht darin, daß Sie sich im Absatz 9 Ihrer Arbeit im Grunde genommen anmaßen, über die psychische Befindlichkeit einer großen Zahl von Menschen zu urteilen. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie für die Tatsache, daß Sie diesen Leuten sozusagen psychologische Hemmschwellen unterstellen, die damit Realitätsverlust unterlegt, empirische Belege? Dankeschön.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Meine Frage richtet sich erst einmal an Herrn Schroeder. Er gibt mir jetzt erst einmal die Gelegenheit, ein paar Fragen zum Thema Frauen zu stellen. Ich war ja vorhin etwas ausgeschaltet. Aus der ganzen heutigen Diskussion kam Legendenbildung, kam die These „Frauen als Verliererinnen der deutschen Einheit" heraus. Es ist von Herrn Poppe heute schon festgestellt worden, daß auf dem Podium Frauen saßen, die nicht zu diesem Frauentyp gehören, die eigentlich zu den „Verliererinnen der deutschen Einheit" zählen, aber das sind Ausnahmen. Rings um meine Erlebniswelt befinden sich Frauen, besonders Frauen der Jahrgänge 1945 bis 1965, die die Verliererinnen darstellen. Es betrifft die Frauen, die bestens als Facharbeiter, als Ingenieur und in nicht typischen Frauenberufen ausgebildet wurden. Ich selber habe zwei solche untypischen Frauenberufe. Diese Frauen sind trotz mehrfacher Fortbildung, Umschulung usw. arbeitslos. Jetzt ist heute schon

einmal angedeutet worden, daß in den Chefetagen 80 % Manager aus den Altbundesländern und nur ungefähr 10 % bis 20 % Manager aus dem Osten kommen. Ich habe feststellen müssen, daß gerade in diesen frauenuntypischen Bereichen wie das Handwerk und der Mittelstand, wo das Management vom Osten getragen wird, viel mehr Frauen eingestellt werden, als in Großbetrieben wie z. B. in großen Chemieanlagen. In diesen Großbetrieben dominieren Manager aus dem Westen, die dieses Urbild, Frauen gehören ins Wochenbett und hinter den Kochtopf, wieder richtig zum Erblühen gebracht haben. Diese Tatsache kommt mir hier immer zu kurz. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich kann mich bei der Wiedervereinigung daran erinnern – ich komme aus der Großchemie –, daß die Frauen sogar gegen die Gewerkschaften kämpfen mußten, weil 50 % der Frauen in drei Schichten gearbeitet haben. Wir haben gegen die Gewerkschaften gekämpft, weil wir diese Arbeitsplätze für Frauen erhalten wollten. Das waren neue Gesichtsbilder. Schade, daß das alles wirklich bei der Einheit verlorengegangen ist. Diese Frauen sind wirklich die „Verlierer der deutschen Einheit". Diese Frauen haben auch keine Chance auf dem Arbeitsmarkt, weil sie jetzt in dem undankbaren Alter zwischen 35 und 55 Jahren sind.

Herrn Dr. Schwitzer möchte ich noch eine Frage stellen. Sie haben erwähnt, daß die Rentner zu DDR-Zeiten über kein hohes Privatvermögen verfügten, und daß mit dem Umtausch dieses Vermögen noch einmal halbiert worden ist. Sie schätzen das Privatvermögen zwischen 6.000 und 7.000 Mark. Können Sie Zahlen nennen, wie das private Vermögen, also das Barvermögen oder überhaupt die Vermögenswerte der Rentner zur Zeit aussehen? Ist angespart oder nur konsumiert worden? Welche Werte stehen den Werten der Rentner aus den Altbundesländern gegenüber? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die letzten Bemerkungen bzw. Fragen kommen von Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Die Vorhersage, daß es sich um Bemerkungen handelt, war richtig. Da ich bei den ersten Beiträgen des Podiums leider nicht dabei sein konnte, beziehe ich mich auf Herrn Schroeder und mache dazu einen Kommentar.

Ich stimme Ihnen zu, daß die zentrale Dimension einer verfehlten Vereinigungspolitik daran zu sehen ist, daß sie nicht für ein gesamtdeutsches Reformprojekt genutzt wurde, sondern daß sie faktisch so angelegt wurde, als ginge es nur um ostdeutsche Anpassungsleistungen. Dem stimme ich zu, wenngleich man in bezug auf die konkreten Inhalte, wo Reformen nötig sind, im einzelnen darüber sprechen müßte, und ich damit mit den von Ihnen identifizierten Punkten nicht in jedem Punkt übereinstimmen würde. Gleichwohl kann ich es nicht anders sehen, daß das, was Sie anderen vorwerfen, wenn Sie davon sprechen, daß da ideologisch motivierte Interpretationen oder Wahrnehmungsblokkaden vorhanden sind, auch auf manche Punkte in Ihrem Text zutreffen. Ich nenne zwei Beispiele: Einmal sprechen Sie davon, daß Freiheit im Osten durch die Vereinigung zustande gekommen ist. Sie erwähnen diese Feststellung so-

wohl im Schlußteil als auch an der Stelle, wo es darum geht, daß politisch Verfolgte offensichtlich durch die Vereinigung nun endlich Freiheit gefunden haben. Hierbei bemerken Sie mit Recht, daß diejenigen, die vor 1989 politisch aktiv waren, heute nicht gerade auf Rosen gebettet sind. Dieser Aussage stimme ich auch zu. Daß dieser Zusammenhang von Ihnen richtig beschrieben wird, bestreite ich jedoch außerordentlich deutlich, denn ich glaube, der Zusammenhang ist genau andersherum. Dadurch, daß im Osten Deutschlands Freiheit erkämpft wurde, war die Vereinigung möglich. Die Freiheit ist kein Geschenk der Vereinigung, das möchte ich mit aller Klarheit festhalten, entgegen dem, was Sie hier geschrieben und gesagt haben. Ich denke schon, daß da eine ideologische Brille die Perspektive bestimmt.

Der zweite Punkt bezieht sich auf das Recht auf Arbeit, von dem Sie hier in Ihrem Text gesprochen haben. Es gibt kaum einen ernstzunehmenden Menschen in Deutschland, der glaubt, daß das Recht auf Arbeit als einklagbare rechtliche Möglichkeit sinnvoll in Verfassungen stehen könnte. Das behauptet niemand. Wenn Sie so tun, als wäre das eine in Deutschland vertretene These, muß ich Ihnen entgegenhalten, daß ich niemanden kenne, der dies vertreten würde. Gleichwohl ist die Diskussion um das Recht auf Arbeit keine Diskussion, die ihren Ursprung in einer verfehlten ideologischen Geisteshaltung aus DDR-Zeiten stammt, denn sonst könnte ich mir schlecht erklären, weshalb in der Sächsischen Verfassung im Art. 7 folgendes festgehalten wird: „Das Land erkennt das Recht eines jeden Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere auf Arbeit, auf angemessenen Wohnraum, auf angemessenen Lebensunterhalt, auf soziale Sicherung und auf Bildung als Staatsziel an.“

Genau in diesem Sinne, d. h. als Staatszielbestimmung, war es unser Anliegen, dies auch in eine bundesdeutsche Verfassung hineinzubringen, was jedoch an den Mehrheiten gescheitert ist. Ich möchte aber auch hier noch einmal deutlich betonen, daß ich die Art, wie Sie den Umgang mit der Rede vom Recht auf Arbeit hier dargestellt haben, wirklich nur als ideologisch motiviert ansehen kann.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem könnte man noch vieles hinzufügen wie z. B. den Verfassungsentwurf des Runden Tisches, des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund Deutscher Länder und schließlich auch die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Überall ging die Diskussion in diesen Fällen um Staatszielbestimmung und nie um die nostalgische Beschwörung sozialistischer Heilsversprechungen. Ich bitte, diese Tatsache wirklich zur Kenntnis zu nehmen, und vielleicht auch noch einmal in einer Mußestunde nachzulesen.

Wir sind am Ende der Fragen angelangt. Es gibt noch drei Antworten. Ich bitte zunächst Herrn Dr. Schwitzer um das Wort.

Zwischenruf eines Zuhörers: Darf ich noch eine Frage stellen?

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, leider ist das nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages nur dann möglich, wenn ausdrücklich die Kommission die Beteiligung der Öffentlichkeit beschließt. Dazu müßte unsere eigentliche Veranstaltung erst geschlossen werden. Das können wir uns aus Zeitgründen jetzt nicht leisten. Ich bitte Sie um Verständnis. Wir haben es in Einzelfällen so gehandhabt, aber wir haben jetzt nur noch die Zeit, um die drei Antworten zu hören. Herr Dr. Schwitzer bitte.

Dr. Klaus-Peter Schwitzer: Es gibt meines Wissens auch eine Reihe von Untersuchungen regionaler Art zu den Wanderungsbewegungen von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Zur Untersuchung bezüglich der Zufriedenheiten gibt es erstmals Antworten, die nicht nach Regionen – die typischen repräsentativen Regionen aus Deutschland und Berlin wurden zwar erstellt –, sondern nach politischer Präferenz und Wahlpräferenz gegeben wurden. Ich kann an dieser Stelle – aus Zeitgründen – nur auf die Quellen verweisen.

Ich komme jetzt zum Bereich der Einkommen von Rentnern. 50 % der DDR-Rentner haben immer am Rande des Existenzminimums gelebt. Davon betroffen waren in erster Linie Frauen, genau wie heute. Auch wenn die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerrenten prozentual größer werden und inzwischen fünfmal und viermal so groß sind wie zu DDR-Zeiten, muß man konstatieren, daß die Gesamtrelation eine andere geworden ist. Gehen wir einmal davon aus, daß trotz des Hin und Her vor der Währungsunion, verbunden mit der Anlage von Neukonten und dem Verschieben, ein durchschnittlicher Rentnerhaushalt 11.400 Mark hatte. Nach der Währungsunion wurden daraus 8.700 DM bei den Rentnern.

Erstens haben die Rentner aufgrund der Rentenhöhe noch nie soviel Geld wie heute in der Hand. Zweitens haben die Rentner in den ersten zwei Jahren all ihre Konsumträume, die sie zu DDR-Zeiten nicht befriedigen konnten, befriedigt. Sie kauften sich in der Regel Autos und Farbfernseher sowie Möbel und Auslegware. Das waren so die Präferenzen. Seit 1993, 1994 wird auch wieder gespart. Die Sparquote steigt auch in den Rentnerhaushalten an.

Zu Ihrer zweiten Frage möchte ich Ihnen folgendes erwidern: 1992 haben Rentner und Pensionärshaushalte in Deutschland 54 Milliarden an Zinsen und Dividenden bekommen. Der Anteil der Ostdeutschen lag bei 2,4 Milliarden. So verhält sich in etwa die Relation. Neben dem Konsum tritt das Reisen. Ein Drittel aller Männer verreist zweimal im Jahr. Bei den Frauen handelt es sich um 50 %, die zweimal im Jahr verreisen. Wenn ich das vergleiche mit Untersuchungen aus DDR-Zeiten, ist die Zahl der Reisenden bedeutend größer geworden. Man muß jedoch hierbei beachten, welche Reisen unternommen wurden, früher waren das oftmals die berühmten Besuchsreisen zu den Verwandten.

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung zu den Gewinnern und Verlierern machen. Alle DDR-Bürger sind Gewinner und Verlierer. Zu DDR-Zeiten waren die Rentner, die eigentlich freie und privilegierteste Klasse. Es waren die einzigen, die, sogar in Rechtsvorschriften geordnet, in den Westen reisen durften. Es war ihnen gestattet, wenn sie es wollten, mitsamt ihrem ganzen Hab und Gut auszureisen. Was kaum einer wußte, ist die Tatsache, daß sie ihr in der DDR Erspartes – langfristig allerdings – 1:1 im Westen gegen D-Mark umtauschen konnten. Trotzdem sind relativ wenig Rentner gegangen. Über dieses Phänomen müßte man auch einmal nachdenken.

Ich habe noch eine Bemerkung zu den Gewinnern und Verlierern im Zusammenhang mit der Wanderungsbewegung. Es gibt natürlich ein Wanderungssaldo von über 1 Million in den ersten vier oder fünf Jahren. Es wanderten nicht die Alten, sondern die Jungen, die dynamischen, die disponiblen, die gut ausgebildeten Menschen. Es handelte es sich bei diesen in der Regel um Männer, wobei Frauen und Kinder nachfolgten. Da gibt es schon Probleme. Die Alten freuen sich, daß die jungen Menschen endlich Arbeit haben, daß sie eine Zukunft haben, daß sie nach ihren Interessen und Bedürfnissen ihr Leben einrichten können, und in den alten Bundesländern etwas gefunden haben. Trotzdem sind sie traurig, weil sie einst der Kinder und Enkelkinder wegen geblieben sind. Dieses Zusammenleben ist dann im lokalen, im regionalen Kontext plötzlich weggebrochen. Das sind so Probleme mit Gewinnern und Verlierern, die ich jetzt aus ganz anderer Sicht dargestellt habe, um von den materiellen und finanziellen Problemen wegzukommen.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dorbritz bitte.

Dr. Jürgen Dorbritz: Ich muß mich bei Herrn Gutzeit nach der Frage zur Kinderlosigkeit bedanken, weil ich einfach den Eindruck habe, daß hier ein demographischer Prozeß mit der Ausweitung der Kinderlosigkeit in Gang kommt, der familienpolitisch nicht ausreichend beachtet wird, und der auch noch zu wenig ins öffentliche Bewußtsein gelangt ist. Aber das war nicht Ihre Frage. Ihre Frage richtete sich nach den sozialen Milieus, in denen Kinderlosigkeit besteht. Wir haben bei unseren Untersuchungen zwei soziale Milieus gefunden. Das sind einmal die Frauen, die ein hohes Einkommen realisieren und sehr gut ausgebildet sind. Hier gehen wir davon aus, daß Entscheidungen für Beruf, für Karriere und gegen Kinder aus dem Grunde fallen, weil die Vereinbarkeitsbedingungen für Familie und Erwerbstätigkeit nicht als ausreichend angesehen werden. Die zweite Gruppe, in der Kinderlosigkeit relativ häufig zu finden war, sind diejenigen, die trotz Vollerwerbstätigkeit ein mittleres bis niedriges Einkommen erzielen. Hier ist anzunehmen, daß aus Gründen der Kinderkosten die Entscheidung gegen Kinder ausfällt. Also hier geht es um die Frage Kind oder Konsum. Man geht davon aus, daß Kinder den bisherigen Lebensstil, das bisherige Lebensniveau einschränken würden, und man entscheidet sich aus diesen Gründen, weil man nicht auf seinen bisherigen Lebensstil verzichten will, gegen Kinder. Im Osten ist das auf diese Weise noch nicht zu

beantworten. Um die Ursachen der Kinderlosigkeit ermitteln zu können, braucht es natürlich eine Weile. Die Frauen müssen in aller Regel schon über 35 bis 40 Jahre alt sein, damit man gesichert feststellen kann, daß sie kinderlos bleiben werden. Erst im Anschluß daran können wir nach den Motiven suchen. Unsere demographischen Schätzungen zur Kinderlosigkeit sind dort noch nicht so weit vorangeschritten. Die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen haben das auch nicht ausreichend abgedeckt. Ich kann darüber nichts sagen. Relativ sicher scheint mir zu sein, daß es im Osten auch eine Ausweitung von Kinderlosigkeit geben wird.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Schroeder, an Sie waren noch Anmerkungen und Fragen gerichtet. Sie müssen nicht unbedingt zu den Anmerkungen Stellung nehmen, aber ich bitte Sie, die Fragen zu beantworten.

PD Dr. Klaus Schroeder: Wahrscheinlich liegt Ihnen auch gar nicht an den Antworten. Ich gebe sie trotzdem. Der erste Punkt betraf das Recht auf Arbeit. Ich habe nicht gesagt, daß es nicht möglich wäre, dieses festzuschreiben, sondern ich habe nur darauf hingewiesen, welche Konsequenzen eine Verwirklichung des Rechts auf Arbeit haben würde. Ich erinnere an die Initiative des ÖTV-Chefs, ob wir nicht damit beginnen sollten, Arbeitszeit und Einkommen zu reduzieren, um Arbeit hierüber anders zu verteilen. Ich halte es freilich für unsinnig, das Recht auf Arbeit als Staatszielbestimmung in die Verfassung aufzunehmen, weil es einfach die Realitäten verwischen würde. Realität ist die Privatautonomie über Investitionsentscheidungen. Wenn daran nicht gerüttelt wird, ist das Recht auf Arbeit eine Proklamation ohne jeden Wert.

Herr Meckel, ich habe in der Tat nicht die gewonnene Freiheit und die deutsche Einheit gleichsetzen wollen. Ich habe die deutsche Einheit als Endprozeß des Zusammenbruchs der DDR und der Befreiung von der SED-Diktatur verstanden. Ich sehe durchaus die Differenz zwischen dem, was die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung politisch wollte, nämlich den Anschluß an den Westen, und dem, was Teile der Bürgerrechtsbewegung wollten. Darauf wollte ich hinweisen.

Ich komme jetzt zum Bereich der Frauen in der chemischen Industrie. Frau Kurzhals, wir haben gerade im Auftrag der IG Chemie eine sehr ausführliche Studie über die ostdeutsche chemische Industrie durchgeführt. Aus diesem Grund sind wir überhaupt erst auf diese Thematik gestoßen. Hierbei haben wir wider Erwarten festgestellt, daß Frauen nicht häufiger als Männer entlassen wurden. Das war für uns unbegreiflich, denn wir hatten damit gerechnet, daß viel mehr Frauen entlassen worden sind. Im Chemiebereich jedenfalls sind aber nicht mehr entlassen worden. Der entscheidende Punkt war stattdessen, daß bei Neueinstellungen Frauen benachteiligt waren.

Mit den statistischen Hinweisen habe ich nur sagen wollen, daß der Beschäftigungsanteil der Frauen an den Erwerbstätigen nicht in dem Maße gesunken ist, wie es statistische Verzerrungen nahelegen. Gleichzeitig habe ich aber betont,

daß die Wucht des Transformationsprozesses natürlich Frauen genauso betrifft wie Männer. Auf jeden Fall sind die Frauen nicht so stark benachteiligt, wie es den Anschein hat. Mehr wollte ich nicht bekunden, auf keinen Fall wollte ich das schönreden, was an negativen Folgen da war und ist.

Herrn Burrichter möchte ich folgende Antwort geben: Ich halte die eingeschlagene Privatisierungsstrategie prinzipiell für richtig. Ich glaube, daß sie sich langfristig auch als sinnvoll erweisen wird. Diese Vermutung ist derzeit spekulativ, aber ich glaube, daß wir die Erfahrungen in anderen postsozialistischen Ländern wie Polen oder Tschechien berücksichtigen müssen, um ein differenziertes Bild zu erhalten. Man kann es jedenfalls nicht vorab sagen, daß dieser oder jener Weg generell richtig ist. Ich jedenfalls glaube, daß es richtig war, zu privatisieren.

Für schlecht halte ich es, daß nicht viel mehr Unternehmen an Mitarbeiter übergeben wurden. Den Weg, Unternehmen nur an westdeutsche Unternehmen zu übertragen, sehe ich mit großer Skepsis. Die Schlagseite besteht doch auch darin, daß viele glauben, daß über sie verfügt werde. Wenn wir den Vereinigungsprozeß nicht immer nur in materieller Hinsicht, sondern auch immateriell bewerten und den Leuten viel mehr Selbstverantwortung geben würden, dann hätten wir auch viele Probleme nicht, die wir jetzt vermeintlich haben.

Ich sage noch einmal zur anderen Thematik, wir finden in allen Bereichen, in denen über Jahre, Jahrzehnte hinweg subventioniert wird, negative Effekte. Ich denke, wir sollten diesen Fehler nicht wiederholen. Mir ist klar, daß Parteipolitik eine Rolle spielt. Aber von der ökonomischen Warte her halte ich es für richtig, die Subventionierung nicht zu übertreiben.

Sie kritisierten mich auch im Zusammenhang mit der sozialpsychologischen Beurteilung. Ich will Ihnen sagen, woraus ich das entnommen habe. Den ersten Punkt, daß die Leistungen nicht anerkannt sind, finden Sie in fast allen Umfragen von Allensbach oder Emnid. Den zweiten Punkt – die These vom Kollaborationsverdacht, wie ich das genannt habe – habe ich von Detlev Pollack übernommen. In einem Vortrag vom Juni 1996, veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau, faßt er verschiedene Studien zum Transformationsprozeß unter dem Motto zusammen: „Alles ändert sich, bloß der Ossi nicht“. Es ist insoweit eine These von Pollack, die ich übernommen habe. Dabei habe ich Pollack unterstellt, daß er die Studien, auf die er sich stützt, seriös angelegt hat.

Herr Gutzeit und Herr Meckel, trotz der Attacken, die Sie mit Ihren Bemerkungen, die ich wiederum nur als Polemik werten kann, gegen mich gerichtet haben, möchte ich gerade Ihnen sagen, daß die Ost-SPD, die SDP, die erste Kraft innerhalb der Opposition war, die ohne wenn und aber den Parlamentarismus nach dem Sturz der SED-Diktatur wollte. Sie waren damit in der Tat auch die Vorreiter der deutschen Einheit. Ich habe hier ganz bewußt von Teilen der westdeutschen SPD und vor allen Dingen den Grünen gesprochen, und nicht auf die SDP abgestellt. Entschuldigung, aber auf dieses Boot möchte ich nicht geschoben werden. Die SDP ist die Oppositionskraft gewesen, die als

erste und am vehementesten den Weg, der dann vollzogen wurde, auch gefordert hat, auch gegen den Widerspruch aus den Reihen der SPD. Das möchte ich trotz Ihrer Polemik hervorheben. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind am Ende der Diskussion. Ich muß zugeben, daß es mir etwas schwergefallen ist, die Diskussion zu moderieren. Wenn ich den Eindruck habe, daß ein Wissenschaftler ein wenig die Distanz zu seinem Stoff verliert, und somit auch parteipolitisch interpretierbar wird, dann ist das auch für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sehr schwierig, da sie dann, entsprechend ihrer politischen Aufgabe, dazu Stellung nehmen muß. Insofern müssen Sie das auch verstehen, wenn entsprechend harte Reaktionen kommen, wenn Sie Noten an die einzelnen Fraktionen oder an die dahinterstehenden Parteien verteilen. Mir verbleibt auch noch einmal das Recht, Ihren Vorwurf – den Sie ja stehen lassen – an die Bürgerbewegungen als erbitterte Vereinigungsgegner, entschieden zurückzuweisen. Ich halte dieses in der Tat für unwissenschaftlich und ausschließlich polemisch. Ich weiß, wir können diese Diskussion nur in einem anderen Rahmen fortsetzen oder am Rande dieses heutigen Abends.

Ich danke allen Beteiligten, allen Referenten, die hier vorgetragen haben und allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Es war ein anstrengender Tag. Gestern haben wir 10 Stunden und heute haben wir ebenfalls 10 Stunden debattiert. Ich glaube, daß das natürlich auch seine Folgen haben wird. Wie immer hat der Vorsitzende das letzte Wort.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank, Herr Poppe, für Ihre Moderation. Sie hatten es tatsächlich von allen Moderatoren am schwersten. Morgen, das kann ich versprechen, werden es weniger Stunden werden. Ich will nur daran erinnern, daß wir uns morgen früh um 9.00 Uhr im Plenarsaal des Neuen Rathauses am Rathausplatz 1 treffen. Wir werden dann auch nur ein Thema behandeln, das Ihnen ja bekannt ist.

Ich möchte die Fraktionen bitten, daß wir morgen mindestens ein bis zwei Abgeordnete von den großen Fraktionen anwesend haben, denn die Beteiligung gibt mir zu denken. Die Veranstaltung war in dieser Form mit der Zustimmung aller Fraktionen konzipiert. Die Öffentlichkeit hat dann auch einen Anspruch darauf, daß wir in entsprechender Besetzung unsere Aufgaben wahrnehmen. Natürlich ist mir genauso bekannt, daß trotzdem noch Termine nebenbei weiterlaufen. Ich bitte darum, die Präsenz morgen nicht schon um 10.00 Uhr abbrechen zu lassen, sondern daß der vorgesehene Rahmen eingehalten wird. Wenn man es noch kann, wünsche ich allen einen schönen Abend.

Mittwoch, 5. März 1997

Vorsitzender Siegfried Vergin: Zu unserer Anhörung heiße ich Sie alle herzlich willkommen. Ich freue mich insbesondere, daß Herr Dr. Ihme, der zweite Bürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, uns hier im neuen Rathaus begrüßen wird. Die Mitglieder der Enquete-Kommission können in wenigen Minuten nachlesen, welche Geschichte in diesem Raum ihre Bedeutung hat. Die-

ser Raum ist wirklich ein historischer Raum auch im Zusammenhang mit unserer Arbeit in der Enquete-Kommission. Hier wurden nach den mir vorliegenden Unterlagen die ersten Schritte unternommen, um den Prager Frühling zu zerstören. Insofern haben wir also ein Background in diesen Räumen, wie Diktaturen mit freiheitlichen Bewegungen umgehen. Wie gesagt, die Mitglieder der Enquete-Kommission bekommen einen entsprechenden Aufsatz dazu, ich habe ihn vervielfältigen lassen.

Das heutige Thema „Erfolge und Probleme im Transformationsprozeß in Wirtschafts- und Sozialpolitik“ unter dem Stichwort „Ausblick“ wird eine Zusammenfassung der 23stündigen Anhörung, die wir hier bisher in Dresden hinter uns gebracht haben, versuchen. Das ist vielleicht auch für die Öffentlichkeit mal ganz interessant zu erfahren, daß diese Bundestagsabgeordneten in drei Tagen in der Lage sind, die normale Wochenarbeitszeit hinter sich zu bringen. Die Einführung in diese Abschlußpodiumsdiskussion wird Herr Spiller vornehmen. Ich wollte Sie hier in diesem Raum begrüßen und meine Freude zum Ausdruck bringen, daß Sie, Herr Dr. Ihme, in Vertretung Ihres Oberbürgermeisters jetzt zu uns ein Grußwort sprechen wollen. Ich bitte Sie jetzt schon, dem Oberbürgermeister unsere Grüße zu übermitteln und ihm Dank zu sagen, daß wir hier in diesen historischen Räumen die Tagung beenden können.

Dr. Bernd Ihme: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank noch einmal für die freundlichen Worte, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gäste der Landeshauptstadt Dresden. An Ihrem abschließenden Arbeitstag in der Sächsischen Landeshauptstadt begrüße ich Sie recht herzlich im Dresdner neuen Rathaus. Das Abschlußpodium Ihrer öffentlichen Anhörung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik begleiten auch die besten Wünsche von Oberbürgermeister Dr. Wagner, der Sie gern persönlich empfangen hätte, aber als Vizepräsident des deutschen Städtetages hat er außerhalb von Dresden eine Verpflichtung. Wir freuen uns, daß Sie für Ihre Diskussion zu dem wichtigen Thema das spannende Dresdner Umbruchambiente gewählt haben. Elbflorenz im Wandel. Für Ihre Gespräche ist dies gewiß zusätzlich anregend. Jahrhundertalte Kulturlandschaft und leistungsfähiger Wirtschaftsstandort, Ort kunsthandwerklicher Tradition und Nährboden innovativer Kraft, Schatzkammer der Kurfürsten und Ackerland für Hightechindustrien. Das bald 800jährige Dresden ist ein Ort der Symbiosen. Kultur und Wirtschaft laufen im Gespann. Beides findet hier eine glückliche Verbindung. So ist Dresden nicht allein das von Johann-Gottfried Herder liebevoll benannte Florenz des Nordens, sondern auch der Ort, an dem Johann Friedrich Böttcher die Rezeptur für das europäische Hartporzellan fand. Heute heißt es Meißner Porzellan, damit verkauft es sich auch besser. In Dresden komponierte nicht nur Karl Maria von Weber den Freischütz, sondern hier konstruierte auch Johann Andreas Schubert die erste deutsche Dampflokomotive.

Heute, im wiedervereinten Deutschland hat Dresden als ehemals viertstärkste Wirtschaftsregion Deutschlands die Chance, an seine wirtschaftlichen Traditionen anzuknüpfen. Schon wird sichtbar, Dresden holt Nachkriegsrückstände

auf und gewinnt seine Identität zurück. In den letzten sechs Jahren sind in der Sächsischen Landeshauptstadt Investitionen von rund 50 Milliarden Mark in Gang gekommen. Wenngleich zunächst viele Tausend unrentable Arbeitsplätze schmerzhaft für die Betroffenen verloren gingen, die Mehrzahl, der bei uns verwurzelten Branchen blieb erhalten. Von A, wie Arzneimittelherstellung bis Z, wie Zementproduktion reicht die Produktpalette Made in Dresden. Die größten Industrieansiedlungen, zusammen mehr als 5,5 Milliarden Mark schwere Investitionen, gelangen mit der Siemens Chip-Fabrik und gelingen mit dem Mikroprozessorwerk des amerikanischen Elektronikkonzernes Advanced Microdevisers. Damit mausert sich Dresden zum modernen Hightechstandort in Europa.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch lange hat Dresden Kriegswunden zu schließen. Noch schwer ist mit den Versäumnissen der Nachkriegsjahrzehnte eine Erblast abzutragen. Schulen, Krankenhäuser, Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, kommunale Ver- und Entsorgungsanlagen, die Infrastruktur ist noch über Jahre investitionsbedürftig, um mit vergleichbaren Städten im Westen unserer Heimat Schritt halten zu können.

Angesichts einer in Dresden zur Zeit bei 13,8 % liegenden Arbeitslosenquote, der im Osten niedrigsten, sehen wir in der wirtschaftlichen Stärkung der Region weiter die größte Herausforderung. Die Deutsche Einheit wird vom Einzelnen nur dann dauerhaft als Gewinn empfunden, wenn er auf allen Gebieten Teil des Ganzen sein kann. Dresden hat einen aufregenden Weg eingeschlagen. Ich hoffe, Sie konnten während Ihres Aufenthaltes davon einen eigenen Eindruck gewinnen. Trotz noch vieler ungelöster Probleme blicken wir optimistisch in die Zukunft und stellen uns den Mühen der Ebene. Die Erinnerung an die Zeit der Stagnation ist noch wach, die Freude über die Fortschritte in der Stadt lebendig. Gerade unsere Frauenkirche ist ein markantes Beispiel für den Dresdner Bürgersinn, der Kräfte in der ganzen Welt zu mobilisieren vermag. Im Jahre 2006, wenn Dresden seinen 800sten Geburtstag feiert, wird die Lücke in der berühmten Silhouette geschlossen sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen bei Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit noch einen erfolgreichen Tag, und ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Hilfe.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herzlichen Dank Herr Bürgermeister, Herr Dr. Ihme. Wir haben Verständnis dafür, daß Sie sich jetzt verabschieden. Wir hatten das schon besprochen, ich teile das nur mit, damit die Kolleginnen und Kollegen Bescheid wissen, daß Sie jetzt an Ihre verantwortungsvolle Aufgabe gehen.

Dr. Bernd Ihme: Meine Damen und Herren, Sie sind 2006 zu unserer 800-Jahr-Feier herzlich nach Dresden eingeladen und zu jedem anderen Jahr vorher auch. Auf Wiedersehen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Kollege Spiller hat das Wort.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Meine Damen und Herren, nach den zwei Tagen der Anhörung wollen wir versuchen, eine Bilanz zu ziehen und nach vorne zu schauen. Wo stehen wir im siebten Jahr der Einheit? Wer sich in Deutschland umsieht und wer auch mit früheren Zuständen vergleicht, wird feststellen, daß sich vieles in Ostdeutschland verändert hat, vieles vorangekommen ist, aber er wird auch feststellen, daß der Abstand zwischen Ost und West ebenfalls unverkennbar ist. Wir haben gemeinsam Fortschritte gemacht, aber die Hälfte des Weges liegt noch nicht hinter uns.

Der Wandlungsprozeß hat den Ostdeutschen viel abverlangt. Sie haben viele Herausforderungen annehmen müssen, auch annehmen wollen, die in so kurzer Zeit in diesem Ausmaß selten von irgendjemanden in Europa zu bewältigen waren. Sie standen allerdings nicht allein. Man kann darüber unterschiedlicher Meinung sein, wie weit die innere Einheit vorangeschritten ist, auch in den Köpfen der Menschen vorangeschritten ist, aber ich glaube, daß diese gemeinsame Entwicklung mit besonderer Deutlichkeit auch bei unseren östlichen Nachbarn gesehen wird. Das heißt, der Wandel in Ostdeutschland mit westlicher Hilfe hat sicher auch sehr vieles erleichtert. Es gab am Anfang einen außerordentlich dynamischen wirtschaftlichen Prozeß. Ostdeutschland war über mehrere Jahre die mit Abstand dynamischste Wirtschaftsregion in Europa. Es gab sogar vor nicht allzulanger Zeit noch die These, in wenigen Jahren werde Ostdeutschland die modernste Region in Deutschland sein, die beste Infrastruktur sowie die modernste Ausstattung jeweils auf dem neuesten Stand der Technik aufweisen. Es war sozusagen die Erwartung, daß sich Walter Ulbrichts Prognose „überholen ohne einzuholen“ verspätet und auf unerwartete Weise doch noch erfüllen werde.

Wir müssen heute feststellen, daß sich diese Prognose zumindest bisher nicht bestätigt hat. Es gibt einige Hoffnungsschimmer, es gibt eine Reihe von Knospen, viele Knospen, es gibt auch einige Knospen, die aufgegangen sind zu Blüten, aber insgesamt blüht die Landschaft noch nicht. Es gibt auch noch viel dürres Holz und trockenes Gras, wobei es die Gerechtigkeit gebietet, darauf hinzuweisen, daß ein großer Teil, der größte Teil dieser dürren, trockenen Vegetation nicht erst in den letzten sieben Jahren vertrocknet ist, sondern in den 40 Jahren davor.

Ostdeutschland wird wirtschaftlich auf lange Zeit noch auf die westdeutsche Unterstützung angewiesen sein. Es gibt einen markanten Abstand in der Produktivität der Industrie und der Gesamtwirtschaft zwischen Ost und West. Es gibt trotz der bedeutsamen Abwanderung in den ersten Jahren nach der Einheit aus Ostdeutschland nach Westdeutschland eine hohe hartnäckige Arbeitslosigkeit, die in Wirklichkeit höher ist, als die offiziellen Zahlen bekunden. Neben den arbeitslos Gemeldeten befinden sich viele in Umschulungsmaßnahmen, in Beschäftigungsmaßnahmen oder in besonderen Formen der Beschäftigung. Wenn man den Grad der Unterbeschäftigung insgesamt nimmt, dann ist doch zu erkennen, daß die Dimension der Unterbeschäftigung, die Herausforderung zu einem hohen Maß an Beschäftigung zurückzukehren, für Jahre die Haupt-

schwierigkeit und das wichtigste Ziel sein wird. Man muß dabei auch beachten, daß die Neigung zur Erwerbstätigkeit, der Wunsch nach Berufstätigkeit in der ostdeutschen Gesellschaft insgesamt höher ist, als in der westdeutschen Gesellschaft das bisher der Fall war.

Wir haben nach wie vor gravierende Schwierigkeiten und Mängel in der Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Produkte. Wir haben die Schwierigkeit, daß in Ostdeutschland selbst, nicht nur in den früheren Exportmärkten, der Absatz ostdeutscher Produkte stark zurückgegangen ist, weil auch die Neigung der Ostdeutschen, sich sozusagen normal als Konsumenten zu verhalten, nämlich nüchtern zwischen einem breiten Angebot auszuwählen und dann nach ökonomischen Kriterien zu entscheiden, sich auch auf den Absatz ostdeutscher Produkte auswirkte. Daneben gibt es das Problem, daß der überregionale Absatz zu wünschen übrig läßt. Hierin liegt der eigentliche Kern. Wie kommt man dazu, daß die ostdeutsche Wirtschaft auch überregional in den Exportmärkten nachzieht? Die Ertragslage der meisten Unternehmen läßt zu wünschen übrig. Es fragt sich, was ist zu tun? Die Subventionen auszuweiten, das Heil in Niedriglöhnen zu suchen, ist gefährlich.

Zwischenruf: Vielleicht können wir anfangen, weil es schon sehr spät ist.

Wir werden auch darauf zu achten haben, daß sich niemand an das süße Gift der Subventionen auf Dauer gewöhnt. Es gibt abschreckende Beispiele in Westdeutschland zu Hauf, daß dieser Weg nicht auf Dauer zum Erfolg führen kann. Es gibt auch manches abschreckende Beispiel in Ostdeutschland, daß ein Übermaß an Subventionen zu Fehlallokationen verführen kann. Die wirtschaftliche Anpassung in Ostdeutschland wird dadurch erschwert, daß die westdeutsche Wirtschaft selbst vor Anpassungsproblemen steht, in einem größeren Wettbewerbsdruck im Zusammenhang auch mit der weiteren Globalisierung der Wirtschaft steht. Die ostdeutsche Wirtschaft und die ostdeutsche Gesellschaft haben schon bisher einen viel härteren Wandlungsprozeß durchgemacht, weniger abgefedert, schneller und mit größeren Herausforderungen als das in Westdeutschland jemals erforderlich war. Es wird nach wie vor ein Problem sein, wie wir in Ostdeutschland zu einer höheren Ausstattung mit Kapital kommen. Dabei wird aber auch zu fragen sein, ob es nicht höchste Zeit ist, sich über die wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung nicht nur Gedanken zu machen, sondern daraus auch Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wir dürfen uns auf keinen Fall durch Beschönigungen, noch mit Schwarzmalerei in die Irre führen lassen. Wir brauchen eine jeweils sehr nüchterne Bestandsaufnahme und Analyse. Ich glaube, daß unsere Diskussion gestern und vorgestern dazu beigetragen hat. Es ist auch gefragt worden, wo sind die Verlierer, wo sind die Gewinner? Ich denke, man kann schon sagen, gewonnen haben Ostdeutsche wie Westdeutsche. Wir haben gemeinsam gewonnen, aber es gibt natürlich auch viel zu hinterfragen, wenn man genauer hinschaut. Wo gibt es unerwartete oder auch erwartete Unterschiedlichkeiten bei der Verteilung von Chancen, Erfolgen, Risiken und Lasten?

Ich komme zum Schluß, wir stehen nach wie vor vor weiteren Herausforderungen für Anpassung, Modernisierung und wirtschaftlichen Wandel. Dies wird nur gesellschaftlich und politisch gelingen, und damit letzten Endes auch ökonomisch, wenn der Wandlungsprozeß nicht zu einem eiskalten Gegeneinander, zu einem Kampf bis aufs Messer führt, sondern, wenn wirtschaftlicher Wandel begleitet ist von Solidarität, von Miteinander innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft, innerhalb Deutschlands insgesamt. Ich glaube, daß wir sehr bald auch feststellen werden, daß der Wandlungsprozeß, die Herausforderung von Modernisierung in Ostdeutschland wie in Westdeutschland, ganz ähnliche Probleme stellen wird, und daß auch die gesellschaftliche Vereinigung in diesem Sinne voranschreiten wird.

Wir haben bewußt für dieses Abschlußpodium den Damen und Herren, die hier als Referenten eingeladen worden sind, keine Vorgaben gemacht, sondern wir haben sie gebeten, aus ihrer Sicht darzustellen, wo sie die Probleme sehen, wo sie auch die Chancen sehen, und was sie für die nächsten Jahre für besonders dringlich halten.

Ich begrüße als erste Frau Rosemarie Keller, die Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, Bezirk Süd-Ost aus Chemnitz. Ich begrüße ganz zu meiner linken Herrn Professor Maier von der Universität Bayreuth. Ich begrüße Herrn Dr. Lubk vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. Herr Dr. Schmachtenberg vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg hat sich verspätet, wir hoffen, daß er in Bälde zu uns stoßen wird, und ich begrüße Herrn Professor Schmidt, den Rektor der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida. Ich möchte Sie bitten, Frau Keller, als erste das Wort zu nehmen.

Rosemarie Keller: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin vorgestellt worden als die Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil Bekleidung im Bezirk Süd-Ost. Wenn ich mich hier so umschaue, dann komme ich mir im Prinzip so vor, wie in einer Gewerkschaftsversammlung, wo nämlich allenthalben an allen Ecken und in allen Räumen geschimpft wird, aber wenn es ans Verändern geht, sieht man halt weniger Leute. Vielleicht liegt das auch daran, daß wir viel zu viel über die Probleme diskutieren, sie zerreden, anstatt aus der Diskussion heraus, konkrete Wege aufzuzeigen, wie die Situation zu ändern ist.

Seit Beginn der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sind nunmehr sechs Jahre vergangen, und in diesen sechs Jahren ist ein riesengroßes Stück Arbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie Ostdeutschlands und innerhalb der Gewerkschaften geleistet worden. Um diese Arbeit aber richtig einordnen zu können, muß man wissen, daß in der Textil- und Bekleidungsindustrie der Privatisierungs- und Reprivatisierungsprozeß in einem tiefgreifenden und dynamischen Strukturwandel eingebettet war. Der Freistaat Sachsen, der Freistaat Thüringen und das Land Brandenburg mit ihren ehemals stark von der Textil- und Bekleidungsindustrie geprägten Regionen sind besonders typische Beispiele der schmerzhaften Anpassung.

Ich darf hier noch einmal die Zahlen nennen. Insgesamt wurden innerhalb von fünf Jahren 92 % der ehemaligen Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet. Von ehemals rund 330.000 Beschäftigten sind Ende 1996 gerade mal 21.600 Arbeitnehmer in 330 Klein- und Mittelständischen Unternehmen übriggeblieben. Über 300.000 Arbeitnehmer, von denen fast 80 % Frauen waren, haben ihren Arbeitsplatz verloren. Verantwortlich für diesen wirtschaftlichen Kollaps in der Textil- und Bekleidungsindustrie waren sicher viele Gründe, von denen ich nur einige wenige hier noch einmal nennen möchte, die allerdings für Kettenwirkung gesorgt haben.

Mit der Währungsunion brach der Ostmarkt völlig zusammen. Hier vor allem der Markt der RGW-Länder, ein Warenaustausch im Konsumgüterbereich war de facto nicht mehr möglich, und durch die nahezu vollständige Hinwendung der einheimischen Bevölkerung zu Produkten aus alten Bundesländern und Westeuropa ging der Binnenmarkt ebenfalls in die Brüche. Vor der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war der westeuropäische Markt ein Eldorado für den Handel von Ostprodukten zu extrem niedrigen Preisen. Mit den nunmehr in DM zu rechnenden Kosten und daraus resultierenden höheren Preisen wollten die früheren Hauptabnehmer unsere Produkte nicht mehr nehmen. Das Billigimage, das unseren Waren ungerechtfertigter Weise anhing, bewirkte ein übriges. Ich denke, es wäre zu einfach, alle derzeitigen Probleme in der Wirtschaftspolitik der neuen Bundesländer den Folgen der SED-Diktatur zuzuschreiben. Transformationsprozeß kann nur als demokratischer Prozeß fungieren.

Die Treuhandpolitik stülpte allerdings Maßnahmen über, Sozialpartner wurden zwar gehört, aber ihre Meinung kaum beachtet. Der nach unserer Meinung schwerwiegendste politische Fehler, auf den wir als Gewerkschaften von Anfang an aufmerksam machten, und dessen Auswirkungen heute noch nach sechs Jahren deutlich sichtbar sind, war die Festlegung der Treuhandpolitik, die Betriebe unsaniert zu privatisieren. Die Betriebe unserer Branchen waren in Folge des hohen Verschleißes nicht mehr wettbewerbsfähig. Die privatisierten Betriebe wurden unsaniert auf den Markt entlassen. Dieser entscheidende Wettbewerbsnachteil brachte nach anderen Widrigkeiten nach längerem oder kürzerem Kampf, das Ende für viele Unternehmen und bringt es heute noch. Viel zu oft erhielten darüber hinaus spekulierende Käufer, die nicht an der Produktion, sondern an den Immobilien interessiert waren, den Zuschlag. Potentielle Käufer aus den neuen Bundesländern wurden dagegen auf Herz und Nieren geprüft, viel umfangreicher als westliche Interessenten auf ihre Fähigkeiten und vor allem auf ihre Kreditwürdigkeit geprüft. Ich habe an anderer Stelle einmal gesagt, ein westdeutscher Investor braucht nur in eine Bank zu gehen und „Grüß Gott“ zu sagen, und da hat er im Prinzip schon den Kredit halb in der Tasche.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Hemmnis für die Weiterführung von Betrieben waren die oft ungeklärten Eigentumsverhältnisse. Und trotz des sozialen Dialoges, der fast ausschließlich von den Gewerkschaften ausging, aber

zu einem Teil auch von Arbeitgebern und deren Verbänden unterstützt wurde, müssen wir auch heute immer noch feststellen, daß die Relationen zwischen politischer Unterstützung unserer Frauen in den sieben Branchen unter Männerdomänen wie Kohleförderung, Stahlerzeugung oder auch Chemie nicht stimmen. Neben den Problemen der Altschulden, der Altlasten im Umweltbereich und den fehlenden Investoren für diese Branchen oder für unsere Branchen waren dies wohl die am meisten zu nennenden Hindernisse.

Um Motivation in diesen Branchen wird und muß täglich neu gerungen werden und das vor allen Dingen deshalb, weil die ungeheure Arbeit, die tagtäglich geleistet wird, nicht immer eine erfolgreiche Arbeit ist, und man sich schon manchmal die Frage stellen muß, wo die Motivation eigentlich noch herkommen soll. Aber im Wissen darum, daß Resignation nichts verändert, haben wir gemeinsam zwar jede Menge Probleme, aber wir sehen sie im positiven Bemühen um Lösungen. So haben die vielen Aktivitäten von 1993 bis heute schon ihren großen Anteil daran, daß ein Pilotvorhaben des Bundesministeriums für Wirtschaft, nämlich Absatzförderung für die ostdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie, entstand. Wir glauben aber, daß die Betriebe für eine überschaubare Zeit immer noch Hilfe zur Selbsthilfe brauchen. Wir sind uns deshalb auch mit den Arbeitgebern einig, auch für 1997 gemeinsam wirtschaftspolitische Forderungen zu erheben, die vor allem heißen: Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für den Industriestandort Deutschland, Erreichen fairer Wettbewerbsbedingungen für die Textil- und Bekleidungsindustrie in der EU und in der Weltwirtschaft und spezielle Forderungen für die ostdeutsche Industrie, wie z. B. Fortsetzung der Wirtschaftsförderung Ost, stärkere Beteiligung ostdeutscher Unternehmen an der Realisierung öffentlicher Aufträge und nicht zuletzt Zurückfahren der schon eingeführten oder vorgesehenen Gebühren für Abwasser- und Energieträger.

Das bisherige Wachstum der genannten Branchen reicht nach unserem Verständnis nicht aus, um die industrielle Entwicklung zu stützen oder etwa die Finanzierung von Bundes- und Landesebene heute schon kürzen zu können. Der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz erreicht in den neuen Bundesländern noch nicht einmal die Hälfte des Wertes, den er im Westen für moderne Arbeitsplätze notwendig ist. Dazu kommt, daß die betriebliche Bestandspflege noch immer das Stiefkind der Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern ist. Wenn die Länder eingeschaltet werden, wenn Wirtschaftsministerien helfen und Banken Kredite geben sollen, dann ist es in der Regel schon viel zu spät, um die Probleme noch grundsätzlich bearbeiten zu können.

Wir meinen, daß über die konkreten betrieblichen Probleme z. B. die Betriebsräte sowie die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben häufig viel besser Bescheid wissen, als teure Berater. Es muß nach unserer Meinung deshalb möglich sein, durch branchen- und regionalbezogene Arbeitskreise dieses Wissen und die Entwicklungsaufgaben aus den Betrieben herauszuholen. Wird das vernachlässigt, fallen staatliche Unterstützungsmaßnahmen weg oder lassen sie nach, dann wird der Aufholprozeß in der ostdeutschen Wirtschaft nach unse-

rem Dafürhalten abrupt abgebrochen, Ostdeutschland würde zum Armenhaus der Republik verkommen. Wenn wir davon ausgehen, Sie haben diese Zahlen sicher in den letzten zwei Tagen mehrfach beraten, daß wir Ende Februar eine Arbeitslosenzahl von rund 4,7 Mio. haben, und das ist noch nicht einmal der exakte Stand, daß ab 1. April das voraussichtliche Inkrafttreten des neuen Arbeitsförderungsgesetzes für weitere Einschnitte sorgen wird, dann können wir uns vorstellen, daß diese Politik der Leistungskürzung und des Sozialabbaus nicht so weitergefahren werden darf. Wir werden als Gewerkschaft diese Politik weiter bekämpfen, weil wir der Meinung sind, daß sie nicht beschäftigungswirksam, sondern kraftmindernd ist und die gesellschaftliche Spaltung vertieft. Solche Vorschläge, wie Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Teilbesteuerung von Lebensversicherungen und Renten, Wegfall der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge, um hier nur einige zu nennen, sind nach unserem Dafürhalten Konfliktpunkte, die auch gerade das Klientel der Gewerkschaft Textil- und Bekleidung betreffen und treffen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, das Dresdner Manifest für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einmal in Ihren Blickpunkt zu rücken. Dort wird eindeutig gesagt, daß eine Politik gebraucht wird, die den Menschen als soziales Wesen in den Mittelpunkt des Handelns stellt. Mehr möchte ich aus diesem Manifest hier nicht vortragen, weil ich denke, daß dies auch in der Presse nachzulesen ist.

Wir fordern eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich völlig neu orientiert und Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eng verzahnt. Wir machen aber nicht nur die Forderung auf, sondern wir wollen gern daran mithelfen und sind bereit, uns hier stark zu engagieren. Die Betriebe, das wissen wir, und das möchte ich hier noch einmal in den Mittelpunkt stellen, tragen für eine aktive Beschäftigungspolitik und den Abbau der Arbeitslosigkeit allerdings zuerst die Verantwortung. Aber Maßnahmen zur Produkt- und Prozeßinnovation, zur Markterschließung, zur Aus- und Weiterbildung der Belegschaften sowie zur Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsorganisation müssen genau so wie eine stärkere Entscheidungsbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben zum Schwerpunkt werden. Wir als Gewerkschaft Textil- und Bekleidung im Bezirk Süd-Ost betreuen allein neun Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturförderung. Diese ABS-Gesellschaften sind zu einer solchen regionalen Kooperation bereit und wollen nicht nur Auffangbecken sein.

Allerdings ist das in der gegenwärtigen Zeit immer noch wichtig. Die Situation in der Textil- und Bekleidungsindustrie trifft, wenn auch nicht im gleichen drastischen Maße und der kurzen Zeitspanne, auch auf die anderen Länder der EU zu, und sie hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf ostdeutsche Nachbarn.

Wir halten es deshalb für richtig und wichtig, auf europäischer Ebene zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel Erfahrungen auszutauschen und den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu pflegen und weiterzuentwickeln. Wir

sind dafür, die gemeinsamen Probleme aufzugreifen und an deren Lösung gemeinschaftlich zu arbeiten, wie z. B. beim Kampf um faire Wettbewerbsbedingungen mit der Verankerung von Sozialklauseln im internationalen Handel gegen Sozial- und Ökodumping einschl. Kinderarbeit und Verletzung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten. Dabei geht es uns aber nicht, wie uns oft unterstellt wird, darum, den Globalisierungsprozeß im Welthandel aufhalten zu wollen, wir wissen sehr wohl, daß wir gegen den Weltmarkt keine Mauer errichten können, aber richtig kann doch eigentlich nur sein, durch gemeinsame Projekte eine gemeinsame, beiden Seiten nutzbringende Wirtschaftsbeziehung aufzubauen.

Heute leben in Deutschland viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Wohlstand, der für frühere Generationen unvorstellbar war, aber zugleich erfahren immer mehr Menschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten.

Auf einem Beschäftigungsgipfel im April 1997 in Berlin wollen wir als Gewerkschaften gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Arbeitgeberverbänden, aus Kirchen, den Frauen-, Jugend-, Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aus den Kommunen sowie aus der Wissenschaft und den Medien wirksame Ansatzpunkte für eine Beschäftigungspolitik, die den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit Rechnung trägt, zusammentragen und sie hinsichtlich der möglichen Umsetzbarkeit diskutieren und dann natürlich nach Möglichkeit auch umsetzen.

Ich erlaube mir, abschließend den Wunsch zu äußern, daß die Erkenntnisse der vergangenen zweieinhalb Tage nicht nur theoretische Aufarbeitung einer vergangenen Epoche und der Zwischenbilanz Aufbau Ost bleiben, sondern zu einem zukunftsfähigen Konzept zur Lösung der dringendsten Probleme in unserem Lande beitragen mögen. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank Frau Keller, wir möchten die Diskussion im Anschluß an die Podiumsrunde führen, und ich darf deswegen jetzt Herrn Professor Maier bitten, seinen Beitrag zu liefern.

Prof. Dr. Jörg Maier: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren, zunächst einmal meinen herzlichen Dank, daß Sie mich zu dieser Veranstaltung eingeladen haben. Ich denke, wenn ich das Programm richtig gelesen habe, ist mein Part darin bestehend, auf die regionalwirtschaftliche Seite Bezug zu nehmen und vielleicht eine Antwort auf die Frage zu geben, wo gibt es besonders dynamische Bereiche, wo gibt es besondere Problemräume innerhalb der neuen Bundesländer? Das ist ja ein Thema, das Sie immer wieder angesprochen haben.

Was ist der Anlaß, daß jemand aus einer süddeutschen Universität zu dem norddeutschen bzw. mitteldeutschen Raum referiert? Die Antwort ist ganz einfach. Wir haben eine Vielzahl von kommunalen und regionalen Entwicklungskonzepten in Thüringen, in Sachsen und in Mecklenburg durchgeführt. Von

der unteren Ebene, also von den Kommunen her, versuche ich, Ihnen aus dieser Sicht eine gewisse Aussage in Verbindung mit gesamtwirtschaftlichen Daten auf der Ebene von Kreisen zu präsentieren.

Zweite Vorbemerkung: Ich halte bei der Betrachtung für ganz wichtig, wenn man an die Kommunen und die Bemühungen vor Ort in den Gemeinden und bei den Betrieben denkt, daß wir uns vor Augen halten, daß regionalwirtschaftliche Entwicklungen zu einem sehr hohen Anteil, d. h. mindestens zu 50 % von Psychologie, durch Erwartungshaltungen, durch Hoffnungen, durch Einstellungen, durch Vorurteile geprägt werden. Ich denke, daß diese Tatsache für uns alle wesentlich ist. Ich komme ebenfalls aus einem Grenzraum. Es ist wichtig, daß wir uns darüber im Klaren werden, daß, wenn ein Mensch sich Krankheiten einredet, sich jeden Tag Negatives einredet, er dann krank wird. Das gleiche gilt für Regionen. Wir plädieren daraufhin zu sagen, daß wir das, was wir an Erfolgen vorzuweisen haben, auch entsprechend darstellen und vermarkten müssen. Damit müssen wir der Bevölkerung vor Ort über die Erfolge, trotz aller Kritik und kritischen Auseinandersetzungen mit den Problemen, Mut machen.

Dritte Vorbemerkung: Es gibt regional gesehen ohne Zweifel Bereiche, die relativ gesehen eine schon sehr günstige Entwicklung mitmachen, wo es neuen Aufschwung gibt, wo es neuen Mut gibt, wo auch Bereitschaft vorhanden ist, etwas umzusetzen und die auch günstige Voraussetzungen dafür haben. Ich werde Ihnen das nachher auch gleich zeigen. Andererseits gibt es Räume, in denen eben sehr hohe Probleme vorherrschen, die auch mittelfristig kaum zu bewältigen sind. Diese Situation deutet darauf hin, daß wir aus der Sicht der Regionalpolitik dafür plädieren, regional differenzierte Programme durchzuführen. Wo immer eine solche Möglichkeit besteht – die Länder wie Sachsen und Thüringen betreiben das ja schon sehr intensiv – sollte eine regional differenzierte Regionalpolitik betrieben werden, um sich nicht von Generalkonzepten verwirren zu lassen. Die Antwort dazu heißt regionales Marketing. Die Regionen, die wir betreuen, sollen sich so darstellen, daß sie ihre Vorteilswerte und Stärken präsentieren und damit den Hinweis geben, daß es hier Chancen für neue Ansatzpunkte gibt. Nun mag man dies insoweit abtun, weil unsere Schwerpunkte in Thüringen und Sachsen liegen und die Bedingungen dort ohne Zweifel günstiger sind, wie in manch anderen der neuen Länder, wo der Strukturbruch einfach gravierend ist, sei es im Bereich der Landwirtschaft oder auch und insbesondere im Bereich der Industrie.

Diese regionale Differenzierung kommt in der Abbildung (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 7) zum Ausdruck. Sie finden hier Angaben zum Stand März 1996. Die Situation der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe läßt die klassischen Strukturen erkennen, die wir historisch schon immer hatten: Ein sehr hoher Anteilswert in Thüringen und insbesondere in Sachsen, ausstrahlend nach Sachsen-Anhalt und je weiter wir nach Norden gehen, um so bescheidener ist der Anteilswert der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Das heißt, trotz der Deindustrialisierung, trotz erheblicher Rückgänge im

Bereich der Industrie, ist diese Struktur heute noch sehr prägnant vorhanden. Dies ist ein ganz wesentlicher Teil, der die These von der regional differenzierten Regionalpolitik noch einmal unterstreicht.

1995 haben wir versucht, eine Antwort auf die Frage zu finden, gibt es Gewinner, gibt es Verlierer dieser Entwicklung im regionalen Feld? Nehmen Sie diese etwas dunkel schraffierten Bereiche. Auf dieser Abbildung sehen Sie sofort, daß wir einmal den Speckgürtel um Berlin haben, der ohne Zweifel ein solches Vorteilsbild widerspiegelt. Dann sehen Sie die Grenzräume gegenüber den westdeutschen Bereichen, also gegenüber Hessen und Bayern, dann eine Achse, die von Plauen über Zwickau, Chemnitz bis Dresden führt, dann den Bereich um Cottbus, um Leipzig und Magdeburg. Demgegenüber weisen die längsschraffierten Bereiche Nachteile auf. Ich betone im besonderen Maße neben Mecklenburg-Vorpommern den Grenzraum gegenüber Polen und in Sachsen das Gebiet um Zittau herum, also eben auch noch einbezogen den klassischen Bereich des Erzgebirges, wo wir sehr viel über die Frauenarbeitslosigkeit in diesem Bereich gehört haben. Diese Abbildung verdeutlicht den Versuch, etwas von einer regionalen Differenzierung aufzuzeigen und damit auch ein Plädoyer zu halten über diese regionale Differenzierung, die sich bei Investoren natürlich im besonderen Maße niederschlägt.

Sie haben heute erhebliche Wachstumsbereiche gerade in diesen suburbanen Zonen um die Großstädte herum, haben dort Bodenpreissteigerungen und im besonderen Maße Wohnbautätigkeit. Hier herrscht sehr starke Aktivität auch westdeutscher großer Bauunternehmen und Bauträger, die zu dieser Situation beitragen.

Wenn man jetzt nun die neuesten Daten mit heranzieht, so will ich dies anhand von drei Bildern aufzeigen. Anhand der Arbeitslosenquote sehen Sie, wie sich zunächst einmal ein relativ positives Bild im Juni 1994 widerspiegelte. Die erste Euphorie der Entwicklung, die sich 1991, 1992 bis Anfang 1993 vollzog, sorgte auch 1994 noch im Arbeitsmarkt – relativ gesehen – für eine positive Situation. Diese Situation gab damals Anlaß zu der Prognose, daß das eigentlich ein ganz günstiger Entwicklungsgang werden wird. Selbst wenn man die Entwicklung im Dezember 1995 hinzunimmt, ist das auch noch in ähnlicher Weise positiv gewesen.

Sie sehen, daß sich aus der Situation, wie wir sie noch 1995 hatten – mit einem günstigen Anteilswert um Berlin, um Leipzig, Dresden, im Bereich um Plauen sowie in weiten Teilen Thüringens – in der Zwischenzeit doch erhebliche negative Entwicklungen ergeben haben. Hinzu kommen die Einbrüche im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe, die ja Ende diesen Jahres in besonderem Maße auch noch anstehen. Eine Form, die wir sehr wohl sehen müssen, denn der Anteilswert von Neugründungen ist ja viel bescheidener, als man sich zunächst erhofft hat. Und wenn man jetzt daraus wieder so eine Typisierung der Bereiche vornimmt, um eine Antwort auf Ihre Frage zu finden, wo gibt es so etwas wie Gewinner. Dann sehen Sie, daß sich das Bild 1996 deutlich gegenüber 1995 oder 1994 verändert hat. Die größeren Bereiche mit hohem Zu-

strom, mit Wachstum, mit Wohnungsbautätigkeit, mit sehr starker Zunahme des Pkw-Besitzes oder mit anderen Kriterien, die man für solche Zwecke heranzieht, sind enger geworden. Wir haben sie noch im Vorfeld des Erzgebirges, wir haben sie um Leipzig herum, wir haben Sie noch in manchen Städten, auch in Thüringen gibt es solche Fälle, aber dieser Ansatz, den man zunächst eigentlich als sehr günstige Basis zu werten gehabt hat, hat sich doch sehr klar verändert.

Was ziehen wir daraus für eine Konsequenz? Ich denke, daß die regional differenzierte Betrachtung im Sinne einer neuen Regionalpolitik mit klarer Aussage auf die Problemlagen einer Region ausgerichtet, eigentlich noch im weit stärkeren Maße gilt, als das bislang der Fall war.

Zweitens, daß neben der von der Bundesregierung geforderten Schwerpunktsetzung auf die großen Zentren hin, die 12 Zentren in den neuen Ländern, die kleinen und die mittleren Städte, die Städte zwischen 70.000 und 100.000 Einwohnern, vielleicht sogar um 50.000 Einwohnern, eine besondere Kategorie der Förderung bilden sollten mit einem sehr starken Engagement für die Ansiedlung und Neugründung kleiner und mittlerer Betriebe in zukunftsorientierten Branchen. Diese Chance ist durchaus gegeben, wenn wir uns auch hier mit allen Möglichkeiten moderner Gewerbepolitik, z. B. Junghandwerkerhöfe beschäftigen, was im Zeichen der Europäischen Union sehr stark forciert wird und der Bildungszentren sowie der Dienstleistungszentren diesem Thema widmen.

Neben dem Fremdenverkehr und den Dienstleistungen ist sicherlich ein weiteres Thema im folgenden Fragenkreis zu sehen: Wir müssen bei privaten Investoren Chancen für die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen schaffen, also dieser Form, die ja in allen Bundesländern derzeit zu einem wesentlichen Teilaspekt führt.

Betrachten Sie jetzt bitte einmal die Beschäftigtenentwicklung 1991 bis 1994 mit der rückläufigen Beschäftigtenentwicklung insgesamt. Sie ist relativ bescheiden in Plauen, Zwickau und in Leipzig. Die Entwicklung im Umfeld von Berlin – wobei diese Einbindung in Arbeitsamtsbezirke nicht sehr glücklich ist, weil damit auch Regionen, die sich nicht so positiv entwickeln, ebenfalls mit in die Betrachtung einbezogen werden – zeigt uns, daß wir fast klassische Strukturen wiederfinden. Wenn Sie noch einmal auf Ihre Grundsatzfrage diese Abbildung anwenden, sehen Sie, im Süden liegen die schon jetzt mehrfach apostrophierten Schwerpunkte, daneben Cottbus, Frankfurt/Oder und das Umfeld von Berlin, der Norden Neubrandenburgs, Schwerin und Teile an der Ostseeküste, die hier als Wirtschaftsstandorte herauszuarbeiten sind.

Unser Plädoyer ist deshalb, neben den 12 Schwerpunkten, die die Bundesregierung gesetzt hat, müssen weitere gesetzt werden. Auf solche Standorte wie Frankfurt an der Oder, wie Cottbus, wie Rostock, wie Schwerin muß gesetzt werden, um deutlich zu machen, daß es noch zusätzlich solche Impulse auf

dieser Mittelstadtebene gibt, die eigentlich tragfähig für die Zukunft sind. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank Herr Professor Maier. Ich darf jetzt Herrn Dr. Schmachtenberg bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Vielen Dank vor allem für die Einladung, hier sprechen zu dürfen und einige Thesen, zu dem ja sehr breiten Thema „Erfolge und Probleme im Transformationsprozeß in Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich eines Ausblicks“ vorzutragen. Dabei haben Sie einige Fragen mit auf den Weg gegeben, die man bei der Ausarbeitung dieser Thesen berücksichtigen möge. Dabei fiel mir auf, daß ein großer Teil dieser Fragen sich noch einmal mit den Ausgangsbedingungen befaßte.

Ich denke, es ist sicherlich klar, daß die Ausgangsbedingungen, wie sie die Planwirtschaft gegeben hat, nicht die optimalen für den Aufbau der Wirtschaft waren. Ich glaube aber auch, daß die Entwicklung sicherlich auch inzwischen sehr stark durch Entscheidungen geprägt ist, die nach 1989 getroffen wurden.

Meines Erachtens sollte man in solch einer Bilanz auf alle Fälle einige Erfolge hervorheben, bevor man sich dann den Problemen zuwendet.

Die Erfolge, die in der Einkommensituation erzielt wurden oder auch der Erfolg, daß der Transformationsprozeß bislang im sozialen Frieden ablief, sind meiner Meinung nach sehr wesentlich und stark herauszuheben. Wir sollten auch nicht verschweigen, daß die Quote der Arbeitsplätze je Einwohner in den neuen Bundesländern nicht geringer ist, als in den alten Bundesländern. Wir sollten auch nicht verschweigen, daß Enormes beim Aufbau einer modernen Infrastruktur (Telekommunikation, Fernstraßen, Schnellzugverbindungen, Strom- und Erdgasversorgung) geleistet wurde und noch geleistet wird, und wir sollten auch nicht verschweigen, daß der Übergang hier sehr viel geordneter verlief als in den meisten G.U.S.-Ländern. Ich glaube, daß dafür auch sehr viele Bürger dankbar sind.

Aber es gibt eben auch eine Reihe von Problemen und an erster Stelle steht sicherlich die extrem hohe Arbeitslosenquote, die auch auf einem sehr hohen Niveau in diesem Jahr bleiben wird, und die, wie jetzt gerade eben deutlich wurde, regional differenziert zu sehen ist. Da gibt es Lichtpunkte wie Dresden und Potsdam und daneben, oft schon ganz dicht dabei, große Schatten und wenig Bewegung. Zu beachten ist weiterhin die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen wie z. B. Frauen ab 50 Jahren, die faktisch keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt haben und möglicherweise, wenn sie alleinstehend sind, eine relativ geringe Altersversorgung vor sich haben.

Ein weiterer Problembereich resultiert aus dem extremen Rückgang der Geburtenquote. Sicherlich kann sich diese jetzt wieder an das westdeutsche Niveau anpassen, aber das niedrige westdeutsche Niveau ist aus meiner Sicht auch nicht gerade ein sehr positives Kennzeichen unserer Gesellschaft.

Ein weiteres Problem, was aus meiner Sicht auch ein großes Problem darstellt, ist die geringe Vermögensbildung in Ostdeutschland (die Geldvermögen je Einwohner liegen bei 20 % des Westniveaus). Denn, wer nur über geringe Vermögen verfügt, hat von daher auch schlechtere Startchancen, um Kredite aufzunehmen und um Unternehmen zu gründen. Wir vergleichen immer die Lohnniveaus, die liegen mit 70-90 % schon relativ hoch. Diese führen sogar dazu, daß die Lohnstückkosten hier im Durchschnitt höher sind, als in Westdeutschland. Die Vermögenssituation, die ja auch wichtig ist als Ausgangspunkt für eigenes wirtschaftliches Handeln, ist jedoch deutlich schlechter.

Wir haben deswegen insgesamt in der jetzigen Situation nach wie vor eine ungeheuer hohe Transferabhängigkeit der ostdeutschen Länder. Die Grundlagen für einen eigenen, sich selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung sind sicherlich noch nicht gelegt, das wird ja auch daran deutlich, wie stark hier das Wirtschaftswachstum bisher von der Bautätigkeit geprägt wurde. Wenn im Bau, sei es auch nur durch einen kalten Winter, Schwierigkeiten auftreten, dann schlagen sie sich sofort in der gesamten Wirtschaft nieder. Mit dem Auslaufen der Förderbedingungen wird das sich auch bestätigen.

Der Anteil der neuen Bundesländer am Export ist extrem gering. Dies ist auch insofern ein großes Problem, weil die Integration der neuen Bundesländer in Europa noch lange nicht vollzogen ist. Gerade das große Problem des Umgangs mit ausländischen Arbeitnehmern, mit ausländischen Kollegen z. B. auf den Baustellen rund um Berlin, ist auch davon geprägt, daß Ostdeutsche keine positiven Auslandserfahrungen haben. Während es für Westdeutsche klar ist, daß die westdeutsche Wirtschaft als exportorientierte Wirtschaft davon abhängt, viele Waren ins Ausland verkaufen zu können, gilt das eben für die ostdeutsche Wirtschaft nicht.

Sehr schwerwiegend – auch als Ausgangsbedingungen für den weiteren Ausblick – ist der fast vollständige Verlust wirtschaftlicher Kompetenz in dem Sinne, daß es so gut wie keine bedeutenden Zentralen von Wirtschaftsunternehmen in Ostdeutschland gibt, so daß also alle wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen nicht in Ostdeutschland getroffen werden.

Ebenso haben wir einen extremen Abbau der technologischen Kompetenz zu verzeichnen. Die meisten Betriebe sind sehr kleine Betriebe. In Brandenburg z. B. sind 88 % aller Unternehmen Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten. In ihnen spielt faktisch Forschung und Entwicklung keine Rolle. Nach eigenen Angaben sagen 88 % unserer Unternehmen bei Forschung und Entwicklung – Fehlanzeige. Sie sind unter der kritischen Größe, wo das überhaupt ein Thema ist. Aber auch die großen Betriebe, die wir noch haben, sind oft Zweigbetriebe viel größerer Unternehmenszusammenhänge und verfügen daher auch über keine eigene Kompetenz im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Dies erschwert den Forschungstransfer. Auch wenn wir z. B. in Berlin und in Brandenburg einiges im Aufbau der Universitäten versuchen, der Technologietransfer scheitert dann oft daran, daß es gar nicht die Unternehmen gibt, die in der Lage wären, dies umzusetzen. Die Brandenburgische Technische

Universität Cottbus ist durchaus im Moment recht erfolgreich im Geschäft der Forschung für Dritte, aber fast ausschließlich für westdeutsche Unternehmen. Das mag nun sicherlich auch ein Ausdruck der Berufungspolitik sein. Sicherlich hat der eine oder andere, der dort Berufenen auch aus Westdeutschland entsprechende Kontakte mitgebracht, zweifelsohne. Aber das ist nur der eine Teil. Der andere Teil ist: Er findet die geeigneten Partner für Forschungsvorhaben eben in Westdeutschland und nicht in den neuen Bundesländern.

Dann haben wir sicherlich auch einen für die Menschen häufig schmerzhaft empfundenen Kompetenzverlust, letztlich aufgrund der Übernahme des westdeutschen Rechtssystems. Das führte doch unmittelbar dazu, daß die westdeutschen Eliten nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politischen und administrativen Bereich dominieren.

Weitere Fehlallokationen sind aus meiner Sicht darauf zurückzuführen, daß wir Formen der Förderung durch steuerliche Abschreibung genutzt haben, wie sie in Westdeutschland bewährt waren, die aber dazu geführt haben, z. B. Gewerbezentren in einer ungeheuren Masse zu produzieren. Die Folge der wenig zielgenauen Abschreibungsförderungen ist, daß uns jetzt die Steuereinnahmen an anderer Stelle fehlen.

Insgesamt ist auch ein Problem, daß die Finanzierung dieser Transferleistungen bei einem Großteil über die Sozialversicherung vollzogen wird und damit die Finanzierung einigungsbedingter Aufgaben überproportional sozialversicherungspflichtige Abhängige belastet, das wiederum allein innerhalb Westdeutschlands auch zu einer Umschichtung in den Einkommen geführt hat, die dazu führt, daß die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hier prozentual mehr von ihrem Einkommen aufbringen für die Transferleistungen als Beamte und Selbständige.

Für mich ein ganz gravierendes Problem, auch in der täglichen Beobachtung, was aus diesen hier aufgelisteten Dingen folgen mag: Ich spüre zunehmend eine geringere Akzeptanz für die Parteiendemokratie. Die Verdrossenheit gegenüber dem Engagement in Parteien und damit dem Mitwirken an diesem Transformationsprozeß, der ja noch lange nicht abgeschlossen ist, nimmt ja eher zu als ab. Ich habe den Eindruck, daß die bewährte praktische Lebenstugend der Nischengesellschaft, der DDR-Gesellschaft, wie sie einmal gekennzeichnet wurde, gerade auch wieder sehr aktiviert ist. Viele haben sich, glaube ich, wieder in ihrer Nische eingerichtet und leben in dem von Soziologen jetzt so häufig beschriebenen Paradox „mir persönlich geht es besser, aber uns geht es schlechter“. Weil in der Tat, ich habe das zu Beginn unter den Erfolgen aufgezählt, die individuelle Einkommenssituation, die Reisemöglichkeiten werden von fast allen als deutlich verbessert wahrgenommen, da gibt es gar keinen Zweifel, aber der gesamte Lebenszusammenhang wird eben als „uns geht es schlechter“ wahrgenommen, und in diesem Paradox erfolgt der Rückzug in die Nische und nicht das Engagement im Transformationsprozeß. Ich denke, viele dieser Entwicklungen sind eben auch durch politische Entscheidungen bestimmt worden, die zum Teil sicherlich der Eile, die ohne Zweifel 1990 gebo-

ten war, geschuldet sind, die man aber hätte danach revidieren können. Es ist dann heute höchste Zeit, diese Entscheidungen zu revidieren.

Einige Bemerkungen zum Ausblick, zur Zukunft: Ich denke, daß für Ostdeutschland noch lange besonderes Engagement von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik nötig sein wird. Ich glaube aber nicht, daß es gelingen wird, für Ostdeutschland noch lange einen Sonderweg in Deutschland zu gehen, sondern, daß es darum gehen muß, ostdeutsche Probleme herauszuarbeiten, die insgesamt für Gesamtdeutschland inzwischen ein Thema sind, und da steht natürlich die Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Möglicherweise können wir dann doch aus dem Transformationsprozeß Erfahrungen einbringen, die wir dann in Politik für ganz Deutschland umsetzen können. Diese verbindende Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit drückt sich ja auch darin aus, daß mittlerweile in Teilen Westdeutschlands die Arbeitslosenquote ebenfalls die 15 %-Marke erreicht hat, also insofern für Westdeutsche plötzlich Zahlen zutreffen, die sie vor ein, zwei Jahren noch als ostdeutsche, ostelbische Extrema und nicht für ihre eigene Lebenswirklichkeit als relevant angesehen haben.

Und ich denke, es gibt hierzu wichtige Vorschläge, die man diskutieren müßte, wie ein Abbau der Arbeitslosigkeit möglich ist. Hierzu hat im Auftrag des Vorstandes der BA das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit im letzten Jahr ein Gutachten vorgelegt „Wege zu mehr Beschäftigung“, das auch sehr umfassend von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik diskutiert wurde und im Prinzip in seinen Aussagen akzeptiert wurde. Dieses sieht ein Maßnahmenpaket vor, in dem vier wesentliche Aktivitäten in einer abgestimmten über mehrere Jahre sich vollziehenden Politik ergriffen werden sollten.

Zum einen eine Lohnzurückhaltung, d. h. eine Lohnsteigerung im Bereich der Inflationsrate, das ist übrigens der einzige Punkt der vier, der bereits eingehalten wird. Zum anderen eine aktive Politik der Arbeitsumverteilung durch Überstundenabbau, Arbeitszeitverkürzung und höhere Teilzeitquote, wo übrigens gerade auch für Ostdeutschland trotz niedriger Einkommen durchaus Reserven liegen. Dann eine Umschichtung in der Finanzierung der sozialen Sicherheit, indem die Lohnnebenkosten endlich von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden und hierfür eine Erhöhung indirekter Steuern eintreten. Und viertens tatsächlich auch eine langsamere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Umschichtung hin zu investiven Ausgaben.

Dieses Viererpaket beinhaltet sowohl Elemente einer angebotsorientierten Politik als auch einer nachfrageorientierten Politik und könnte wirksam werden.

Das ist faktisch nur ein Punkt der Willensbildung. Neben solchen anderen Rahmendaten brauchen wir in der Wirtschafts-, Tarif- und Steuerpolitik sowie Sozialpolitik durchaus auch eine Fortführung beschäftigungspolitischer Förderinstrumente sowohl in Ost- wie in Westdeutschland. Ich denke, daß wir hier die ganzen positiven Erfahrungen in Ostdeutschland im Bereich der Lohnkostenförderung nach § 249h AFG auch in Gesamtdeutschland einbringen kön-

nen. Hier haben wir in Ostdeutschland ein Instrument entwickelt, das es erlaubt, notwendige Arbeiten beschäftigungswirksam zu fördern und zugleich wettbewerblich zu vergeben, so daß die Durchführung in der Wirtschaft effizient erfolgt und nicht wettbewerbsverzerrend wirkt. Das heißt, hier ist ein Bereich, wo wir in Ostdeutschland im Transformationsprozeß eine neue Entwicklung angeschoben haben, und die müßten wir nun nur einbringen. Das steht für mich als eines der wesentlichen Beispiele, wie aus dem Transformationsprozeß auch für Gesamtdeutschland Dinge entwickelt werden können.

Ein weiterer Bereich, der sehr beachtlich ist, sind die Solidaritätsleistungen, die wir bei den ostdeutschen Lehrern sehen. Sicherlich aus der Not geboren, sind hier die Modelle Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen beispielhaft und sollten auch stärker in Westdeutschland wahrgenommen und möglicherweise auch berücksichtigt werden. Ansonsten wird man da auch ähnliche Probleme in einer Zeit geringer Geburten bekommen.

Also hier eine zentrale Aussage für den Ausblick: Spezifische ostdeutsche Probleme sind hier häufig nur krasser, treten aber auch in Westdeutschland auf. Für diese Probleme muß man dann in ganz Deutschland Lösungsansätze auf der Grundlage unserer Erfahrung formulieren. Das wäre mein Beitrag zum Ausblick.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen herzlichen Dank, das war ein breites Spektrum. Herr Dr. Lubk.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch ich danke für die Einladung, die gestern zu dieser Beratung an mich ergangen ist, gibt sie doch noch einmal Gelegenheit, auch aus der Kenntnis der beiden letzten Tage, einige Dinge hier darzulegen.

Ich kann nahtlos an die Ausführungen von Herrn Dr. Schmachtenberg anknüpfen, daß es zu den wesentlichen Ergebnissen des Transformationsprozesses gehört, daß in Ostdeutschland nach den Beschäftigungseinbrüchen der Jahre 1991 bis 1993 inzwischen fast das Niveau der Erwerbstätigkeit – wie es in Westdeutschland existiert – erreicht wurde.

Auch die weitgehende Wahrung des sozialen Friedens zählt zu den Ergebnissen eines erfolgreich bewältigten Transformationsprozesses.

Zuzustimmen ist der Feststellung, daß es eine abnehmende Akzeptanz der Parteiendemokratie gibt; dies scheint aber erklärbar, wenn z. B. jede der Parteien mit eigenen Befunden zu den Problemen von Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit aufwartet. Der Bürger scheint es leid zu sein, sich in diesem Gegeneinander noch zurecht zu finden.

Zu den Anmerkungen über die Eigentumsfrage erlaube ich mir den Hinweis, daß auch dies ein Beispiel sein dürfte, bei dem Sachaufklärung dringend notwendig ist. Nach den vorliegenden Analysen des Sächsischen Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen handelt es sich bei den Auseinandersetzungen häufig nicht, wie allgemein angenommen, um ein West-Ost-Problem,

sondern um ein Problem zwischen Bürgern, die die DDR verlassen hatten und denen die geblieben sind.

Im übrigen sollte man die Bedeutung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ für die Wiederherstellung eines Rechtsbewußtseins nicht unterschätzen.

Standortbestimmung und Ausblick zur Wirtschaft

Als Vertreter eines Ministeriums, in dem Wirtschaft und Arbeit vereint sind, sollen im folgenden der Stand im Transformationsprozeß und Schwerpunkte bzw. Probleme der weiteren Arbeit auf den Gebieten Wirtschaft und Arbeit kurz skizziert werden:

In den neuen Ländern ist zwischen 1991 und 1996 das Bruttoinlandsprodukt real um rund 6,8 % gestiegen. In Sachsen waren es 7,2 %.

1996 war in den neuen Ländern allerdings nur ein Wachstum von 2 % zu verzeichnen, in Sachsen waren es 2,6 %.

Diese Entwicklung kommt nicht unerwartet. Die nachlassenden Impulse aus der Bauwirtschaft, die in Ostdeutschland einen dreimal so hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung hat wie in Westdeutschland sowie die allgemeinen Konjunkturprobleme in Deutschland und Schwächen ostdeutscher Unternehmen – darauf wurde in der gestrigen Sitzung hingewiesen – ließen dies erwarten.

Der Abstand in der Wirtschaftskraft konnte gegenüber Westdeutschland bisher nur wenig abgebaut werden, ohne das dies die bisherigen Aufbau-Leistungen schmälert.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen beträgt in Sachsen rund 60 % des westdeutschen Niveaus (1995). Im Bundesgebiet Ost sind es nur 57 %. Der Beitrag der neuen Länder zum Bruttoinlandsprodukt beträgt 9,3 %. Der Bevölkerungsanteil der neuen Länder liegt bei rund 19 %.

Es gibt ein erhebliches Kapitaldefizit in Ostdeutschland. Der Kapitalstock je Einwohner beträgt etwa 50 % des Niveaus in Westdeutschland.

Diese wenigen Werte für zentrale gesamtwirtschaftliche Maßstäbe zeigen in Verbindung mit dem Wissen, daß wir nach der bisherigen Wachtumsdynamik in eine zunehmend labilere Phase kommen, daß Forderungen nach einer Reduzierung der West-Ost-Transferzahlungen zur Förderung von Investitionen oder des Abbaus von Förderpräferenzen für Ostdeutschland der Situation nicht im geringsten angemessen sind.

Notwendigkeit und Umfang der finanziellen Hilfen an die neuen Bundesländer wurden in der westdeutschen Öffentlichkeit und auch von der westdeutschen Wirtschaftspolitik bisher fast ausschließlich unter dem verteilungspolitisch geprägten Solidaritätsgesichtspunkt gesehen und gewertet. Eine solche Sicht ist verzerrt:

1. Die finanziellen Hilfen Westdeutschlands für die neuen Bundesländer sind zweifellos ein Akt der Solidarität. Einschließlich der Ausgaben für reine Bundesaufgaben sind im Zeitraum 1991-1996 von Westdeutschland rund 780 Mrd. DM netto als Transfermittel zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern bereitgestellt worden. Das waren rund 5 % des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes.

2. Diese Leistung wird ohne jede Einschränkung dankbar anerkannt. Sie wurde gewährt, ohne daß diese Hilfe im Grunde von westdeutscher Seite jemals in Frage gestellt worden wäre.

3. Ökonomisch betrachtet sind diese Hilfen jedoch nicht nur und nicht einmal in erster Linie ein Akt der Solidarität:

   Eine weitgehende Abwanderung ostdeutscher Arbeitskräfte zu westdeutschen Arbeitsplätzen wäre – selbst wenn diese in ausreichendem Maße vorhanden wären – langfristig gesamtwirtschaftlich unzweckmäßig. Der mögliche Zuwachs an Produktivität würde auf Dauer hinter den sozialen Zusatzkosten einer solchen „Völkerwanderung“ – insbesondere im Wohn- und Siedlungsbereich – zurückbleiben. Investitionen in Ostdeutschland lassen auf der Grundlage der hier vorhandenen Grundausstattung aus Infrastruktur und Humankapital für einen längeren Zeitraum höhere gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwächse als in den alten Bundesländern erwarten. Die finanziellen Hilfen aus Westdeutschland sind insoweit Investitionen in den Standort Deutschland.

4. Der Umfang der Finanztransfers hat dort seine Grenze, wo er über eine mittelfristige Abschwächung der Leistungsanreize in Westdeutschland die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate zu beeinträchtigen droht.

Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

In Ostdeutschland waren bzw. sind 3 Prozesse, die gleichzeitig ablaufen, zu bewältigen.

Erstens ging es um die Umwandlung einer zentralistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft. Das Handeln der Menschen mußte von den Beschränkungen durch den demokratischen Zentralismus (Diktatur des Proletariats) befreit werden – selbstverantwortliches Handeln war gefragt.

Zweitens: 1989 ging die Wirtschaft in den alten Ländern auf eine Rezession zu. Durch den Boom der Wiedervereinigung wurde diese Problem überspielt, gleichzeitig konnte man von den eigentlichen Ursachen wegschauen, sie existierten aber weiter.

Drittens: Die Phase der Wiedervereinigung Deutschlands und des Aufbaus in den Ländern fällt in eine Zeit grundlegender Umwälzungen in den frühindustialisierten Ländern.

Es gibt eine Reihe von empirisch nachweis- und belegbaren Sachverhalten, die in das öffentliche Bewußtsein bisher kaum eingedrungen sind:

Das Arbeitsvolumen pro Kopf der Wohnbevölkerung nahm in Westdeutschland in den letzten 20 Jahren um 1/10 ab. Zugleich stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um rund 2/3.

Es gibt eine zügige Ersetzung von Erwerbsarbeit durch Wissen und Kapital (Produktionsfortschritt).

Zugleich bewirkt eine voranschreitende Internationalisierung (Globalisierung) vielfältigste Veränderungen in der Arbeitswelt. In den letzten Jahren sind durch die technische Entwicklung Arbeitskräfte weltweit verfügbar, ebenso können heute fast genauso rasch Produktionsstandorte verlagert werden.

Die Verminderung des Arbeitsvolumens trifft die Erwerbsbevölkerung unterschiedlich, vor allem im Bereich der abhängigen Beschäftigung. Die Zahl der Nichtnormarbeitsverhältnisse (u. a. Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Zeitarbeit, Scheinselbständigkeit) hat zugenommen.

Die Folgen der Ersetzung von Norm- durch Nichtnormarbeitsverhältnisse sind

– eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und daraus abgeleiteten Transfereinkommen (z.Z. in Deutschland ca. ¼ Nichtnormarbeitsverhältnisse); Nettoarbeitsentgelte steigen kaum noch, sie sinken teilweise,

– eine steigende Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung zum Ausgleich von Einkommensverlusten.

Diese Entwicklungen treffen zusammen mit:

– den Folgen der Individualisierung (Bildungsexpansion, kollektiver Wohlstand, räumliche und soziale Mobilität, weitgehende zivile, politische und soziale Grundrechte), die Individualisierung führt zu einer hohen Erwerbsbeteiligung (Frauen),

– hohen Zuwanderungsüberschüssen

  1989-1994 hatte Deutschland bei Ausländern ein positives Wanderungssaldo von 2,2 Mio. Personen. Dazu kommen rund 1,3-1,4 Mio. Aussiedler sowie statistisch nicht erfaßte Größen für Grenzpendler und EU-Bürger, die im Rahmen von Werkverträgen in Deutschland tätig sind.

– einer Situation in Ostdeutschland, in der ungleich geringere Vermögen als in Westdeutschland vorhanden sind, in der es teilweise DDR-tradierte Erwartungshaltungen hinsichtlich des Anspruchs auf Arbeit an den Staat gibt (dies wurde in den letzten Jahren und auch heute noch durch umfängliche Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt gestützt),

– dem Wegfall originär systemgebundener Arbeitsplätze in Ostdeutschland (420.000 bis 480.000) und dem Wegfall von Arbeitsplätzen in Westdeutschland vor allem durch die Beendigung des kalten Krieges, insgesamt

dürften es mindestens 850.000 Arbeitsplätze sein, die durch die Wiedervereinigung und Beendigung des kalten Krieges entfallen sind und

– einem in Ost und West zu beobachtenden Mangel wirtschaftlichem Sachverstand.

Lösungswege: Es gibt keinen Königsweg, insofern werden die von Herrn Dr. Schmachtenberg hervorgehobenen Vorschläge des IAB zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 skeptisch betrachtet.

Allein die Forderung, Überstundenarbeit um über 50 % zu reduzieren, scheint unrealistisch. Mehr als 2/3 aller Überstunden werden in kleineren Unternehmen erbracht. Gerade in diesen Unternehmen gibt es hinsichtlich der weiteren Aufträge viele Unsicherheiten.

Es gibt von Seiten der Kunden einen enormen Anpassungsdruck an die Unternehmen, d. h. sie müssen sehr schnell und flexibel reagieren können. Auch andere Vorschläge des IAB scheinen in Zukunft nicht umsetzbar, weil man sich in der Gesellschaft noch nicht bewußt ist, daß diese Dinge umgesetzt werden müssen.

Alle, d. h. Politik und Bevölkerung müssen die veränderte Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen. Überkommene Sicht und Verhaltensweisen müssen geändert werden, z. B.:

– Vorbehalte gegen einfache Dienste existieren weiter (es sind ja andere da z. B. die Ausländer).

– Die geringe Bereitschaft zur Selbständigkeit und Eigenverantwortung muß überwunden werden.

– Die bisherige Fixierung auf Erwerbsarbeit als wichtigste sinnstiftende Tätigkeit, die zugleich mit höchsten Ansprüchen an die Erwerbsarbeit verbunden ist, muß angesichts des grundsätzlichen Trends zur Verringerung des Arbeitsvolumens aufgelöst werden.

– Wir müssen lernen, mit Unterschieden umzugehen.

Anders formuliert: Subjektive Sicht- und Verhaltensweisen müssen wieder mit dem objektiv vorhandenen Handlungsrahmen (Demokratie, technischer Wandel, Globalisierung) in Übereinstimmung gebracht werden.

Schlußfolgerungen für die Politik, insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik, sind:

1. Die Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft (Arbeitskostensenkung, Steuersenkung, Qualifizierung, Flexibilisierung usw.) müssen fortgeführt werden, wobei aber klar sein sollte, daß dies nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen wird.

2. Es wird ein neues Verständnis von Unternehmer und Unternehmertum benötigt (mit einer entsprechenden Wissensvermittlung muß bereits in der Schule begonnen werden).

3. Die Umverteilung von Arbeitszeit kann partiell richtig sein und sollte gefördert werden, sie ist aber in ihrer Wirkung begrenzt. Umverteilung von Arbeitszeit könnte nur im Sinne von Lebensarbeitszeit erfolgen.

   Es muß zu einer „Auflockerung" des klassischen Berufslebens kommen z. B. durch Ansätze der gesellschaftlichen Aufwertung und materiellen Absicherung von Alternativen wie freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr, Aktion 55 in Sachsen.

4. Die vorhandenen Ansätze zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik müssen ausgebaut werden.

5. Es ist dringend erforderlich, Familien und kleine Lebenskreise zu fördern. Die Gesellschaft wird niemals das leisten können, was Familien und kleine Lebenskreise leisten können.

6. Das Problem der Zuwanderung darf nicht weiter tabuisiert werden. Man sollte die strukturellen Veränderungen in der Zuwanderung, wie sie sich seit einigen Jahren zeigen, zur Kenntnis nehmen.

7. Die Wirksamkeit sozialer Sicherungssysteme und ihre Finanzierbarkeit müssen vorurteilslos geprüft werden.

8. Der Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern sollte unbedingt fortgesetzt werden. Wesentlich ist dabei auch, daß von einheitlichen Befunden aus diskutiert wird.

Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Als letzter in dieser Runde, Herr Professor Schmidt bitte.

Professor Dr. Reinhard Schmidt: Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich von ganzem Herzen bedanken für die Ernsthaftigkeit, mit welcher die Enquetekommission hier drei Tage lang zu Werk gegangen ist. 23 Stunden Sitzungsdauer sind keine Kleinigkeit. Als Außenstehender und Gast konnte ich das Ringen dieser Kommission um Problemlösungen ganz nah erleben. Doch alle Bemühungen in Ehren, diese Enquetekommission kann die Probleme nicht allein lösen. Hier hat der Montag Nachmittag einen bitteren Beigeschmack hinterlassen. Ich finde, daß die mit gesellschaftlichen Entwicklungen befaßten Wissenschaften für den Bundestag und die Bundesregierung zu wenig Vorarbeit leisten. Es zeigt sich, daß gegenwärtig die Universitäten mit Recht in die Kritik geraten sind. Ich will hier gern als Nestbeschmutzer fungieren. Was meine ich mit dieser Behauptung? Ein Beispiel soll das belegen.

Jede Seite des geteilten Deutschlands hatte ihre Hymne. Auf der einen, der besseren Seite, wurde mit Blick auf internationale Befindlichkeiten auf den ersten Vers des Deutschlandliedes verzichtet. Auf der anderen Seite hatte man den Text von R. Becher ganz gestrichen. Nur die Melodie durfte gespielt werden. Niemand sollte sich an das Wort vom „Deutschland einig Vaterland" erinnern. Man hielt sich als die erste Arbeiter- und Bauernmacht auf deutschem Boden. Da paßte der DDR-Führung dieser Text von R. Becher nicht mehr.

Am Montag, während dieser Anhörung, überkam mich das Gefühl, daß die Menschen auf der Schattenseite in ihrem Herzen mehr an ein einiges Deutschland gedacht haben als die Menschen auf der anderen. Es darf doch nicht wahr sein, wenn hier Wissenschaftler kundtun, daß es für sie nach 1970 nicht mehr opportun gewesen wäre, über die deutsche Einheit nachzudenken. Diese Hochschullehrer hätten gut in die DDR gepaßt, wo es kein Grundgesetz mit dem Artikel 5 gab, in welchem die Freiheit von Lehre und Forschung festgeschrieben ist. Sie haben eine Mitschuld an dem Unvorbereitetsein auf die deutsche Einheit. Das muß ich hier sagen.

Zu den letzten DDR-Filmen zählte „Jakob der Lügner" nach einem Buch von Jurek BECKER. Seine Geschichte ist schnell erzählt. Jakob hat im KZ seine Mithäftlinge aufrechterhalten und gestärkt, indem er behauptete, er hätte es aus sicherer Quelle erfahren, daß die befreienden Truppen bereits vor den Toren des KZ stehen würden. Er wußte das nicht. Er hatte es nur vorgeflunkert. Aber alle hielten sich an diese Lüge und so überlebten sie gemeinsam mit Jakob.

Auch in der DDR gab es eine Lüge. An diese hielten sich Tausende. Sie stammte aber nicht von einem Jakob. Sie war von der DDR-Führung herausgegeben. Die Lüge lautete: Der westdeutsche Kapitalismus hat ein Weißbuch in der Tasche. Darin ist genau festgelegt, wie er die DDR mit ihrer volkseigenen Wirtschaft vereinnahmen will. Die Menschen in der DDR, die sich an diese Lüge gehalten haben, ahnten nicht, daß es gerade dieses Weißbuch nicht gegeben hat. Sie glaubten im Angesicht einer blühenden westdeutschen Landschaft, daß alles von Westdeutschland aus im Osten ganz schnell geregelt wird. Das im Westen geübte Vertrauen auf die Kräfte der freien Wirtschaft war ihnen nach 40 Jahren unbekannt. Ich sehe noch heute das Bild deutlich vor mir, wie junge Menschen einen Tag vor der Märzwahl 1990 wie Fußballfans vor dem Leipziger Hauptbahnhof schrien: Wählt CDU, CDU, CDU – die hat das Geld.

Das war dieser falsche Glauben an das nicht vorhandene Weißbuch, das noch heute fehlt, und damit zur Wirtschaft der Gegenwart als Folge ihrer Vergangenheit. Es hat einst in der Biologie die folgende wissenschaftliche Frage gegeben: Können sich noch heute aus höher molekularem Eiweiß neue Lebensformen entwickeln? Die Antwort lautet nein. Dieses Eiweiß würde auf der Erde sofort in die Nahrungskette der bereits vorhandenen Organismen eingebaut. Solches erinnert an die Wirtschaftsgegenwart hier im Osten der Bundesrepublik. Die bis 1990 stabilen westdeutschen Wirtschaftsregionen, die jetzt im Ausland schon nicht mehr so stechen wie einst, sind geradeso in der Lage, hier

neu entstehende Betriebe wettbewerblich so niederzuhalten und in ihre Gefüge einzubauen, wie die Lebewesen das neue Eiweiß in ihre Nahrungskette einbauen würden. Ich muß sagen, es ist gar nicht möglich, daß nach diesen 40 Jahren hier noch einmal große Wirtschaftsstrukturen entstehen. Das kann man nicht den Kräften der freien Marktwirtschaft überlassen. Da bedarf es schon eines Weißbuches.

Ich möchte mich noch einer zweiten Frage zuwenden. Wann wird endlich eingesehen, daß, wenn ein voller und ein leerer Wassereimer nebeneinanderstehen, nach Umverteilung der Inhalte bestenfalls zwei halbgefüllte Wassereimer nebeneinander stehen können? Auch das hätte in dem Weißbuch stehen müssen. Jetzt wird die Globalisierung der Märkte dafür sorgen, daß sich auch der rechte bisher immer gut gefüllte Eimer nicht mehr so auffüllen läßt, daß daraus stets und ständig in den linken Eimer nachgegossen werden kann.

Zuletzt komme ich zur Frage der Arbeitsverwertung. Der Bürger im Osten Deutschlands verfügt über kein Kapital, um am Markt wettbewerbsfähig zu werden. Seiner Hände Arbeit und die Fähigkeiten seines Hirns sind das einzige, was er verkaufen könnte. Wenn aber die Computer schneller rechnen und Geld zählen können und der computergesteuerte Roboter schneller greift, was hält dieser Mensch denn dann noch in seinen Händen, um marktwirtschaftlich aufzutreten? Das Problem der Arbeitslosigkeit ist nicht neu. Wir müssen es den altgeschichtlichen Ägyptern bescheinigen, daß sie keine Demokratie, aber die drei am längsten andauernden stabilen Dynastien in der Menschheitsgeschichte hatten. All uns Demokraten sei ins Stammbuch geschrieben – die hochwohllöbliche griechische Diktatur hatte nur 60 Jahre Bestand. Die ägyptischen Dynastien standen wie heute vor dem Problem der Arbeitsverwertung. Sie benötigten keine Dreifelderwirtschaft, keine Düngung und keinen Fruchtwechsel. Der Nil brachte Jahr für Jahr eine neue Erde. Die überschüssigen Arbeitskräfte mußten jedoch verwertet werden. Dazu bestanden zwei Möglichkeiten. Die eine möchte ich mit jähem Entsetzen ausschließen. Das ist der Krieg. Die andere Möglichkeit bestand im Bau von Pyramiden und Tempeln. Das waren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Nun wäre aber der Bau einer neuen Pyramide ein sinnloses Ding. Welchen Diktator wollten wir verherrlichen? Wer sollte sich dem Bau unterordnen? Hätte ich hinreichend Redezeit, ich würde gern alles begründen. Die Wissenschaft ist angesichts jetziger Probleme aufgerufen darüber nachzudenken, welche visionäre Pyramide wir jetzt bauen müssen, damit der Staat zusammenhält. Es könnte sonst zu einer Zerstörung seiner Grundmauern kommen, die ganz bitter an das Ende der DDR erinnert.

Ich möchte die Probleme nicht zu leicht betrachtet wissen. Wir benötigen Vergangenheitsbetrachtungen nicht als bloße Historiendarstellung und Tribunal. Wir benötigen sie, um Antworten auf Zukunftsfragen zu gewinnen. Diese Forschung hätte in Westdeutschland schon vor 1989 einsetzen müssen, wo doch die Forschung frei war. Es befremdet mich schon, wenn jetzt einige, die einst auf der besseren Seite Deutschlands lebenden Professoren, die Arme des Ge-

kreuzigten ausbreiten, um auf nichtgewährte Einreisemöglichkeiten und andere Behinderungen hinzuweisen, als wären es Wundenmerkmale in Folge vollbrachter Heldentaten. Eine Wissenschaftlerin, die am Eröffnungstag eine ihrer diesbezüglichen Heldenstories erzählte, hat gerade hier den Raum verlassen. Was nützen diese dauernden Hinweise auf die fehlende Quellenzugängigkeit und verschlossenen Archive? Es kommt auf das Durchdenken und Vorausschauen an. Ich frage Sie: „Haben die Physiker gewartet, bis die Positronen aus dem Atomkern einen Zettel mit der Aufschrift – Hier sind wir – herausgereicht haben“? Alle die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen beobachtenden Wissenschaften sind aufgerufen, ganz ernst zu Werke zu gehen. Ich möchte mich bei der Enquetekommission bedanken, daß sie hier zu mindestens zeigt, wo die Schwächen unter den Wissenschaften bei der Aufbereitung der Vergangenheit liegen.

Und noch ein Wort zu der doch mancherorts fehlenden Freude über die Einheit und das glückliche Ende der Teilung 1989 und zum Aufrechnen von Geldern. Wir streiten uns um das Kruzifix im Schulzimmer unter dem Motto „Verlust christlicher Werte im Abendland“. Über das neutestamentarische Gleichnis vom verlorenen Sohn reden wir nicht. Vielleicht tun wir das nicht, weil darin nicht die Schulden aufgerechnet wurden. Dieser Sohn hatte sich freiwillig vom Hof des Vaters entfernt. Er war nicht als Folge eines gemeinsamen Versagens in die Fremde geraten. Doch heimkehrend wurde er mit offenen Armen empfangen. Ich danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Ich denke wir haben jetzt eine Menge Anregungen für die Diskussion bekommen. Ich schlage trotzdem vor, daß wir 10 Minuten Pause machen, und daß wir uns dann 11.02 Uhr hier wieder versammeln.

Wir kommen jetzt zur Diskussion. Wir haben bisher drei Wortmeldungen. Als erster Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zwei Fragen bzw. Fragenkomplexe.

Der erste geht an Frau Keller und Herrn Professor Maier zur Sanierung und der zweite betrifft die Forschung. Da möchte ich dann Herrn Schmachtenberg und Herrn Professor Schmidt ansprechen.

Ich möchte aber eingangs doch noch zwei, drei Sätze sagen, und ein bißchen auf die Bildersprache in dem ungeplanten Eingangsreferat von Herrn Kollegen Spiller eingehen. Die Theorie, die Ideologie war „überholen ohne einzuholen“. Das ist richtig. Wir haben im Betrieb bei uns gesagt „untertauchen ohne einzutauchen“. Das war die Praxis, nicht nur im Betrieb, sondern auch zu Hause. Wenn wir jetzt zur Zukunft und zum Ausblick etwas sagen, dann wünschte ich mir die Auffassung „trittfassen ohne fallen“. Ich habe erst überlegt, ob ich stolpern sagen sollte, aber ich glaube, wir sind schon genug gestolpert. In die-

sem Sinne wünsche ich mir auch, daß wir heute zum Ausblick und zur Empfehlung vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch etwas sagen.

Herr Spiller hatte noch ein anderes Bild, auf das ich kurz eingehen möchte. Er sagte, die Landschaft blüht noch nicht. Das stimmt, wir wissen als Bundestagsabgeordnete, daß in Bonn der Frühling immer ein bißchen eher ist. Ich will sagen, daß es nicht reicht zu warten bis der Frühling kommt. Wir müssen, und dazu sind wir sicher da und uns auch einig, düngen, pflügen und gießen. Da ist eine Menge zu tun und wir haben hier, so denke ich, gemeinsam den Wunsch, darüber nachzudenken, wie wir das richtig machen. Insofern noch einmal die Bitte, ehe ich jetzt zu den Fragen komme, wenn wir hier unter der Überschrift „Ausblick" diskutieren, besteht für mich der Wunsch, Empfehlungen zu hören. Wenn wir von Politikverdrossenheit hören, dann bedeutet das doch, daß man im Hinterkopf sicherlich weiß, wie man es besser machen sollte. Nun geben Sie uns etwas ins Stammbuch mit, damit wir Schularbeiten bekommen und bleiben dabei auf dem Boden der Praxis!

Jetzt zu meinen beiden Fragen an Frau Keller und Herrn Professor Maier. Frau Keller, Sie haben gesagt, es ist unsaniert privatisiert worden, das wäre ein Fehler. Wer sollte sanieren? Wer sollte das Management machen? Die Frage ist auch so gemeint, daß ich an die Zukunft denke. Wie lange sollte saniert werden? Mit welcher Marktsicherheit mit Blick auf den Weltmarkt sollte dann saniert werden?

Frau Keller, Sie wissen genau und wahrscheinlich besser als mancher, auch als ich, wie das in der Textilindustrie aussieht. Wir wissen auch, daß die Textilindustrie in der Bundesrepublik einen sehr schmerzhaften Schrumpfungsprozeß durchgemacht hat. Wie sollte man denn z. B. unter den genannten Fragen mit unserer Textilindustrie in den neuen Bundesländern umgehen? Wie sollte dabei der Lohnausgleich Ost-West während dieser Sanierung gestaltet sein? Auch heute noch ist an vielen Stellen, wir haben es die letzten Tage gehört, die Arbeitsproduktivität geringer. Ich weiß nicht, wie dies in der Textilindustrie aussieht.

Schließlich komme ich zu der Frage: Wer zahlt die Zeche? Das war der Teil zur Sanierung.

Nun zur Forschung: Ich würde schon gerne erfahren, wie man angesichts des desolaten Zustands – vor allem der Industrieforschung und der fehlenden Möglichkeit, eigene Betriebe in den neuen Bundesländern in die Forschung einzubinden – nicht nur weltmarktfähige Produkte, sondern Spitzenprodukte hervorbringen kann? Wie sollte man die Forschung praxisnah organisieren? Wie sollte die Förderung der entsprechenden Partner in den neuen Bundesländern unter dem Blickwinkel der bestehenden Dynamik des Globalisierungsprozesses insgesamt aussehen? Das ist eine Kernfrage. Innovation ist hierbei ein Schlagwort. Wir müssen die Forschung im Osten voranbringen. Es steht für uns schon die Frage, ich bin im Forschungsausschuß, wie machen wir das

am besten? Ich denke, daß Wissenschaftler so etwas gut beantworten können. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Elm bitte.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Drei kurze Bemerkungen zu den Aussagen in der Debatte und zum Teil auch schon zu den Aussagen, die im Verlauf der Tagung gemacht wurden. Eine Frage möchte ich an zwei Kollegen im Podium stellen.

Es wurde noch einmal von Herrn Spiller einleitend etwas zu diesen Problemen der ostdeutschen Produktion, der Produkte und des Kaufverhaltens der ostdeutschen Bürger gesagt. Ich akzeptiere das, das ist so gewesen und kann auch nicht so sehr überraschen, wenn man sich die neu eröffnete Möglichkeit ab 1990 ansieht. Ich wollte das einfach wiederholend ergänzen. Das ist ein Moment und es kommen andere dazu. Hinzu kommt z. B., daß die Handelsketten, die mit ihren Supermärkten unser Land überzogen haben, natürlich ihre Lieferanten hatten. Auch derjenige, der frühzeitig bewußt anders einkaufen wollte, hatte dann die Schwierigkeit, daß die Produkte oft überhaupt nicht in den Regalen zu finden waren. Die Anpassungsprozesse der ostdeutschen Produzenten kamen dazu, z. B. die Waren im Sortiment und in der Aufmachung vergleichsweise danebenzustellen und bereitzuhalten.

Dazu hat sich etwas in der öffentlichen Meinungsbildung, im bewußteren Kaufverhalten und sicherlich auch von den Unternehmen und Märkten selbst in Wechselwirkung zu ihren Käufern, zu ihrer Kundschaft, verändert.

Wenn wir wiederholt auf das Thema der Gewinner und Verlierer zu sprechen kommen, und es zu differenzierteren Einschätzungen kommt, dann muß man diesen Bereich aber auch noch ausweiten.

Es ist ja teilweise mit dem Erwerb von Immobilien in Ostdeutschland schon berührt worden, daß natürlich ein noch weiteres Spektrum in den Blick kommen muß. Die Ausweitung der Marktbereiche, nicht nur der Handelsketten, der Banken, der Versicherungen, anderer Unternehmen, der Immobilienerwerb – ob das Rückerwerb war oder Neuerwerb von der kaufkräftigeren Seite – gehört dazu. Es geht in andere Bereiche hinein, in den Bildungsbereich. Ich denke, daß an Hochschulen, beispielsweise mit C 4-Professoren, durch die rigorosen personellen Veränderungen auch ein Feld eröffnet worden ist, was neue, dankbar wahrgenommene Möglichkeiten angesichts der Haushaltssituation im Bildungs- und Wissenschaftssektor, auch schon in der alten Bundesrepublik und heute im ganzen Land, erschloß. Es ließen sich sicher noch ein paar Ergänzungen finden. Also das als Stichworte, Anregungen dazu. Aber auch hier räume ich ein, daß das auch in sich differenziert ist. Natürlich erfolgte die Ausweitung, die Gewinnung neuer Märkte, der Fortschritt mit friedlichen Mitteln. Wir wollen hoffen, daß es in Zukunft dabei bleibt. Daß das natürlich mit Investitionen und mit Leistungen für die Erneuerung der Infrastruktur verbunden war, ist uneingeschränkt als Leistung für den Aufbau im Osten anzuerkennen.

Und schließlich, auch das hatten wir gestern schon einmal bemerkt und es wurde heute bereits angesprochen: Das Problem der Erschütterung des Vertrauens in die parlamentarische Demokratie, in ihre Möglichkeiten. Nicht unverständlich erscheint dies vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Krise und der wachsenden Massenarbeitslosigkeit, auch als Vergleich mit den Schlußjahren der Weimarer Republik, weil das ja auch Wechselwirkungen waren. Ich war immer gegen so arrogante Noten gegenüber den einfachen Menschen, Arbeitnehmern der Weimarer Republik, die als Arbeitslose jahrelang in der Weltwirtschaftskrise das Scheitern wirtschaftspolitisch persönlich erlebten und sich dann auch abwandten. Man muß sich davor hüten, so schnell einfach die Note zu erteilen: Sie sind der Demokratie untreu geworden. Das stimmt unter dem Strich, aber man wird ehrlich genug sein, zu erkennen, daß die Bindung nicht völlig bedingungslos sein kann. Sie wird auch dadurch erneuert, daß sich der Einzelne mit seinen legitimen Ansprüchen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft sowie in seinen Möglichkeiten zumindest im Hinblick auf einen Arbeitsplatz mit Existenzsicherung bestätigt und wahrgenommen findet. Es geht um die Wechselwirkung und deshalb ist das auch eine wesentliche und legitime Problematik.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck des Ergebnisses der Kommunalwahl in Hessen möchte ich einmal anmerken, daß es angesichts der tiefgreifenden Umbrüche in Ostdeutschland schon bemerkenswert ist, in welch geringem Maße rechtsextreme Kräfte in diesen Erschütterungen seit 1990 zum Zuge gekommen sind. Man muß davon sprechen, daß verhältnismäßig geringere Erschütterungen in den alten Ländern schon dazu geführt haben, daß dann oft rechtsextreme Parteien schon mit 4, 6, 8, 10 % zum Zuge kamen. Ich finde diese Tatsache ein bißchen zu wenig berücksichtigt.

Ich will jedoch nicht die Diskussion über die Ursachen hier eröffnen. Es ist aufschlußreich und hängt ja auch mit unseren Anliegen zusammen, aber es sollte doch auch einmal mit gewürdigt werden. Allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt, daß man sich darauf auszuruhen hätte.

Es kommen neue Momente hinzu: Es wachsen junge Leute mit anderen Erwartungen nach und es ist dann nicht gesichert, wie das in den nächsten Jahren weitergeht, wenn bestimmte soziale Prozesse andauern.

Meine Frage richtet sich an Frau Keller, auch gleichzeitig an Dr. Lubk. An Dr. Lubk vor allem im Zusammenhang mit seiner Argumentation, die Ostdeutschen erwarten aus einer gewissen Erfahrung, Prägung heraus, daß vor allem die Lösung der Vollbeschäftigung vom Staat gemeistert wird.

Also die Frage zuerst grundsätzlich an Frau Keller. Sie haben das Herangehen von gewerkschaftlicher Seite, eingeschlossen den Katalog von Überlegungen, wie das angegangen wird, sehr überzeugend als Problem beschrieben. Da möchte ich nachsetzen, da wir ja seit Jahren beobachten, daß sich jeder rundum zu der Priorität des Problems der Arbeitslosigkeit und seiner Überwindung bekennt, jedoch die Entwicklung entgegengesetzt verläuft. Dieses Problem

vergrößert sich, und es müssen alle Instrumente, alle Möglichkeiten für das Gegensteuern erschlossen und genutzt werden.

Meine Frage lautet: Wo sehen Sie in der jetzigen Diskussion, in den Gewerkschaften bis zur Basis und in Vorbereitung dieser Konferenz, die Ansatzpunkte für radikalere Veränderungen? Sie benutzten auch die Formulierung einer völlig neu orientierten Arbeitsmarktpolitik und sprachen von radikaleren Veränderungen.

Herr Dr. Lubk, das schließt sich an Ihre Argumentation an: Ich glaube, jeder ist völlig einverstanden und setzt die Hoffnung darauf, daß der erste Arbeitsmarkt vor allem von der Wirtschaft zu leisten ist. Aber wenn das über Jahre hinweg nicht ausreichend geleistet wird, dann hält man nach anderen Adressaten Ausschau und da ist einer, der Staat. Ob man mit der Fragestellung aus einer ost- oder westdeutschen Vergangenheit kommt, ist da für mich nicht mehr so entscheidend.

Welche weiteren Adressaten sehen Sie, oder will man sich mit bestimmten Erscheinungen einer chronisch hohen Arbeitslosigkeit abfinden? Dann allerdings erübrigt sich die Fragestellung nach völligen oder radikaleren Um- oder Neuorientierungen. Danke

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich möchte keine Frage stellen, weil ich nicht sicher bin, ob ich die Antwort noch hören kann, nachdem schon so viele umfassende Fragen hier gestellt worden sind und wir uns ja dem Ende neigen.

Deshalb eine Bemerkung: Ich fand die Aussagen von Herrn Dr. Lubk und Herrn Schmachtenberg in Teilbereichen sehr übereinstimmend, was das Thema Arbeitsmarkt anbetrifft, das finde ich bemerkenswert.

Dazu will ich folgendes sagen: Wenn darüber z. B. gesprochen wird, über Teilzeitregelungen, Überstunden und dergleichen nachzudenken, dann stört mich in der politischen Diskussion immer, daß es verworfen wird, weil es angeblich nicht viel bringt. Ich bin der Meinung, wenn es etwas bringt, wird vielen Menschen geholfen. Das ist nicht nur eine Frage der Statistik, sondern auch der Einzelschicksale. Deshalb rate ich dazu, auch nur jeden denkbaren Weg zu gehen, um dieses Problem für einzelne Menschen zu lindern, egal ob jetzt eine Trendwende kommt.

Zur zweiten Bemerkung, die ich machen möchte: Ob die Politik oder es wurde die Wirtschaft angesprochen, dieses Problem wird richten können, lasse ich einmal dahingestellt, aber zumindest haben beide Bereiche, die Wirtschaft und die Politik, ständig Erwartungen erzeugt, denen sie nicht gerecht werden konnten. Die blühenden Landschaften sind bereits von Herrn Spiller angesprochen worden. Ich frage aber auch, wie oft findet das Durchschneiden eines Papiers oder eines Seils bei einer Eröffnung eines Autobahnteilstückes statt? Die

Leute haben ja 1990 den Eindruck gehabt, die Infrastruktur würde innerhalb von kürzester Zeit fertig werden, und diese Hoffnungen sind auch durch die Politik genährt worden. Das halte ich für unverantwortlich.

Das betrifft natürlich auch in gleicher Weise den Arbeitsmarkt, wenn man sich schon diesem Problem zuwendet. Also ich empfehle, etwas bescheidener zu sein und sich erst einmal den Möglichkeiten zuzuwenden, die jetzt auch möglich sind und zwar sofort. Und deshalb bitte ich Sie, Herr Dr. Schmachtenberg, daß Sie diese Studie von der BfA, von der Sie gesprochen haben, auch der Enquete-Kommission zur Verfügung stellen, damit man sich dann zum Schluß über diese Dinge wird weiter unterhalten können.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Im Nachgang und in Ergänzung zu dem Statement von Herrn Jork, bzgl. der Situation der Industrieforschung, möchte ich auf eine Feststellung von Herrn Dr. Schmachtenberg Bezug nehmen. Er hat, wie ich glaube, zu Recht festgestellt, daß wir einen Abbau der technologischen Kompetenz, insbesondere in den mittelständischen Industrien, zu registrieren haben.

Das hat, Herr Dr. Schmachtenberg, natürlich auch etwas mit unserer Förderungslandschaft zu tun, denn die Förderungseinrichtungen und die Förderungsstrategien, die wir gegenwärtig fahren, konzentrieren sich auf die große Industrie. Es ist richtig, wenn Herr Rüttgers ständig feststellt, daß die Risikobereitschaft dieser Industrie zunehmend nachläßt. Von daher entsteht genau diese Schere, Herr Jork, die Sie angeführt haben.

Nun gibt es folgende Überlegung: Es ist ja nicht so, daß wir nicht kompetente Leute hätten, im Gegenteil. Wir registrieren auch im technischen und technologischen Bereich zunehmende Arbeitslosigkeit von hochqualifizierten Leuten. Wäre es nicht denkbar, daß von Ihrer Seite Anstöße kommen könnten, um ein ergänztes Förderungsprogramm – denn die übrige Förderung in der Großindustrie ist nun in der Tat in anderen Händen und wird ja auch zur Zeit diskutiert – zu entwickeln, in dem Strategien entwickelt werden, brachliegende technologische Kompetenzen an mittelständische Betriebe zu vermitteln? Die haben nun in Tat von ihrer Liquidität her keine Möglichkeiten, sich selber zu finanzieren, was die Großindustrie wahrscheinlich tun könnte. Also ein politisches Förderungsprogramm, um hier vorhandene Kompetenzen, die brachliegen, auf dieser Ebene, die Sie mit Recht als defizitär angesehen haben, einzubringen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, es sind alle Teilnehmer des Podiums gefragt worden. Als erstes bitte ich Frau Keller um ihre Antworten.

Rosemarie Keller: Es sind ja so viele Fragen, die man sicher in der Antwort auch nur anreißen kann, weil es abendfüllende Programme wären. Ich gehe zuerst auf die ersten Fragen bezüglich meiner Feststellung ein, daß die Betriebe unsaniert in die Marktwirtschaft entlassen worden. Die Betriebe wurden ins

kalte Wasser geworfen, und jeder konnte sich aus den alten Bundesländern, wenn er wollte und in der Lage dazu war, seine Filetstückchen herausziehen, weil wiederum von den ostdeutschen Geschäftsführern oder damaligen Betriebsdirektoren keiner in der Lage war, die Situation so zu überblicken. Daß es anders geht, haben eigentlich die Treuhand gemeinsam mit der Politik und den Gewerkschaften mit der Bildung von sogenannten Management KG's bewiesen.

In der Textilindustrie hat die letzte Management KG „Schröder und Partner“ am 31.12.1996 ihre Pforten geschlossen. In diesen Management KG's wurden Betriebe erst saniert und dann saniert auf den Weltmarkt entlassen. Wenn Sie ganz zum Schluß die Frage stellen, wer die Zeche zahlt, muß ich bekunden, die Zeche hat der Steuerzahler so und so auch bezahlt. Die Aufgabe der Treuhand bestand u. a. darin, mit der Privatisierung der Betriebe so viel als möglich finanzielle Mittel zu erzielen. Das Gegenteil war aber im Prinzip der Fall. Hätte man die Unternehmen erst saniert und dann verkauft, wäre mit Sicherheit kein größerer Verlust eingetreten, würden wir heute ein Resümee ziehen.

Natürlich ist eines klar: Die Arbeitsproduktivität ist in den ostdeutschen Unternehmen zum Teil noch immer geringer als in den westdeutschen Unternehmen. Das hat aber wiederum viele Ursachen und hängt nicht damit zusammen, daß die ostdeutschen Arbeitnehmer nicht in der Lage oder zu faul dazu wären. Das hängt u.U. auch in sehr großem Maße damit zusammen, daß Aufträge nur sehr sporadisch eingehen. Wenn ein Unternehmen vom ersten bis zum letzten Tag in einem Monat oder in einem Jahr arbeiten könnte, würde die Arbeitsproduktivität mit Sicherheit ganz anders aussehen, als sie gegenwärtig aussieht. Dazu kommt, auch das ist vorhin noch einmal angesprochen worden, daß wir 1993 in Köln, von der Gewerkschaft initiiert, eine Beratung mit großen Handelsketten der Bundesrepublik unter dem Gesichtspunkt, ostdeutsche Produkte zu listen, hatten. Ich habe selbst an dieser Beratung teilgenommen und sie stellenweise geleitet. Dort waren die Chefeinkäufer der großen Handelsketten anwesend und haben den ostdeutschen Geschäftsführern deutlich gemacht, daß sie zu schwach sind, und daß sie sich sofort damit abfinden sollen, wenn ihnen gesagt wird, wir haben genug, wir brauchen euch nicht, ihr könnt wieder gehen oder versucht es ein anderes Mal oder eure Produkte sind zu teuer.

Von 1993 bis heute sind vier Jahre vergangen, die Situation hat sich jedoch kaum geändert. Nun kann man sagen, wenn der eine vorne rausfliegt, müßte er hinten wieder reinkommen oder umgekehrt. Aber ein mancher hat den Mut verloren und fühlt sich eigentlich ein bißchen, ich überziehe es vielleicht jetzt, verscheißert oder als der letzte Dreck.

Ein ostdeutscher Unternehmer, ein ostdeutscher Geschäftsführer, ich könnte dafür viele Beispiele nennen, hat lernen müssen und muß weiter lernen, weil er das Management nicht beherrscht. Aber, daß es bei einer fairen Unterstützung der Unternehmen aus den alten Bundesländern möglich ist, beweist, der sich zum heutigen Zeitpunkt durchaus erkennbare entwickelnde Aufwärtstrend in

der Textil- und Bekleidungsindustrie, wenn auch auf einem sehr niedrigen Niveau.

Ich denke, um noch einmal auf die Frage zurückzukommen, wer zahlt die Zeche, es hätte uns von Anfang an besser zu Gesicht gestanden, Arbeit zu finanzieren, anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Professor Maier bitte.

Prof. Dr. Jörg Maier: Es sind zwei Fragenbereiche, die ich auch ganz kurz beantworten will. Zunächst einmal scheint mir wichtig zu sagen, und das war ja auch das, was ich erreichen wollte, daß wir innerhalb der neuen Länder höchst unterschiedliche Entwicklungen haben. Dies muß man noch einmal deutlich herausstellen, auch wenn das sehr vielen Leuten bekannt ist. Wenn Sie jedoch die Presse lesen, sich die gesamte Bewertung ansehen, erkennen Sie, daß dies zu wenig zum Ausdruck kommt. Ich denke, daß muß man bei aller kritischen Position auch deutlich machen. Ich nenne nur jetzt einmal den Saale-Holzlandkreis in Thüringen als ein solches Beispiel. Dort sind Situationen gegeben, die durchaus mit Bereichen in Niedersachsen, in Hessen oder bei uns im nordbayerischen Raum parallel laufen. Das ist ein anderes Fördergebiet, das ist ein anderes Förderkonzept, was wir dort anwenden müssen, wie in Bereichen etwa im Zittauer Raum. Also, das ist zwar als Feststellung lapidar, aber es ist in meinen Augen notwendig.

Nun hatten Sie Fragen gestellt. In meinen Augen ist jedoch bislang – zumindest heute – der ganze Fragenkreis der Kommunen nicht zur Diskussion gekommen. Wir sprechen über die Wirtschaft aber nicht über die Kommunen. Die Finanzprobleme der Kommunen sind eklatant, und es nützt eben sehr wenig, wenn der Unternehmer in seiner Gemeinde allein gelassen wird und keine Hilfestellung durch die Gemeinde erfährt. Es geht um Erschließungen, seien sie über Bahn oder über Straße, was auch immer heute für ein modernes Unternehmen bis hin zur Kommunikation notwendig ist. Mir scheint, daß Sie unbedingt auch diese Finanzprobleme der Kommunen, die man in meinen Augen nicht gelöst hat, zumindest auf der kleinen Ebene der meisten Kommunen nicht gelöst hat, miteinbeziehen sollten. Da sind sehr viele Ideen vorhanden, und ich will jetzt gerade noch einmal zum Thema Einzelhandel etwas bemerken. Ich kämpfe vehement dafür, den Einzelhandel zu differenzieren. Nehmen Sie Kleinstädte, wie wir sie studiert und intensiv beraten, etwa Lengenfeld in Sachsen oder den Bereich Falkenstein. Dort haben wir neben den Einzelhandelsgroßprojekten am Rande ein sich selbständig entwickelnden ortsansässigen Einzelhandel, der sich eigentlich ganz gut behauptet, mit kleinsten Betrieben. Geradezu bewundernswert, wie die Einzelhändler dort versuchen, sich zu behaupten. So etwas muß man unterstützen. Das muß man aufwerten. Hier ist es nicht damit getan zu sagen, wir machen Innenstadtmarketing, sondern hier ist es notwendig, diese kleinen Händler auch entsprechend zu fördern und sie auch herauszustellen. Dies ist möglich durch eine eigene Broschüre, in der man z. B. auch erfolgreiche Unternehmer oder ähnliches herausstellt. Ich denke etwa auch an die Stadt Lengenfeld, die eine stillgelegte Textilfabrik mitten

in der Stadt zu einem Einkaufszentrum umgewidmet hat. Also nicht auf der grünen Wiese, sondern in der Innenstadt wurde versucht, etwas zu ändern. Solche Dinge erscheinen mir wichtig, um zu zeigen, es gibt unterschiedliche Facetten bei diesem insgesamt schwierigen Thema.

Und dazu zählt natürlich auch die Textilindustrie. Frau Keller hat ja schon einiges dazu gesagt, ich will das nicht wiederholen. Ich denke nur, es ist wichtig zu trennen zwischen Webereien und Spinnereien, die in unserem Land keine Chance mehr haben. Wenn wir uns noch so sehr anstrengen, die Zeit von Webereien und Spinnereien ist vorbei. Die Textilveredlung hat hier Chancen und die „Plauener Spitze“ ist ein Beispiel dafür, daß es auf einem neuen Niveau durchaus möglich ist, sich erfolgreich auf dem Markt zu behaupten.

Ich komme zum zweiten Komplex, den Sie angesprochen haben. Was können Unternehmen tun? Eine klare Förderpolitik ausgerichtet auf kleine und mittlere Unternehmen, weg von den großen Unternehmen, halte ich für richtig. Die kleinen und mittleren Unternehmen schaffen uns die Ausbildungsplätze und die Arbeitsplätze. Hier ist ein relativ großes technische Know how vorhanden. Ich empfehle Ihnen, Handwerksmessen einmal zu besuchen, um zu sehen, was Handwerker heute an modernem Fortschritt zuwege bringen, und wie man das erreichen kann. Wenn Sie die bundesdeutsche Hochschullandschaft ansehen, erkennen Sie, daß es in der gesamten Bundesrepublik zwei Lehrstühle für Handwerk gibt, während an jeder Universität mindestens zwei Lehrstühle für Industriebetriebslehre vorhanden sind.

Das Handwerk ist durch Beratung sowie durch Betreuung zu stärken. Erreichen kann man das über Arbeitskreise. Wir haben in all unseren Bereichen, die wir betreuen, eigene Arbeitskreise Wirtschaft und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. Hier kann man sehr viel in Gang bringen, neue Forschungsstellen, angewandte Forschung hinaustragen und entsprechend honorieren. Ich könnte mir schon vorstellen, daß weit mehr noch getan werden kann als das, was heute geschieht. Es ist einfach auch eine Frage der „Manpower“, daß wir draußen vor Ort tätig sind.

Aber bei aller Euphorie möchte ich ein bißchen davor warnen, zu viel von Universitäten und Fachhochschulen zu erwarten, denn die Möglichkeit der Beratung privater Unternehmen ist begrenzt. Ein Hochschullehrer kann immer nur ein Berater sein, mehr nicht. Entscheiden muß der Unternehmer, entscheiden muß der Kommunalpolitiker. Insoweit darf man nicht zu viel erwarten, was da entstehen kann.

Wir können Rahmenbedingungen für Hilfestellungen schaffen, aber handeln muß der Unternehmer selbst. Ich persönlich denke deshalb, daß es wichtig ist, daß man den Leuten, die sich selbständig machen, Mut macht, daß man Unternehmern Mut macht sich herauszustellen und sie auch honoriert. Wobei honorieren jetzt nicht unbedingt in Geld bedeutet. Wir haben eine ganze Reihe von Unternehmen kennengelernt, für die allein schon die Anerkennung in Form von Innovationspreisen u. a. wichtig wäre. Da sind die „weichen Faktoren“ für

eine Wirtschaftspolitik häufig genau so wichtig wie die „harten Faktoren“ der finanziellen Förderpolitik.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank! Herr Dr. Schmachtenberg bitte.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Ich habe mir drei Themenkomplexe notiert: Forschung, Arbeitszeitverkürzung und Parteienverdrossenheit.

Zum Thema Forschung: Die Ausgangslage ist, ich habe jetzt nur die Zahlen für Brandenburg parat, daß wir noch 14 große Industriebetriebe im Land haben.

Zwischenruf: Sagen Sie mal, was Sie unter „groß“ verstehen.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Als „Groß“ definiere ich Betriebe mit über 500 Beschäftigten. Das sind vier Stahlunternehmen, das sind Energieversorger, das ist Braunkohle, dann das Zentralunternehmen von ADtranz in Hennigsdorf und BHW-Rolls-Royce. Es sind einige schöne Betriebe dabei, aber es ist übersehbar. Und dann haben wir auf der anderen Seite dieses Meer an kleinen und mittleren Unternehmen, z.T. auch entstanden aus reinem Outsourcing, das darf man auch nicht vergessen. Aus „Groß mach Klein durch Zerlegen“ nennt sich Outsourcing heutzutage. Das ist also auch ein Scheingefecht. Wenn man sich jetzt die kleinen Betriebe näher anschaut, dann leben eben sehr viele von diesen kleinen und mittleren Unternehmen von der Baukonjunktur. Sie sind rund um die Bautätigkeit angesiedelt. Da ist wahrscheinlich Forschung und Entwicklung nicht sehr stark ausgeprägt. Wir haben zwar auch ein Projekt zur Entwicklung eines automatischen Gerätes zum Bauen von Mauern, aber das ist vielleicht auch nicht der große Träger von Innovation. Stahlbau ist auch nicht der Schwerpunkt. Mit anderen Worten: Ich will darauf hinaus, daß die Substanz dieser kleinen und mittleren Unternehmen bei einer Wirtschaft, die im wesentlichen von der Bauwirtschaft getragen wird, vielleicht gar nicht so groß ist. Ganz abgesehen noch einmal von der schon mehrfach angesprochenen Eigenkapitalschwäche und anderen Widrigkeiten, die langfristiges strategisches Planen in diesen kleinen und mittleren Unternehmen sicherlich nicht auf die Tagesordnung setzen.

Vor dieser Einschätzung ist dann doch für die Forschungsförderung entscheidend, daß die Universitäts-, Fachhochschul- und Großforschungseinrichtungslandschaft gefördert und gepflegt werden. Hier sollte man nicht sagen, daß das alles nichts bringt, weil das nicht in die Betriebe übergeht. Die Forschungsförderung ist zunächst einmal das Standbein, und da ist auch nach meinen Kenntnissen in den neuen Bundesländern, gerade was die Großforschungseinrichtungen angeht, eine Menge unternommen worden. Dafür sollte man dankbar sein. Das muß fortgesetzt werden.

Es bleibt die Frage, wie gelingt der Transfer, wenn man sagt, die Betriebe selbst haben eigentlich nicht die Substanz, aus sich heraus Forschung und Entwicklung perspektivisch anzugehen und sie tatsächlich in den Großfor-

schungseinrichtungen und in den Universitäten gefördert werden? Wie gelingt der Transfer? Da gibt es durchaus in allen neuen Bundesländern einzelne Förderprogramme, die darauf ausgerichtet sind, z. B. Innovationsassistentenförderung, Technologieberatungsagenturen etc.

Interessant finde ich neue Ansätze im Rahmen des Einsatzes der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, also aus der EU-Strukturpolitik, Qualifizierungsprozesse zu organisieren. Deren Thema beinhaltet durchaus auch, Produktentwicklungswerkstätten zu bilden, also Produktentwicklung voranzutreiben, Pilottypen zu entwickeln, um faktisch dann angelagert an Einrichtungen der Arbeitsförderung sowie an kleine und mittlere Unternehmen, solche Pilotenwicklung in Qualifikationsprozessen zu fördern. Die besten Beispiele dafür sind übrigens gar nicht so weit von hier, in Lauchhammer, in unserer sachsennahen Niederlausitz, entstanden. Man könnte sich das auch gerne einmal anschauen. Das ist ein Versuch für Arbeitslose, arbeitslose Ingenieure, Technologen etc., solche Qualifikationsprozesse, die sich meist über ein, zwei Jahre hinziehen, zu organisieren und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu stützen. Auf diese Weise soll die Verbindung hergestellt werden. Also von der Universität rein in die Wirtschaft, die selbst aus sich heraus die Substanz nicht hat. Deswegen sollten wir auch dann doch wieder an die Großunternehmen denken, die durchaus technologisch einiges bewegen und einige, wo man den Eindruck gewinnt, es sind in der Tat Betriebsstätten großer, international operierender Unternehmen. Die Frage ist, ob es nicht durch gezielte Förderungspolitik gelingen könnte, die Unternehmen dazu zu bringen, möglicherweise doch auch nach Ostdeutschland verstärkt Forschungskapazitäten zu verlagern.

Zum zweiten Thema Arbeitszeitverkürzung: Ich bin sehr dankbar für den Hinweis, auch Weniges bringt etwas. Ich will auch hier noch eine Zahl in den Raum setzen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in den neuen Bundesländern liegt derzeit bei 13 %. In den alten Bundesländern bei 22 %. Sicherlich ist da eine Reserve vorhanden. Auch wenn man sagen muß, daß wegen geringerer Einkommen in Ostdeutschland die Neigung aufgrund der damit verbundenen Einkommensverlusten nicht sehr hoch ist. Es ist aber vielleicht auch ein Ausdruck traditioneller Arbeits- und Lebensgewohnheiten. Ich denke, hier ist eine Reserve vorhanden, auf die wir hinweisen sollten.

Zum Thema Parteienverdrossenheit und Weimarer Republik: Soviel mir bekannt ist, waren die Arbeitslosen in der Weimarer Republik am Ende häufig auch die Nichtwähler, also die, die sich ganz zurückzogen. Radikal wählten hingegen die, die ich mal als „Grenzbeschäftigte“ bezeichnen möchte. Ich meine damit diejenigen, die eigentlich noch im System sind, aber die große Angst haben, aus dem System rauszufallen. KPD-Wähler waren zum Teil Arbeitslose, aber NSDAP-Wähler waren in der Regel nicht Arbeitslose, sondern in der Tat „Grenzbeschäftigte“, und das ist eigentlich das, was ich auch in den Hessischen Kommunalwahlen beobachte. Es ist nicht so, daß rechtsradikal gewählt wird, sondern es wird gar nicht gewählt. Also, die geringe Wahlbeteiligung ist für mich eigentlich dieser Ausdruck von Verdrossenheit. Der Rück-

zug ist vielleicht noch die bessere Form als die Radikalisierung. Auf der anderen Seite ist es aber auch eine sehr unheimliche Form, weil man nicht weiß, was sich dahinter eigentlich versteckt. Diese Form der Verdrossenheit drückt sich ja nicht aus. Ich will die Gelegenheit nutzen, weil ich eine andere Entwicklung am Ende der Weimarer Republik für sehr wichtig und spannend halte, daß es nämlich damals auch eine sehr massive Diskussion über Formen der Arbeitsförderung, der produktiven Arbeitsförderung, gab. Das sind eigentlich die Dinge, die ich vorhin schon einmal kurz andeutete, wo wir auch weiter dranbleiben müssen. Es geht um die Tatsache, daß wir Beschäftigungsförderung mehr in investive Bereiche reinbringen müssen, so daß wir auch deren Finanzierung eher rechtfertigen können. Wir bekommen bei dem enormen Mangel an Arbeitsplätzen schon ein Dilemma. Wenn wir dann über die „klassische“ Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, wie sie das Arbeitsförderungsgesetz vorsieht, regional befristet, den Mangel an Arbeitsplätzen bekämpfen wollen, und uns dieses Förderrecht aber dann dazu verdammt, ausschließlich Nicht-Notwendiges in einem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt zu organisieren, dann ist die Bereitschaft, das zu finanzieren, irgendwo begrenzt. Und deswegen denke ich, ist diese Debatte, die auch am Ende der Weimarer Republik geführt wurde, nämlich wie kann man Arbeitsförderung investiv ausrichten und zusätzliche Aufträge dadurch finanzieren, daß man eben Arbeitslose hier mit einsetzt, auch ein ganz wichtiges Thema. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Herr Professor Schmidt bitte.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Ich möchte mich noch einmal der Frage von rechts und links zuwenden. Bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit werden die Wirtschaft und Politik allzugern getrennt betrachtet. Das betrifft besonders die Totalitarismusforschung. Es besteht ein von Totalitarismusforschern nur ungenügend beachteter Unterschied. Das habe ich bereits am Montag gesagt. Die rechte Diktatur läßt die Eigentumsverhältnisse wesentlich unangefochtener als die linke. Die Gefahr dürfte heute weniger von rechts ausgehen. 1928 erschien der Bericht eines Verbandes sächsischer Industrieller, in welchem im Anschluß an eine Klage über die durch die Weimarer Republik verdorbenen Arbeiter die Forderung nach Recht und Ordnung erhoben wurde. 1930 war die deutsche Arbeitskraft im internationalen Vergleich viel mehr wert als heutzutage. Zu jener Zeit konnte die Maschine nur die Muskelkraft ersetzen. Nicht ersetzt werden konnten die geistig-formalen Fertigkeiten des Arbeiters. Man benötigte den deutschen Dreher, der wie kein anderer in der Welt den deutschen Drehstahl an der deutschen Maschine auf das Werkstück richten konnte. Zur Disziplinierung benötigte die Industrie einen Hitler, der sich dann als der verkehrte erwies. Nachdem Hitler den Krieg begonnen hatte und die Männer an der Front waren, preßte er die Frauen in die Fabriken, um die Maschinen zu bedienen. Nur die Zahl meiner Geschwister befreite die Mutter von diesem Schicksal. In unserer Zeit würde die im bombensicheren Bergwerksstollen aufgestellte automatische Fertigungszelle die Granaten drehen, ohne daß Frauenarbeit dazu erforderlich wäre. Jetzt würde selbst in

Kriegszeiten die Entwertung der Arbeit ihren Fortgang nehmen. Wäre ich Unternehmer, warum sollte ich eine rechte Partei mit Demagogen an der Spitze zur Disziplinierung der Massen bezahlen, wie es 1930 – 1933 der Fall war? Jetzt kann in Europa der Demokrat gespielt und mit dem Geld und dem Rest der Produktion in Länder gegangen werden, die noch einen Diktator an der Spitze haben. Vielleicht stecke ich hier den Kopf in den Sand. Es ist nicht richtig, das Dritte Reich, die DDR und Diktaturen heute nach dem gleichen Schema zu beurteilen, ohne die jeweilige Wirtschaftssituation zu hinterfragen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller: Vielen Dank! Herr Dr. Lubk.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Spiller, vielleicht darf ich noch einmal nachfragen. Mich befriedigt die Antwort von Herrn Professor Schmidt nicht. Ich habe gedacht, daß er als Hochschullehrer auf die Frage, wie Forschung zu organisieren ist, damit sie hilfreich ist, eingehen könnte.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Sehr gern sage ich etwas zur Forschung. Die Innovation, das Ergebnis derselben, ist wie ein leichtflüchtiges Reh. Die Idee von heute ist morgen bereits über zig Grenzen. Die Ergebnisse der Forschung würden nur hier bleiben, wenn wir die Löhne in nachfolgenden Stufen halbieren könnten. Sie können die Unternehmen nicht zwingen, die Innovation nur hier im Lande zu verwerten und nicht mit hinauszunehmen. Das ginge gegen die freiheitliche Ordnung. Die Hochschulen stehen diesem Prozeß relativ machtlos gegenüber. Wir sollten diese Wahrheit anerkennen. Öffnen Sie heute abend Ihren Computer von der Rückseite her. Ich will gern die Wette abschließen, daß auf den darin befindlichen Leiterplatten Made in Korea oder ein anderes Land darauf steht. Es fehlt der Anreiz für die Industrie hierzubleiben. Die Automatisierung der geistig-formalen Arbeit hat heutzutage auch andere Länder in die Lage versetzt, anspruchsvolle Produktion zu verwirklichen. Der Vorteil, den der deutsche Arbeiter 1930 hatte, indem er wie kein anderer in der Welt qualifiziert war, ist unterdessen weitgehendst verlorengegangen. Ich weiß auf meinem Gebiet genau, wieviel chinesische, thailändische und Namen aus anderen Ländern in den Patentlisten erscheinen und daß da die Deutschen nur u. a. sind. Es war ja interessant, wie in der Anhörung vom Montag die schlechte Patentergiebigkeit der DDR erwähnt wurde. Ich wollte schon fragen, ob dort die Kritik von Bundesministers Rüttgers zur Patentsituation der BRD vom Vorjahr verlesen wurde. Die Berichte des BMBF weisen auf eine zur Zeit unbefriedigende Situation hin. Das ist nicht, weil wir weniger forschen, sondern weil es die anderen auch können.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Jork, ich weiß nicht, ob Sie das jetzt befriedigt hat, aber es gab die Chance, ob sie genutzt wurde, müssen Sie selber entscheiden. Herr Dr. Lubk bitte.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Wenn ich das recht in Erinnerung habe, bin ich besonders zu der Frage Arbeitslosigkeit angesprochen worden. Ich möchte gern noch einmal dazu Stellung nehmen. Vorab darf ich nur einfach, als Vertreter von Sachsen in der Kommission für Zukunftsfragen, auch einen Bericht zur

Forschungsförderung in Sachsen anbieten, denn ich glaube, wir haben hier einige spezifische Förderungen in Sachsen. Ich habe aber die Unterlagen nicht dabei, die genau auf diese Punkte zielen, die hier angesprochen worden sind.

Zur Arbeitslosigkeit, speziell zur Frage: Haben wir uns mit dem Problem, daß es Arbeitslose gibt, abgefunden? Ich sage klipp und klar nein. Als Beweis darf ich anführen, daß wir u. a. eine solche Kommission mit einem anderen Namen gebildet haben. Uns treibt dieses Problem ganz eindeutig um. Diese Probleme beschäftigen uns in der Kommission. Ich kann das in den Sitzungen verfolgen, als Zuhörer, als Mitglied der Arbeitsgruppe.

Was passiert, wenn die Basis aller sozialen Sicherungssysteme sich im Moment tendenziell verschmälert? Was ist hier zu verändern? Also, es wird sich niemand mit diesem Problem abfinden.

Wir dürfen, bezogen auf Ostdeutschland, dabei etwas nicht übersehen: Ich erwähne die sogenannte Erwerbspersonenquote, das ist die Zahl derer, die nach Arbeit nachfragen, bezogen auf diejenigen, die zur Arbeit fähig sind. Es geht also im allgemeinen um die Menschen, die zwischen 15 und 65 Jahren liegen. Diese Erwerbspersonenquote lag bei Männern in Ostdeutschland im Jahr 1995 nach dem Mikrozensus bei etwa 80 %, in Westdeutschland im Durchschnitt etwa bei 82 %. Wobei die Spanne von der Saar mit 76 % bis Bayern mit 86 % reichte.

Bei Frauen war folgendes Bild zu verzeichnen: Im Bundesgebiet Ost lag eine Quote von 74 % vor, im Bundesgebiet West lag sie bei 60 %. Die Spanne reichte dort von 49 % im Saarland bis 67 % in Bayern.

Auf Ostdeutschland bezogen habe ich das Problem Transfers ganz bewußt angesprochen, weil wir auf Transfers nicht verzichten können, nicht verzichten wollen und nicht dürfen. Wir müssen jedoch bei den Transfers in die sozialen Sicherungssysteme im Bereich der Arbeitslosenversicherung bitte etwas beachten. Etwa 33 % oder 35 % der Ausgaben für Ostdeutschland der Bundesanstalt für Arbeit sind durch Beitragseinnahmen gedeckt. Das ist ein Fakt, den wir nicht beiseiteschieben können. Das steigert sich langsam. Wir würden uns nämlich in Ostdeutschland keinen guten Dienst erweisen, wenn wir nur fordern. Wir müssen dann schon Argumente finden.

Wie erkläre ich das einer Arbeitnehmerin, einem Arbeitnehmer aus den alten Bundesländern, daß hier mit öffentlichen Hilfen und Transfers ein weitaus höheres Maß an Erwerbsorientierung auch auf Dauer befriedigt wird? Ich weiß, daß es derzeit natürlich Einkommensfragen sind, die auch im Hintergrund stehen. Das ist ganz klar, nur auf diesen Zusammenhang möchte ich hier noch einmal aufmerksam machen. Wir müssen die Frage beantworten, ob es uns gefällt oder nicht. Wir müssen Lösungen finden, da stimme ich Herrn Dr. Schmachtenberg erneut zu, weil da die ostdeutschen Länder von Anfang an auf einen sehr wirtschaftsnahen Einsatz der Mittel der Bundesanstalt gedrängt haben. Ich denke, der § 249 ist damals auch so eine gemeinsame Aktion gewesen, den wir ins Arbeitsförderungsgesetzbuch gebracht haben. Auch die Ver-

änderungen, die mit dem Arbeitsförderungsreformgesetz vorgesehen sind, werden eine Konzentration der Fördermittel denen bringen, die Arbeit schaffen. Der § 249 war stets auch unsere Intention.

Das Arbeitsförderungsgesetz muß es möglich machen, ohne allzuviel Einschränkungen, Unternehmen zu fördern. Das heißt ganz konkret, daß denen ein Lohnkostenzuschuß gegeben wird, die Arbeitslose einstellen. Im Moment ist das eingeschränkt. Da gibt es auch Verfahrensfragen bei der Bundesanstalt. Das ist das eine, aber auch hier dürfen wir nicht übertreiben. Wir müssen sehen, wo hier die Grenze ist. Wenn ich mit Lohnsubventionen arbeite, nichts anderes ist das, kann es mir passieren, daß ich auch Strukturen erhalte, die vielleicht nicht erhaltenswert sind. Ich merke das dann später.

Ich darf nur einmal ganz kurz in den Bereich der Wirtschaft abgleiten. Die Diskussion um die „industriellen Kerne“ war in dieser Zeit richtig. Trotzdem müssen wir uns heute die Frage stellen: Haben wir nicht auch manchmal etwas erhalten, was vielleicht schon vorbei war? Natürlich haben wir 1991/92, immer daran gemessen, wie weit sind wir in der Sektorenstruktur im Vergleich zu Westdeutschland. Die Veränderungen waren in den einzelnen Wirtschaftsbereichen enorm. Letzten Endes haben wir aber sagen können, wir werden Westdeutschland nie erreichen können, weil der Prozeß der technischen Entwicklung so rasant fortschreitet, daß das, was hier vielleicht neu entsteht, zu völlig anderen Strukturen führt. Insofern ist es ein ja und ein nein, was die Förderung anbetrifft. Ein ja, denn wir brauchen sie, die Unternehmen müssen gestärkt werden, ein nein, weil wir aufpassen müssen, daß wir nicht überziehen.

Damit bin ich bei der angesprochenen Frage der Refinanzierung des zweiten Arbeitsmarktes: Es gibt eine Menge wunderschöner Berechnungen darüber, über ABM, möglicherweise auch über § 249**.** Nur sind das oft Finanzierungen, die auch zweckgebunden sind. Es ist keine hundertprozentige Finanzierung. Es ist die Frage, wieviel Geld können wir dort hineinfließen lassen, ohne den ersten Arbeitsmarkt zu beschädigen.

Herr Dr. Schmachtenberg hat das auch in bezug auf ABM angesprochen. Wenn Sie sich die Statistiken der Bundesanstalt einmal anschauen, dann werden Sie sehen, daß in den neuen Ländern, und hier darf ich Sachsen besonders hervorheben, der Anteil der Arbeitnehmer, die in sogenannten investiven Förderbereichen bei ABM drin sind, deutlich höher liegt, als in Westdeutschland. Das wollen wir erhalten, aber wir müssen hier Augenmaß beweisen.

Als letztes: Sie haben noch gefragt, wer ist der Adressat? Natürlich ist eine Regierung, eine Landesregierung, eine Bundesregierung immer Adressat. Sie kann die Arbeitsplätze nur nicht schaffen, sie kann nur mit dem Sachverstand der Abgeordneten, der gewählten Vertreter des Volkes, die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Das ist das, was eine Regierung machen kann. Den Arbeitsplatz selbst kann nur das Unternehmen schaffen. Insofern müssen wir uns auf Rahmenbedingungen einigen, so daß die Unternehmer den Mut finden, ein Unternehmen zu gründen.

In Ostdeutschland gibt es viele, die nach § 55a Arbeitsförderungsgesetz und anschließend durch Länderprogramme, finanziert aus dem Europäischen Sozialfonds, ein Unternehmen gegründet haben. Dadurch konnten sie etwas Sicherheit in den ersten Jahren erhalten. Es gibt weitere Förderung. Auf diesem Weg muß man weitergehen. Wir müssen auch versuchen, Leute, die jetzt in einer abhängigen Beschäftigung stehen und sich selbständig machen wollen, auf allen möglichen Wegen, zu helfen. Wenn es wahr ist, daß das Wissen und Kapital die menschliche Arbeit ablösen, ist eine Veränderung der Einkommensströme herbeizuführen.

Da bin ich beim Stichwort Kapitalbeteiligung oder Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Die Zahlen, die wir bisher haben, sind nicht beeindruckend. In Sachsen haben wir jetzt eine Förderung versucht, angebunden an die GA-Förderung, aber da gibt es eine Menge Probleme. Wir haben gesagt, den höchsten Fördersatz kriegt nur der, der in seinem Betrieb ein solches Modell, Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand, praktiziert. Das sind ganz geringe Sätze. Aber hier müssen wir umdenken.

Wir müssen ebenso umdenken bei Fragen der Teilzeit. Volle Zustimmung aber keine unbegrenzten Hoffnungen habe ich. Da warne ich immer davor. Als letztes möchte ich betonen, daß wir versuchen müssen, Wege zu finden, wie wir Interessen jenseits der „klassischen“ Erwerbsarbeit fördern können. Ich frage mich manchmal, ob wir nicht bestimmte Mittel, die wir heute in ABM reinstecken, nicht zweckmäßiger anwenden könnten, um mehr junge Leute, beispielsweise in einem freiwilligen ökologischen Jahr oder in einem freiwilligen sozialen Jahr, zu fördern. Das hat nicht nur, vielleicht boshaft unterstellt, den Effekt, daß der Arbeitsmarkt ein bißchen entlastet wird. Das beinhaltet sehr viele andere positive Effekte. In ganz Sachsen liegt etwa, ich kann mich nicht exakt festlegen, eine Größenordnung von 5.000 bis 7.000 Leuten vor. Der Bedarf ist teilweise größer. Der Bedarf ist nicht nur aus der Not geboren. Aber ich meine, in diese Richtung sollte man auch denken. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank! Wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen aus der Kommission, und wenn sich jetzt niemand mehr meldet, würde ich gerne die Redeliste schließen. Ich kann gut verstehen, daß auch im Podium selbst der Wunsch besteht, zu dem, was gesagt worden ist, noch das Wort zu ergreifen. Wir haben natürlich die Form zu wahren, daß die Mitglieder der Kommission die Experten befragen und wenn es sich jetzt nicht ergeben sollte, daß Sie, Frau Keller, noch einmal befragt werden, dann würde ich Ihnen gerne noch einmal das Wort erteilen. Herr Vergin bitte.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Professor Maier, Sie haben sehr konkret an die Kommission die Forderung gerichtet, die Förderprogramme auszudehnen und die städtischen Regionen ab 50.000 in den Blick zu nehmen. Das heißt also, Sie wollen damit dem Grunde nach eine bessere Mittelstandsförderung verbinden. Ich würde diesen Gedanken sehr gerne nachgehen wollen. Da wir überlegen müssen, was wir in den Abschlußbericht hineinnehmen, will ich Ih-

nen gerne noch einmal die Möglichkeit geben, diese Problematik zu vertiefen, weil ich glaube, daß gerade für die neuen Länder, dies von einer immanenten Bedeutung ist. Wir haben hier nicht die Ballungsräume, die wir aus Westdeutschland kennen. Da ich nicht Mitglied des Wirtschaftsausschusses bin, kenne ich die Programme und den Umfang der Förderung nicht. Ich kann mir aber vorstellen, daß dort tatsächlich Nachholbedarf ist. Dies würde auch zu einer Entlastung der Ballungsräume mit ihren vielen Problemen des Zuzugs und der weiteren Infrastruktur und den Ausbaumaßnahmen führen, die bei immer stärkerer Beanspruchung von der Wirtschaft herrühren. Insofern scheint mir das stimmig zu sein. Das neueste Bioregioprogramm ist genau Ihren Vorstellungen gegenläufig, denn Bioregionen haben nur Chancen, wenn sie die Infrastruktur schon aufweisen. Ich bitte Sie wirklich, das noch einmal zu vertiefen, damit wir uns abschließend eine Meinung darüber bilden können, weil dies eine sehr konkrete Maßnahme ist.

Das zweite, was mich sehr beunruhigt, ist nicht das Problem der Arbeitslosigkeit, sondern, ich glaube es war Herr Dr. Lubk, der darauf hingewiesen hat, es ist das Problem, daß wir eine Abnahme des Arbeitsvolumens zu verzeichnen haben. Ich muß hierzu noch einmal nachfragen, weil ich nicht genau weiß, ob ich das richtig verstehe. Meinen Sie damit nur die Abnahme des Arbeitsvolumens von der Muskelarbeit her, denn die bisherige Auffassung ist doch die, daß die Muskelarbeitskraft ersetzt wird durch die Maschinenarbeitskraft und neuerdings durch Prozessoren und was da alles so dazu gehört? Wenn das wirklich so ist, daß das, was Sie als Abnahme des Arbeitsvolumens beschreiben, nicht gleichbedeutend ist mit Abnahme der Produktbildung, muß man dann nicht gerade aus der Sicht der öffentlichen Hand, das Thema der Wertschöpfung in eine völlig neue Sichtweise lenken? Denn wie wollen Sie sonst die öffentlichen Haushalte bedienen, wenn man nicht bei weiterem Verlust von Lohnsteuerzuwachs in die Wertschöpfung hineingeht? Darüber ist bisher – nach meiner Auffassung – viel zu wenig gesprochen worden. Der Arbeitsmarkt soll sich praktisch aus sich selbst heraus in Ordnung bringen, und da sehe ich nicht mehr viele Möglichkeiten. Dies wäre auch eine Frage an die Vertreterin der Gewerkschaft, ob dort eine neue Diskussion über dieses Thema der Wertschöpfung, die es früher schon einmal gab, wieder entfacht worden ist.

Zur dritten Frage: Ich weiß jetzt nicht mehr genau, wer sie aufgeworfen hat und verlangt hat, daß ein neues Managerverhalten notwendig ist. Ich weiß nicht, waren Sie es, Frau Keller, oder war es auch der Herr Dr. Lubk, der das angesprochen hat? Jedenfalls ist es heute Vormittag angemahnt worden, daß die Wirtschaft neue Manager braucht. Ich könnte dem sehr viel abgewinnen, weil wir gerade sehr oft feststellen, daß sich bei Zusammenbrüchen letztendlich herausstellte, daß, hätte das Management anders, schneller und früher reagiert, wirtschaftliche Zusammenbrüche nicht passiert wären.

Die vierte Frage ist eine ganz kleine Geschichte, aber für mich von Bedeutung: Herr Dr. Schmachtenberg, Sie haben, was ja sonst nicht oft vorkommt, Lehrer gelobt, die mit Hilfe ihrer Gewerkschaft, die ich mal als Vizepräsident in der

Bundesrepublik mitgeführt habe, zu einer Arbeitszeitumschichtung und Umverteilung aufgerufen haben. Ich kenne das Thema nicht so genau. Ist das wirklich beispielgebend für andere Bereiche oder was spielt sich denn dort konkret ab, daß Sie das positiv und lobend hier auf den Tisch gebracht haben?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich wollte eine Frage zu den Erwartungen und zu den Realisierungen stellen. Wenn wir jetzt in der letzten Runde sind, geht es ja auch darum, welche Aufgaben für die Realisierung wir mitnehmen können. Wir sind ja eigentlich als Enquete-Kommission die Nehmenden in der Runde. Ich muß allerdings gestehen, daß vor allem Herr Dr. Lubk und auch Herr Schmachtenberg genau dazu in der letzten Runde etwas gesagt haben. Damit reduziert sich die Frage etwas. Ich würde mir wünschen, daß wir die Frage beantworten, wie wir alle Partner beim Aufbauprozeß, die benötigt werden, ermutigen und welche Rolle z. B. die Medien dabei spielen könnten.

Die Analyse reicht nicht. Wir müssen zu Ergebnissen kommen. Und wenn wir von Erwartungen sprechen, möchte ich darauf hinweisen, daß zuerst die Bürger in der DDR vor und mit der friedlichen Revolution Erwartungen hatten. Diese Erwartungen sind die Grundlage und nicht die Erwartungen, die die Politik erzeugt. Die Politik hat für die Bürger da zu sein. Wenn sie nicht richtig funktioniert, auch deshalb sind wir hier, muß sie gesagt bekommen, was sie falsch macht, damit die Erwartungen zur Kenntnis genommen und nach Möglichkeit im Interesse aller realisiert werden.

Abschließend noch eine Bemerkung zu den von uns allen gewünschten blühenden Landschaften. Ich möchte davor warnen, daß wir zu oft keimende Früchte ausreißen und nachsehen, wie weit denn die Triebe entwickelt sind, um dann festzustellen, es geht ja wohl doch zu langsam. Durch diesen Prozeß behindern wir selbst das Wachstum. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Jork, sagen Sie noch bitte von wem Sie eine Antwort erbitten.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich wollte Frau Keller fragen. Ich wollte eigentlich Herrn Lubk und Herrn Schmachtenberg noch mit ansprechen, aber vielleicht wird das zuviel.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, das ist ja jetzt doch noch einmal eine nahezu komplette Abschlußrunde. Herr Professor Maier, Sie sind als erster gefragt worden. Bitte.

Prof. Dr. Jörg Maier: Ja, vielen Dank. Ich denke, Herr Dr. Lubk hat es schon vorher sehr deutlich gemacht. In meinen Augen gibt es, was Förderung anbelangt, bei der regionalen Förderpolitik von der Europäischen Union, vom Bund und von den Bundesländern eine Fülle von Programmen. Es ist eher so, daß die Situation kaum überschaubar ist. In mancherlei Hinsicht ist es für einen kleinen oder mittleren Betrieb zunehmend schwieriger geworden, die Pro-

gramme zu überschauen und zu nutzen. Was sicherlich fehlt, ist die Frage, auf flexible Konzepte flexible Antworten zu finden. Wir sind zu sehr in der Förderung in festgefügte Bahnen eingebunden. Die Gemeinschaftsaufgabe ist ein Paradebeispiel dafür. Man öffnet sich zu wenig für neue Ideen, die nicht in dieses Schema unbedingt hineinpassen. Das zum Thema Förderpolitik. Man könnte sicherlich noch viel dazu sagen, Sie hatten aber noch eine weitergehende Frage gestellt.

Wir hatten ebenfalls schon gehört, daß man beim Aufbau der neuen Länder zunächst einmal den Gedanken von Wachstumspolen in der Raumordnung forciert hat. 12 solche Wachstumspole sind als Basis geschaffen worden, um die klassische Großindustrie, die alte Industrie, soweit es irgendwie denkbar war, zu halten. Das war vernünftig im Jahre 1990/91, sicherlich auch noch 1992, aber es ist heute notwendig, daß wir diesen Gedankengang ergänzen, denn es hat sich in der Zwischenzeit gezeigt, daß wir Standorte haben, die sich durchaus positiv entwickeln und die nicht in dieses Konzept hineinpassen. Die schon gar nicht in die Vorstellung passen, daß von diesen altindustrialisierten Bereichen so etwas wie Überschwappeffekte entstehen, die eine ganze Region befruchten. Vielmehr sind es in der Zwischenzeit andere Städte geworden, die sich sehr positiv gestalten. Es sind zum Teil Gemeinden mit ca. 30.000 Einwohnern. Wenn Sie Neustadt/a.d. Orla nehmen, eine kleine Gemeinde, die eine durchaus positive Entwicklung zu verzeichnen hat. Ich bin sehr erfreut über so eine Chance. Die Frage lautet, welche Stadtgrößen, welche Gemeindegrößen haben wir denn in Zukunft in unserer Gesellschaft als besonders wichtig anzusehen? Quer durch Europa verkörpern Städte zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern Standorte, die immens wachsen, weil sie eine Reihe von Vorteilswerten aufweisen. Dort sind meist Bildungseinrichtungen, Fachhochschulen und Universitäten vorhanden. Dort gibt es Kammern, sind Beratungen und Standorte von Gewerkschaften vorhanden. Dort verfügt man über kreative Milieus. Hier verfügt man also über das, was aus der Region als Triebfeder für neue Impulse fungiert. Diese neuen Impulse gilt es zu fassen und zu forcieren sowie zu fördern. Das geschieht bislang über Förderpolitik nur ganz am Rande. Es ist sicherlich notwendig, dieses in verstärktem Maße auszubauen. Ich persönlich denke, daß dieser regionale Sektor, wenn Sie gerade jetzt an die südlichen Bundesländer, an Thüringen und Sachsen denken, ein großer Faktor für die Zukunft ist.

Ich würde darauf weit stärkeres Gewicht legen, dabei die anderen Bereiche der großen Industrie und ihre Positionen natürlich nicht vernachlässigen, aber diese, von mir genannten Standorte, sind in besonderem Maße zu fördern, weil hier die Kraft liegt. Der einzelne Unternehmer kann hier noch gestalten. Man kann hier Einfluß auf regionale Entwicklungen nehmen. Hier funktioniert auch die Verbindung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen in sehr besonderem Maße. Ich würde Ihnen sehr empfehlen, diese Siedlungskategorie als besonders wichtig anzusehen. Sie ist in den neuen Ländern in meinen Augen in den letzten drei, vier Jahren besonders deutlich hervorgetreten. Dazu gibt es genug Belege und Beispiele. In diese Richtung würde ich Sie sehr er-

muntern wollen, weitere Schritte, neben den klassischen großindustrialisierten Bereichen, die man ja nicht damit vernachlässigen kann, zu unternehmen. Ich glaube, daß dies eine neue Impulsgebung ist, die man bislang in der ersten Entwicklungsphase der neuen Länder so nicht sehen konnte oder auch nicht sehen wollte. Vielleicht geschah dies aus dem Grunde, daß man ja zunächst einmal die Mittel konzentrieren mußte.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank! Herr Dr. Lubk bitte.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Einige Bemerkungen zum Arbeitsvolumen. Da geht es zunächst einmal um die Größe der bezahlten Arbeitsstunden. Wie die sich verändert haben, wird statistisch gemessen. Hier haben wir eine rückläufige Entwicklung sowohl durch die Folgen der Internationalisierung, der Globalisierung, als auch durch den technischen Wandel zu verzeichnen. Das ist so. Es ist aber in der Vergangenheit häufig nicht wahrgenommen worden, denn wir verzeichneten steigende Erwerbstätigkeit auch bei steigender Arbeitslosigkeit und bei steigenden Bruttowertschöpfungen. Die Folgen, die sich daraus ergeben, kann ich jetzt nur ganz grob beschreiben, weil Sie noch nicht klar sind. Es muß aber Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem geben. Das ist das einzig sichere. Wir diskutieren ja nun schon ewig beispielsweise um die Lohnnebenkosten. Ich betone noch einmal, es nützt nichts, einen Verschiebebahnhof aufzubauen, man muß auch bei Lohnnebenkosten oder Lohnkosten, wie Sie auch immer dieses Thema benennen wollen, am Ende zu Einsparungen gelangen.

Zum neuen Managerverhalten: Ich denke, es gibt in vielen Großunternehmen der alten Länder genauso planwirtschaftliches Verhalten. Darüber gibt es inzwischen Belege und Veröffentlichungen. Wann immer, ich muß uns einmal in Schutz nehmen, auf die Staatsdiener geschimpft wird, muß man konstatieren, daß es in großen Konzernen manchmal nicht anders ist. Das können Sie sicher besser einschätzen. Manchmal soll es schlimmer werden, wenn sich dann beide Seiten zusammenfinden.

Für Ostdeutschland gibt es nach meiner Kenntnis eine neue Studie. Die Verfasser sind mir jetzt entfallen, die genau auf dieses Problem eingehen. Vielleicht kann die Kommission, wenn sie will, sich dieser Frage zuwenden. So wie der Arbeitsmarkt sich verändert und von den Arbeitnehmern Veränderungen verlangt, lebenslanges Lernen als Stichwort hierzu, so gilt dies natürlich genauso für die Manager.

Zum Stichwort Medien: Ich kann feststellen, daß es immer wieder von den Medien gute und schlechte Artikel gibt, das ist wie bei jeder Arbeit so. Was ich mir persönlich wünsche, ist eine größere Sachverhaltsaufklärung. Dieser steht dann natürlich manchmal das Interesse an Verkaufszahlen gegenüber, wodurch andere Themen mehr in den Vordergrund gerückt werden. Aber ich sage es noch einmal, wir brauchen mehr Sachverhaltsaufklärung. Es muß mehr Wissen um die Wirtschaft, um wirtschaftliche Zusammenhänge in das Bewußtsein dringen. Manchmal hilft dort schon die einfache Logik.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank! Frau Keller bitte.

Rosemarie Keller: Ich habe noch eine Frage von Herrn Dr. Elm offen. Wo sehen wir die Ansatzpunkte für radikale Veränderungen? Da ich nicht weiß, was Sie unter radikalen Veränderungen verstehen, sage ich, wir sehen Ansatzpunkte zu Veränderungen mit unserem Vorschlag zum Bündnis für Arbeit. Da sind z. B. Vorschläge über Teilzeit, über Arbeitszeit generell enthalten. Über die Gestaltung von Tarifverträgen bis hin zu Fragen der Wertschöpfung steht alles im Bündnis für Arbeit, und deshalb meine Bitte an die Enquete-Kommission, setzen Sie sich dafür ein, daß die Politik und die Wirtschaft gemeinsam wieder an den Tisch mit den Gewerkschaften zurückkehren, um über dieses Bündnis zu beraten und es letztendlich umzusetzen. Nicht unter dem Gesichtspunkt, wie es heute vielleicht wieder angeklungen sein könnte bei Herrn Dr. Lubk, daß es in Sachsen sehr gute Beziehungen zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gibt. Die Bildung einer Innovations- und Arbeitsmarktoffensive wurde dazu genannt. Die gibt es schon, aber ich gebe dabei zu bedenken, daß man das auch als Feigenblatt benutzen kann. Das soll nicht heißen, daß wir in Sachsen wohlweislich mit allen Dingen, die in der Politik und Wirtschaft laufen, einverstanden sind. Ich nenne nur ein einziges Beispiel aus der Textilindustrie. Es gab und gibt noch einen sogenannten Beauftragten für die Textilindustrie in Sachsen. Der Mann hat von früh bis spät gearbeitet, jedoch mit einer Wirkung, die fast Null ist. Hier kann ich das nicht immer als Aushängeschild benutzen. Deshalb meine Bitte, setzen Sie sich dafür ein, daß die Politik und die Wirtschaft an den gemeinsamen Tisch zurückkehren. Noch eine letzte Bemerkung zu den von Herrn Lubk im ersten Teil der Beratung geäußerten Formulierungen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Dr. Lubk, daß Sie froh sind, daß in Sachsen die ganzen Probleme unter einem relativen sozialen Frieden bisher angegangen werden konnten und einhergehen. Das sollten wir aber bitte nicht so verstehen, daß hier jeder mit allem, was passiert, zufrieden ist. Ich möchte es an einem einzigen Beispiel deutlich machen. Ich war vor etwa eineinhalb Wochen in einem Konfektionsbetrieb im Erzgebirge. Die Leute verdienen dort 6,50 DM/Std., aber keinen Akkordlohn, sondern Zeitlohn. Nur 6,50 DM/Std, und sie sind drei Monate ohne Lohn. Wir wollten uns als Gewerkschaft mit den Kolleginnen zusammensetzen und sie fragen, wie lange sie das noch über sich ergehen lassen wollen. Mir ist dabei eine Formulierung an den Kopf geworfen worden, die mir die Sprache verschlagen hat. Wir wissen natürlich, daß die Angst sehr groß ist, aber dort haben mich zwei Kolleginnen gefragt: „Habt Ihr Euch eigentlich mal Gedanken darüber gemacht, daß gegenwärtig in unserer Region, und sicher nicht nur in unserer Region, die Angst vor der Arbeitslosigkeit viel größer ist, als zu DDR-Zeiten die Angst vor der Stasi?“ Ich muß Ihnen sagen, daß hat mir verdammt zu denken gegeben. Und das bei einem Lohn in der Bekleidungsindustrie mit einem Niveau von 6,50 DM. In der Textilindustrie gibt es seit dem 1. März Tariferhöhungen. Die neue Tarifrunde ist hierbei für beide Seiten erfolgreich gelaufen. Hier gibt es Löhne zwischen 10,65 DM in der Lohngruppe 1 und

14.56 DM in der Lohngruppe 8. Man muß dabei wissen, daß die meisten der Beschäftigten in den Lohngruppen 4 und 5 liegen, nämlich bei 11,84 DM und 12,52 DM. Hier kann man sich dann wohl selbst die Frage beantworten oder das Bedauern darüber äußern, warum es so wenig Arbeitnehmerbeteiligung an der Kapitalbildung gibt.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Frau Keller ist damit auch Ihr Wunsch, sich noch einmal zu Wort zu melden, erfüllt worden?

Rosemarie Keller: Ja.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Als letzter dann Herr Dr. Schmachtenberg bitte.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Es waren zwei Fragen, die an mich gerichtet wurden. Einmal die Frage bzgl. des Lobs über die Lehrer, wie das zustande käme. Die zweite Frage: Wie können wir die Erwartungen vielleicht erfüllen, und wie können wir da darauf hinwirken, daß alle Partner ermutigt werden, stärker mitzuwirken?

Zur ersten Frage: Die Arbeitsumverteilung unter den Lehrern ist natürlich ein Akt der Not. 1993 besuchten in Ostdeutschland 808.000 Kinder die Grundschulen und nach Berechnung des DIW werden es im Jahre 2005 noch 365.000 Kinder sein. Das heißt, die Hälfte. Oder anders ausgedrückt, die Zahl der Schüler in den allgemeinbildenden Schulen wird von 2,25 Mio. auf 1,26 Mio. im selben zeitlichen Rahmen zurückgehen. Das heißt, rein theoretisch brauchte man statt 143.000 Lehrerstellen noch etwa 62.000 Lehrerstellen, also mehr als eine Halbierung. Das ist der Hintergrund. Vor diesem Hintergrund vollzieht sich jetzt, denke ich, sozusagen in der Not, ein extrem solidarisches Verhalten. Mit Kämpfen, mit Auseinandersetzungen, mit Zähneknirschen zum Teil auch durchaus mit Demonstrationen werden in allen neuen Bundesländern letztlich Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung abgeschlossen, die mehr oder weniger auch phantasievoll sind. Es wird auf alle Fälle immer Arbeitszeit verkürzt, zum Teil sehr extrem verkürzt sowie in der Regel ohne Lohnausgleich verkürzt. Es werden aber auch Arbeitszeitkonten gebildet, daß man möglicherweise jetzt noch, wo die Schüler noch in den Schulen sind, Zeit anspart, die dann später entgolten wird.

Ein weiteres Element ist auch in der Teilzeit und in Vorruhestandsregelungen zu sehen, ab dem 55. Jahr und 6 Monaten wird etwa für Mecklenburg-Vorpommern geplant. Im Land Brandenburg z. B. haben 85 % unserer knapp 9.000 Grundschullehrer akzeptiert, daß sie maximal 40 % Arbeitszeitverkürzung zustimmen, damit alle an Bord bleiben können. Ich habe das jetzt deswegen so ausführlich erzählt, weil ich das so schön hier in einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“, in dem das ganz gut zusammengestellt ist, vorliegen habe, und weil es zeigt, wie groß zum Teil die Not ist oder die Probleme sind, daß eine Halbierung der Stellen eigentlich ansteht.

Drittens zeigt es, was mich zu der anderen Fragestellung überleiten läßt, die enorme Bereitschaft, in dieser Not für soziale Sicherheit solidarisch zu handeln. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Soziale Sicherheit spielt für viele Menschen eine große Rolle, das ist ihr Ziel. Dafür sind auch Einkommensverzichte hinzunehmen. Ich denke, daß sich die Menschen mehr angesprochen fühlen und mehr ermutigt fühlen würden, wenn sie genau diese Elemente in der Politik und ihren Lösungsvorschlägen wiederfinden würden. Unsere Transformationspolitik ist letztlich als Wirtschaftspolitik von dem Glauben an „neoliberale“ Grundsätze geprägt. Das bedeutet, hier herrscht der Grundsatz der angebotsorientierten Politik, d. h. Arbeitsplätze entstehen, wenn es den Unternehmen gut geht. Den Unternehmen geht es wiederum gut, wenn sie Gewinne machen.

Neulich las ich in einem Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums im Zusammenhang mit Langzeitarbeitslosigkeit, es müsse zugegeben werden, daß sich der Zusammenhang zwischen Investitionen und Gewinnen gelockert habe. Das zeigt m.E. das Problem der Globalisierung. Wir können eine angebotsorientierte Politik praktizieren, sie wird dennoch nicht zu Investitionen im Land führen und deswegen nicht funktionieren. Diese Tatsache spüren die Menschen, denn sie sehen diese Umverteilung der Einkommen und Vermögen, die durch den Transformationsprozeß verstärkt wurde. Sie sehen nicht die Lösung, solidarisch für soziale Sicherheit auch solche Umverteilung vorzunehmen, wie sie in der Not die Lehrer vornehmen. Die Lehrer sind hier nicht stolz darauf, ein positives Beispiel zu sein. Es ist mir noch einmal ganz wichtig, das zu betonen, weil ich das aus vielen Gesprächen mit Lehrern weiß. Sie sagen, daß sie eigentlich lieber volle Arbeit haben und vollen Lohn hätten, aber in der Not dann eine solche Umverteilung vorziehen. Das ist ein wichtiges Beispiel. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Schmachtenberg, ich weiß, daß das, was Sie eben gesagt haben, sicher von manchem in der Kommission auch als diskussionsbedürftig oder ergänzungsbedürftig betrachtet werden wird.

Ich widerstehe jeglicher Versuchung, eine Zusammenfassung unserer heutigen Runde zu wagen. Wir werden in der Kommission die heutige Diskussionsrunde, wie die Anhörungen, die wir gestern und vorgestern hatten, auswerten, um zu Empfehlungen an den Bundestag zu kommen. Ich darf mich bei allen bedanken, bei Ihnen, Frau Keller, bei Ihnen, meine Herren, für die Beiträge, die Sie geleistet haben, die Sie damit auch für die Arbeit der Kommission geleistet haben, und ich übergebe jetzt das Wort an den amtierenden Vorsitzenden Herrn Vergin zu seinen abschließenden Bemerkungen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist die längste Sitzung, die wir einem Thema haben widmen können und haben widmen wollen. Es sind jetzt 26,5 Stunden vergangen. Diese zweieinhalb Tage haben aber auch gezeigt, daß wir vor einem zentralen Thema gestanden haben, denn der weitere Aufbau Ost wird nur möglich werden mit einer funktionie-

renden Wirtschaft und einer absichernden Sozialpolitik. Ich glaube, wir haben, wenn wir genau hingehört haben und noch einmal genau nachlesen werden, wichtige Hinweise für unsere Auswertung bekommen, und das wollen wir dann auch nutzen. Ich bin froh, daß wir eine riesige Themenbreite haben vorstellen können, denn oft sind ja die Dinge erst im Detail erfaßbar, aber im Detail auch sehr konkret.

Ich bedanke mich bei allen, die auf der Bühne mitgewirkt haben. Ich bedanke mich aber auch vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hinter der Bühne alles gerichtet und für Öffentlichkeit gesorgt haben, die bei der nicht ganz einfachen Beschaffung von Räumen mitgewirkt und dafür gesorgt haben, daß auch neue Papiere immer sofort wieder auf dem Tisch lagen. Also allen Beteiligten herzlichen Dank.

Ich habe meinen Kopf verwettet, daß wir pünktlich 12.30 Uhr schließen werden. Da jetzt noch sechs Minuten Zeit sind, hoffe ich, daß Sie mit uns sehr zufrieden sind, daß wir sogar früher schließen. Herzlichen Dank, kommen Sie gut nach Hause.

Ende der Sitzung: 12.24 Uhr

Anlagen

Anlage 1: Prof. Dr. Jürgen Schneider

Anlage 2: Dr. Sabine Schenk

Anlage 3: Dr. Kai Schnabel

Anlage 4: Dr. Jürgen Dorbritz

Anlage 5: Dr. Klaus-Peter Schwitzer

Anlage 6: Prof. Dr. Volker Ronge

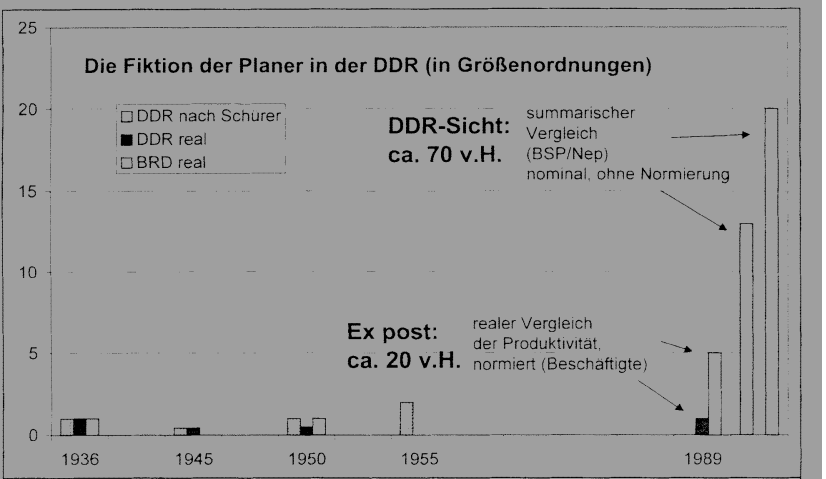
Anlage 7: Prof. Dr. Jörg Maier

Anlage 8: Prof. Dr. Hans Günter Hockerts

Anlage 1: Prof. Dr. Jürgen Schneider

Anlage 1

Abb. 1: Phantastische Vorstellungen über die DDR-Wirtschaft

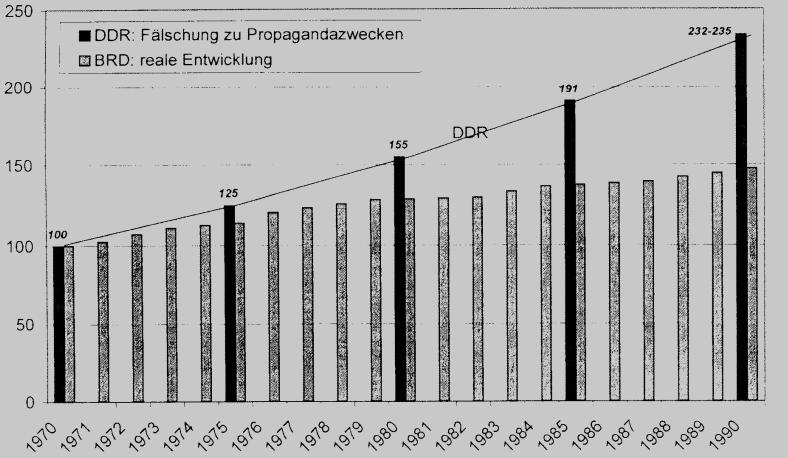


Gerhard Schürer, Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt O. 1996, S. 251:
„Wirtschaftlich erreichte die DDR 1950 das Vorkriegsniveau, verdoppelte es bis 1955 und übertraf den Vorkriegsstand von 1936 im letzten Jahr ihrer Existenz 13fach und den Stand von 1945 30fach„.

Günter Mittag, Um jeden Preis:. Berlin-Weimar 1991, S. 177:
„... Die Produktion stieg von 1950 bis 1988 auf mehr als das Zwölffache. Das war nicht nur eine quantitative Entwicklung. Von den qualitativen Fortschritten zeugt besonders die Dynamik der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Sie erhöhte sich von 1950 gleich 100 gesetzt auf 809 Prozent 1988„.

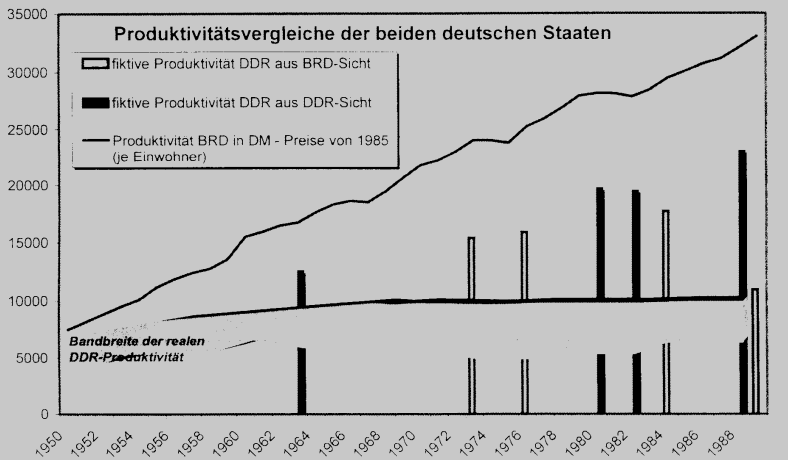
Anlage 1

Abb 2: Produktivitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Fälschung von Statistiken zur Produktivitätsentwicklung in der DDR,
um die Tendenz zur Drosselung der Entwicklung der Produktivkräfte im realen Sozialmus propagandistisch zu vertuschen. Die Drosselung der Entwicklung der Produktivkräfte bestimmte die konstante Unterproduktionskrise in der DDR.



Quellen:
Für die Bundesrepublik: Statistisches Bundesamt
Helmut Koziolek/Otto Reinhold, Über die schöpferische theoretische Arbeit in der politischen Ökonomie, in: Sozialismus in der DDR. Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000, S. 104.

Abb. 3: Produktivitätsvergleiche der beiden deutschen Staaten



Anlage 1

Abb. 4:
Die Denkschablonen des Marxismus-Leninismus (sog. objektive Entwicklungsgesetze des 19. Jhs.) haben keinen Bezug zur realen Welt und führen zu Fiktionen und Illusionen

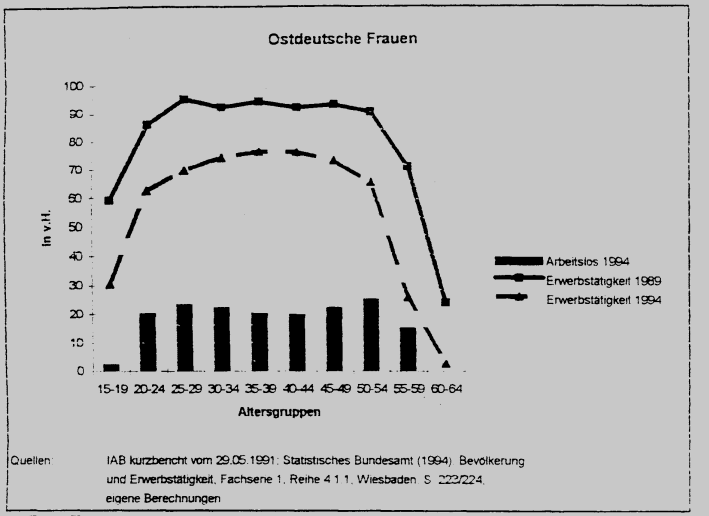
Denkschablonen des Marxismus-Leninismus(19. Jh.) werden auch für die sich ändernde Welt im 20. Jh. angewandt. Folge: Fiktionen, kein Bezug zur realen Welt. **Zwangsläufige Entwicklung der Gesellschaft durch „Objektive Gesetze„ aus der Sicht des Marxismus-Leninismus: Vom Kapitalismus zum Sozialismus**	Wirtschaftswissenschaften: **Radikaler Bruch mit den Entwicklungsgesetzen in den 1920er Jahren – Entstehung der Theorie der Wirtschaftspolitik**
Marx: Freie Konkurrenz (Viele Kleinbetriebe bis Ende des 19. Jahrhunderts)	**Wirtschaftswissenschaftliche Theorie: Vollkommene Konkurrenz und Monopole (A. Smith)**
Tendenz zur Konzentration, zum Monopol	
Lenin: Monopole, Großbetriebe, Trusts, Kartelle (ab 1900)	
Monopolkapitalismus oder Imperialismus	
Kommunisten bleiben den Denkschablonen des 19. Jhs. treu.	**Herrschende Lehren: Historismus, Entwicklungsgesetze, Grenznutzentheorie, Knappsche Geldlehre.** **1920-40: Radikaler Bruch mit den herrschenden ökonomischen Lehren, da aus ihnen keine Wirtschaftspolitik entwickelt werden kann, um Gegenwartsprobleme (Hyperinflation, Weltwirtschaftskrise) zu lösen.** **Oligopoltheorie (1933 Chamberlin) Kartellgesetzgebung, Organisation des Wettbewerbs, Ordnungstheorie (F. Böhm, W. Eucken, W. Röpke, A. Rüstow)** **Wissenschaftliche Widerlegung der historischen Entwicklungsgesetze. Seit Ende der 1920er Jahre – Theorie der Wirtschaftspolitik**
Staatsmonopolistischer Kapitalismus (= Soziale Marktwirtschaft)	**Soziale Marktwirtschaft (A. Müller-Armack)**
Internationaler staatsmonopolistischer Kapitalismus (Montanunion, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)	
Sozialismus	
Konsequenz: Aus den sog. „Entwicklungsgesetzen„ läßt sich keine Wirtschaftspolitik ableiten: Die DDR-Wirtschaft wird von keiner theoretischen Konzeption begleitet, d.h. sie war theorielos, willkürlich. Der Zick-Zack-Kurs der SED-Wirtschaftspolitik wurde immer als im Einklang mit dem Marxismus-Leninismus nachgewiesen. Die Denkschablonen des Marxismus-Leninismus, die schon zu Lenins Zeiten (1916)[1] überholt waren, führten zu Fiktionen und waren zur Erkenntnis der realen Welt ungeeignet.	

[1] Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. in: W.I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 191-309. Lenin unternimmt eine Sammelbesprechung der Arbeiten von J.A. Hobson (1902), Rudolf Hilferding (1910), R. Liefmann (1909) und Jacob Riesser (4. Aufl. 1912). Georg Halm wies nach, daß die monopolistischen Bestrebungen der Gegenwart (1929) „keine Aufhebung der Konkurrenz, vielmehr nur eine Veränderung der Konkurrenzformen bedeuten„. (in: HdSt, 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929, S. 696.) Grundlegend: Peter Hampe, Die „ökonomische Imperialismustheorie„. Kritische Untersuchungen, München 1976, spez. S. 94ff.

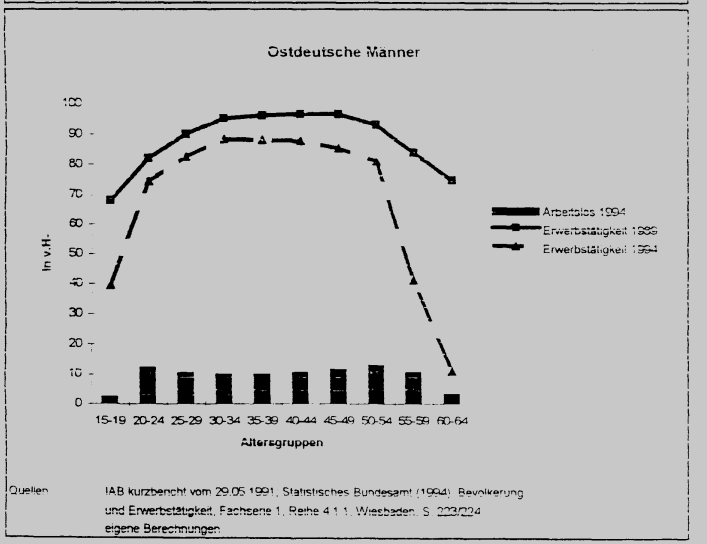
Anlage 2: Dr. Sabine Schenk

Dr. Sabine Schenk

Anlage 2



Quellen: IAB kurzbericht vom 29.05.1991; Statistisches Bundesamt (1994) Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachsene 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden S. 223/224, eigene Berechnungen



Quellen: IAB kurzbericht vom 29.05.1991; Statistisches Bundesamt (1994) Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachsene 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden S. 223/224, eigene Berechnungen

Übersicht 1

Enquete-Kommission

Dr. Sabine Schenk

Feb Anlage 2

Frauen in den neuen Bundesländern 1996

Anteil an		Frauenquote
Erwerbstätigen	44 Prozent*	47 Prozent der 18-59jährigen Frauen* (Männer = 59 Prozent)*
ABM	65 Prozent***	
§ 249h	43 Prozent***	
FuU	64 Prozent***	
Arbeitslosen	60 Prozent***	20 Prozent***
über 1 Jahr arbeitslos	66 Prozent**	75 Prozent der arbeitslosen Frauen**
über 2 Jahre arbeitslos	78 Prozent**	57 Prozent der arbeitslosen Frauen**

Quellen:

* Sozialreport 1996, Sonderheft 1+2, "Zur sozialen Situation und deren subjektiven Reflexionen in den neuen Bundesländern", S. 19, eigene Berechnungen

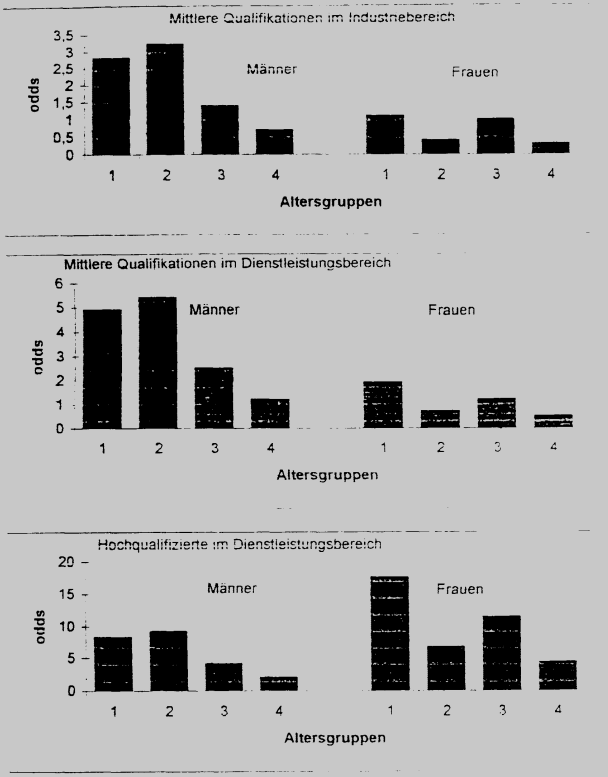
** ebenda, S. 25, eigene Berechnungen

*** Sozialreport III. Quartal 1996, Neue Bundesländer, S. 27, Angaben für 8/96

Dr. Sabine Schenk

Februar 1997 Anlage 2

Relative Erwerbschancen (odds) von Männern und Frauen nach ausgewählten Merkmalen



Die aus den Skalenwerten der Y-Achsen ersichtlichen Größenproportionen können aus darstellungstechnischen Gründen nicht adäquat widergespiegelt werden.

Altersgruppen: 1 = 18 bis 30 Jahre, 2 = 30 bis 35 Jahre, 3 = 35 bis 55 Jahre, 4 = 55 bis 60 Jahre

Quelle: KSPW-MTB 1993, eigene Berechnungen

Übersicht 3

Enquete-Kommission

Dr. Sabine Schenk

Anlage 2

Februar 1997

Favorisierte Dauer der Erwerbsunterbrechung nach der Geburt eines Kindes

	Westdeutsche		Ostdeutsche	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in v.H.			
Mutterschaftsurlaub	9	5	13	12
Erziehungsurlaub	38	44	67	75
lange Berufspause	38	41	16	12
Beruf aufgeben	12	6	3	1

Quelle: BMFJ, Materialien zur Frauenpolitik, Februar 1992, S. 26/27

Übersicht 4

Enquete-Kommission

Dr. Sabine Schenk

Februar 1997 Anlage 2

Akzeptanz außerhäuslicher Kinderbetreuung

	Westdeutsche		Ostdeutsche	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in v.H.			
Kinder unter 6 Jahren				
außerhäusliche Betreuung				
schadet der Entwicklung	63	63	39	41
schadet nicht	34	32	63	59
Ganztagskindergarten				
schadet der Entwicklung	46	47	16	12
fördert die Entwicklung	28	23	61	62
macht keinen Unterschied	20	22	22	25
Bevorzugte Schule				
Ganztagsschule	19	19	26	24
Schule nur vormittags	78	80	74	75

Quelle: BMFJ, Materialien zur Frauenpolitik, Februar 1992, S. 44-52

Übersicht 5

Enquete-Kommission

Anlage 3: Dr. Kai Schnabel

Öffentliche Anhörung zum Thema "Bilanz der DDR-Wirtschaft - Zwischenbilanz Aufbau Ost. Anspruch und Wirklichkeit des Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR - Die Gesellschaft in den neuen Bundesländer"

Anlage 3

3.-5. März 1997 in Dresden

Veranstalter:	Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit"
Referent:	Dr. Kai Schnabel, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
Datum:	4. März, 15.30
Ort:	Plenarsaal des Sächsischen Landtages. Holländische Str. 2

FOLGEN DES WANDELS VON ABREITSMARKT UND SOZIALORDNUNG - INSBESONDERE FÜR JUGENDLICHE

1. Vorbemerkung

Der Titel, den mein Vortrag trägt, steht in einem geradezu abenteuerlichen Verhältnis zu der Zeit, die man für einen Vortrag gemeinhin zur Verfügung hat. Der tonnenschweren Last des Themas entledige ich mich ganz einfach dadurch, daß ich mich auf einen Teilaspekt konzentriere, zu dem ich Ihnen unter Rückgriff auf Analysen eines in unserem Hause durchgeführten Forschungsprojekts Befunde referieren kann. Gegenstand meiner Ausführungen sind ausschließlich die Auswirkungen von Einmündungsschwierigkeiten auf das Gesellschaftsbild und das Verhältnis zur Politik von Jugendlichen im Ost-West-Vergleich. Drei Gründe waren für diese Auswahl maßgebend.

1. Ein Quentchen Vorsicht meinerseits, als Psychologe nicht der Versuchung zu erliegen, über gesetzliche Rahmenbedingungen, ökonomische Enwicklungen und Krisen oder über ordnungspolitische Notwendigkeiten wertenden Stellungsnahmen abzugeben, ohne die hierfür notwendige Fachkompetenz zu besitzen.
2. Der Begriff "Folgen" wird in der politischen Debatte und natürlich auch in der Medienöffentlichkeit sehr oft im Sinne unmittelbarer Konsequenzen politischen Handels verstanden. Längerfristige, schleichend sich vollziehende Veränderungen geraten schnell aus dem (öffentlichen) Blick.
3. Die Anlage der Studie, aus der ich referieren möchte. Vergegenwärtigt man sich die Überschrift für den heutigen Nachmittag ("Die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern"), so schwingt ein "...im Vergleich zu früher" mit. Doch auf welches *früher* soll man die Lebenslage heutiger Jugendlicher in den neuen Bundesländern beziehen? Ich verstehe die Gesamtdramaturgie der Anhörung so, daß es um die spezifische Situation in den neuen Bundesländern geht und da liegt für die Jugendforschung der Vergleich zu den alten Bundesländern näher als der vergleichende Rückblick und genau diese Perspektive eröffnet unser Forschungsprojekt.

Sehen Sie mir bitte nach, daß ich angesichts der Komplexität der anzusprechenden Problematik und meinen durchaus begrenzten Kompetenzen am Ende nicht mit konkreten Handlungsempfehlungen aufwarten kann. Dies würde auch nicht meinem

Anlage 3

Verständnis von dem Verhältnis zwischen Wisenschaft und Politik entsprechen. Wenn mein Vortrag Anregung bietet, auch mal aus einer anderen als der im politischen Alltagsgeschäft möglicherweise üblichen Perspektive über die Wirkungen politischer Entwicklungen auf Jugendliche nachzudenken, hätte ich das aus meiner Sicht wichtigste Ziel erreicht.

Auf die folgenden Fragestellungen werden ich im weiteren kurz eingehen:

1. Welche Unterschiede im Verständnis unserer Gesellschaft und Politik bestehen zwischen Jugendlichen in Ost und West *unabhängig* von ihrer individuellen Lebenssituation.
2. Wie verändert sich das politisch Weltbild von Jugendlichen, die eine Statuspassage Schule-Beruf durchlaufen.
3. Gibt es spezifische Auswirkungen für Jugendliche, die auf besondere Schwierigkeiten beim Finden eines Ausbildungsplatzes hatten.

Die Längsschnittstudie "Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter (BIJU)"

Anlage der Studie

Das Forschungsprojekt "Bildungsverläufe und psychosoziale Verläufe im Jugendalter (BIJU)" wurde im Schuljahr 1991/92 begonnen, unmittelbar nach Umstellung auf ein gegliedertes Schulwesen westdeutschen Zuschnitts in allen neuen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens. Sie wird durchgeführt am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung unter der Leitung von Prof. Dr. Jürgen Baumert, Direktor des Forschungsbereichs "Erziehungswissenschaft und Bildungssysteme".Hauptanliegen der Studie ist es zu einen, den Transformationsprozeß des Schulsystems zu dokumentieren (Schnabel, Baumert & Roeder 1996), zum anderen stehen die Schulleistungsentwicklung deutscher Schüler im historischen und internationalen Vergleich in Verzahnung mit anderen Schulleistungsstudien im Mittelpunkt (Baumert, im Druck). Gegenstand ist aber auch und die psychosoziale Entwicklung und die Bedeutung institutionalisierter Bildungsprozesse für den erfolgreichen Übergang in das Berufsleben.

Die Studie wird als Mehrkohortenlängsschnitt ab Klasse 7 in vier Bundesländern (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt) durchgeführt und befindet sich in der Hauptstudie zur Zeit in der Feldphase der 5. Erhebungswelle in der Jahrgangsstufe 12 (Abbildung 1).

Abbildung 1

Meine Ausführungen beziehen sich überwiegend auf Befunde aus der Nebenkohorte, die 1993 in der 10. Klasse begonnen wurde und für die bereits Daten aus einer Nachbefragung 1995 vorliegen. Der Schwerpunkt dieses Studienteils liegt auf den Problemen der Berufseinmündung und der politischen Sozialisation Jugendlicher. Das Pfund, mit dem ich hier wuchern kann, ist der Umstand, daß wir von den Jugendlichen wissen, welche Probleme sie bei der

Berufseinmündung hatten und was sie zwei Jahre nach Ende der Schule tatsächlich machen. Aus Vergleichsgründen werde ich auch auf Ergebnisse aus anderen Teilstudien zurückgreifen, nämlich der Querschnittsstudie (1992) und der 4. Erhebungswelle der Hauptstudie (1995). Hauptanliegen meiner Ausführungen wird es sein, Veränderungen in der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung, also auch bei Jugendlichen, von Effekten der veränderten Lebenssituation zu unterscheiden und diese wiederum von reinen Entwicklungseffekten in dieser Altersphase abzugrenzen.

Da es sich um Zufallsstichproben (geschichtet nach Schulart) handelt, läßt sich die Repräsentativität für die entsprechende Schülerpolulation jedes Landes ableiten. Wir machen hier allerdings die Annahme, Nordrhein-Westfalen stehe hinreichend repräsentativ für die alten Bundesländer, während die neuen Bundesländer durch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt vertreten werden. Dies erscheint mir im Hinblick auf die Ost-West-Unterschiede in der Ausbildungssituation durchaus vertretbar.

Definition der Vergleichsgruppen

Die weiteren Ausführungen beziehen sich in auf diejenigen 790 Jugendlichen, die wir in der zweiten Erhebung der Nebenkohorte wieder befragen konnnten und für die wir folglich echte Längsschnittaussagen machen können. Vergleicht man diejenigen, die wir wieder erreichen konnten mit denjenigen, die nicht erneut befragt wurden, so ergeben sich erwartbare Veränderung der Zusammensetzung. Schüler konnten besser erreciht werden als Auszubildende (höhere Mobilität), der Frauenanteil ist etwas gestiegen. Für die weiteren Analysen wichtig ist der Hinweis, daß sich diejenigen Abgänger, die wir in der Längssschnittstichprobe haben, zum ersten Zeitpunkt nicht signifikant in ihrer Bewerbungssituation von den nur einmal Befragten unterscheidet. Innerhalb der Schüler und innerhalb der Auszubildenden gehen wir daher von einer recht guten Übereinstimmung aus, die sich übrigens auch im Spektrum der Ausbildungsberufe zeigt, die eine gute Übereinstimmung mit dem Berufbildungsbericht aufweist..

Im folgenden wird, für Ost- und West getrennt, zwischen Auszubildenden und Schüler unterschieden, somit also vier Vergleichsgruppen definiert. Zusaätzlich werden, als eine eigenständige Gruppe, diejenigen Jugendlichen untersucht, die in eine überbetriebliche Ausbildung eingemündet sind. Die sind in den neuen Bundesländern immerhin knapp 10% all derjenigen, die zur Erstbefragung angeben, eine Lehrstelle antreten zu wollen. Nur in den neuen Ländern sind es auch hinreichend viele (N=17), um seriöserweise Mittelwertsbefunde mit den anderen Gruppen vergleichen zu können, auch wenn sich statistisch betrachtet die Unterschiede nicht immer absichern lassen. Daß es sich um eine Gruppe mit großen Schwierigkeiten bei der Berufseinmündung handelt, läßt sich schon an der Tatsache ablesen, daß die Befragten dieser Gruppe im Durchschnitt 15 Bewerbungen geschrieben haben - doppelt soviele, wie diejenigen, die eine reguläre Ausbildung angetreten haben.

Verwendete Fragen

Im folgenden werden die Ergebnisse aus Fragebogenskalen berichtet, die wortgleich zu beiden Erhebungswellen eingesetzt wurdn, überwiegend in geschlossenem Antwortformat. Um die Darstellung so wenig abstrakt wie möglich zu gestalten, referiere ich - entgegen wissenschaftlicher Gepflogenheit - alle Befunde auf der Ebene der Einzelfragen. Die von mir ausgewählten Skalen haben sich

bereits in anderen Studien bewährt, viele werden in der allgemeinen Bevölkerungsumfrge der Sozialwissenschaften eingesetzt (ALLBUS). Auf einen Vergleich mit diesen Daten muß ich hier leider verzichten.

Ausgewählte Befunde

Zu drei Themenkreisen möchte ich Ihnen einige Ergebnisse präsentieren:

- Interesse an Politik, allgemeine Bewertung der politischen Situation in der Bundesrepublik, im Rückblick auch die in der DDR zum Vergleich (Stichwort "DDR-Nostalgie"),
- allgemeines Gesellschaftsbild (Vorstellungen über sozialen Aufstieg, Vertrauen in relevante Institutionen)
- normative Wertorientierung, Ablehnung von Ausländern

1. Wie beurteilen Jugendliche aus Ost und West in unterschiedlichen Lebenslagen die politische Situation?

Frage man nach dem politischen Interesse, so ist dieses über alle Gruppen hinweg nicht sonderlich groß und auch über die Zeit hinweg stabil (Abbildung 2). Wie zu erwarten, ist das Politikinteresse für Gymnasiasten etwas höher.

Systematische Veränderungen über die Zeit lassen sich allerdings zeigen, wenn man die Beurteilung der aktuellen politischen Situation heranzieht. Betrachtet man zunächst die Auszubildenden in Ostdeutschland, so finden wir 1995 eine stärkere Zufriedenheit mit der Demokratie inder Bundesrepublik im Vegleich zu 1993. Verwunderlich bloß, daß sich diese Veränderung nicht auch in den anderen Fragen zeigt (Abbildung 3). Daß diese deutlich Veränderung wohl kaum etwas mit der betrieblichen Mitbestimmung zu tun hat, wird klar, wenn man sich die ostdeutschen Gymnasiasten betradhtet (Abbildung 4). Auch hier ergibt sich das gleiche Bild. Sind die ostdeutschen Jugendlichen insgesamt in den zwei Jahren zufriedener mit den demokratischen Strukturen geworden? Wenn dem so wäre, so müßten wir die westdeutschen Jugendlichen gleich miteinbeziehen, denn sowohl für die Auszubildenden wie auch für die Gymnasiasten ergibt sich das gleiche Bild (ohne Abb.). Vieles spricht dafür, daß wir hier ein reines Entwicklungsphänomen abgebebildet sehen, daß mit dem Ereichen des Wahlalters zu tun hat. Die Jugendlichen waren bei der Erstbefragung im Schnitt 16,5 Jahre, zum zweiten Zeitpunkt also mehrheitlich über 18. Psychologisch ist es daher naheliegend, mit der Übernahme der Erwachsenenrolle auch eine veränderten Relevanzbewertung demokratischer Prinzipien zu erwarten. In dieser Hinsicht macht nur die Gruppe der überbetrieblich ausgebildeten Jugendlichen in Ostdeutschland eine Ausnahem: Diese geben über die Zeit konsistent an, mit der Demokratie der Bundesrepublik unzufrieden zu sein. Sind in dieser Gruppe die extrem Unzufriedenen? Dieser Eindruck wird bestärkt, wenn man die Antworverteilungen dieser Gruppe zu nahezu identisch formulierten Fragen hinzuzieht, die sich im Rückblick auf das Leben in der DDR beziehen. Hier ergibt sich ein stabilder Trend übe die Zeit, die DDR-Vergangenheit positiver zu beurteilen. Es erscheint nicht überzogen, hier von einer gewissen DDR-Nostalgie zu sprechen - schließlich waren diese Jugendlichen zu Zeiten der Wende gerade einmal 12 Jahre alt. Für die anderen Vergleichsgruppen in den neuen Bundesländern zeigt sich dieser Trend nur leicht und nicht über alle Fragen hinweg, wobei es zumindest als Tendenz interesant ist, daß die Gymnasiasten eher zur DDR-Nostalgie neigen als die Auszubildenden. Hier deuten sich zwei unterschiedliche Arten der posthumen DDR-Aufwertung an. Eine, die duch

persönliche Problemlagen und soziale Bedrohung begründete („Deprivationsmotiv") und eine eher intellektuelle Höherbewertung, wenn man dieses hochgegriffene Wort für Schüler der 12. Klasse einmal akzeptiert („Salonsozialismus"). An dieser Stelle ist wohl fast überflüsig zu ewähnen, daß, dieselben Fragen im Westen zum Thema DDR gestellt, auf einhellige Ablehnung stoßen, unabhängig ob Schüler oder Auszubildende.

Doch es ist wissenschaftlich wenig ergiebig, sich nur an der pauschalen Bewertung des politischen Geschehens aufzuhalten, wenn man erkennen will, wie sich das Denken über Gesellschaft und Politik bei Jugendlichen verändert. Denn man möchte schließlich nicht nur wissen, welche Partei Jugendliche wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagwahl wäre, sondern auch, welche Motive und Wertvorstellungen dahinterstehen.

Um dieser Frage nachzugehen, haben wir die Jugendlichen danach gefragt, wovon es ihrer Meinung nach abhängt, ob man in einer Gesellschaft wie der unsrigen Erfolg hat und sozial aufsteigt (vgl. Schnabel & Roeder, 1995). Der zentrale Befund, den wir im Rahmen der BIJU-Studie hierzu ermittelt haben, gibt Abbildung 7 wieder. (Dieser Abbildung liegen - abweichend von den übrigen Darstellungen -Datensätze au der Querschnitt- und der Hauptstudie zugrunde. Vorteil dieser Datensätze ist, daß sie durch Gewichtung annähernd repräsentativ sind, was für die Längsschnittstudie aufgrund der dargestellten Sampleveränderung nur begrenzt gilt)

Generell gilt demnach, daß in den letzten Jahren der Glaube an das meritokratische Prinzip in unserer Gesellschaft deutlich abgenommen hat, d. h. die Bedeutung von Anstrengungsbereitschaft und Leistung wird als weniger bedeutsam für eine erfolgreiche Karriere angesehen als noch vor 5 Jahren. Allerdings gilt auch heute noch, daß Jugendliche legitime Mittel sozialen Aufstiegs fürinsgesamt wirkungsvoller halten als illegitime. Diese befunde können übrigens keine Entwicklungseffekte sein, weil die Jugendlichen zu beiden Zeitpunkt gleich alt waren, es liegt ein Trendvergleich zugrunde. Die Veränderung des Weltbildes bei Jugendlichen ist also eine Zeitgeist- oder Periodeneffekt. Diese historische Entwicklung hat sich interessanterweise in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen vollzogen, es handelt sich also nicht bloß um eine zunehmend düsteres Weltbild der ostdeutschen Jugendlichen. Dennoch gibt es einen charakteristischen und stabilen Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen, den Abbildung 8 wiedergibt. Hinsichtlich der Möglichkeit, durch Leistung und Begabung in unserer Gesellschaft aufzusteigen, unterscheiden sich die Jugendlichen beider Regionen nicht, Ostdeutsche glauben aber weit stärker an die zusätzliche Wirksamkeit illegitimer Karrierewege wie „gute" Beziehungen und Rücksichtslosigkeit. Vergleicht man hingegen Gymnasiasten mit Schulabgängern (Abbildung 9), so ist es genau umgekehrt: In der Relevanz illegitimer Mittel urteilen beide gleich, aber legitime Mittel sozialen Aufstieg werden vor allem für Gymnasiasten gesehen (unabhängig von „Ossi" ode „Wessi" übrigens). Dieser Unterschied dürfte weniger auf die Unterschiede in der aktuellen Lebenslage der Jugendlichen zurückgehen, sondern stärker mit der sozialen Herkunft der Jugendlichen zu tun haben. Gymnasiasten stammen häufiger aus Akademiker- und Angestelltenfamilien - Berufsgruppen, für die sich tatsächlich verstärkt leistungsabhängige Aufstiegsperspektiven bieten.

Diese genannten Effekte lassen sich mit der Nebenkohorte sehr gut replizieren, wohlgemerkt mit einem völlig getrennt erhobenen Datensatz und folglich von extrem hoher Zuverlässigkeit (Abbildung 10 a,b und c,d wenn Zeit dafür).

3/4/97/Schnabel, MPI BiFo

Anlage 3

Neben den Vorstellungen über sozialen Aufstieg läßt sich die Vorstellung über die Gesellschaft, in der jemand lebt, auch sehr gut darüber abbilden, wie stark er Vertrauen in zentrale gesellschaftliche Institutionen hat. Hier zeigt sich, wie in vielen anderen Skalen auch, sehr deutlich die Angelichung zwischen West und Ost bei Jugendlichen,die auf die gymnasiale Obestufe gehen (Abbildung 11a und b). Unabhängig von der regionalen (Ost/West) oder sozialen Herkunft (Abgänger/Gymnasium) zeigt sich eine bemerkenswerte Differenzierung. Das Vertrauen ist durchweg groß gegenüber Gerichten, Polizei und - man höre und staune - auch gegenüber der Schule. Auch wenn historische Vergleichszahlen fehlen, so erscheint es mir durchaus vertretbar, hier von einem sehr weitreichenden und allgemeingültigen Grundkonsens über das Prinzip der Gewaltenteilung in der Bundesrepublik zu sprechen. Die Judikative wird generell als eine in ihren Prinzipien hoch glaubwürde Instituttion wahrgenommen, knapp gefolgt von der Exekutiven in Form der Polizei. Für die Legislative, hier in Form der Parteien abgefragt, sei zum Trost gesagt, daß sie zumindest bei den Auszubildenden im Osten noch vor den Kirchen rangieren. A propos Kirchen: Es ist durchaus bemerkenswert, daß diese unter Gymnasiasten in den deutlich sekularisierten neuen Bundesländern ebensohohes Vertrauen genießen wie in den alten Bundesländern. Man könnte hier vermuten, daß hier noch die aktive Rolle, die die Kirchen zu Zeiten der Wende spielten, nachklingt. Bei den Auszubildenden generell, aber insbesondere für die Auszubildenden in Ostdeutschland auffallend ist die Zunahme des Vertrauens in die Gewerkschaften. Vor dem Hintergrund des jahrelangen Abwärtstrends ist hier deutlich die Wirkung der kritischen Arbeitsmarktsituation zu spüren. Geradezu folgerichtig ist diese Trendumkehr im Osten deutlicher als im Westen (Abbildung 12).

Zum Abschluß mochte ich noch kurz auf die Veränderung normativer Wertorientierung und in Zusammenhang dmit auf die Entwicklung der Fremdenablehenung eingehen. Unter normativer Wertorientierung verstehen wir Überzegungen, was aus subjektiver Sicht als ein „gutes" Verhalten angesehen wird - unabhängig davon, ob man sich selbst entsprechend verhält oder nicht. Abbildung 13 a und b zeigt die Veränderung dreier Wertegruppen, die sich in Faktorenanalysen al zusammengehörig erweisen: Liberale Werte, Pflicht- und Akzeptanzwerte sowie selbstbezogene Werte, oft auch mit „Selbstverwirklichung" umschrieben. Betrachten wir die Gymnasiasten in Ost und West, so erkennt man erneut einen leichten Entwicklungseffekt: Liberale Werte werden tendenziell im Zuge der Zeit höher bewertet, wärend die anderen Werte gleich relevant eingeschätzt werden oder sogar leicht in der Gunst sinken. In ähnlicher Weise, wenn auch auf leich niedrigerem Niveau, entwickelt sich auch das normative Wertemuster der Auszubildenden, wobei erneut zu betonen ist, daß sich keine Ost-West-Unterschiede zeigen. Eingehen möchte ich an dieser Stelle wieder auf die Gruppe der ostdeutschen Jugendlichen, die sich in einer überbetrieblichen Maßnahme befinden (Abbildung 14). Nur in dieser Gruppe kommt es nicht nur zu dem erwarteten Entwicklungseffekt bezüglich der liberalen Werte, sondern auch zu einem deutlichen Anstieg in den Pflicht- und Akzeptanzwerten. Auch wenn eine Vergleichsgruppe von Personenen ähnlichen sozialen Hintergrund fehlt, die nicht in eine solche Maßnahme eingemündet sind, so neige ich dennoch zu der Interpretation, daß es sich um einen spezifischen (und sinnvollen) Sozialisationseffekt für eine Klientel handelt, die durch deutliche kognitive wie soziale Problemlagen auffällt. Auch wenn logisch keine ursächliche Verbindung zwischen der Institution der überbetrieblichen Maßnahme und der Entwicklung behauptet werden soll, so ist der Rückgang in dieser Gruppe vor allem bei der Abhlenung vonAusländern doch beeindruckend (Abbildung 15). Dieser Rückgang ist, wenn auch nicht ganz o stark, in allen übrign Gruppen ebenfalls als Trend

3/4/97/Schnabel, MPI BiFo

Anlage 3

nachzuweisen und dürfte in ester Linie auf die nachlassende öffentliche Diskussion des Ausländerthemas zurückzuühren sein. Gerade weil jugendliche Auszubildende die Tätergruppe bei gewalttätigen Übergriffen gegenüber Ausländern und Asylbewerbern definiert, sei auf diesen offensichtlichen Zusammenhang an diesen Stelle hingewiesen

Fazit:

Es ersdcheint ratsam, Aussagen über die Lebenslage Jugendlicher in Ostdeutschland vor allem im Vergleich mit der westdeutschen Vergleichsgruppe zu diskutieren. Wie gezeigt wurde, lassen sich nur so Entwicklungs- und Periodeneffekte von solchen Effekten trennen, die auf die spezifische Lebenslage ostdeutscher Jugendlicher zurückgeht.

Große Zurückhaltung empfehle ich bei dem häufig zu hörenden abfälligen Urteil über überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen. Auch wenn der Vorwurf, es handle sich nur um „Warteschleifen" für Jugendliche, die Opfer des Ausbildungsmarktes sind, nicht restlos von der Hand zu weisen ist, so muß dennoch der Hinweis erlaubt sien, daß es sich hierbei vielfach um Jugendliche handelt, die spezifische Defizite aufweisen - auch in ihrer Lernhaltung und Anstrengungbereitschaft. Die vorgestellten Analysen zeigen, daß die als „Maßnahmenkarrieren" bezeichneten Einmündungswege offensichtlich spezifische DEfizite in den normativen Werthaltungen korrigieren können. Solange es keine Alternativen auf dem freien Ausbildungsmarkt oder im erweiterten Fachschulwesen gibt, sollte man diese Form der Integration in den Arbeitsmarkt nicht unbillig kritisieren.

Deutlich wurde in diesen wie auch in weiteren Analysen unseres Priojektes, daß sich die Angleichung der Einstellung zu gesellschaftlichen Themen vor allem bei den Gymnasiasten nachweisen läßt. Hierfür dürften es u. a. die regionalen Unterschiede in den konkreten Chancen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt sein, die für die Schülerinnen und Schüler noch weniger relevant sind.

Unsere Analysen lassen insgesamt den Schluß zu, daß in den neuen Bundesländern der soziale Frieden nicht gefährdet ist - zumindest nciht, wenn man sich auf die Antworten der Jugendlichen bezieht. Ostdeutsche Jugendliche sind in der Beurteilung der gesellschaftlichen Realitäten der Bundesrepublik skeptischer, sie sind hinsichtlich der bedeutung illegitimer Aufstiegschancen kritischer als ihre westdeutschen Alterkameraden. Trotz aller oft übertriebener DDR-Nostalgie überwiegend auch bei Jugendlichen mit problematischer Berufseinmündung insgesamt das Vertrauen auf die Wirksamkeit eigener Leistungsbereitschaft und die Stabilität der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Wollen wir hoffen, daß diese im Grunde recht optimistische Grundauffasung junger Menschen in Ost und West nicht durch die weitere Lebenserfahrung korrigiert werden muß.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

3/4/97/Schnabel, MPI BiFo

Anlage 3

Literatur:

Baumert, J. (im Druck). TIMSS. Opladen: Leske & Budrich

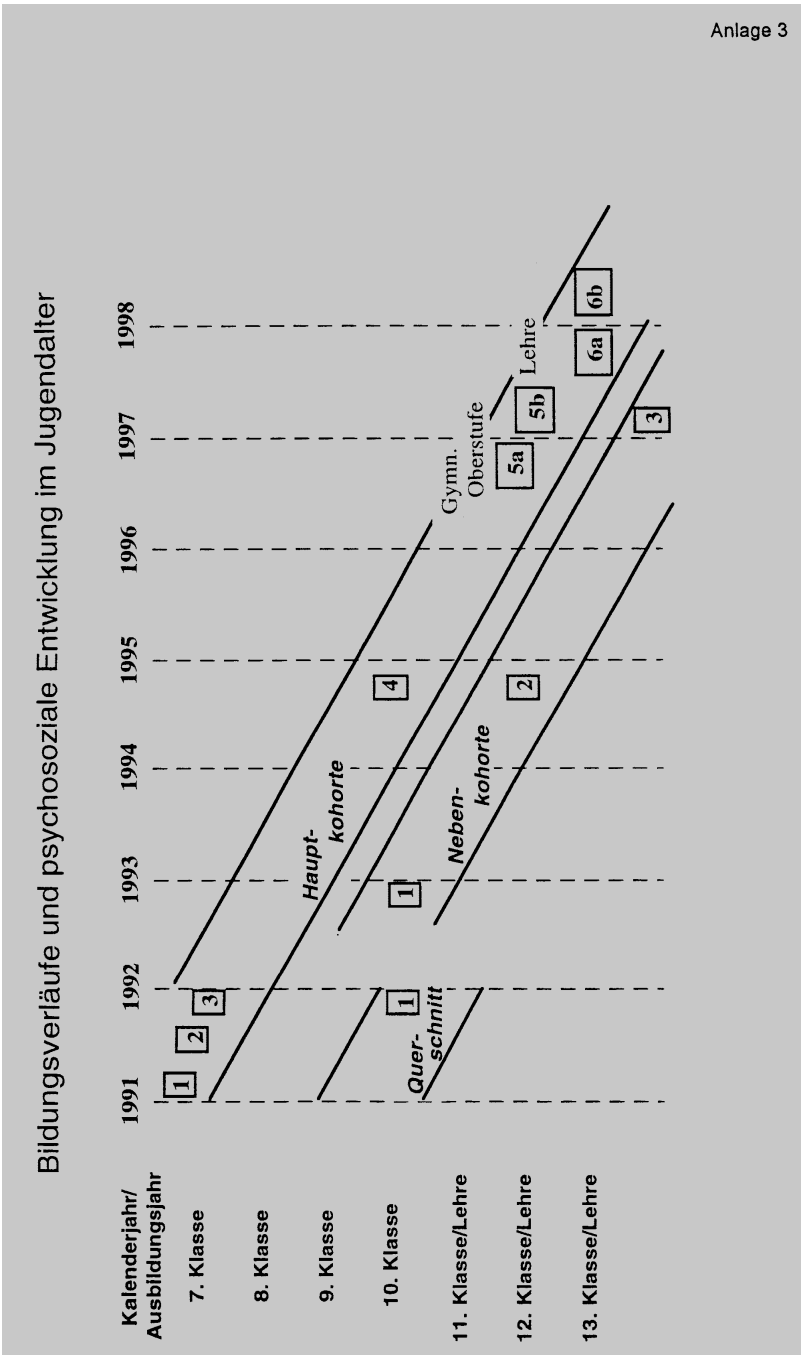
Schnabel, K., Baumert, J. & Roeder, P. M. (1994). Wertewandel in Ost und West. Ein Vegleich von Jugendlichen und Erwachsenen in den alten und neuen Bundesländern. In In G Trommsdorff (Hrsg.*), Psychologische Aspekte des sozio-politischen Wandels in Ostdeutschland*, S. 77-93, Berlin: De Gruyter.

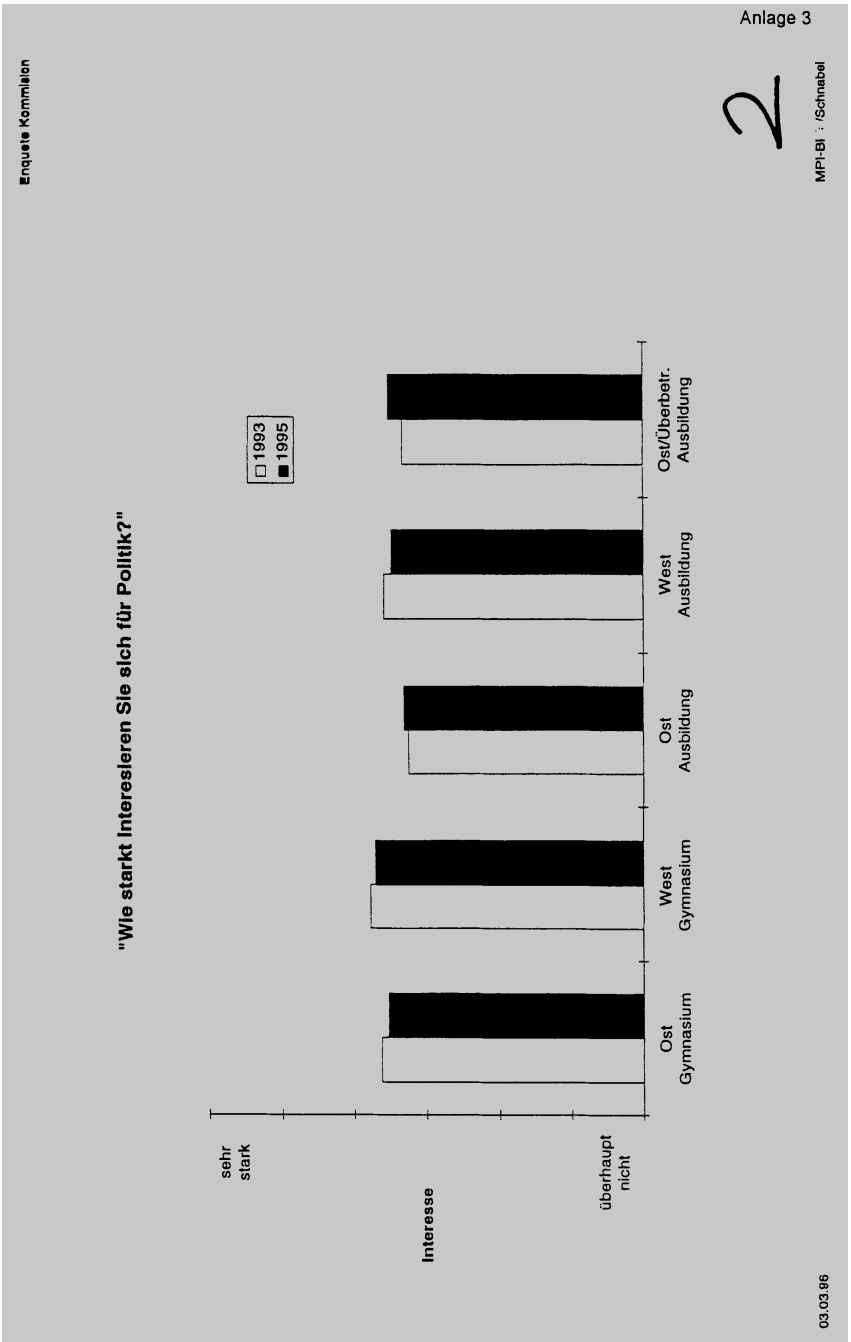
Schnabel, K., Baumert, J. & Roeder, P. M. (1996). Zum Wandel des Schulsystems in den neuen Bundesländern. Neue Sammlung, 36 (4), 531-544.

Schnabel, K. & Roeder, P. M. (1995). Zum politischen Weltbild von ost- und westdeutschen Jugendlichen. In G Trommsdorff (Hrsg.*), Kindheit und Jugend in vergleichenden Kulturen. Entwicklung und Sozialistion in kulturvergleichender Sicht*, S. 175-210, Weinheim: Juventa.

3/4/97/Schnabel, MPI BiFo

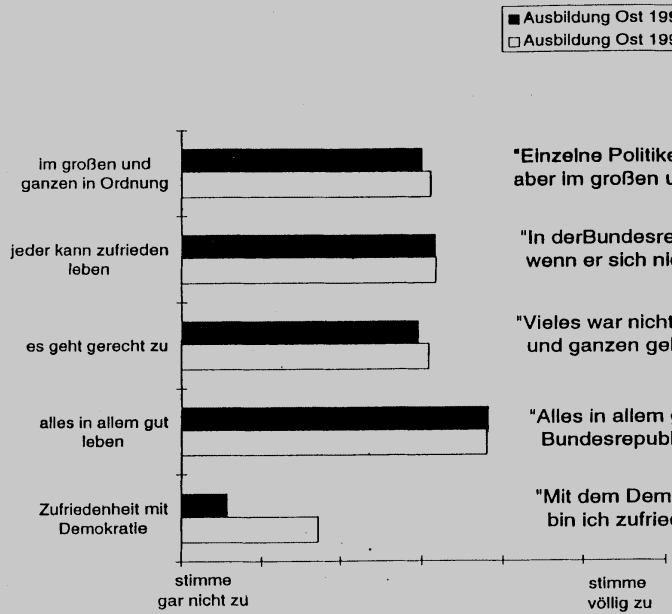
Anlage 3


Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter
Kalenderjahr/ Ausbildungsjahr
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
7. Klasse
8. Klasse
9. Klasse
10. Klasse
11. Klasse/Lehre
12. Klasse/Lehre
13. Klasse/Lehre
1
2
3
Haupt-kohorte
4
1
Quer-schnitt
Neben-kohorte
Gymn. Oberstufe
2
5a
5b
Lehre
3
6a
6b


Enquete Kommission
Anlage 3
"Wie starkt Interesieren Sie sich für Politik?"
□ 1993
■ 1995
sehr stark
Interesse
überhaupt nicht
Ost Gymnasium
West Gymnasium
Ost Ausbildung
West Ausbildung
Ost/Überbetr. Ausbildung
2
MPI-Bi /Schnabel
03.03.96

Enquete Kommission

In der Bundesrepublik ....



"Einzelne Politiker und Parteien machen sicherlich manches falsch aber im großen und ganzen ist die Demokratie in Ordnung"

"In derBundesrepublik kann eigentlich jeder zufrieden leben, wenn er sich nicht von der Arbeit drückt"

"Vieles war nicht möglich, was man sich wünschte, aber im großen und ganzen geht es in der Budesrepublik doch gerecht zu "

"Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie der Bundesrepublik sehr gut leben "

"Mit dem Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik besteht, bin ich zufrieden"

03.03.96

3

MPI-BIFo/Schnabel

Anlage 3

Enquete Kommission

Anlage 3

4

In der Bundesrepublik ....

■ Gymnasium Ost 1993
□ Gymnasium Ost 1995

"Einzelne Politiker und Parteien machen sicherlich manches falsch aber im großen und ganzen ist die Demokratie in Ordnung"

"In derBundesrepublik kann eigentlich jeder zufrieden leben, wenn er sich nicht von der Arbeit drückt"

"Vieles war nicht möglich, was man sich wünschte, aber im großen und ganzen geht es in der Budesrepublik doch gerecht zu "

"Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie der Bundesrepublik sehr gut leben "

"Mit dem Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik besteht, bin ich zufrieden"

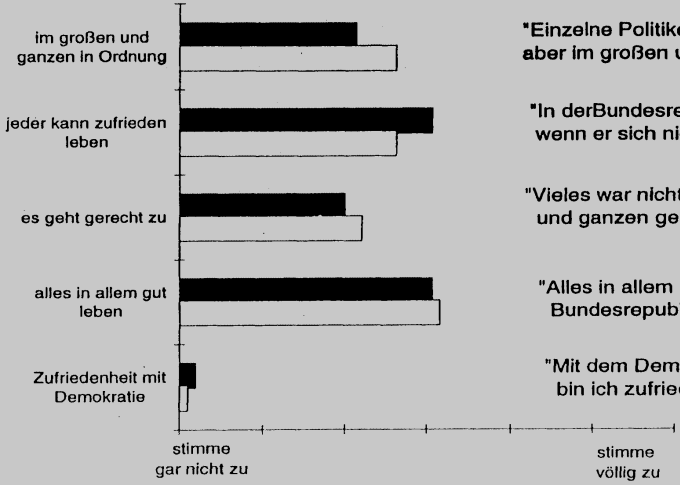
03.03.96

MPI-BIFo/Schnabel

Enquet[illegible]ommision

In der Bundesrepublik ....

■ Überbetriebliche Maßnahme Ost 1993
□ Überbetriebliche Maßnahme Ost 1995



"Einzelne Politiker und Parteien machen sicherlich manches falsch aber im großen und ganzen ist die Demokratie in Ordnung"

"In derBundesrepublik kann eigentlich jeder zufrieden leben, wenn er sich nicht von der Arbeit drückt"

"Vieles war nicht möglich, was man sich wünschte, aber im großen und ganzen geht es in der Budesrepublik doch gerecht zu "

"Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie der Bundesrepublik sehr gut leben "

"Mit dem Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik besteht, bin ich zufrieden"

Anlage 3

03.03.96

MPI-Bl[illegible]/Schnabel

Enquete Kommision

Anlage 3

In der DDR....

■ Überbetriebliche Maßnahme Ost 1993
□ Überbetriebliche Maßnahme Ost 1995

"Einzelne Funktionäre haben sicher einiges falsch gemacht, aber im großen und ganzen war die sozialistische Demokratie der DDR in Ordnung"

"In der DDR konnte eigentlich jeder zufrieden leben, wenn er sich nicht von der Arbeit drückte"

"Vieles war nicht möglich, was man sich wünschte, aber im großen und ganzen ging es in der DDR doch gerecht zu"

"Alles in allem gesehen, konnte man in der DDR sehr gut leben"

"Mit dem Sozialismus, wie er früher in der DDR bestand, war ich zufrieden"

im großen und ganzen in Ordnung

jeder konnte zufrieden leben

es ging gerecht zu

alles in allem gut leben

Zufriedenheit mit Sozialismus

stimme gar nicht zu

stimme völlig zu

6

03.03.96

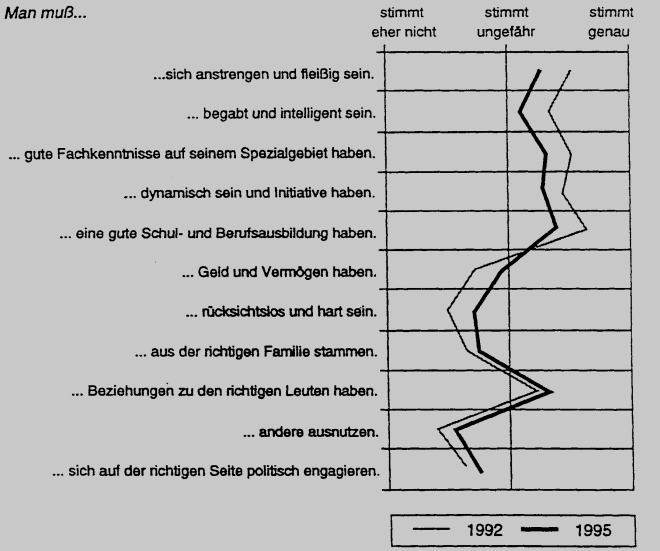
MPI-BIFo/Schnabel

Anlage 3

Enquete-Kommission

Datengrundlage Querschnitt 1992, Hauptstudie 4. Welle , 1995

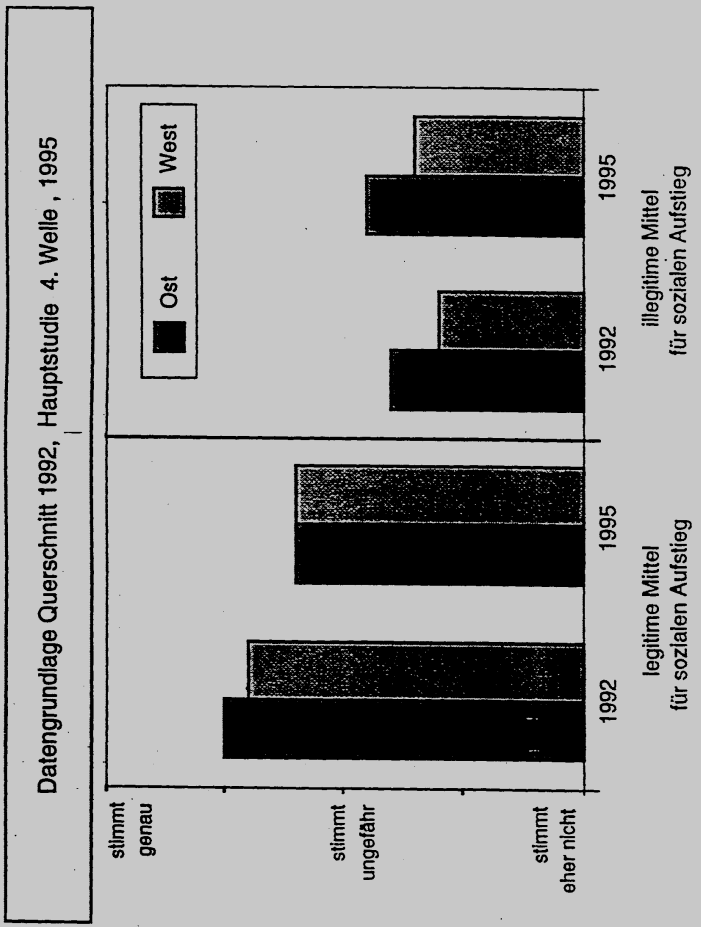
Wovon hängt es Deiner Meinung nach in der Bundesrepublik ab, ob jemand Erfolg hat und sozial aufsteigt?



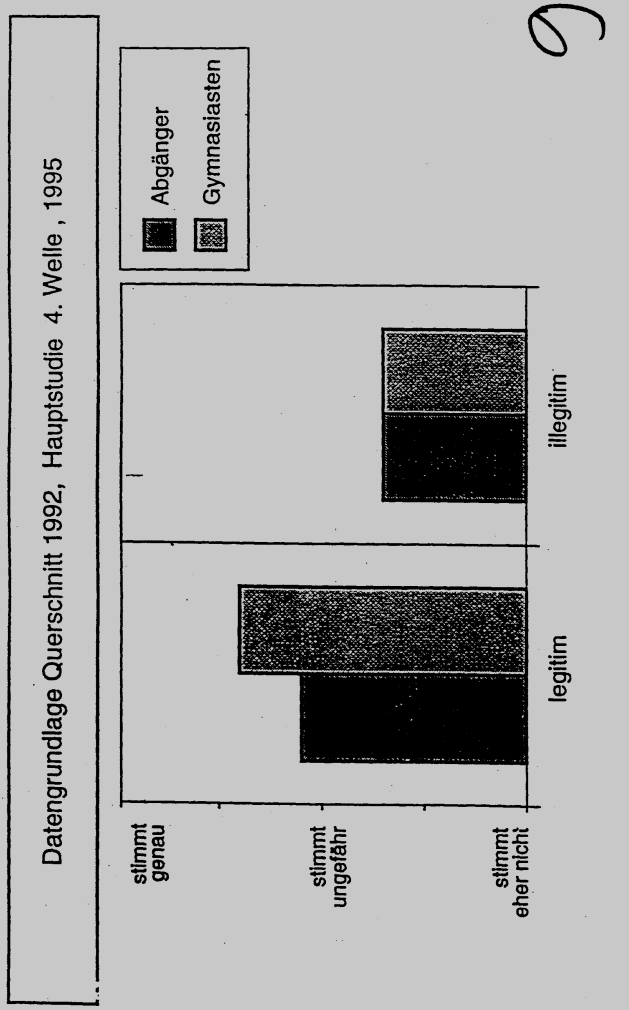
7

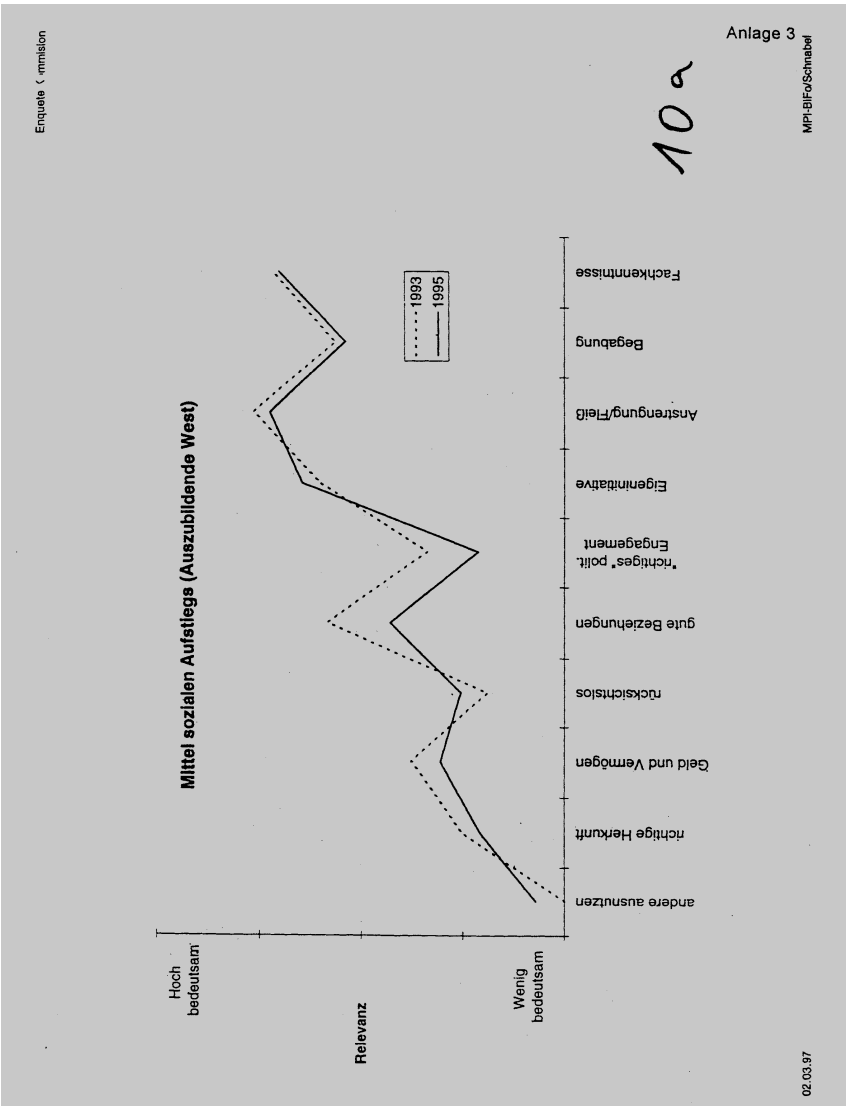
MPI-BIFo/Schnabel

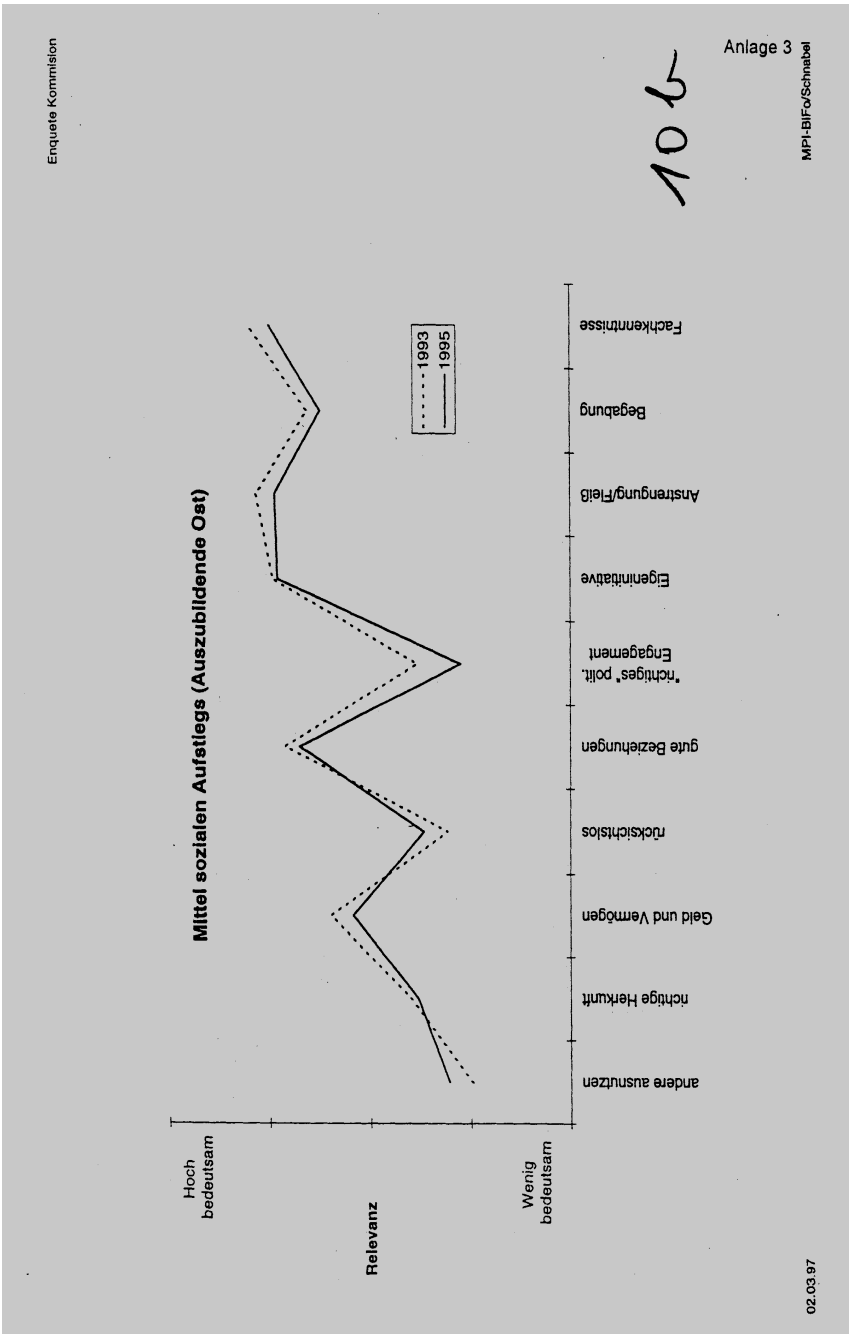
Anlage 3

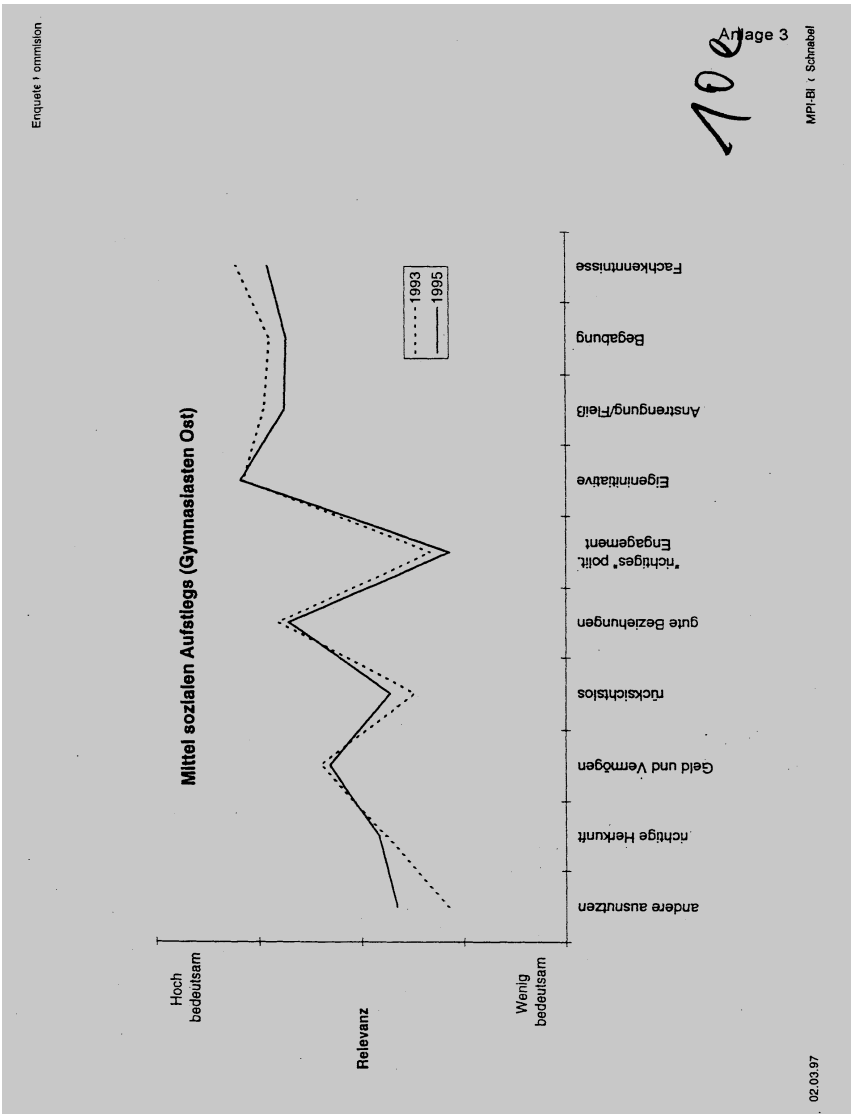

Datengrundlage Querschnitt 1992, Hauptstudie 4. Welle , 1995
Ost
West
stimmt genau
stimmt ungefähr
stimmt eher nicht
1992
1995
1992
1995
legitime Mittel für sozialen Aufstieg
illegitime Mittel für sozialen Aufstieg

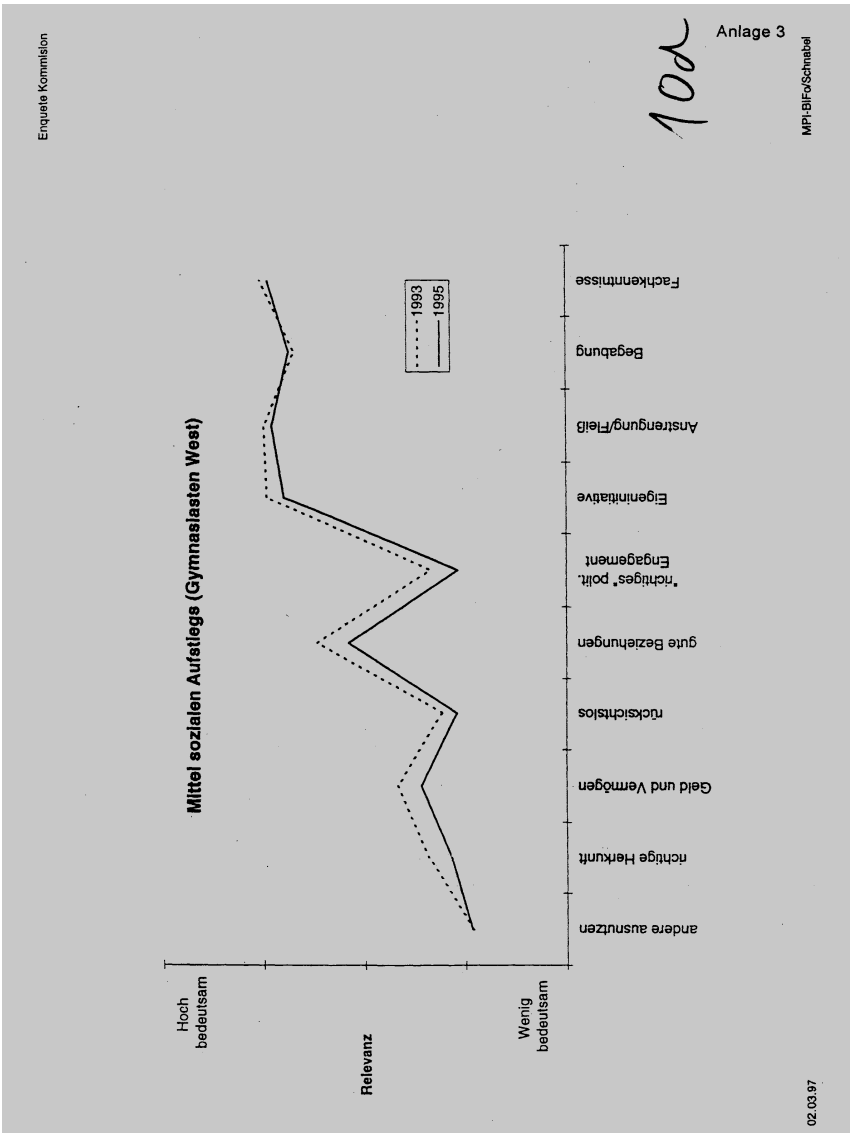
Anlage 3


Datengrundlage Querschnitt 1992, Hauptstudie 4. Welle , 1995
Abgänger
Gymnasiasten
stimmt genau
stimmt ungefähr
stimmt eher nicht
legitim
illegitim


Enquete Kommission
Anlage 3
10a
Mittel sozialen Aufstiegs (Auszubildende West)
1993
1995
Relevanz
Hoch bedeutsam
Wenig bedeutsam
andere ausnutzen
richtige Herkunft
Geld und Vermögen
rücksichtslos
gute Beziehungen
"richtiges" polit. Engagement
Eigeninitiative
Anstrengung/Fleiß
Begabung
Fachkenntnisse
02.03.97
MPI-BIFo/Schnabel


Enquete Kommision
Anlage 3
MPI-BIFo/Schnabel
02.03.97
Mittel sozialen Aufstiegs (Auszubildende Ost)
Relevanz
Hoch bedeutsam
Wenig bedeutsam
1993
1995
andere ausnutzen
nchtige Herkunft
Geld und Vermögen
rücksichtslos
gute Beziehungen
"nchtiges" polit. Engagement
Eigeninitiative
Anstrengung/Fleiß
Begabung
Fachkenntnisse


Enquete-Kommission
Anlage 3
102
Mittel sozialen Aufstiegs (Gymnasiasten Ost)
1993
1995
Hoch bedeutsam
Wenig bedeutsam
Relevanz
andere ausnutzen
richtige Herkunft
Geld und Vermögen
rücksichtslos
gute Beziehungen
"richtiges" polit. Engagement
Eigeninitiative
Anstrengung/Fleiß
Begabung
Fachkenntnisse
MPI-Bl / Schnabel
02.03.97


Enquete Kommision
Anlage 3
10d
MPI-BIFo/Schnabel
Mittel sozialen Aufstiegs (Gymnasiasten West)
1993
1995
Relevanz
Hoch bedeutsam
Wenig bedeutsam
andere ausnutzen
richtige Herkunft
Geld und Vermögen
rücksichtslos
gute Beziehungen
"richtiges" polit. Engagement
Eigeninitiative
Anstrengung/Fleiß
Begabung
Fachkenntnisse
02.03.97

Enquete Kommission

Anlage 3

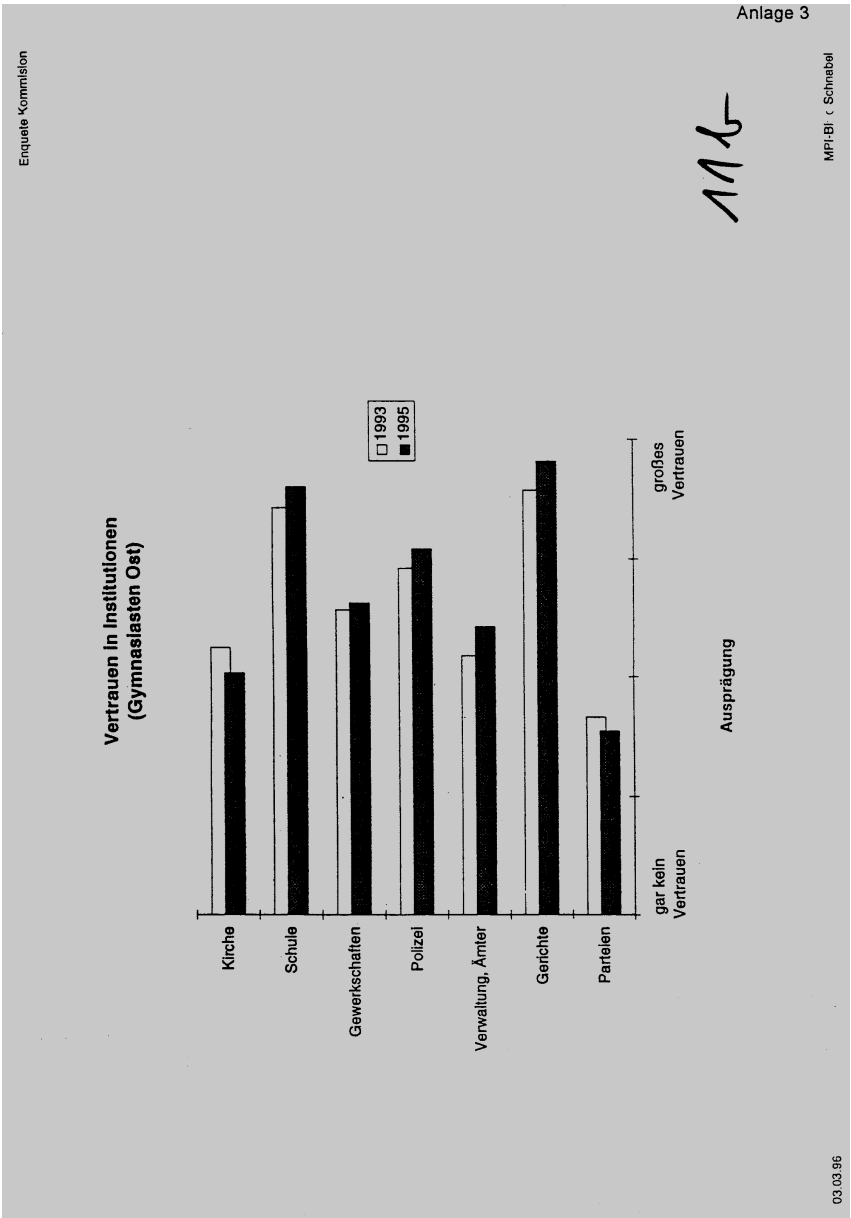
11a

Vertrauen in Institutionen (Gymnasiasten West)

03.03.96

MPI-BIFo/Schnabel

Anlage 3


Enquete Kommision
Vertrauen in Institutionen
(Gymnasiasten Ost)
□1993
■1995
Kirche
Schule
Gewerkschaften
Polizei
Verwaltung, Ämter
Gerichte
Parteien
gar kein Vertrauen
großes Vertrauen
Ausprägung
03.03.96
MPI-Bl. r. Schnabel

114

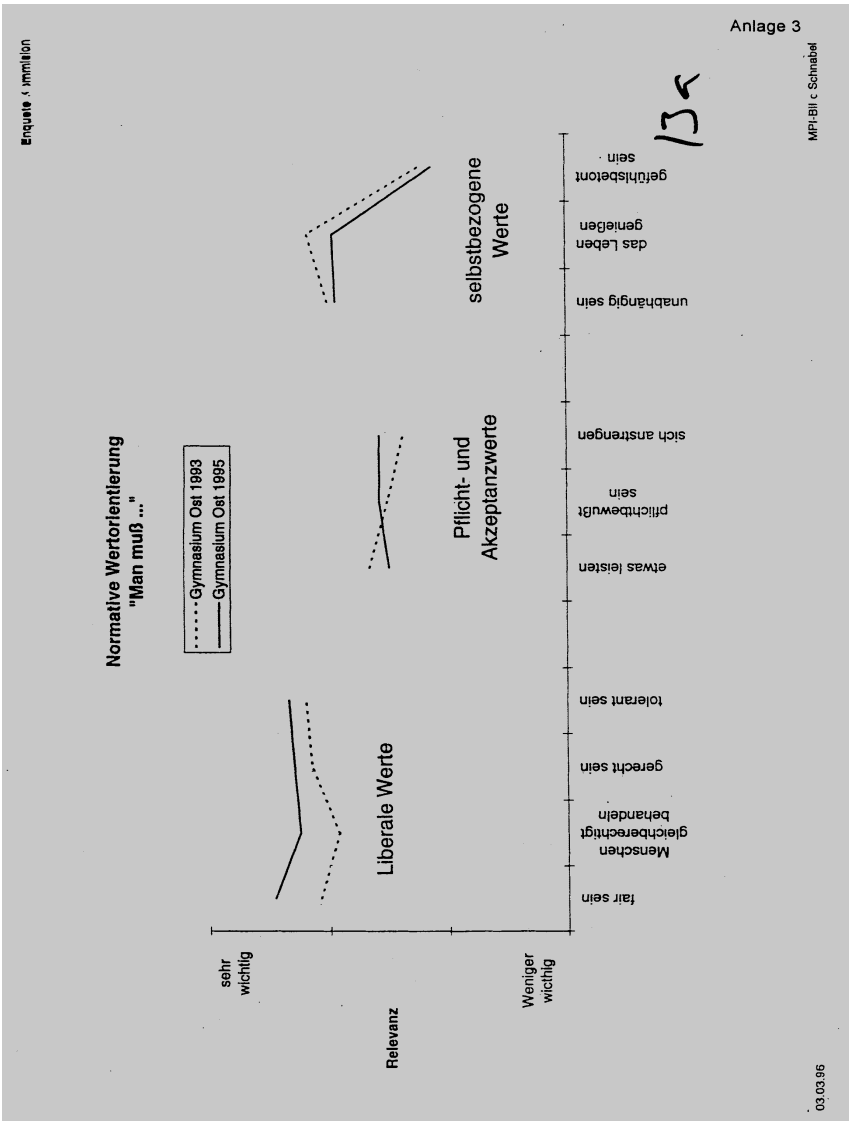
Anlage 3

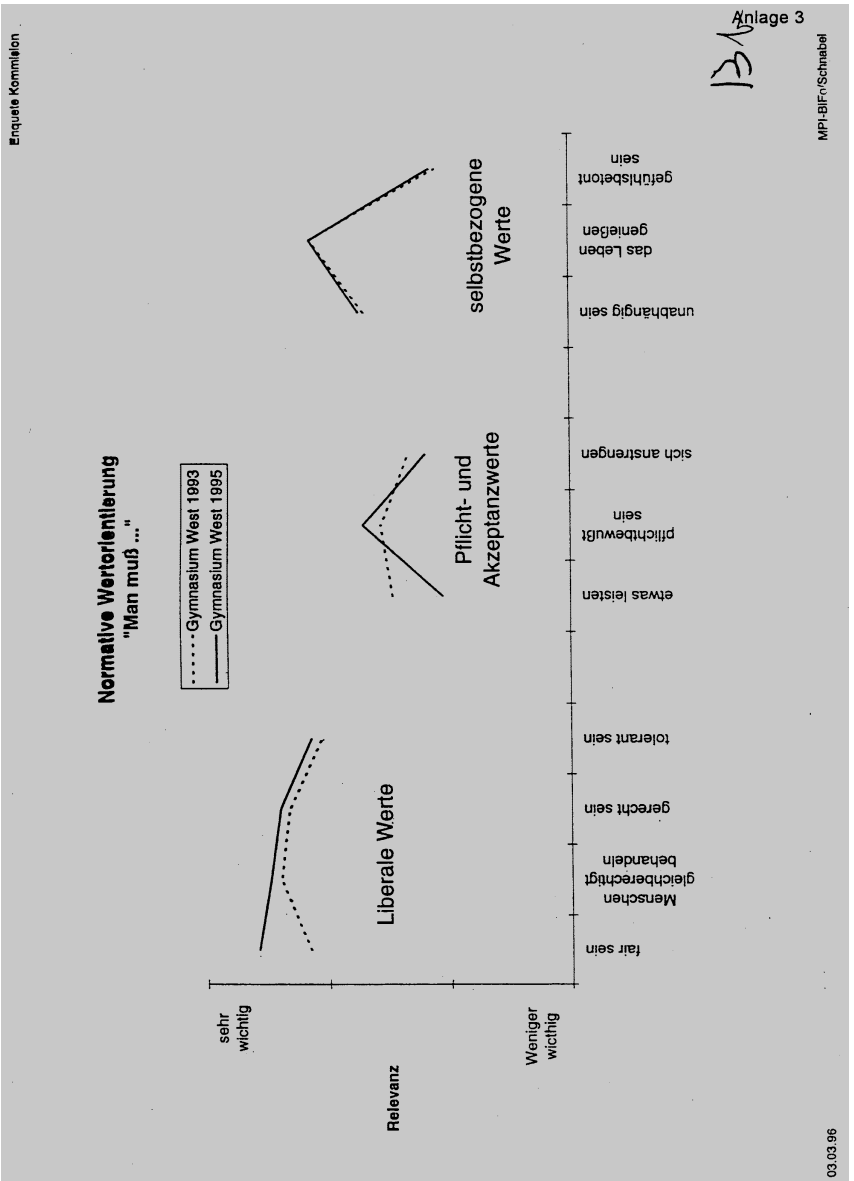
Enquete Kommission

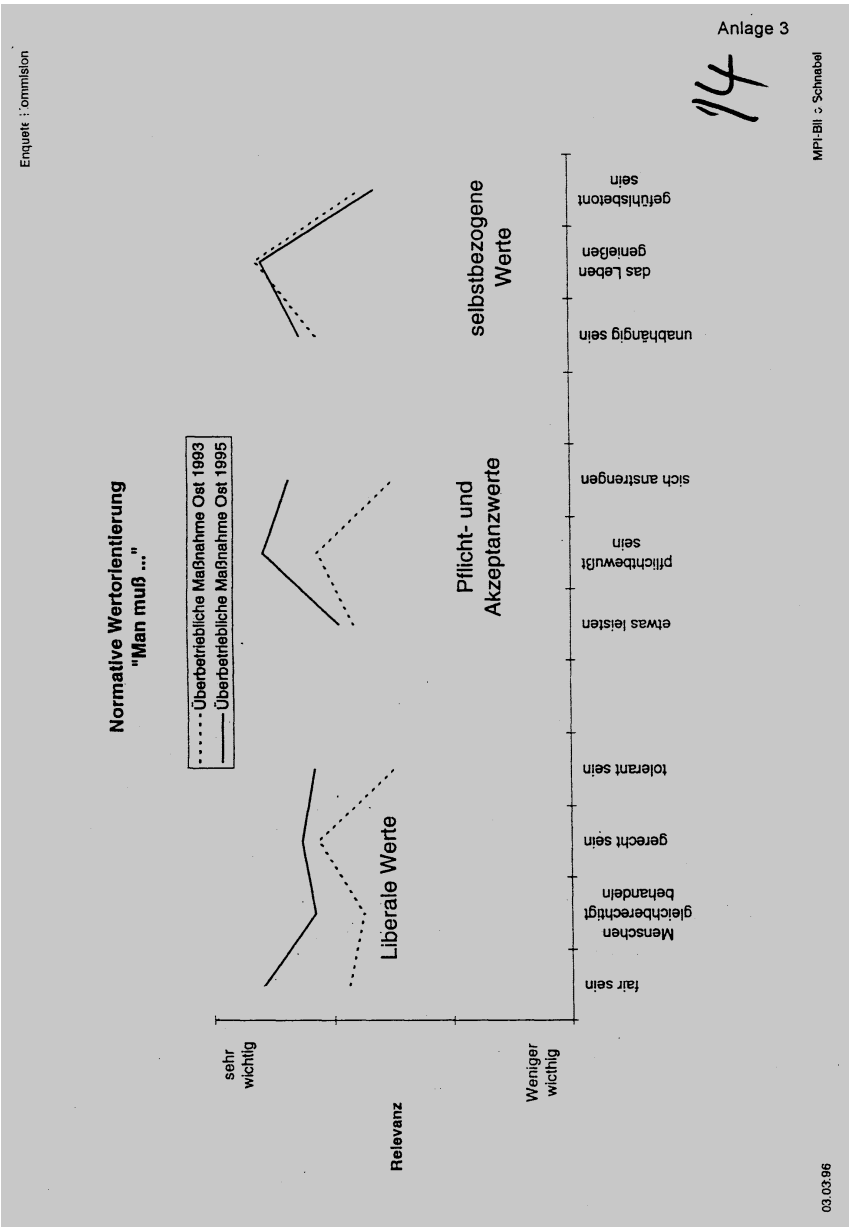
12

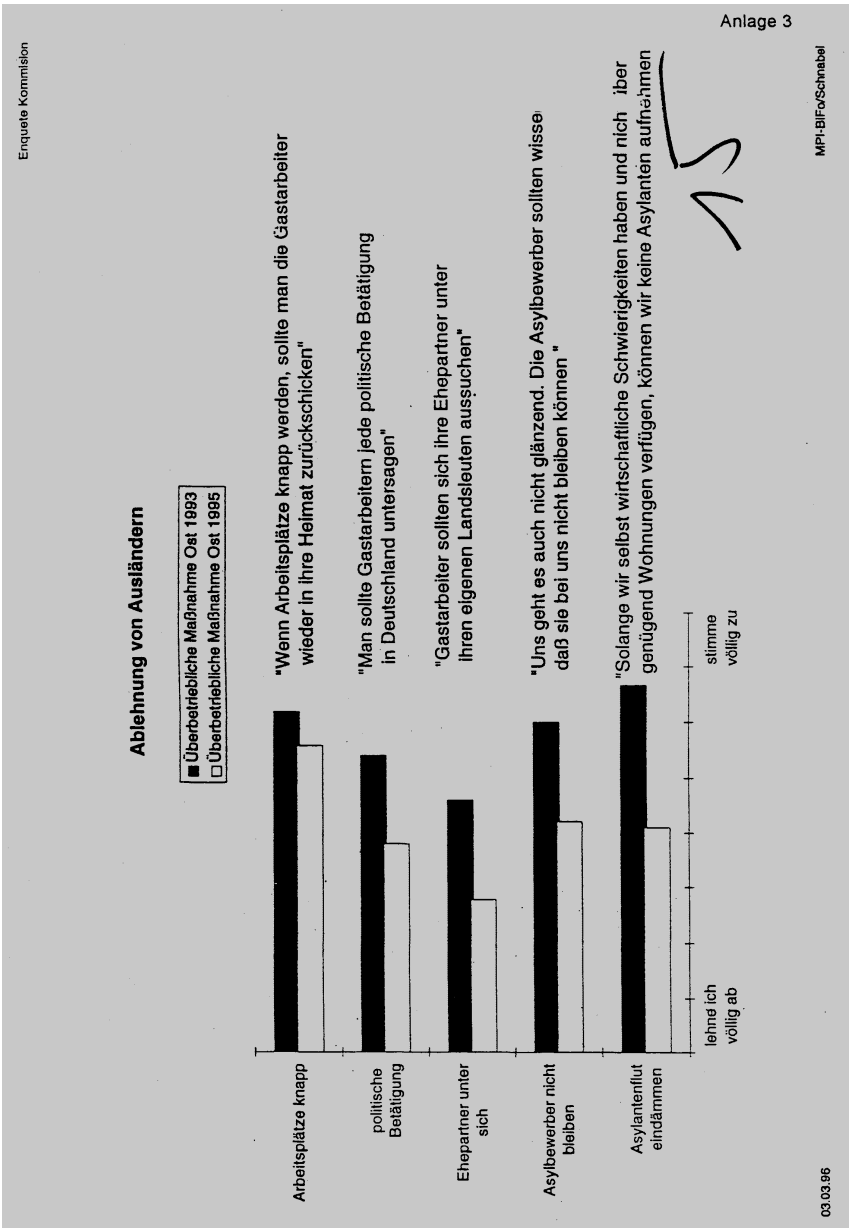
MPI-Bl. /Schnabel

03.03.96


Enquete-Kommission
Anlage 3
Normative Wertorientierung
"Man muß ..."
Gymnasium Ost 1993
Gymnasium Ost 1995
Liberale Werte
Pflicht- und
Akzeptanzwerte
selbstbezogene
Werte
sehr
wichtig
Weniger
wichtig
Relevanz
fair sein
Menschen
gleichberechtigt
behandeln
gerecht sein
tolerant sein
etwas leisten
pflichtbewußt
sein
sich anstrengen
unabhängig sein
das Leben
genießen
gefühlsbetont
sein
13r
MPI-Bll c Schnabel
03.03.96


Enquete Kommission
Anlage 3
Normative Wertorientierung
"Man muß ..."
Gymnasium West 1993
Gymnasium West 1995
Liberale Werte
Pflicht- und Akzeptanzwerte
selbstbezogene Werte
sehr wichtig
Weniger wichtig
Relevanz
fair sein
Menschen gleichberechtigt behandeln
gerecht sein
tolerant sein
etwas leisten
Pflichtbewußt sein
sich anstrengen
unabhängig sein
das Leben genießen
gefühlsbetont sein
MPI-BIFo/Schnabel
03.03.96


Enquete-Kommission
Normative Wertorientierung
"Man muß ..."
Überbetriebliche Maßnahme Ost 1993
Überbetriebliche Maßnahme Ost 1995
Liberale Werte
Pflicht- und Akzeptanzwerte
selbstbezogene Werte
Relevanz
sehr wichtig
Weniger wichtig
fair sein
Menschen gleichberechtigt behandeln
gerecht sein
tolerant sein
etwas leisten
Pflichtbewußt sein
sich anstrengen
unabhängig sein
das Leben genießen
gefühlsbetont sein
03.03.96
MPI-Bil ◇ Schnabel
Anlage 3
14


Enquete Kommision
Anlage 3
Ablehnung von Ausländern
Überbetriebliche Maßnahme Ost 1993
Überbetriebliche Maßnahme Ost 1995
"Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurückschicken"
"Man sollte Gastarbeitern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen"
"Gastarbeiter sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten aussuchen"
"Uns geht es auch nicht glänzend. Die Asylbewerber sollten wisse daß sie bei uns nicht bleiben können "
"Solange wir selbst wirtschaftliche Schwierigkeiten haben und nich über genügend Wohnungen verfügen, können wir keine Asylanten aufnehmen
Arbeitsplätze knapp
politische Betätigung
Ehepartner unter sich
Asylbewerber nicht bleiben
Asylantenflut eindämmen
lehne ich völlig ab
stimme völlig zu
03.03.96
MPI-BIFo/Schnabel

Anlage 4: Dr. Jürgen Dorbritz

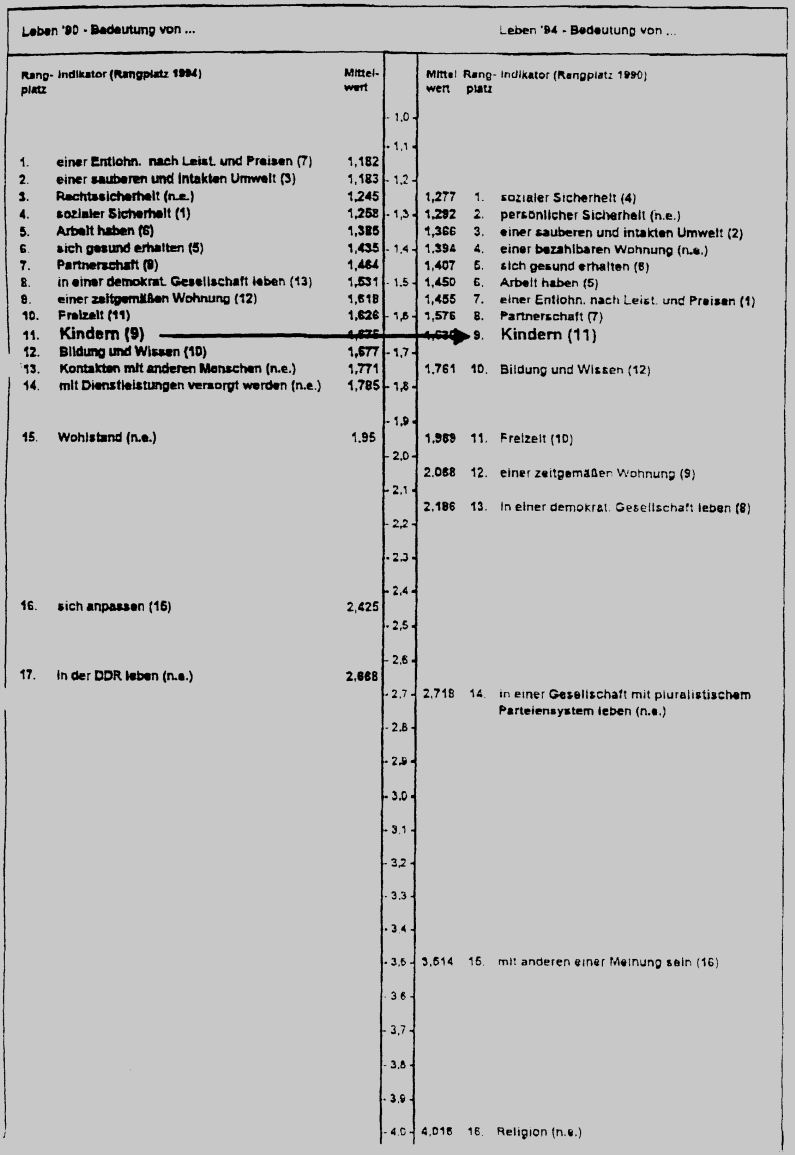
Tab. 1: Geburten, Eheschließungen und Ehescheidungen in den neuen Bundesländern 1989 - 1996 Anlage 4

Jahr	Lebendgeborene		Eheschließungen		Ehescheidungen	
	Anzahl	1989 =100 %	Anzahl	1989 =100 %	Anzahl	1989 =100 %
1989	198 922	100,0	130 989	100,0	50 063	100,0
1990	178 476	89,7	101 913	77,8	29 478	58,9
1991	107 769	54,1	50 529	38,6	8 130	16,2
1992	88 320	44,4	48 232	36,8	9 103	18,2
1993	80 532	40,5	49 252	37,6	17 288	34,5
1994	78 698	39,6	52 429	40,0	20 992	41,9
1995	83 847	42,2	54 184	41,4	21 480	42,9
1996[1)]	92 000	46,2	54 000	41,2	...	...

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
[1)] vorläufiges Ergebnis

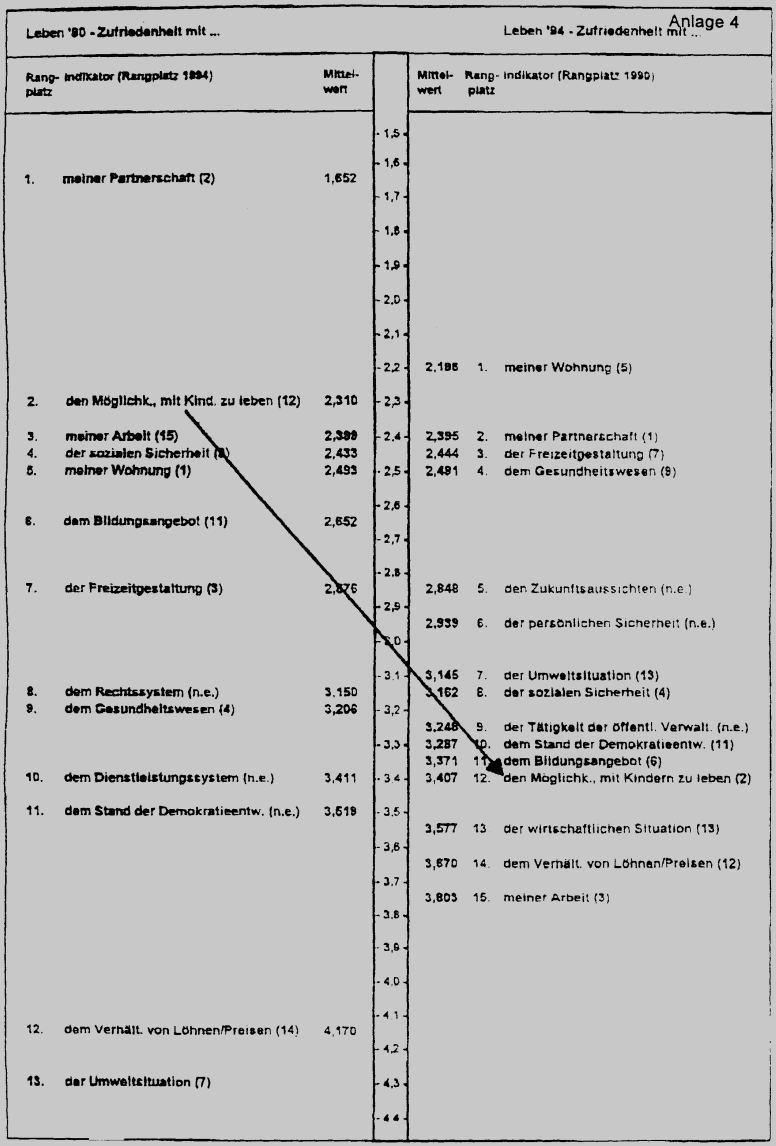
Abb. 1: Wertorientierungen in den neuen Bundesländern 1990 und 1994

Anlage 4



Anlage 4

Abb. 2: Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern 1990 und 1994



Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg

Abb. 3: Individuelle Erwartungen an die Veränderung sozialer Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern 1990 und 1994

Anlage 4

Leben '90 - Erwartungen an die Bedingungen ...			Leben '94 - Erwartungen an die Bedingungen ...		
Rang-platz	Indikator (Rangplatz 1994)	Mittel-wert	Mittel-wert	Rang-platz	Indikator (Rangplatz 1990)
1.	für demokratisches Handeln (8)	1,288			
2.	die das Rechtssystem ausmachen (n.e.)	1,425			
3.	der natürlichen Umwelt (3)	1,436			
4.	im Dienstleistungsbereich (n.e.)	1,437			
5.	um ein gesundes Leben zu führen (1)	1,482			
6.	für eine sinnvolle Freizeitgestaltung (4)	1,505			
7.	um sich zu bilden und zu qualifizieren (7)	1,657			
8.	der Gestalt. von Löhnen u. Preisen (10)	1,704			
9.	zum Wohnen (2)	1,708			
10.	für eine harmonische Partnerschaft (5)	1,715	1,748	1.	um ein gesundes Leben zu führen (5)
			1,786	2.	zum Wohnen (9)
11.	um eine Arbeit zu haben (12)	1,803	1,810	3.	der natürlichen Umwelt (3)
			1,830	4.	für eine sinnvolle Freizeitgestaltung (6)
12.	um mit Kindern zu leben (11)	1,876			
13.	die zur sozialen Sicherheit gehören (9)				
			2,152	5.	für eine harmonische Partnerschaft (10)
			2,152	5.	die die persönliche Sicherheit betreffen
			2,159	7.	um sich zu bilden und zu qualifizieren (7)
			2,173	8.	für eine demokratische Entwicklung (1)
			2,186	9.	die zur sozialen Sicherheit gehören (13)
			2,198	10.	der Gestalt. von Löhnen und Preisen (8)
			2,403	11.	um mit Kindern zu leben (12)
			2,419	12.	um Arbeit zu haben (11)

1,2 1,3 1,4 1,5 1,6 1,7 1,8 1,9 2,0 2,1 2,2 2,3 2,4

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg

Anlage 4

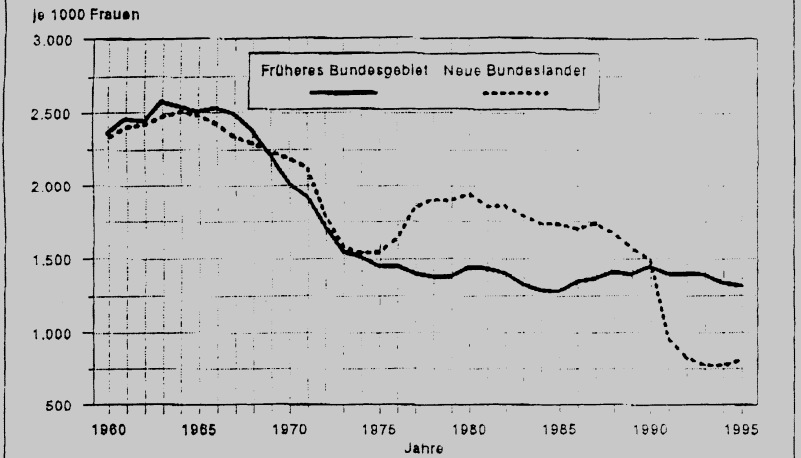
Tab. 2: Zufriedenheiten und Erwartungen mit/an ausgewählte(n) Lebensbereiche in den Befragungen 'Leben in Ostdeutschland' 1990 und 1996 (in %)

Lebensbereiche	Anteil der Unzufrieden bzw. sehr Unzufriedenen mit - %		Anteil derjenigen, die eher eine Verschlechterung erwarten - %	
	1990	1996	1990	1996
mit Kindern leben	8,5	20,0	22,4	28,4
Arbeit haben	9,7	22,5	16,8	60,7
soziale Sicherheit	10,1	41,2	32,5	56,2
Verhältnis von Löhnen u. Preisen	79,6	50,3	30,9	46,5

Quelle: Sozialwissenschaftlicher Forschungszentrum Berlin-Brandenburg, ZUMA Mannheim - Erhebungen 'Leben in Ostdtschl

Anlage 4

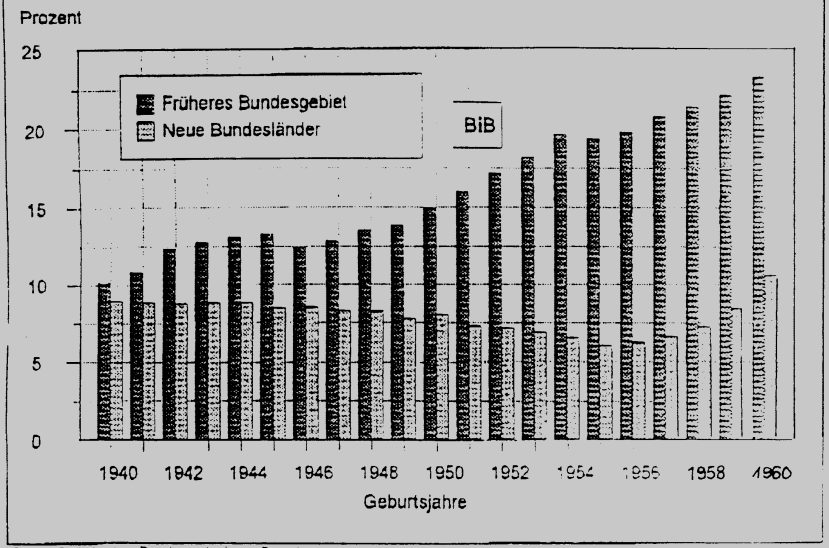
Abb. 4: Zusammengefaßte Geburtenziffern im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1960 - 1995



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Anlage 4

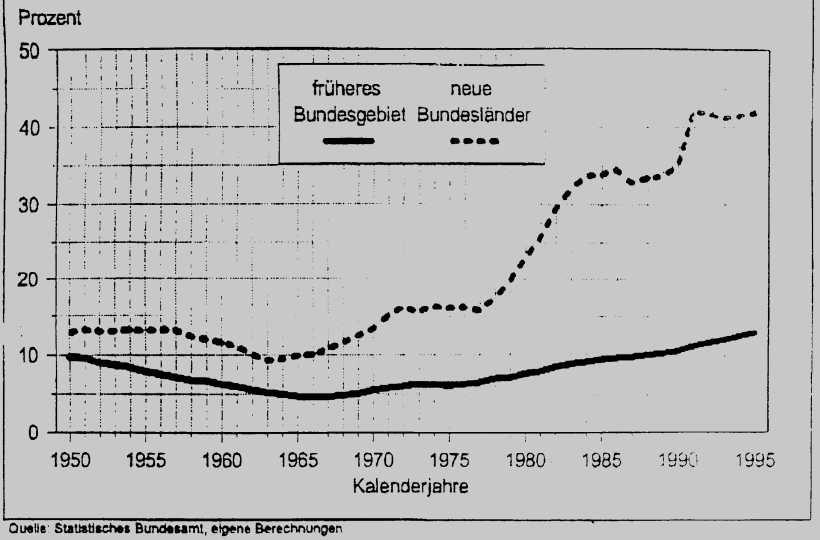
Abb. 5: Kinderlosigkeit im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, Geburtsjahrgänge 1940 - 1960, (in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Anlage 4

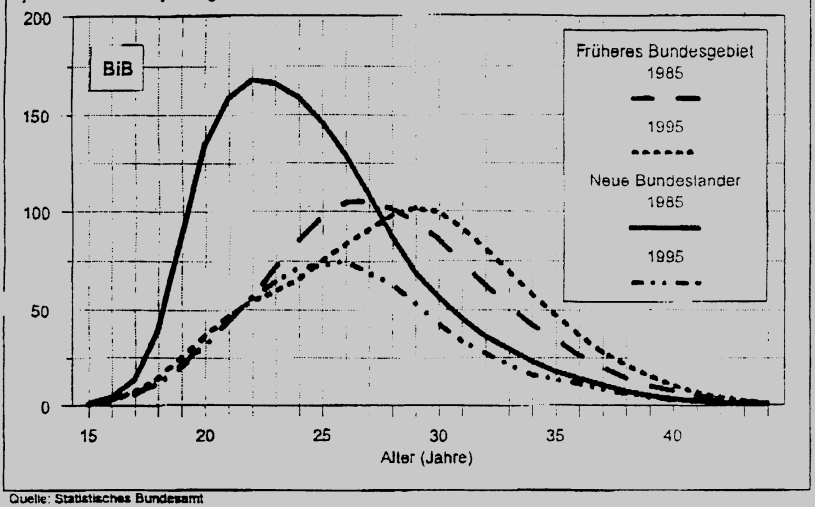
Abb. 6: Anteile nichtehelich Lebendgeborener im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1950 - 1995, (in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Anlage 4

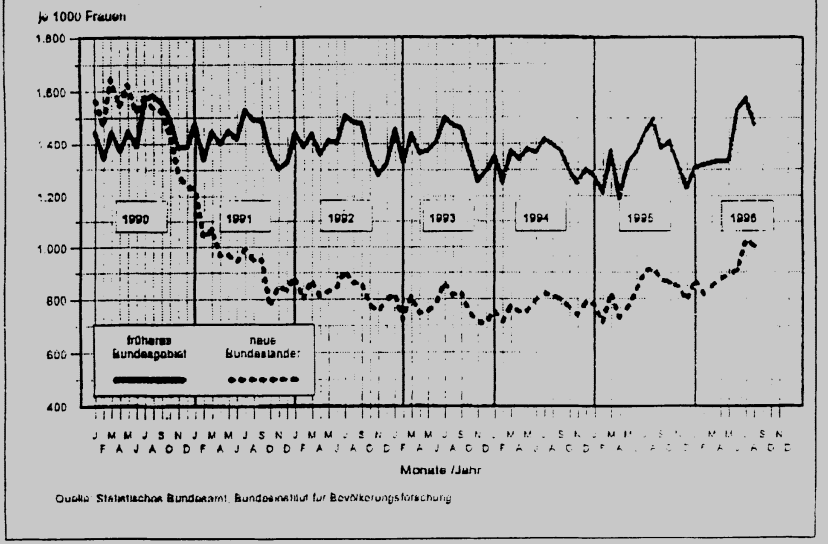
Abb. 7: Altersspezifische Geburtenziffern im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1985 und 1995



Quelle: Statistisches Bundesamt

Anlage 4

Abb. 8: Zusammengefaßte monatliche Geburtenziffern im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1990 bis August 1996



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Anlage 5: Dr. Klaus-Peter Schwitzer

Anlage 5

Tabelle 1: Entwicklung der Durchschnittsrenten in M/DM in den neuen Bundesländern - Vollrenten

Zeitpunkt	durchschnittliche Versichertenrenten Männer	Frauen	Differenz der Zahlbeträge zwischen Frauen und Männern	
	in M/DM		in M/DM	in %
30.6.1990	572	432	141	25
1.7.1990	739	524	215	29
1.7.1991	1.001	716	285	29
1.7.1992	1.220	827	393	32
1.7.1993	1468	950	518	35
1.7.1994	1.560	1.010	550	35
1.7.1995	1679	1.059	620	37

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherer (VDR).

Tabelle 2: Ermöglicht Ihr monatliches Einkommen im großen und ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?
(60 Jahre u.älter) 1990 - 1996 - in Prozent

	1990	1992	1994	1996
- ja	25	37	48	55
- ja, mit bestimmten Einschränkungen	51	48	41	36
- nein	21	14	10	9
- keine Antwort	4	-	-	-

Quelle: sfz/Leben '90 -'96 Ostdeutschland (gew.).

Anlage 5

Tabelle 3: Technische Ausstattung der Wohnungen - in Prozent

Ausstattungsmerkmale	alle Haushalte DDR gesamt	Rentnerhaushalte DDR gesamt[1]	alle Haushalte Ost-	alle Haushalte West-
	1989	1987	1995	
Moderne Heizung	47	44	64	91
Bad/Dusche	82	77	93	99
IWC	76	70	89	99

1) Frauen ab 60, Männer ab 65 Jahre.
Quelle: Statistisches Amt der DDR, SOEP-OST 1995, SOEP-WEST 1995.

Tabelle 4: Allgemeine Zufriedenheit über 60jähriger 1990 bis 1996 - in Prozent

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
sehr zufrieden	5	6	4	6	6	8	4
zufrieden	39	41	49	55	57	56	61
teilweise zufrieden	44	42	40	33	29	28	29
unzufrieden	9	8	5	5	7	7	5
sehr unzufrieden	2	2	1	1	1	1	1

Quelle: sfz/leben 90' - '96 (gew.).

Anlage 5

Tabelle 5: Zufriedenheitsvergleich nach einzelnen Lebensbereichen (60 Jahre u.älter) - 1990 - 1996 - in Prozent

Lebensbereich	Jahr	zufrieden	unzufrieden
dem Verhältnis von Einkommen und Preisen	1990	2	54
	1992	10	48
	1994	14	38
	1996	15	38
der Umweltsituation	1990	6	66
	1992	17	38
	1994	37	22
	1996	29	27
dem Gesundheitswesen	1990	35	14
	1992	68	13
	1994	61	11
	1996	57	11
Ihrer Freizeitgestaltung	1990	38	24
	1992	59	13
	1994	63	7
	1996	68	2
der gebotenen sozialen Sicherheit	1990	43	13
	1992	38	28
	1994	38	23
	1996	36	32
Ihrer Wohnung	1990	81	5
	1992	82	4
	1994	82	6
	1996	83	4
der Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung	1990	6	66
	1992	17	38
	1994	37	22
	1996	29	27
der persönlichen Sicherheit	1990	-	-
	1992	12	62
	1994	41	30
	1996	37	30
dem Stand der Demokratieentwicklung	1990	-	-
	1992	-	-
	1994	24	25
	1996	14	36
den Zukunftsaussichten für das eigene Leben	1990	-	-
	1992	-	-
	1994	49	14
	1996	43	19

Quelle: sfz/leben 90' - '96 (gew.).

Anlage 6: Prof. Dr. Volker Ronge

Anlage 6

Volker Ronge (Bergische Universität Wuppertal)

Die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung der Wanderungsbewegung

Kurzvortrag beim Hearing der BT-Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" am 4.3.97 in Dresden

1.
Lassen Sie mich meine Ausführungen zur innerdeutschen Ost-West-Wanderung mit einem „Gleichnis" einleiten:

„Mit der wirtschaftlichen Integration", so heißt es in einer kürzlich erschienenen Monographie über die Migration *in der Europäischen Gemeinschaft* (1), „haben sich die Migrationsbewegungen zwischen den EG-Staaten aufgrund der tendenziellen Angleichung des unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstands im Laufe der Zeit verringert. Eine freiere und intensivere Kapital- und Warenbewegung hat den Rückgang der EG-internen Migration kompensiert. Gleichzeitig hat sich die Zusammensetzung dieser Migration hin zu höherqualifizierten Arbeitskräften verändert."

Was will bzw. soll uns dieses Gleichnis - mit Anwendbarkeit auch auf unseren Fall - sagen?

- Migration resultiert aus ökonomischem Entwicklungsgefälle - und reduziert sich folglich mit der Angleichung des Entwicklungsstands.
- Migration ist im Prinzip für beide Seiten förderlich, deshalb hat man sie (in der EG) ermöglicht und befördert.
- Die Migration des Faktors Arbeit kann durch diejenige von Kapital und Waren kompensiert, ja überkompensiert werden. Anders gesagt: Arbeitskräfte/Menschen brauchen dann nicht zu wandern, wenn die anderen Produktionsfaktoren - die an sich mobiler sind - dies tun. (Sie *können* aber mit dem Kapital mit-wandern.)
- Am Ende, je mehr der wirtschaftliche Ausgleich erreicht ist, wandern insbesondere oder nurmehr höherqualifizierte Arbeitskräfte.

Noch ein weiteres Zitat aus der genannten Monographie, die differentielle Migration *in die* EG von Süden bzw. von Osten her betreffend:

„Während im größten Teil Osteuropas eher vorübergehende Transformationsprobleme - verbunden mit niedrigen Pro-Kopf-Einkommen - die Auswanderung von Arbeitskräften als befristete Arbeitsmarktentlastung interpretieren lassen, handelt es sich im Süden der Welt wohl um typische Entwicklungsprobleme, die nur über eine Verbesserung der Wirtschaftslage angegangen werden können." (2)

Geographisch gesehen handelt es sich bei der deutsch-deutschen Migration natürlich um eine Ost-West-Wanderung. Die Frage ist aber, ob sie deshalb als Unterfall dessen zu interpretieren ist, was hier über die europäische Ost-West-Wanderung gesagt wird: also als eine *vorübergehende* Angelegenheit, verursacht durch Transformationsprobleme, die mit der erwartbaren Verbesserung von Wirtschafts- und Wohlstandslage (Pro-Kopf-Einkommen) wieder zurückgeht. Oder muß man die inner-deutsche, „Post-DDR"-Migration, der geographischen Richtung zum Trotz, nach dem Muster europäischer Süd-Nord-Migration

Anlage 6

interpretieren: also als strukturellen, relativ dauerhaften Entwicklungsrückstand des Ostens gegenüber dem Westen Deutschlands, der nur ganz langsam aufzuholen sein wird?

2.
Betrachten wir zunächst die empirischen Daten der innerdeutschen Wanderung, in der „großen" (bzw. groben) Unterscheidung zwischen dem Gebiet der ehemaligen DDR bzw. der Neuen Bundesländer (NBL), und der Alt-BRD. Der Wanderungssaldo ist immer noch negativ zu Lasten der NBL; allerdings ist der historische Trend seit der Wiedervereinigung eindeutig positiv, wir stehen kurz vor einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz.

Statistik der innerdeutschen Wanderung zwischen Alt-BRD und "Beitrittsgebiet"/ehem. DDR/NBL

Wanderung	*- 1994 -*	*- 1993 -*	*- 1992 -*	*- 1991 -*	*- 1990 -*	*- 1989 -*
in die NBL	135.774	119.100	111.345	80.267	36.217	5.135
aus den NBL	163.034	172.386	199.170	249.743	395.343	388.396
Saldo	- 27.260	- 53.286	- 87.825	- 169.476	- 359.126	- 383.261

Quelle: Stat. Jb. 1996, 1995, 1994

Die Netto-Wanderungsrechnung darf nicht mißinterpretiert werden. Es gibt inzwischen durchaus auch quantitativ relevante **Wanderungen in die NBL** - die allerdings, das resultiert ja im negativen Saldo (s.o.), geringer ausfallen als die Abwanderungen von dort.

Die statistischen Daten erlauben die Doppel-These, daß

a) die mit der Wiedervereinigung in Gang gesetzte *Abwanderung aus der ehem. DDR* inzwischen erheblich zurückgegangen ist: vom Hochststand 1989 und 1990 mit jeweils fast 400.000 Abwanderungen auf 163.000 in 1994 und

b) die ebenfalls mit der Wiedervereinigung in Gang gesetzte *Zuwanderung aus der alten BRD in die NBL* Jahr für Jahr zugenommen hat: 1994 die Zahl von 135.000 erreicht hat und damit einen Netto-Abwanderungssaldo von nurmehr rd. 27.000 hinterläßt.

Selbstverständlich verbleibt, trotz der positiven, zum Ausgleich drängenden Tendenz, bislang noch der *kumulierte* Wanderungsverlust der NBL. Die hohen Netto-Verluste der ersten drei Jahre nach der "Wende" werden vermutlich noch lange nicht kompensiert sein. Gegen die Wiedererreichung des früheren Bevölkerungsstandes in Ostdeutschland spricht die herrschende und die auf Sicht erwartbare wirtschaftliche Lage (s.u.).

3.
Diejenige Forschung, die sich mit "innerdeutscher" Wanderung befaßt, d.h. die alte innerdeutsche Grenze weiterhin zum Bezugspunkt ihrer Beobachtung und Analyse nimmt, ist praktisch ausgelaufen. Die aus dieser Tradition fortgeführte heutige Binnenmigrationsforschung in Deutschland (3) arbeitet mit analytischen Dimensionen anderer - und in der Migrationsforschung generell üblicher - Art: z.B. mit der Stadt-Land-Migration oder der wirtschaftlich bedingten Migration (aus wirtschaftsstrukturschwachen in -starke

Anlage 6

Regionen). Das allgemeine theoretisch-analytische Konzept dafür ist die Unterscheidung von push- und pull-Faktoren.

Das impliziert auch, daß es heute weder um Bundesländer überhaupt, noch um die Unterscheidung der Additionen von alten und neuen Bundesländern geht, sondern eben um *Regionen*, die in der Regel quer zu politisch-administrativen Grenzen zugeschnitten sind. In diesem Zusammenhang ergibt sich natürlich auch eine *Differenzierung* innerhalb der NBL/ehem. DDR.

Auf die regionale Differenzierung kann ich hier nicht eingehen, aber selbst wenn man, schlicht aus Gründen vorhandener amtlicher Statistik, auf die Länder(grenzen) rekurriert, zeigen sich hinsichtlich des Wanderungsgeschehens Unterschiede innerhalb der ehem. DDR.

Inzwischen gibt es das erste Land der ehemaligen DDR, das einen Wanderungs*gewinn* verzeichnet: Brandenburg in 1994. (Das hängt vermutlich mit dem in dieses Land hineinwachsenden, aufstrebenden Großraum Berlin zusammen.)

Statistik der innerdeutschen Ost-West-Wanderung, nach Ländern differenziert

	1994		*1993*		*1992*		*1991*	
	Netto-Abwanderung	*pro 1.000 Einw.*	*Netto-Abwanderung*	*pro 1.000 Einw.*	*Netto-Abwanderung*	*pro 1.000 Einw.*	*Netto-Abwanderung*	*pro 1.000 Einw.*
Brandenburg	- 5.049	- 2,0	9.666	3,8	24.152	9,5	30.368	11,9
Mecklenburg-V.	6.910	3,8	10.484	5,7	15.180	8,1	26.781	14,0
Sachsen	9.028	2,0	15.033	3,3	25.227	5,4	51.257	10,9
Sachsen-Anh.	8.550	3,1	9.885	3,6	19.464	7,0	36 706	12,9
Thüringen	6.016	2,4	7.648	3,0	9 423	3,7	27.245	10,5
NBL insgesamt*	**27.260**		**53.286**		**87.825**		**169.476**	

* incl. Berlin-Ost
Quelle: Stat. Jb. 1996, 1995, 1994

Wanderungsverluste haben übrigens auch einige westliche Bundesländer, z.T. in ähnlicher Höhe wie die östlichen, erlitten; z.B.

	1994	*1993*
- Bremen	4,6 Promille	5,5 Promille
- Schleswig-Holstein	1,5 Promille	2,3 Promille
- Saarland	1,3 Promille	1,9 Promille

Stützt man sich auf die - wahrscheinlich präziseren - Daten der neuerdings verfügbaren Regionalstatistik, so sieht die Situation in den NBL inzwischen noch besser aus:

Anlage 6

Wanderungssaldo der NBL 1994

	Saldo
Brandenburg	+ 15.133
Mecklenburg-V.	- 256
Sachsen	+ 11.672
Sachsen-A.	+ 814
Thüringen	+ 1.251

Quelle: „Kreiszahlen" 1996

Neben den, oder unterhalb der, Ebenen der (Bundes-)Länder und der Regionen gibt es auch noch die Ebene der Gemeinden. Sie ist - wie die Länderebene - administrativ strukturiert und von daher migrationstheoretisch nur eingeschränkt interessant; andererseits ist hier qua amtlicher Statistik die Datenlage gut.

Der folgende Vergleich zwischen dem Wanderungsgeschehen ost- und westdeutscher Kommunen ist hier nur exemplarisch gemeint:

Zu- und Fortzüge auf Gemeindeebene (1993)

	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Leipzig	11.169	13.653	- 2.484
Dresden	12.775	12.055	+ 720
Bochum	13.218	11.327	+1.891
Wuppertal	14.238	14.984	- 746

Quelle: Stat. Jb. Deutscher Gemeinden 1995

Der Vergleich unter den vier größenähnlichen Großstädten (mit zwischen 490 und 380 Tsd. Einwohnern) zeigt erstens, daß das Ausmaß der Wanderungen in diesen Gemeinden durchaus vergleichbar ist, zweitens, daß es im Osten wie im Westen positive und negative Wanderungssalden gibt.

Aus bekannten Gründen gab es in der ehemaligen DDR strukturell eine weit geringere Mobilität als im Westen. Mit dem Einzug der Marktwirtschaft mußte sich das dort ändern und den westlichen Verhältnissen angleichen.

Seit kurzem vorhandene regionale Daten der amtlichen Statistik geben ein sehr interessantes Mikrobild des Wanderungsgeschehens in den NBL. Interessant ist nämlich, daß die Städte durch Abwanderung an Einwohnern verlieren und die Landkreise gewinnen. Das rechtfertigt die These, daß es inzwischen nicht unbedingt um eine Abwanderung aus Ost- nach Westdeutschland geht, sondern zumindest daneben um eine Wanderung aus der Stadt aufs Land, d.h. vermutlich ins angrenzende Umland. Dies dürfte mit dem Motiv einer verbesserten Wohnsituation begründet sein.

Anlage 6

Wanderungssaldo 1994

	Kreisfreie Städte	Landkreise
Brandenburg	- 4.529	+ 19.662
Mecklenburg-V	- 13.522	+ 13.266
Sachsen	- 16.258	+ 27.930
Sachsen-A.	- 8.977	+ 9.791
Thüringen	- 4.813	+ 6.064

Quelle: „Kreiszahlen" 1966

4.
Lassen sich die Wanderungsprozesse *sozialstrukturell* differenzieren - z.B. nach Alter? Ob die Jungen oder die Alten abwandern, ist für die Bewertung von großer Bedeutung. Aus der Statistik geht dies nicht unmittelbar hervor; aber die Daten der folgenden Tabelle dürften für die Frage nicht uninteressant sein.

Bestandsdaten Jugendliche
- in 1.000 -

	15-20 J.		20-25 J.		15-25 J., add.	
	1994	*1990*	*1994*	*1990*	*1994*	*1990*
NBL	964,0	842,0	889,7	1.033,0	1.853,7	1.875,0
ABL	3.293,3	3.352,1	4.151,1	5.045,9	7.444,4	8.398,0

Quelle: Stat. Jb. 1996, 1993

Was läßt sich daraus schließen? Die NBL haben zwischen 1990 und 1994 in der Jugendgruppe der 20-25-Jährigen einen demographischen Verlust erlitten, in der Jugendgruppe der 15-20-Jährigen dagegen einen Gewinn. Zusammengezählt ergibt sich fast eine Kompensation, sodaß in dieser Alterskohorte Stabilität besteht. In den ABL ist, im Vergleich dazu, die Bevölkerungsbewegung in beiden betrachteten Altersgruppen in dieser Zeitspanne negativ. Es ist aber zu betonen, daß für diese Bevölkerungsbewegung nicht nur Wanderungen - geschweige denn nur Binnenwanderungen - verantwortlich sind, sondern auch demographische Faktoren wie Geburtenziffern usw.

Eine Differenzierung der Wanderungen nach *Motiven* ist demgegenüber erstens sehr schwierig, erfordert zweitens direkte (befragende) Sozialforschung, die es m.W. nicht gibt; die Ergebnisse wären, drittens, wenig instruktiv, da Befragungsantworten über Motive wenig verläßlich sind.

Gleiches gilt für die *Zurechnung* ökonomischer Zustande zur Abwanderung bzw. Zuwanderung (aus dem Westen).

5.
Wie eindeutig - positiv - auch immer der Trend der innerdeutschen Ost-West-Migration aussieht, der Saldo ist für die NBL (insgesamt) noch negativ. Die Abwanderung überwiegt die Zuwanderung quantitativ. Dies darf man aber nicht mißinterpretieren. Ein Wanderungsverlust hat *Nach- und Vorteile*. Erstere fallen einem immer sofort ein, und es sind immer die gleichen: in Kurzform geht es um die Unterstellung eines *"brain drain"* und der Entleerung von Raumen.

Anlage 6

Man nimmt - generell sicherlich nicht zu Unrecht - an, daß es immer die Mobileren, Jungeren, Qualifizierteren usw. sind, die abwandern. Allerdings mußte diese Überlegung auch auf die Zuwanderung übertragen werden: Wer sind denn die Zuwanderer aus dem Westen? Sind es (nicht) auch die Mobilen, Jungen, Qualifizierten? Oder sind es diejenigen, die im Westen nichts geworden sind und sich im Osten noch eine Chance erwarten?

Die *Vorteile* der Abwanderung fallen einem meist nicht so schnell ein, dabei gibt es durchaus handfeste: Die Abwanderung aus den NBL entlastet natürlich dort den Wohnungs- sowie den Arbeitsmarkt, beides sieht ja insgesamt wesentlich schlechter aus als im Westen.

Aus ökonomischer Sicht ist die relativ geringe Nettoabwanderung aus Ost- nach Westdeutschland angesichts der Divergenz der Arbeitslosenquoten erstaunlich. Unter dem Gesichtspunkt des Ungleichgewichtsausgleichs würde man eine stärkere Wanderung erwarten.

Arbeitslosenquoten (Jahresdurchschnitt)

	1996	1995	1994
NBL	16,7	14,9	16,0
ABL	10,1	9,3	9,2

Quelle: Stat. BA, Fachserie 1, Reihe 4.3, Nov. 1996

Die wider Erwarten geringe Mobilität aus Deutschland-Ost nach -West resultiert wohl weniger aus einer bestimmten Mentalität der Menschen, als vielmehr aus sozialpolitischen Maßnahmen, die das Ausharren in wirtschaftlich relativ schlechter Lage ermöglicht, nämlich - aus westlichen Transfers - finanziert.

Anmerkungen

1 Chies, L., 1994, Das Migrationsproblem in der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt a.M. usw., S. XV.

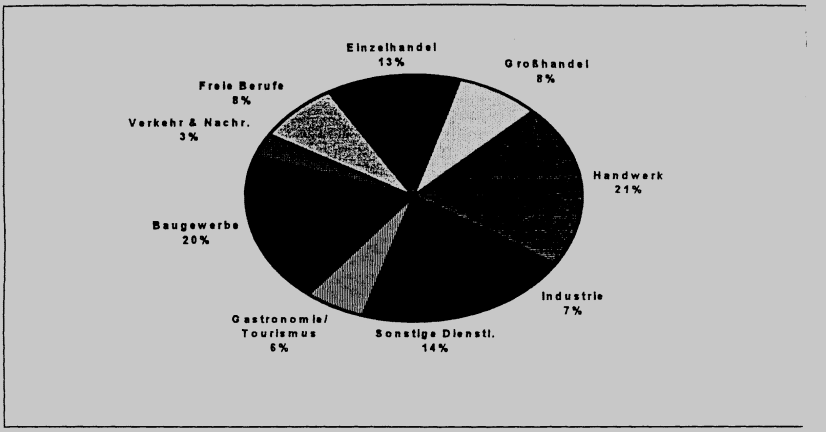
2 ebd., S. 227.

3 Siehe dazu u.a. die Artikel, z.T. aus KSPW-Forschungen resultierend, in: "dialog", Schader-Stiftung Darmstadt, Dezember 1994.

Anlage 7: Prof. Dr. Jörg Maier

Abb. 1 Die Wirtschaftsbereiche der Unternehmensgründungen in den neuen Ländern im Zeitraum 1990-1992

Anlage 7



Quelle: BRANDKAMP, M. Unternehmensgründungen in den fünf neuen Bundesländern, Wiesbaden 1993

Tab. 1 Arbeitsplatzbedeutung des Mittelstandes im verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern 1991 - 1993

Anlage 7

Tabelle
Struktur der Beschäftigung[1] im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland nach Beschäftigtengrößenklassen 1991–1993 in %

Betriebsgröße nach Zahl der Beschäftigten	1991	1992	1993	nachrichtlich: Westdeutschland 1993[2]
1- 19	0,7	1,3	1,3	0,9
20- 49	4,5	9,2	13,0	8,6
50- 99	7,3	12,3	15,2	10,1
100-199	11,5	} 36,2	18,1	12,6
200-499	18,9		18,7	19,2
500-999	14,8	15,3	} 33,7	14,0
1 000 und mehr	42,3	25,7		34,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
nachrichtlich: Beschäftigtenzahl in 1 000	1 440,2	805,6	673,6	6 597,3

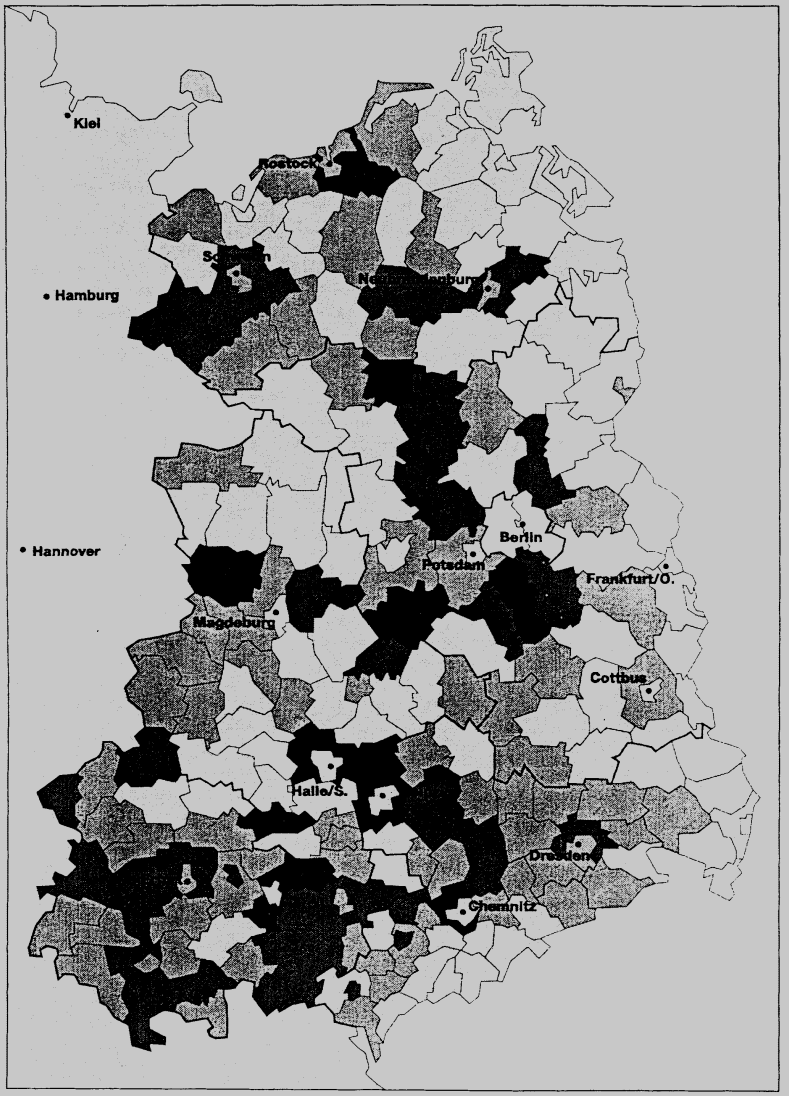
[1] jeweils Ende September
[2] verarbeitendes Gewerbe und Bergbau

Quelle: Statistisches Bundesamt

Quelle : Informationen zur Raumentwicklung, 1996, Heft 1, S. 3

Karte 1 Förderintensität des Mittelstandes 1990 - 1995 in den neuen Bundesländern durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Anlage 7



Gewerbliche Investitionen in den neuen Ländern:
ERP-Aufbau-/Modernisierungsprogramm, KfW-Mittelstands-/Investitionskreditprogramm
1.1.1990 bis 30.6.1995

Förderintensität nach Kreisen (Gebietsstand 1991)
Zusagen in DM je Einwohner

unter 1 000
1 000 bis 2 000
2 000 bis 3 000
3 000 bis 4 000
über 4 000

Tab. 1 **Arbeitsplatzbedeutung des Mittelstandes im verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern 1991 - 1993**

Anlage 7

Tabelle
Struktur der Beschäftigung[1] im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland nach Beschäftigtengrößenklassen 1991–1993 in %

Betriebsgröße nach Zahl der Beschäftigten	1991	1992	1993	nachrichtlich: Westdeutschland 1993[2]
1- 19	0,7	1,3	1,3	0,9
20- 49	4,5	9,2	13,0	8,6
50- 99	7,3	12,3	15,2	10,1
100-199	11,5	} 36,2	18,1	12,6
200-499	18,9		18,7	19,2
500-999	14,8	15,3	} 33,7	14,0
1 000 und mehr	42,3	25,7		34,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
nachrichtlich: Beschäftigtenzahl in 1 000	1 440,2	805,6	673,6	6 597,3

[1] jeweils Ende September
[2] verarbeitendes Gewerbe und Bergbau

Quelle: Statistisches Bundesamt

Quelle : Informationen zur Raumentwicklung, 1996, Heft 1, S. 3

Tab. 2 **Probleme von Industrieunternehmen in den neuen Ländern 1995**

Anlage 7

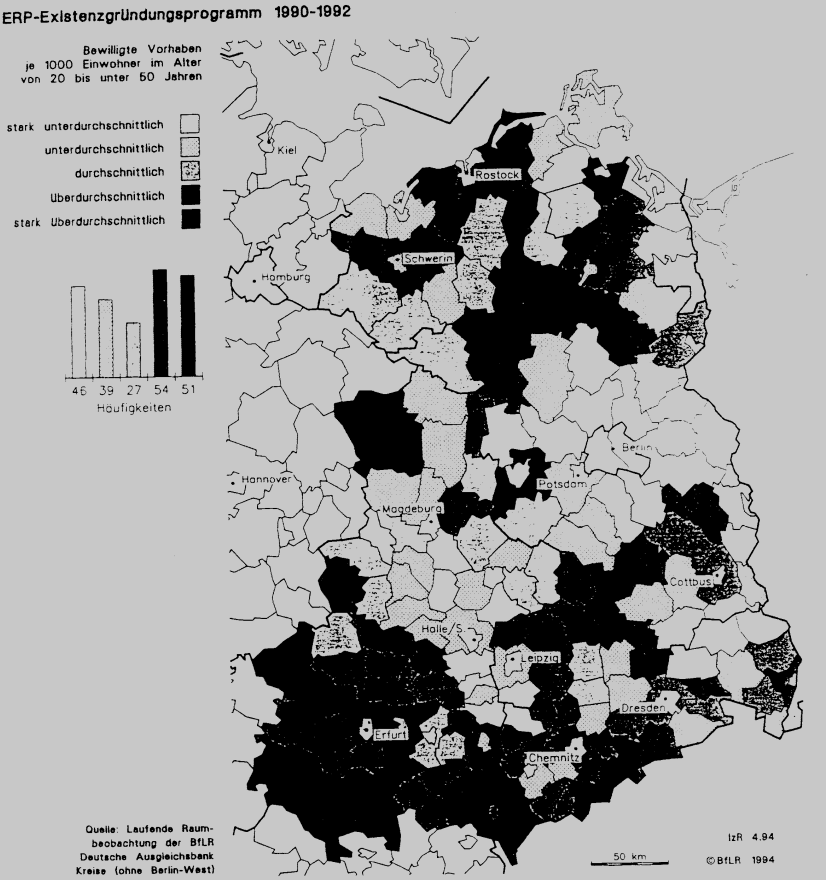
Tabelle
Probleme ostdeutscher Industrieunternehmen 1995
Angaben in % der jeweiligen Gruppe

Genannte Probleme	Alle Unternehmen	darunter: Mittelständische Unternehmen*	Unternehmen, die einem Unternehmensverbund/Konzern angehören	
			mit weniger als 500 Beschäftigten	mit 500 und mehr Beschäftigten
Die Zahlungsmoral der Kunden ist schlecht.	62	65	56	19
Das Eigenkapital ist zu gering.	55	62	35	0
Der Konkurrenzdruck nimmt zu.	52	46	65	81
Die Liquiditätslage ist angespannt.	51	56	39	17
Die Löhne und Gehälter steigen zu schnell.	45	44	46	81
Die Finanzierungsmittel für Investitionen fehlen.	45	51	30	8
Die Anbieter vergleichbarer Produkte sind preiswerter.	27	24	35	47
Die kommunale Verwaltung ist schwerfällig.	28	28	26	28
Qualifiziertes Personal ist schwer zu bekommen.	29	30	26	19
Die Produktionsanlagen und -gebäude sind veraltet.	24	25	21	14
Der Vertrieb ist unzureichend.	23	23	22	19
Die Infrastruktur am Standort ist unzureichend.	18	18	16	19
Der innerbetriebliche Arbeitsablauf ist noch nicht optimal.	16	15	18	25
Grundstücks- und Gewerbeflächen sind knapp bzw. teuer.	16	18	12	0
Die Qualifikation vieler Mitarbeiter reicht nicht aus.	9	9	9	8
Der Kundendienst/Service reicht noch nicht aus.	7	7	6	3
Die Qualität der Produkte reicht nicht aus.	2	2	3	0

*) Unternehmen, die nicht einem Unternehmensverbund/Konzern angehören, mit weniger als 500 Beschäftigten

Quelle: Unternehmensbefragung des DIW vom Frühjahr 1995

Karte 2 Verteilung der Mittel aus dem European Recovery Program (ERP) für Existenzgründungen 7 in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung



Quelle : Informationen zur Raumentwicklung, 1994, Heft 4, S. 237

Anlage 8: Prof. Dr. Hans-Günter Hockerts

Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, München

Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR.

Thesenpapier zur Anhörung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur" am 4. März 1997 in Dresden

1. Einige generelle Thesen zur Bedeutung der Sozialpolitik für die Herrschaftslegitimation der SED-Diktatur.

1.1. Die SED-Diktatur verließ sich nicht allein auf Apparate der Repression und Überwachung, sondern versuchte, Brücken des Einverständnisses zwischen Herrschaft und Volk aufzubauen. Dabei bediente sie sich - je länger um so mehr, zuletzt nahezu ausschließlich - der Sozialpolitik.

1.2. Die Partei- und Staatsführung der DDR sicherte sich das Angebotsmonopol sozialer Leistungen. Sie benutzte dieses Monopol als Mittel, um die Legitimationsdefizite ihrer Herrschaft gewissermaßen kompensatorisch aufzufangen. Solche Defizite ergaben sich vor allem aus der mangelnden demokratischen Legitimität der politischen Ordnung und der schwachen ökonomischen Effizienz der Wirtschaftsverfassung. Außerdem versuchte die SED, mit sozialpolitischen Mitteln den Rechtfertigungsdruck aufzufangen, der sich daraus ergab, daß viele Bürger die Verhältnisse in der DDR unablässig mit denen im anderen Teil Deutschlands verglichen.

1.3. Die SED-Diktatur versprach "soziale Sicherheit und Geborgenheit" um den Preis der Vorenthaltung politischer Freiheit. Ihre Herrschaft beruhte somit auf einem Modell des Austauschs von Fürsorge und Gehorsam. Dabei knüpfte die SED an eine illiberal-obrigkeitsstaatliche Traditionslinie der deutschen Geschichte an: an die voremanzipatorische Idee der Fürsorge für den gehorsamen Untertanen.

1.4. Die SED-Diktatur deformierte den Sozialstaat, indem sie das freiheitliche Sozialstaatsprinzip der Selbststeuerung sozialer Kräfte außer Kraft setzte. So wurde z. B. die Selbstverwaltung der Sozialversicherung ebenso beschnitten wie die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege oder die eigenverantwortliche Sozialpolitik auf der Ebene der Gemeinde. Vor allem aber verwehrte die Diktatur bei der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen so fundamentale Rechte wie die Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie. Daher degenerierte der Gewerkschaftsbund zu einer Kontroll- und Betreuungseinrichtung, die zwar für die Arbeitnehmer einige durchaus akzeptable und wünschenswerte Funktionen erfüllen konnte (z.B. Feriendienst), aber um den Preis des Verlusts zentraler gewerkschaftlicher Rechte und der Verwandlung zum Transformationsriemen der Parteiherrschaft.

Anlage 8
2

2. Zur Bedeutung des Übergangs von der Ära Ulbricht zur Ära Honecker

2.1. In der Ära Ulbricht war die Arbeits- und Sozialpolitik wirtschaftlichen Zielen zumeist nach- und untergeordnet. Die Vernachlässigung des Wohnungsbaus zugunsten des Industrie- und Tiefbaus bietet dafür ein symptomatisches Beispiel. Zugespitzt kann man sagen, daß Ulbricht über Konsumeinschränkungen die Investitionsquote und über diese die Arbeitsproduktivität steigern wollte. Auf diese Weise sollte der Westen "eingeholt" und die Grundlage für einen später steigenden Lebensstandard gelegt werden.

2.2. Das Markenzeichen der Ära Honecker, die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", setzte die Akzente deutlich anders, denn nun wurde die Gleichrangigkeit sozialer und ökonomischer Ziele proklamiert. Den Kern der praktischen Umsetzung der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" lag in einer Art Motivationsprogramm: Honecker glaubte, durch eine Ausweitung der konsumtiven Ausgaben zu einer Erhöhung der Arbeitsmotivation und über diese zu einer Produktivitätssteigerung kommen zu können; das auf diesem Wege erwartete Wachstum des Volkseinkommens sollte dann wiederum die Finanzierung des steigenden Konsums ermöglichen. Die ambitionierten Programme zur Steigerung der sozialen Leistungen, die nach 1971 eingeleitet wurden, verdanken sich nicht zuletzt dieser "Motivationsthese".

2.3. Die Strategie der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" endete in einem Fiasko. Sie erhöhte zwar die Konsumquote und das Sozialbudget, aber es gelang nicht, die Produktivität dementsprechend zu steigern. Als die Schere sich seit der Mitte der 1970er Jahre öffnete, wagte es das Politbüro nicht, den Lebensstandard auf das Maß zu reduzieren, das die DDR aus eigener Kraft erwirtschaften konnte. Das Politbüro setzte die aufwendige Sozialpolitik vielmehr auf Kosten der produktiven Investitionen und um den Preis einer wachsender Verschuldung im westlichen Ausland fort. Die SED-Führung hatte die Legitimation ihres Machtmonopols inzwischen so stark auf Kriterien sozialpolitischer Art bezogen, daß sie sich gezwungen sah, die Sozialpolitik immer weiter von der ökonomischen Rationalität abzukoppeln und daran auch um den Preis einer beschleunigten Talfahrt in den wirtschaftlichen Ruin festzuhalten.

"Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30% erfordern und die DDR unregierbar machen", hielt eine SED-interne Analyse im Oktober 1989 fest (Schürer). Anders gesagt: Die SED-Diktatur lebte von der Substanz und auf Pump und auf Kosten der Zukunft.

3. Anspruch und Wirklichkeit: Kehrseiten der Sozialpolitik in der DDR

3.1. Gewiß war "nicht alles schlecht". Es gab sinnvolle Regelungen (wie das poliklinische Versorgungsmodell), die es verdient hätten, aus ihrer Funktionsbedeutung im Rahmen einer Diktatur herausgelöst und in die Sozialordnung des vereinten Deutschland übertragen zu

werden. Man muß auch die subjektive Erfahrung ehemaliger DDR-Bürger respektieren: Die von der SED-Diktatur vermittelten sozialen Leistungen konnten unter lebenspraktischen Gesichtspunkten tatsächlich hilfreich sein und individuell sinnvoll genutzt werden. Um so wichtiger ist es aber, auch die Kehrseiten und übergreifenden funktionalen Zusammenhänge zu sehen. Dann zeigt sich, daß die DDR auch als Sozialstaat zusammengebrochen ist - in einer Weise, die an das Sprichwort erinnert: "Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht".

3.2. Besonders krass tritt die Kehrseite bei jener Preispolitik hervor, die die SED unter dem Schlagwort "zweite Lohntüte" als große soziale Errungenschaft anpries. Um die Preise für Güter und Dienste des Grundbedarfs "billig und stabil" zu halten, fixierte das Politbüro die Preise auf niedrigem Niveau und stützte sie mit immer höheren staatlichen Subventionen. Es ist völlig unstrittig, daß es sich dabei um eine ganz unrationelle Verwendung der verfügbaren Mittel handelte. Sie bot Anreize zur Verschwendung und Fehlallokation, führte zu teilweise absurden Verzerrungen im Preisgefüge und blockierte große Teile des Staatshaushalts. Außerdem schloß diese Politik die Empfänger niedriger Sozialeinkommen von begehrten Gütern des gehobenen Bedarfs geradezu aus, weil die Subventionen großenteils mit weit überteuerten Preisen im Bereich des gehobenen Konsums finanziert wurden.

Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission hat das Ausmaß der Subventionspolitik im Nachhinein "idiotisch" genannt. Aber Honecker machte daraus ein Tabu. Er war davon überzeugt, daß alle Unruhen und Erschütterungen in den sozialistischen Ländern (Beispiel Polen) mit Preisveränderungen begonnen haben. Derart gewarnt, unterwarf er die Preispolitik rigoros dem Primat der Herrschaftssicherung. Um die ebenso kostspielige wie verfehlte Politik der produktgebundenen Subventionen in die zielgenauere Form der personenbezogenen Subvention umzuwandeln (z.B. Rentenerhöhung), fehlte es dem SED-Staat notorisch an Flexibilität.

So blieben denn die Mieten etwa auf dem Niveau von 1936 "billig und stabil" - aber die Bausubstanz verfiel. Die Bahntarife blieben auf dem Niveau von 1938 - aber das Verkehrsnetz verfiel. Undsoweiter.

3.3. Kein Bürger der DDR hat jemals mehr als 60 Mark im Monat als Pflichtbeitrag zur Sozialversicherung bezahlt. Auch so wurde der Eindruck erweckt, daß soziale Sicherheit in der DDR "billig und stabil" zu haben sei. Die niedrige Fixierung des Pflichtbeitrags hat aber erheblich dazu beigetragen, daß das Gesundheitswesen unterausgestattet und das Rentenniveau kümmerlich war. Zwar wuchsen die Staatszuschüsse zur Sozialversicherung im Laufe der Zeit; aber der Staatshaushalt war (unter anderem durch die Lawine der Subventionen) so belastet, daß er durchaus nicht voll auszugleichen vermochte, was die zu niedrigen Beiträge verfehlten.

3.4. Der Wohnungsbau galt seit 1973 als das "Kernstück des sozialpolitischen Programms der SED". Es sei nicht bestritten, daß dabei beachtliche Teil-Ergebnisse erreicht wurden, wenngleich das Politbüro mit frisierten Zahlen gearbeitet hat (vgl. H. Buck im

Bd. II/1 der Enquete-Kommission "Aufarbeitung"). Dem stand aber als Kehrseite der Verschleiß der sozialen Infrastruktur in fast allen Städten und Gemeinden entgegen, einschließlich des galoppierenden Verfalls von Bausubstanz in großstädtischen Kerngebieten und in Klein- und Mittelstädten. Daß das "Kernstück des sozialpolitischen Programms der SED" gescheitert ist, lag am Ende deutlich vor aller Augen.

3.5. Über Vorzüge und Nachteile der ordnungspolitischen Grundstruktur des Gesundheitswesens der DDR kann man geteilter Meinung sein. Es steht aber außer Frage, daß das Gesundheitswesen im Hinblick auf die bauliche Substanz, die medizinisch-technische Ausstattung sowie Heil- und Hilfsmittel unterausgestattet war, und zwar nicht selten in einem geradezu skandalösen Ausmaß. Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich waren zuletzt derart unbefriedigend, daß die relativ meisten Übersiedler im Massenexodus von 1989 aus diesem Bereich kamen. Seit den 1970er Jahren hat das Gesundheitswesen der DDR den Anschluß an die internationale Entwicklung verloren, nachdem es zuvor gerade auch im prophylaktischen Bereich erhebliche Erfolge aufzuweisen hatte. Ohne daß die Ursachen im einzelnen geklärt sind, verschlechterte sich seit Mitte der siebziger Jahre auch die Lebenserwartung aller ostdeutschen Alters- und Geschlechtsgruppen gegenüber den westdeutschen und westeuropäischen Vergleichswerten.

3.6. Die viel gelobte Sozialpolitik für Frauen und Familien hat in der Tat einige Akzente gesetzt, die mutatis mutandis erhaltenswert sind. Dabei sollte man aber weder die Zwangslagen übersehen, aus denen diese Politik erwachsen ist, noch die Augen vor einigen Kehrseiten verschließen, die sich auch hier bei näherem Hinsehen zeigen.

Die Effizienzschwäche der SED-Ökonomie machte es notwendig, die Frauenerwerbsquote maximal zu steigern, praktisch auf 100%. Denn die Hauptquelle des Wirtschaftswachstums der DDR war immer "extensiver", nie "intensiver" Art. Das heißt: Sie speiste sich weniger aus der flexiblen Nutzung als aus dem ständigen Mehreinsatz von Produktionsfaktoren. Zugleich wollte das Politbüro aber einer sinkenden Geburtenhäufigkeit entgegenwirken, diese vielmehr aus bevölkerungspolitischen Gründen bis zur Norm der Drei-Kinder-Familie steigern. Aus solchen wirtschaftlichen und demographischen Zusammenhängen ist die so stark hervortretende Frauen- und Familiensozialpolitik der SED abzuleiten.

Diese Politik hat die Vereinbarkeit von Mutterschaft bzw. Familie und Erwerbstätigkeit erleichtert, aber auch die Optionsfreiheit beseitigt, sich ganz dem einen oder dem anderen zu widmen. Am Ziel der Vollerwerbstätigkeit orientiert, lag diese Politik außerdem quer zum Interesse vieler Frauen an Teilzeitarbeit. - Im übrigen waren die Instrumente und Anreize dieser Politik teilweise so angelegt, daß sie ein rapides Ansteigen der Zahl der Scheidungen und des Anteils der nichtehelichen Geburten förderten. Nicht zu vergessen ist schließlich, daß das flächendeckende Netz von Einrichtungen zur Betreuung der Kinder grundsätzlich auch der frühkindlichen Ideologisierung im Sinne der SED dienen sollte.

3.7. Der SED-Staat verschob die sozialpolitischen Ressourcen in verschiedener Hinsicht und je länger, um so mehr zu Lasten der Rentnergeneration. Die alten Menschen, die sich weder als Adressaten der Geburtenförderung noch der Arbeitskräftegewinnung eigneten, waren gewissermaßen die Stiefkinder der Sozialpolitik der DDR. Man übertreibt nicht sehr, wenn man von einer "relativen Verelendung" vieler Rentner, vor allem vieler Rentnerinnen spricht. Die Altersversorgung widersprach obendrein eklatant dem offiziell verkündeten Gleichheitsgrundsatz. Denn neben der allgemeinen Rentenkasse gab es (halb im verborgenen) vier Sonder- und 27 Zusatzversorgungssysteme, wie es auch neben dem allgemeinen Gesundheitswesen 14 spezielle, privilegierte gesundheitliche Versorgungssysteme gab.

3.8. Im Blick auf die soziale *Sicherheit* in der DDR sollte stets auch eine tiefe Spaltung des Sicherheitsbegriffs bedacht werden: Die SED-Diktatur verhieß soziale Sicherheit, baute aber flächendeckend auch "Sicherheitsapparate" aus, die Willkür walten ließen, Einschüchterung verbreiteten und insofern *Unsicherheit* produzierten.

4. Das Recht auf Arbeit

4.1. Bekanntlich hat die SED die Sicherheit des Arbeitsplatzes stets als eine ihrer größten "sozialen Errungenschaften" dargestellt. Bei einer Arbeitslosenquote von derzeit etwa 18% in den neuen Bundesländern ist es verständlich, daß nicht wenige Bürger sich nach der vergangenen Arbeitsplatzsicherheit zurücksehnen und die Interessenten der DDR-Nostalgie in dieser Hinsicht erhebliche Resonanz finden.

4.2. Aber gerade auch ein Nestor der SED wie Jürgen Kuczynksi hat hervorgehoben, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der DDR keine "Leistung der Partei", sondern vielmehr ein Resultat von "Umständen" gewesen ist, und er meinte den für die Geschichte der DDR so grundlegenden chronischen Arbeitskräftemangel. Für die fünfziger Jahre ist hier an die massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften nach Westdeutschland zu denken, später kam das systembedingte Interesse vieler Betriebe hinzu, sich wegen der ständig drohenden "Diskontinuitäten" im Produktionsablauf Arbeitskräftereserven für Stoßarbeit zu horten; man denke auch an die überbesetzten Apparate der Doppelbürokratie in Partei, Staat und Wirtschaft; entscheidend aber war die stets relativ geringe Arbeitsproduktivität des verstaatlichten Produktionssystems (Kuczynksi: "Wir brauchten etwa doppelt so viele Arbeiter, um die gleiche Menge Waren - und oft noch in niedriger Qualität- herzustellen".). Insofern hat die SED aus der Not ineffizienter Beschäftigungsverhältnisse die Tugend eines "Rechts auf Arbeit" gemacht.

4.3. Die administrative Vollbeschäftigung war sowohl Ausdruck als auch Mitursache der relativ schwachen ökonomischen Effizienz. "Sie führte zur falschen Allokation der verhandenen Arbeitskraft, zur Aufrechterhaltung veralteter Produktionsmethoden, zur Nichtprämierung von Investitionen und im Ergebnis zu einer entsprechenden Demoralisierung im Arbeitsverhalten" (M. R. Lepsius).

Anlage 8 6

4.4. Das Recht auf Arbeit, so wie es die SED praktiziert hat, ist ein Beispiel dafür, daß spezifische Eigenschaften der Sozialpolitik in der DDR die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht nur überfordert, sondern auch untergraben haben. Als zusammengebrochener Sozialstaat eignet sich die DDR nicht für nostalgische Verklärung; sie bietet vielmehr ein lehrreiches Exempel dafür, daß es gefährlich ist, die Geltungskraft der Kriterien der sozialen Sicherheit einerseits und der wirtschaftlichen Effizienz andererseits voneinander abzukoppeln; vielmehr muß im Spannungsverhältnis zwischen ökonomischer Modernisierung und sozialer Sicherung immer aufs neue nach Gleichgewichtspunkten gesucht werden.